

Andrej Holm (Hg.)

Reclaim Berlin

Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt

Assoziation A

© Berlin | Hamburg 2014

Assoziation A | Gneisenastr. 2a | D-10961 Berlin | Tel.: + 49 30 69 58 29 71
www.assoziation-a.de | berlin@assoziation-a.de | hamburg@assoziation-a.de

ISBN 978-3-935936-94-1

Umschlaggestaltung und Satz: kv | Druck: CPI

Inhalt

Andrej Holm Reclaim Berlin	7
--------------------------------------	---

■ BERLINER ZUSTÄNDE

Kerima Bouali & Sigmar Gude Gentrifizierung oder Wiederkehr der Wohnungsnot? Sozialstrukturelle Entwicklungstendenzen in Berliner Innenstadtwohngebieten	27
--	----

Interview mit Carola Handweg »Mieter/innen müssen sich selbst organisieren ...«	50
---	----

Sabina Uffer Wohnungsprivatisierung in Berlin – Eine Analyse verschiedener Investitionsstrategien und deren Konsequenzen für die Stadt und ihre Bewohner	64
--	----

Benedict Ugarte Chacón Der ewige Skandal Das Erbe der Bankgesellschaft	83
---	----

Jutta Blume Prekär, aber selbstbestimmt? Fallstricke der Kreativwirtschaft	105
---	-----

Christian Linde Im positiven Abseits Zur Wohnungslosenpolitik in Berlin	127
--	-----

■ KONFLIKTE UND WIDERSPRÜCHE

Volker Eick Ein pazifiziertes Berlin? Vom Lohn von Law and Order	153
---	-----

Jenny Künkel
Umkämpfte Räume des Sexgewerbes 181

Interview mit Christiane Howe
»Sexarbeit ist kein polizeiliches Problem ...« 211

Robert Maruschke
**Community Organizing –
Zwischen Bürgerplattform und revolutionärer Perspektive** 223

Johannes Novy
**»Berlin does not love you« –
Über die Tourismuskontroverse in der von Besuchern »eroberten Stadt«** 250

■ PROTEST UND WIDERSTAND

azozomox
**Besetzen im 21. Jahrhundert
»Die Häuser denen, die drin wohnen«** 273

Interview mit Anja Gerlich
»Wenn wir nicht laut schreien, werden wir auch nicht gehört« 305

Jan Dohnke
Spreuefer für Alle! Was bleibt von »Mediaspree versenken?« 316

Kotti & Co
Kotti & Co und das Recht auf Stadt 343

Interview mit Susanne Torka, Jürgen Schwenzel,
Stefanie Schulz und Mignon Graesle
**»Eine Genossenschaft für ganz Moabit
und alle 80.000 kommen zur Versammlung ...«** 355

Autorinnen und Autoren 365

Reclaim Berlin

Von Andrej Holm

Totgesagte leben länger. Berlin galt lange Zeit als Hochburg des stadtpolitischen Protestes: Häuserkämpfe mit jeweils mehr als 100 besetzten Häusern in West- und Ostberlin, Straßenschlachten in Kreuzberg, »Wir-Bleiben-Alle-Demonstrationen« mit 20.000 Teilnehmer/innen und eine erfolgreiche Anti-Olympiakampagne. Das Bild Berlins ist bis in die 1990er Jahre ohne Autonome, die Räumung der Mainzer Straße und den geplünderten Bolle an der Skalitzer Straße nicht vollständig, und Bürgermeister Diepgens Angst vor den »Anti-Berlinern, die gegen alles sind« (Spiegel 20/1987) hielt sich länger als die Mobilisierungskraft des Protestes.

Doch weder die Kampagne gegen die Olympiabewerbung und die Großdemonstrationen gegen Mietsteigerungen in Ostberlin, noch die Innenstadtaktionstage gegen die Kommerzialisierung, Privatisierung und Überwachung der zentralen Stadtbereiche und auch nicht die militanten Attacken im Rahmen der Wagensportliga in den 1990er Jahren konnten den Umbau Berlins zur Hauptstadt und die Durchsetzung einer neoliberalen Neuordnung der Stadt verhindern. Was blieb, waren eine Reihe von Hausprojekten und eine Handvoll subkultureller Infrastrukturen, eine sich etablierende Clubkultur und die festverankerte Vorstellung, dass Berlin irgendwie anders tickte. Die politische Reichweite eines wesentlich im subkulturellen Milieu verankerten Protestes erwies sich jedoch als begrenzt und auch die Angst vor den Anti-Berlinern verblasste als Erinnerung an vergangene Tage. Mittlerweile finden sich die Bilder von ehemals besetzten Häusern auf den Postkarten und in den Broschüren des Tourismus-Marketing der Stadt: »Kapitalismus tötet – Schöne Grüße aus Berlin«. Protest als Marke.

Uwe Rada sagte in seinem Berlin-Buch »Hauptstadt der Verdrängung« (1997) ein »Ende der neuen sozialen Bewegungen« in der Stadt voraus. Den staatlichen Alimentierungen ebenso beraubt wie der Westberliner Spielwiese für Alternativökonomien und Szenepolitiken wäre es der Linken in der Stadt nicht gelungen »politische Forderungen im Wissen um die eigenen Rolle als Teil der Verhältnisse zu formulieren« (Rada 1997: 231). Klingt ein wenig um die Ecke gedacht, meint aber wohl die fehlende Auseinandersetzung mit sozialen Fragen und mit über die eigenen

Szenebefindlichkeiten hinausgehenden Konflikten. Tatsächlich schien es vielen, als seien die großen Schlachten der Neuordnung Berlins Ende der 1990er Jahre geschlagen: Hauptstadtbeschluss, Regierungsumzug, Bau von Reichstag und Regierungsviertel, Fertigstellung des Potsdamer Platzes und die Verwandlung der Friedrichstraße in das kommerzielle Herz der Stadt – die baulichen Artefakte und architektonischen Sünden des Hauptstadtwahns sind in Beton gegossen, die »Wir-Bleiben-Alle-Mobilisierung« in Prenzlauer Berg hatten der Wild-West-Übernahme und anschließenden Verdrängung nichts Substantielles entgegenzusetzen und auch die ehemals besetzten Häuser schienen mit den Rahmenverträgen zur Legalisierung nach der Räumung der Mainzer Straße in ihrem Konfliktpotenzial befriedet. Selbst staatliche Hardliner wie der frühere Innensenator Schönbohm und Scharfmacher wie Landowski wurden nach Brandenburg abgeschoben oder mit dem Platzen des Bankenskandals in Rente geschickt.

Überhaupt schienen mit der Regierung aus SPD und Linkspartei 2001 die Guten irgendwie gewonnen zu haben. Doch es sollte anders kommen. Und es kam anders. Die fortgesetzten Privatisierungsprojekte, das völlige Ignorieren eines sich verändernden Wohnungsmarktes und eine Reihe von dilettantischen Gesetzen und Entscheidungen im Bereich des Baurechts und des sozialen Wohnungsbaus haben eine neue Generation von stadtpolitischen Protesten auf die Straße getrieben.

Die wohnungspolitische Regierungsbilanz von Rot-Rot liest sich wie ein Masterplan der Neoliberalisierung: Privatisierung von fast 140.000 landeseigenen Wohnungen, darunter die 64.000 Wohnungen der GSW, die mittlerweile börsennotiert an die Deutsche Wohnen weitergegeben werden sollen; die weitgehende Liberalisierung des Baurechtes, die Abrisse »unwirtschaftlicher Gebäude« erleichtert und die Eingriffsmöglichkeiten der Bauämter in Bau- und Modernisierungsmaßnahmen deutlich einschränkt; der komplette Verzicht auf Fördermittel für den Sozialen Wohnungsbau, den Ausstieg aus der Anschlussförderung und ein »Wohnraumgesetz Berlin (WoG Bln)«, das seinen Namen nicht verdient und EigentümerInnen einen beschleunigten Ausstieg aus den bestehenden Förderverträgen ermöglicht (Holm 2011: 92 ff). Hinzu kommen restriktive Regelungen zur Übernahme der Kosten der Unterkunft, die in der Konsequenz große Teile der Innenstadt in Hartz-IV-freie Zonen verwandelt haben (Breitkopf 2009).

Die Wiederkehr der Wohnungsfrage

Fast überall in der Stadt haben sich in den letzten Jahren Mieterinitiativen zusammengeschlossen, um sich gegen Mietsteigerungen und die Verdrängung aus ihren Wohnungen zu wehren und eine andere Stadtpolitik einzufordern. Erstmals sichtbar wurde der neue Protest bei den Mobilisierungen gegen das Investitionsprojekt Media-Spree (*siehe Beitrag von Jan Dohnke in diesem Band*). MediaSpreeVersenken richtet sich mit Kampagnen und dem Bürgerbegehren zwar vordergründig gegen die unmittelbaren Bebauungspläne und die umstrittenen Veränderungen am Spreeufer, doch der große Mobilisierungserfolg war auch in der Präsenz der Wohnungsfrage begründet. Schon bei den ersten Veranstaltungen wurde die Befürchtung von Gentrifizierungseffekten in Kreuzberg und Friedrichshain thematisiert, und den Initiativen gelang es, den wachsenden Unmut gegen steigende Mietpreise und die für viele sichtbare Veränderungen in den Innenstadtbezirken zu kanalisieren. Wie auch – eine Nummer kleiner – bei den Protesten gegen das Luxuswohnprojekt Carloft in der Reichenberger Straße in Kreuzberg boten die konkreten Baupläne eine von Vielen aufgegriffene Konfrontationsmöglichkeit. Die Verschärfung der Wohnungssituation, das Geschäft mit den Immobilien und die Durchsetzung von höheren Mieten vollziehen sich meist im Verborgenen und werden oft erst sichtbar, wenn die Neuhinzugezogenen deutlich höhere Mieten zahlen, die Rollkoffer der Ferienwohnungsgäste durch das Treppenhaus poltern oder die Wohnungen im Nachbarhaus als Eigentumswohnungen verkauft werden. Mietenproteste insbesondere solche, die zunächst von einer diffusen Angst vor Verdrängung getragen werden, brauchen konkrete und symbolisch aufgeladene Konfliktarenen, in denen sich die Veränderungen materialisieren und auch praktisch in Frage gestellt werden können.

Die Berliner Protestlandschaft hat sich seit den MediaSpree-Protesten deutlich verändert. Ausgehend vom Bündnis Steigende Mieten Stoppen, das in Zusammenarbeit mit einer Reihe von Stadteilinitiativen 2011 – kurz vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus – die erste mietenpolitische Großdemonstration (mit mehr als 6.000 Teilnehmer/innen) des neuen Jahrtausends in Berlin organisierten, haben sich mittlerweile mehr als 70 Initiativen und Hausgemeinschaften zusammengeschlossen, die die Mietenfrage unmittelbar und oft direkt als Auseinandersetzung mit ihren Hausverwaltungen austragen. Viele Stadtteilgruppen haben sich mit *Stadtvernetzt* einen organisatorischen Rahmen für den Austausch und regelmäßige Aktionen gegeben, mehr als 10 Hausgemeinschaften haben

sich im *Mietenpolitischen Dossier* zusammengeschlossen und versuchen ihre Alltagsauseinandersetzungen um Mieterhöhungen, Modernisierungsmaßnahmen, Umwandlungsversuche und Abrisspläne um eine gemeinsame politische Perspektive zu ergänzen. Eine Zusammenstellung von Einzelfällen des Berliner Mietenwahnsinns und ein daraus abgeleiteter Forderungskatalog wurde den Verhandlungsführern von SPD und CDU bei den Koalitionsverhandlungen im November 2011 im Roten Rathaus übergeben. Das Zurückerobern von symbolischen Orten der politischen Macht gehört dabei zum Prinzip der Initiative. Neben dem unangemeldeten Auftauchen im Rathaus organisierten sie mehrere Veranstaltungen und eine Konferenz zum sozialen Wohnungsbau im Abgeordnetenhaus von Berlin. Der Versuch, mit eigener Stimme die Wohnungsfrage an die Orte stadtpolitischer Entscheidungen zurückzutragen, ist dabei Teil eines neuen Selbstbewusstseins des mietenpolitischen Protestes in der Stadt, der die politische Verhandlung über die Zukunft der Stadt nicht mehr den Etablierten überlassen will. Eine andere Form der Selbstermächtigung verfolgt das *Bündnis Zwangsräumung verhindern*, das mit zum Teil erfolgreichen Blockaden einen Teil der jährlich über 6.000 Zwangsräumungen in Berlin zu verhindern versucht. Im Selbstverständnis der Selbstorganisation und den Aktionsformen orientieren sich die Aktiven an vergleichbaren Mobilisierungen in Spanien, wo sich die »Plattform der Opfer der Hypotheken« (PAH) mit einer landesweiten Struktur zu einer der größten sozialen Bewegungen im Lande entwickelt hat (Nowak 2013).

Die neuen Mietproteste sind kein Zufall, sondern das Ergebnis von dramatischen Veränderungen des Berliner Wohnungsmarktes. Durch den Abbau der wohnungspolitischen Regulationen, die weitgehende Einstellung von Neubauaktivitäten und die wachsende Rolle von institutionellen Investoren auf dem Berliner Wohnungsmarkt sind die Bestandsmieten seit 2003 um fast 25 Prozent gestiegen. Und vor allem in den Innenstadtgebieten liegen die Mietsprünge noch deutlich darüber. Von Mietsteigerungen betroffen sind dabei längst nicht mehr nur die gründerzeitlichen Altbauten in zentraler Lage, sondern zunehmend auch die Altbestände des Siedlungsbaus des 20. Jahrhunderts. Insbesondere mit der Privatisierung von über 200.000 Wohnungen seit den 1990er Jahren wurden viele ehemalige Werks- und Sozialwohnungen den Renditeerwartungen von internationalen Finanzinvestoren ausgeliefert. Die Stadt hat sich damit nicht nur einer wichtigen wohnungspolitischen Steuerungsressource beraubt, sondern bisher preiswerte Wohnungen an Investoren mit

Bewirtschaftungsstrategien verkauft, die sich stärker am Cashflow und den Bilanzen orientieren als am Substanzwert der Wohnungen und den sozialen Bedürfnissen der Mieter/innen (*siehe Beitrag von Sabina Uffer in diesem Band*).

Vor allem die über 400.000 Berliner Haushalte mit Einkommen unterhalb der amtlichen Armutsgrenze (weniger als 60% des Durchschnittseinkommens) sind dadurch unter Druck geraten. Mietsteigerungen werden von den Jobcentern nicht mehr in voller Höhe übernommen, weil die Bemessungsgrenzen für die Kosten der Unterkunft überschritten werden. Mietrückstände werden von EigentümerInnen in nachgefragten Lagen für Kündigungen und Zwangsräumungsverfahren genutzt. Allein im Jahr 2011 wurden 6.777 Räumungsklagen wegen Mietschulden von den Berliner Gerichten an die Bezirke gemeldet. Die Erfassung davon erfolgt weder umfassend noch systematisch, so dass von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen ist. Doch schon die offiziellen Zahlen zeigen, dass über 5 Prozent aller Berliner Umzüge auf Räumungsklagen und Zwangsräumungen zurückgehen. Mitarbeiter/innen der Bezirksämter berichten, dass mögliche Mietschuldenübernahmen durch die Sozialämter immer öfter von EigentümerInnen abgelehnt werden – vielen geht es nicht um die ausstehenden Kosten, sondern um die Aussicht auf hohe Neuvermietungsmieten.

Mit Preisen, die oft 3 bis 4 Euro pro qm über den Bestandsmieten liegen, setzen viele EigentümerInnen auf einen Mieterwechsel. Den Betroffenen bleibt bei solch erzwungenem Wohnungsverlust oft nur der Umzug an den Stadtrand. Anders als in den 1990er Jahren bleibt der Verdrängungsdruck nicht auf einzelne Stadtteile wie Prenzlauer Berg oder Mitte beschränkt, sondern erfasst den gesamten Innenstadtbereich. Gentrification ist keine Sonderentwicklung der Stadtentwicklung, sondern der neue städtische Mainstream. In Reaktion auf diese Veränderungen haben sich in den letzten Jahren in vielen Teilen der Stadt Hausgemeinschaften und Stadtteilinitiativen gegründet, die sich gegen Mietsteigerungen und Verdrängung wehren. Der neue Trend zur Selbstorganisation zeigt, dass weder die etablierte Politik noch die großen Interessenverbände zurzeit in der Lage sind, Mieterinteressen adäquat zu vertreten. Das Versagen der institutionalisierten Wohnungspolitik hat Momenten der Selbstermächtigung und Basismobilisierung Tür und Tor geöffnet. Die räumliche Ausdehnung der Initiativen spiegelt die Ausweitung des Mietenproblems. Auch wenn die Innenstadtbezirke Kreuzberg und Neukölln die höchste Konzentration von mietenpolitischen Initiativen aufweisen, so organisiert

sich der Protest auch jenseits der Berliner Szenehochburgen. In Pankow haben sich die Mieter/innen der landeseigenen Gesobau zum *Pankower Mietenprotest* zusammengefunden, um die unsozialen Modernisierungspläne zu verhindern, in Alt-Treptow organisiert die *Kiezinitiative Karla-Pappel* seit 2008 den Protest gegen Mietsteigerung, Verdrängung und die als Aufwertungsfaktoren kritisierten Baugruppenprojekte, in Schöneberg versuchten Anwohner/innen über Jahre gegen einen überparteilichen Konsens der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) den Abriss von preisgünstigen Nachkriegsbauten durch den Immobilienkonzern HochTief zu verhindern, in Moabit haben sich mittlerweile mehrere Mieterinitiativen und ein »*Runder Tisch gegen Gentrifizierung*« gegründet, um auf die beginnenden Aufwertungsprozesse zu reagieren, und selbst im beschaulich empfundenen Zehlendorf engagierten sich Mieter/innen der privatisierten Gagfah-Bestände seit vielen Jahren gegen die Aufwertungspläne der neuen EigentümerInnen.

Mit der räumlichen Ausweitung der Gentrification hat sich die Ökonomie der Verdrängung verändert: Höhere Mieten werden nur in Ausnahmefällen über umfangreiche Modernisierungsarbeiten durchgesetzt und die meisten EigentümerInnen spekulieren ganz simpel auf die hohen Neuvermietungsmieten. Denn ein Mieterwechsel lohnt sich ohne jede zusätzliche Investition. In Kreuzberg und Neukölln betragen die Quadratmeterpreise neu abgeschlossener Verträge oftmals das Doppelte bis Dreifache der bisherigen Mieten – ohne jede substantielle Verbesserung der Wohnungsausstattung. Die Ertragslücke zwischen noch preiswerten Bestandsmieten und potenziell möglichen Neuvermietungsmieten markiert den ökonomischen Anreiz für einen Mieterwechsel. EigentümerInnen die sich an den möglichen Neuvermietungsmieten orientieren, spekulieren letztendlich mit der Verdrängung der bisherigen Bewohner/innen. Auch wenn es nicht überall die Besserverdienenden sind, die zuziehen und vielerorts die Armen die noch Ärmeren verdrängen – die steigenden Mieten haben sich zu einem stadtweiten Problem entwickelt (siehe Beitrag von Kerima Bouali und Sigmar Gude in diesem Band). Insbesondere die fehlenden Optionen, sich individuell in der Nähe zu den bisherigen Wohnorten mit preiswerten Wohnungen zu versorgen, hat die Bereitschaft für kollektiven Widerstand gestärkt und zur Politisierung der Wohnungsfrage in Berlin beigetragen.

Die Proteste von Kotti&Co., den Palisaden-Panthern und dem Pankower Mietenprotest zeigen, dass sich ausgerechnet in den wohnungspolitischen Restbeständen des Wohlfahrtsstaates existentielle Wohnungsfragen

stellen. Sowohl der soziale Wohnungsbau als auch die öffentlichen Wohnungsunternehmen galten lange Zeit als Rückgrat und Basis einer sozial orientierten Wohnungsversorgung. Belegungs- und Mietpreisbindungen und kommunaler Wohnungsbesitz suggerierten eine stabile Versorgung mit oft nicht sonderlich attraktiven, aber preiswerten Mietwohnungen. Nun zeigt sich: Die Förderlogik war vor allem ein Programm zur Sicherung privater Gewinne und allenfalls eine Form der »sozialen Zwischennutzung« (Donner 2000: 200). Nach Ablauf der Förderverträge dürfen EigentümerInnen ganz legal die Mietpreise auf die sogenannten Kostenmieten anheben. In Berlin sind das Nettokaltmieten von bis zu 20 Euro/qm.

Am Südlichen Kottbusser Tor haben sich die überwiegend türkischen Mieter/innen der Sozialwohnbauten zur Initiative *Kotti & Co.* zusammengeschlossen und fordern von den Eigentümern GSW und Hermes sowie von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung eine Rücknahme der Mieterhöhungen sowie die Rekommunalisierung der Bestände. Zunächst haben die Mieter/innen offene Briefe an die Verantwortlichen geschrieben und das Gespräch mit Politik und Eigentümern gesucht. Ohne Erfolg. Erst mit der Entscheidung, den Protest auf die Straße zu tragen, kam Bewegung in die Angelegenheit. Mit über 25 Lärmdemonstrationen in der Nachbarschaft und vor allem mit dem im Mai 2012 erfolgten Bau des Protest-Gecekondu auf dem Platz vor ihren Häusern hat sich *Kotti & Co.* zu einer der bekanntesten Protestinitiativen in Berlin entwickelt. »Gecekondu« ist türkisch, bedeutet so viel wie »über Nacht gebaut« und sichert nach altem osmanischem Recht den Bauherren eine dauerhafte Wohnnutzung des Gebäudes zu. Auch im Berlin des 21. Jahrhunderts zeigt sich, dass existenzielle Interessen selbst durchgesetzt werden müssen. Mit einem Spagat zwischen Straßenprotest, fachlich fundierten Vorschlägen und einem Dialog mit Senatsverwaltung und Abgeordnetenhaus ist es *Kotti&Co.* nicht nur gelungen, die Frage des sozialen Wohnungsbaus ins Spielfeld der Politik zurückzutragen, sondern auch »rote Linien« des Berliner Regierungshandelns zu durchbrechen. In den ersten Reaktionen von Stadtentwicklungssenator Müller und anderen Verantwortlichen hieß es im Sommer 2012 sinngemäß: »Wir können über alles reden, aber nicht über zusätzliche Ausgaben«. Ein halbes Jahr Lärmdemonstrationen, Veranstaltungen und eine selbstorganisierte Konferenz zum sozialen Wohnungsbau später hat der Senat von Berlin ein neues Mietkonzept für einen Teil der Sozialwohnungen in Berlin beschlossen. Für über 6 Mio. Euro sollen nun die Mieten in etwa 35.000 Berliner Sozialwohnungen auf 5,50 Euro/qm gekappt werden. Die Initiative kritisiert zurecht, dass

diese Regelung zu kurz greift und auch keine dauerhafte Wohnsicherheit garantiert – doch allein der Umstand, dass die zum Sachzwang erhobene Spardoktrin des Berliner Senats durchbrochen wurde, sollte Mut auf mehr machen (*siehe Beitrag von Kottić&Co. in diesem Band*).

Häuserkämpfe und mehr

Die ökonomische und politische Neuordnung Berlins wird nicht nur in der Mietenfrage sichtbar. Die Räumungen von ehemals besetzten Häusern wie der Brunnenstraße 183, der Rigaer Straße 14 oder auch des Tacheles in den letzten Jahren stehen für die Aufkündigung der bisherigen Tolerierungspolitik gegenüber subkulturellen Projekten in der Stadt. Das nach Räumung der Mainzer Straße im Jahr 1990 über die zügige Legalisierung der damals besetzten Häuser besiegelte Stillhalteabkommen zwischen Stadt und Hausbesetzerszene wurde nach knapp 20 Jahren von privaten EigentümerInnen gebrochen. Die damals geschlossenen Verträge waren zu keinem Zeitpunkt juristisch wasserdicht, standen aber für den beiderseitigen politischen Willen für einen »Häuserfrieden«. Die mit juristischen Spitzfindigkeiten begründeten Räumungsklagen der EigentümerInnen sind als Aufkündigung des politischen Kräftegleichgewichts von Anfang der 1990er Jahre zu verstehen. Die Räumungen zeigen auch, dass das Mobilisierungspotenzial der ehemals besetzten Häuser nicht mehr ausreicht, die alte Verhandlungsposition zurückzuerobern und die Berliner Regierung zu einer Sicherung der Hausprojekte zu zwingen. Mit Ausnahme der Besetzung des *NewYorck* im Seitenflügel des Bethanien in Kreuzberg nach der Räumung des Hausprojektes in der Yorckstr. 59 gab es trotz vieler Versuche auch nach der Jahrtausendwende bisher keine erfolgreiche Neubesetzung in Berlin. Mit der Kampagne »Wir Bleiben Alle! Selbstorganisierte Räume erkämpfen und verteidigen« haben sich Aktivist/innen aus den ehemals besetzten Häusern und Freiraumprojekten in Berlin seit 2008 einen organisatorischen Rahmen für die gemeinsamen Diskussionen und die Koordination von Aktionen gegeben, und versuchen, die verloren gegangene Stärke zurückzugewinnen (*siehe auch azozomox in diesem Band*).

Die sozialen Kämpfe der letzten Dekade beschränken sich in Berlin nicht auf Mietkämpfe und die zaghafte Wiederentdeckung des Häuserkampfes. Stärker als in früheren Zeiten sind es die politischen Entscheidungen selbst, die Protest auslösen. So haben der Bankenskandal, die Privatisierungsorgien im Bereich der Wasser-, Energie- und Wohnungsverorgung eine neue Genration von Bürgerinitiativen hervorgebracht,

die sich nicht auf unmittelbare Nachbarschaftsfragen beschränken, sondern aus einer bewusst außerparlamentarischen Position heraus versuchen, Einfluss auf die politischen Debatten zu nehmen. Gerade weil die Bürgerbegehren zur Offenlegung von Privatisierungsverträgen oder zur Aufklärung der Bankgeschäfte des Berliner CDU-Sumpfes das Abgeordnetenhaus und den Senat zum Handeln zwangen, waren sie erfolgreiche Versuche einer Repolitisierung. Sie haben das jahrelang im Schatten von Expertendebatten und Geheimverträgen geschützte Regieren der Stadt ins grelle Licht der Öffentlichkeit gebracht (*siehe den Beitrag von Benedikt Ugarte Chacon in diesem Band*).

Von wegen »Arm aber sexy«

Berlin ist die Stadt der oberflächlichen Klischees. Bürgermeister Klaus Wowereit bezeichnete die Stadt einst als »arm, aber sexy«, in den internationalen Feuilletons wird die Stadt schon mal zum »epicenter of the cool« hochgeschrieben und wer es etwas piefiger mag, kann sich der mit senatsgeförderten Kampagne »be Berlin« begnügen.

Ganz unabhängig von der mangelnden Tragfähigkeit der Zuschreibungen und Versprechen scheint das Konzept der Vermarktung Berlins aufzugehen. Wachsende Zuzüge aus der Europäischen Union und Nordamerika und vor allem die auf über 20 Mio. angestiegene Zahl von Übernachtungen haben Berlin in den letzten Jahren verändert. Deutsche und internationale Tourist/innen beschränken sich nicht länger auf die Routen zwischen Checkpoint Charlie, Brandenburger Tor und Nationalgalerie, sondern haben die Berliner Kieze entdeckt. Statt Hochkultur steht der Clubbesuch auf dem Programm und statt am Potsdamer Platz oder am Kudamm einzukaufen, drängt es immer mehr Hauptstadtgäste auf Entdeckungstour in die Berliner Kieze. Der neue Kieztourismus und auch der Easyjetset in die Berliner Clubkultur (Rapp 2009) stehen nicht nur für eine veränderte Zusammensetzung der Gäste, sondern wirken sich auch auf die Stadtteile selbst aus. Partymeuten aus ganz Europa und Angehörige des alternativen Milieus verlassen nicht nur die ausgetretenen Tourismuspfade der Reiseführer, sondern wollen auch möglichst alltagsnah untergebracht werden. Hostels, Ferienwohnungen, AirBnB.com und craigslist.org haben das Berliner Gastgewerbe aufgemischt. Statt in teuren Hotels lieben es die Reisenden von heute, in möglichst belebten Stadtteilen und möglichst authentischen Wohnhäusern untergebracht zu werden. Insbesondere in der Gegend rund um den Hackeschen Markt und den Rosenthaler Platz, aber auch in Teilen von Prenzlauer Berg,

Kreuzberg und Neukölln, sind Tendenzen einer Touristification auszumachen. Das Angebot der kleinen Läden und gastronomischen Einrichtungen sowie die Nutzung der öffentlichen Plätze sind dort funktional auf den Tourismus ausgerichtet und beeinträchtigen nur allzu oft das Alltagsleben der Bewohner/innen. Neben Lärm und Dreck sind es vor allem die Ferienwohnungen, die in Berlin für Konfliktstoff sorgen, wenn es um den Tourismus geht. Die stadtweite Zahl von Ferienwohnungen wird auf 10 bis 15.000 geschätzt und verschärft den Wohnungsmangel vor allem in den ohnehin schon stark nachgefragten Stadtteilen innerhalb des S-Bahn-Rings. Protest gegen diese Entwicklungen steht in der Gefahr, ins Fahrwasser fremdenfeindlicher Ressentiments zu geraten und ist zudem mit dem Marketingapparat, Berlins erfolgreichstem Wirtschaftssektor, konfrontiert. Das zarte Pflänzchen des wirtschaftlichen Aufschwungs wird von einer breiten Koalition aus Wirtschaft, Politik und Hauptstadt-*presse* gehegt und gegen Kritik geschützt. Die politische Verantwortungslosigkeit, bis heute nur Marketingstrategien, aber keine Tourismuspolitik entwickelt zu haben, kann sich bisher hinter den Diskussionen um die angeblichen »Touristenhasser« (Morgenpost, 11.05.2011) gut verstecken (*siehe auch Beitrag von Johannes Novy in diesem Band*).

Der Senat stellt Berlin gerne als Tourismusmetropole dar und auch die Berlin Tourismus GmbH und die DEHOGA (Hotel- und Gaststättenverband Berlin e. V.) sind mächtig stolz darauf, nach London und Paris, die meisten Gäste auf der Liste der europäischen Städte verbuchen zu können. Der Branchenumsatz der etwa 53.000 Beschäftigten wird mittlerweile auf 10 Mrd. Euro geschätzt. Ähnlich optimistisch berichten der Wirtschaftssenat und die Investitionsbank Berlin (IBB) von der Digitalen Wirtschaft. Auch hier wird Berlin schnell zur »Internethauptstadt« ausgerufen (IBB 2013: 8), denn keine andere Stadt in Deutschland könne mehr als die 37.500 Beschäftigten im Bereich der digitalen Wirtschaft vorweisen. Bei genauerer Betrachtung bekommt das Bild von der Internethauptstadt einige Kratzer. Im Vergleich zur Gesamtbeschäftigung liegt die Internetwirtschaft in Berlin mit nur 2,8 Prozent weit abgeschlagen hinter München (4,4 Prozent), Frankfurt/Main (3,5 Prozent) und Stuttgart (3,4 Prozent), noch hinter Städten wie Dresden und Dortmund (jeweils 3,0 Prozent). Der Umsatz von knapp 9 Mrd. Euro im Jahr liegt nur knapp hinter den Tourismuswerten und entspricht einem Anteil von 4,2 Prozent der Bruttowertschöpfung Berlins. Zusammengefasst machen die beiden medial und öffentlich so stark beachteten Bereiche also nicht einmal ein Zehntel des Berliner Wirtschaftsgeschehens aus.

Tourismus hin, digitale Boheme her, Berlin bleibt vor allem eines: die Armutshauptstadt. Den insgesamt etwa 90.000 Beschäftigten in den beiden angeblichen Boom-Sektoren stehen etwa 400.000 Erwachsene gegenüber, die auf Transferleistungen im Rahmen der Hartz-IV-Gesetze angewiesen sind. Es müsste also mindestens viermal so oft über Hartz IV, Arbeitslosigkeit und das Elend der Jobcenter geschrieben und geforscht werden, wie über den Tourismus und die Internet-Startups. Nicht zu vergessen die Geringverdiener, die keinen Anspruch auf staatliche Unterstützung haben. Klaus Wowereit hat es ausgerechnet mit seiner Parole »arm aber sexy« (Wowereit, 2003 in einem Interview von Focus Money) geschafft, ein Image Berlins als Kreativ-Metropole zu formulieren und die Armen und die Armut aus der öffentlichen Diskussion und Aufmerksamkeit zu verbannen.

Doch trotz Clubkultur und Internetstartups, trotz Zalando und Beiseim-Center, trotz »be Berlin« und »Fashion Week«, Berlin ist bis heute die einzige europäische Hauptstadt, deren Bruttoinlandsprodukt pro Kopf unter dem nationalen Durchschnitt liegt (Gornig 2012: 43). Den aktuellen Zensusdaten zufolge müssen fast ein Viertel aller Berliner Haushalte mit einem Haushaltseinkommen unterhalb der Armutsgrenze von 60 Prozent des Durchschnittseinkommens auskommen.

Trotz einer Reihe von gewerkschaftlichen Mobilisierungen wie den Streiks des Pflegepersonals der Charité für eine Lohnerhöhung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Angestellten der Berliner Bäderbetriebe oder den Warnstreiks der GEW zur Gleichstellung der nichtverbeamteten Lehrer/innen, haben die sozialen Kämpfe zu Fragen von Arbeitsbedingungen und Löhnen nicht den öffentlichen Stellenwert der sich ausweitenden mietenpolitischen Auseinandersetzungen erreicht. Überhaupt scheint es schwer, Fragen von Arbeitsbedingungen, Löhnen oder Erfahrungen mit dem Jobcenter zu politisieren. Initiativen wie die Call Center Offensive (bis 2005) mit dem Versuch, Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen zu organisieren, oder auch Versuche einer Militanten Untersuchung am Jobcenter Neukölln durch die Gruppe Fels, und auch die Praxis-Erfahrungen der Wedding'er Erwerbsloseninitiative BASTA! zeigen, dass Basismobilisierungen Zeit brauchen und sich unabhängig von den Konjunkturen der öffentlichen Aufmerksamkeit und Eventpolitisierung entwickeln müssen.

Eine Politisierung der eigenen Arbeitsverhältnisse hatten auch die Künstler/innen im Sinn, die Anfang 2012 das Manifest »Haben und Brauchen« veröffentlichten und die prekäre Realität hinter dem schillernden

Kreativwirtschaftsbegriff offenlegten. In Stadtentwicklungsdebatten als Pioniere der Aufwertung wahrgenommen, arbeiten die meisten Künstler/innen in Berlin am Rande der Selbstaussbeutung und sind oft die ersten Opfer von steigenden Mietpreisen. Mit ihren Forderungen nach einer Ökonomie der Teilhabe statt der Abspeisung mit den Brosamen des Kulturgeschäfts gelingt es ihnen, die Auseinandersetzung mit den individuellen Arbeitsverhältnissen mit stadtpolitischen Forderungen z. B. nach einer anderen Kulturförderung und einer Umkehr der einnahmeorientierten Liegenschaftspolitik zu verbinden (*siehe auch Beitrag von Jutta Blume in diesem Band*).

Repression und Befriedung: Alte Bekannte und neue Gesichter

Berlin als Hauptstadt der Armut und der Mietsteigerungen ruft nicht nur Protestmobilisierungen und Momente der Selbstorganisation hervor, sondern auch die staatlichen Versuche der Repression und Befriedung auf den Plan. So staunten die Mietaktivist/innen von Kotti&Co. nicht schlecht, als sie nach einer Protestkundgebung im Oktober 2012 mit 20 Frauen vor der Senatsverwaltung für Soziales eine Vorladung von der Abteilung Staatsschutz des LKA Berlin erhielten. Ob das Schlagen auf Kochtöpfen vor dem Gebäude einer Senatsverwaltung tatsächlich den Staat gefährdet, sei an dieser Stelle dahingestellt – nach einer Anzeige wegen einer angeblich nicht angemeldeten Kundgebung stand jedenfalls der Termin am Platz der Luftbrücke an. Der Beamte dort erklärte seine Zuständigkeit damit, dass dem Staatsschutz, Abteilung Linksextremismus bestimmte Themen, als relevant gelten. Dazu gehören – so der Beamte – Asyl und Flucht, und eben auch Mieten und Gentrifizierung. Manche Dinge ändern sich offensichtlich nie. Das Verfahren wurde übrigens später eingestellt. Was blieb, war die Erkenntnis, dass auch die neue Generation von Mietprotesten mit ein paar alten Bekannten konfrontiert ist. Auch die Hausgemeinschaft der Christinenstraße 1 – darunter die Betreiber des BAIZ, einer der letzten subkulturellen Orte im gentrifizierten Bezirk Mitte – machte in ihrem Kampf gegen die Kündigung ihre ganz eigene Erfahrung mit dem LKA. Auf ihrer Webseite beschreiben sie ein aktives Eingreifen des LKA in die Auseinandersetzungen mit dem Eigentümer des Hauses: »Selbst das LKA hat bei unserem Vermieter angerufen, um Ihm mitzuteilen, dass der Schreiber dieser Zeilen [der übrigens keines der Demovorbereitungstreffen besucht hat] einer der ›Rädelsführer‹ bei der Linienstraßendemo vom 13.04. sei – wahrscheinlich, um so noch zusätzlichen Druck auszu-

üben, damit wir auch wirklich hier bleiben können« (<http://www.baiz.info>). Auch ein Blick auf die Verfassungsschutzberichte der vergangenen Jahre bestätigt die staatliche Aufmerksamkeit gegenüber der mietenpolitischen Protestbewegung. Obwohl der Protest gegen Gentrifizierung als »legitimes gesellschaftliches Engagement« angesehen wird und auch »die von jugendlichem Rebellentum, alternativem Erscheinungsbild und wirtschaftlichen Nöten geprägten Bewohner von Wohnprojekten, die sich gegen eine Verdrängung aus ihren Kiezen wehren« eigentlich »keine Angelegenheit des Verfassungsschutzes« (Verfassungsschutzbericht 2011 : 133f.) sind, taucht der »Kampf gegen die Umstrukturierung« seit 2008 als eigenständige Rubrik in der Darstellung linksextremistischer Aktivitäten in den Berichten auf.

Mit ihrer traditionellen Herangehensweise fallen Verfassungsschutz und LKA aus der Zeit. Der Trend der staatlichen und parastaatlichen Sicherheitsstrategien geht längst in Richtung Befriedung und Pazifizierung von Protesten, Konfliktlagen und Kontrolldefiziten. Sicherheit auch in der Stadt wird nicht mehr länger als Feld der staatlichen Gewährleistung angesehen oder auch nicht nur von den privaten Sicherheitsdiensten als bezahlte Dienstleistung angeboten, sondern zunehmend als gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Zivilgesellschaft definiert. Sicherheit soll nicht länger nur konsumiert werden, sondern von den Bewohner/innen selbst hergestellt werden. Entsprechend hat sich sowohl das Selbstverständnis als auch die Praxis des Polizierens verändert. Statt Strafverfolgung und -verhinderung haben sich umfassende Programme der Aktivierung und Prävention ins Handeln von Polizei und anderen Instanzen geschlichen und neue Sicherheitsakteure kreiert: Langzeitarbeitslose werden als »Kiezläufer«, »Wohngebietsaufsicht« in stadtteilbezogenen Non-Profit-Sicherheitsdienstleister verwandelt, Wohnungsbaugesellschaften schreiben Aufträge für eine »Lärmpolizei« aus und Quartiersmanagements wie in der Okerstraße richten eine »Taskforce« ein, um die Kommunikation inzwischen lokalen Einrichtungen, Ämtern und der Polizei zu optimieren (siehe Beitrag von Volker Eick in diesem Band).

Die neuen Strategien der Befriedung von gesellschaftlichen Konflikten schreiben der Nachbarschaft als Handlungsebene und sozialem Bezugssystem eine zentrale Rolle zu. Heruntergebrochen auf die Stadtteilebene werden gesellschaftliche Antagonismen in handhabbare Probleme verwandelt, Mieter und Eigentümer können in Zukunftswerkstätten »gemeinsame Perspektiven für das Gebiet« entwickeln, Gastronomen von Musikclubs und Anwohner/innen können sich über ihre unterschiedli-

chen Bedürfnisse der Nachtruhe austauschen, und Stadtplaner, Polizei und Trinkerszene können aushandeln, welche Form der Verdrängung vom sichtbaren Bereich des Leopoldplatzes denn für alle den größten Nutzen haben könnte. Fast immer sitzt das Quartiersmanagement mit am Tisch und macht seinem Namen alle Ehre. Als Moderator/innen von Konflikten und Interessen auf der Stadtteilebene haben die Quartiersmanger/innen oftmals die undankbare Aufgabe, die ihnen vorgegebenen Aufwertungsziele voranzubringen, Teile der Nachbarschaft daran zu beteiligen und jede Konflikteskalation zu vermeiden, um den Aufwertungserfolg nicht zu gefährden. Nicht immer sind all diese Ziele gut unter einen Hut zu bringen. Im Streit um den offenen Straßenstrich in der Kurfürstenstraße etwa lavierte das Quartiermanagement zwischen erwarteten Imageeffekten durch das Verschwinden der Straßenprostitution, den Forderungen der Gewerbetreibenden und der Vermeidung von zu erwartenden Konflikten im Falle einer Vertreibung des Straßenstrichs. In einer unübersichtlichen Gemengelage von Anwohnerinteressen, öffentlichen Ressentiments gegen die Einrichtung eines Großbordells (um den Strich von der Straße zu bekommen) und einer moralisch aufgeladenen Medienberichterstattung gelang es den Beteiligten aus Gesundheitsverwaltung, Polizei, sozialer Arbeit und kritischer Wissenschaft eine Verdrängung der Straßenprostitution zu verhindern (*siehe Beitrag von Jenny Künkel in diesem Band*). Der Beitrag plädiert für einen differenzierten Blick auf die neuen Institutionen des städtischen Regierens, um die aktuellen Machtverhältnisse in der Stadt zu begreifen. Die zunehmend flexible Ausrichtung von sozial- und sicherheitspolitischen Strategien erscheint auf der lokalen Ebene als ein sich ständig veränderndes Terrain ohne festen Boden. Dieselben Institutionen können heute repressive Kontrollfunktionen ausüben, morgen eine Plattform für den Protest liefern und am nächsten Tag die symbolische Aufwertung der Nachbarschaft vorantreiben. Die Berliner Quartiermanagements können wie im Reuterkiez in Kooperation der Zwischennutzungsagentur den Startschuss für die gewerbliche Gentrification geben, wie das QM Schillerpromenade mit der Taskforce Okerstraße ein Instrument der Kontrolle und Sanktion entwickeln (Henninger 2009) oder wie in Moabit ein Projekt wie die Eigentümererhebung von »Wem gehört Moabit?« unterstützen. So richtig es ist, die allgemeinen Legitimationsfunktionen und Kompensationsmechanismen des Programms Soziale Stadt zu benennen und zu kritisieren (Holm/Lebuhn 2013), so notwendig erscheint mir die Analyse der konkreten Praxis. Die Haltung zu den jeweiligen Quartiersmanagements und die Einschätzung

ihrer Aktivitäten kann nur in der konkreten Auseinandersetzung mit ihnen entwickelt werden: Welche Themen werden praktisch bearbeitet? Welche Gruppen im Stadtteil werden praktisch unterstützt? Wem nutzt die Öffentlichkeitsdarstellung der Nachbarschaft? Wie positioniert sich das Quartiersmanagement in lokalen und stadtpolitischen Konflikten?

Ganz ähnliche Fragen müssen letztendlich an alle Institutionen und Initiativen gestellt werden, die sich selbst als Arenen der Zivilgesellschaft inszenieren und auf eine lokale Aktivierung der Bewohner/innen oder Gewerbetreibenden setzen. Gerade weil sich lokal definierte Interessen und Gemeinsamkeiten nicht über soziale Fragen, Machtverhältnisse und strukturelle Kontexte konstituieren, erschließt sich ihre soziale Verortung und politische Bedeutung erst in ihrer Praxis. So entziehen sich beispielsweise die in Berlin entstandenen Bürgerplattformen in Moabit, Wedding, Schöneweide und Neukölln einer einfachen und klaren Einordnung. Mit dem Versuch, das in den USA breit verankerten *community organizing* in Berlin zu etablieren, gelang es den Organisator/innen des Deutschen Instituts für Community Organizing (DICO) um den nicht unumstrittenen Leo Penta besser als den meisten anderen lokalen Institutionen, Bewegungen und Initiativen, Gruppen und Milieus einzubeziehen, die als Verlierer städtischer Entwicklungen in stadtpolitischen Auseinandersetzungen üblicherweise auf der Strecke bleiben. Doch vielfach scheint die erfolgreiche Aktivierung oft auch migrantischer Initiativen und Vereine mit einer Depolitisierung in Inhalten und Forderungen einherzugehen. Die Suche nach gemeinsamen Interessen wird oft auf das »Machbare« zurechtgestutzt und orientiert sich vielfach an Konsensthemen zur Verbesserung von Infrastrukturen in der Nachbarschaft. Private Akteure, Behörden und Politik werden als potenzielle Partner angesehen, die von den eigenen Ideen überzeugt werden müssen. Die Potenziale des Organisationsformats für die Repolitisierung der Stadtpolitik werden so kaum genutzt und die Bürgerplattformen agieren weitgehend getrennt von den lokalen stadtpolitischen Konflikten in ihren Nachbarschaften (*siehe Beitrag Robert Maruschke in diesem Band*).

Starke Momente der Entpolitisierung werden auch im Feld der sozialen Träger festgestellt. In ihrer tagtäglichen Arbeit mit den Auswirkungen zugespitzter sozialer Konflikte und den massiven Einschnitten in die sozialen Sicherungssysteme konfrontiert, bewegen sich die sozialpädagogischen Einrichtungen, Obdachlosenunterkünfte und Beratungsstellen in einem oft ambivalenten Dreieck von administrativen Vorgaben, institutionellen Eigenlogiken und ethischen Überzeugungen. Unter den

Bedingungen einer Konkurrenz der Träger um das Geschäft mit der Armut werden Angebote und Konzepte eher an den aktuellen Fördervorgaben und rechtlichen Rahmenbedingungen orientiert als an der Notwendigkeit der Unterstützungsleistungen. In der Logik von Förderbudgets und Rechtsgrundlagen der Sozialgesetzgebung beziehen viele Träger ihre Eigenlegitimation aus der Existenz von Armut, Obdachlosigkeit und gescheiterten Biographien. Politische Forderungen der meisten Träger zielen entsprechend vor allem auf die Ausstattung mit Ressourcen und verfügbaren Wohnungen zur Gewährleistung der individuellen Hilfsangebote und eben nicht auf die Aufhebung von Ungleichheitsstrukturen (*siehe Beitrag von Christian Linde in diesem Band*).

Recht auf die Stadt von morgen

Einer wachsenden Unübersichtlichkeit sozialer Lagen und einer Fragmentierung von Interessensgruppen zum Trotz haben sich die sozialen Bewegungen in Berlin in den Konfliktlinien neoliberaler Neuordnungsprozesse des Städtischen positioniert. Neben existenziellen Forderungen nach einer angemessenen Wohnungsversorgung, einem freien Zugang zu städtischen Infrastrukturen und einer umfassenden Bewegungsfreiheit artikuliert sich in den Protesten auch das Begehren auf Mitbestimmung, Selbstverwirklichung und Gestaltung künftiger Entwicklungen. Mit dem neuerlichen Aufkommen stadtpolitischer Protestbewegungen stellt sich eine alte Frage: Bleiben die mehrheitlich lokal artikulierten Konflikte räumlich, thematisch und sozial begrenzt, oder können sie ein übergreifendes Potenzial gesellschaftlicher Veränderungen entfalten?

Die viel beschworene Wiederkehr der sozialen Frage in die stadtpolitischen Auseinandersetzungen unterscheidet sich dabei von den sozialen Kämpfen der fordistischen Urbanisierung des letzten Jahrhunderts: Ging es damals um eine Ausweitung wohlfahrtsstaatlicher Garantien bei der Bereitstellung und Gewährleistung einer kollektiven Konsumtion, müssen soziale und politische Rechte heute immer öfter den Unternehmen und anderen privaten Akteuren abgetrotzt werden. Städtische Proteste stehen vor der Herausforderung, Sanktionspotenziale für diese Auseinandersetzung mit Marktakteuren und Strategien der Dekommodifizierung zu entwickeln.

Eine gesellschaftliche Verantwortung für öffentliche Angelegenheiten ist unter den Bedingungen einer postpolitischen Herrschaft keine Selbstverständlichkeit mehr. Der Abschied von der Wohlfahrtsorientierung und die Durchsetzung unternehmerischer Strategien in der Stadtpolitik

sind mit der Durchsetzung von Formen des Regierens verbunden, in der die Herstellung eines Konsens die Austragung von Konflikten ersetzt, in der ein technokratisches Management an die Stelle von demokratischen Verfahren tritt und ein depolitisierte Populismus die Fragen der Macht und struktureller Widersprüche aus den öffentlichen Auseinandersetzungen verdrängt. Der Erfolg von Protestbewegungen kann deshalb heute nicht mehr nur an der Durchsetzung eigener Forderungen gemessen werden, sondern vor allem an ihrem Beitrag für eine Repolitisierung der Stadtpolitik.

Die Konflikte in der neoliberalen Stadt sind durch die vielfältigen Überlagerungen von ökonomischen, sozialen und kulturellen Ausgrenzungen gekennzeichnet und haben stark fragmentierte Strukturen der Subalternität hervorgebracht. Viele der hier vorgestellten Bewegungsansätze, Initiativen und Mobilisierungen stehen für die Praxis der Aneignung und bieten eine Klammer zur Kooperation verschiedener stadtpolitischer Akteure. Insbesondere in der Fähigkeit der neuen städtischen Bewegungen, aus den vielfältigen Fragmentierungen etwas Gemeinsames zu erschaffen, erlangen städtische Utopien und Perspektiven der Repolitisierung konkrete Gestalt. Die in den Protesten aufblitzenden Momente der Aneignung, der Selbstermächtigung und der Solidarität zeigen: Die Stadt von morgen entsteht nicht auf Reißbrettern und in Lesesälen – die Stadt von morgen liegt auf der Straße. Reclaim Berlin!

Literatur

- Breitkopf, Michael 2009: Situation einkommensschwacher Haushalte in Friedrichshain-Kreuzberg. Stellungnahme der Sozialberatung Friedrichshain
- Gornig, Martin 2012: Berliner Wirtschaft: Nach Teilung und Transformation auf Wachstumskurs? Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg, 4/20012, 41-46
- Henninger, Max 2009: Früherkennung und konsequente Verfolgung. Ein Berliner Quartiersmanagement räumt auf. In: analyse & kritik, Nr. 542, 23
- Holm, Andrej 2011: Wohnungspolitik der rot-roten Regierungskoalition in Berlin. In: Holm, Andrej; Lederer, Klaus; Naumann, Matthias (Hrsg.): Linke Metropolenpolitik. Erfahrungen und Perspektiven am Beispiel Berlin. Münster: Westfälisches Dampfboot, 92-112
- Holm, Andrej; Lebuhn, Henrik 2013: Die Stadt politisieren – Fragmentierung, Kohärenz und soziale Bewegungen in der ›Sozialen Stadt‹. In: Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hrsg.): Polarisierende Städte. Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik. Frankfurt/New York: Campus Verlag, 194-215

- IBB Investitionsbank Berlin) 2013: Berlin Aktuell. Digitale Wirtschaft – Standortanalyse im Städtevergleich. Berlin: Investitionsbank Berlin
- Nowak, Peter (Hrsg.) 2013: Zwangsräumungen verhindern. Ob Nuriye ob Kalle, wir bleiben alle. Münster: edition assemblage
- Rada, Uwe 1997: Hauptstadt der Verdrängung. Berliner Zukunft zwischen Kiez und Metropole. Berlin/Hamburg: Assoziation A
- Rapp, Tobias 2009: Lost and Sound: Berlin, Techno und der Easyjetset. Frankfurt am Main: Suhrkamp

■ BERLINER ZUSTÄNDE

Gentrifizierung oder Wiederkehr der Wohnungsnot?

Sozialstrukturelle Entwicklungstendenzen in Berliner Innenstadtwohngebieten

Von Kerima Bouali & Sigmar Gude

An einem Spätsommertag kurz vor den Berliner Landtagswahlen 2011 fuhr ein Mann mittleren Alters langsam durch die Kreuzberger Falckensteinstraße und sprach wie zu sich selbst, aber doch so laut, dass es die wenigen Gäste vor dem kleinen Restaurant hören sollten: »und ich schaue zu, wie ihr alle verkauft werdet, in Prenzlauer Berg ...«. Mehr war aus dem abfahrenden Auto nicht zu verstehen. Wer da als männliche Kassandra den BewohnerInnen des Wrangelkieses ihren baldigen »Untergang« prophezeite, war nicht zu ermitteln. War es ein Makler, dem gerade ein erfolgreicher Abschluss gelungen war oder ein frustrierter Berliner Bürger, der der Kreuzberger Szene mal Bescheid sagen wollte? Fest steht, dass seine Erwartung an die Entwicklung des Wrangelkieses mit der vieler BewohnerInnen und Kiez-Initiativen übereinstimmt: Der Wrangelkiez ist auf dem besten Wege, das Schicksal des Kollwitzplatzes zu teilen und Schauplatz der nächsten tiefgreifenden Gentrifizierungswelle zu werden.

Aber stimmt dieser, von vielen BewohnerInnen der angesagten innerstädtischen Quartiere geteilte Eindruck, mit der realen Entwicklung der Sozialstruktur in allen Teilräumen überein? Bedeuten steigende Mieten, florierende Immobilienverkäufe und wachsendes Interesse von InvestorInnen an innerstädtischen Grundstücken, dass die angestammte Wohnbevölkerung allein durch einen Prozess verdrängt wird, der als Gentrifizierung zu bezeichnen ist? Oder gibt es auch andere Entwicklungstendenzen in unseren Städten und auf den Wohnungsmärkten, die andere Verlaufsformen nehmen und andere soziale Probleme hervorrufen werden, als diejenigen, die wir mit dem Begriff Gentrifizierung verbinden?

Es scheint uns angemessen, die Entwicklungen der Berliner Innenstadtquartiere noch einmal kritisch daraufhin zu durchleuchten. So zeigt eine Analyse der Entwicklungen in den Berliner Innenstadtquartieren,

dass trotz des vorhandenen angespannten Wohnungsmarktes und deutlich steigender Bestands- und vor allem Neuvermietungsflächen, die sozialen Entwicklungen teilträumlich unterschiedlich sind. Es ist daher zu fragen, ob diese differierenden Entwicklungen unisono als Gentrifizierungsprozesse zu bewerten sind. Wir wollen also die Entwicklung einiger Quartiere auf Basis ausgewählter sozialer Indikatoren vergleichen und auf Gentrifizierungsprozesse hin untersuchen. Dabei werden wir bestimmte Entwicklungslinien seit ihrer Entstehungszeit verfolgen, um zu sehen, welche baulichen und sozialen Strukturen den Ausgangspunkt für heutige Entwicklungen bilden.

Ausgangspunkt und Ziel der Gentrifizierungsdiskussion in Berlin

Seit der Vereinigung der beiden Stadthälften sind gravierende und schnell ablaufende Veränderungsprozesse in den Stadtteilen zu beobachten, die sich weiter fortsetzen

Zunächst veränderten sich vor allem die Quartiere in der östlichen Stadthälfte. Nach einer Phase von Hausbesetzungen und dem Zuzug alternativer BewohnerInnengruppen, die den billigen Wohnraum und die entstandenen Nischen für ihre Lebensformen schätzten, folgte eine bauliche Aufwertung des Wohnungsbestandes, mit der sich sukzessive auch die Bewohnerschaft veränderte. Die Ausweisung von Sanierungsgebieten in den innerstädtischen Quartieren mit lukrativen Anreizen für Modernisierung und Instandsetzung durch Förderprogramme und erhöhte steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten dynamisierten diese Umstrukturierungsprozesse. In der vorherrschenden stadtentwicklungspolitischen Diskussion wurden diese Veränderungsprozesse als Anpassung an den Systemwechsel betrachtet, in dessen Zuge sich ein marktwirtschaftlich organisierter Wohnungs- und Immobilienmarkt durchsetzt.

Inzwischen zeigt sich jedoch, dass diese Prozesse auch Ausdruck wachsender sozialer Ungleichheit und unzureichender wohnungspolitischer Marktregulierung sind, die sich stadträumlich in sozialen Verdrängungs- und Segregationsprozessen, einer wachsenden Umwandlung von Miet- in Eigentums- und Ferienwohnungen und einer Homogenisierung einst sozial durchmischter innerstädtischer Quartiere manifestieren.

In wissenschaftlichen wie in politischen Diskussionen wird »Gentrifizierung« häufig als zentraler Erklärungsansatz in den Mittelpunkt gestellt. Damit lassen sich ohne Zweifel die Entwicklungen in einer Reihe von Stadtteilen gut erfassen. Für die Erklärung der Veränderungen in

anderen Stadtteilen bleibt der Begriff der Gentrifizierung jedoch unzureichend, wie wir anhand empirischer Erhebungen nachweisen werden.

Dabei gehen wir von einem engeren, an die ursprüngliche Verwendung des Begriffs angelehnten Verständnis, aus. Gentrifizierung in diesem Sinne beinhaltet drei Veränderungsprozesse: erstens Austausch einer statusniedrigeren Bewohnerschaft durch eine andere mit höherem sozio-ökonomischen Status, zweitens die Veränderung des Gebietscharakters und der Angebotsstrukturen für Freizeit und Kultur sowie drittens, bauliche Anpassung des Wohnungsangebots an die spezielle Nachfrage der zuwandernden einkommensstärkeren Bevölkerungsgruppe durch umfangreiche Modernisierungsinvestitionen. Demgegenüber geht ein erweiterter Gentrifizierungsbegriff davon aus, dass allein eine Mieterhöhungsentwicklung, in deren Verlauf einkommensschwächere Haushalte bei der Konkurrenz um Wohnraum von Haushalten mit einem geringfügig höherem Einkommen verdrängt werden, ausreicht, um von Gentrifizierung sprechen zu können. Damit verliert der Begriff an Trennschärfe, um unterschiedliche sozialräumliche Entwicklungen zu analysieren. Demzufolge müssten wir in der gegenwärtigen Situation, in der die Berliner Mieten flächendeckend schnell ansteigen, davon ausgehen, dass auch ein flächendeckender Gentrifizierungsprozess stattfindet. Faktisch erlebt Berlin jedoch auch eine starke Zuwanderung junger einkommensschwacher Haushalte, bei gleichzeitigem Verlust einkommensstarker Haushalte, durch die – noch immer vorhandene – Abwanderung ins nahe Umland.

Eine differenzierte Betrachtung und Analyse von Quartiersentwicklungen ist nicht nur für die Erklärung sozialräumlicher Prozesse, sondern auch für die Auswahl geeigneter politischer und administrativer Gegenmaßnahmen von wesentlicher Bedeutung. In Gebieten, in denen Mietsteigerungen allein über die Mieterhöhungsmöglichkeiten nach BGB oder im Zuge von Neuvermietungen und nicht über modernisierungsbedingte Erhöhungen durchgesetzt werden, wird beispielsweise eine sogenannte Soziale Erhaltungssatzung¹ nach BauGB wenig erreichen können. In einem »klassischen« Gentrifizierungsgebiet, in dem die vorhandenen Wohnungen zielgerichtet auf die Wünsche der zukünftigen BewohnerInnen zugeschnitten und umgebaut werden, könnte eine Soziale Erhaltungssatzung jedoch zumindest den Aufwertungsprozess abbremsen.²

1 Die soziale Erhaltungssatzung bzw. –verordnung nach § 172 Baugesetzbuch wird in der öffentlichen Diskussion häufig Milieuschutzsatzung genannt.

2 Dabei wäre es besonders effektiv, wenn in sozialen Erhaltungsgebieten nach § 172 BauGB die Möglichkeit für die Bezirke bestünde, ein Verbot für die Umwandlung

Neben administrativen Maßnahmen müssten auch politische Initiativen vor Ort auf die tatsächliche Entwicklung zugeschnitten werden. Wenn die ZuwandererInnen in einem Gebiet eben keine GentrifiziererInnen sind, sondern nur ähnlich arme MitkonkurrentInnen um billigen Wohnraum wie die schon länger Ansässigen, dann sind Maßnahmen zur Verhinderung von Aufwertungsinvestitionen wie eine soziale Erhaltungssatzung, die gegen Gentrifizierungsprozesse effektiv sind, wirkungslos.

In solchen Gebieten wird relativ wenig baulich aufgewertet. Die Strategie, um eine höhere Rendite zu erzielen, ist hier nach wie vor die deutliche Erhöhung der Miete bei Neuvermietung³. EigentümerInnen geraten in diesen Gebieten mit Aufwertungsinvestitionen in Miethöhen, die sie nicht sicher erzielen können. Im Focus müssen deshalb Maßnahmen sein, die erzwungene Mieterwechsel, Zweckentfremdung von Wohnraum und Mietpreistreiberei verhindern. Schließlich halten wir noch einen dritten Punkt für wichtig. Die Gentrifizierungstheorie stellt die Verdrängung von Bevölkerungsgruppen aus ihrem Stadtteil und die daraus resultierenden städtischen Veränderungsprozesse in den Mittelpunkt der Betrachtung. Wir möchten darüber hinaus die Aufmerksamkeit auch auf jene Bevölkerungsgruppen lenken, die der Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen durch eine steigende Mietbelastung auch nicht durch das Ausweichen in ein anderes Quartier entkommen können, bzw. diese Belastung in Kauf nehmen (müssen), um in ihrem sozialen Umfeld bleiben zu können.

Berliner Stadtentwicklungsprozesse als Ausgangspunkt für heutige Quartiersentwicklungen

Bevor wir die Darstellung und Erklärung der aktuellen Entwicklungen verschiedener Berliner Innenstadtquartiere beginnen, wollen wir kurz die stadt- und sozialräumliche Entwicklung Berlins seit Beginn der Industrialisierung skizzieren, weil wir dies als Voraussetzung betrachten, um die städtebaulichen und sozialstrukturellen Prozesse unterschiedlicher Gebiete nach 1989 verstehen zu können. Wobei wir davon ausgehen, dass die damals entstandenen Baustrukturen auch heute noch in doppelter

von Miet- in Eigentumswohnungen auszusprechen. Bislang weigert sich das Land Berlin diese im Gesetz vorgesehene Steuermöglichkeit durch eine Umwandlungsverordnung zuzulassen.

3 Die deutliche Erhöhung der Mieten bei Neuvermietung war auch in der Vergangenheit und nicht erst seit der zunehmenden Wohnungsknappheit in den Agglomerationen das übliche Mittel, den Mietertrag zu steigern, ohne in die Wohnung investieren zu müssen.

Hinsicht die Grundlage für die Verwertungsmöglichkeiten der Immobilien sind. Zum einen, weil die Bauqualität und die Wohnungsschnitte das heutige Aufwertungspotenzial wesentlich mitbestimmen,⁴ zum anderen, weil ihr symbolischer Gehalt Teil der gegenwärtigen Vermarktungsstrategie ist. Wichtig ist es in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass die Viertel, die bereits vor der Entwicklung zur großräumigen Segregation existierten, nicht plötzlich und/oder umfassend selbst in den Segregationsprozess einbezogen wurden, sondern großteils über einen langen Zeitraum sozial gemischt blieben – zumeist so, wie es ihre Wohnungsstruktur gebot. Gute Beispiele dafür sind der Kollwitzplatz und die Altbauwohngebiete um den Oranienplatz.

Segregations- und Mischungsprozesse in der Berliner Stadtentwicklung

Hinsichtlich der Segregationsentwicklung in den Berliner Wohnquartieren lässt sich bis zum Jahr 1989 von drei Phasen sprechen, die zu sehr unterschiedlichen sozialen Strukturen geführt haben. Die erste Phase ist durch eine großräumige Segregation der gesellschaftlichen Klassen charakterisiert und umfasst den Zeitraum von der Gründerzeit bis zum Ende der 1930er Jahre. Die zweite Phase beginnt mit dem Ende des II. Weltkriegs und ist durch eine stärkere soziale Durchmischung der meisten Wohngebiete in beiden Teilen der Stadt gekennzeichnet. Sie dauerte im Westteil bis Mitte der 1970er Jahre, im Ostteil bis 1989. In Westberlin begann ab Mitte der 1970er Jahre eine dritte Phase, in der sich soziale Entmischungs- und Segregationsprozesse verstärken. Diese dritte Phase erfasste nach dem Mauerfall auch eine Reihe innerstädtischer Wohngebiete in Ostberlin.

1. Phase: Kleinräumige soziale Mischung und kleinräumige Segregation bis zum Ende des 19. Jahrhunderts sowie großräumiger Segregation bis zum Beginn des II. Weltkriegs.⁵

Segregation im Sinne räumlicher Abtrennung sozialer Schichten in unterschiedlichen Wohngebieten gab es in Berlin erst ab dem zweiten

4 Dazu gehören allerdings auch die ehemals eher als Arbeiterwohngebiete gebauten Quartiere, die im Zuge der Sanierung mit erheblichen staatlichen Investitionen und Investitionsanreizen umgebaut wurden.

5 Wir beziehen uns bezüglich der räumlichen Entwicklung auf die Darstellung der Baualterskarten in: Johann Friedrich Geist / Klaus Kürvers, *Das Berliner Mietshaus 1862-1945*, Frankfurt a.M. 1984.

Drittel des 19. Jahrhunderts.⁶ In den drei folgenden Jahrzehnten veränderte sich die Zusammensetzung und Struktur Berlins grundlegend. Hatten zuvor die gesellschaftlichen Gruppen noch in vielen Stadtteilen zusammengelebt, wenn auch getrennt in Beletage- oder Souterrain- bzw. Mansardenwohnung oder separiert in Vorder- und Hinterhäusern, so begann jetzt, angetrieben durch das schnelle Wachstum der Stadt, ein großräumiger Segregationsprozess, dessen bauliche Symbole die hochherrschaftlichen Häuser in Wilmersdorf, in Charlottenburg oder in Lichterfelde und die Mietskasernen vor allem im Wedding, Friedrichshain und Neukölln waren.

In diesem Sinne gab es am Ende der Gründerzeit beziehungsweise zum Ende des I. Weltkriegs Quartiere und Stadtteile, die eine hochgradig segregierte Bevölkerungsstruktur aufwiesen und solche, die weiterhin sozial durchmischt blieben. Diese beiden Quartierstypen prägen auch noch heute die Berliner Innenstadt.

In der Zwischenkriegszeit veränderte sich die Struktur dieser Quartiere nur wenig. In der Weimarer Republik kamen in erheblichem Umfang neue Wohnquartiere hinzu. Der Staat griff steuernd in den Wohnungsmarkt ein: in den Wohnungsneubau durch Bauordnung, Förderung und die Institutionalisierung von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen; in den Bestand durch Mieterschutz, Mietpreisbindung und Belegungsrechte. Die neuen an den Stadtrand gebauten Siedlungen, sollten die enorme Wohnungsnot der unteren Schichten bekämpfen und bessere Wohnverhältnisse als die Mietskasernen bieten, die sich fast ausschließlich im Eigentum von Wohnungsbaugesellschaften oder -genossenschaften mit sozialem Anspruch befanden. Diese Quartiere wiesen ebenfalls eine stark segregierte Sozialstruktur auf. Sie waren aber weder Wohnquartiere für proletarische noch für gutbürgerliche Schichten, sondern für die untere Mittelschicht.

2. Phase: Durchmischung im Zuge sozialer Wohnungspolitik nach dem II. Weltkrieg

Die starke Zerstörung Berlins durch den II. Weltkrieg und der anschließende Wiederaufbau veränderten die Sozialstruktur der Innen-

6 Im Begriff »Gründerzeit« wird die Dynamik dieser Entwicklungsperiode sehr gut gefasst, sodass dieser Baustil noch heute als »gründerzeitlich« bezeichnet wird. Bereits vorher gab es jedoch in Berlin und in den damaligen Außenbezirken auch kleinere Quartiere, in denen ausschließlich das Bürgertum bzw. Großbürgertum wohnte.

stadtquartiere erheblich. In den bürgerlichen Gebieten fand durch die als Lückebauten entstandenen Sozialwohnungen in gewissem Rahmen eine stärkere soziale Durchmischung statt. Gleichzeitig verloren die großzügigen bürgerlichen Wohnungen und mit ihnen teilweise auch die Quartiere zunehmend an Beliebtheit und Prestige. Auch in den Arbeiterquartieren veränderten die Kriegszerstörungen nicht nur die Baustruktur der Mietskasernen, sondern auch die Sozialstruktur.

Die Mittelschichten bevorzugten zunehmend die modernen Nachkriegsbauten und neu errichteten Wohnanlagen. Letztere entstanden zunächst auf abgeräumten Trümmerarealen (Otto-Suhr-Siedlung, Siedlung Dresdener Straße in Mitte) und ergänzten später den Ring der 20er-Jahre-Siedlungen um die Innenstadt, ehe sie dann als Großsiedlungen am Stadtrand errichtet wurden.

Stärker als in Westberlin erlaubten die staatliche Verfügbarkeit von Grund und Boden und der staatlich bzw. ab Mitte der 1960er Jahre auch genossenschaftlich organisierte Wohnungsbau in Ostberlin den großflächigen Neubau von Wohnungen in der Innenstadt. Die Wohnraumversorgung erfolgte durch Vergabestellen, der Mietpreis war staatlich festgelegt. Erklärtes Ziel war eine Mischung sozialer Schichten. Jenseits des Prestigeobjektes der damaligen Stalinallee entstanden ab den 1960er bis in die 1980er Jahre eine Reihe von zentrumsnahen Wohnanlagen und Siedlungen. So die heutige Karl-Marx-Allee zwischen Straußberger Platz und Alexanderplatz, die Heinrich-Heine Siedlung, die Wohnanlagen an der Leipziger Straße und am Platz der Vereinten Nationen sowie die Fischerinsel oder die Großsiedlung Fennpfuhl.

In den 1970er Jahren begann der Bau von Großsiedlungen am Stadtrand von Ostberlin. In Marzahn entstand zwischen 1980 bis 1987 das größte zusammenhängend geplante Wohngebiet Europas. Insgesamt umfasst die Stadt in der Stadt rund 65.000 Wohnungen für ca. 165.000 EinwohnerInnen. Mit Beginn der 1980er Jahre wurde angesichts der nach wie vor defizitären Wohnungsversorgung in die Erneuerung der maroden Altbauquartiere investiert. Neubauten werden nun -nicht zuletzt wegen der technischen Weiterentwicklung der Großtafelbauweise-, in den noch vorhandenen kriegsbedingten Lücken auf dem historischen Stadtgrundriss errichtet.

Die soziale Zusammensetzung der Großsiedlungen, die heute zum »Auffangbecken« der Armutsbevölkerung zu werden drohen, war zur Zeit ihrer Entstehung und lange Jahre danach – in Ostberlin sogar bis nach der Wende – heterogen. Als Faustregel gilt jedoch: je später sie gebaut

wurden, desto geringer war der Anteil sozialer Schichten mit höherem Einkommen.

3. Phase: Segregation ab den siebziger Jahren in Westberlin und ab den neunziger Jahren in Gesamtberlin

Die Wiederentdeckung der Altbauwohnungen durch Besserverdienende, das zunehmende Angebot auf dem freien Wohnungsmarkt und schließlich das Auslaufen der Mietpreisbindungen in den Sozialwohnungen der Nachkriegsperiode führten in einigen Westberliner Quartieren ab Ende der 1970er Jahre zu einer ersten Gentrifizierungswelle. Ein gutes Beispiel ist hierfür das Gebiet von Wilmersdorf zwischen Kurfürstendamm und Hohenzollerndamm. Um die Jahrhundertwende für das Großbürgertum gebaut, galten die Wohnungen in der Nachkriegszeit als unmodern, ungemütlich und schwer beheizbar. Vor allem StudentInnen und junge AkademikerInnen erkannten Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre die Qualitäten der Altbauten zur Nutzung für Wohngemeinschaften. Die EigentümerInnen mussten häufig entgegen ihren gesellschaftlichen Überzeugungen den Zuzug dieser »Pionierwelle« akzeptieren, um Leerstand zu vermeiden.

Im darauf folgenden Jahrzehnt speiste sich der zunehmende Anteil an GentrifiziererInnen aus den zwei üblichen Quellen: dem beruflichen Aufstieg der ehemaligen PionierInnen und dem Zuzug beruflich etablierter Akademikerhaushalte. Diese wurden schließlich zu den KäuferInnen der in Einzeleigentum umgewandelten Wohnungen. Die dadurch angestoßenen Entwicklungen blieben lange unbeachtet. Ähnlich wie heute in Prenzlauer Berg oder der alten Mitte zogen zunächst gut verdienende kinderlose Paare in die Quartiere. Dass das Bild dieser Gentrifizierung heute im öffentlichen Raum anderes wirkt als am Kollwitzplatz, liegt vor allem daran, dass sie wesentlich länger zurückliegt. Zeitgleich zu dieser Entwicklung konzentrierten sich in den Großsiedlungen des Sozialen Wohnungsbaus in Westberlin die ärmeren Bevölkerungsschichten. Die Arbeiterquartiere im Wedding, Neukölln und Tiergarten, blieben die Wohnorte der ärmeren Bevölkerungsschichten, in denen der Anteil der MigrantInnen kontinuierlich wuchs.

In Ostberlin gab es durch die Konzentration der Wohnungspolitik auf den Wohnungsneubau teilweise eine entgegen gesetzte Entwicklung. Die jahrzehntelang vernachlässigten Altbauquartiere mit ihren schlechter ausgestatteten Wohnungen und den erheblichen Instandsetzungsdefiziten waren weniger begehrt als die Neubausiedlungen. In den neu ent-

standenen Wohnquartieren war der Anteil der Bevölkerung mit hohem Bildungsstand überproportional hoch, während in den Altbaugebieten bildungsschwächere Bewohnergruppen überrepräsentiert waren.

Verarmung und Gentrifizierung 1995–2010

Die jetzige Phase der Stadtentwicklung und des Wohnungsmarkts ist wesentlich durch wachsende soziale Ungleichheit, eine zunehmende Knappheit an Wohnungen sowie steigende Mieten und Umwandlung in Eigentumswohnungen bestimmt. Dabei sind die unterschiedlichen Stadtregionen und die verschiedenen Wohnungsbestände nicht gleichermaßen betroffen.

Was wir heute erkennen, ist zwar eine Momentaufnahme, stellt aber die Grundlage zukünftiger Veränderungsprozesse dar, auf die wir weiter eingehen werden.

Typus 1: Gentrifizierte Quartiere

Ein Teil der Berliner Innenstadt hat seit den 1990er Jahren eine Entwicklung erlebt, die dem vollen Gentrifizierungszyklus entspricht. Hier hat ein Strukturwandel stattgefunden, in dem die ursprünglich sozial gemischte und damit auch heterogene Bevölkerung durch eine weitgehend nach Alter, Qualifikation, Einkommen und Milieuzugehörigkeit homogene Bevölkerung ersetzt worden ist.

Prototyp dieser Gebiete ist das Quartier rund um den Kollwitzplatz. Darüber hinaus zeichnete sich das Quartier zu DDR-Zeiten durch eine alternative und systemkritische Szene aus. Ähnlich sind die benachbarten Gebiete des Prenzlauer Berg (Bötzowstraße, Winsstraße, Teutoburger Platz, Helmholtzplatz) und im Bezirk Mitte (Spandauer -, Rosenthaler - und Oranienburger Vorstadt sowie in der Friedrich-Wilhelm-Stadt) strukturiert.

Städtebauliche und soziale Voraussetzungen von Gentrifizierungsprozessen

Damit sich derartige Gebiete zu Gentrifizierungsgebieten entwickeln können, müssen bauliche, sozialstrukturelle und infrastrukturelle Voraussetzungen erfüllt sein. Die städtebauliche Situation und der Wohnungsbestand verweisen direkt auf die Entstehungszeit und -bedingungen des Quartiers. Es muss sich zumindest um ein in seiner Entstehungszeit sozial gemischtes Viertel handeln, das in einem relevanten Umfang über großzügige, gutbürgerliche Wohnungen und städtebauliche Qualitäten

verfügt. Reine Arbeiterwohngebiete mit kleinen Wohnungen und einem wenig attraktivem Wohnumfeld gehören zunächst nicht dazu, es sei denn, der Wohnungsbestand und die öffentliche Infrastruktur wurden im Zuge einer Sanierungsgebietsausweisung erheblich verändert. Die kleinteilige Funktionsmischung von Wohnen und Gewerbe sowie eine gute Anbindung an den ÖPNV sind ebenfalls Voraussetzungen für den Aufwertungsprozess zu einem urbanen und nachgefragten Wohnquartier.

Eine weitere Voraussetzung für Gentrifizierungsprozesse ist die Abwesenheit einer größeren, geringqualifizierten Bewohnerschaft, vor allem migrantischer Herkunft, da das durch diese Gruppen geprägte Wohnumfeld den Ansprüchen einer gehobenen Mittelschicht häufig entgegensteht.

Einen wesentlichen Einfluss auf die Bleibe- und Zuzugsperspektiven junger Mittelschichtfamilien hat die Situation in den öffentlichen Schulen und Kitas⁷. Zwar werden in gentrifizierten Quartieren eine Reihe hochwertiger Bildungs-, Kultur und Sportangebote durch die BewohnerInnen selbst, private Träger oder Dienstleister geschaffen, aber mehrheitlich erwarten auch diese Familien gute durch den Staat geschaffene Gemeinbedarfseinrichtungen in ihrem Wohnumfeld. So dokumentieren die Schulen oder Kitas nicht selten die harten stadträumlichen Schnitte der Segregation, mit einem hohen Anteil von Kindern aus sog. »bildungsfernen« Schichten, häufig nichtdeutscher Herkunft auf der einen Straßenseite und Kindern aus mehrheitlich Familien mit akademischer Qualifikation auf der anderen.

Typus 2: Gebiete im Gentrifizierungsprozess

In einer zweiten Gruppe von Gebieten ist ebenfalls ein deutlich feststellbarer sozialer Strukturwandel zu konstatieren. Zwar ist die ursprüngliche gemischte Zusammensetzung noch nicht verloren gegangen, aber der Anteil der ärmeren Bevölkerungsgruppen hat sich deutlich reduziert, während auf der anderen Seite der Einkommensskala die Anteile status-

7 Der größte Teil der GentrifiziererInnen zieht als kinderloses Paar ins Gebiet. Da die Mehrheit aber im Familiengründungsalter ist, ist die Geburtenrate in der Zeit nach dem Zuzug sehr hoch. Es ist davon auszugehen, dass für die Entscheidung, ein Kind zu bekommen, die Überzeugung der Eltern wichtig ist, tatsächlich in einem Wohngebiet angekommen zu sein, in dem man länger wohnen bleiben möchte. Allerdings ist die Abwanderung von Familien mit Kindern unter 6 Jahren ins Umland nach wie vor höher als die Zuwanderung dieser Familien in die innerstädtischen Quartiere.

höherer Gruppen zugenommen haben. Man könnte sagen, der Gentrifizierungsprozess hat einen bestimmten Ausprägungsgrad erreicht, was aber nicht bedeutet, dass dieser Prozess, einmal angestoßen, stets mit einer abgeschlossenen Gentrifizierung enden muss. Wir gehen davon aus, dass die Entwicklung dieser Gebiete weder zwangsläufig nur durch InvestorInnen entschieden wird, noch dass die Auswirkungen der Marktmechanismen von Angebot und Nachfrage gänzlich vorherzusehen sind. Politische Interventionen und administrative Maßnahmen können ebenso wie die soziale Polarisierung die Entwicklung abbremsen, stoppen und in Teilen sogar umkehren. Gebiete mit diesem Zwischenstatus sind der Falkplatz, die Bergmannstraße, der Chamissoplatz, der Boxhagener Platz und die Warschauer Straße, sowie die Gebiete beiderseits des Kottbusser Damms: Graefestraße und Reuterplatz.

Typus 3:

Gebiete mit überwiegend einkommensärmerer Bevölkerung

Ein dritter Gebietstypus ist durch eine überwiegend einkommensärmere bis arme Bewohnerschaft charakterisiert, zu der zunehmend BewohnerInnen stoßen, die zu den PionierInnen einer Gentrifizierung gezählt werden, wie StudentInnen, Kreative mit prekärem Einkommen und Menschen mit alternativen Lebensentwürfen. Diese bringen neue Lebensformen mit, verstärken entsprechende Angebote im kulturellen Bereich und der gewerblichen Infrastruktur wie Cafés, Kneipen oder Modeläden. Trotzdem bleibt der Anteil an Besserverdienenden gering und scheint auch bislang nicht zu wachsen. Angesichts deutlich und überproportional steigender Mieten im unteren Preissegment allgemein in Berlin, und innerhalb des S-Bahn-Rings im Besonderen, wird die Zuwanderung der PionierInnen als Zeichen einer beginnenden Gentrifizierung gewertet.

Wie bereits dargelegt, wurde der größte Teil dieser Gebiete ursprünglich als Mietskasernen mit schlechter Bauqualität und überwiegend kleinen Wohnungen für die proletarischen Schichten errichtet.

Ein gutes Beispiel für diesen Gebietstyp ist der Schillerkiez in Nordneukölln. Bis zur Einstellung des Flugbetriebs auf dem Flughafen Tempelhof, an dessen östlichem Rand das Gebiet liegt, galt das Gebiet als eines der problematischsten Wohngebiete der Stadt mit einem hohen Armenanteil, einem hohem MigrantInnenanteil und geringen Entwicklungschancen. Nach der Schließung des Flughafens und der Öffnung des Geländes als Parkanlage hat ein starker Zuzug von StudentInnen in das Gebiet eingesetzt. Diese Entwicklung wurde teilweise bereits als begin-

nender Gentrifizierungsprozess bewertet, die ermittelten Daten zeigen jedoch, dass auch die Zuziehenden überwiegend unterdurchschnittliche Einkommen haben und daher nicht als GentrifiziererInnen einzuschätzen sind. Als andere Beispielgebiete können Kreuzberg SO 36, das Kottbusser Tor und der Moabiter Westen herangezogen werden.⁸

Entwicklung in den drei Gebietstypen

Die drei Gebietstypen sind natürlich nicht scharf voneinander abzugrenzen, da der Charakter von Nachbarschaften und die jeweiligen Entwicklungstrends von einer Vielzahl verschiedener sozioökonomischer, wohnungswirtschaftlicher und kultureller Faktoren geprägt wird. Dennoch lassen sich anhand weniger Indikatoren charakteristische Unterschiede erkennen. Dabei sollen die Kategorien GentrifiziererInnen, PionierInnen, Aufwertung und soziale Auswirkungen erfasst werden. Als Indikator für die Zuwanderung von Besserverdienenden wird das durchschnittliche Äquivalenzeinkommen betrachtet, Indikator für die Zuwanderung von PionierInnen ist der Anteil von StudentInnen, für Aufwertung und höhere Rendite die durchschnittliche Nettokaltmiete und für die sozialen Auswirkungen auf die Bevölkerung die Mietbelastung. Um die Gebietentwicklung in ihrer Dynamik zu erfassen, werden die sozialstrukturellen Indikatoren aller BewohnerInnen mit den Indikatoren derjenigen verglichen, die in den letzten drei Jahren zugezogen sind. Dabei gehen wir davon aus, dass Gentrifizierungsprozesse hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, durch Zuwanderung vorangetrieben werden.

Als Beispiele für den Typus 1, ›Gentrifizierte Gebiete‹, ziehen wir die Gebiete 1 Böttzowstraße (2010), 2 Kollwitzplatz-Nord (2010), 3 Teutoburger Platz (2012) und die 4 Oranienburger Vorstadt (2008) heran. Typus 2, ›Gebiete im Gentrifizierungsprozess‹, sind 5 Bergmannstraße-Nord (2008), 6 Graefestraße (2008), 7 Reuterplatz (2011), 8 Warschauer Straße (2008) und 9 Chamissoplatz (2009). Beim Typus 3, ›Gebiete mit einkommensärmerer Bewohnerschaft‹, beziehen wir uns auf das Gebiet 10 Kottbusser Tor (2008), auf 11 SO 36 (2008) sowie die Quartiersmanagementgebiete 12 Moabiter Westen (2009) und 13 Schillerpromenade (2011).

8 Die Einordnung dieser Gebiete in den Gebietstypus 3 bedeutet nicht, dass es in diesen Gebieten keine Veränderungen in der sozialen und demografischen Struktur, auf dem Wohnungsmarkt und in der Angebotsstruktur der Läden und Kneipen gäbe. Allerdings fehlen hier die typischen Merkmale einer Gentrifizierung.

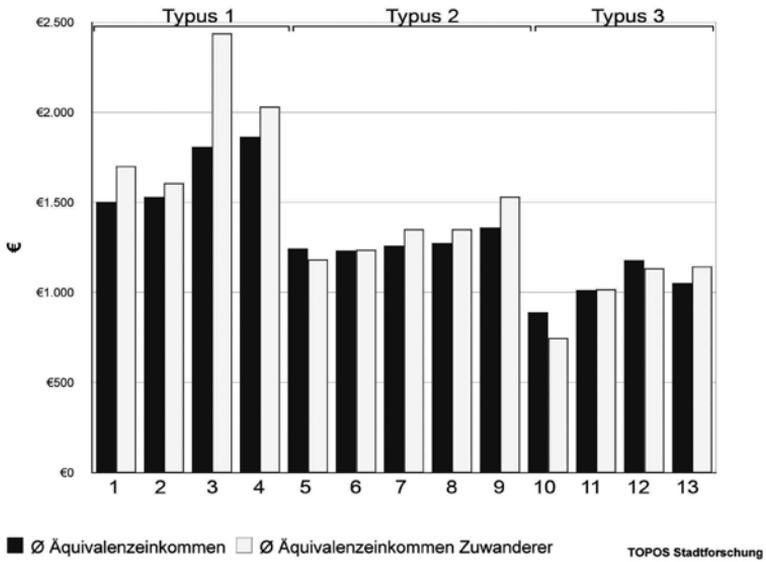


Abb. 1 Mittlere Äquivalenzeinkommen aller Haushalte und der Haushalte von ZuwanderInnen

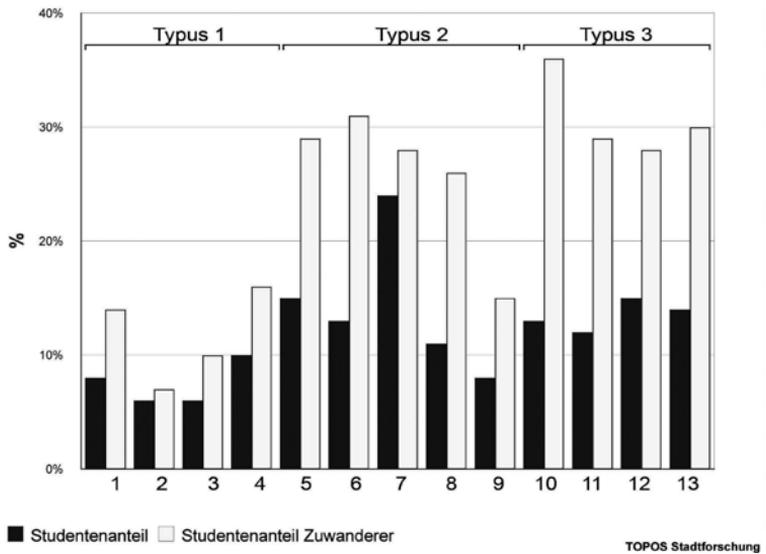


Abb. 2 Anteil von StudentInnen an allen Personen ab 15 Jahre und an den ZuwanderInnen

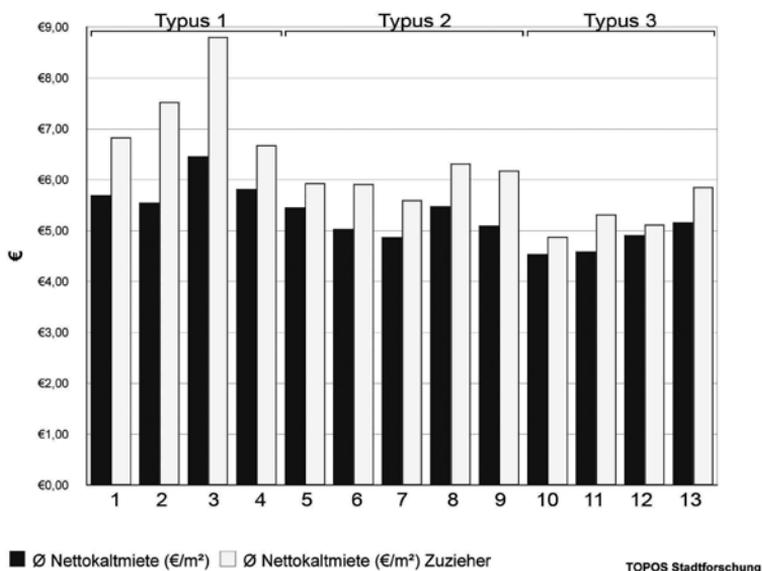


Abb. 3 Miete pro Quadratmeter: alle Haushalte und Haushalte von ZuwanderInnen

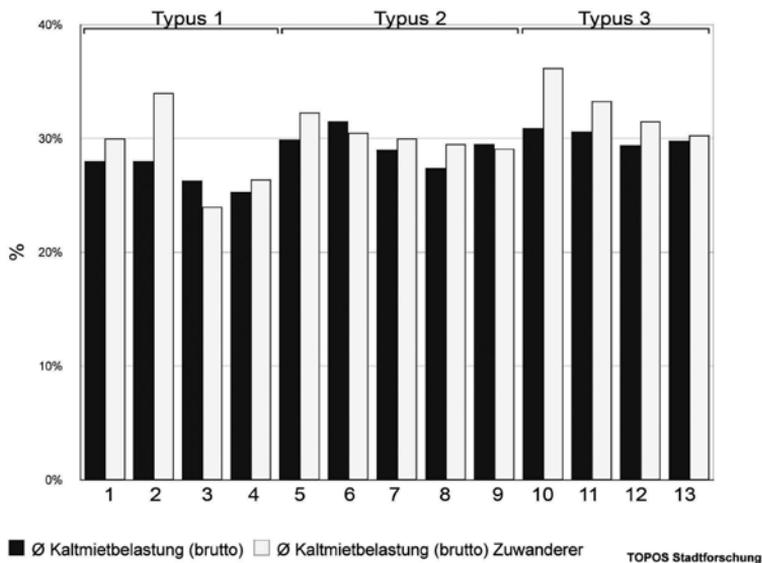


Abb. 4 Mietbelastung aller Haushalte und der Haushalte von ZuwanderInnen

Charakteristische Struktur und Entwicklung gentrifizierter Quartiere (Typus 1)

Gentrifizierte Gebiete haben zunächst ein überdurchschnittliches Einkommensniveau. Diese Stellung haben diese Gebiete erst im letzten Jahrzehnt erworben. In der Regel war das Einkommensniveau früher sogar deutlich unter dem Berliner Mittel (vgl. Abb. 5). Betrachtet man das Ausmaß dieses Anstieges, lässt sich ausschließen, dass die veränderte Position auf der Einkommensskala allein auf eine besonders günstige berufliche Entwicklung der ursprünglichen BewohnerInnen zurückzuführen ist, etwa dadurch, dass die StudentInnen, die in großer Zahl in diese Gebiete gekommen waren, inzwischen nach dem Studienabschluss ein hohes Einkommen erreicht hätten.

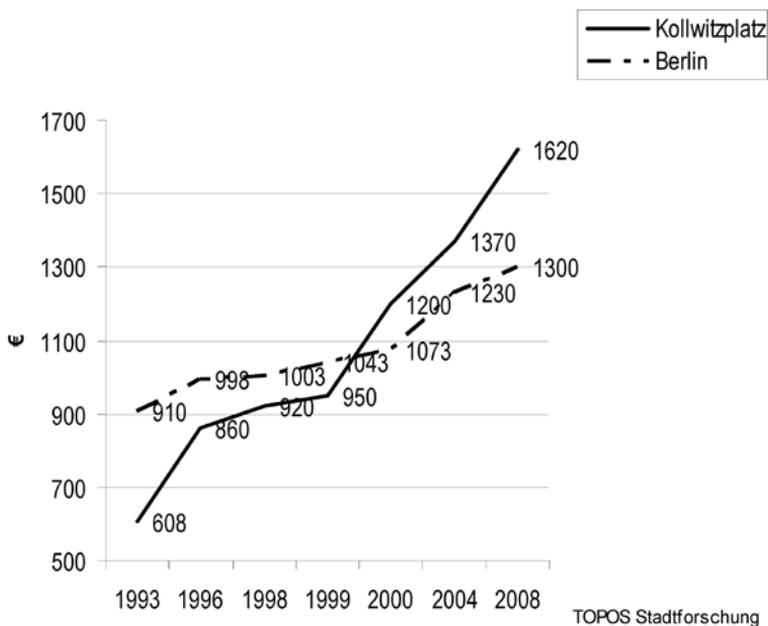


Abb. 5 Einkommensentwicklung (Äquivalenzeinkommen) Kollwitzplatz im Vergleich zu Gesamtberlin in Euro

Im Vergleich zur Entwicklung in Berlin ist das mittlere Haushaltseinkommen in einem gentrifizierten Gebiet wie dem Kollwitzplatz überproportional angestiegen. Eine Gegenüberstellung zwischen der Einkommensentwicklung der schon länger im Gebiet Wohnenden und den Zugezogenen zeigt, dass diese atypische Einkommensentwicklung hauptsächlich durch

die ab 2000 zugezogenen einkommensstärkeren Bevölkerungsgruppen erfolgte. Im Zuge des Sanierungsprozesses wurde der erhebliche Leerstand beseitigt und modernisierter und neuer qualitativ hochwertiger Wohnraum geschaffen, der den Zuzug von Gutverdienenden ermöglichte. Diese Entwicklung setzt sich weiter fort. Diejenigen, die in den letzten Jahren in diese Gebiete gezogen sind, haben sogar gegenüber dem erhöhten Gebietsniveau eine nochmals deutlich bessere Einkommenssituation (vgl. Abb. 2). Bei der Struktur und der Entwicklung der Mieten zeigt sich das gleiche Muster. Die ehemals niedrigen Mieten haben sich durch die Dynamik bei den Neuvermietungsmieten schnell erhöht und übersteigen deutlich das mittlere Niveau in Berlin. Die ZuwanderInnen zahlen mehr Miete als die schon länger im Gebiet Wohnenden (vgl. Abb. 3).

Das hohe Mietniveau erklärt auch unmittelbar die Entwicklung des dritten Indikators: PionierInnen sind in diesen Gebieten inzwischen nur noch unterdurchschnittlich vorhanden. In den 1990er Jahren waren dagegen die Anteile an PionierInnen besonders hoch gewesen. Sowohl der Anteil der StudentInnen in der Gebietsbevölkerung als auch ihr Anteil unter den ZuwanderInnen ist inzwischen extrem niedrig (vgl. Abb. 2). Sie können bei der Wohnungssuche nicht mit der Konkurrenz mithalten.

Letztlich zeigt der vierte Indikator, wie weit der Gentrifizierungsprozess tatsächlich fortgeschritten ist: Trotz hoher Mieten und trotz hohen Wohnflächenkonsums haben die Haushalte in diesen Gebieten nur eine durchschnittliche, die in den letzten Jahren Zugezogenen aufgrund relativ hoher Einkommen sogar eine geringere Mietbelastung (vgl. Abb. 4).

In diesen Gebieten ist der Gentrifizierungsprozess nahezu abgeschlossen und verfestigt sich weiter. Es ist auch in Zukunft nicht zu erwarten, dass sich der Prozess umkehren wird. Die Anteile an preiswerten Wohnungen (noch nicht modernisierte beziehungsweise mit öffentlichen Mitteln geförderte Wohnungen) werden weiter zurückgehen.

Gebiete im Gentrifizierungsprozess (Typus 2)

Auch diese Gebiete haben in den letzten Jahren einen soziostrukturellen Veränderungsprozess erlebt, in dessen Verlauf das Einkommensniveau deutlich gestiegen ist. Mittlerweile liegt es im Bereich des Berliner Durchschnitts, in einigen Gebieten sogar darüber. Im Unterschied zu den gentrifizierten Gebieten ist die Dynamik der Entwicklung, die durch die Indikatoren angezeigt wird, schwächer. Die Zuziehenden haben teilweise ein nur leicht höheres Einkommensniveau als die vorhandene Bevölkerung. Der Anteil an Haushalten mit geringem Einkommen ist vermin-

dert, was auch bei Gebieten mit hohem MigrantInnenanteil zutrifft. Der Anteil ärmerer MigrantInnen hat kontinuierlich abgenommen.

Die Mieten, sowohl im Gebietsmittel als auch bei den ZuwanderInnen, sind niedriger als in den gentrifizierten Gebieten, liegen jedoch über den Vergleichswerten des Berliner Mietspiegels. Der Anteil und Zuzug von StudentInnen ist dagegen weitaus höher als in den gentrifizierten Gebieten. Hierfür dürfte eine Erklärung sein, dass Wohngemeinschaften in der Konkurrenz um den Wohnraum Mieten, die über dem Mietspiegel liegen, eher aufbringen können als zum Beispiel Familien mit einem durchschnittlichen Einkommen. In Gebieten, in denen, wie im ehemaligen Sanierungsgebiet Warschauer Straße, durch die öffentliche Förderung ein Anteil von fast einem Fünftel mieten- und belegungsgebundener Wohnungen vorhanden ist, können Alleinerziehende, ALGII-EmpfängerInnen und junge Familien mit nur einem durchschnittlichen Einkommen immer noch bezahlbaren Wohnraum finden (vgl. Bouali und Jäkel 2009). Die Mietbelastungswerte sind in der Regel leicht höher, aber bei den in den letzten Jahren Zugezogenen niedriger als im Gebietsdurchschnitt. In diesen Gebieten wird sich der Gentrifizierungsprozess ohne mietenpolitische Intervention vermutlich fortsetzen. In welcher Geschwindigkeit und in welchem Ausmaß, das hängt zum einen von den besonderen Bedingungen im Gebiet ab, zum anderen von der Entwicklung auf dem Berliner Arbeits- und Wohnungsmarkt.

Gebiete mit überwiegend einkommensärmerer Bevölkerung (Typus 3)

Neben den bereits beschriebenen Gebieten mit abgeschlossenen oder begonnenen Aufwertungstendenzen gibt es in der Berliner Innenstadt auch Quartiere, in denen es im letzten Jahrzehnt keine überdurchschnittliche Einkommensentwicklung gegeben hat (Gebietstyp 3). Der erhebliche Abstand des gebietlichen Einkommensniveaus vom Berliner Durchschnitt ist dort trotz hoher Fluktuationsraten bestehen geblieben. Die zuziehenden Haushalte haben in diesen Gebieten die Einkommensstrukturen kaum verändert. Teilweise liegt das Einkommen der ZuwanderInnen sogar unter dem niedrigen Gebietsschnitt.

Es ist aber zu beobachten, dass zwar das durchschnittliche Einkommensniveau der ZuwanderInnen gering ist, dass unter ihnen dennoch weniger armutsgefährdete Haushalte vertreten sind, als in der gesamten Gebietsbevölkerung. Die armutsgefährdeten Haushalte können offensichtlich angesichts der hohen Neuvermietungsmieten in der Konkur-

renz um die frei werdenden Wohnungen nicht bestehen. Sie verlieren aber nicht gegen gut verdienende Haushalte, sondern gegen »etwas weniger arme« Haushalte, wie die Abbildung 6 zeigt. Während die Einkommensgruppe, die weniger als 50 % des durchschnittlichen Berliner Äquivalenzeinkommen zur Verfügung hat, unter den ZuwanderInnen unterdurchschnittlich vertreten ist, ist die Einkommensgruppe mit einem prekären Einkommen (50 bis 75 % des Berliner Durchschnitts) überdurchschnittlich vertreten.

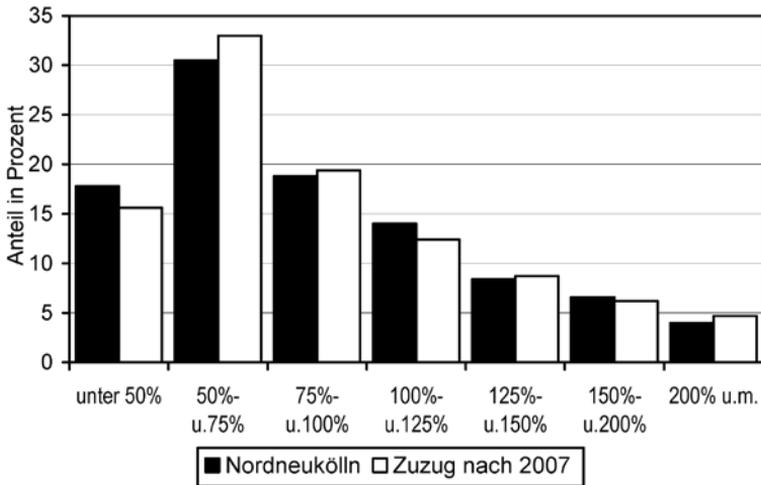


Abb. 6 Einkommensstruktur: alle Haushalte und ZuwanderInnen im Vergleich

Die Zuwanderung von StudentInnen ist mindestens so hoch wie in den Gebieten, die sich im Gentrifizierungsprozess befinden. Sie werden von den – noch – niedrigeren Mieten angezogen.

Die Mieten sind demnach niedriger als in den Vergleichsgebieten. Sie entsprechen in der Regel den Werten des Mietspiegels. Allerdings müssen die Neuankömmlinge deutlich höhere Mieten zahlen als diejenigen, die bereits länger im Gebiet wohnen. Die Mietbelastungen der Gesamtbevölkerung als auch der Hinzuziehenden sind hier höher als in den beiden anderen Gebietstypen. Die steigende Mietbelastung beschneidet zwangsläufig die für die anderen Lebensbereiche zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel und damit die Schlüsselressource für gesellschaftliche Teilhabe.

Der zum Teil extrem hohe Anteil an Pionieren in diesen Gebieten, zu denen z. B. StudentInnen zählen, wird nun vorschnell als erste Stufe der Gentrifizierung angesehen. Die PionierInnen, so die Befürchtung, verändern das kulturelle Klima und die Freizeitangebote, von denen dann in der nächsten Stufe die GentrifiziererInnen angezogen würden. Eine solche quasi mechanistische Auffassung von Gentrifizierung verkennt aber, dass weitere wichtige Faktoren gegeben sein müssen, damit eine Gentrifizierung unter den gegebenen Bedingungen in Berlin stattfindet. Dazu gehört die Möglichkeit, das »kulturelle Klima« im Gebiet, die soziale Situation im öffentlichen Raum und das Schul- und Kitaangebot so zu bestimmen, dass sich nicht nur KurzzeitbewohnerInnen angezogen fühlen, sondern auch für besserverdienende Haushalte mit längerer Verweilperspektive eine attraktive Situation entsteht.

Zentral für die weitere Entwicklung ist die Situation auf dem Wohnungsmarkt im Gebiet. Ein Gentrifizierungsprozess verursacht umfangreiche Aufwertungsinvestitionen, setzt diese aber auch für einen schnellen Gentrifizierungsfortschritt voraus. Zum einen erwarten besserverdienende gute Wohnverhältnisse, zum anderen ist nur im Rahmen von umfassenden baulichen Maßnahmen eine schnelle sozialstrukturelle Veränderung, durch erzwungene Auszüge durchsetzbar. Allein über die mit dem Mietspiegel begründete Mieterhöhung nach BGB ist eine schnelle Veränderung nicht zu erzielen. Gerade ärmere MieterInnen wie MigrantInnen, werden eher eine Mieterhöhung nach Mietspiegel in Kauf nehmen, als sich auf dem Markt eine neue Wohnung zu suchen, deren Miete, wie ja auch Abb. 3 zeigt, deutlich über dem Mietspiegel liegt.

Größere bauliche Aufwertungen der bestehenden Wohnungen in den Gebieten des Typus 3 sind aber derzeit kaum zu erwarten. Diese Wohnungen sind weitgehend modernisiert und haben eine Vollstandardausstattung. Mit ihnen können durch Mieterhöhung bei Neuvermietung und im Bestand, Mietsteigerungen ohne weitere Investitionen durchgesetzt werden. Bei einem Versuch dagegen, die Wohnungen mit einem deutlich höheren Standard auszustatten und diese Wohnungen in ein höheres Marktsegment zu heben, entstehen erhebliche Kosten, die nur durch eine ungleich höhere Miete amortisierbar sind. Nur wenn die Nachfrage von einkommensstarken Haushalten gegeben ist, die bereit sind, diese hohen Mieten zu zahlen, werden derartig aufwendige Umbaumaßnahmen vorgenommen werden. Es gibt aber in Berlin zurzeit keine ausreichend große Gruppe von MieterInnen mit hohem Einkommen, die all die Gebiete des Typus 3 gentrifizieren könnte. Da die Vermarktung von Wohnungen im

oberen Marktsegment bereits jetzt keineswegs einfach ist, ist nicht zu erwarten, dass die EigentümerInnen in größerem Umfang Aufwertungsinvestitionen vornehmen werden. Andere Bewirtschaftsoptionen verstärken die ohnehin angespannte Wohnungsmarktlage und schlagen sich in höheren Neuvermietungsmieten nieder. Auch wenn es durch solche Entwicklungen zu einer partiellen Veränderung der aktuellen Sozialstruktur kommt, wird sie in ihren Grundzügen erhalten bleiben.

Unbezahlbare Innenstadt oder die Wiederkehr der Wohnungsnot?

Die genauere Analyse der Entwicklungen in den verschiedenen Gebieten zeigt, dass es sich nicht gleichermaßen um Gentrifizierungsprozesse handelt. Die ZuwanderInnen in den Gebieten mit einer überwiegend einkommensärmeren Bewohnerschaft (Typus 3) haben ein vergleichsweise geringes Einkommen, so dass sich unter ihnen lediglich ein geringer Anteil an gutverdienenden Haushalten befinden kann. Allein der hohe Anteil an StudentInnen und anderen PionierInnen ist kein Beleg für einen beginnenden Gentrifizierungsprozess, wenngleich mit ihrem Zuzug soziale Veränderungsprozesse ablaufen und sich der Charakter des Gebietes wandelt.

Eine primär auf den Gentrifizierungsprozess konzentrierte Betrachtung könnte unsere Schlussfolgerungen als eine Entwarnung verstehen, die Verhältnisse würden sich weniger negativ als befürchtet entwickeln. Wir sehen das keinesfalls so, sondern müssen auf eine andere Entwicklungstendenz hinweisen, die kontinuierlich wachsende Belastung der kleinen und mittleren Einkommen durch die schnell steigenden Mieten. Diesem Prozess werden die Haushalte in Zukunft nicht mehr durch Umzug in Billigwohngebiete entgehen können, von denen es noch weniger geben wird als jetzt. Deren hohe Zahl in allen Gebieten mit eher geringeren Mieten zeigt eben vor allem die zunehmende Enge auf dem Berliner Wohnungsmarkt.

Der Wohnungsleerstand, der im letzten Jahrzehnt insgesamt für Mientwicklungen gesorgt hat, die nur wenig über der Einkommensentwicklung und über der Inflation lagen, ist durch die Zuwanderung nach Berlin und die Zunahme der Haushalte inzwischen aufgebraucht. Leer stehen derzeit fast nur noch Wohnungen, die umgebaut werden oder nicht marktgängig sind. Der geringe Wohnungsneubau kompensiert allenfalls die übliche Quote von nicht mehr vermietbaren bzw. zum Abriss vorgesehenen Wohnungen. Hier sei angemerkt, dass die vom Senat angekündigte

Steigerung der Neubautätigkeit unter den Prämissen des Marktes keine bezahlbaren Wohnungen schaffen wird.

Die neue Wohnungsknappheit hat in den letzten Jahren zu einem rasanten Mietanstieg geführt, vor allem im unteren Preissegment und in der Innenstadt. Unter den ZuwanderInnen sind viele studentische Haushalte, die sich auf das untere Mietpreissegment im innerstädtischen Bereich orientieren. Damit ist zur Zeit die Wohnungsnachfrage in Gebieten wie Nordneukölln, in denen vor einem halben Jahrzehnt noch Wohnungen zu niedrigen Mieten zu finden waren, so gewachsen, dass die Neuvermietungsmieten kaum mehr niedriger als in anderen Innenstadtbereichen sind.

Im Ergebnis führt das dazu, dass Haushalte mit Einkommen an der Armutsgrenze in diesen Gebieten nur noch selten eine Wohnung anmieten können. Zurzeit weichen einige von ihnen in die im Westen wie im Osten gelegenen Großsiedlungen aus. Daraus wird die Erwartung abgeleitet, diese Siedlungen seien die Slums von Morgen. Die EigentümerInnen der dortigen Wohnungen, in der Regel große städtische oder ehemals städtische Gesellschaften, werden genau so eine Entwicklung zu vermeiden suchen, weil sie die Vermarktung der eigenen Wohnungen erheblich erschweren würde. Angesichts des engen Wohnungsmarkts werden sie aber auch in Zukunft MieterInnen aus der unteren Mittelschicht für den größten Teil ihrer Wohnungen finden. Die Zunahme von einkommensarmen aus innerstädtischen Wohnquartieren verdrängten Bevölkerungsgruppen in den Großsiedlungen wird deshalb in naher Zukunft keine segregierten Wohngebiete schaffen, wie sie die Pariser Banlieus darstellen.

Der zunehmende Druck auf dem Wohnungsmarkt, zukünftig auch vermehrt durch Mietsteigerungen aufgrund von energetischer Sanierung, werden daher viele arme MieterInnen dort erreichen, wo sie bereits sind, in den Gebieten des Typus 3.

Er wird dazu führen, dass die Mietbelastung insgesamt weiter steigt und bei den einkommensarmen Mieterschichten Formen annimmt, die als Wohnungsnot zu bezeichnen sind. MieterInnen, die die Hälfte ihres knappen Einkommens für die Miete ausgeben müssen, finden wir in unseren Untersuchungen immer häufiger. Hartz IV-EmpfängerInnen, deren Miete über dem Höchstsatz der Zahlungen für die Unterkunft liegt, und die daher einen Teil der Miete aus dem Regelsatz oder ihrem kleinen Restvermögen bezahlen, sind auch heute schon zahlreicher als solche, die in eine billigere Wohnung ausweichen können. Unter den Hartz IV-EmpfängerInnen ist der Anteil der Familien in gravierend überbelegten

Wohnungen⁹ schon derart angewachsen, dass etwa jeder sechste Haushalt mit Kindern davon betroffen ist. Der Zwang zum Umzug wird dennoch stärker werden. Für diejenigen, die besonders auf soziale Netzwerke angewiesen sind, stellt das eine besonders unsoziale Form der Wohnungspolitik dar. Eine Wohnungsnot, gekennzeichnet durch Überbelegung und billige Bruchbuden, gibt es bislang kaum. Es ist aber zu befürchten, dass sie zurückkehrt, falls eine soziale Wohnungsversorgung nicht mit höchster Priorität auf die politische Agenda gesetzt wird. Die Bestimmung des Wohnungsmarktes durch Investoreninteressen macht Wohnen in der Innenstadt zum Privileg, erhöht durch Transferleistungen die Kosten für die öffentliche Hand und zerstört funktionierende Kiez- und Stadtstrukturen. Eine soziale Wohnungsversorgung mit bezahlbaren Mieten und eine Stadtentwicklung, die die Stadt nicht Investoreninteressen übereignet, müssen auf die politische Tagesordnung. Dabei muss Inklusion einkommensärmerer Bevölkerungsgruppen, zu denen nach wie vor überproportional viele MigrantInnen gehören, einer der zentralen Orientierungspunkte sein.

Literatur

- Bouali, Kerima und Jäkel, Regina (ASUM 2009): Sanierungsgebiet Warschauer Straße. Untersuchung im Auftrag des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin
- Geist, Johann Friedrich und Kürvers, Klaus(1984): Das Berliner Mietshaus 1862 – 1945. München, Prestel Verlag
- Gude, Sigmar (2001): Kreuzberg SO 36 – Kontinuität auf niedrigem Niveau in: Fachhochschule Potsdam (Hrsg.): Ein Fisch ist keine Currywurst) Jugend-Stadt-Kultur« Gedenkband für Karl Homuth, Frankfurt am Main: IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation 2001, 143-166
- Gude, Sigmar und Huhs, Reiner (TOPOS Stadtforschung 2008): Sozialstruktur und Mietentwicklung im Erhaltungsgebiet Luisenstadt (SO 36). Untersuchung im Auftrag des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin
- Gude, Sigmar und Huhs, Reiner (TOPOS Stadtforschung 2008): Sozialstruktur und Mietentwicklung im Erhaltungsgebiet Graefestraße. Untersuchung im Auftrag des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin

9 Gravierend überbelegt heißt, zwei Zimmer weniger als Haushaltsmitglieder, also 4 Personen in einer 2-Zimmerwohnung. Vgl. Sigmar Gude TOPOS Stadtforschung: Auswirkungen der Wohnungsaufwendungsverordnung (WAV) auf Hartz IV-Empfänger in Berlin, Gutachten in Zusammenarbeit mit dem Berliner Mieterverein, Berlin 2012.

- Gude, Sigmar und Huhs, Reiner (TOPOS Stadtforschung 2008): Sozialstruktur und Mietentwicklung im Erhaltungsgebiet Bergmannstraße-Nord. Untersuchung im Auftrag des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin
- Gude, Sigmar und Schwarz, Michael (TOPOS Stadtforschung 2010): Sozialstruktur und Mietentwicklung in den Milieuschutzgebieten im Bezirk Pankow von Berlin 2010. Untersuchung im Auftrag des Bezirksamts Pankow von Berlin
- Gude, Sigmar (TOPOS Stadtforschung 2011): Sozialstrukturentwicklung in Nord-Neukölln. Untersuchung im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin
- Gude, Sigmar, Huhs, Reiner und Schwarz, Michael (TOPOS Stadtforschung 2012): Sozialstruktur und Mietentwicklung im Sanierungsgebiet Teutoburger Platz 2012. Untersuchung im Auftrag des Bezirksamts Pankow von Berlin
- Gude, Sigmar (TOPOS Stadtforschung 2012): Auswirkungen der Wohnungsaufwendungsverordnung (WAV) auf Hartz IV-Empfänger in Berlin, Gutachten in Zusammenarbeit mit dem Berliner Mieterverein, Berlin
- Lebenslagen in Deutschland – Erster Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2001
- TOPOS Stadtforschung und gesoplan gGmbH (2009): Sozialstruktur und Mietentwicklung im Erhaltungsgebiet Chamissoplatz. Untersuchung im Auftrag des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin
- TOPOS Stadtforschung (2010): Sozialstudie Quartiersmanagementgebiet Moabit West. Untersuchung im Auftrag des Bezirksamts Mitte von Berlin

»Mieter/innen müssen sich selbst organisieren ...«

Interview mit Carola Handweg (Rechtsanwältin, Berlin-Prenzlauer Berg)

Andrej Holm: Seit wann arbeitest Du als Anwältin für Mietrecht?

Carola Handweg: Als Anwältin arbeite ich seit 1998 und ich bin tatsächlich eine richtige Mietanwältin. Bestimmt 80 Prozent meiner Tätigkeit drehen sich um Fragen des Mietrechts. Seit 1999 berate ich für die Berliner MieterGemeinschaft.

Andrej Holm: Du vertrittst nicht nur Einzelfälle vor Gericht, sondern arbeitest mit vielen Hausgemeinschaften und Stadtteilinitiative zusammen. Wie kam es dazu?

Carola Handweg: Diese Arbeit begann im Wesentlichen mit der Betroffenenvertretung Helmholtzplatz. In unseren Diskussionen und Aktivitäten stand das Mietsystem praktisch immer im Zentrum. Wenn Mieter/innen mit Problemen auftauchten, haben wir immer versucht, eine gemeinsame Strategie mit den anderen Nachbar/innen zu entwickeln und Hausversammlungen zu organisieren. Ich habe mich dann als Anwältin bei der Berliner MieterGemeinschaft beworben. Die regelmäßige Beratung hat dazu geführt, dass es noch mehr Anfragen zum Mietrecht gab. Zurzeit biete ich einmal in der Woche Beratung für die MieterGemeinschaft an und einmal in der Woche für die Betroffenenvertretung.

Andrej Holm: Was ist da der Unterschied?

Carola Handweg: Die MieterGemeinschaft ist ein Verein, der berlinweit agiert und ausschließlich im Gebiet Mietrecht berät und Rechtsschutz anbietet. Die Betroffenenvertretung arbeitet auch politisch. Das ist wahrscheinlich der wesentliche Unterschied.

Andrej Holm: Unterscheiden sich die Beratungstätigkeiten?

Carola Handweg: Sie unterscheiden sich, weil die Mitglieder der Berliner MieterGemeinschaft rechtsschutzversichert sind. Da kann man sehr viel offener und auch sehr viel taktischer beraten. In die offene Beratung der Betroffenenvertretung dagegen kommen vor allem Leute, die keine Rechtsschutzversicherung haben, also muss man den Kostenfaktor sehr viel stärker im Auge haben. Mieter/innen, die in die Betroffenenvertretung kommen, wollen eher eine außergerichtliche Einigungen und es nicht zu einer Gerichtsverhandlung kommen lassen, weil das kostenintensiver wird.

Andrej Holm: Welche Probleme kommen da zur Sprache und haben sie sich in den letzten zehn Jahren verändert?

Carola Handweg: Grundsätzlich handelt es sich natürlich um alle Probleme, die mit Mietrecht zu tun haben. Modernisierungen sind ein ganz starkes Thema, auch Betriebskostenabrechnungen, Kündigungen, Kautionsrückzahlungen, also alles, was im Mietrecht relevant ist, auch Schönheitsreparaturen, Instandsetzungen, Mängelbeseitigungen. In den gesamten 13 Jahren spielt die Modernisierung eine sehr große Rolle. Aber die Beratung dazu hat sich sehr stark verändert. Während Anfang der 1990er Jahre die Sanierung der Häuser eher willkommen war, etwas, worauf sich die Mieter/innen auch gefreut haben und wo es immer um den Umfang der Maßnahmen ging, ist es jetzt viel stärker ein soziales Problem geworden. Die Sanierungen werden umfangreich angekündigt, dass die Mieter/innen schon bei diesen Ankündigungen feststellen, dass sie die Mieten nicht werden bezahlen können. Dazu kommt noch, dass seit 2003 die Forderungen weggebrochen sind. Das heißt, dass die soziale Abfederung von Modernisierungsmaßnahmen, insbesondere von finanziellen Folgen wie die Mieterhöhung nach der Modernisierung, nicht mehr stattfindet. Dadurch modernisieren sehr viel mehr Eigentümer, und gerade die Eigentümer sehr umfangreich, die Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln wollen. Da haben wir Spitzenfälle, wo Wohnungen nach der Modernisierung 18 Euro nettokalt pro Quadratmeter kosten sollen. Das sind einfach utopische Preise, die keiner bezahlen kann.

Andrej Holm: Du bietest vor allem in Prenzlauer Berg Beratung an, ist deine Arbeitstätigkeit auf dieses Gebiet beschränkt?

Carola Handweg: In letzter Zeit weitet sie sich stark aus. Ich habe schon

immer mal auch in anderen Bezirken beraten, aber das waren dann Empfehlungen von Mietern aus dem Prenzlauer Berg an Mieter/innen in anderen Bezirken. In letzter Zeit trifft die Sanierungswelle auch sehr stark Kreuzberg, Wedding und Neukölln, so dass die Berater/innen mit der Massivität der Modernisierungen überfordert sind und die Mieter-Gemeinschaft immer stärker anfragt, ob ich nicht auch dort an Hausversammlungen teilnehmen kann. Und dadurch weitet sich die Beratung gerade insbesondere auf diese drei Bezirke aus.

Andrej Holm: Und hier am Helmholtzplatz, gibt es da noch Arbeit für dich oder sind die Schlachten der Sanierung geschlagen?

Carola Handwerg: Es gibt noch sehr viel Arbeit am Helmholtzplatz. Es rollt die zweite Sanierungswelle an und die bringt wieder ganz andere Probleme mit sich. Seit zwei, drei Jahren gibt es Sanierungen in Häusern, die wir und auch die Mieter/innen eigentlich als abgeschlossen saniert betrachtet haben. Es geht vor allem um die energetische Sanierung und die trifft nun auf Mieter/innen, die wesentlich mehr Geld verdienen als diejenigen, die noch in den wenigen unsanierten Häusern wohnen. Aber sie, vor allem wenn sie Neumieter/innen sind, zahlen oft schon eine Miete über dem Mietspiegel und sollen jetzt zusätzlich Umlagen von zwei bis drei Euro pro Quadratmeter zahlen. Das trifft dann auch schon deren Geldbeutel hart und auch deren finanzielle Grenze.

Andrej Holm: Kannst du deine Arbeit noch etwas detaillierter beschreiben? Du bist in der Beratung und dann kommt jemand und sagt: Bei mir wird saniert. Was passiert dann?

Carola Handwerg: Meistens geht das schon viel früher los. Wir – die Berater/innen der MieterGemeinschaft – recherchieren, wenn uns Mitglieder erzählen, dass ihr Haus verkauft wurde, wer es gekauft hat. Und wenn es zum Beispiel eine GmbH und CoAG oder vielleicht auch eine bekannte Bauträgersgesellschaft ist, gehen wir gleich in die Häuser, damit die Mieter/innen möglichst schon Rechtsschutz haben, bevor die Modernisierungsankündigung im Briefkasten liegt. Das nehmen die Mitglieder und die Mieter/innen, die hier in die Betroffenenvertretung kommen, sehr gerne an. Wir beraten also sehr früh und stimmen die Mieter/innen darauf ein, was sie in der Regel erwartet. Das beginnt oft mit Besichtigungen, aber manchmal kommt auch gleich eine Mieterhöhung.

Andrej Holm: Wie geht ihr praktisch vor? Steckt ihr Zettel in die Briefkästen oder geht ihr von Tür zu Tür?

Carola Handweg: Nein, die Mieter/innen müssen sich selbst organisieren. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt, dass sie selbst tätig werden und wir nicht fertige Konzepte liefern. Wenn jetzt ein Mieter in die Beratung kommt, dann soll er die nächsten Schritte organisieren. Sprich, es findet sich entweder eine große Wohnung für eine Versammlung oder eine Kneipe nebenan oder auch unser Kiezladen hier in der Dunker Straße und der Mieter lädt dann die Mieter/innen ein. Die Mieterversammlungen werden immer gut besucht.

Andrej Holm: Das heißt, in den meisten Fällen regt ihr als Betroffenenvertretung die Selbstorganisation an?

Carola Handweg: Genau, zunächst fängt es mit dem Kennenlernen an. Oft lernen sich viele Mieter/innen überhaupt erst auf den Versammlungen kennen, und da entstehen auch richtige kleine Kollektive. Man tauscht E-Mail-Adressen aus und neuerdings werden gleich Blogs im Internet erstellt, in denen die Neuigkeiten ausgetauscht werden. Es gibt durchaus die Strategie von den Vermieter/innen sich einzelne Mieter/innen herauszupicken und auf sie mehr Druck auszuüben. Also ist es besonders wichtig, dass man kommuniziert.

Andrej Holm: Würdest Du sagen, dass die Bereitschaft, sich in Miet- und Wohnungsfragen als Hausgemeinschaft zusammenzuschließen, verändert hat?

Carola Handweg: Nein. Die Bereitschaft für eine kollektive Auseinandersetzung mit den EigentümerInnen gab es schon immer, zumindest ist das meine Erfahrung, seitdem ich berate. Alle waren immer sehr dankbar für die Anregung, ein Kollektiv zu bilden, zu kommunizieren und auch die Schwächeren mitzunehmen, ältere Mieter/innen, die zum Beispiel nicht über das Internet kommunizieren, für sie Briefe zu schreiben und ihnen die Angst zu nehmen. Das ist eigentlich schon immer so gewesen und hat sich grundsätzlich nicht geändert.

Andrej Holm: Als Mietrechtsanwältin bist du »qua-Beruf« für juristische Auseinandersetzungen zuständig. Relativ viele Hausgemeinschaften in

Konflikten mit Eigentümern richten sich heutzutage Weblogs ein, gehen zur Zeitung und veröffentlichen praktisch jeden Schritt ihrer Auseinandersetzung. Wie schätzt du diese medialen Aktivitäten ein? Ist das prinzipiell hilfreich für die Mieter/innen?

Carola Handwerk: Ich habe dazu sicherlich eine andere Haltung als viele meiner Kolleg/innen, die das rein unter dem juristischen Blickwinkel betrachten. Ich finde diese politischen Fragen erstens sehr spannend und zweitens halte ich es auch für eine gute Idee, zweigleisig zu fahren: Sich auf der einen Seite mietrechtlich gegen den Vermieter zu wehren, aber auf der anderen Seite auch die Politik in die Pflicht zu nehmen. Zum Beispiel hier, wo wir in einem Sanierungsgebiet sind und wo es sanierungsrechtliche Vorschriften für die Vermieter gibt, auch dem Bezirksamt, dem Stadtrat klarzumachen, was hier abläuft und vor allem welche Konsequenzen das hat. Dann kann auch auf der politischen Ebene agiert werden. Beides kann man sehr schön parallel betreiben, denn das Eine schließt das Andere nicht aus.

Andrej Holm: Und beiden Ansätze stehen sich auch nicht im Weg?

Carola Handwerk: Nein, sie stehen sich nicht im Weg. Man darf nur nicht zu große Hoffnungen auf die politische Seite setzen, da wird man natürlich schnell enttäuscht. Aber allein der Fakt, dass eine verzögerte Sanierungsgenehmigung auch einen Bauablauf verzögert, bringt den Vermieter häufig in eine Situation, in der er mit dem Bezirksamt kooperieren und Kompromisse eingehen muss. Und wenn auch von politischer Seite Druck auf den Vermieter ausgeübt wird, werden die Verhandlungspositionen der Mieter/innen deutlich besser.

Andrej Holm: Was ist aus deiner Sicht ein Erfolg für eine Hausgemeinschaft, die sich gegen die Modernisierung wehren will oder gegen die damit zusammenhängende Mietsteigerung, die vielleicht auch politisch öffentlich aktiv wird? Oder gibt für dich auch zwei Sichtweisen: Das Haus haben wir verloren, aber das oder jenes haben wir gewonnen?

Carola Handwerk: Gute Frage. Ich denke, verloren haben wir, wenn am Ende keine/r der Mieter/innen mehr im Haus bleiben oder zurückkehren kann. Das empfinden allerdings die Mieter/innen nicht immer so. Weil manchmal große Summen Geld fließen und einige Mieter/innen

gute Abfindungen bekommen, kann es passieren, dass niemand mehr ins Haus zurückkehrt. Für mich persönlich ist das ein Misserfolg: Wir haben das Haus verloren, weil der Vermieter alle Wohnungen neu vermieten kann. Alle Wohnungen werden zum doppelten des Mietspiegelwertes neuvermietet und für die Leute aus der Nachbarschaft sind sie dann verloren. Hier im Haus (Raumer Str. / Ecke Sehnefelder Str.) ist bspw. nur ein einziger Mieter zurückgekehrt. Alle anderen Wohnungen werden sehr teuer neuvermietet. Als Erfolg sehe ich, wenn so viele Mieter/innen wie möglich ins Haus zurückkommen. Zum Beispiel, weil wir Vereinbarungen abschließen konnten, bei denen die Mieten auf den Mittelwert des Mietspiegelfeldes beschränkt wurden, und das möglichst für fünf, sieben oder auch zehn Jahre ohne weitere Mieterhöhungen. Das sind Fälle, die wirklich gut ausgegangen sind – und das kann auch aktuell noch gelingen.

Andrej Holm: Was sind die Erfolgsvoraussetzungen? Es klappt ja nicht immer. Liegt das an den Mieter/innen, an den EigentümerInnen oder an euch?

Carola Handweg: Eine Mischung aus allem. Die Mieter/innen, die sich frühzeitig organisieren, dem Eigentümer widerstehen und auch den anfangs angebotenen Summen widerstehen, die sich zusammenschließen und sich gegen Modernisierungsankündigungen wehren – in der Regel auch gewinnen – und damit den Vermieter so unter Druck setzen, dass er mit seinem ganzen Bauablauf und vor allem mit seiner ganzen Verwertungsstrategie in Verzug gerät, so dass er einfach Angebote machen muss. Sonst muss er womöglich das Haus aufgeben, weil er einen Kredit für die Baumaßnahmen oder den Kauf des Hauses aufgenommen hat. Das sind die Voraussetzungen dafür, dass man den Vermieter soweit unter Druck setzen kann, dass er mit den Mieter/innen Vereinbarungen trifft, denn sonst könnte er das Haus nicht sanieren.

Andrej Holm: Unterscheidet sich das bei einzelnen Eigentümerstrategien?

Carola Handweg: Das unterscheidet sich danach, ob der Eigentümer eine Bauträgergesellschaft ist, die in Eigentumswohnungen umwandelt und die ganze Baumaßnahme damit finanziert, dass sie vorab die Wohnungen verkauft. Diese Verkäufe werden mit einem Fertigstellungsdatum

und einer Mietgarantie über viele Jahre ausgestattet, und die Gesellschaft macht sich gegenüber den Erwerber/innen vertragsbrüchig, wenn sie nicht fristgerecht fertigstellen kann. Die Mieter/innen müssen in diesem Fall zwar einem großen Druck standhalten, aber sie haben auch ein zusätzliches Druckmittel, denn mit ihnen müssen Vereinbarungen abgeschlossen werden, sonst kann der Bauträger gegenüber den Erwerber/innen seine Vereinbarungen nicht einhalten.

Andrej Holm: Auch Vereinbarungen, die einen Verbleib im Haus ermöglichen?

Carola Handweg: Das ist sehr kompliziert und läuft über einen Mietpool. Dabei werden den neuen EigentümerInnen zwar Mietgarantien gegeben, diese sind aber nicht an eine bestimmte Wohnung gebunden. Sie werden stattdessen in eine Mietpool-Gesellschaft gezwungen, so dass es tatsächlich den Spielraum gibt, einzelnen Mieter/innen nach der Sanierung günstige Mieten anzubieten. Anders ist es bei den Häusern, bei denen nicht die schnellen Verwertungsinteressen verfolgt werden, sondern der Eigentümer langfristig mit hohen Mieteinnahmen plant. Da steht nicht der schnelle Gewinn im Vordergrund, sondern es wird langfristig geplant. Dabei hat der Eigentümer mehr Zeit, die Mieter/innen durch alle Instanzen auf Duldung der Modernisierung zu verklagen. In diesen Fällen ist es schwieriger, gute Vereinbarungen zu erreichen, aber unmöglich ist es auch nicht. Denn oft stehen bereits Baufirmen unter Vertrag, die anfangen wollen. Wenn die nicht weiterkommen und Behinderungsanzeigen gestellt werden, sind auch in solchen Konstellationen gute Vereinbarungen möglich.

Andrej Holm: Hier in Prenzlauer Berg gibt es das komplette Spektrum an Eigentübertypen: Genossenschaften, öffentliche Wohnungsbaugesellschaften und geförderte Häuser ebenso wie Bauträgertypen, die auf Luxus- und Umwandlungsmodernisierungen setzen. Kannst du aus deiner Beratungsarbeit einschätzen, ob es so etwas wie mieterfreundliche EigentümerInnen gibt oder überhaupt geben kann?

Carola Handweg: Ich glaube, dass es ein unlösbarer Widerspruch ist, Mieter/in oder Vermieter/in zu sein. Es gibt keine wirklich mieterfreundlichen EigentümerInnen. Manchmal gibt es welche, die sich als Gesellschaft bürgerlichen Rechts zusammenschließen, ein Haus erwerben und

das quasi als Rentenversicherung für sich ansehen. Diese Hausbesitzer/innen denken sehr langfristig und durchaus auch mal mieterfreundlich – und können auch Verständnis dafür haben, dass die Mieter/innen nicht eine große Mieterhöhung bezahlen können. Es gibt ein Haus hier in der Duncker Straße, in dem wir sehr günstige Vereinbarungen bezüglich der Mietsteigerung abgeschlossen haben und auch vereinbaren konnten, dass sich die Miete acht Jahre lang nicht erhöht. Im Gegenzug durften die Besitzer anfangen, Heizungen und Wärmedämmung einzubauen.

Andrej Holm: Wir waren ja auf der Suche nach Erfolgsvoraussetzungen für »kämpfende Häuser«. Hast du Häuser erlebt, die länger durchgehalten haben und andere, bei denen die Solidarität nicht so lange hielt?

Carola Handweg: Einen Unterschied würde ich eher daran festmachen, ob es sich um ein Haus im »Substandard« handelt, zum Beispiel um Wohnungen mit Ofenheizungen, Außentoiletten und ohne Bäder. Da wohnen in der Regel Mieter/innen, die sich wirklich auch nur solche Wohnungen leisten können. Sie müssen sehr viel stärker kämpfen, weil sie gar keine Chance haben, eine sanierte Wohnung zu mieten oder eine neue Wohnung hier im Gebiet zu finden. Da ist natürlich der Widerstand größer und auch die Bereitschaft, durchzuhalten und zu kämpfen. Anders ist es bei Häusern, die quasi jetzt zum zweiten Mal saniert werden. Dort wohnen Mieter/innen, die in der Regel bereits ein gutes Einkommen haben. Sie könnten sich sonst die Mieten, die jetzt schon in den sanierten Häusern gefordert werden, gar nicht leisten. Und da ist es eine andere Art des Widerstandes. Es wird eher akzeptiert, dass der Vermieter mit den Wohnungen Geld verdienen will. Es dominiert eher die Sicht: Ok, der investiert etwas, der soll auch mehr Miete verlangen können, aber ich habe hier inzwischen Kinder, die in die Schule oder in den Kindergarten gehen, und will hier nicht wegziehen, der Vermieter muss mir entgegenkommen. Das ist eine andere Voraussetzung für Widerstand gegen das Vorhaben des Vermieters.

Andrej Holm: Du hast eben gesagt, dass du politische Einbettungen sinnvoll findest. Gibt es Forderungen an den Bezirk zur Ausgestaltung des Sanierungsrechts. Welche konkreten politischen Forderungen an Bezirk oder Senat können gestellt werden, um den Verdrängungsdruck rauszunehmen oder die Situation von Mieter/innen deutlich zu verbessern?

Carola Handwerg: Wichtig ist, dass der Bezirk die wenigen Instrumente, die er hat, wie den Milieuschutz und auch die Instrumente in Sanierungsgebieten, konsequent ausnutzt und sich nicht zu schnell von den Bauträgergesellschaften in Vereinbarungen, die keine guten Vereinbarungen sind, einvernehmen lässt. Dass er sich zum Beispiel nicht darauf einlässt, schnelle Baugenehmigungen zu erteilen, wenn sich der Eigentümer wiederum darauf einlässt, die Mieterhöhung zu begrenzen. Diese Begrenzungen sind für die Mieter/innen oft nicht viel wert. Wenn jemand zum Beispiel Leistungen des SG 2 bezieht, sind diese Mieten noch zu hoch und müssen weiter runtergefahren werden. Jetzt gibt es auf Bezirksebene den Trend – schon beim letzten Bezirksamt und jetzt mit dem neuen auch – die städtischen Wohnungsbaugesellschaften oder auch andere größere Gesellschaften zu verpflichten, die Grenzen der AV Wohnen einzuhalten, die als angemessene Wohnkosten vom Senat angesehen werden, und zwei Jahre lang die Miete nicht zu erhöhen. Das macht uns die Arbeit sehr schwer, weil sich die Mieter/innen nicht mehr auf soziale Härte berufen können. Wenn der Bezirk den Eigentümer verpflichtet, die Grenzen des AV Wohnen einzuhalten, können die Mieter/innen nicht argumentieren, dass sie die Maßnahme nicht dulden, weil sie für sie eine soziale Härte bedeutet. Damit wird eine Ausgangssituation geschaffen, später werden weitere Mieterhöhungsmöglichkeiten nach dem Mietspiegel gewährt und die Mieter/innen müssen nach zwei Jahren ihre Wohnung aufgeben und haben eigentlich überhaupt nichts durch diese Vereinbarung des Bezirksamtes mit dem Eigentümer gewonnen. Wenn es diese Vereinbarung nicht gäbe, wäre auf mietrechtlicher Ebene mehr möglich. Die Politik behindert sozusagen die mietrechtliche Arbeit.

Andrej Holm: Was müsste geschehen, damit der Bezirk seine Instrumente konsequent nutzt?

Carola Handwerg: Ich denke der Bezirk sollte, bevor er solche Vereinbarungen trifft, erst einmal mit den Mieter/innen reden, um überhaupt deren Ängste zu kennen und sie mit einfließen lassen zu können. Diese Vereinbarungen wurden absolut an den Mieter/innen vorbei und ohne jegliche Anhörung der Mieter/innen mit den EigentümerInnen geschlossen. Auch dem Bezirk muss bewusst sein, dass mit jeder Mieterhöhung das Jobcenter Umzugsaufforderungen schicken wird und die Mieter/innen die Wohnungen aufgeben müssen. Und wenn festgestellt wird, dass der Eigentümer nicht zu Verhandlungen bereit ist, dann sollte eine gute

mietrechtliche Beratung angeboten werden, damit die Mieter/innen mehr herausholen können. Wenn ich zum Beispiel mein Bad nicht auf 1,80m Höhe fließen lasse, fällt der Zuschlag für das Sondermerkmal »Modernes Bad« weg, das kann ich im Zivilverfahren vor Gericht erreichen, aber nicht, wenn vorher für einen geringfügigen Zeitraum die Mieterhöhung ausgeschlossen wird, denn dann fehlt mir das Argument der sozialen Härte.

Andrej Holm: Wie geht ihr mit den Hausgemeinschaften oder auch die Hausgemeinschaften selber damit um, dass in den Häusern unterschiedliche Bedürfnisse existieren? Der Dokumentarfilm »Lychener 64« hat die möglichen Widersprüche sehr schön auf den Punkt gebracht. Eigentlich wollen alle gern bleiben, aber die Einen können sich auch vorstellen, auf eine höhere Abfindung zu spekulieren, und die Anderen wünschen sich einen Balkon oder eine Ausstattungsverbesserung. Wie werden solche Interessensunterschiede in den Hausgemeinschaften ausgeglichen?

Carola Handweg: Meine Erfahrung ist, dass die Mieter/innen untereinander sehr offen damit umgehen und sehr frühzeitig erzählen, was ihr Ziel in der Geschichte ist. Dazu kommt, dass es für beide Verhandlungsstrategien sehr günstig ist, viel Druck auf den Vermieter auszuüben, egal, ob jemand eine hohe Abfindung oder eine günstige Modernisierung haben will. Der Vermieter muss erst einmal in eine Verhandlungsposition gebracht werden, wo er bereit ist, Zugeständnisse zu machen. Bei der ersten Mieterversammlung ist es immer sehr einleuchtend. Da ist klar, es wird erst einmal nicht auf Gesprächsangebote der Vermieter reagiert, es wird auch nicht schnell auf Modernisierungsankündigungen reagiert, damit der Vermieter in Zeitdruck gerät. Dann können wir die günstige Verhandlungsposition nutzen, entweder für eine gute Abfindung oder aber auch für eine günstige Modernisierung. Oftmals ist es aber auch so, dass den Vermietern noch nicht klar ist, was sie wollen, weil sie auch nicht wissen, welche Optionen sie haben. Erst wenn man weiß, inwieweit der Vermieter bereit ist, dem Mieter bei den Mietsteigerungen entgegenzukommen, können wir entscheiden, eine Summe X zu nehmen oder darum zu kämpfen, dass die Miete günstiger ausfällt und noch eine längere Zeit stabil bleibt? Erst am Ende gabelt sich für die Mieter/innen der Weg: Nehme ich das angebotene Geld, weil die Summe hoch ist, dass ich damit wirklich etwas anfangen kann, oder bleibe ich in der Wohnung, weil das Mietangebot so günstig ist, dass ich es mir auch in den nächsten Jahren leisten kann.

Andrej Holm: Sind das dann noch kollektive Entscheidungen?

Carola Handwerg: Das sind dann keine kollektiven Entscheidungen mehr. Kollektive Entscheidungen gibt es nur am Anfang des Prozesses. Aber ich finde, wenn man offen damit umgeht und auch die Mieter/innen, die eher auf Abfindung spekulieren, das offen sagen oder auch konkret benennen, ab welcher Summe es sich für sie lohnt, das Haus zu verlassen, dann ist das etwas, was das Kollektiv auch ganz gut wegstecken kann und was niemandem schadet. Die Gruppe geht trotzdem einen sehr langen Weg zusammen, um dahin zu kommen, dass günstige Vereinbarungen getroffen werden können.

Andrej Holm: Gibt es auch Mieter/innen, die Protest und »Sich wehren« unsinnig finden, weil sie sich schon immer auf die schöne neue Wohnung gefreut haben?

Carola Handwerg: So etwas gibt es hier eigentlich gar nicht. Ich habe das einmal in einer Mieterversammlung in Charlottenburg erlebt. Dort empfanden Mieter/innen, die sich ihre Wohnung nicht mehr leisten konnten, es als beleidigend, als ich ihnen das Instrument der sozialen Härte angeboten habe. Das war eine einmalige Erfahrung. Sie waren sehr brüskiert, dass sie sich die Wohnung nach der Modernisierung nicht mehr leisten könnten. Aber im Wesentlichen ist es immer so, dass der Eigentümer aus Verwertungsinteressen sehr hohe Ankündigungen macht, was die Miete nach Modernisierungsmaßnahmen betrifft, und das trifft eigentlich alle in gleichem Maße. Seit den 2000er Jahren, sagen wir seit 2003, habe ich keine Modernisierungsankündigung gesehen, zu der die Mieter/innen gesagt hätten: Das ist angemessen für das, was hier gemacht wird, und das bezahle ich gerne. Mit den Mietobergrenzen in den 1990er Jahren konnten sich viele Mieter/innen eine Verbesserung vorstellen. Aber da gab es die Mietobergrenzen und geförderte Maßnahmen, so dass die Mieten nach der Modernisierung irgendwo am Mittelwert des Mietspiegels angesiedelt waren. In dieser Zeit gab es auch eine größere Bereitschaft zu sagen: Ok, das kann ich für den Standard zahlen.

Andrej Holm: Das heißt, es sind jetzt einfach mehr oder einfach fast alle betroffen und deshalb gibt es eine größere Bereitschaft, sich kollektiv dagegen einzusetzen?

Carola Handweg: Es gibt vor allem kaum noch Modernisierungsankündigungen, die zu einer Miete führen, die innerhalb der Mietspiegelspanne liegen. Es geht immer weit darüber hinaus.

Andrej Holm: Du bist im Rahmen der MieterGemeinschaft und im Kiezladen aktiv. Kannst du die Initiativen und das politische Umfeld beschreiben, in dem sich die Hausgemeinschaften bewegen. Sind die Hausgemeinschaften auf sich gestellt oder bekommen sie auch von politischen Initiativen Rückenwind?

Carola Handweg: Solange es die Sanierungsgebiete noch gab, gab es Rückenwind durch die Betroffenenvertretungen. Aber das sind hier im Prenzlauer Berg nur noch die Gruppen Helmholzplatz und Teutoburger Platz, die beide nicht mehr sehr aktiv sind. Aber es sind dennoch politische Initiativen, bei denen es Rückhalt gibt. Aktuell gibt es politische Unterstützung vor allem in Neukölln und Kreuzberg. Da gibt es zahlreiche Stadtteilinitiativen, die zu den Hausversammlungen kommen und auch ihre konkrete Hilfe anbieten. Daneben gibt es die Berliner MieterGemeinschaft, die als Interessenvertretung auch Rückendeckung gibt, vor allem durch den Rechtsschutz, den man mit der Mitgliedschaft erwirbt.

Andrej Holm: Welche sinnvollen Optionen für Aktivitäten gibt es, die über den Rechtsschutz hinausgehen?

Carola Handweg: Ich sehe da zunächst die lokalpolitischen Ebenen, also die der BVV und der Bezirksämter. Da kann man vorstellig werden, in die Bürgersprechstunden gehen, Abgeordnete und Stadträte aufsuchen, um sich Unterstützung für konkrete Auseinandersetzungen zu holen.

Andrej Holm: Jetzt gibt es mit dem Mietenpolitischen Dossier einen Versuch, dass Häuser mit ganz unterschiedlichen Problemlagen sich zusammenschließen und organisieren. Ist das aus deiner Perspektive ein sinnvoller Akt oder Vergeudung der Kräfte? Sollten sich die Mieter/innen lieber um den Kampf mit ihren jeweiligen Eigentümern kümmern?

Carola Handweg: Ich halte den Zusammenschluss für eine sinnvolle Sache. Ein gutes Beispiel ist die Initiative der 23 GSW Häuser, die alle in sehr unterschiedlichen Situationen sind. Einige gehören noch der GSW, sind aber in einem ganz miserablen Instandsetzungszustand und kämpf-

fen um notwendige Instandsetzungsmaßnahmen. Einige sind schon verkauft worden, davon einige an Bauträgergesellschaften, und es ist klar, dass in Eigentumswohnungen umgewandelt werden soll. Andere wurden an EigentümerInnen verkauft, wo man noch nicht genau weiß, was diese mit den Häusern vorhaben. Es sind also ganz unterschiedliche Ausgangskonstellationen. Aber dadurch, dass sich die Mieter/innen dieser Häuser zusammenschließen und sich auch gegenseitig davon berichten, was ihnen passiert, können natürlich zum Beispiel Mieter/innen, die noch bei der GSW sind, auf die GSW Druck ausüben, dass sie nicht an Verwertungsgesellschaften verkauft werden und ihnen die Häuser erst einmal selbst zum Kauf angeboten werden. Das ist ein sich gegenseitig befruchtender Prozess. Indem man von Erfahrungen aus anderen Häusern hört, kann man für sich auch Schlussfolgerungen ziehen. Zum Beispiel gibt es eine gemeinsame Initiative, den Bezirk zu zwingen, das Belegungsrecht auszuüben, die Häuser nicht leer stehen zu lassen. Das ist besonders wichtig für die Häuser, die noch nicht verkauft worden sind und wo die GSW ganz offensichtlich darauf spekuliert, sie soweit verkommen zu lassen, dass niemand mehr darin wohnen will, um die leer stehenden Häuser dann teuer verkaufen zu können. Da ist es wichtig zu wissen: Was kann auf uns zukommen und wie können wir auf politischer Ebene Druck ausüben? In den Verträgen steht zum Beispiel eine Instandsetzungspflicht der GSW, auch ein Belegungsrecht und dem Bezirk wird ein Vorkaufsrecht eingeräumt, nicht auf juristischer Ebene, aber es ist auf Willensbekundung für die Mieter/innen verankert, und da ist es schon wichtig, dass man mehrgleisig fährt und vor allem auf der politischen Eben Druck macht.

Andrej Holm: In den 13 Jahren, in denen du hier in Prenzlauer Berg als Mietanwältin und in der Betroffenenvertretung aktiv bist, haben die Verdrängungsprozesse an Tempo zugenommen und die Nachbarschaft hat sich rasant verändert. Du bist in Initiativen dabei, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Sozialstruktur zu erhalten, und rundherum passiert genau das, was man immer als Schreckensbild vor sich hergetragen hat. Wir haben immer gefordert: Wir bleiben alle!« Jetzt sind fast alle weg. Wie groß ist da der Frust der Aktivistin?

Carola Handwerg: Der Frust hält sich deshalb in Grenzen, weil es doch Erfolgsmeldungen gibt. Es gibt nach wie vor Mieter/innen, die in die Beratung kommen und sagen: Ein Glück, dass wir damals vereinbart haben, dass sich die Miete acht Jahre lang nicht erhöhen darf, meine Nachbarn

zahlen fast das Doppelte. Dadurch hält sich der Frust in Grenzen. Wenn ich durch die Straßen gehe und mir die Häuser angucke, fallen mir sofort Mieter/innen ein, die immer noch hier wohnen, was sie nicht könnten, wenn wir nicht sowohl auf der politischen als auch auf der juristischen Schiene so aktiv gewesen wären. Aber es ist natürlich richtig, es hat sich geändert. Viele Menschen, mit denen wir früher zusammen gekämpft und gefeiert haben, mit denen wir befreundet waren, wohnen nicht mehr hier. Es hält sich noch die Waage, aber tatsächlich ist es ein anderes Wohnen und Leben geworden und man war früher auch viel politischer. So politisch sind wir auch als Betroffenenvertretung nicht mehr, weil wir einfach weniger Mitstreiter/innen geworden sind. Aber wie gesagt, es gibt Erfolgsmeldungen und man kann immer wieder sagen: Es lohnt sich, Widerstand zu leisten, um die Wohnungen mit einer angemessenen Miete und einem angemessenen Zustand weiterbewohnen zu können.

Andrej Holm: Was wäre notwendig in der Stadt, um dahin zu kommen, dass es so wird, wie du es dir vorstellst?

Carola Handwerg: Es dürfen keine spekulativen Anreize mit Wohnraum geschaffen werden. Wohnraum ist ein Grundbedürfnis und sollte auch ein Grundrecht sein. Da muss man ansetzen und nicht bei einzelnen mietrechtlichen Bestimmungen. Die Anreize, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten geschaffen wurden und die Eigentümern ermöglichen, riesige Gewinne mit Wohnungen und Spekulationen um Wohnraum machen zu können, müssen wieder abgeschafft werden. Es muss den Eigentümern so schwer wie möglich gemacht werden, durch den Verkauf, zum Beispiel von Eigentumswohnungen, kurzfristige Gewinne zu erzielen. Das ist wichtig und daran muss man viel mehr arbeiten. Jede/r braucht eine Wohnung und jede/r braucht ein Dach über dem Kopf. Und das muss bezahlbar sein. Da wir in Berlin nicht die Einkommenssprünge wie Mietsteigerungen haben, muss es doch irgendwie jedem und jeder einleuchten, dass Begrenzungen eingeführt werden müssen.

Wohnungsprivatisierung in Berlin – Eine Analyse verschiedener Investitions- strategien und deren Konsequenzen für die Stadt und ihre Bewohner

Von Sabina Uffer

Seit Mitte der neunziger Jahre hat Berlins Regierung begonnen, die kommunalen Wohnungen zu privatisieren. Zwischen 1995 und 2008 wurde zirka die Hälfte des kommunalen Wohnungsbestandes veräußert (Uffer 2011). Im Gegensatz zu anderen Privatisierungsprozessen, etwa in England (Murie 1976), den Niederlanden (Aalbers 2004) oder auch in Ländern der ehemaligen Sowjetunion (Pickvance 1994; Struyk 1996), wurden die kommunalen Wohnungen in Berlin nicht in erster Linie an Mieter verkauft, sondern an institutionelle Investoren. Gleichzeitig fiel die Privatisierung mit Prozessen des staatlichen Rückzugs aus der Wohnungsverorgung zusammen. So zog sich Berlins Regierung zum Beispiel 1998 aus den staatlich geförderten Wohnungsbauprogrammen zurück. Das historisch entwickelte Förderungssystem führt dazu, dass die mit staatlich subventionierten Mitteln gebauten Sozialwohnungen nach der Rückzahlung der Förderkredite in den freien Wohnungsmarkt übergehen. Der Rückzug aus den staatlich geförderten Wohnungsbauprogrammen hatte deshalb einen schnellen Rückgang des Sozialwohnungsbestandes zur Folge. Zwischen 1998 und 2007 ist der Sozialwohnungsbestand von 16 % auf 11 % geschrumpft (Investitionsbank Berlin 2009).

Die Privatisierung kommunaler Wohnungen, verschärft durch den allgemeinen Rückzug aus der staatlichen Wohnungsverorgung, hatte erhebliche Konsequenzen für die Stadtentwicklung und ihre Bewohner und löste eine emotional geführte öffentliche Diskussion aus, die vor allem durch ideologische Positionierungen geprägt war. Auf der einen Seite stand das Argument des ›Nicht-Anders-Könnens‹: Die Befürworter der Privatisierung wurden nicht müde zu erklären, dass Berlins Regierung keine andere Wahl habe, als durch den Verkauf staatlichen Eigentums den wachsenden Schuldenberg abzubauen. Auf der anderen Seite bezeichneten die Gegner der Privatisierung die – als neuer Eigentümer-

typ auftretenden – Finanzinvestoren als Heuschrecken und wiesen auf die erhöhten Mieten in aufgewerteten Stadtquartieren hin. Die Debatte enthielt jedoch kaum Fakten und es wurde wenig darauf verwendet, die Konsequenzen der Privatisierung für die Entwicklung der Stadt und deren Bewohner genauer zu untersuchen.

Der folgende Beitrag versucht, den Privatisierungsprozess und dessen Konsequenzen mit Fakten zu unterlegen. Er will zu einem besseren Verständnis des Privatisierungsprozesses im Kontext von globalen Finanzinvestoren und lokalen Marktbedingungen gelangen, um in Zukunft geeignete politische Lösungen für die Wohnungsversorgung Berlins zu finden. Einerseits wird argumentiert, dass der Zeitpunkt und die Art und Weise der Privatisierung einen Anreiz für Finanzinvestoren bot, in den Berliner Wohnungsmarkt zu investieren. Ende der neunziger Jahre, als Finanzinvestoren nach dem Einbruch der Aktienmärkte nach neuen Investitionsmöglichkeiten suchten, boten die En-bloc-Verkäufe Berlins das passende Angebot. Andererseits wird aufgezeigt, wie verschiedene Bewirtschaftungsstrategien der Finanzinvestoren aufgrund ihrer Finanzierungsmechanismen unterschiedliche Konsequenzen für die Stadt und ihre Bewohner hatten. Im Kontext lokaler Wohnungsmarktbedingungen bewirkten diese unterschiedlichen Strategien eine selektive Aufwertung innerstädtischer Quartiere und eine Verschlechterung der Wohnungsqualität für sozial schwächer gestellte Bewohner. Die Analyse beruht auf einer qualitativen Untersuchung des Privatisierungsprozesses in Berlin und vier spezifischer Fallstudien, für die im Sommer 2009 über dreißig Interviews mit Vertretern der Finanzinvestoren, der öffentlichen Behörden und der Mieterorganisationen durchgeführt wurden.¹

Haushaltskonsolidierung, En-bloc-Privatisierung und der Rückzug des Staates aus der Wohnungsversorgung

Die Wohnungsversorgung in Berlin wurde während des zwanzigsten Jahrhunderts entweder von privaten Hausbesitzern oder gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften sichergestellt, darunter viele kommunale Gesellschaften im städtischen Eigentum. Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften besaßen in erster Linie Siedlungen der Berliner Moderne, gebaut in den 1920er und 1930er Jahren, und Nachkriegssiedlungen, gebaut zwischen 1960 und 1980. In einigen Fällen hielten die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften auch Wohnungen aus der Gründerzeit in

1 Um die Anonymität der interviewten Personen zu gewährleisten, werden sie in den Fallstudien nicht namentlich benannt.

ihrem Portfolio. Mit der Wiedervereinigung Berlins vergrößerte sich der kommunale Wohnungsbestand durch die Übernahme von Wohnungen, die im Rahmen staatlicher Wohnungsbauprogramme der DDR errichtet worden waren. Die Stadt Berlin verfügte 1991 über 480.000 Wohnungen, die von neunzehn kommunalen Wohnungsbaugesellschaften verwaltet wurden. Das entsprach etwa 28% des gesamten Wohnungsbestandes.

Zu Beginn der neunziger Jahre waren die Euphorie über die Wiedervereinigung und die Erwartungen an eine Erneuerung Berlins als Weltstadt groß. Eine erhöhte Nachfrage nach Immobilien führte zu einer »Goldrausch Mentalität« (Strom 2001: 7). Private Investoren finanzierten den Bau von Bürokomplexen und Räumen für den Einzelhandel, der Staat investierte in die Erneuerung des Wohnungsbestandes. Schnell stellte sich jedoch heraus, dass die Erwartungen die Realität bei weitem übertrafen. Der Wegfall der nationalen und internationalen Subventionen für West- und Ostberlin, die beide während des Kalten Krieges einen Sonderstatus innehatten, und das Schrumpfen des wirtschaftlichen und demographischen Wachstums stellten Berlin vor finanzielle Schwierigkeiten. 1995 hatte Berlin einen Schuldenstand von über 23 Milliarden – mit steigender Tendenz (Senatsverwaltung für Finanzen 2010).

In diesem Kontext entschied sich die Regierung Berlins, Mitte der neunziger Jahre den angeschlagenen Haushalt durch die Privatisierung staatlichen Eigentums zu sanieren. Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften wurden aufgefordert, 15% ihres Wohnungsbestandes zu verkaufen. Dabei sollten mit Vorzug die Mieter berücksichtigt werden. Der Verkauf an die Mieterschaft stellte sich aber schwieriger als geplant dar. Im ehemaligen Ostberlin ging der Wohnungsverkauf zwar zügig voran, allerdings wurden zirka 80% der Wohnungen an Investoren und nur ein geringer Anteil an bestehende Mieter verkauft. Im ehemaligen West-Berlin wiederum kam man zwar der Auflage des vorzugsweisen Verkaufs an bestehende Mieter näher (75% der verkauften Wohnungen), erreichte aber bloß die Privatisierung von 5,4% des Wohnungsbestandes (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Investitionsbank Berlin 2002). Zwischen 1998 und 2007 wurde der Privatisierungsprozess deshalb weiter forciert. Die Regierung veräußerte in der Folge zwei der größten kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, die GEHAG und die GSW – mit 40.000 bzw. 60.000 Wohnungen – und fusionierte andere. Außerdem verkauften die verbliebenen kommunalen Wohnungsbaugesellschaften mehrere Siedlungen als ganze Einheiten. Ende 2008 hielt die Stadt Berlin noch sechs kommunale Wohnungsbaugesellschaften mit 15,8% des gesamten

Wohnungsbestandes (Investitionsbank Berlin 2010). Der kommunale Wohnungsbestand wurde zwischen 1991 und 2008 nahezu halbiert.

Die von mir befragten Akteure der Stadtpolitik und Wohnungswirtschaft benannten zwei Hauptziele der Wohnungsprivatisierung: Zum einen wurde Berlins Privatisierungsprozess mit dem Ziel vorangetrieben, den Staatshaushalt zu sanieren, zum anderen erhoffte man sich Investitionen in den zum Teil immer noch nicht renovierten Wohnungsbestand, den sich die staatlichen Wohnungsbaugesellschaften nicht mehr leisten konnte. Zwei Zitate fassen diese beiden Ziele zusammen:

»Ja, also die Privatisierung stand unter dem Vorzeichen, dass eine Entspannung des Landeshaushaltes stattfindet und [sie] zu einer Zeit erfolgt, wo das Land Berlin absolut Barmittel brauchte, und es hat ja nicht nur diese Gesellschaft damals verkauft, sondern hat ja auch andere Landesbetriebe verkauft [...]« (Direktor der Öffentlichkeitsarbeit einer privatisierten Wohnungsbaugesellschaft).

»Die Chancen [der Privatisierung] liegen selbstverständlich in der Sanierung der Bestände, dass also ja doch größere Objekte [...], die eben größtenteils noch völlig unsaniert waren, damit auch ein Ausbaustand haben, der heute eher unüblich ist, [...] und was offensichtlich die städtischen Unternehmen auch überfordert hat« (Vorsitzender eines Bezirksausschusses für Stadtplanung).

Der Schwerpunkt der Privatisierung lag also darin, möglichst schnell möglichst hohe Einnahmen zu generieren. Wohnungen wurden deshalb nicht mehr als Einzelverkäufe an Mieter getätigt, sondern immer mehr in einer En-bloc-Strategie an den höchstbietenden Käufer veräußert. Dies hatte Konsequenzen bezüglich des Käufertyps. Es waren in erster Linie Finanzinvestoren, die investieren wollten und konnten. Auf der einen Seite hatten sie ein Interesse an En-bloc-Käufen, weil der Preis für die einzelne Wohnung relativ gering war und weil sie beim Kauf einer gesamten Siedlung einen Betriebskostenvorteil erzielen konnten. Auf der anderen Seite waren Finanzinvestoren diejenigen, die am meisten für solche En-bloc-Käufe bieten konnten, denn diese hatten den Zugang zum nötigen Kapital.

Alternative Käufer wie Wohnungsbaugenossenschaften wurden somit mehrheitlich ausgeschlossen. Berlins Privatisierungsprozess fiel Ende 1990, Anfang 2000 jedoch auch in eine Zeit, in der globale Finanzinves-

toren auf der Suche nach neuen Investitionsmöglichkeiten waren. Dies führte zu einem perfekten Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage.

Die Suche nach neuen Investitionsmöglichkeiten: Globale Finanzinvestoren und ihr Interesse am Berliner Wohnungsmarkt

Finanzinvestoren setzen sich aus institutionellen Investoren wie Pensionskassen, Versicherungen und Banken zusammen. Diese institutionellen Investoren besitzen große Geldmengen, die investiert werden müssen. Harrison and Bluestone (1990) nennen diese Geldmengen »ungeduldiges Kapital«, denn institutionelle Investoren erwarten hohe Rendite in kurzer Zeit. Um diese Renditen mit möglichst geringem Risiko zu erreichen, haben sie ihre Investitionen sowohl geographisch als auch auf verschiedene Sektoren diversifiziert. Verschiedene globale Faktoren führten dazu, dass institutionelle Investoren Anfang 2000 vermehrt in Immobilien zu investieren begannen. Der Börsenkrach nach dem dot.com-Boom Ende der neunziger Jahre hatte zur Folge, dass Zentralbanken in entwickelten Staaten die Zinsen senkten und ihre Wirtschaftsleistung durch erhöhte Liquidität aufrecht erhielten (Downs 2009).

Tiefe Zinsen sind ideale Voraussetzungen für das Investieren in Immobilien, was mit hohen Kreditaufnahmen verbunden ist. Gleichzeitig weckten Immobilien das Interesse institutioneller Investoren, die sich von Aktien abwenden oder ihr Portfolio zumindest diversifizieren wollten. Im Gegensatz zu Aktien sahen sie in Immobilien vermehrt einen »sichereren Hafen« (Winograd 2004: 200; Rottke 2004). Diese Nachfrage nach Immobilien traf in Berlin (und anderen ostdeutschen Städten) durch die Privatisierung der kommunalen Wohnungsbestände auf das richtige Angebot.

Berlin war jedoch nicht nur wegen der En-bloc-Privatisierungsstrategie von Interesse. Die niedrige Eigentumsrate und die im internationalen Vergleich geringen Mieten schürten die Erwartungen nach Rendite durch Wertsteigerung mit anschließendem Einzelverkauf oder durch höhere Mieteinnahmen. Als 2004 eine der weltgrößten Investitionsfirmen in Wohnungsbestände in Berlin investierte, wurde ein Spekulationsboom losgetreten, der nicht mehr nur aufgrund des Wertsteigerungspotenzials auf dem Berliner Wohnungsmarkt, sondern vielmehr durch Nachfrage nach Investitionsmöglichkeiten gespeist wurde. Erst durch die globale Finanzkrise von 2008 wurde das Investitionsvolumen gedämpft.

Investor ist nicht gleich Investor: Eine Typologie der Immobilienfonds

Institutionelle Investoren haben in Berlin in erster Linie durch das Instrument der Real Estate Private Equity Funds (offene Immobilienfonds) investiert. Diese eignen sich besonders als Investitionsvehikel, weil das investierte Eigenkapital von nicht regulierten offenen Fonds mit der Stabilität der Immobilieninvestition kombiniert wird (Falzon et al. 2003; Rottke 2004). Diese Immobilienfonds werden in der Regel von Investmentbanken (e.g. Goldman Sachs, Morgan Stanley, J.P. Morgan Chase), Investitionshäusern (e.g. Blackstone, Cerberus, Oak Tree) oder kleineren Immobilienfirmen (e.g. Starwood, Lonestar) angelegt und gemanagt, indem diese Kapital von institutionellen Investoren sammeln (Linneman 2004: 159). Oft ist es so, dass die Investmentbank ebenfalls Kapital beisteuert, um das Vertrauen der Investoren zu gewinnen. Mit Fremdkapital einer Bank investieren Manager dieser Immobilienfonds dann direkt in den Wohnungsbestand oder indirekt durch die Übernahme von Wohnungsbaugesellschaften. In der Immobilienindustrie unterscheidet man basierend auf dem Renditeziel und dem Risiko drei verschiedene Typen von Fonds (Rottke 2004). Während die drei im Folgenden beschriebenen Immobilienfonds theoretisch klar unterscheidbar sind, verwenden Fondsmanager in der Praxis oft einen Mix der verschiedenen Bewirtschaftungsstrategien, je nachdem was der Markt gerade begünstigt. Um die Konsequenzen der verschiedenen Bewirtschaftungsstrategien zu verstehen, macht es jedoch Sinn, sie analytisch zu differenzieren.

Erstens, der »Core« Fonds, der mit relativ wenig Risiko verbunden ist. Er investiert mit sehr geringem Fremdkapital und ist langfristig ausgerichtet. Dementsprechend sind die jährlichen Renditeziele auf zirka 3-5 % des Eigenkapitals ausgerichtet. Ein Core Fonds investiert in erster Linie in erstklassige Immobilien, die in gutem Zustand sind und niedrigen Leerstand aufweisen. Diese Bewirtschaftungsstrategie spielte während des Privatisierungsprozesses in Berlin keine Rolle (siehe auch Zingel 2006). Zum einen förderten die oben beschriebenen Konditionen der globalen Finanzmärkte während der Hochphase der Berliner Wohnungsprivatisierung risikoorientierte Investitionsstrategien und die Nachfrage nach Core Fonds war eher gering. Zum anderen war der privatisierte Wohnungsbestand größtenteils renovierungsbedürftig und der Berliner Mietermarkt wies zu dieser Zeit zumindest offiziell einen beträchtlichen Leerstand auf. Das waren also nicht die für einen Core Fond erwünschten Bedingungen. Bei meinen Recherchen bin ich auf keinen Fondsmanager getroffen, der

eine solche Strategie offen verfolgte, darum wird diese hier auch nicht weiter betrachtet.

Zweitens, der Value added Fonds, der eine mittlere Risikostrategie mit einer jährlich angestrebten Rendite von 10-16% des Eigenkapitals verfolgt. Die zeitliche Ausrichtung ist mittelfristig und die Investition wird zu 30-70% fremdfinanziert. Value added Fonds investieren primär in Immobilien, die ein Aufwertungspotenzial haben. Das heißt, es wird in eine Immobilie investiert, um diese entweder durch eine Wertsteigerung in einem höheren Marktsegment zu platzieren und dann zu verkaufen oder aber um höhere Mieteinnahmen zu generieren. Dieser Fonds ist deshalb in erster Linie auf Einnahmen durch die Wertsteigerung angewiesen und muss die lokalen Marktbedingungen in die Bewirtschaftungsstrategie mit einbeziehen. Die Wohnungsmarktbedingungen während des Berliner Privatisierungsprozesses lockten in erster Linie Value added und Opportunistic Immobilienfonds an. Value added Fonds investieren, wenn immer möglich, in Altbauwohnungen in der Innenstadt oder in gut gelegene Siedlungen der Berliner Moderne. Diese Wohnungen erforderten meistens einen hohen Renovierungsaufwand und verfügten über einen beträchtlichen Leerstand. Value added Fonds spekulierten also darauf, den Bestand durch eine Wertsteigerung auf einem höheren Marktsegment zu platzieren und genügend Nachfrage zu erzielen. Fast alle interviewten Fondsmanager haben diese Strategie als zentrales Investitionsziel angegeben. Allerdings wurde mir auch einige Mal erklärt, dass nach Ausbruch der Finanzkrise die im folgenden beschriebene (dritte) Strategie nicht mehr rentabel zu verfolgen war, so dass im Sommer 2009, als ich meine Interviews durchführte, niemand mit der opportunistischen Strategie, als der »falschen«, dastehen wollte.

Drittens wird der »Opportunistic« Fonds unterschieden. Dieser gehört der Investitionskategorie mit hohem Risiko an. Er verfolgt ein jährliches Renditeziel von 16% und mehr und investiert mit bis zu 90% Fremdkapital. Die Bewirtschaftungsstrategie beruht auf dem sogenannten Hebeleffekt, was bedeutet, dass die Rendite durch einen hohen Anteil an Fremdkapital maximiert wird (Rottke 2004). Dies ist möglich, wenn die Immobilie an Wert gewinnt oder die Kreditzinsen tiefer sind als die Rendite auf dem gesamten Investitionsvolumen (Brueggeman and Fisher 2008). Falls die Immobilie an Wert verliert oder die Kreditzinsen sich erhöhen, ist der Verlust auf dem Eigenkapital jedoch ebenfalls größer. Diese Finanzierungsstrategie wirkt sich auf die Bewirtschaftungsstrategie in der Hinsicht aus, dass die lokalen Marktbedingungen wie

Leerstand, Mieterstruktur oder Wohnungsqualität wenig Einfluss auf den Kauf der Immobilie haben. Das Ziel ist, sobald die Rendite erreicht wurde, durch Verkauf aus dem Investitionsprojekt auszusteigen (Linneman 2004). Opportunistic Fonds haben in Berlin vor allem in billige Wohnungen investiert, zum Beispiel in Plattenbauten am Stadtrand oder in Nachkriegsbauten aus den 1970er und 1980er Jahren, die in schlechtem Zustand waren. Das heißt, im Gegensatz zu Value added Fonds haben Opportunistic Fonds auf die Nachfrage anderer Investoren nach Investitionsobjekten und nicht auf eine höhere Nachfrage von Seiten der Mieter spekuliert. Aber wie bereits erwähnt, war die opportunistische Strategie nach der Finanzkrise 2008 nicht mehr so leicht durchzusetzen, weil es schwieriger war, Fremdkapital aufzunehmen. So gab zum Beispiel ein befragter Akteur der Immobilienindustrie zu, dass sein Fondsmanager zuerst eine klare opportunistische Strategie verfolgte, im Verlaufe der Krise jedoch dazu gezwungen war, den Fonds langfristiger auszurichten.

Konsequenzen verschiedener Investitions- und Bewirtschaftungsstrategien durch institutionelle Investoren auf Stadtentwicklung und Bewohner

Das Engagement der in der Stadt bislang unbekannteren Immobilienfonds löste in der öffentlichen Debatte eine Reihe von Befürchtungen aus. Es ist deshalb wichtig, die Konsequenzen zu untersuchen, die die verschiedenen Investitions- und Bewirtschaftungsstrategien von Immobilienfonds auf Berlins Stadtentwicklung und Bewohner hatten. Die Konsequenzen sind nicht unabhängig von den lokalen Bedingungen des Wohnungsmarktes zu beurteilen. Je nach Marktsituation lösen sie verschiedene Prozesse aus. Im Folgenden werden daher die beiden Bewirtschaftungsstrategien des Value added und des Opportunistic Investmentfonds unter Berücksichtigung der gegebenen Marktsituation im Untersuchungszeitraum 1997-2009 aufgezeigt.

Value added Strategien

Fonds, deren Schwerpunkt auf der Optimierung der Einkommen liegt, versuchen einen höheren Kapitalgewinn durch die Wertsteigerung von Immobilien mit Entwicklungspotenzial zu erzielen (Brueggeman and Fisher 2008). Immobilien mit Entwicklungspotenzial definieren sich dadurch, dass ihr Einkommen (durch Miete, Subventionen) größer ist als die Finanzierungs- (Zinsen auf Fremdkapital) und Unterhaltskosten oder dass die Rendite zum Zeitpunkt der Veräußerung als genug hoch

betrachtet wird. Faktoren, die zu einem solchen Entwicklungspotenzial beitragen, sind die Lage und Qualität der Wohnung, die sozioökonomische Struktur der Mieter und die Kreditkonditionen (Whitehead 1999). Als die kommunalen Wohnungsbestände veräußert wurden, suchten sich Value added Fonds dementsprechend Investitionsobjekte aus und kauften Siedlungen in zentraler Umgebung, mit denen durch Renovierungen höhere Mieten erzielt werden konnten. Dazu gehörten in erster Linie die Siedlungen, die in den 1920er und 1930er Jahren erbaut wurden. Der Direktor einer Investitionsfirma erklärte die Gründe, um in eine Immobilie zu investieren, folgendermaßen:

»Wir schauen, in welcher Gegend der Stadt wir investieren wollen. Wir schauen, wie zentral die Immobilie gelegen ist, wie gut die Infrastruktur ist und wie hoch das Potenzial für eine Mieterhöhung ist. Wir investieren nur dann, wenn wir höhere Mieten erzielen können.«

In Fällen, wo ein Investmentfonds eine ganze Wohnungsbaugesellschaft kauft, ist es unvermeidlich, dass er auch Wohnungen erhält, die kein Entwicklungspotenzial aufweisen. Diese Wohnungen werden weiterveräußert oder, wenn der Verkauf nicht möglich ist, vernachlässigt. Investitionen in diese Wohnungen werden nicht getätigt. Der Portfoliomanager einer Wohnungsbaugesellschaft beschreibt die Strategie:

»Wir investieren, um eine Wertsteigerung zu erzielen. Wir erhöhen Mieten, wir reduzieren Leerstand, wir investieren in Wohnungen mit Entwicklungspotenzial und wir desinvestieren in solche ohne Entwicklungspotenzial.«

So veräußerte zum Beispiel eine Wohnungsbaugesellschaft im ersten Jahr nach ihrer Privatisierung 13 % des Wohnungsbestandes ebenfalls in einer En-bloc-Strategie an einen offenen Immobilienfonds (Zinnöcker 2009).

Diese Investitionsstrategie führt dazu, dass Wohnungen mit Entwicklungspotenzial, also insbesondere solche in zentraler Lage, immer teurer werden.

Das Mietrecht ist zu wenig mieterfreundlich, um gegensteuern zu können, und existiert zudem nur für bestehende Mieter (Heinelt 2004). Renovierungsankündigungen führen jedoch meist zu erhöhtem Leerstand, weil sich Mieter den Umbau nicht antun wollen oder sich die angekündigte Erhöhung der Miete nach der Renovierung nicht leisten kön-

nen. Der temporär erhöhte Leerstand ist dann auch meist willkommen, wie ein Fondsmanager erklärt:

»Ja, und am besten für so eine Sanierung ist es natürlich, wenn der Block ganz leer ist. Wir hatten zwischen 30 und 50 % Leerstand. Und ich hätte natürlich am liebsten alle rausgeschmissen, aber das kann man natürlich nicht und man muss dann mit dem Rentner, der Alkoholiker ist, umgehen, was die Sachen etwas komplexer macht.«

Die Renovierung von altem Wohnungsbestand war Teil des Privatisierungsziels. Jedoch investieren Value added Fonds oft über den nötigen Standard hinaus, wie durch den Anbau von Balkonen, um höhere Mieten zu erzielen und eine besser verdienende Klientel anzuziehen. Der Direktor der Öffentlichkeitsarbeit einer privatisierten Wohnungsbaugesellschaft bestätigte dies:

»Wir investieren in den Wohnungsbestand, stattdessen die Wohnungen mit Merkmalen aus, um diesen eine andere Qualität zu verpassen, ob das jetzt energetische Maßnahmen sind, ob das reine Ausstattung von Küche, Bad, Böden, Klingelschilder, Fassaden und dergleichen ist, um sie dann am Markt neu zu platzieren, also dann auch meistens höherwertig.«

Wiederum steht das Mietrecht diesem Prozess nicht im Weg, weil der Vermieter 11 % der Renovierungskosten auf die Miete umlegen kann. Das heißt, die Modernisierung des Wohnungsbestandes führt unweigerlich zu erhöhten Mieten. Bei überbezahlten Modernisierungsmaßnahmen können sich viele Mieter nicht mehr leisten. Eine der Fallstudien im Rahmen meines Forschungsprojektes verdeutlicht diesen Prozess. Der Investor kündigte Modernisierungsmaßnahmen inklusive dem Anbau von Balkonen an. Die damit einhergehende Mietsteigerung bedeutete, dass die Miete für eine 59 Quadratmeter große Wohnung von 264 auf 444 Euro pro Monat stieg (Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin 2006). In einer Wohnsiedlung, in der nur 36 % der Bewohner sich in einem Arbeitsverhältnis befanden, konnten sich viele die renovierte Wohnung nicht mehr leisten.

Diese selektive Wertsteigerungsstrategie hat unweigerlich eine erhöhte Segregation zur Folge. Auf der einen Seite werden Mieter durch die Renovierungsankündigungen und die folgenden Mieterhöhungen oft zum

Auszug gezwungen. Auf der anderen Seite bewirken die erhöhten Mieten nach der Renovierung, dass sich nur eine gewisse Klientel die Wohnung leisten kann. Es sind jedoch nicht nur die erhöhten Mieten, die zu einer Vertreibung der benachteiligten Mieter führen. Manager von Value added Fonds tragen mit einer aktiven Selektion der Mieter zu dieser Segregation bei. In der oben genannten Fallstudie hatte der Fondsmanager ein klares Profil für seine zukünftigen Mieter:

»Und wir vermieten natürlich ganz klar, also man kann dazu nicht rassistisch sagen, aber wir vermieten zum Beispiel nicht an einen alleinstehenden Alkoholiker. Ich habe zwei Vermietungsteams und die haben ganz klare Anweisungen, an welches Profil vermietet wird. Wir wollen ganz klar Familien mit Kindern. Wir versuchen da in der Nähe nun auch noch einen Kindergarten zu bekommen. Und die Kneipe, die haben Sie wohl schon nicht mehr gesehen, die haben wir rausgeschmissen, denn die zieht nur Alkoholiker an. Da wollen wir jetzt noch etwas reinbringen, aber es ist noch nicht klar was. Ein Café ohne alkoholische Getränke geht ja leider nicht gut.«

Neben der Wertsteigerung versuchen Value added Fonds durch eine effiziente Managementstrategie Kosten einzusparen. Dazu gehört die Einsparung von Personalkosten durch Entlassungen und flexiblere Arbeitsverträge (Holm 2010) und die Reduzierung des Kundenservices. Neben der Reduzierung der Ansprechpartner haben private Investoren meist auch ein geringeres Verantwortungsgefühl gegenüber der Stadt und ihren Bewohnern. Einerseits besteht im Gegensatz zu den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften keine lokale Beziehung, andererseits wird durch die Weiterveräußerung von Wohnungen an Investoren oder Mieter die Vermieterstruktur fragmentiert, was zur Folge hat, dass sich kein Vermieter für die gesamte Siedlung und deren Entwicklung verantwortlich fühlt.

Der Direktor der Öffentlichkeitsarbeit einer privatisierten Wohnungsbaugesellschaft bestätigte dies:

»Dann gibt es wiederum eine ganze Reihe von Investitionen in die sozialen Strukturen, das heißt also, angefangen von den öffentlich genutzten privaten Flächen, ob das Grünanlagen sind, Spielanlagen, die wir herrichten und der Öffentlichkeit wieder zur Verfügung stellen, und im Stadtraum dann wiederum dafür sorgen, dass die Lebens- und

Wohnqualität entsprechend vor Ort auch beibehalten wird. Das tun wir natürlich nicht aus kompletter Philanthropie, sondern mit Blick auf die wohnstabilisierenden Maßnahmen oder Effekte, die es daraus gibt. Und wir tun es letztendlich auch, und das ist ein Kritikpunkt der uns momentan erreicht, in der Dimension, in der wir das können und in der wir uns letztendlich auch verpflichtet fühlen, wenn wir uns jetzt einmal messen an der Tatsache, dass wir dort nur noch mit 2.000 Einheiten und nicht mehr 20 oder 15.000 Einheiten [vertreten] sind.«

Das Zitat zeigt allerdings auch, dass die Value added Fonds durchaus, wenn auch in geringerem Maße, noch in das Wohnumfeld investieren. Dies ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass im Marktumfeld von Berlin die Value added Fonds, die von Mieteinnahmen abhängig sind, nur begrenzt den Kundenservice reduzieren konnten. Anfang 2000 gab es für Besserverdienende noch genügend Möglichkeiten, sich in einem relativ entspannten Wohnungsmarkt eine neue Wohnung mit besserem Service zu suchen. Mit steigenden Mieten wird sich dieser Spielraum jedoch auch für sie zunehmend verringern.

Die Analyse zeigt, dass Value added Bewirtschaftungsstrategien zu einer selektiven Aufwertung von Quartieren, die im Normalfall verkehrsgünstig im Innenstadtbereich liegen, führten. Für diese Quartiere ist das Privatisierungsziel der Sanierung mehrheitlich erreicht worden, auch wenn teilweise über dem Standard saniert wurde, um höhere Renditen zu erzielen.

Im Gegensatz zu den Value added Bewirtschaftungsstrategien führen Opportunistic Bewirtschaftungsstrategien zu schlechter oder keiner Modernisierung des Wohnungsbestandes. Wie im Folgenden gezeigt wird, gibt es vielmehr Anzeichen dafür, dass die Wohnungsqualität oftmals verschlechtert wurde.

Opportunistic Strategien

Opportunistic Fonds machen ihre Rendite in erster Linie durch den sogenannten Hebeleffekt. Wie bereits erwähnt, steht folgendes Prinzip hinter dieser Strategie: Wenn die Rendite des gesamten investierten Kapitals höher ist als die Zinsrate des Fremdkapitals, erhöht sich die Rendite des Eigenkapitals (Brueggeman and Fisher 2008). In diesem Fall lohnt es sich, mit einem hohen Anteil an Fremdkapital zu investieren, um den Hebeleffekt zu erhöhen. Die Rendite wird also nicht durch eine wertsteigernde Investition erzielt, sondern durch den hohen Anteil an Fremdkapital

(Rottke 2004). Dieser Effekt ist jedoch mit hohem Risiko verbunden, denn er kann sowohl die Rendite als auch den Verlust vergrößern (Brueggeman and Fisher 2008). Je mehr Fremdkapital investiert wird, desto größer der Verlust, wenn die Zinsen steigen oder das Investitionsobjekt abgewertet wird.

Im Gegensatz zu Value added Fonds sind Opportunistic Fonds deshalb nicht am eigentlichen Investitionsobjekt interessiert. Vielmehr sind diese Fonds auf das Handeln mit Immobilien spezialisiert. Es geht darum, so viel wie möglich zu kaufen, Profit auf dem Fremdkapital zu erzielen und die Immobilie wieder (rechtzeitig) zu verkaufen (Winograd 2004). Das Investitionsobjekt wird deshalb selten genauer untersucht. Das Wertsteigerungspotenzial durch gute Lage und Wohnungsqualität spielt keine Rolle. Oftmals wird also in Objekte investiert, die am Stadtrand liegen, eine schwierige Mieterstruktur aufweisen oder renovierungsbedürftig sind. Die Kreditkonditionen und der Glaube an einen aufkommenden Markt spielen eine größere Rolle als die Immobilie selbst. Der Direktor eines Fonds bestätigte dies:

»[...] für Finanzinvestoren [sind] Dinge wie Denkmalschutz, Mietregelungen oder Schwierigkeiten mit Bestandsmietern nebensächliche Details. Die tauchen in den Excel-Tabellen oft nicht auf. Da wurde nicht drauf geschaut, sondern man sah die billige Ware und das billige Geld. [...] Also, diesen US-Firmen oder angelsächsischen Firmen ging es oft einfach darum, in einen gewissen Markt einzusteigen.«

Dies führte in einigen Fällen auch dazu, dass Opportunistic Fonds in Wohnungsbestände investierten, die noch im Förderungssystem des sozialen Wohnungsbau waren und deren Mieten nur nach staatlich vorgesetzten Grenzen erhöht werden konnten. Eine Wertsteigerung mit erhöhten Mieteinnahmen lohnte sich in diesen Fällen überhaupt nicht. Vielmehr ist der Investor, während er die Immobilie hält, möglichst darauf bedacht, Kosten einzusparen, um den Hebeleffekt zu erhöhen. Dies hat Konsequenzen für die Wohnqualität und die Sanierung der oft renovierungsbedürftigen Siedlung. Das Privatisierungsziel der Modernisierung von veraltetem Wohnungsbestand wurde in solchen Fällen nicht oder nicht zufriedenstellend erreicht.

In einer der untersuchten Fallstudien, die hier näher betrachtet werden soll, kaufte ein Investor eine Siedlung mit Sozialwohnungen. Im Kaufvertrag wurde vereinbart, dass der Investor in die Sanierung der Wohnungen

investiert. Die Sanierung wurde jedoch wenig zufriedenstellend ausgeführt. Eine Vertreterin der Mieterschaft beschrieb den Prozess so:

»[...] die Sanierung ist hier alles andere als erfreulich gelaufen, [...] es [war] eine sehr sehr schlechte Qualität bei der Sanierung, es [gab] viele Probleme, die Leute [waren] also sehr sehr unzufrieden, weil sie auch am Anfang sich von der Sanierung mehr versprochen haben und immer weniger gemacht wurde. [...]. Fenster, wir hatten Fensterprobleme ohne Ende, die sind aber leider nur überarbeitet oder gestrichen worden, und hier auf der Seite noch mit einer Firma, die einfach mal bei Nässe das darüber gestrichen hat. Das heißt, die Leute haben jetzt undichtere Fenster als vorher, weil die Farbe bröckelt ohne Ende.«

Der Fonds sparte nicht nur durch schlechte Bausanierung, sondern auch am Unterhalt der Wohnungen. Die Hauswarte wurden entlassen und durch Reinigungspersonal (mit niedrigerem Lohn) ersetzt und das Vermietungspersonal verringert. Im Gegensatz zu den Bewirtschaftungsstrategien der Value added Fonds wurde der Kundenservice drastisch verschlechtert. Es ging so weit, dass die Treppenhäuser nicht mehr geputzt wurden:

»Also, das war draußen verdreckt, hier ist wochenlang drin nicht sauber gemacht worden, wo die Mieter sagen, wofür zahlen wir eigentlich noch Miete, das heißt, sie haben keine Hausmeister. Und das sagt auch immer wieder der Mieterbeirat, das sind keine Hauswarte oder Hausmeister, das ist was anderes. Und damit brüsten sie sich und das ist wirklich nicht gerechtfertigt.«

Die nicht zufriedenstellende Sanierung und das schlechte Management führten dazu, dass Mieter, die die Möglichkeit hatten, auszogen und der Investor mit höherem Leerstand kämpfen musste. Die Siedlung bekam ein zusehends schlechteres Image und es war schwierig, neue Mieter anzuziehen. Solange Fremdkapital günstig zu refinanzieren war, war dies jedoch vernachlässigbar. Das Ziel war, den Hebeleffekt auszunutzen und das Objekt möglichst schnell wieder zu veräußern. Als die globale Finanzkrise die Refinanzierung schwieriger machte und es fast unmöglich war, die Siedlung weiter zu verkaufen, musste der Fonds Manager die Bewirtschaftungsstrategie jedoch ändern. Der Direktor der Wohnungsverwaltung bestätigt dies:

»Für den Fonds ist es bestimmt so, dass man sagte, okay, man versucht halt zu sanieren, versucht, einen Verkaufspreis zu erzielen und versucht, das mit Profit zu veräußern. Bedingt durch diese Bankenkrise, die momentan jetzt vorherrscht, ist der Plan umgewandelt und der Fonds sagt, okay, wir werden also den Preis, den wir uns wünschen zu erzielen, nicht erzielen können, weil ein Investor bestimmt nicht die Finanzierung dafür kriegt momentan. Und da sagte man jetzt auf Gesellschafterebene, okay, jetzt versuchen wir es halt mal auf eine Langzeitstrategie zu packen, das heißt, schauen, dass wir unsere eigene Kreditlinie bedienen können und da halt eben auch eine Vollvermietung hinzubekommen, um das einigermaßen handeln zu können.«

Dies bedeutete, dass der Investor plötzlich auf ein Mieteinkommen angewiesen war, um seinen Kredit refinanzieren zu können. Um den Leerstand zu reduzieren und überhaupt Mieteinnahmen zu generieren, verringerte er die Mieten. Der Direktor der Wohnungsverwaltung erklärte die neu ausgerichtete Strategie weiter:

»Also unser Ziel wird sein, so 5 % Leerstand zu haben. [...] Es ist schwer, es ist schwer. Man muss was dafür tun und muss sich dann vielleicht auch von einer Hochmietpreisstrategie ein bisschen abwenden, aber man muss einfach sagen, okay, ich möchte die Wohnung halt vermieten, ich möchte einen geregelten Mietfluss generieren und wenn das dann halt nicht 5, sondern 4.80 [Euro pro Quadratmeter] sind, dann ist es auch okay.«

Um dieses Leerstandsziel zu erreichen, wurde auch eine Vermietungsagentur engagiert, die auf Basis getätigter Vermietung bezahlt wurde. Diese handelte gemäß einer aggressiven Vermietungsstrategie, ohne auf eine ausbalancierte Mieterstruktur zu achten. So lockte sie Mieter mit dem Angebot, keine Bonitätschecks durchzuführen, drei Monate Mietentlastung zu gewähren und einen 200-Euro-Gutschein eines Baumarktes zu schenken (Du Chesne Immobilien GmbH 2009). Diese Bewirtschaftungsstrategie führte zu ›discount housing‹, wie Holm (2010) es nannte. Durch die Senkung der Mieten und die aggressive Vermietungsstrategie schufen opportunistische Fonds eine Siedlung mit Mietern, die vom restlichen Wohnungsmarkt bereits ausgeschlossen waren.

Diese ›discount housing‹ Bewirtschaftungsstrategie steht im starken Gegensatz zur Wahrnehmung (siehe zum Beispiel Besecke and Enbergs

2008), dass nur kommunale Wohnungsbaugesellschaften bereit sind, an sozial benachteiligte Bewohner zu vermieten. In der untersuchten Fallstudie hat der Opportunistic Fonds an jeden vermietet und dabei die Mieten unter die vom Gesetz erlaubte Mietgrenze im sozialen Wohnungsbau gedrückt. Dabei bewirkte er jedoch schlechtere Wohnverhältnisse für die Bewohner der Siedlung und förderte eine größere soziale Segregation, denn finanziell besser gestellte und mobile Mieter suchten sich unter diesen Umständen eine neue Wohnung.

Schlussbemerkungen

Die Untersuchung des Privatisierungsprozesses, seiner Zielsetzungen und Folgen hat gezeigt, dass die Art und Weise der Privatisierung eine große Rolle spielte, weshalb Finanzinvestoren in den Berliner Wohnungsmarkt investierten. Die En-bloc-Privatisierungsstrategie in Berlin passte auf das Interesse der Finanzinvestoren, in neue Märkte zu investieren. Im Kontext des Berliner Wohnungsmarktes zwischen 1997 und 2009 hatte dies wesentliche Folgen für die Stadtentwicklung. Die beiden analytisch differenzierten Bewirtschaftungsstrategien zeigen zwei unterschiedliche Prozesse auf mit derselben Folge für die Stadtentwicklung: eine größere soziale Segregation. Auf der einen Seite stehen die selektiven Wertsteigerungsstrategien der Value added Fonds, die zur Vertreibung und Ausgrenzung sozial benachteiligter Stadtbewohner führen. Dies betrifft in erster Linie den Wohnungsbestand mit hoher Nachfrage in guten Lagen, so zum Beispiel den Wohnungsbestand der Gründerzeitaltbauten oder die in den 1920er und 1930er Jahre erbauten Siedlungen der Berliner Moderne. Dieser Wohnungsbestand wurde in den letzten Jahren renoviert und teils mit luxuriösem Standard ausgebaut. Auf der anderen Seite steht die Bewirtschaftungsstrategie der Opportunistic Fonds, die auch als discount housing zu bezeichnen ist und die zu einer Konzentration von sozial Benachteiligten in gewissen Stadtquartieren führt. Dies betrifft vor allem Quartiere aus der späten Nachkriegszeit, wie die an den Stadtrand gebauten Siedlungen in Ost- und Westberlin. Diese Bewohner müssen sich oft mit schlechter Wohnqualität zufriedengeben, weil der Investor den Wohnungsbestand vernachlässigt. Die Segregation wird also nicht nur durch die Erhöhung der Mieten vorangetrieben, sondern auch durch spezifische Bewirtschaftungsstrategien, die die Bildung von Quartieren mit benachteiligten Mietern fördern.

Das erste Privatisierungsziel, Einkommen für die Haushaltskonsolidierung zu generieren, wurde erreicht. Der Verkauf von kommunalen

Wohnungen ermöglichte den schnellen Geldfluss in die Staatskasse. Das zweite Privatisierungsziel, das auf die Sanierung des Wohnungsbestandes abzielte, kann zumindest teilweise als erreicht bezeichnet werden. Durch die Wertsteigerungsstrategien von Value added Fonds sind Wohnungen modernisiert worden. Auch Opportunistic Fonds wurden zum Teil gezwungen, in den Bestand zu investieren. Allerdings wurde dabei die Qualität oft vernachlässigt. Für eine Stadt sollte sich jedoch auch immer die Frage nach den längerfristigen Folgen einer Privatisierung des Wohnungsbestandes für die Stadtentwicklung und für die Bewohner stellen. So stellt sich hier die Frage, ob die Konsequenz einer größeren Segregation in Kauf genommen wurde, um die (angestrebten) Privatisierungsziele zu erreichen? Der vorliegende Beitrag hat aufgezeigt, dass die Konsequenzen im Voraus oft schwierig abzuschätzen sind, weil diese mit der sich verändernden Marktsituation sich ebenfalls schnell ändern können. Eine vorgezeichnete Lösung gibt es also nicht.

Gerade deshalb ist es jedoch wichtig, dass bei der Privatisierung staatlichen Eigentums nicht nur eine bessere Analyse der Investitionsstrategien von potentiellen Käufern für die Konsequenzen der Privatisierung nötig ist, sondern auch eine auf Fakten abgestützte öffentliche Debatte, die es zulässt, das Privatisierungsvorhaben in Bezug auf die Konsequenzen der angeblichen Ziele (Haushaltskonsolidierung und Sanierung des Wohnungsbestandes) zu hinterfragen. So könnte man zum Beispiel die längerfristigen Kosten einer erhöhten Segregation oder Vernachlässigung des Wohnungsbestandes in ein gerechteres Verhältnis zum kurzfristigen Erlös aus dem Verkauf staatlichen Eigentums stellen. Aus wohnungspolitischer Sicht scheinen mir der Verlust der politischen Einflussnahme und die dazu verhältnismäßig geringen Erlöse zur Verringerung des gesamten Schuldenstands Berlins nicht gerechtfertigt. Die Analyse hat gezeigt, dass die Stadt auf der einen Seite bezahlbaren Wohnraum verliert, auf der anderen Seite Wohnqualität einbüßt. Der Verlust der politischen Steuerungsmöglichkeiten, um Wohnungsqualität zu bezahlbaren Preisen erhalten zu können, ist in jeglicher Hinsicht äußerst fragwürdig. Um eine Debatte mit solchen Fragen zuzulassen, bedürfte es allerdings eines für die Bevölkerung zugänglichen Forums, das eine effektive Teilnahme an Berlins Stadtentwicklung ermöglicht.

Literatur

- Aalbers, M. B. (2004). »Promoting Home Ownership in a Social-rented City: Policies, Practices and Pitfalls.« *Housing Studies* 19(3): 483-495
- Besecke, A. and Enbergs, C. (2008). »Professionelle Wohnungsunternehmen und soziales Engagement. Duett oder Dissonanz – Das Beispiel Berlin.« *Graue Reihe des Instituts für Stadt- und Regionalplanung Technische Universität Berlin* Heft 11
- Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin (2006). »Protokoll öffentliche Sondersitzung, 02.02.2006.« Ausschuss für Stadtentwicklung/Bauen und Wohnen. Berlin, Bezirksverordnetenversammlung Pankow
- Brueggeman, W. B. and Fisher, J. D. (2008). *Real Estate Finance and Investments*. Maidenhead, McGraw Hill Education
- Downs, A. (2009). *Real Estate and the Financial Crisis. How Turmoil in the Capital Markets Is Restructuring Real Estate Finance*. Washington, D.C., Urban Land Institute
- Du Chesne Immobilien GmbH. (2009). »Auch mit schlechter Schufa 200€ Gutschein + 3 Monate mietfrei + provisionsfrei.« Retrieved 17.12.2009, from <http://www.duchesne-immobilien.de/index3.htm>.
- Falzon, R., et al. (2003). »Private equity investment opportunities in real estate.« *The Journal of Private Equity* (Spring 2003): 68-78
- Harrison, B. and Bluestone, B. (1990). »Wage Polarisation in the US and the ›Flexibility‹ Debate.« *Cambridge Journal of Economics* 14(3): 351-373
- Heinelt, H. (2004). »Mietrecht.« *Wohnungspolitik in Deutschland. Positionen. Akteure. Instrumente*. B. Egner, N. Georgakis, H. Heinelt and R. C. Bartholomäi. Darmstadt, Schader-Stiftung: 50-58
- Holm, A. (2010). »Private heisst rauben – Zur Ökonomie von Wohnungsprivatisierungen.« *Z – Zeitschrift marxistische Erneuerung* 21(83): 46-59
- Investitionsbank Berlin (2009). »IBB Wohnungsmarktbericht 2008.« Berlin
- Investitionsbank Berlin (2010). »IBB Wohnungsmarktbericht 2009.« Berlin, Investitionsbank
- Linneman, P. (2004). *Real Estate Finance & Investments: Risks and Opportunities*. Philadelphia, Linneman Associates
- Murie, A. (1976). *The Sale of Council Houses*. Birmingham, University of Birmingham
- Pickvance, C. G. (1994). »Housing privatization and housing protest in the transition from state socialism – a comparative-study of Budapest and Moscow.« *International Journal of Urban and Regional Research* 18(3): 433-450
- Rottke, N. (2004). *Investitionen mit Real Estate Private Equity. Herleitung eines anreizkompatiblen Beteiligungsmodells unter Berücksichtigung der Transaktionskosten- und Agency-Theorie*. Köln, European Business School
- Senatsverwaltung für Finanzen (2010). »Haushalt und Finanzen Berlins. Ein Überblick.« Berlin, Senatsverwaltung für Finanzen
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Investitionsbank Berlin (2002). »Der Berliner Wohnungsmarkt. Entwicklung und Strukturen 1991-2000.« Berlin, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Investitionsbank Berlin

- Strom, E. (2001). *Building the New Berlin: The Politics of Urban Development in Germany's Capital City*. Lanham, Lexington Books
- Struyk, R. J. (1996). »Housing Privatization in the Former Soviet Bloc to 1995.« *Cities After Socialism. Urban and Regional Change and Conflict in Post-Socialist Societies*. G. Andrusz, M. Harloe and I. Szelenyi. Oxford, Blackwell: 192-213
- Uffer, S. (2011). »The Uneven Development of Berlin's Housing Provision.« *PhD thesis, Department of Geography and Environment*. London, London School of Economics and Political Science. PhD
- Whitehead, C. (1999). »The provision of finance for social housing: The UK experience.« *Urban Studies* 36(4): 657-672
- Winograd, B. (2004). »US pension funds and real estate: Still crazy after all these years.« *International Real Estate. An Institutional Approach*. W. Seabrooke, P. Kent and H. Hwee-Hong How. Oxford, Blackwell Publishing: 200-219
- Zingel, M. (2006). »Analyse der Real Estate Private Equity Investments in Deutschland.« *Diplom, Fachbereich Betriebswirtschaft*. Kaiserslautern, Fachhochschule Kaiserslautern. Diplom
- Zinnöcker, T. (2009). »Die GSW Immobilien GmbH als privater Akteur auf dem Berliner Wohnimmobilienmarkt.« Leipzig, 09. Januar 2009

Der ewige Skandal

Von **Benedict Ugarte Chacón**

Der »Bankenskandal« im Jahr 2001 gilt weithin als große Zäsur in der neueren Berliner Geschichte, vergleichbar allenfalls mit der »Antes-Affäre« der 1980er Jahre. An ihm zerbrach, zumindest nach offizieller Lesart, die Große Koalition, die als Beutegemeinschaft seit 1991 regiert hatte. Eine weitere Folge war der bis dahin nur schwer denkbare Eintritt der PDS in die Landesregierung ab 2002, wo sich die Partei dann auf ihre Weise als regierungsfähig erwies. Doch auch wenn die »Hauptstadtspresse« sich schon seit Jahren des Themas halbherzig annimmt und Regierungspolitiker den Bankenskandal schon mehrfach für beendet erklärt haben – das Erbe der Bankgesellschaft ist noch nicht bewältigt und es lässt sich darüber streiten, ob die landesseitige Nachlassverwaltung wirklich so ordnungsgemäß verläuft, wie die Verantwortlichen stets betonen. Heute, mehr als zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des zum größten Teil landeseigenen Bankkonzerns, lässt sich zumindest eine vorläufige Bilanz ziehen – wenn auch nur eine politische. Eine finanzielle Bilanz kann erst vorgenommen werden, wenn die vom Land der Bank abgenommenen Immobilienfonds bzw. deren Objekte »verwertet« worden sind. Diese befinden sich heute in der landeseigenen Berliner Immobilien Holding (BIH) und sind über ganz Deutschland verteilt. Die juristische Bilanz fällt ebenfalls ernüchternd aus: Zwar wurden verantwortliche Bankmanager mehrfach vor Gericht gestellt, doch mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Juni 2010, das sich auf den Fall des ehemaligen Bankdirektors Klaus-Rüdiger Landowsky bezieht, wurde deutlich, dass »Misswirtschaft« nicht ohne weiteres geahndet werden kann. Das Verfassungsgericht setzte hohe Maßstäbe an den Nachweis von Untreue, wie sie u. a. Landowsky vorgeworfen worden war, und wofür ihn das Landgericht Berlin 2007 auch verurteilt hatte. Deshalb wurde dieses Urteil gegen Landowsky und weitere Bankvorstände aufgehoben und an das Landgericht zurückverwiesen (BVerfG 2010 u. Ugarte Chacón 2011). Ob also mit den vorhandenen rechtlichen Instrumenten überhaupt gegen »Bankster« vorgegangen werden kann, ist nicht nur mit Sicht auf den »Berliner Bankenskandal« interessant, sondern vor dem Hintergrund möglicher Prozesse im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise eine dauerhaft

aktuelle Frage. Vor allem, weil davon ausgegangen werden kann, dass die vorhandenen rechtlichen Instrumente im Verbund mit den allenfalls zaghafte Bemühungen zur Finanzmarktregulierung noch lange nicht ausreichen, um eine abschreckende Wirkung auf Finanzmarktakteure zu entfalten (vgl. Kasiske 2010). Solange der Staat bereitwillig als Krisennothelfer bereit steht, ist – allem marktliberalem Geschwätz zum Trotz – durch solch einen unvernünftigen Anreiz und nicht vorhandene Sanktionen die permanente Gefahr gegeben, gefährliche Risiken in der Gewissheit einzugehen, dass der Staat im Zweifelsfall schon einspringen wird. Die Berliner Bankdirektoren jedenfalls kamen weitgehend ungeschoren davon. Und so sollten die Vorgänge um die Berliner Bankgesellschaft nicht als reiner Provinzskandal abgetan werden, wie es bundesweit publizierende Medien und die Bundespolitik taten und tun. Denn ähnliche Mechanismen, strukturelle Defizite, Abhängigkeiten und Ahnungslosigkeiten lassen sich auch bei der Bewältigung der Finanzmarktkrise ab 2007 ausmachen. Berlin war nur ausnahmsweise seiner Zeit voraus und nahm mit seiner Bankenrettung das vorweg, was die Bundespolitik einige Jahre später – teilweise mit denselben Beratern – durchexerzierte: Gewinne wurden privatisiert und Verluste sozialisiert.

Dieser Beitrag geht zunächst auf die Geschichte der Bankgesellschaft von ihrer Gründungsphase bis zu ihrem Beinahe-Zusammenbruch im Jahr 2001 ein. Dabei legen wir ein spezielles Augenmerk auf Entwicklung und Struktur des Immobiliendienstleistungsgeschäfts, da es sich bei diesem Konzernbereich um denjenigen handelt, der im Zuge der Bankenrettung in die treusorgenden Hände des Landes Berlin gelegt wurde und mit dem sich das Land wahrscheinlich auch in den nächsten Jahren zu arrangieren hat. Danach gehen wir kurz auf den Bankenskandal ein, der sich im ersten Halbjahr 2001 abspielte. Es ist hierbei klar zu unterscheiden zwischen diesen politisch und medial skandalisierten Aspekten und den gesamten Vorgängen rund um die Bankgesellschaft. Kurz gesagt: Das Skandalon Landowsky war nur eines von vielen Rädern in einem großen Getriebe. Dem historischen Ablauf folgend widmen wir uns im Anschluss der Bankenrettung, der Rolle, die externe Akteure dabei spielten, und gehen danach auf den Verkauf des Konzerns samt der öffentlich-rechtlichen Sparkasse ein. Dass der Bankenskandal mitnichten endgültig abgehakt werden kann, zeigt der Umgang des Landes mit der Berliner Immobilien Holding, in der die Immobilienfonds der Bankgesellschaft heute untergebracht sind.

Gründungsphase

Erste Pläne, die landeseigenen Bankenbeteiligungen in einem Konzern zusammenzuführen, gab es schon im West-Berlin der 1980er Jahre. Damals war eine Fusion der Sparkasse der Stadt Berlin West mit der Berliner Bank im Gespräch. Von dieser Neuordnung versprachen sich beide Banken Vorteile: Die Berliner Bank, die Eigenkapitalprobleme auf sich zukommen sah, wäre mit der Sparkasse an frisches Kapital gekommen. Die Sparkasse wiederum sollte das bundesweite Filialnetz der Berliner Bank nutzen, um über diesen Umweg das eigentlich geltende Regionalprinzip zu umgehen. Nach diesem Prinzip darf eine Sparkasse nur im Gebiet ihres Trägers aktiv werden, was eine Konkurrenz unter den einzelnen Sparkassen vermeiden soll. Das Land Berlin hätte nach dieser Fusion seine Anteile am neuen Konzern reduzieren und damit Einnahmen für den Landeshaushalt generieren können. Die Fusionsgedanken wurden schließlich fallengelassen, nach der deutschen Wiedervereinigung aber wieder aufgenommen und mit ähnlichen Grundgedanken in Form der Bankgesellschaft verwirklicht. Die Schaffung der Bankgesellschaft erfolgte dabei im Kontext einer allgemeinen Privatisierungspolitik, die in Berlin einerseits aus ideologischen Gründen verfolgt wurde, andererseits aber auch schlichte fiskalische Gründe hatte (vgl. Erdmeier 1998). In der mehrjährigen Gründungsphase wurden seitens der Landespolitik unterschiedliche Schritte unternommen, die für die Schaffung des neuen Bankkonzerns notwendig waren. Konkret formuliert wurden diese Absichten in einem Senatsbeschluss vom 16. Juni 1992, der sich auf eine Vorlage des damaligen Wirtschaftssenators Norbert Meisner (SPD) gründete (Landespressedienst 1992). Zur Vorbereitung der Gründung waren einige gesetzliche Änderungen notwendig. So wurde schon 1990 unter der Regierung von SPD und AL die Landesbank Berlin (LBB) errichtet, in die die Sparkassen von West- und Ost-Berlin überführt werden sollten. Allerdings legte die damalige Regierung Wert darauf, dass die neu geschaffene LBB »offen für Erweiterungen« sei und darüber nachgedacht werden könnte, ob nicht andere Bankenbeteiligungen des Landes in diese Konstruktion eingebracht werden könnten (Abgeordnetenhaus 1990: 2198). Der Grundstein für die spätere Bankgesellschaft wurde also von der rot-grünen Landesregierung gelegt. Neben Landesbank und Sparkasse wurden die Berliner Bank, die Investitionsbank Berlin, die die Gesamtrechtsnachfolge der Wohnungsbaukreditanstalt übernommen hatte und deren Aufgaben und Zuständigkeiten weiterführte, und die Berliner Hypotheken- und Pfandbriefbank (BerlinHyp) in den neuen Bankkon-

zern eingebracht. Die eigentliche Konstruktion des Konzerns überließ der Senat allerdings anderen: Die fusionierenden Banken bzw. deren Berater beauftragten spezialisierte Kanzleien. Private Wirtschaftsprüfungsgesellschaften agierten als externe Gutachter (Abgeordnetenhaus 2006: 105). Die gefundene rechtliche Konstruktion, bei der eine öffentlich-rechtliche Anstalt in Form der LBB unter die privatrechtliche Leitung einer Holdinggesellschaft in Form der Bankgesellschaft AG gestellt wurde, wurde sodann von manchen als besonders innovativ gefeiert, da es damit gelungen sei, »einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ihre öffentlich-rechtliche Rechtsform und die damit verbundenen Vorteile zu belassen, sie aber zugleich dem ›privaten‹ Kapital, Einfluss und Know-how zu öffnen.« (Wolfers 2001: 106) Angelehnt an die Bankgesellschaft wurden auch die Berliner Wasserbetriebe konstruiert, deren Teilprivatisierung allerdings heute niemand mehr so richtig verteidigen möchte (Krüger/Ugarte Chacón 2006). Am 1. Januar 1994 nahm der Konzern unter dem Namen Bankgesellschaft Berlin AG seine Geschäftstätigkeit auf.

Von der Marktführerschaft zum Zusammenbruch

Ein Geschäftszweig, den die Bankgesellschaft im Lauf der Jahre immer weiter ausbaute, war das Immobiliendienstleistungsgeschäft, welches von ihrer Tochter, der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) getragen wurde. Dass die Bankgesellschaft einen Schwerpunkt auf diese Geschäfte legte, mag auch darin begründet sein, dass im Berlin der Nachwendejahre ein ungerechtfertigt euphorischer Metropolenglaube gehegt wurde. Die damit einhergehenden Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung auf bis zu sechs Millionen Einwohner und deren positive Auswirkungen auf die Errichtung von Wohn- und Geschäftsimmobilien erwiesen sich aber bereits Mitte der 1990er Jahre als illusionär (Siedler 2003: 67). Nichtsdestotrotz weitete die Bankgesellschaft diesen Bereich bis zu ihrer Krise stetig aus. Das vermeintlich erfolgreiche Geschäftsmodell sah vor, möglichst viele Dienstleistungen rund um die Immobilienfonds im Konzern selbst zu erbringen und damit möglichst viele Erträge selbst zu erwirtschaften. So umfassten die Leistungen der IBG u. a. Projektentwicklung, Immobilienbewertung, technische Bauüberwachung, Vermittlung von Immobilien, Immobilienverwaltung und die Initiierung geschlossener Immobilienfonds sowie den Vertrieb von Fondsanteilen (Bankgesellschaft 1998: 35). Mit diesem umfangreichen Angebot etablierte sich die IBG alsbald als eigener weit verzweigter Konzern innerhalb des Konzerns Bankgesellschaft – dass dadurch so

manchem Aufseher schlicht der Ein- und Überblick verwehrt wurde, ist sicherlich ein Grund für die spätere Krise, die dann angeblich keiner so richtig hatte kommen sehen.

Die geschlossenen Immobilienfonds, die von der IBG in immer größerem Ausmaß aufgelegt wurden und mit denen die Bankgesellschaft mehrere Jahre hintereinander zur Marktführerin avancierte, bildeten sich zu einem langsam schwelenden Krisenherd heraus. Dies lag zu weiten Teilen an der Marktunüblichkeit des Fondsangebots bei dem den Zeichnern umfangreiche Garantiepakete mitgegeben wurden. Die beiden herausragenden Garantien sind die Mietgarantie und das Anteilsandienungsrecht. Die Mietgarantien bestanden darin, dass der jeweilige Fonds einen Generalmietvertrag/Mietgarantievertrag mit der IBG abschloss. Dies bedeutet nichts anderes, als dass es der IBG oblag, für die Mietzahlungen an die Fonds gerade zu stehen. Sollte also eine Immobilie die notwendigen Mieteinnahmen nicht erzielen, musste die IBG dafür aufkommen. Und da die IBG sich im Mitbesitz von LBB und Bankgesellschaft befand, stand hinter ihr das Land Berlin. Einen besseren Garanten hätte man gar nicht finden können. Das Anteilsandienungsrecht sah vor, dass den Fondszeichnern das Recht eingeräumt wurde, ihre Anteile nach Ablauf von 25 Jahren zu 100 Prozent der Kaufsumme an die Bankgesellschaft zurück zu verkaufen, nach 30 Jahren sogar zu 115 Prozent. Für die Fondszeichner ergab sich zusätzlich zu den garantierten Einnahmen also so gut wie kein geschäftliches Risiko. Kein Wunder also, dass die Fondsanteile reißenden Absatz fanden. Bis zum Jahr 2000 hatten 82 000 Zeichner in die Fonds der Bankgesellschaft investiert (Bankgesellschaft 2001a: 41).

Die Expansionsstrategie der IBG hatte zur Folge, dass im Laufe der Jahre in ganz Deutschland, aber auch im Ausland, Immobilien in großer Zahl zusammengekauft wurden. Da beim Ankauf hauptsächlich auf die Masse gesetzt wurde, kam die genaue und vor allem fachlich kompetente Prüfung der einzelnen Immobilien teilweise zu kurz. Mitunter wurde sie frisch eingestellten Kräften überlassen, die gerade von der Hochschule in den Beruf gewechselt waren und nicht über die notwendige Erfahrung verfügten. Dass dieser massenhafte Ankauf von Immobilien eines der grundlegenden Probleme der IBG war, betonten einige Verantwortliche später vor dem Untersuchungsausschuss des Abgeordnetenhauses (vgl. Abgeordnetenhaus 2006: 297ff). Eine beträchtliche Anzahl von Objekten wanderte gar nicht direkt in die Fonds, sondern wurde als sog. Vorratsvermögen »geparkt«. Dieser Pool sollte die rasche Zusammenstellung neuer Fonds möglich machen. Nach der Krise der Bankgesellschaft musste die-

ser intern als »Schattenkonzern« bezeichnete Teil der IBG unter Zuhilfenahme externer Berater erst einmal katalogisiert werden, um ihn dann abbauen zu können. Dies wiederum ist ein Indiz dafür, dass IBG und Bankgesellschaft selbst irgendwann gar nicht mehr genau wussten, was sich im Konzern abspielte.

Zusätzlich zu den massenhaft zusammengekauften Immobilien fungierte die IBG als eine Art Entsorgungsstelle für Objekte, mit denen sich Kreditnehmer der Teilbanken der Bankgesellschaft übernommen hatten. Bei solchen »Objektverlagerungen« erwarb die IBG Objekte aus notleidenden Kreditengagements, löste so die Kredite ab und brachte die Immobilien in einem ihrer Fonds unter. Für die Teilbanken der Bankgesellschaft hatte dies den Vorteil, dass faule Kredite aus ihren Büchern verschwanden. Die Immobilienrisiken hingegen übernahm die IBG. Mathew D. Rose, der die Vorgänge um die Bankgesellschaft an herausragender Stelle öffentlich gemacht hat, weist darauf hin, dass von diesen Entsorgungsmaßnahmen auch »viele große Namen der Berliner Bauträgerszene« profitiert hätten, da ihnen mit der Ablösung ihrer Kredite aus finanziellen Schwierigkeiten geholfen worden sei (Rose 2003: 86).

Nachdem die Immobilienfonds der IBG zunächst noch relativ überschaubar waren – der LBB Fonds 4 aus dem Jahr 1995 beinhaltete bspw. sieben Objekte – wurden sie mit der Zeit immer größer. So enthielten z. B. der LBB Fonds 13 (1998) 83 Objekte und der IBV Fonds Deutschland 3 (2000) 59 Objekte. Zusammengestellt wurden die Fonds als bunte Mischung aus Wohnimmobilien, Bürohäusern, Einzelhandelsimmobilien, Hotels, Autohöfen, Großkinos, Baumärkten und Seniorenheimen. Die Qualität dieser Immobilien ließ in einem gewissen Maße zu wünschen übrig, was wohl auch der Expansionsstrategie der IBG geschuldet war. So finden sich in den Fonds bspw. Tausende Wohnungen aus alten Beständen der Neuen Heimat/BauBeCon, deren schlechte Lage und Qualität alsbald zu Problemen mit den Mieteinnahmen führte. Oder zahlreiche Senioreneinrichtungen der DSK/Pro-Seniore-Gruppe, bei denen es ebenfalls zu erheblichen Mietrückständen kam. Auch Bestände der Firma AUBIS finden sich in den Fonds wieder. Die AUBIS hatte eigentlich vor, nach dem für die Privatisierung ehemaliger DDR-Wohnungsbestände erdachten Zwischenerwerbermodell Plattenbauten billig einzukaufen, zu sanieren und mit Gewinn wieder zu veräußern. Das Geschäft war schlecht kalkuliert und die AUBIS geriet in finanzielle Schwierigkeiten (vgl. Jahn/Opalka 2004). Die BerlinHyp, die die AUBIS finanziert hatte, kam ihr dergestalt zu Hilfe, dass sie die Immobilien aufkaufte, dies mit

den Darlehensverpflichtungen der AUBIS verrechnete und die Bestände an die IBG weiterreichte, die sie schließlich in ihren Fonds unterbrachte. Später wurde gemutmaßt, dass die im Berliner Bankenskandal behandelte Parteispende der AUBIS-Geschäftsführer an den Vorstandsvorsitzenden der BerlinHyp, Klaus-Rüdiger Landowsky, das Geschäft zwischen Bank und AUBIS etwas reibungsloser gestaltete. Auch mit diesen Immobilien ergab sich für die IBG das Problem, dass die notwendigen Mieteinnahmen nicht erzielt werden konnten. Die mangelhafte Qualität vieler Fondsimmobilen rächte sich alsbald, da ja die IBG den Zeichnern ihre Mieteinnahmen garantiert hatte.

Im Verlauf des Jahres 2000 geriet die IBG – parallel zu den Teilbanken der Bankgesellschaft – zunehmend in eine problematische Lage. Diese Entwicklung gipfelte im Beinahe-Zusammenbruch des gesamten Konzerns, deutete sich aber einige Zeit vorher schon an, auch wenn die Verantwortlichen öffentlich nicht damit hausieren gingen, sondern z. B. bei der Jahrespressekonferenz der IBG im April 2000 deren Entwicklung in den höchsten Tönen lobten. Und dies, obwohl ihnen die Ergebnisse umfangreicher Sonderprüfungen, die das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen schon 1999 veranlasst hatte, bekannt gewesen sein mussten. So kritisierte bspw. die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Fasselt-Mette & Partner in ihrem Bericht vom März 2000 die Praxis der IBG, Garantieggebühren, die mit der Auflage der Fonds verbunden waren, sofort ganz zu vereinnahmen anstatt sie über die Laufzeit der Fondsgarantien in jährlichen Tranchen zu verbuchen (Vgl. Abgeordnetenhaus 2006: 449ff). Mit dieser von den Wirtschaftsprüfern kritisierten Methode wies die IBG über Jahre Erträge aus, die Manager und Politiker immer wieder zum Anlass nahmen, von einer »Erfolgsstory« der Bank zu sprechen. Zudem bemängelten die Prüfer, dass die Rückstellungen der IBG für die den Zeichnern gegebenen Mietgarantien nicht ausreichen würden und für die Anteilsandienungsrechte entsprechende Rückstellungen gebildet werden müssten (Abgeordnetenhaus 2006: 182). Ähnliches war bereits in einem Gutachten von 1997 zu lesen, das aber in der Schublade verschwand. Der Wirtschaftsprüfer Achim Walther schrieb damals: »Die IBG ist durch Mietgarantien über 25 Jahre und die angebotenen Andienungsrechte so hohe betriebswirtschaftliche Risiken eingegangen, die sie aus heutiger Sicht vielleicht nicht aus eigener Kraft bewältigen kann« (Zit. nach Lüttel 2009: S. 151).

Die Krise der Bankgesellschaft bahnte sich also über einen längeren Zeitraum an. Die Verantwortlichen reagierten darauf mit einer groß angelegten Vertuschungsaktion, die als »Neustrukturierung« verkauft werden

sollte und schließlich in der blamablen Rückabwicklung des »Cayman Deals« endete. Das im Vorstand der Bankgesellschaft erdachte Szenario sah folgendes vor: Die IBG sollte aufgespalten werden in eine IBG (alt) und eine neue Aktiengesellschaft namens IBAG. Die Risiken der IBG sollten bei der IBG (alt) verbleiben, die von den Risiken befreiten Unternehmensanteile sollten in die IBAG einfließen. An dieser wiederum sollten sich Investoren beteiligen und mit dem dann erzielten Kaufpreis die Risiken der bei der Bankgesellschaft verbleibenden IBG (alt) abgedeckt werden. Dafür bediente man sich der Zweckgesellschaft Greico, angesiedelt auf den Cayman Islands, die die IBAG kaufen und weiterveräußern sollte. Im Februar 2001 hatte sich tatsächlich ein Käufer gefunden. Dieses auch von der Wirtschaftspressen wohlwollend begleitete Geschäft war allerdings kein wirkliches: Bei dem Käufer handelte es sich ebenfalls um eine Zweckgesellschaft auf den Cayman Islands, die den Kauf mit einem Kredit der Luxemburger Tochter der Bankgesellschaft finanzierte. Nach heftiger Kritik im Aufsichtsrat der Bankgesellschaft wurde es den Verantwortlichen zu heiß und der Deal wurde rückgängig gemacht. Die IBAG und IBG (alt) sollten also im Konzern verbleiben. Die Veröffentlichung einer Vorstandsvorlage der Bankgesellschaft durch die Journalisten Mathew D. Rose und Wolfgang Reuter, aus der das ganze Manöver ersichtlich wurde, war einer der Auslöser des Berliner Bankenskandals (Rose/Reuter 2001).

Dieser Skandal hatte allerdings zum Resultat, dass es eine weit verbreitete Sichtweise zu den Vorgängen um die Bankgesellschaft gibt, die einige strukturelle Gegebenheiten, die nach dem Skandal nicht angetastet wurden, entweder nur marginal oder gar nicht einschließt. Dies hat mit dem Wesen politischer Skandale zu tun, für die die grundlegende Regel gilt, dass die Skandalisierung eines Missstands nicht heißen muss, dass es sich dabei um einen wirklich relevanten Schauplatz handelt, und der Missstand selbst sowie seine Ursachen mit dem Abflauen des Skandals keinesfalls beseitigt sein müssen. Denn die Krise der Bankgesellschaft war der Kulminationspunkt einer Entwicklung, die sich jahrelang abzeichnete und die mit einem strukturellen Kontrollversagen auf mehreren Ebenen einherging – sowohl auf der Berliner Landesebene als auch innerhalb des Bankkonzerns.

Kontrollversagen auf mehreren Ebenen

So war die jeweilige Senatsverwaltung für Wirtschaft für die Staatsaufsicht der LBB zuständig. Bei der Staatsaufsicht handelt es sich um eine bloße Rechtsaufsicht, die eben nur bei Rechtsverstößen zum Eingreifen

in der Lage ist und sich nicht in die Geschäftspolitik einzumischen hat (vgl. Fett 2000: 91). Im Fall der LBB kam hinzu, dass die Staatsaufsicht zwar registrierte, dass diese an der IBG beteiligt war, sich aber mit deren Entwicklung nicht eingehender beschäftigte. Die Senatsverwaltung für Finanzen war als Beteiligungsverwaltung mit der Aufsicht der Landesbeteiligungen an Bankgesellschaft und ihren Teilbanken betraut. Allerdings verfügte sie laut dem Bericht des Untersuchungsausschusses »nicht über genügend qualifiziertes Personal«, das sie zur Bewältigung ihrer Aufgaben benötigt hätte (Abgeordnetenhaus 2006: 478). Zur Arbeit von Staatsaufsicht und Beteiligungsverwaltung kommt der Untersuchungsausschuss zu dem Schluss, dass diese »trotz hinreichender Kenntnis der maßgeblichen Daten der Geschäftsentwicklung des Konzerns, seiner Teilbanken und weiterer Konzernunternehmen und trotz der Kenntnis der schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung im Kernmarkt der Bankgesellschaft das für die Komplexität und Tragweite der Risikoentwicklung erforderliche Problembewusstsein zum großen Teil nicht entwickelten bzw. keine Konsequenzen daraus zogen.« (Abgeordnetenhaus 2006: 511) Innerhalb der Bankgesellschaft war es hauptsächlich an den Aufsichtsräten, über die Bankgesellschaft und ihre Teilbanken zu wachen. Mitglieder dieser Aufsichtsräte waren immer auch die Senatoren für Wirtschaft und Finanzen. Aus den dem Untersuchungsausschuss vorliegenden Protokollen von Aufsichtsratssitzungen der Bankgesellschaft und der LBB ging hervor, dass in beiden Gremien über Jahre hinweg über die Geschäfte der IBG und die sich daraus ergebenden Risiken gesprochen wurde (Abgeordnetenhaus 2006: 483ff). Konsequenzen wurden aus den vermeintlich gewonnenen Erkenntnissen nicht gezogen – wohl auch, weil sich beide Gremien auf die beschwichtigenden Aussagen von verantwortlichen Vorständen verließen (Abgeordnetenhaus 2006: 511). Eine herausragende Rolle bei der Kontrolle der Bankgesellschaft und ihrer Geschäfte kam den beauftragten Wirtschaftsprüfern zu. Auf deren Prüfungsergebnisse und Bestätigungsvermerke beriefen sich Vorstände und Aufsichtsräte vor dem Untersuchungsausschuss immer wieder. Darauf, dass manche Wirtschaftsprüfer bei der Kontrolle versagt haben, deutet zumindest ein außergerichtlicher Vergleich hin, den die Bankgesellschaft mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO Mitte 2004 abschloss (Handelsblatt 2004). Die genaue Rolle der Wirtschaftsprüfer beim Niedergang der Bankgesellschaft konnte bisher jedoch nicht aufgeklärt werden, da diese – wieder ein strukturelles Problem – für Aussagen z. B. vor Untersuchungsausschüssen eine Erklärung zur Entbindung von der Schweigepflicht von den geprüften und

beratenen Mandanten benötigen. Liegt solch eine Erklärung wie im Fall der Bankgesellschaft nicht vor, erschwert dies die Aufklärung ungemein. Dieses Kontrollversagen bei Land und Bankgesellschaft fand jahrelang unter den Augen der staatlichen Bankenaufsicht statt. Zwar hatte diese schon Mitte der 1990er Jahre Sonderprüfungen in Auftrag gegeben und soll als deren Resultat auf diverse Missstände bei der Bankgesellschaft hingewiesen haben. Über diese Hinweise hinaus ergriff die Bankenaufsicht scheinbar keine Maßnahmen (vgl. Abgeordnetenhaus 2006: 514). Ähnlich wie während der Banken- und Finanzmarktkrise ab 2007 trat die Bankenaufsicht erst vehement auf den Plan, als das Kind schon in den Brunnen gefallen war, und nahm massiv Einfluss auf die Rettungsmaßnahmen des Landes. Wie genau die staatliche Bankenaufsicht bei der Bankgesellschaft versagt hat, konnte auch der Untersuchungsausschuss nicht rekonstruieren, da das Bundesfinanzministerium dem Präsidenten der Bankenaufsicht Jochen Sanio keine Aussagegenehmigung erteilt hatte (Abgeordnetenhaus 2006: 509). Der Beinahe-Zusammenbruch der Bankgesellschaft war demnach nicht ein durch etwas zu gierige Manager und etwas zu inkompetente Politiker herbeigeführtes Ereignis, sondern das Resultat eines breitgefächerten und teilweise strukturell angelegten Kontrollversagens: Der Zusammenbruch – oder zumindest eine schwere Krise – war im gewählten Geschäftsmodell der Bankgesellschaft schon angelegt und wurde durch eine Konstruktion begünstigt, die eine wirkliche Kontrolle nicht zuließ. Darüber hinaus legten die verantwortlichen Kontrolleure keinen besonderen Ehrgeiz an den Tag, ihrer Aufgabe nachzukommen.

Der Berliner Bankenskandal

Zu Beginn des Jahres 2001 wurden verschiedene Vorgänge um die Bankgesellschaft und ihre Teilbanken für die breite Öffentlichkeit sichtbar, und es kam zu dem, was schließlich Berliner Bankenskandal genannt wurde. Dabei waren die Abläufe schon fast lehrbuchhaft: Ein latent vorhandenes und von wenigen bearbeitetes Thema findet seinen Weg in die breitere Berichterstattung, wird von vielen Journalisten aufgegriffen und mit weiteren Details angereichert, gelangt zu einem Höhepunkt und verschwindet dann langsam wieder aus der öffentlichen Wahrnehmung. Für einen politischen Skandal ist zumeist auch noch eine »Ritualschlachting« z. B. in Form eines Rücktritts nötig, die den empörten Zuschauern das Gefühl gibt, die Verantwortlichen für einen skandalisierten Zustand würden nun zur Rechenschaft gezogen (vgl. Gross 1965: 165 u. Luhmann

1979: 41). Der Bankenskandal ist insofern untypisch, als es mehrere »Ritualschlachtungen« gab: Die Rücktritte von Landowsky als Bankvorstand und als CDU-Fraktionsvorsitzender sowie den Bruch der Großen Koalition. Grundsätzlich verhält es sich mit politischen Skandalen – und da bildet der Bankenskandal keine Ausnahme – so, dass die wirklichen Ursachen für den skandalisierten Zustand nicht beseitigt werden müssen, es also nur darauf ankommt, so zu tun, als ob ein Skandal diesbezüglich handfeste Folgen hätte.

Der zeitliche Rahmen des Bankenskandals kann recht genau auf das erste Halbjahr 2001 festgelegt werden: Von der Aufdeckung mehrerer Untiefen bei der Bankgesellschaft zu Beginn des Jahres, der öffentlich gewordenen Parteispende der AUBIS-Geschäftsführer an Landowsky, der von der SPD zwar jahrelang mitverursachten aber ur-plötzlich skandalisierten Haushaltskrise, bis zur Aufkündigung der Großen Koalition durch die SPD Anfang Juni 2001 und der danach proklamierten Politik eines »Mentalitätswechsels« durch den neuen Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit. Was damals Eingang in die Berichterstattung fand, prägt das Bild, das viele von den Vorgängen um die Bankgesellschaft haben, bis heute. Da ging es u. a. um Managervillen, »Promifonds« mit besten Konditionen für eine wohlhabende aber überschaubare Klientel, um das Scheitern des »Cayman-Deals«, um die oben beschriebenen Garantiefonds und schließlich in herausragender Weise um die Rolle des Politbankers Landowsky, die von ihm angenommenen Parteispenden und die Spendenverbuchungspraxis der Berliner CDU. Bewusst angeheizt wurde die Skandalisierung von Landowsky durch die SPD, die zum einen ihre Chance zur gestärkten Regierungsübernahme witterte und zum anderen ihre eigene Verantwortung für den Fall der Bankgesellschaft zu kaschieren versuchte – was ihr bis heute mit wohlgefälliger Unterstützung der Linkspartei gelungen ist. Wer den Bankenskandal auf die Figur Landowsky reduziert, bläst gewollt oder ungewollt ins Horn der Mitverursacherin SPD. Die Grundstrategie der Bankgesellschaft, den Fondszeichnern ihre Rendite zu garantieren und das Land im Zweifelsfall dafür in Haftung zu nehmen, wurde jedoch nach dem Bankenskandal keinesfalls aufgegeben, sondern unter der rot-roten Koalition, wenn auch in einer anderen Konstruktion, fortgesetzt.

Rettung um jeden Preis

Parallel zu den im Bankenskandal behandelten Abläufen begannen das Land Berlin und die Bankgesellschaft im ersten Halbjahr 2001 nach Mög-

lichkeiten zu suchen, wie mit der drohenden Pleite umzugehen sei. Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen (BAKred) seinerseits reagierte auf die Krise der Bank mit mehreren Sonderprüfungen von Kreditengagements der Bankgesellschaft und ihrer Teilbanken. Diese Prüfungen ergaben einen erheblich gesteigerten Risikovorsorgebedarf, der u. a. aus dem Immobilienfondsgeschäft resultierte. Die Bankgesellschaft hätte wohl vom BAKred geschlossen werden müssen. Doch diese Maßnahme der Bankenaufsicht wurde mit dem ersten Schritt zur Bankenrettung durch das Land Berlin abgewendet. Im Mai 2001 gab der Senat unter dem Druck der Bankenaufsicht eine Garantieerklärung ab, den Konzern weiter am Leben zu halten. Die erste konkrete Rettungsmaßnahme nach dieser Erklärung war die Beteiligung des Landes an einer Kapitalerhöhung im Sommer 2001. Die Anteilseigner der Bankgesellschaft erhöhten deren Kapital um insgesamt zwei Milliarden Euro, das Land übernahm dabei 1,75 Milliarden Euro und steigerte mit dieser Maßnahme seine Anteile am Konzern von rund 56 Prozent auf rund 81 Prozent. Nach diesem ersten Schritt zur Bankenrettung veranlasste das BAKred im August 2001 eine weitere Sonderprüfung, die die Risiken des Immobilienfondsgeschäfts der IBG beurteilen sollte. Wir erinnern uns: Bereits 1997 war das BAKred über sich möglicherweise anbahnende gefährliche Risiken aus diesem Geschäftsbereich informiert. Im Herbst 2001 wurden diese Risiken schließlich neu bewertet und das BAKred gab zu verstehen, dass es vom Land Berlin erwarte, mit diesen Risiken in irgendeiner Weise umzugehen. Vor diesem Hintergrund schloss der Senat am 20. Dezember 2001 eine Grundsatzvereinbarung mit der Bankgesellschaft, die deren Abschirmung vor den Risiken aus dem Immobilienfondsgeschäft durch das Land vorsah. Im Verlauf des Jahres 2001 hatte das Land in Zusammenarbeit mit der Bankgesellschaft schon ein Restrukturierungskonzept erarbeitet, dessen wesentlicher Bestandteil diese Befreiung der Bank von den von ihr eingegangenen Risiken war (Bankgesellschaft 2001b: 3). Im April 2002 wurde diese Entlastung der Bankgesellschaft mit öffentlichen Mitteln unter dem nun rot-roten Senat in Gesetzesform gegossen. Das sog. Risikoabschirmungsgesetz sieht eine Ermächtigung des Senats vor, eine Landesgarantie in einer Höhe von bis zu 21,6 Milliarden Euro zur Abschirmung der Immobilienfondsrisiken zu übernehmen. Zuvor hatte der Präsident des BAKred Jochen Sanio über die Medien ausrichten lassen, wenn das Abgeordnetenhaus dieser Maßnahme nicht zustimmen würde, seine Behörde die Bank »binnen Stunden« schließen könnte (Spiegel 2002: 18). Diese Drohung untermauerte er gegenüber den gutgläubi-

gen Abgeordneten mit dem albernen Schreckensszenario, dass wenn die Bank nicht gerettet würde, die Berliner Wirtschaft zusammenbrechen würde und die Bundeswehr in die Stadt einmarschieren und Suppenküchen aufbauen müsste (Brand eins 2003: 60). Wie genau diese Risikoabschirmung für die Bankgesellschaft aussieht, blieb der Öffentlichkeit bislang allerdings verborgen. Ähnlich wie zuvor die Große Koalition bei der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe schloss Rot-Rot einen geheimen Vertrag – die sog. Detailvereinbarung – mit der Bankgesellschaft ab, die, wie der Name schon sagt, die Details der Risikoübernahme durch das Land regeln sollte. Später wurde dieser Vertrag durch einen weiteren, die sog. Zuständigkeits- und Verfahrensordnung zur Detailvereinbarung, ergänzt.

Betrachtet man das Resultat der Bankenrettung, so lässt sich zweierlei feststellen: Zum einen, dass die rot-rote Koalition die Politik der Großen Koalition bzgl. der Bankgesellschaft nahtlos und bereitwillig fortgesetzt hat. Sinn der Konstruktion der Immobilienfonds der Bankgesellschaft war es ja gerade, das Land im Fall des Falles haften zu lassen, womit den Zeichnern geschäftliche Risiken möglichst erspart bleiben sollten. Anstatt Alternativen zur Risikoabschirmung wenigstens ernsthaft zu prüfen, setzte Rot-Rot diese Grundabsicht der Bankgesellschaft auf Kosten der öffentlichen Hand um. Zum anderen zeigen die Abläufe der Rettung auch die vorhandene Unfähigkeit der Berliner Politik, mit dem Problem Bankgesellschaft in selbständiger Weise umzugehen. Oder anders: Senat und Abgeordnetenhaus ließen sich ohne größeren Widerspruch von einer Bankenaufsicht, die die sich jahrelang anbahnende Krise nicht mitbekommen haben will, und einer Bankgesellschaft, die kein Interesse an ihrem eigenen Zusammenbruch hatte, am Nasenring zur Bankenrettung führen. Dafür spricht insbesondere, dass man sich auf ein »Insolvenzscenario« verließ, das von der Bankgesellschaft selbst erarbeitet wurde und voraussagte, dass eine Insolvenz der Bank für das Land finanziell schlimmer käme, als eine Rettung. Eine unabhängige Prüfung dieses Szenarios fand nicht statt (TAZ 2002). Die im Risikoabschirmungsgesetz genannte Höchstsumme von 21,6 Milliarden Euro geht ebenfalls auf eine Berechnung der Bankgesellschaft zurück. Erstellt wurde sie ausgerechnet vom Vorstandsmitglied Norbert Pawlowski, der seit 1998 für das Risikocontrolling der Bankgesellschaft zuständig gewesen war, also genau diese Entwicklung verhindern sollte, die schließlich mit der Bankenkrise eintrat (Abgeordnetenhaus 2002: 12).

Verkauf des Konzerns

Schon während des Bankenskandals wurden seitens der Verantwortlichen Stimmen laut, die sich für eine rasche Veräußerung der Bankgesellschaft aussprachen. So gab der damalige Finanzsenator Peter Kurth (CDU) im Frühjahr 2001 an, bis zu 30 Prozent der Landesanteile am Konzern veräußern zu wollen, um damit den Landeshaushalt zu entlasten (Handelsblatt 2001). Später rückte auch ein Komplettverkauf in den Bereich des Möglichen (Wirtschaftswoche 2001). Tatsächlich erfolgte der Komplettverkauf erst im Sommer 2007. Vorgegangen war die »Umstrukturierung« des Konzerns mitsamt der Übernahme der Immobilienfondsrisiken durch das Land, ein Vertragsverletzungsverfahren, das die EU-Kommission eingeleitet hatte und an dessen Ende die Auflage für das Land stand, sich von seinen Anteilen an der Bank zu trennen, sowie die Etablierung eines neuen Sparkassengesetzes, das den Mitverkauf der Berliner Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts erst möglich machte.

Die erste Ausschreibung, die das Verkaufsverfahren einleitete, erfolgte im April 2002. Damit folgte das Land der im Risikoabschirmungsgesetz festgehaltenen Absicht, seine Anteile »schnellstmöglich« zu veräußern. Schon in diesem ersten Verkaufsverfahren zeigte sich deutlich, auf was es dem rot-roten Senat in erster Linie ankam: Es sollte ein möglichst hoher Verkaufserlös erzielt werden – wer die Bankgesellschaft (mitsamt der Sparkasse) übernehmen sollte, war für die Verantwortlichen zweitrangig. Interessant war dabei die Haltung von Vertretern der damaligen PDS, die sich entgegen des selbst verpassten Images äußerst privatisierungsfreundlich gaben. So begrüßte bspw. der Fraktionsvorsitzende Stefan Liebich den »Wettbewerb um den Verkauf des landeseigenen Instituts«, der mit der Teilnahme von Finanzinvestoren am Bieterverfahren gegeben sei (Liebich 2003). Zuvor hatte schon Harald Wolf festgestellt, dass sich »die unternehmerische Führung des Landes [...] wahrlich nicht bewährt« habe und eine neue Eigentümerstruktur »zudem ein Signal im Markt für einen tatsächlichen Neubeginn setzen« würde (zit. nach Handelsblatt 2002). Das erste Verkaufsverfahren scheiterte jedoch im März 2003 daran, dass sich kein Investor fand, der bereit war, einen nennenswerten Preis zu bezahlen. Von 10 Millionen Euro Kaufpreis verbunden mit der Übernahme der Risiken durch das Land war die Rede (SenFin 2003).

Die Bankenrettungspolitik des Landes fand von vorneherein unter den wachsamen Augen der EU-Kommission statt. Bei den Rettungsmaßnahmen (Kapitalzuführung und Garantieerklärung/Risikoabschirmung) handelte es sich nach Auffassung der Kommission um solche, die

den Wettbewerb verfälschten bzw. drohten, ihn zu verfälschen. Dies geht aus der Entscheidung der Kommission vom 18. Februar 2004 hervor (EU-Kommission 2004). Die Kommission genehmigte darin zwar die öffentlichen Beihilfen, im Gegenzug stellte sie jedoch einen Katalog an Auflagen zusammen, die von Land und Bankgesellschaft zu erfüllen waren. Hierzu gehörte u. a. die Veräußerung der Anteile des Landes, die Herauslösung der Berliner Bank aus dem Konzern und die Sicherstellung, dass die Bankgesellschaft alle Beteiligungen ihres Immobiliendienstleistungsgeschäfts, welche von der Risikoabschirmung erfasst waren, entweder veräußert oder liquidiert.

Das zweite Verkaufsverfahren begann im Januar 2007. Zuvor hatte die Hauptversammlung der Bankgesellschaft den Konzern in Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) umgetauft, um damit dem schlechten Ruf, der mit dem Namen Bankgesellschaft verbunden war, zu begegnen (Handelsblatt 14. 7. 2006). Neben verschiedenen Finanzinvestoren und Privatbanken beteiligten sich auch mehrere Landesbanken und der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) am Bieterverfahren. Der DSGV setzte sich schließlich durch bzw. war bereit, den hohen Kaufpreis von 4,6 Milliarden Euro zu bezahlen (SenFin 2007). Die Vermutung liegt nahe, dass es sich hierbei um einen politischen Preis handelte, denn der DSGV war einer der schärfsten Kritiker der Haltung des Landes, die öffentlich-rechtliche Sparkasse mitsamt dem Konzern auch an eine Privatbank oder einen Finanzinvestor zu verkaufen (Vgl. Handelsblatt 2007). Was von der rot-roten Koalition seitdem als Verkaufserfolg gepriesen wurde, war demnach nichts anderes als eine Drohung an das öffentlich-rechtliche Bankenlager, die Sparkasse im Zweifelsfall auch zu privatisieren, falls selbiges nicht genug Geld in die Hand nähme. Das Abgeordnetenhaus beschloss den Verkauf an den DSGV schließlich am 12. Juli 2007. Das zugehörige Vertragswerk ist – ähnlich wie die Detailvereinbarung und andere Verträge in diesem Zusammenhang – bis heute unter Verschluss. Auch in solchen Transparenzfragen legte die rot-rote Koalition eine bemerkenswerte Kontinuität an den Tag.

Der Mitverkauf der Berliner Sparkasse wurde im Vorfeld des Verkaufsverfahrens heftig diskutiert und tangierte auch den damals anlaufenden Vereinigungsprozess von Linkspartei, PDS und WASG zur Partei Die Linke. Der Berliner Landesverband der Linkspartei sah sich dem berechtigten Vorwurf ausgesetzt, die mögliche Privatisierung der Berliner Sparkasse bereitwillig in Kauf zu nehmen. Führende Vertreter der Partei rechtfertigten ihre Haltung in teils epischer Breite (vgl. Lederer 2006).

Aufgrund verschiedener Äußerungen können wir annehmen, dass der Verkauf der Sparkasse in erster Linie aus fiskalischen Gesichtspunkten erfolgen sollte. Und auch die Linkspartei gab sich hier einem technokratischen und nur an Kostenstellen orientierten Politikverständnis hin. Die Sparkasse bildete immerhin einen der werthaltigsten Teile im Konzern, wie z. B. auch der damalige Haushaltsexperte der PDS Carl Wechselberg deutlich machte: »Die Sparkasse soll verkauft werden, weil sie noch Wert hat. Ansonsten werden wir die anderen Teile der Bankgesellschaft nicht los« (zit. nach junge Welt 2002).

Grundlage für den Sparkassenverkauf bildete ein äußerst investorenfreundlich gehaltenes Sparkassengesetz, das am 28. Juni 2005 in Kraft trat. Mit dem Gesetz wurde die Landesbank, bisher eine Anstalt öffentlichen Rechts, in eine Aktiengesellschaft, die LBB AG, umgewandelt. Die Bankgesellschaft als Holding übernahm dabei das gesamte Grundkapital der LBB AG. Die Berliner Sparkasse, bis dahin eine Abteilung der Landesbank, wurde in eine teilrechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts ohne eigenes Vermögen umgewandelt. Ihr Vermögen ist ihrem Träger zugeordnet und mit der Trägerschaft wurde die LBB AG beliehen. Die Einzelheiten der Beleihung sollten sodann in einem Vertrag zwischen dem Land Berlin und dem Träger geregelt werden. Bei einem Verkauf der Holding mitsamt LBB AG würde die Trägerschaft der Sparkasse mitverkauft. Mit dieser Konstruktion wollte der Senat sicherstellen, dass auch ein privater Investor die Berliner Sparkasse als öffentlich-rechtliche Bank mit dem gesetzlich geschützten Namen »Sparkasse« weiterführen kann. Ein einfacher Verkauf ohne den Titel »Sparkasse« wäre zwar möglich gewesen, doch die Grundintention von Rot-Rot war es, einen möglichst hohen Kaufpreis für den gesamten Konzern zu erzielen. Und dieses Ziel war mit dem Feilbieten einer öffentlich-rechtlichen Sparkasse auf jeden Fall besser zu erreichen, da der Name »Sparkasse« für Solidität und Stabilität steht. Gleichzeitig machte sich die rot-rote Regierung damit zum Handlanger des privaten Bankenlagers, dem die aus seiner Sicht privilegierte Konkurrenz der öffentlichen Sparkassen und Landesbanken schon lange ein Dorn im Auge war. Dass sich Rot-Rot bei der Schaffung des neuen Sparkassengesetzes einer Kanzlei bediente, die nach Medienberichten auch diverse Privatbanken und den Bundesverband deutscher Banken – also die Privatbankenlobby – zu ihren Klienten zählte (vgl. Report Mainz: 2006), ist in diesem Zusammenhang wenig erstaunlich.

In den vor der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2011 verbreiteten politischen Bilanzen hob insbesondere die Partei Die Linke immer wie-

der hervor, dass ohne ihr Wirken die Berliner Sparkasse privatisiert worden wäre (vgl. bspw. Lederer 2011). Woraus sich diese Gewissheit speist, ist allerdings mehr als unklar. Wenn dem so wäre, hätte die Linkspartei auf das Verkaufsverfahren maßgeblich Einfluss nehmen müssen. Dies wäre allerdings den EU-Auflagen zum Verfahren grob zuwider gelaufen. Weiterhin spielt es aufgrund des von der Linkspartei mitgetragenen Sparkassengesetzes keine Rolle, ob nun ein privater oder ein öffentlicher Investor wie der DSGVO die Berliner Sparkasse unterhält. Denn im Sparkassengesetz wurde, wohl um keinen potentiellen Investor abzuschrecken, auf die Aufnahme sozialpolitischer Klauseln bewusst verzichtet. So hätten durchaus Bestimmungen zur Gewinnverwendung oder zur Schaffung eines »Girokontos für Alle« (auch für Arme) getroffen werden können. Vertreter, insbesondere der Linkspartei, wehrten sich aber mit einer erstaunlichen Vehemenz gegen die Kritik, das Sparkassengesetz sei nicht besonders sozial gehalten. Soziale Bestimmungen wären, so der damalige Tenor, nicht möglich gewesen, da dies gegen die Auflagen der EU-Kommission zu einem »diskriminierungsfreien« Verkauf verstoßen hätte. »Diskriminierungsfreiheit« meint, dass bei einem solchen Verkaufsverfahren kein Investor gegenüber anderen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Soziale Bestimmungen hätten allerdings alle Investoren gleich benachteiligt, ja sogar private Investoren von einem Kaufangebot abschrecken können. Dies wiederum hätte dann aber der Zielsetzung, einen möglichst hohen Verkaufspreis herauszuschlagen, entgegengestanden. Interessanterweise verfuhr die Berliner Linke, dann als Oppositionspartei, bzgl. der S-Bahn genauso, wie sie es bei der Sparkasse konsequent vermied: Sie unterstützte das Volksbegehren der Initiative S-Bahn-Tisch, mit dem gesetzliche Regelungen etabliert werden sollten, die einen (Teil-)Verkauf der S-Bahn für private Investoren möglichst unattraktiv machen. In der Opposition wenden sich die Häse wohl noch leichter.

Die Berliner Immobilien Holding

Der zweifelhafte Erfolg des Sparkassen-Verkaufs wurde in den selbst ausgestellten Erfolgsbilanzen der rot-roten Regierung flankiert von der angeblich erfolgreichen Sanierung der Bankgesellschaft, die einen Verkauf erst möglich machte. Diese »Sanierung« baute im Grundsatz auf der Risikoabschirmung auf. Die Bankgesellschaft bündelte alle von dieser Abschirmung betroffenen Konzernteile in einer eigenen Gesellschaft, welche dann vom Land Berlin übernommen wurde. Dieses Konglomerat an Immobilienfirmen und Fondsgesellschaften heißt Berliner Immobi-

lien Holding GmbH (BIH), seit 2012 »berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH«, und befindet sich seit 2006 im vollständigen Besitz des Landes. Dies heißt nichts anderes, als dass die Bank sich eben nicht mehr mit den problematischen Immobilien herumschlagen muss, sondern dies nun in den Aufgabenbereich des Landes fällt. Eine solche »Sanierung« ist wahrlich keine große Kunst.

Laut Selbstdarstellung der BIH/berlinovo umfasste ihr Portfolio im September 2011 29 geschlossene Immobilienfonds mit 594 Objekten verteilt im ganzen Bundesgebiet – sowie auch im Ausland. Darunter befanden sich rund 32.000 Wohnungen, 7.000 Appartements und rund 3.000 Gewerbe- und Spezialimmobilien vom Autohof über Kinos und Hotels bis zum Seniorenheim (BIH 2011). Seit 2008 ist das Land nun bemüht, einen Käufer für die BIH/berlinovo zu finden, der auch die Immobilienrisiken mit übernimmt. Damit wäre die Risikoabschirmung für das Land erledigt. Der damalige Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) kündigte im September 2008 sogar an, dass er einen Verkauf noch in der ersten Jahreshälfte 2009 anstrebe (SenFin 2008). Sarrazins Nachfolger, der parteilose Ulrich Nußbaum, beendete das Verfahren im Juni 2009, da sich kein Investor bereitgefunden habe, die Forderungen des Landes bzgl. der Immobilienrisiken zu erfüllen (SenFin 2009). Im Sommer 2010 wurde bekannt, dass Nußbaum mit einem Konsortium um den Londoner Finanzinvestor Altyon in Verhandlungen stand. Man habe sich sogar schon auf einen Kaufvertrag geeinigt. Anfang 2011 entschied sich der Senat gegen einen Verkauf der BIH/berlinovo, wobei das von Nußbaum angestrebte Verkaufsszenario ohnehin einige Fragwürdigkeiten aufgewiesen hatte. So war nicht klar, ob das Konsortium überhaupt in der Lage gewesen wäre, das Geschäft aus eigenen Kräften zu stemmen. Die gesamtschuldnerische Haftung sollte, nach Auskunft von Nußbaum, von der in Abu Dhabi ansässigen Hilal Bank übernommen werden. Allerdings verfügt diese Bank nur über ein Eigenkapital von 545 Millionen US-Dollar. Als das angebliche Engagement der Bank öffentlich bekannt wurde, dementierte diese in einem Brief an den Berliner Tagesspiegel, dass sie sich am Kauf der BIH/berlinovo beteiligen wolle (Tagesspiegel online 2011).

Berlin muss nach dem erneut gescheiterten Verkauf der BIH/berlinovo weiter zusehen, wie es mit den Hinterlassenschaften der Bankgesellschaft weiter umgehen will. Der Verkaufserlös für den Bankkonzern von 4,6 Milliarden Euro, mit dem die Kosten der Risikoabschirmung finanziert werden sollten, wurde bis Ende 2011 für die nach wie vor bestehenden Mietgarantien sowie den Ankauf von Fondsanteilen von den ehemaligen

Zeichnern weitgehend aufgebraucht. Durch den Ankauf dieser Anteile wollte das Land so große Mehrheiten in den Fondsgesellschaften erlangen, dass zum Beispiel über den Abverkauf von Immobilien oder deren Auflösung entschieden werden kann. Doch so lange ein maßgeblicher Teil von Fondszeichnern seine Anteile behält und auf die seinerzeit von der Bankgesellschaft gegebenen Garantien – für die nach der Risikoabschirmung das Land aufkommen muss – pocht, ergibt sich für das Land keine andere Perspektive, als bis zum Ende der jeweiligen Fondslaufzeit für solche Zahlungen aufzukommen. Auch wenn bereits eine stattliche Anzahl an Zeichnern ihre Anteile an das Land verkauft hat – was Berlin bislang 1,8 Milliarden Euro kostete – steht eine Einigung mit den übrigen Zeichnern nach wie vor aus. Aber erst wenn diese erfolgt ist, kann das Land auch über die Immobilien der Fonds frei verfügen. Mit der Verfügungsgewalt allein wäre aber noch nichts gewonnen. Die Bestände der BIH/berlinovo sind restlos überschuldet. Der Buchwert der Objekte beträgt zwar über 9 Milliarden Euro, der tatsächliche Wert dürfte sich aber eher in einer Größenordnung von ca. 3,6 Milliarden Euro bewegen. Zusätzlich lasten auf den Immobilien Kredite von über 4 Milliarden Euro (Breitkopf 2011). Es liegt deshalb nahe, dass sich auch in Zukunft kein Käufer für die BIH/berlinovo finden wird, der bereit ist, den Buchwert zu bezahlen. So lange das Land aber auf den Immobilien sitzt, bilden diese einen beachtlichen Kostenfaktor. Hinzu kommt, dass in den letzten Jahren nur in sehr begrenztem Rahmen in die Bestände investiert wurde. Dies wiederum wirkt sich auf die erzielbaren Mieteinnahmen und damit auf die aufzubringenden Zahlungen des Landes für Mietgarantien aus. So lange die Fonds in der jetzigen Form existieren und nach wie vor Zeichnerinteressen zu bedienen sind, wird sich daran nichts ändern.

Die vom rot-roten Senat und insbesondere dem damaligen Finanzsenator Thilo Sarrazin verfolgte Strategie, die Folgen des Bankenskandals durch einen einfachen Verkauf der BIH/berlinovo zu verarbeiten, ist grandios gescheitert. Der Landeshaushalt wird dadurch auf unabsehbare Zeit belastet.

Fazit

Es war in den letzten Jahren des Öfteren zu lesen, die Krise der Bankgesellschaft Berlin habe im Kleinen das vorweggenommen, was ab 2007 im Zuge der aktuellen Banken- und Finanzmarktkrise ans Licht kam: Wieder war von Verantwortungslosigkeit der Manager die Rede, vom Versagen der Politik und von hochkomplexen Geschäften, deren Gefährlichkeit

im Nachhinein keiner vorausgesehen haben will. Das Beispiel der Bankgesellschaft zeigt aber auch: Es haben nach dieser angeblichen Vorwegnahme keinerlei Lernprozesse eingesetzt. Dies gilt für die Arbeitsweise von Aufsichtsräten genauso wie für die der Wirtschaftsprüfer, die nach wie vor als eine Art übergeordnete Instanz für den Hauptteil der Kontrolle zuständig sind und auf deren Urteil sich Vorstände, Aufsichtsräte, Politiker und staatliche Bankenaufsicht nach wie vor nahezu blind verlassen. Weiterhin beauftragt die staatliche Aufsicht private Wirtschaftsprüfungsgesellschaften mit Sonderprüfungen, die angeordnet werden, wenn der Aufsicht in den Berichten der Wirtschaftsprüfer der jeweiligen Bank etwas verdächtig vorkommt. Der staatlichen Abhängigkeit von privaten Kontrolleuren hätte nach dem Bankenskandal, der bis 2007 immerhin als die größte deutsche Bankenpleite galt, mit einer Umstrukturierung und besseren, kompetenteren Ausstattung der Bankenaufsicht begegnet werden müssen. Vor der Berlin-Wahl im September 2011 hatte sich keine Partei zu konkreten Aussagen zur Zukunft der Immobilienbestände der Bankgesellschaft hinreißen lassen. Dies hatte seine Ursache sicherlich auch in der Erkenntnis, dass nicht nur die rot-rote Sanierungsstrategie gescheitert ist, sondern darüber hinaus auch keine gute Lösung für Berlin mehr ersichtlich ist. Entweder findet sich ein Investor, der die Immobilien übernimmt, die Risiken aber beim Land belässt, oder das Land kauft sich bei den verbliebenen Zeichnern frei, saniert und verwertet die Immobilien auf eigene Faust. Beide Wege werden kostspielig sein. Eher plan- und hilflos wirkt es da, wenn die wieder regierende Große Koalition in ihrer Koalitionsvereinbarung nebulös davon schreibt, sie wolle das Risikoabschirmungsgesetz »anpassen« und die BIH/berlinovo »immobilienwirtschaftlich« ausrichten (SPD/CDU 2011: 44). Dass der Berliner Bankenskandal nun von der Koalition verarbeitet werden soll, die ihn einst anrichtete, ist der Treppenwitz schlechthin.

Literatur

Abgeordnetenhaus (1990): Plenarprotokoll 11/42 v. 27. September 1990

Abgeordnetenhaus (2002): Wortprotokoll 1. UntA 15/8 v. 3. 5. 2002

Abgeordnetenhaus (2006): Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin – 15. Wahlperiode – zur Aufklärung der Vorgänge bei der Bankgesellschaft AG, der Landesbank Berlin und des Umgangs mit Parteispenden v. 5. Mai 2006, Drucksache 15/4900

Bankgesellschaft (1998): Bankgesellschaft Berlin AG, Geschäftsbericht 1997

- Bankgesellschaft (2001a): Bankgesellschaft Berlin AG, Geschäftsbericht 2000
- Bankgesellschaft (2001b): Bankgesellschaft Berlin AG, Zwischenbericht zum 30. 9. 2001
- BIH (2011): Berliner Immobilien Holding GmbH: Unser Portfolio (Faltblatt), Stand: September 2011
- Breitkopf, Michael (2011): Die Berliner Immobilien Holding GmbH (BIH) – Handout zur Pressekonferenz am 19. Oktober 2011
- Brand eins (2003): Aus Schrott mach Schätzchen. In: Brand eins 5/2003, S. 56-63
- BVerfG (2010): Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 2 BvR 2559/08 – 2 BvR 105/09 – 2 BvR 491/09 – vom 23. 6. 2010
- Erdmeier, Peter (1998): Die Privatisierung von Unternehmensbeteiligungen des Landes Berlin seit der Wiedervereinigung. Ausdruck wirtschaftspolitischer Neubesinnung oder finanzpolitischen Zwangs? Dissertation am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin 16. Dezember 1998
- EU-Kommission (2004): Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Entscheidung der Kommission C(2004)327finCOR – Über eine Umstrukturierungsbeihilfe Deutschlands zugunsten der Bankgesellschaft Berlin AG, Brüssel 187. 2. 2004
- Fett, Torsten (2000): Öffentlich-rechtliche Anstalten als abhängige Konzernunternehmen. Dargestellt unter besonderer Berücksichtigung des »Berliner Modells« zur Konzernierung der Landesbank Berlin, Berlin
- Gross, Johannes (1965): Lauter Nachworte – Innenpolitik nach Adenauer, Stuttgart
- Handelsblatt (2001): Bei der Bankgesellschaft Berlin spricht vieles für eine öffentlich-rechtliche Lösung. In: Handelsblatt v. 21. 5. 2001
- Handelsblatt (2002): US-Investor will Klarheit bei der Bankgesellschaft. In: Handelsblatt v. 15. 2. 2002
- Handelsblatt (2004): Bankgesellschaft erhält Schadenersatz. In: Handelsblatt v. 25. 6. 2004
- Handelsblatt (2006): Bankgesellschaft wechselt Namen. In: Handelsblatt v. 14. 7. 2006
- Handelsblatt (2007): Finale in der Hauptstadt. In: Handelsblatt v. 4. 6. 2007
- Jahn, Olaf/Opalka, Susanne (2004): Tod im Milliardenpiel. Der Bankenskandal und das Ende eines Kronzeugen, Berlin
- Junge Welt (2002): Sparkasse vor Privatisierung? In: Junge Welt v. 7. 9. 2002
- Karsiske, Peter (2010): Aufarbeitung der Finanzkrise durch das Strafrecht? Zur Untreuestrafbarkeit durch Portfolioinvestments in Collateralized Debt Obligations via Zweckgesellschaften. In: Schünemann, Bernd (Hrsg.): Die sogenannte Finanzkrise – Systemversagen oder global organisierte Kriminalität?, Berlin, S. 13-42
- Krüger, Lydia/Ugarte Chacón, Benedict (2006): Privatisierung nach Berliner Art. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/06, S. 1113-1120
- Landespressedienst (1992): Neustrukturierung der Bankenbeteiligung Berlins, Mitteilung v. 17. Juni 1992
- Lederer, Klaus (2006): Privatisierung der Berliner Sparkasse? In: RLS-Standpunkte 5/2006
- Lederer, Klaus (2011): Rede beim 3. Landesparteitag/2. Tagung am 27. März 2011 (http://www.die-linke-berlin.de/partei/parteitage/3_landesparteitag/2_tagung/rede/lederer/)

- Liebich, Stefan (2003): Wettbewerb um die Bankgesellschaft ist möglich. Pressemitteilung v. 30. 1. 2003
- Lüttel, John (2009): Pfadabhängigkeit in strategischen Entscheidungsprozessen. Die Entwicklung der Bankgesellschaft Berlin in den Jahren 1994 bis 2001, Frankfurt/M
- Luhmann, Niklas (1979): Öffentliche Meinung. In: Langenbucher, Wolfgang R. (Hrsg.): Politik und Kommunikation – Über die öffentliche Meinungsbildung, München, S. 29-61
- Rose, Mathew D./Reuter, Wolfgang (2001): Der Milliarden-Bluff. In; Der Spiegel 5/2001, S. 110f
- Rose, Mathew D. (2003): Eine ehrenwerte Gesellschaft. Die Bankgesellschaft Berlin, Berlin
- SenFin (2003): Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Finanzen XX v. 25. 3. 2003
- SenFin (2007): Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Finanzen XX v. 15. 6. 2007
- SenFin (2008): Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Finanzen XX v. 30. 9. 2008
- SenFin (2009): Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Finanzen XX v. 5. 6. 2008
- Siedler, Wolf Jobst (2003): Die wirkliche Lage Berlins. Längst ist Berlin nicht mehr das Modernisierungszentrum Deutschlands. In: Biedenkopf, Kurt/Reimers, Dirk/Rolfink, Armin (Hrsg.): Berlin – was ist uns die Hauptstadt wert?, Opladen, S. 65-69
- SPD/CDU (2011): Berliner Perspektiven für starke Wirtschaft, gute Arbeit und sozialen Zusammenhalt. Koalitionsvereinbarung zwischen Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) Landesverband Berlin und Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) Landesverband Berlin für die Legislaturperiode 2011-2016
- Spiegel (2002): Schließung binnen Stunden? In: Der Spiegel 15/2002, S. 18
- Tagesspiegel online (2001): Nachdenken über Plan B. Tagesspiegel online v. 24. 1. 2011 (<http://www.tagesspiegel.de/berlin/landespolitik/nachdenken-ueber-plan-b/3726936.html>)
- TAZ (2002) Deckel drauf. In: Die tageszeitung v. 10. 4. 2002
- Ugarte Chacón, Benedict (2011): Freispruch für den Ehrenmann. In: junge Welt v. 17. 2. 2011
- Wirtschaftswoche (2001): Radikale Lösung. In: Wirtschaftswoche v. 7. 6. 2001
- Wolfers, Benedikt (2001): Privatisierung unter Wahrung der öffentlich-rechtlichen Rechtsform – Das »Berliner Modell«. In: Oldiges, Martin (Hrsg.): Daseinsvorsorge durch Privatisierung – Wettbewerb oder staatliche Gewährleistung, Baden-Baden, S. 105-112

Prekär, aber selbstbestimmt?

Von Jutta Blume

»Idealerweise ist man für sich selbst ein kleines Unternehmen, sein eigener Chef und sein eigenes Produkt. Es geht darum, Kontakte, Kompetenzen, ein ›Netz‹, kurz: ›Humankapital‹ zu akkumulieren, egal ob man arbeitet oder nicht« (Unsichtbares Komitee: Der kommende Aufstand).

Als sich im Sommer 2010 die Berlin Biennale entschied, ihre Kunstaussstellung vom bereits gründlich gentrifizierten Mitte in das noch nicht ganz so gentrifizierte Kreuzberg zu verlagern, löste das eine aufgeregt geführte Diskussion aus. Die Ausstellung bespielte unter anderem ein seit Jahren leer stehendes Geschäftshaus am Oranienplatz in Kreuzberg. Am Tag der Vernissage waren Fotos der Kuratorinnen mit Handynummer und der Bildunterschrift »Gentrifiziererin« an der Hauswand plakatiert. Das Feuilleton reagierte empört und warf den anonymen PlakatiererInnen Nazimethoden und Intoleranz vor. Die Kritik richtet sich vor allem auf die steckbriefartige Personalisierung der KünstlerInnen, wehrte sich aber nicht gegen den auf den Plakaten unterstellten Zusammenhang von Kunst und Gentrifizierung. Selbst der Biennale-Sprecher Denhart von Harling wies den Vorwurf mit der Begründung zurück, dass der Gentrifizierungsprozess in Kreuzberg schon seit Jahren im Gange sei. Wenn nach der Rolle von Kultur und KünstlerInnen in Stadtentwicklungsprozessen gefragt wird, scheint die Antwort bereits festzustehen: KünstlerInnen als Pioniere und Kultur als Türöffner von Aufwertungsprozessen gelten als sichere Indikatoren für einen beginnenden Gentrifizierungsprozess.

Einen Grund für diese Einschätzung liefert die Stadtpolitik. Der Berliner Senat, allen voran der regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, werden nicht müde, das kreative Potenzial Berlins hervorzuheben. »Wie andere Metropolen profitiert Berlin von der steigenden Anerkennung des ökonomischen Stellenwerts von Kunst und Kultur, Mode und Medien, Kommunikation und Kreativität. [...] Kultur und Kreativität sind ein Standort- und Wirtschaftsfaktor von hoher Bedeutung« (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen et. al.: 2). Kultur und Kreativität seien mehr als ein »weicher Standortfaktor«, sondern die Basis, auf der sich die weitere Wertschöpfung entwickle.

Klaus Wowereit bemüht sich im kulturellen Bereich am liebsten um repräsentative Großereignisse, etwa die Modemesse »Bread and Butter«. Er versuchte auch mit einer »Leistungsschau junger Kunst aus Berlin« für den Bau einer neuen Kunsthalle zu werben. Dieses Projekt scheiterte allerdings in der ursprünglich geplanten Form, unter anderem am Protest von KünstlerInnen.

Auch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung profiliert sich gerne mit Großprojekten wie »Mediaspree«, bei dem sich einige große Unternehmen der Medienbranche am Spreeufer angesiedelt haben, oder mit einem neuen Quartier an der Heidestraße in Mitte, in dem die Kunst zu einem Standortfaktor werden soll. Auch die »Leistungsschau junger Kunst« sollte zunächst in diesem Quartier stattfinden.

Die stetig wachsenden Zahlen von BerlinbesucherInnen dürften aber nicht nur auf größere kulturelle Events zurückzuführen sein, sondern auch auf die Vielzahl kleiner, zum Teil selbstorganisierter Galerien, Theaterproduktionen, Musikveranstaltungen etc. sowie ein allgemeines »kreatives Flair«, das der Stadt zugeschrieben wird. Dass Kunst und andere Kreativbranchen direkt und indirekt zur wirtschaftlichen Entwicklung Berlins beitragen, ist von allen Seiten anerkannt. Zehn Prozent der Berliner Beschäftigten arbeiteten 2006 in der Kulturwirtschaft und erzielten einen Umsatz von 17,5 Milliarden Euro, das entspricht 13 Prozent der Wirtschaftsleistung der Stadt, so der Kulturwirtschaftsbericht des Senats 2008.¹ Die Kulturwirtschaft hat darüber hinaus umsatzsteigernde Auswirkungen auf andere Branchen, insbesondere den Tourismus und die Immobilienbranche. Kein Wunder also, dass die Kreativbranche von Politik und Wirtschaft in ihren Sonntagsreden umschmeichelt wird.

Auf unheimliche Weise sind sich Regierung und Protest in ihren Perspektiven auf KünstlerInnen und Kultur einig und sehen sie gleichermaßen als Akteure und Instrument der Stadtentwicklung. Für die einen sind die zahlreichen in Berlin lebenden KünstlerInnen und anderen Kreativen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, für die anderen ein Motor der Gentrifizierung. Über ihre Rolle für die Stadtentwicklung jedoch geraten die Arbeits- und Lebensbedingungen der einzelnen Kreativen, ihre oftmals individuellen wie prekären Überlebensstrategien aus dem Blick. Im Folgenden soll es daher um die Lebensrealitäten freier Kulturschaffender als auch um die Wechselwirkung von Kreativwirtschaft und Stadtentwicklung gehen. Die Kulturschaffenden sind dabei keine homogene Gruppe,

1 Erfasst wurden nur Betriebe mit einem Jahresumsatz von über 17.500 Euro, die Zahl der kreativ Tätigen dürfte also eigentlich deutlich höher sein.

die sich auf ihr widerständiges Potenzial hin untersuchen ließe, eher ein unübersichtliches Gemenge miteinander verknüpfter Netzwerke, deren Individuen sich gleichsam in Konkurrenz um knappe Gelder und öffentliche Aufmerksamkeit befinden und die ihrer eigenen Situation mehr oder weniger kritisch gegenüberstehen.

Das Verhältnis von Kreativen und Stadtentwicklung ist zwiespältig. Auf der einen Seite werden Kreative gerne als »Pioniere« wahrgenommen, die sich brachliegende Flächen und Räume wieder aneignen und letztlich wieder einer Verwertung zuführen – also Auslöser von Gentrifizierung und Verdrängung sind. Auf der anderen Seite geraten sie selbst immer wieder unter die Räder der Aufwertung und Kulturschaffende klagen vielerorts über den Verlust von Freiräumen und steigende Mieten. Als »Opfer« der Gentrifizierung wirken dabei nicht mehr die Kreativen auf die Stadtentwicklung ein, sondern die Stadtentwicklung auf die Bedingungen der Kreativbranche. In Berlin fühlen sich viele KünstlerInnen zudem zunehmend durch die Art und Weise, wie der Senat mit ihnen Stadtmarketing betreibt, missbraucht, ohne selbst vom Berlin-Boom zu profitieren, sondern im Gegenteil eher negativ davon betroffen zu sein. Bernd M. Scherer, Intendant am Haus der Kulturen der Welt, bringt sein Unbehagen auf die Formel: »Die Politik benutzt Kunst, um die Stadt teuer zu machen, anstatt die Mieten bezahlbar zu halten und so auch dafür zu sorgen, dass die Stadt kreativ bleibt« (Berlin Biennale 2011).

Was sich in der Stadtentwicklung strukturell beobachten lässt, wirkt sich auf der individuellen Ebene äußerst vielschichtig aus. Basierend auf Gesprächen mit KünstlerInnen aus verschiedenen Bezirken Berlins versuche ich dieser Vielschichtigkeit und den Ambivalenzen des Alltagslebens von KünstlerInnen auf den Grund zu gehen. Die Beispiele zeigen, dass sich mit dem Verlust von Freiräumen, mit der eigenen Rolle als potenzielleR GentrifiziererIn, mit der Prekarität und der politischen Instrumentalisierung auf unterschiedlichste Weise umgehen lässt. Individuelle Überlebensstrategien beinhalten permanentes Netzwerken und Selbstausbeutung, die Querfinanzierung über Nebenjobs und/oder ALG II sowie den Versuch, möglichst auf Konsum zu verzichten. Aber auch die politischen Strategien sind unterschiedlich. Sie reichen von gemeinsamen Initiativen Kunst- und Kulturschaffender bis hin zur Integration politischer Inhalte oder der Reflexion über die eigene prekäre Situation als Thema des eigenen Schaffens. Zur Repolitisierung der Kulturarbeit gehört auch die Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle in Aufwertungsprozessen. Denn wo die Kultur ein Mittel zum Zweck wird, um die Stadt attraktiv

und die Mieten teuer zu machen, ist es kein Wunder, wenn mancherorts KünstlerInnen zum Feindbild werden, wie bspw. bei der Berlin Biennale 2010. Sieht man sich heute das Umfeld der Kunstwerke Berlin (KW) in der Auguststraße an, die mit ihren Ausstellungsprojekten erheblich zur Entwicklung der dortigen Galerieszene und zur symbolischen Aufwertung der Umgebung beitrugen, erklärt sich, warum manchen KreuzbergerInnenen davor gruselt, was noch auf sie zukommen mag.

Die Kunst und das Dilemma der Aufwertung

Das widersprüchliche Verhältnis von Kunst und Gentrifizierung tritt wohl an keinem Ort so emblematisch zutage wie in der aufgewerteten Mitte zwischen Rosenthaler Platz und Oranienburger Tor. Am 5. April 2011 zog eine Gruppe von KünstlerInnen und GastronomiebetreiberInnen aus dem Tacheles in der Oranienburger Straße aus – gegen eine Abfindung von einer Million Euro, wie sie selbst zugaben. Andere KünstlerInnen wollten gegen keine Abfindung der Welt gehen, sahen zu, wie der dazugehörige Garten scheibchenweise zerstört und von Bauzäunen umzäunt wurde. Die Kunstruine hat seit ihrer Besetzung 1990 unzählige TouristInnen angezogen und ist aus keinem Reiseführer mehr wegzudenken. Wie kein anderer Ort stand er für die alternative Kunst, aber auch für die Verwertung des Kreativen durch die Tourismusindustrie. Die Tacheles-KünstlerInnen versuchten auf ihre Art an den TouristInnen mitzuverdienen, etwa durch den Barbetrieb oder den Verkauf von Schmuck.

Das Tacheles steht heute für die Folgen der städtischen Verwertungslogik. Gerade der nicht zuletzt dem kreativen Image Berlins geschuldete Boom hat den Wert der Grundstücke in der Berliner Innenstadt in die Höhe getrieben. Unter dieser Prämisse steigt das Verwertungsinteresse der EigentümerInnen. Hotels, Büros und hochwertiges Wohnen lassen sich einfach besser verwerten als selbstorganisierte KünstlerInnen. Diejenigen, die den Ort ursprünglich interessant machten, sollten gehen, um einer höherwertigen Bebauung Platz zu machen.

Unweit des Tacheles kämpfte ein weiteres Relikt aus den 1990er Jahren ums Überleben. Auch der Schokoladen in der Ackerstraße, ebenfalls 1990 besetzt, war akut räumungsbedroht. Neben einer Kneipe, in der regelmäßige Konzerte stattfinden, beherbergt das Haus auch Ateliers und Proberäume und ist über lange Jahre zu einer festen Instanz in der Szene geworden. Da der Eigentümer das Recht hat, Gewerberäume ohne Angabe von Gründen zu kündigen, waren die hier ansässigen kulturellen Projekte bedroht.

Doch der öffentliche Aufschrei blieb relativ verhalten. Vielleicht haben die immer wiederkehrenden Meldungen von drohenden Räumungen zu einer gewissen Müdigkeit geführt, vielleicht liegt es aber auch daran, dass Tacheles und Schokoladen in Mitte nur noch letzte Inseln sind, die nicht mehr im Kiez verankert sind. Es gibt in Mitte keine subkulturelle Szene mehr, die sich von einem alternativen Ort zum nächsten treiben lässt. Heute sind es eher die klassischen TouristInnen, die durch die Straßen flanieren.

Über die Torstraße rauscht dichter Verkehr. Eine Straße weiter, in der Brunnenstraße, haben schicke Galerien die kulturelle Hegemonie übernommen. An der Oranienburger Straße konzentrieren sich Restaurants und Bars. Die Auguststraße konnte sich dagegen als Galeriemeile halten, wengleich mit einem ganz anderen Flair als in den 1990ern.

Den Autoren des Kulturwirtschaftsberichts zufolge ist die Entwicklung des Viertels rund um die Auguststraße zum Galeriezentrum der Stadt vor allem dem Zufall geschuldet, respektive der Offenheit einer Mitarbeiterin der Wohnungsbaugesellschaft Mitte gegenüber der Kunstszene. (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen et.al.: 117) Doch ganz so zufällig ist die Entwicklung nicht, die vor 20 Jahren ihren Anfang nahm. Sie hängt vor allem mit dem plötzlichen Vorhandensein städtischer Freiräume zusammen, dem Umbruch der Eigentumsverhältnisse und der Verwaltung nach der Wende, der Mitte, aber auch Teile von Prenzlauer Berg und Friedrichshain zu einem neu bespielbaren Feld machte.

Das Tacheles blieb trotz Streitigkeiten und seiner relativen Bedeutungslosigkeit in der Berliner Kunstszene ein symbolträchtiger Ort für jene Zeit, für die wilden 1990er Jahre im Osten Berlins, als scheinbar alles möglich war, massenhaft Freiräume angeeignet wurden und noch niemand das Wort Kreativwirtschaft in den Mund nahm. Garagen, Keller und Hofdurchfahrten wurden zu illegalen Clubs, von denen manche nur an einem bestimmten Wochentag geöffnet waren, in leeren Räumen entstanden Ateliers und selbstorganisierte Galerien.

Nicht alle, die sich in dieser Zeit Räume aneigneten und bespielten, dachten dabei an ihre Selbstvermarktung als Kreative. Genauso wenig wie die Stadt Berlin daran dachte, ihr Schaffen zu Werbezwecken zu nutzen. »Während die Organisation gesellschaftlichen Lebens in die Hände von Investoren übergeht, der Abbau des Sozialstaats zu fragilen Lebensmodellen führt, funktioniert die Kunstbar, die Lounge, die Clubgalerie als erweitertes Wohnzimmer, das Kontakte, Verbindlichkeiten und die

Gestaltung des Lebensumfeldes ermöglicht. Nicht selten ist an diesen Orten von Familien die Rede«, beschreibt Claudia Wahjudi die Atmosphäre Ende der 1990er Jahre. Zu dieser Zeit begannen allerdings auch die Stadt und Immobilienbesitzer, das Temporäre und Kreative für sich zu entdecken. »Die unsicheren Besitzverhältnisse im ehemaligen Ost-Berlin, die zunächst die große Freiheit zu garantieren schienen, werden allmählich geordnet und verkehren die Freiheit in Sachzwänge. Da wirkt die temporäre Stationierung, das mobile Kunstcamp, ungemein praktisch [...]. Die Tatsache, dass es sich um Räume auf Zeit handelt, scheint die Besucher nur schneller zu mobilisieren – ungeachtet mancher Vorwürfe, der temporäre Kunstbetrieb in Fabrikhöfen helfe bloß der kulturellen Aufwertung von Investitionsarealen.« (Wahjudi 1999: 14f.)

Die Auguststraße kann als Paradebeispiel der Verknüpfung von Kunst und Gentrifizierung gesehen werden. Doch gerade der retrospektive Blick auf die stadträumlichen Effekte des Galerien-Booms blendet die Binnenperspektive der Kulturschaffenden selbst aus. Die Eröffnung von Galerien und Ateliers in der Gegend um den Hackeschen Markt war nicht nur dem angeblich morbiden Charme des heruntergekommen Ostberlins geschuldet, sondern auch der sich mit dem Fall der Mauer eröffnenden Möglichkeit, sich preiswerte Räume einfach anzueignen. Die künstlerischen und auch subkulturellen Freiräume Anfang der 1990er Jahre basierten auf der Abwesenheit jedweder immobilienwirtschaftlicher Verwertung. Mit der Rückübertragung von Grundstücken in Privatbesitz und der Reetablierung eines Grund- und Bodenmarktes gerieten viele der Projekte in Konflikt mit den Verwertungsinteressen der meist neuen EigentümerInnen.

Der Verlust von Freiräumen und die Logik der Zwischennutzung

Abgesehen von den etablierten Galerien ist die Karawane weitergezogen und hat weitere Bezirke hinter sich gelassen. Teile des Prenzlauer Bergs entwickelten sich zu einem gehobenen Wohngebiet, während in Friedrichshain unter anderem die Tourismusbranche für eine Steigerung von Immobilienpreisen sorgte. Kulturell genutzte Brachflächen an den Spreeufern mussten zum großen Teil neuen Bauvorhaben weichen. Die Freiräume, die einst im Überfluss vorhanden waren, sind heute knapp geworden. Das Ausweichen auf andere Stadtteile scheint nur noch begrenzt möglich. »Bis zu 77 Prozent der Künstlerinnen und Künstler haben keine ausreichenden Mittel für sich und ihre professionelle Arbeit, Wohnmiete und die Anmietung eines Ateliers.« (bbk Berlin 2011: 8) Bei einem sta-

gnierenden Durchschnittseinkommen von 850 Euro im Monat müssten KünstlerInnen zwischen 500 und 1.000 Euro im Monat aufwenden, um geeignete Arbeitsflächen anzumieten, eine finanzielle Unmöglichkeit. Alternativen zum offiziellen Immobilienmarkt gibt es heute kaum noch. Hinzu kommt, dass auch die Wohnungsmieten kräftig angezogen haben. Dies alles führt dazu, dass sich immer mehr KünstlerInnen für eine gleichbleibende Zahl von Ateliers aus dem Senatsprogramm bewerben.

Die Suche nach den Verwertungsnischen blieb: Viele Kreative wurden Ende der 1990er bis Anfang der 2000er Jahre zu offiziellen »ZwischennutzerInnen«. Räume wurden nun nicht mehr einfach angeeignet, sondern von den Eigentümern gegen ein geringes Entgelt, oftmals nur die Betriebskosten, vermietet – entweder mit befristeten Verträgen oder der Option, jederzeit kurzfristig kündigen zu können. Vor allem leer stehende Läden in Mietshäusern wurden auf diese Art oft von Kreativen zwischen-genutzt.

Rund um den Boxhagener Platz in Friedrichshain und im Kreuzberger Wrangelkiez setzte sich das jeweilige Quartiersmanagement für die Vermittlung der leer stehenden Läden ein. Im Neuköllner Reuterkiez vermittelt seit 2005 die »Zwischennutzungsagentur«. Auch hier entstanden zahlreiche freie Kunsträume. Wie schon Anfang der 1990er Jahre entstanden Freiräume auf Zeit – mit ihren typischen Widersprüchen für die KünstlerInnen, aber auch für die Nachbarschaften.

Zu den Zwischennutzungskonditionen werden im Reuterkiez heute aber kaum noch vermietet. Die gewachsene Nachfrage nach den Läden erlaubt den EigentümerInnen nun eine Vermietung zu marktüblichen Preisen. Eine der letzten Zwischennutzungen ist die »Musenstube«.

Der Weg zur Musenstube führt über die Weserstraße, die neue Kneipenmeile Neuköllns. In der Seitenstraße ist es noch ruhig, doch auch schräg gegenüber hat vor kurzem eine Bar eröffnet. Als Annette Köhn die Musenstube gründete, hatte der Zug der Kreativen nach Nordneukölln gerade erst begonnen. Viele ließen sich von der Zwischennutzungsagentur befristete und extrem günstige Mietverträge für leer stehende Läden vermitteln. Annette Köhn bezog direkt den ehemaligen Sitz der Zwischennutzungsagentur, als diese in einen neuen Laden umzog. Sie ist eine der letzten im Kiez, die noch immer denselben günstigen Mietvertrag haben. »Der Haken sind die vier Wochen Kündigungsfrist. Ich habe eigentlich schon nach einem Jahr mit der Kündigung gerechnet, aber jetzt sind wir schon seit mehr als fünf Jahren hier«, erzählt die Designerin und Illustratorin. Vielleicht trägt die permanente Unsicherheit dazu bei, dass der

Laden seinen provisorischen Charme erhalten hat. Im Eingangsbereich gibt es eine Sofaecke, dahinter steht ein alter Flügel. Die Wände sind über und über mit Zeichnungen beklebt. Ein paar Ständer enthalten von den »Musen« gestaltete Postkarten, die es hier zu kaufen gibt. Im hinteren Teil des Ladens haben die Musen ihre Schreibtische, einfache Arbeitsplatten auf Böcken, besonders geräumig ist der Arbeitsbereich nicht. Zwar teilen sich gerade sieben Musen den Laden, doch sie arbeiten nie alle gleichzeitig hier, so dass sich niemand auf die Füße tritt. Die meisten arbeiten auch zu Hause oder verdienen noch Geld mit anderen Jobs außerhalb der Kreativbranche. Prekär sind die meisten, einige der Musen kommen mit Hartz IV und ihren eigenen Einkünften gerade so über die Runden.

Annette Köhn kann sich momentan nicht über eine schlechte Auftragslage beschweren. »Seit zwei Monaten arbeite ich mindestens zehn Stunden am Tag«, sagt sie, ohne dabei gestresst zu wirken. Ihre genaue Arbeitszeit kann sie nicht benennen, da sie Arbeit, Freizeit und alltägliche Besorgungen verknüpft, mal eben vom Laden aus einkaufen geht, ihr Kind vom Hort abholt oder sich im Kiez mit Freunden trifft. Dafür geht die Arbeit aber auch abends zu Hause weiter. Die Musenstube bedeutet, wie der Name schon sagt, gegenseitige Inspiration. »Nach meinem ersten Projekt wollte ich schon dichtmachen«, erinnert sich Annette Köhn, »aber dann kam Maki Shimizu in den Laden, auch eine prekäre Künstlerin, setzte sich an den Flügel und fing an zu spielen. Dann hatte ich die Idee, sie mit in den Laden zu holen.« Heute inspirieren sich die Musen nicht nur gegenseitig, sondern verschaffen sich gelegentlich auch gegenseitig Aufträge. »Manchmal funktioniert die Musenstube wie ein Label, obwohl wir eigentlich keine Werbung machen«, sagt Annette Köhn. Die beste Werbung seien wohl die Veranstaltungen, die Ausstellungen, Konzerte und Lesungen im Laden.

Chardia Budiman, die früher in der Musenstube ansässig war und nun ein Büro in der Weserstraße unterhält, ist nicht so zufrieden mit dem Ineinanderfließen von Arbeit und Freizeit. »Ich habe einen Existenzgründerkurs gemacht, um die Trennung von Arbeit und Freizeit zu lernen«, erzählt sie. So ganz gelingen will das aber nicht, schließlich kommt es in der Kreativbranche immer auf das Networking an und man weiß nie, welcher Kontakt einmal zu einem Auftrag führen kann. Auf Partys verteilt sie Flyer für ihre Veranstaltungen. Ursprünglich fing sie in Berlin als Modemacherin an, begann dann, Märkte für die junge Berliner Modeszene zu organisieren, und lebt jetzt eher vom Eventmanagement. Momentan arbeitet sie rund um die Uhr und kann von ihrer Arbeit leben.

»Dann gibt es wieder Phasen, wo es ganz ruhig ist«, sagt sie, »und die kann ich dann auch genießen.« Dass sie zur Kreativwirtschaft gerechnet werden, finden Annette Köhn und Chardia Budiman ganz normal. »Klar, wir wollen ja auch Geld verdienen. Alleine von Kunst kann keiner leben«, meint Chardia Budiman.

Allerdings können die beiden verstehen, dass bei der aktuellen Entwicklung in Nordneukölln kritische Töne aufkommen. Die Besuchermassen bei »48-Stunden-Neukölln« und der »Fête de la Musique« wären schon sehr belastend gewesen. »Niemand will hier eine zweite Simon-Dach-Straße«, urteilt Chardia Budiman. Ob das die WirtInnen neuer Kneipen interessiert, ist fraglich.

Annette Köhn ist nicht einverstanden, wenn der Musenstube Gentrifizierung vorgeworfen wird. »Wir sind ja nicht diejenigen, die hier teuren Wohn- und Gewerberaum kaufen.« Wenn sie die gängige Miete zahlen müssten, würde die Musenstube wahrscheinlich ausziehen, extrem ärgern würde sich Annette Köhn, wenn sie sich auch die Miete ihrer Wohnung nicht mehr leisten könnte.

Die Musenstube ist ein gutes Beispiel dafür, worauf es vielen Kreativen ankommt: lokale Netzwerke von FreundInnen und KollegInnen mit kurzen Wegen sowie bezahlbare Mieten. Gegenüber dem Institut für Strategieentwicklung (IFSE) gaben Berliner KünstlerInnen als wichtigste Faktoren für Berlin das soziale Netzwerk, den Austausch mit anderen KünstlerInnen und die günstigen Lebensbedingungen an. Gleichzeitig würden über 65 Prozent die Stadt verlassen, wenn die Mieten überproportional zu ihrem Einkommen stiegen.

Noch empfindet Chardia Budiman Berlin als eine Spielwiese für Kreative. Was sie damit meint, lässt sich beim Spektakel »48-Stunden-Neukölln« erleben, das seit 1999 jeweils im Juni stattfindet.

In der Boddinstraße schieben sich Besucher von einer Ladengalerie in die nächste. So manche ist nicht nur Galerie, sondern gleichzeitig auch Wohnung der dort schaffenden KünstlerInnen. Wackelige geländerlose Treppen führen in niedrige Keller, wo ebenfalls noch ein paar Bilder an der Wand hängen. In einem Keller ist sogar ein winziges Theater eingerichtet, doch die Schauspielerin hat heute keine Lust und ihren Auftritt auf den nächsten Abend verschoben. Sogar an dem Klingelschild eines Mietshauses ist ein Hinweis angebracht – »48 h Neukölln, hier klingeln«. Eine Künstlerin hat eine Ausstellung in ihrer eigenen Wohnung organisiert, wobei das Arbeitszimmer genauso inszeniert wirkt wie das zur Galerie umfunktionierte Wohnzimmer, bis hin zum Aschenbecher und

der aufgeschlagenen Lektüre. Bei »48-Stunden-Neukölln« kann mitmachen, wer will, Kulturvereine und Galerien genauso wie Privatpersonen. Diese Offenheit macht die besondere Mischung aus, lässt die BesucherInnen immer wieder Unvermutetes entdecken – und führt schließlich zum Erfolg der Veranstaltung.

Neben dem beiläufigen Kulturkonsum machen die BesucherInnen das, worauf es bei allen Vernissagen ankommt: auf der Straße vor den Galerien stehen, trinken, sehen und gesehen werden – und bereiten nebenbei den Nachbarn schlaflose Nächte. Aber wer sich darüber aufregen würde, wäre ja spießig, man fühlt sich als Teil einer kreativen Boheme.

»Bei diesen Veranstaltungen werden Identitäten produziert und ich trage durch meine Präsenz zur Übernahme von Orten durch eine künstlerisch angehauchte Boheme bei«, kritisiert die Filmemacherin Katja Vogt² ihre Rolle, aber »nicht hinzugehen wäre ja auch keine Lösung.« Anders als Annette Köhn glaubt sie, durchaus zur Gentrifizierung beizutragen, selbst als Zuschauerin. Für die EigentümerInnen ist die Strategie, Immobilien über kulturelle Zwischennutzungen wieder in Wert zu setzen, in den meisten Fällen aufgegangen. Und auch einigen Kulturschaffenden gelingt es, sich in den aufgewerteten Quartieren zu etablieren, häufig jedoch um den Preis entgrenzter Arbeitszeiten. Wer diesen Preis nicht zahlen will oder den Durchbruch nicht schafft, sieht sich bald auf der Suche nach einer neuen Nische in einem anderen Viertel.

Überlebensstrategien

Längst nicht alle Kreativen sind in Berlin auch im Stadtraum wahrnehmbar. Viele freiberufliche JournalistInnen, Filmschaffende, FotografInnen etc. arbeiten zu Hause oder teilen sich mit anderen Selbstständigen Büroräume. Auch wenn sie weniger sichtbar sind als die NutzerInnen von Ladenbüros und -ateliers, sind die Lebensverhältnisse oft gleichermaßen prekär, und durch steigende Mieten werden auch sie aus bestimmten Stadtteilen verdrängt. Der Solo-Selbständigkeit stehen manche mit gemischten Gefühlen gegenüber. Zum einen möchten sie ihre Freiheit nicht missen, zum anderen beklagen sie die mangelnde soziale Absicherung und das Hangeln von Projekt zu Projekt. Die Selbstvermarktung erfordert oft ebenso viel Zeit und Energie wie die »eigentliche« kreative Arbeit. Dazu gehört das bereits beschriebene permanente Netzwerken, das von manchen als Bereicherung, von anderen auch als Belastung empfunden wird.

2 Name geändert

»Insbesondere Marktteilnehmer in der Kreativwirtschaft stellen für sich neue soziale Zusammenhänge her, die es ihnen ermöglichen, unabhängiger vom Markt zu agieren. Sie produzieren selbst, tauschen sich aus, stornieren bei Bedarf temporär ihre Bedürfnisse und definieren so Lebens- und Arbeitsqualität neu«, beschreibt Bastian Lange die Lebensumstände Berliner Kreativer (Lange 2011: 78). Zwar ist es richtig, dass viele Akteure die künstlerische Freiheit höher bewerten als eine relative materielle Sicherheit, trotzdem werden Selbstaussbeutung, Armut und mangelnde soziale Absicherung durchaus kritisch betrachtet und nicht einfach als eine andere Form von Lebensqualität uminterpretiert. Spätestens dann, wenn die Prekarität über Jahre anhält und sich Fragen der Altersabsicherung stellen, wird die Neudefinition der Lebens- und Arbeitsqualität schwierig.

»Die Selbstständigkeit war nicht meine freie Wahl«, erzählt etwa die Fotografin Simone Hauser³ »Ich wusste, dass es ungeheuer schwer ist, besonders was die Akquise angeht.« Dennoch erlebt sie wie viele andere FreiberuflerInnen ihr Arbeitsleben heute als selbstbestimmt. Höchstens eine Halbtagsstelle könnte sich die ehemalige Fotoredakteurin noch vorstellen, glaubt allerdings, dass sie mit Ende 50 sowieso niemand mehr einstellen würde.

Simone Hauser ist im Ostteil Berlins aufgewachsen und war bis zur Wende Fotoredakteurin beim Jugendmagazin »Neues Leben«. Zwar versuchten die Herausgeber zunächst, das Magazin in die neue Lebensrealität hinüberzuretten, doch schon bald musste es eingestellt werden. Den Sprung in die Freiberuflichkeit wagte Simone Hauser jedoch nicht sofort, sondern kam stattdessen für drei Jahre in einer ABM-Maßnahme unter. Sie hätte durchaus darüber nachgedacht, sich mit jemandem zusammen selbstständig zu machen, aber es war einfach zu schwierig, jemanden zu finden. Sie suchte per Anzeige, knüpfte darüber auch interessante Kontakte, aber die gesuchte Geschäftspartnerin war nicht dabei. »Ich habe das Gefühl, bei Fotografen ist das ein Ding der Unmöglichkeit. Alle haben Angst vor Konkurrenz, niemand will etwas von sich herzeigen.« Allerdings findet Simone Hauser, dass diese Beschreibung vor allem auf ihre männlichen Kollegen zutrifft. Die Selbstständigkeit wagte sie schließlich alleine, wobei sie einen Existenzgründungszuschuss als sogenannte Ich-AG in Anspruch nahm.

Anspruchsvolle Porträtserien wechselten sich mit Bewerbungscoachings und schließlich dem lange gemiedenen Bereich Bewerbungs-

3 Name geändert

fotos ab. Heute sieht Simone Hauser das entspannt. »Ich mache Porträts für einen bestimmten Zweck«, und sei es der, die Person für einen potenziellen Arbeitgeber in ein günstiges Licht zu setzen. Grenzen setzt sie vor allem bei zu niedrigen Honoraren, ansonsten will sie für ihre KundInnen da sein und gute Qualität abliefern. »Ich bin immer erreichbar, auch am Wochenende«, erzählt sie. »Leben ist Arbeit und Arbeit Leben«, hält sie dabei für einen guten Leitspruch. Da sie ihr Fotostudio in der eigenen Wohnung eingerichtet hat, kann sie schnell ans Werk gehen, wenn ihr abends noch etwas einfällt. Obwohl sie das als Vorteil ansieht, ist sie weniger glücklich damit, dass zwei ihrer drei Zimmer mit Arbeit belegt sind. Aber ein Studio kann sie sich nicht leisten. Eigentlich wünscht sie sich ein günstiges Angebot von ihrem Vermieter, denn dieser setzt auf die Kreativbranche, um das Stadtviertel zu beleben. Doch das eigentliche Interesse an den Kreativen sei wohl nur, dass sie möglichst hohe Mieten zahlen sollen. »Die Immobilienwirtschaft verdrängt alle Kreativen mit ihren Preisen«, so ihr Resümee.

»Nach der Wende ist eine Menge schlechter Fotografen dazu gekommen, die für unseriös wenig Geld arbeiten. Es gibt natürlich auch gute Leute, aber die schlechten machen die Preise kaputt«, ist ihre Bilanz der letzten 20 Jahre. Eine Möglichkeit, sich gegen das Honorardumping zu wehren, hat sie außer auf persönlicher Ebene nicht gefunden. Von ihrer Gewerkschaft verdi fühlt sie sich dabei in keinster Weise unterstützt. Ihre Perspektive bleibt, so weiterzumachen wie bisher, wieder einmal die Werbetrommel zu rühren, auch wenn die Leute immer werberesistenter werden, und darauf zu hoffen, dass sich aus irgendwelchen Kontakten etwas ergibt. An die Rente denkt sie höchstens als Zubrot, denn davon leben könnte sie ohnehin nicht. Aber auch so kann sich die Fotografin nicht vorstellen, sich zur Ruhe zu setzen: »Soweit mir das möglich ist, mache ich weiter.«

»Irgendwie lebe ich von meinen Projekten, aber immer schlechter«, erklärt die freie Theaterschaffende Malah Helman. Steigende Lebenshaltungskosten stehen einem stagnierenden Einkommen gegenüber. Sie lebt in einer unsanierten Altbauwohnung im Prenzlauer Berg, einer Rarität in dem weitgehend durchsanierten Viertel. Sie fürchtet jedoch, dass der Vermieter irgendwann modernisieren und entsprechend die Miete erhöhen werde. »Dann bleibt nur noch der Umzug in die neuen Ghettos«, sagt sie. Aus dem Prenzlauer Berg sind laut dem Institut für Strategieentwicklung in den letzten Jahren die meisten KünstlerInnen weggezogen. (Institut für Strategieentwicklung 2011: 14) Die Tendenz dürfte bei den Kreativen

anderer Branchen ähnlich aussehen. »Wowereit und andere Politiker sind der Meinung, dass es gut ist, wenn Berlin teurer wird, zu der sich andere Meinungen wie: »Es gibt kein Recht auf Wohnen innerhalb des S-Bahn-Rings« gesellen. In Anbetracht die niedrigen Honorare, die sich aus öffentlichen Fördermitteln ergeben und die seit Jahren nicht angepasst wurden, klingen diese Aussagen wie Hohn.

»Arbeiten ja – leben nein«, empört sich Malah Helman. Die freie Theaterschaffende kreiert seit 2009 hauptsächlich im Bereich kultureller Bildung eigene Projekte für benachteiligte Kinder. Die Projekte finanziert sie über Fördermittel der Bezirke und des Landes Berlin. Die finanzielle Bilanz der Bezirksprojekte fällt allerdings verheerend aus: »Es gibt aus diesen Töpfen bis zu 3.000 Euro. Ich arbeite in meinen Projekten meistens noch mit einer weiteren Person zusammen, die auch bezahlt werden muss. Ich versuche, diese Person nicht auszubeuten, was dann letztendlich auf Selbstausbeutung hinausläuft. Ich bin mit so einem Projekt etwa acht bis zehn Wochen beschäftigt und arbeite zwölf bis 14 Stunden am Tag. Am Ende komme ich auf etwa 1.800 Euro Gesamthonorar.« Das heißt, das Honorar liegt hier bestenfalls auf ALG II-Niveau, ein finanzieller Puffer für Recherche und Konzeption neuer Projekte kann nicht aufgebaut werden. Mehrere Institutionen aus dem Bereich Tanz und Theater haben errechnet, dass die Honorare bei öffentlich geförderten Produktionen zwischen zwei und drei Euro pro Stunde liegen.

Neben ihrer kreativen Arbeit versucht Malah Helman immer wieder, sich politisch gegen die prekären Bedingungen für Kulturschaffende zu engagieren, beispielsweise hat sie mit »berlin-projekt« eine Internetseite geschaffen, auf der frei arbeitende Kunstschaffende ihre Termine und Projekte vorstellen können, der Blog informiert auch über aktuelle Entwicklungen in der Kulturpolitik.

Die Prekarität ist aus Malah Helmans Sicht verschiedenen Faktoren geschuldet: zum einen der Struktur und Höhe der öffentlichen Förderung, zum anderen dem Sozialversicherungssystem, das die flexibilisierte Arbeitsstruktur Kreativer nicht hinreichend berücksichtigt. Die projektbezogene Arbeit bringt wiederkehrende Zeiten der Arbeits- bzw. Einkommenslosigkeit mit sich. Nach den seit 2011 geltenden Regelungen der Arbeitsagentur ist lediglich ein zweimaliger Bezug von Arbeitslosengeld möglich, danach droht der Ausschluss aus der Versicherung. Wer zu oft arbeitslos wird oder gar nicht erst die Aufnahmekriterien für die Versicherung erfüllt, dem bleibt als Rückhalt für Zeiten ohne Aufträge nur das ALG II. Auch sind die Versicherungsbeiträge für freiberufliche Einkom-

men im Kulturbereich zu hoch, sie müssten sich, wie bei Angestellten, am realen Einkommen bemessen oder über das Modell Künstlersozialkasse (bezuschusst von Bund und Verwertern) finanziert werden. Ein weiteres Problem liege darin, dass sich auch die Honorare im kulturellen Bereich am ALG II orientieren. »ALG II definiert ein Existenzminimum, das gar keins ist«, so Malah Helman. Die tatsächlichen Lebenshaltungskosten, insbesondere der Regelsatz für Ernährung, Energie, öffentlichen Nahverkehr und gesundheitliche Vorsorge und medizinische Kosten, würden damit nicht abgedeckt. »Die Politik fordert Flexibilität und atypische Beschäftigungsformen, schafft aber nicht die Rahmenbedingungen, unter denen sich überhaupt wirtschaftlich arbeiten lässt«, erklärt sie.

Unabhängig und flexibel arbeiten zu können, ständig neue und spannende Dinge zu tun – das ist der positive Mythos, der von außen, aber auch von jungen Kunst- und Kulturschaffenden selbst mit der kreativen Arbeit verbunden wird. Für die meisten Kreativen zeigt sich jedoch, dass sie in Berlin auf Dauer unter prekären Verhältnissen leben müssen. Nach einigen Berufsjahren wird die materielle Unsicherheit dabei immer schwerer zu ertragen.

»Haben und Brauchen« – kollektive Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen

Trotz aller Netzwerkerei – die meisten KünstlerInnen versuchen selbstbestimmt, aber eben oft auch im Alleingang ihren Alltag zu organisieren. Doch die Kürzung der öffentlichen Kulturausgaben und der erschwerte Zugang zu sozialen Sicherungssystemen haben in den letzten Jahren zu einer Repolitisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen von KünstlerInnen geführt. Forderungen und Initiativen beziehen sich vor allem auf die Strukturen der öffentlichen Förderung im Kulturbereich und auf einen Mindeststandard bei der Bezahlung/Entlohnung.

Ein Kritikpunkt ist beispielsweise die fehlende Unterstützung bei den sehr zeitaufwändigen Recherchen im Dschungel des öffentlichen Fördersystems. Es müsste daher mehr Arbeitsstipendien geben. Problematisch ist auch, dass die Förderungen die vorher nötige Recherchearbeit finanziell nicht oder nur zu einem geringen Teil abdecken, so dass zwangsläufig einkommensfreie Zeiten entstehen, da diese Arbeit gemacht werden muss, um überhaupt Förderanträge stellen zu können.

Fördergeber erwarten von den Antragstellern in der Regel nicht nur ausgearbeitete Konzepte sondern auch, dass diese Eigenmittel einbringen. Malah Helman stellt beispielsweise Technik und Instrumente, die sie

selbst anschafft. Aber eigentlich müsste sie diese dem Projekt vermieten, sonst kann dieses Modell schnell zum Verlustgeschäft werden.

Auch wenn sie von der aktuellen Politik wenig erwartet, wird sie nicht müde, die Kulturpolitik des Landes und des Bundes zu kritisieren. »Berliner KünstlerInnen kreieren das kreative Image Berlins mit, aber andere profitieren davon. Man ist für die Imagepflege zuständig, wird aber in prekärer Situation allein gelassen«, findet sie. Sie fordert die Berliner Politik auf, sich für einen Interessensausgleich einzusetzen. Gleichzeitig befürchtet sie aber aufgrund der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse weitere Kürzungen. »Kultur, insbesondere die kulturelle Basis, gehört zu den am einfachsten zu kürzenden Ausgaben.« Dabei müssten gerade in diesem Bereich mehr Mittel als bisher eingesetzt werden: »Bei meiner Arbeit mit Kindern merke ich, dass es einen Riesenbedarf gibt, gerade auch was die veränderten gesellschaftlichen Strukturen oder zukünftige gesellschaftliche Herausforderungen betrifft. Im Vergleich zum Bedarf wird aber sehr wenig getan. Man könnte z.B. KünstlerInnen an Schulen anstellen und die Kunst in der Jugend- und Sozialarbeit integrieren. Aufgrund der vielen Kürzungen im Kulturbereich in den 1990ern gibt es viele arbeitslose KünstlerInnen. Das erscheint mir als eine Art Ressourcenvergeudung, da wir ja auch eine teure Ausbildung haben, keine Arbeit finden, und es auf der andere Seite einen großen Bedarf gibt, der aber wiederum aufgrund eines vorgeblich finanziellen Mangels nicht gedeckt werden kann.«

Auch Stéphane Bauer, Leiter des Kunstraums Kreuzberg, setzt sich für eine Stärkung der Kunst- und Kulturarbeit an der Basis ein. Die Kunst- und Kulturämter der Bezirke erfüllen seiner Ansicht nach wichtige Funktionen, die von zentralen und überregionalen Kulturinstitutionen nicht wahrgenommen werden können, etwa im Bereich der kulturellen Bildung oder bei der Auseinandersetzung mit thematischen und lokalen Fragestellungen. Gerade Kindern, Jugendlichen, Älteren und Familien würde über die bezirklichen Ämter ein Zugang zu Kunst und Kultur verschafft. Doch auch in diesem Bereich hat das Kosten- und Leistungsdenken Einzug gehalten. Die Bezirke sind permanent zu Kostensenkungen angehalten, sollen aber gleichzeitig ihre Angebotsstunden erhöhen. »Qualitative Faktoren werden bei der Budgetzuweisung nicht beachtet.« (Bauer 2011: 10) Stellen sind aus dem Personalüberhang des Landes Berlin zu besetzen, d.h. Nachwuchs aus dem künstlerischen Bereich kommt auch hier selten zum Zuge. Während der Senat einerseits für öffentlichkeitswirksame einmalige Ausstellungen wie »Based in Berlin« Geld zur Verfügung stellt,

bleibt die Sparpolitik an der Basis ungebrochen. »Seit 1993 ist eine fort-dauernde und massive Absenkung der Etatzuweisung für die bezirkliche Kultur erfolgt. Ein Ende ist nicht in Sicht« (Bauer 2011: 11).

Gerade die Vielschichtigkeit der Kunst- und Kulturszene und die unterschiedlichen Finanzierungen machen es so schwierig, eine gemeinsame und branchenübergreifende Initiative für bessere Schaffens- und Lebensbedingungen ins Leben zu rufen. »Die Arbeitsweisen sind sehr unterschiedlich, schon allein am Theater zwischen freien Gruppen und den Ensembles fester Häuser. Im Bereich Film ist es beispielsweise nicht im Interesse großer Produktionsfirmen, sich für den freien Autorenfilm einzusetzen«, erklärt Malah Helman. Vor diesem Hintergrund sieht sie in näherer Zukunft keine gemeinsame politische Initiative Kulturschaffender. Sie begrüßt aber die Forderung des Landesverbandes freier Theaterschaffender und dem Tanzbüro Berlin nach Honoraruntergrenzen von 2.000 Euro im Monat bei einer Vollzeitbeschäftigung.

2011 ging aus der Kunstszene eine Initiative hervor, die sich an der Idee der »Leistungsschau junger Kunst aus Berlin« entzündete. Am 25. Januar des Jahres veröffentlichten Berliner KünstlerInnen und KulturproduzentInnen unter dem Titel »Haben und Brauchen« einen offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit. Der Protest richtete sich gegen eine geplante einmalige Ausstellung am Humboldthafen. Das geplante Ausstellungsprojekt bildete den Anlass für eine grundlegende Kritik am Umgang der Stadt mit den hier ansässigen KünstlerInnen und Kulturschaffenden.

Im November 2010 hatte eine Vielzahl Berliner KünstlerInnen den Aufruf erhalten, sich für die Teilnahme an einer »Leistungsschau junger Kunst aus Berlin« zu bewerben. Für den Künstler und Filmkurator Florian Wüst war es dieser »Open Call«, der die Empörung auslöste. »Ich habe erst einmal aus einem persönlichen Verdutztsein über dieses mehr als fragwürdige Projekt heraus agiert«, berichtet er. Zusammen mit der Kuratorin Ellen Blumenstein lud er am 13. Dezember zu einer offenen Diskussion über die geplante Ausstellung in den Salon Populaire ein. »Die Idee der »Leistungsschau« suggeriert einen auf Effizienz und Wirtschaftlichkeit getrimmten Kunstbegriff und nutzt das Innovationspotenzial aktueller Kunstproduktion für politische Interessen«, heißt es in der Einladung.

Die Debatte, die sich an dem Begriff Leistungsschau entzündete, ist symptomatisch für das, was in der Kreativbranche seit längerem schwelt. Die prekären Bedingungen, unter denen KünstlerInnen und andere Kre-

ative in Berlin leben und arbeiten, sind kein Geheimnis. In letzter Zeit protestieren KünstlerInnen immer öfter dagegen, für Zwecke des Stadtmarketings missbraucht zu werden, ohne selbst davon zu profitieren. Ihre offene Instrumentalisierung für eine »Leistungsschau« und letztlich auch für die politische Profilierung Klaus Wowereits wollten viele der Angesprochenen nicht hinnehmen. Die Initiative von Ellen Blumenstein und Florian Wüst fiel daher in der freien Kunstszene auf fruchtbaren Boden.

»Die ›Leistungsschau‹ instrumentalisiert künstlerische Arbeit zu Zwecken des Stadtmarketings und der Ökonomisierung der Kultur«, heißt es in dem offenen Brief. An Stelle einer einmaligen Ausstellung, die noch dazu den Wahlkampfzwecken ihres Initiators diene, fordern die UnterzeichnerInnen des Briefes »einen öffentlichen Dialog darüber, wie die Produktions- und Präsentationsbedingungen von zeitgenössischer Kunst in Berlin außerhalb medienwirksamer Leuchtturm-Projekte nachhaltig gefördert und weiterentwickelt werden können«. Auf die Veranstaltung im Salon Populaire und den nachfolgenden Brief hin habe sich einiges am Ausstellungskonzept verändert, berichtet Wüst. So wurde der Begriff Leistungsschau fallengelassen und die Ausstellung erhielt den Titel »Based in Berlin«, außerdem wurden bestehende Kunstinstitutionen wie die KW eingebunden. Die Ausstellung war schließlich nicht am Humboldthafen, sondern im Atelierhaus im Monbijoupark zu sehen. Damit trat auch das ursprüngliche Vorhaben Wowereits, mit der Ausstellung Werbung für eine neu zu schaffende Kunsthalle zu machen, in den Hintergrund.

Die Kritikpunkte, die die Arbeitsbedingungen der KünstlerInnen betreffen, bleiben jedoch bestehen und »Haben und Brauchen« hat sich zu einer Initiative entwickelt, die sich auch längerfristig in die Kulturpolitik der Stadt einmischen möchte.⁴ Die unterzeichnenden KünstlerInnen haben inzwischen für ihre Forderungen weitere Unterstützung erhalten. So forderte der Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler (bbk) unter anderem die Einrichtung neuer Fonds zur Förderung von Ausstellungsprojekten, die Zahlung von Ausstellungshonoraren bei Ausstellungen landeseigener Einrichtungen, eine Aufstockung sowohl des Atelier- als auch des Stipendienprogramms sowie freien Eintritt für KünstlerInnen bei laufenden Ausstellungen.

»Der internationalen Aufmerksamkeit für die Bildende Kunst in Berlin und ihrer hohen Wertschätzung entspricht umgekehrt proportional die Geringschätzung und Unterbewertung der zeitgenössischen Bilden-

4 Über aktuelle Aktivitäten der Initiative informiert der Blog www.habenundbrauchen.de

den Kunst durch die Berliner Politik«, kommentierte der bbk die Berliner Kulturpolitik.

Ähnlich hieß es schon im offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister: »Die internationale Anziehungskraft der zeitgenössischen Kunst trägt maßgeblich zur Attraktivität Berlins bei. Doch von dem damit verbundenen Profit und Imagegewinn für die Stadt fließt wenig zu den Akteuren zurück, im Gegenteil: die realen Arbeits- und Lebensbedingungen Berliner KulturproduzentInnen verschlechtern sich zusehends durch steigende Mieten und den Verlust selbstorganisierter Freiräume.«

»Haben und Brauchen« ist in erster Linie eine Initiative von KünstlerInnen. Auch wenn die Bedingungen in anderen Kreativberufen ähnlich sind, lässt sich daraus noch kein breiter Protest ableiten. Florian Wüst glaubt nicht an eine übergreifende Mobilisierung der Kreativbranchen. »Es wäre irrsinnig aufwändig, eine Art Gewerkschaftsbewegung der KulturproduzentInnen zu initiieren, während es bereits diverse Verbände und Künstlervereinigungen gibt. Dennoch lassen sich gerade zwischen Kunst, Architektur und Stadtplanung große Schnittstellen finden, auch durch persönliche Kontakte. Dies ist naheliegend, weil sich die Kunst stark im öffentlichen Raum bewegt.«

Es bleibt also abzuwarten, an welchen Stellen sich der Protest in den nächsten Jahren verdichtet. Angesichts der Abhängigkeit von öffentlichen Förderungen sind auch Verteilungskämpfe zwischen den unterschiedlichen kulturellen Sparten zu befürchten. So hat der bbk richtig darauf hingewiesen, dass nur ein Prozent des Berliner Kulturetats in die Bildende Kunst fließt, aber nicht geäußert, ob er sich eine Verschiebung im Etat oder eine Aufstockung des Gesamtetats wünscht. Im Zusammenhang mit der kommunalen Kulturarbeit spricht Stéphane Bauer von einer »Teile-und-herrsche-Strategie von Senat und Bezirksämtern« (Bauer 2011: 11).

Florian Wüst hält es für sinnvoll, sich auch über alternative ökonomische Modelle jenseits des Kunstmarktes und der öffentlichen Förderung Gedanken zu machen. »Ich könnte mir z. B. ein selbstorganisiertes Fondsmodell vorstellen, bei dem gut verdienende KünstlerInnen etwas einzahlen. Sie profitieren ja von der innovativen Atmosphäre, die durch unabhängige künstlerische Projekte und Räume geschaffen wird, bzw. sind selbst einmal aus einer solchen Praxis hervorgegangen. Ich kann mir vorstellen, dass es Leute gibt, die da freiwillig und gerne mitmachen würden.« Bei diesem Modell geht es vor allem um eine größere Autonomie, nicht darum, den Staat oder die Stadt von ihrer Verantwortung zu entbinden. »Denn es stimmt, dass KünstlerInnen zur Attraktivität der Stadt

beitragen und man durchaus einen anderen Transfer als die Verteuerung der Mieten einfordern muss.«

Trotz sehr unterschiedlicher Bedürfnisse und Arbeitsweisen, die sich aus der Kunstsparte, aber auch daraus ergeben, ob die jeweilige Person freischaffend oder angestellt tätig ist, bildet sich eine Art gemeinsames politisches Bewusstsein heraus. Daraus leiten sich Forderungen an die Politik ab, die zwar interessenspezifisch sind, aber durchaus in den Kontext der Kulturpolitik der Stadt gesetzt werden. Nun kommt es darauf an, dass sich die erwachende Bewegung nicht nach dem Motto »Teile und herrsche« gegeneinander ausspielen lässt.

Kritik als Gegenstand der Kunst

Neben der Repolitisierung der eigenen Arbeitsbedingungen ist die künstlerische (Selbst-)Reflexion ein Weg, sich mit der Prekarität auseinanderzusetzen. Die Filmemacherin Katja Vogt⁵ hat die eigenen Arbeitsbedingungen zum Gegenstand ihres Schaffens gemacht. Eine Haltung, die nicht unproblematisch ist, wie sie selbst findet: »In dem Moment, wo ich mich mit dem Filmemachen beschäftige, bin ich in gewisser Weise ruhig gestellt, sprich: Ich laufe weder Amok noch bin ich politisch aktiv oder mache sonst etwas, was das System ins Wanken bringen könnte. Aus diesem Widerspruch komme ich nicht heraus.« Die freiberufliche Filmschaffende hat vor zwei Jahren ihr Studium an der Kunsthochschule für Medien in Köln abgeschlossen und hatte das Glück, gleich im Anschluss eine Nachwuchsförderung durch die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen zu erhalten. Insgesamt waren die Ausgangsbedingungen in Köln günstig. Von Seiten der Kunsthochschule wurden schon frühzeitig Kontakte zwischen Studierenden und Filmwirtschaft aufgebaut und die Nachwuchsförderung der Filmstiftung NRW ist relativ gut ausgestattet. »In Köln ist mehr Geld in der Filmbranche vorhanden«, meint sie. Dennoch ist sie aus privaten Gründen nach Berlin gezogen, das Image von Berlin als »Stadt der Kreativen« hat dabei keine Rolle gespielt.

Katja Vogts erster langer Dokumentarfilm handelt von Arbeit, von Arbeit als Spiegel der gesellschaftlichen Verhältnisse, von entgrenzter Arbeit, die längst auch in die Realität Festangestellter Einzug gehalten hat. »ArbeitnehmerInnen sollen ähnlich motiviert werden wie KünstlerInnen.« Dazu gehört, dass kaum noch zwischen Arbeit und Freizeit getrennt wird, dass Arbeitende auch am Wochenende selbstverständlich erreichbar sind und alle ständig mit Netzwerken beschäftigt sind. Netz-

5 Name geändert

werken bedeutet, viel unbezahlte Arbeit zu leisten, aber auch, die Unterstützung anderer unentgeltlich in Anspruch zu nehmen.

»Dieser Film hat viel mit mir zu tun, ich denke, es ist kein Zufall, dass ich das Thema gewählt habe«, erzählt Katja Vogt. Zwar war das Budget relativ gut, neben der Filmstiftung NRW finanzierte der Fernsehsender arte den Film, allerdings steht der Arbeitsaufwand in keinem Verhältnis zum Honorar. »Es ist ein aus Idealismus gemachter Film, deswegen wollte ich, dass er meinen Ansprüchen genügt.« Ihr Idealismus ist aber in gewisser Weise symptomatisch für die Kreativbranche und die an dieser angelehnten neuen Arbeitnehmertypen. Der eigene künstlerische Anspruch wird zur Schaffensmotivation, von der Arbeit leben zu können zweitrangig. So bessert Katja Vogt ihr Einkommen mit einem Job als Marktverkäuferin auf, gleichzeitig empfindet sie die körperliche Arbeit als Ausgleich und den Verkauf von Bio-Gemüse als eine Tätigkeit, die sie gut vertreten kann. Für Katja Vogt ist der künstlerische Anspruch in erster Linie auch ein politischer: Sie möchte kritische und politische Dokumentarfilme machen. Von ihrem Filmschaffen leben zu wollen, wäre für sie eine Falle, sie möchte sich nicht in den Dienst der »Mediendiktatur« stellen lassen, d.h. sie möchte selbst über ihre Inhalte entscheiden. Sie bemerkt, dass die Sendeplätze für kritische Dokumentarfilme auch bei den öffentlich-rechtlichen Sendern immer weniger werden. Das wiederum zieht Probleme bei der Beantragung von Fördergeldern nach sich: »Die meisten Filmförderungen sind Ko-Finanzierungen mit Fernsehgehdern. «Wenn von den Sendern kein Geld fließt, geben auch die Filmstiftungen nichts dazu. Sollte sie für die Umsetzung ihres nächsten Drehbuchs keine Finanzierung finden, würde sie den Film auch als Hobby und fast ohne Budget machen und ihr Geld dann lieber auf andere Art und Weise verdienen. «Ich würde auch von Hartz IV leben, ich empfinde das nicht als Schreckgespenst«, meint Katja Vogt. »Filme mache ich aus einer bestimmten gesellschaftlichen Verantwortung heraus, weil ich über das Gelernte Zugang zu einer Ressource habe, den andere nicht haben.«

Die ufo-Universität⁶ hat sich anlässlich der Produktion »Torquato Tasso«⁷ des Berliner Theaterdiscounters mit der Debatte um die Leistungsschau beschäftigt. In ihrer Antwort auf »Haben und Brauchen« kommen die Verfasser zu dem Fazit, dass der Widerspruch, in dem die

6 Die ufo-Universität wurde 2009 in Halle gegründet und beschreibt sich selbst als »interdisziplinäre Denkwerkstatt für theoretische und praktische Kritik«.

7 Das Stück trägt den Untertitel »Reden über die Kunst« und transferiert Goethes Stück in die zeitgenössische internationale Kunstszene Berlins.

Berliner KünstlerInnen leben, nicht auflösbar ist, »dass das Bedürfnis von KünstlerInnen hauptsächlich ihre Kunst zu machen, nicht Anliegen der Stadt ist. Deren Zweck ist es, Wachstum zu ermöglichen und sich daran zu bereichern, um in der Konkurrenz mit anderen Städten und Regionen zu bestehen [...]«.« Zwar sei es richtig, wenn KünstlerInnen für ihre Interessen kämpften, aber sie müssten sich eben der Interessen der Stadt immer bewusst sein und dürften die Stadt keineswegs als Partner ansehen. Auch hier wird fundamentale Kritik an der kapitalistischen Verwertung von Kunst und anderen Kreativbranchen geäußert und gleichzeitig in das künstlerische Schaffen – die Theaterproduktion – integriert. Wie bei allen anderen Versuchen, politische Kritik in die Kunst zu integrieren, wird die Kritik aber auch hier zähmbar, da sie im Kunstwerk konsumierbar und damit letztendlich wertförmig wird. Auch dieses Dilemma ist nicht neu, es besteht grundsätzlich, wenn der Bereich der *l'art pour l'art* verlassen wird.

Es bleibt abzuwarten, ob sich durch eher pragmatisch geprägte Initiativen wie »Haben und Brauchen« zumindest partiell die Lebensverhältnisse Kreativer verbessern lassen. »Es ist die Frage, wie weit man mit seiner Kapitalismuskritik geht«, meint Florian Wüst. »Sobald man sich der Wirklichkeit stellt, kommt man nicht umhin, auch ökonomischen Argumentationen zu folgen und diese für sich zu entwickeln. Wir versuchen aber ständig einen Weg zu finden, sich nicht rein auf die Logik der neoliberalen Ökonomisierung der Gesellschaft einzulassen. Am wichtigsten erscheint mir momentan, dass sich die freie Szene aktiviert und begreift, sich politisch zu verhalten und einzumischen. Dies fällt mit einem gewissen Zeitgeist zusammen, wo ohnehin Fragen gestellt werden, wie: ›Wie gut funktioniert Demokratie?‹ oder ›Welche Stadt wollen wir?‹«.

Die Biennale 2012 versuchte, die Debatte über die Produktionsbedingungen in der Stadt in ihr künstlerisches Konzept einzubeziehen. Für eine Zeitung mit dem Titel »P/Act for Art« befragten die Veranstalter 80 KulturproduzentInnen nach einer Stellungnahme zur Berliner Kulturpolitik, um auf diesem Weg die weitere Debatte über die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse der Kulturproduktion anzuregen – vielleicht aber auch, um diesmal nicht einfach als »GentrifiziererInnen« daher zu kommen. Die Befragte Natascha Sadr Haghghian kritisierte die Zeitung beispielsweise als Imagepolitik: »eine solche umfrage dient nicht dazu, den eigentlichen politischen ansatz in der kulturpolitik zu verändern, sondern bedient vor allem diejenigen offiziellen kulturakteure und institutionen berlins, die ihre imagepolitik aufpolieren wollen und müssen. es sugge-

riert ein partizipatorisches Modell, während es in Wirklichkeit der Korrektur der Corporate Identity dieser Akteure und Institutionen dient, die an einer authentischen Stimme, auch genannt Öffentlichkeit (in diesem Fall »die Künstler«), Maß nimmt, um den Ausverkauf von Berlins kulturellem Leben erfolgreicher verkaufen zu können« (Berlin Biennale 2012).

Künstlerische Kritik bleibt, wie die Beispiele zeigen, immer in dem Widerspruch gefangen, dass sie ins System der Kulturförderung integriert werden kann und damit legitimierend wirkt, sowie selbst als Kunstwerk konsumierbar wird. Umso notwendiger erscheint es, die Abhängigkeiten und die Rolle öffentlicher wie auch privater Geldgeber und deren Interessen deutlich zu machen. Inwieweit Kulturschaffende in diesem System unabhängig und unter sicheren Existenzbedingungen agieren können, bleibt letztendlich Ergebnis eines politischen Verhandlungsprozesses. Dieser Prozess wird angesichts der dahinter stehenden Interessen nicht ein für alle Mal zu lösen sein, sondern erfordert eine permanente öffentliche Auseinandersetzung.

Literatur

- Bauer, Stéphane (2011): Kunstraum Kreuzberg. In: Rundbrief Frühjahr 2011. Berlin, 10-11
 bbk berlin (2011): Künstlereinkünfte stagnieren. Preise steigen. Räume werden knapp.
 In: Rundbrief Frühjahr 2011. Berlin, 8-9
 Berlin Biennale (2011): P/Act for Art. <http://www.berlinbiennale.de/blog/7-biennale/pact-for-art>, aufgerufen im September und Oktober 2011
 Institut für Strategieentwicklung (2011): Studio Berlin II. Berlin
 Lange, Bastian (2011): Klein aber fein. In: ARCH+ 201/202. Aachen: Arch+ Verlag, 78-79
 Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Senatskanzlei – Kulturelle Angelegenheiten, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (2008): Kulturwirtschaft in Berlin. Berlin
 Wahjudi, Claudia (1999): Metroloops. Berlin: Ullstein Buchverlage Berlin

Projekte und Initiativen

- Berlin Biennale: www.berlinbiennale.de
 berlin projekt: www.berlin-projekt.org
 Haben und Brauchen: www.habenundbrauchen.de
 Kunsthaus Tacheles: www.tacheles.de
 Kunstraum Kreuzberg: www.kunstraumkreuzberg.de
 Kunstraum Kreuzberg:
 Musenstube: www.musenstube.de
 Schokoladen: www.schokoladen-mitte.de

Im positiven Abseits

Von Christian Linde

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit zwei Jahrzehnten Wohnungslosenspolitik in Berlin. Den Entwicklungstendenzen in der Programmatik des Hilfesystems, den Wandlungsprozessen in der Akteurslandschaft im Kontext marktorientierter Rahmenbedingungen in der Wohlfahrtswirtschaft und skizziert Einzelaspekte der Selbstorganisation Wohnungsloser zwischen behördlichem Unterbringungsmanagement, sozialer Exklusion und räumlicher Ausgrenzung.

Ist von »Obdachlosen« die Rede, drängt sich noch immer ein Bild auf: Männer mittleren Alters, die auf der Suche nach Nahrung, Kleidung und Unterkunft durch die Anonymität der Großstadt streifen. Insbesondere die alljährlich in den Wintermonaten von Wohlfahrtsorganisationen durchgeführten Plakataktionen, Postwurfsendungen und Spendenaufrufe tragen zu dieser Wahrnehmung bei. In den Medien gehört Wohnungslosigkeit zu den so genannten journalistischen Weichthemen und rangiert an nachgeordneter Stelle – quasi abrufbar als saisonales Phänomen in der Kälteperiode: Sinken die Temperaturen, steigt der Umfang der Berichterstattung. Mehr als 80 Prozent aller Beiträge in den Print-Produkten (nicht nur) in der Region Berlin-Brandenburg zum Thema Wohnungslosigkeit beschränken sich auf das vierte Quartal des jeweiligen Jahres (Linde 2012: 1). Selbst Gewaltübergriffe gegen Wohnungslose werden in der lokalen, regionalen und überregionalen Tagespresse eher auf den hinteren Seiten platziert. Lediglich Berichte über Morddelikte, Kältetote oder exotische Einzelschicksale reichen über den Umfang von Agenturmeldungen oder Randnotizen hinaus. Insbesondere in den elektronischen Medien dominieren »Homestories« von der Straße. Boulevardesk wird Wohnungslosigkeit nicht primär als gesellschaftliches, sondern als individuelles Problem in Szene gesetzt. Die Darstellung der Betroffenen wird beherrscht von tradierten Vorstellungen vom »Trinkermillieu« und vom »tütentragenden, bärtigen Mann« als »klassischem« Obdachlosen und bestätigt damit Klischees vom »Tippelbruder«, »Penner«, »Säufer« und »Landstreicher« am Rande der Legalität oder im Umfeld von Orten der Kriminalität (Linde 2004: 85).

Ursachen von Wohnungslosigkeit

Zudem wird angesichts von weltweiten Naturkatastrophen, Hungersnöten und Wanderungsbewegungen Wohnungslosigkeit in entwickelten Industriestaaten nach wie vor als Wohlstandsproblem betrachtet. Dass der Kreis, der zu den so genannten Wohnungsnotfällen zu zählen ist, weitaus umfangreicher und die Ursachen von Wohnungslosigkeit wesentlich differenzierter ausfallen und Folge von prekären Lebensverhältnissen sind, bleibt in der politischen Diskussion oft genug unberücksichtigt. Entgegen des manifestierten Eindrucks vom »Einzelschicksal« ist die besondere Lebenssituation vor allem aber Ergebnis von Eigentumsverhältnissen, politischen Prämissen, Verwaltungshandeln und der inhaltlich-konzeptionellen Ausrichtung des Hilfesystems. »Eine Person ist ein Wohnungsnotfall, wenn sie wohnungslos oder von Wohnungslosigkeit bedroht ist oder in unzumutbaren Wohnverhältnissen lebt. Wohnungslos ist, wer nicht über einen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügt«, lautet die innerhalb der Fachdebatte mittlerweile als Orientierungsrahmen anerkannte Definition (Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. 2011). Konkret betroffen sind demnach Personen im ordnungsrechtlichen Sektor, die aufgrund ordnungsrechtlicher Maßnahmen ohne Mietvertrag, das heißt lediglich mit Nutzungsverträgen in Wohnraum eingewiesen werden bzw. sich in Notunterkünften aufhalten oder die im sozialhilferechtlichen Sektor ohne Mietvertrag untergebracht sind (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales 2012). Von Wohnungslosigkeit bedroht ist, wem der Verlust der Wohnung aufgrund der Kündigung durch den Vermieter, einer Räumungsklage (auch mit nicht vollstrecktem Räumungstitel) oder sonstigen zwingenden Gründen unmittelbar bevorsteht, etwa aufgrund von eskalierten sozialen Konflikten, Gewalt geprägten Lebensumständen oder wegen Abbruch des Hauses (ebd.).

Wende zur Wohnungslosenhilfe

Die Geschichte der Wohnungslosenhilfe ist wesentlich gekennzeichnet von Repression, Verfolgung und Vernichtung. Von der christlich geprägten Armenfürsorge des Mittelalters, den polizeilich-restriktiven Maßnahmen Preußens und der systematischen Vernichtung in den NS-Konzentrationslagern – tatkräftig begleitet durch die Unterstützung der damaligen verbandlichen »Wanderfürsorge« – hin zum Aufbau eines an Werten orientierten Hilfesystems liegt eine lange Entwicklung. So wie die Nachkriegsgesellschaft die als »Asoziale« stigmatisierten Wohnungslosen

nicht als Opfer des NS-Regimes anerkannte, die Tatbestände »Bettelei« und »Landstreicherei« im Strafgesetzbuch weiter erhalten blieben, setzten sich in der kommunalen Wohnungslosenpolitik bundesrepublikanischer Provenienz über Jahrzehnte Ausgrenzung und Zwangsmaßnahmen fort. Die Unterbringung Wohnungsloser erfolgte über die späten 1970er Jahre hinaus jenseits des städtischen Alltagslebens insbesondere in isolierten Siedlungen in Stadtrandlage (Der Spiegel 39/1975). Erst die Reformansätze in der Ära der sozial-liberalen Koalition und die unter dem Schlagwort »Neue Armut« ab Mitte der 1970er Jahre einsetzende Debatte schloss die wachsende Zahl von Wohnungslosen in die allgemeine Armutsbetrachtung ein und beförderte auf gesetzgeberischer Ebene einen schrittweisen Wandel (Scheffler o.J.), angestoßen auch unter dem Druck einer wachsenden Armutsbetroffenheit (Der Spiegel 40/1970). Zudem blieben positive Effekte der althergebrachten Wohnungslosenhilfe aus (Treuberg 1990). Die Reform des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) im Jahre 1974 und die Strafrechtsreform im gleichen Jahr bildeten die Grundlage zu einem entkriminalisierten Umgang mit Wohnungslosen und läuteten die Abkehr vom in den 1930er Jahren formulierten Leitbegriff der »Nichtsesshaftigkeit« ein, der den »Nichtsesshaften« weiterhin »als besondere, sozial abnorme und psychisch auffällige Persönlichkeit« verstand (ebd.). Gleichwohl sollten noch zwanzig Jahre vergehen, ehe sich die Vielfalt der Problemlagen von armen und sozial ausgegrenzten Menschen auch im fachverbandlichen Selbstverständnis widerspiegelte (Specht-Kittler 2004; Busch-Geertsema, Evers, Ruhstrat 2004).

Soziale Spaltung statt Spaltung der Stadt

»Den obdachlosen und von Obdachlosigkeit bedrohten Bürgern muss die Herstellung bzw. Erhaltung menschenwürdiger Wohn- und Lebensverhältnisse ermöglicht werden. An dieser Zielsetzung haben sich alle Angebote zu orientieren«, schlussfolgerte Mitte der 1970er Jahre auch die Berliner Politik (Abgeordnetenhaus von Berlin, DS 6/1155, DS 6/1290, DS 6/1508). Spürbare Schritte aus der Sackgasse der traditionellen »Nichtsesshaftenhilfe« blieben jedoch vorerst aus (Abgeordnetenhaus von Berlin, DS 7/1042: 5-15). Der Durchbruch hin zu lebenslageorientierten Angeboten vollzog sich wirksam erst ab Ende der 1980er Jahre (vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin, DS 10/1576: 15-35).

Zu den Hauptproblemen Berlins, die sich infolge der Wiedervereinigung der beiden Stadthälften nach 1989 herausbildeten, gehörte eine zunehmende soziale Spaltung. Die wirtschaftlichen Umbrüche,

die Abwanderung von Firmen aus dem Westteil und die Schließung von Betrieben im Ostteil der Stadt, führten zu einem kontinuierlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit (Statistisches Landesamt 2012). Parallel dazu vollzog sich eine andere dramatische Entwicklung: Die offizielle Zahl der Wohnungslosen stieg zwischen 1989 und 1993 um über 80 Prozent (vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin, DS 13/4095: 17). Experten gingen bereits 1990 sogar von insgesamt rund 40.000 Wohnungslosen sowie in dubiosen Untermietverhältnissen lebenden Menschen aus (Arbeitskreis Wohnungsnot 2012). Die »Wohnungsnot im Wohlstands-Deutschland« (Der Spiegel 50/1988) beförderte tausende Menschen in Mehrbettzimmer mit Minimalstandard, so genannte Läusepensionen. Auch aus regierungspolitischer Perspektive erfasste die Wohnungsnot nicht mehr nur ohnehin sozial Ausgegrenzte, sondern die Mitte der Gesellschaft. »Fast jeder, der heute in Berlin seine Wohnung verliert, läuft Gefahr, kein neues Obdach zu finden. Es sind nicht mehr nur die Menschen, die klassisch als Obdachlose bezeichnet werden, diejenigen die Sie als ›Berber‹ bezeichnet haben und für die die Gesellschaft alle möglichen Formulierungen gefunden hat, sondern ›Herrn und Frau Jedermann‹ kann dies passieren, wenn sie ihre Wohnung verlieren«, charakterisierte die damalige Sozialsenatorin die Situation (Abgeordnetenhaus von Berlin, DS 11/567: 1178ff.). Gleichzeitig stellten sich im Zuge der Grenzöffnung neue Herausforderungen ein. Berlin wurde wie alle Großstädte Anlaufpunkt für Arbeitsuchende, Akademiker und Abenteuerer aus allen Himmelsrichtungen. Auch auf Aussteiger, Gestrandete und Menschen mit ungesicherten Aufenthaltsstatus, die zusätzlich als Nachfragende auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt respektive Wohnungslosenhilfeeinrichtungen auftraten, übte die Millionen-Metropole eine große Anziehungskraft aus. Ende 1993 hatte die Zahl der Wohnungslosen mit offiziell von den Bezirksämtern registrierten 11.063 (nur Bezirke im Westteil) und eine unbekannte Zahl von Menschen ohne jedes Obdach dann einen Höhepunkt erreicht (vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin, DS 13/4095: 17; Neues Deutschland v. 31.12.1990; Pfahler 2011: 50).

Ausgehend von einem 1990 bestehenden Versorgungsdefizit von 145.000 Wohnungen berechnete die Senatsbauverwaltung in einem behördeninternen »Szenario zum Wohnungsmarkt« einen »deutlichen Anstieg des Wohnungsfehlbestandes« bis Mitte der 1990er Jahre von rund 270.000 Wohnungen (Der Tagesspiegel v. 9.10.1990). Erst der in den Folgejahren einsetzende Bauboom führte zwischenzeitlich zu einer Entspannung (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2002: 28f.), auch mit

Effekten auf die Wohnraumversorgung für Wohnungslose (vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin, DS 13/4095: 17)

Projekte und Programme

Die verbesserte Versorgungslage auf dem Wohnungsmarkt ging einher mit einem Ausbau der Infrastruktur für Wohnungslose. In der Folge entwickelte die Stadt ein abgestuftes Hilfesystem von ambulanten und (teil)stationären, so genannten niedrig- und hochschwelligem Angeboten (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales 2012). Dazu gehören Beratungsstellen, Bahnhofsdienste, Straßensozialarbeit, aufsuchende Sozialarbeit, ambulante medizinische Versorgung auf der Straße sowie Treffpunkte, Wärmestuben, Tagesstätten, Nachtcafés und Notübernachtungen (ebd.).

Im (teil)stationären und höherschwelligem Bereich existieren Angebote zum Wohnungserhalt und Wohnungserlangung (WUW), Betreutes Einzel- und Gruppenwohnen. Die Berliner Unterbringungsleitstelle (BUL) im Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) übernimmt die Aufgabe, Flüchtlinge, Asylbewerber, jüdische Zuwanderer sowie Spätaussiedler vorübergehend in Aufnahme- und Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen. Für beide Unterkunftstypen schließt das Land Belegungsverträge mit »geeigneten Betreibern« ab. Darüber hinaus kooperiert die BUL mit den Bezirken hinsichtlich der Erfassung von vertragsfreien Unterkünften, die von den Bezirken gemeldet und für die Unterbringung von den Sozialämtern abgerufen werden können. Hinzu kommen »Hilfen zur Erziehung«, die kommunale Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe für Familien mit Kindern umfassen, in deren Rahmen eine Vielzahl ambulanter, teil- und stationärer Angebote existieren.

Einen wesentlichen Baustein, um Wohnungslosigkeit zu vermeiden oder zu beseitigen, bildet das seit 1993 existierende »Geschützte Marktsegment« (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales 2012). Zwischen den städtischen Wohnungsunternehmen, dem Land und den Bezirken vereinbart, verpflichten sich die Gesellschaften Wohnungen bereitzustellen. Aktuell liegt die vereinbarte Zahl bei 1376 (Stand 2010). »Die Wohnungsvergabe folgt dem Grundsatz des Vorrangs der Vermeidung von Wohnungslosigkeit vor der Beseitigung bestehender Wohnungslosigkeit.« (§ 2 Kooperationsvertrag). Bedingungslos erfolgt eine Vermittlung allerdings nicht. Die Voraussetzungen hierfür sind – auf Druck der Wohnungswirtschaft – nicht nur eine »sozialpädagogische Prognose«, der Vermieter bewertet auch die »Eignung« des Wohnungskandidaten hin-

sichtlich des »Wohnumfelds«. Eine Interventionsmöglichkeit bei Ablehnung durch den Vermieter besteht für das Land als Eigentümer der Wohnungsgesellschaften nicht (Berliner MieterEcho 322/07).

Gesetzliche Grundlage für die zweite Säule im Bereich der Prävention, die Möglichkeit der Mietschuldenübernahme, ist das Sozialgesetzbuch II (SGB II) und das Sozialgesetzbuch XII (SGB XII). Während zu den Zeiten des Bundessozialhilfegesetzes materielle Leistungen und persönliche Hilfen aus einer Hand bewilligt wurden, liegt die Zuständigkeit für von Wohnungsverlust bedrohte Menschen durch die veränderte Rechtslage im Zuge der Hartz IV-Gesetzgebung mit den Jobcentern und den Sozialämtern bei zwei Behörden.

Akteure in der Armenversorgung

Mit dem 2004 verabschiedeten Gesetzespaket zu den modernen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt und der Einführung des SGB II und des SGB XII sind nicht mehr nur die »klassischen« Institutionen mit Wohnungslosen befasst. Nach dem Willen der Bundespolitik gilt ein Großteil des Personenkreises im Sinne des SGB II als erwerbsfähig und ist den Jobcentern zugeteilt. Die Wohnungslosenhilfe selbst wird organisiert durch das Zusammenwirken verschiedener Akteure: der Bezirksämter, denen die Unterbringungsverpflichtung als Ordnungsbehörden obliegt und denen die Zuständigkeit für sämtliche Belange der Sozialhilfe zufallen, der Senatsebene, vertreten durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales sowie des Landesamtes für Gesundheit und Soziales als nachgeordnete Behörde. Sie stehen für die Konzeptentwicklungen zu den Zielen und Leitlinien der Wohnungslosenpolitik und den Maßnahmenplanungen. Gleichzeitig ist die Senatssozialverwaltung verantwortlich für Abschlüsse von Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen mit den Einrichtungsträgern und die finanzielle Ausstattung für Einzelprojekte auf gesamtstädtischer Ebene im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Berlin 2012). Weitere Akteure sind die kirchlichen sowie eine wachsende Zahl gewerblicher Träger.

Wohnungslosenhilfe im Wettbewerb

Freie Träger sind privatrechtlich organisiert, als Verein, Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) oder in Form einer Stiftung bürgerlichen Rechts. Mit der Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) 1990 und des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) 1994 betrieb der

Gesetzgeber einerseits eine Gleichstellung der privat-gemeinnützigen und privat-gewerblichen Träger. Andererseits läutete dieser Prozess den schrittweisen Rückzug des Staates aus der Sozialen Arbeit ein und rief deren Wettbewerbscharakter aus. Fortan sollte gelten: »Zur Erfüllung der Aufgaben der Sozialhilfe sollen die Träger der Sozialhilfe eigene Einrichtungen nicht neu schaffen, soweit geeignete Einrichtungen anderer Träger vorhanden sind, ausgebaut oder geschaffen werden können [...].« (§ 75 SGB XII). Mittel für die Vergütungen der teil- und vollstationären Einrichtungen erhalten Träger der Wohnungslosenhilfe durch Zuwendungen auf der Basis von Leistungsvereinbarungen oder durch Ersatzleistungen für deren Aufwendungen (Berliner Rahmenvertrag gemäß § 79 Abs. 1 SGB XII). »Die Vereinbarungen müssen den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Leistungsfähigkeit entsprechen.« (§ 75 SGB XII). Gleichzeitig aktiviert der Rahmenvertrag die Renditeorientierung der Leistungserbringer. »Die Vergütungen werden auf der Grundlage des §§ 75 SGB XII vereinbart. Sie werden prospektiv, das heißt vor Beginn der jeweiligen Wirtschaftsperiode für einen zukünftigen Zeitraum vereinbart ohne nachträgliche Ausgleiche von Gewinnen und Verlusten. Sie müssen leistungsgerecht sein und bei sparsamer und wirtschaftlicher Betriebsführung eine bedarfsgerechte Hilfe ermöglichen.« (Berliner Rahmenvertrag gemäß § 79 Abs. 1 SGB XII). Eigenmittel, vor allem akquiriert über Mitgliedsbeiträge, Lottoabführungen, Spenden und Geldauflagen der Justiz, tragen bei Wohlfahrtsverbänden zusätzlich zur finanziellen Ausstattung der freien Träger bei. Für Beratungs- und Hilfeleistungen von Wohnungslosen verausgabte Berlin jährlich rund 28 Millionen Euro. Nicht berücksichtigt sind dabei die von den Jobcentern zu erstattenden Unterbringungskosten, die von den Bezirksämtern nicht gesondert erhoben werden (Abgeordnetenhaus von Berlin, DS 16/12 170: 9). Für die »Hilfen zur Erziehung« liegt das Jahresbudget bei etwa 320 Millionen Euro (Tagesspiegel v. 22.12.2008).

Sozialer Markt im Wandel

Das sich Ende der 1980er Jahre wandelnde Staatsverständnis, die Demission des Sozialstaates aus seinen ursprünglichen Aufgabenbereichen und die systematische Marktöffnung für die Grundversorgung, führte nicht nur zu einer Neuordnung des Verhältnisses von Öffentlicher Hand, Sozialwirtschaft, Verwaltung und Bürger, sondern erzeugte auch bei den herkömmlichen Wohlfahrtsinstitutionen einen Wandlungsprozess. Der finanzielle Druck infolge des Wegfalls des sog. Selbstkostendeckungsprin-

zips im Sozialen Sektor, das einer Einrichtung in der Sozialen Arbeit die Aufwendungen in der tatsächlichen Höhe praktisch komplett erstattet und das zu Gunsten der Preisbestimmung durch den Markt mit dem Ziel der Kostenersparnis abgelöst wurde, setzte die Träger unter Zugzwang (Wohlfahrt, Norbert 2004: 69ff.). Zumal unter den neuen Voraussetzungen tarifliche Bindungen von staatlicher Seite zunehmend vernachlässigt wurden (Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz 2011: 8). Reagiert haben die Verbände, die mit rund 1,4 Millionen hauptamtlichen Mitarbeitern und schätzungsweise 2,5 bis 3 Millionen ehrenamtlich engagierten Helfern zu den größten Arbeitgebern in Deutschland gehören (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. 2012) auf die Vermarkt- bzw. Verbetriebswirtschaftlichung mit der Umstrukturierung ihrer Organisationen. Dazu gehörte in erster Linie die Ausgründung von zahlreichen Einrichtungen und Diensten in gemeinnützige Gesellschaften, Stiftungen oder andere Rechtsformen. Wobei diese in der Regel 100 %-Töchter der »Mutter-Organisation« sind oder von dieser beherrscht werden (Die Tarifpolitischen Leitlinien des Deutschen Caritasverbandes 2007: 2). »Dabei nutzen einige Träger diese rechtlichen Möglichkeiten zum Ausstieg aus den einschlägigen Arbeitsvertragsbedingungen.« (ebd.). Gleichzeitig wurde durch das Primat der Wirtschaftlichkeit und der Einführung von Kosten-Nutzen-Kalkülen nicht nur die Konkurrenz unter den Wohlfahrtsorganisationen sondern zwischen den Einrichtungen innerhalb eines Trägers selbst sogar begrüßt und forciert. »Die verbandliche Caritas stellt fest, dass es einen innerverbandlichen Wettbewerb zwischen Einrichtungen und Diensten gibt. Dies kann der guten qualitativen Versorgung dienen und zu Innovationen führen.« (Die Tarifpolitischen Leitlinien des Deutschen Caritasverbandes 2007: 1). Methoden der Unternehmensführung wie Controlling und Kostenoptimierung gehören inzwischen zum Standardrepertoire bei den Sozialen Trägern. Den betriebswirtschaftlichen Ordnungs- und Organisationsrahmen bei der Bereitstellung ihrer Dienstleistungen stützen die Wohlfahrtsverbände zunehmend auf ein rigides Regime in ihrer Rolle als Arbeitgeber (Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz 2012). So finden herkömmliche Instrumente wie das Betriebsverfassungsgesetz und die Personalvertretungsgesetze keine Anwendung. Schließlich profitieren Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften bereits seit den Zeiten der Weimarer Republik von der Möglichkeit, ein eigenes Arbeitsrecht zu etablieren, mit Verfassungsrang auch im Grundgesetz verankert. Im Rahmen des sog. »Dritten Weges«, der eine Dienstgemeinschaft zwischen

Arbeitgeber und Arbeitnehmer bildet, bestimmt demnach der Dienstherr die Ausgestaltung des vor allem an Loyalitätspflichten gebundenen arbeitsrechtlichen Kriterienkanons (Die Tarifpolitischen Leitlinien des Deutschen Caritasverbandes 2007: 1).

Trotz des Sonderstatus« galten für die Beschäftigten im von den Wohlfahrtsverbänden beherrschten sozialen Dienstleistungssektor über Jahrzehnte annähernd die Bestimmungen des Bundes-Angestellten-Tarifvertrages (BAT). Diese Praxis gehört mit der Schaffung marktorientierter Rahmenbedingungen der Vergangenheit an. »Insbesondere die kirchlichen Einrichtungen (Caritas, Diakonisches Werk), wo fast drei Viertel der im sozialen Sektor Beschäftigten arbeiten, setzen den sozialen Markt unter Druck und wirken als Trend setzende Beschleuniger auf die ganze Branche, indem sie sich ziemlich unchristlich als Vorreiter für schlechte Bezahlung und schlechte Arbeitsbedingungen betätigen.« (Kraft 2003: 1) Darüber hinaus avancierten die christlichen Träger mit der Einführung von Hartz IV zum Vollstrecker der neuen Arbeitsmarktpolitik. »Während in Leitbildern und Jubiläumsreden die ethischen Normen freier Träger beschworen werden, hat sich ihre Politik seit Langem dem stummen Zwang der Verhältnisse gebeugt [...]. Ganz besonders deutlich wurde dies bei der Einführung der sogenannten »1-Euro-Jobs«, als diejenigen Organisationen, die diese Politik zunächst am stärksten kritisierten, die ersten waren, die dann solche Jobs einrichteten.« (Brombach 2010: 58).

Träger neuen Typus

Trotz der bundesweit marktbeherrschenden Stellung haben die Wohlfahrtsverbände die Umwandlung sozialer Dienste in eine handelsübliche Ware politisch – auch in Berlin – mit über 90.000 Beschäftigten (Kraft 2007: 1) praktisch widerstandslos hingenommen. War die Trägeridentität über Jahrzehnte bestimmt von einem werteorientierten Selbst- und Hilferverständnis, ist die Armutsarbeit in zunehmendem Maße vom Ringen um Ressourcen und Rentabilität diktiert (Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz 2012: 8). Tatsächlich konkurrieren die Wohlfahrtsverbände und die unter deren Dach organisierten Träger mit der zunehmenden Ökonomisierung der sozialen Arbeit im neuen sozialstaatlichen Koordinatensystem und dem sich darin seit knapp zwei Jahrzehnten entwickelnden Sozialmarkt sukzessive mit einer wachsenden Zahl gewerblicher Anbieter (ebd.). »Die privaten Träger übernehmen dabei die Rolle eines Treibers und zwingen einen Wettbewerb auf, der faktisch zu Preis- und Lohndumping führt« (Sell 2009).

Während in der öffentlichen Wahrnehmung seit Jahren die Infrastruktur des hauptsächlich von ehrenamtlichen Helfern getragenen und in erheblichen Umfang spendenbasierten konfessionsgebundenen Angebotes der »Kältehilfe« (GEBEWO GmbH 2012) für »auf der Straße lebende Menschen« dominiert, Promi-Patenschaften zur symbolischen Aufwertung sponsorengetriebener Einzelaktivitäten führen (Berliner Morgenpost v. 22.12.2010; Berliner Stadtmission 2012; www.obdachlosenfest.de), haben in der Trägerlandschaft der Wohnungslosenhilfe in der Periode des Aus- und Aufbaus eines ausdifferenzierten Hilfesystems zahlreiche neue Player ihren Platz gefunden. Doch erst Medienberichte im Zusammenhang mit der »Maserati-Affäre« um den Geschäftsführer der »Treberhilfe« (Tagesspiegel v. 22.12.2008) haben einem größeren Publikum eröffnet, dass Wohnungslosenhilfe ein breit gefächertes Spektrum von sozialen Dienstleistungen umfasst und dass einzelne Träger sich zu bedeutenden Akteuren in der Sozialwirtschaft entwickelt haben, die mitunter branchenfremde Unternehmen oder Firmenformationen repräsentieren. Vor allem die mehrheitlich von Politik und Presse posierte Empörung rund um das Geschäftsgebahren der »Treberhilfe« verstellte den Blick auf die strukturellen Ursachen vermeintlich »individueller« Verfehlungen eines einzelnen Sozialunternehmens, das allein im Jahre 2009 einen Umsatz von 13 Millionen Euro erwirtschaftete (Berliner Zeitung v. 11.3.2010). Hatte doch erst der mit den Gesetzesänderungen politisch gewollte Kampf um Marktpositionen und Marktanteile die Verbandsaustritte und Rechtsformänderungen in der Trägerlandschaft ausgelöst und den Ausstieg aus den tariflichen Bindungen mit den mittlerweile beklagten Konsequenzen ausgelöst (Ver.di 2003), ein Prozess für den das Geschäftsmodell der »Treberhilfe« lediglich eine Spielart repräsentiert (vgl. Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit 2010).

Letzendlich führte der von der öffentlichen Hand gesetzlich zugestandene Gestaltungsspielraum bei der Mittelverwendung systematisch zu untertariflicher Bezahlung, inakzeptablen Arbeitsbedingungen und zu einer Flexibilisierung der Arbeitszeit. Die Profite bei zahlreichen Sozialunternehmen in Berlin bewegen sich nach Berechnungen der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di im zweistelligen Millionenbereich (Berliner Morgenpost v. 30.12.2010).

Insgesamt verausgabte der Senat für staatliche Aufgaben im Bereich der Betreuung von Behinderten, Kindern, Jugendlichen, Wohnungslosen und anderen Bedürftigen pro Jahr Entgelte in Höhe von 2 Milliarden Euro (ebd.).

Effekte und Ergebnisse der Wohnungslosenpolitik

Angesichts der Finanzsituation in Berlin kreisten die Zukunftsprognosen der Stadtregierung bereits Ende der 1990er Jahre um Krisenszenarien. »Die Rahmenbedingungen heutiger Wohnungslosenpolitik und -hilfe unterscheiden sich deutlich von denen zu Beginn der 90er-Jahre. Sie sind gekennzeichnet durch eine deutlich angespannte Haushaltslage des Landes Berlin, die zu weiteren Einsparungen im öffentlichen Personalhaushalt und bei den Ausgaben an Träger sowie zu verstärkten Verteilungskämpfen in den Folgejahren führen wird.« (Abgeordnetenhaus von Berlin, DS 13/4095). Während die Ankündigungen ihren Niederschlag in den jährlichen Verhandlungen der Liga-Spitzenverbände mit dem Senat zur Fortschreibung der Entgelte für die übernommenen staatlichen Pflichtleistungen finden sollten (Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin 1999: 1), reicht die ebenfalls seinerzeit letzte programmatische Positionsbestimmung der Stadtpolitik mit den »Leitlinien und Maßnahmen- bzw. Handlungsplan der Wohnungslosenhilfe und -politik« nicht nur ins vergangene Jahrtausend, sondern in die Periode zurück, in der sich bereits eine neue Welle von Wohnungsnotfällen abzeichnete. So war die Zahl der überschuldeten Haushalte nach Schätzungen auf mindestens 150.000 angewachsen (die tageszeitung v. 19.7.1998). Mieterorganisationen bezifferten allein die Mietschulden mit knapp einer halben Milliarde Mark (ebd.). Trotz eines in Teilsegmenten noch relativ entspannten Wohnungsmarktes räumte der Senat bereits 1999 ein: »Es soll auch darauf hingewiesen werden, dass ein Anstieg der Wohnungslosenzahlen in der Zukunft nicht ausgeschlossen werden kann. Als Gründe hierfür, [...] können unter anderem genannt werden: die Verknappung bei den preisgünstigen Wohnungen auf Grund des Wegfalls von Belegungsbindungen und drastischer Reduzierung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus, sowie der Sanierung von Wohnungen im Ostteil der Stadt und damit verbundene Mietpreiserhöhungen, weitere negative Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in Verbindung mit einer negativen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die mögliche Zunahme von Ver- und Überschuldung der privaten Haushalte etc.« (Abgeordnetenhaus von Berlin, DS 13/4095). Auf diesem Hintergrund werden in den »Leitlinien« als primäre Ziele formuliert: die Vermeidung von Wohnungsverlust, die Rückführung in eigenen Wohnraum und ein Ende der Unterbringung in Einrichtungen ohne qualifizierte Betreuung. Für den Personenkreis der dauerhaft auf der Straße lebenden Menschen, »die perspektivisch nicht in eigenständige Lebensverhältnisse und eigenen Wohnraum reintegriert werden können oder

wollen«, seien niedrigschwellige Einrichtungen mit Motivationshilfen anzubieten. Für Langzeitwohnungslose mit entsprechendem Pflegebedarf und Verwahrlosungserscheinungen, die in den Heimen und Pensionen ohne Betreuung untergebracht sind, sollen ebenfalls Einrichtungen mit einer angemessenen Versorgungs- und Betreuungsleistung vorgehalten werden, die ein dauerhaftes Wohnen ermöglichen (ebd.).

Die Ergebnisse der unterschiedlichen Hilfeansätze belegen in einer nach zehn Jahren vorgelegten Zwischenbilanz, dass der Senat die in den »Leitlinien« fixierten zentralen Ziele der Prävention, Integration und des Ausbaus qualifizierter Versorgungs- und Betreuungsleistungen nicht erreicht hat. So ist die diagnostizierte »Sockelwohnungslosigkeit« und die »geschätzte« Dunkelziffer der »auf der Straße lebender Menschen« nicht abgebaut worden. Ein größerer Teil der untergebrachten Wohnungslosen lebt nicht nur ohne jede Betreuung, auch hat sich der zunehmend migrationsbestimmte Klientenwandel fortgesetzt. Einzeluntersuchungen wiesen bereits vor knapp zehn Jahren einen Anteil von 30 bis 33 Prozent »Langzeitwohnungslose« aus (Nothbaum, Kämper, Lübker 2004: 115ff.). Die Zahl Suchtmittelabhängiger unter Wohnungslosen infolge von Alkoholmissbrauch lag zum gleichen Zeitpunkt bei rund 36 Prozent (ebd.: 103ff.).

Präventiv-Projekte, wie das »Geschützte Marktsegment«, blieben trotz positiver Verlautbarungen (Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen 2000) weit hinter den Erwartungen zurück. In den knapp zwanzig Jahren der Existenz des Wohnungspools wurden die zugesicherten Quoten nicht erfüllt (Landesamt für Soziales 2012). Insgesamt wird die Wirksamkeit des Programms von Experten aufgrund qualitativer und quantitativer Mängel als begrenzt eingeschätzt (Mühlich-Klinger 2005: 78, 83). Die Mehrzahl der angebotenen Wohnungen liegt mittlerweile ausschließlich in unattraktiven Lagen der Randbezirke (vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin, DS 17/10210: 1).

Die zweite Säule der Prävention, die Möglichkeit der Mietschuldenübernahme fällt mit der Einführung von Hartz IV in noch größerem Maße zu Ungunsten der Betroffenen aus. So werden diese nicht als Beihilfe, sondern nur als Darlehen gewährt und führen selbst im Falle der Bewilligung häufig zu Folgeproblemen (Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe 2007). Für den Zeitraum 1997 und 2006 bzw. 2009 und 2010 liegen gerichtliche Mitteilungen über Räumungsklagen insgesamt in rund 120.000 Fällen vor (vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin, DS 16/12 170; DS 17/10 269). Zugleich beobachten Experten bei der Primärverschuldung erneut eine »dramatische Entwicklung« (Landesarbeitsgemeinschaft

Schuldner- und Insolvenzberatung Berlin e.V. 2010) – Indizien für die sich verschärfenden sozialen Ungleichheiten lieferte bereits der erste vom Senat vorgelegte Armutsbericht (Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz 2002).

Auch in Hinblick auf den Abbau von Angeboten ohne qualifizierte Betreuung hat die Senatspolitik die eigenen Vorgaben verfehlt. »Die Unterbringungseinrichtungen verfügen in der Regel über hohe Platzkapazitäten in Mehrbettzimmern. Eine zielgerichtete, umfängliche und qualifizierte Einzelfallbetreuung wird dadurch fachlich erschwert« (vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin, DS 16/12 170: 6). Die Quote der wohnungslosen Haushalte, die persönliche Hilfen in stationären und ambulanten betreuten Wohnformen erhalten, hat sich im Verhältnis zu allen gemeldeten wohnungslosen Haushalten lediglich von 25 auf 31 Prozent erhöht (vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin, DS 16/10 004). Knapp zwei Drittel aller in wohnähnlichen Verhältnissen Untergebrachter waren damit nach wie vor von weitergehenden Hilfen abgeschnitten (Berliner Unterbringungsstelle 2011).

Einen wachsenden Hilfebedarf registrieren auch die niedrigschwelligen Einrichtungen. So verzeichnet der aktuelle »Liga-Vertrag-Soziales« für das Jahr 2009 eine Zunahme der Klientenkontakte um zehn Prozent (Qualitätsgemeinschaft Soziale Dienste e.V. 2010: 1). Die »Kältehilfe« bilanziert die größte strukturelle Mangellage. Der vom Senat geschätzten Zielgruppe von 2.000 bis 4.000 auf der Straße lebenden Menschen standen in den Wintermonaten 2010/2011 lediglich zwischen 295 und 376 Übernachtungsplätze gegenüber (vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin, DS 16/14989). Auch im darauf folgenden Jahr stand gerade einmal jedem zehnten Bedürftigen eine Notschlafstelle zur Verfügung (junge Welt v. 3.4.2012).

Zu den gravierenden Versäumnissen des Senates gehört es, dass nach wie vor keine offizielle Wohnungsnotfallstatistik existiert. Ein tatsächlich bedarfsorientiertes Angebot ist dadurch praktisch ausgeschlossen, obwohl längst eine umfassende Analyse zu den methodischen Möglichkeiten der amtlichen Statistik vorliegt, die Zahl und die Struktur der von Wohnungsnot bzw. Wohnungslosigkeit betroffenen Haushalte regelmäßig zu erheben (König 1998). Als einzige Informationsquelle dient das Schätzmodell der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (Mieterschutz 6/1999).

Sozialverbände veranlassen die Zahl der Wohnungslosen in Berlin mit ca. 11.000 mittlerweile wieder auf dem Rekordniveau von 1993 (Caritas 2010). Tatsächlich gesicherte Zahlen liegen nicht vor (vgl. Abgeordne-

tenhaus von Berlin, DS16/14989: 1; Nationale Armutskonferenz 2011). In besonderer Weise beeinträchtigen die Folgen der Wohnungs- und Mietpolitik der zurückliegenden Dekade die Integrationsbemühungen (Kahl-Passoth 2005: 2). So hat sich der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für viele Bevölkerungsgruppen weiter erschwert (Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V. 2011: 75; Landesarmutskonferenz Berlin 2011: 1).

Dem Defizit an seriösen Daten über die Anzahl und Zusammensetzung wohnungsloser Menschen und einer einkommensarme und wohnungslose Haushalte vernachlässigenden Wohnraumversorgung schließt sich der Mangel an integrativen Projekten im Rahmen spezieller Programme zur Aufnahme von Erwerbsarbeit an. Obwohl die »Leitlinien« vorsehen, dass für die sozialhilfe- oder ordnungsrechtlich untergebrachten wohnungslosen Personen Ausbildung und Arbeit »fundamentale und unerlässliche Voraussetzungen zur Reintegration sind und der Aspekt der beruflichen Wiedereingliederung einzelfallabhängig und einzelfallbezogen beachtet und planerisch berücksichtigt werden muss« (Abgeordnetenhaus von Berlin, DS 13/4095), hat der Senat entsprechende Maßnahmen trotz positiver Prognosen bisher verweigert. So hatte eine Befragung von insgesamt 760 Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen zu den Voraussetzungen einer möglichen beruflichen (Re-) Integrationsmaßnahme ergeben, dass sich 67 Prozent der Befragten eine feste Arbeitsstelle wünschten, sich beruflich orientieren wollten oder eine Qualifizierung anstrebten (Schenk 1998). Dabei entsprachen die qualifikatorischen Voraussetzungen in etwa dem gesellschaftlichen Durchschnitt. Die Studie stellt klar, dass der Arbeitsplatzverlust wesentlicher Auslöser für die Wohnungslosigkeit ist und mit zunehmender Dauer der Erwerbslosigkeit eine ungünstigere gesundheitliche und psychosoziale Verfassung einhergeht. »Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote haben daher für beide Personengruppen eine präventive Funktion. Für die Gruppe von Wohnungslosigkeit Bedrohter zur Verhinderung des Wohnungsverlustes und für die Gruppe der Wohnungslosen zur Vermeidung weiterer Deprivation während der Wohnungslosigkeit« (MieterEcho 285/01).

Konfliktlinien zwischen Senat und freiverbandlichen Trägern

Aus der Bilanz von knapp zwanzig Jahren modernisierter wie privatisierter Wohnungslosenhilfe lässt sich ein Teil der aktuellen Konfliktlinien zwischen Senat und freiverbandlichen Trägern ableiten. Seit der

Verabschiedung der »Leitlinien« und den auf Bundesebene eingeführten »Sozialreformen« hat die Landesregierung nicht nur die Überarbeitung der Eckpunkte der Wohnungslosenpolitik abgebrochen, sondern auch auf die sich verschärfende soziale Situation der Betroffenen nicht reagiert. »Vielmehr ist vor allem durch die zwölf verschiedenen Vorgehensweisen in Bezirken und Jobcentern der Zugang zu den benötigten Hilfen teilweise massiv erschwert worden.« (Arbeitskreis Wohnungsnot 2007). Trägervertreter fordern im Wesentlichen Korrekturen an drei Fronten: auf verwaltungsrechtlicher Ebene – die Änderung des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes (AZG), das die bisherige Ressourcenverantwortung der Bezirksämter auf die Landesebene zurückverlagert, inhaltlich-konzeptionell – die Vorlage eines »Obdachlosenrahmenplans« inklusive einer verbindlichen Sozialberichterstattung und Sozialplanung, und organisatorisch – die Einrichtung einer Enquete-Kommission (vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin, DS 16/12 170: 7ff.). Die Wohnungslosenhilfe verbindet damit vor allem die Schaffung einer einheitlichen Verwaltungspraxis im Rahmen bezirklicher Fachstellen. Eine zentrale, gesamtstädtische Hilfeplanung durch die Senatsverwaltung sowie die kontinuierliche Überwachung und prozesshafte Weiterentwicklung des Leistungsangebotes (Arbeitskreis Wohnungsnot 2007: 2ff.).

Differenzen zwischen der politischen Ebene und den Trägern der Wohnungslosenhilfe hat der Senat erstmals infolge des bundesweit beachteten Medienrummels um die »Treberhilfe« eingeräumt. Reagiert hat die Landesregierung zum einen mit dem Beschluss, die bisher von den Wohlfahrtsverbänden vergebenen staatlichen Zuwendungen im Gesundheits- und Sozialbereich wieder selbst auszureichen (Landesamt für Gesundheit und Soziales 2012) – bis dato waren die Verbände für diese Aufgaben als Beliehene im Auftrag des Landes tätig (ebd.) Zum anderen startete der Senat eine Bundesratsinitiative, die dem Sozialhilfeträger zukünftig ein gesetzliches Prüfrecht bezüglich Inhalt, Umfang, Qualität und Wirtschaftlichkeit der Träger einräumen soll (vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin, Wortprotokoll 16/63 v. 30.9.2010: 3). Die Schaffung gesetzlicher Ermächtigungen, die den Sozialleistungsträger in die Lage versetzen sollen, Festlegungen zu Personalschlüssel und zur Personalausstattung vorzunehmen, ist zumindest in der Diskussion (ebd.). Die Bezirke fordern mittlerweile, »dass Träger und Unternehmen eine Tarifentlohnung bzw. eine Mindestentlohnung nach gesetzlichen Regelungen gewährleisten, und schließlich, dass die Träger und Unternehmen zusichern, eine Personalvertretung einzurichten, sofern die Beschäftigten eine solche wünschen« (ebd.).

War für den Bundesgesetzgeber 1995 mit der Abkehr vom Selbstkostendeckungsprinzip hin zu prospektiven Kostensätzen und die Zulassung frei-gewerblicher Träger die Grundlage für ein effektives System sozialer Dienstleistungen verbunden, stellt die Berliner Politik zumindest auf dem Papier inzwischen nicht nur die bestehende Rechtssystematik bei öffentlich-privaten Verträgen im sozialen Sektor, sondern auch die Wirksamkeit des bestehenden Marktprinzips in diesem Bereich in Frage (ebd.). Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit kommentiert: »Das Beispiel ›Treberhilfe‹ zeigt das Scheitern der bedingungslosen Privatisierungsstrategie sozialer Dienste. Wer Verträge mit Trägern sozialer Arbeit schließt, muss Qualitätskriterien ebenso vorgeben, wie die Verpflichtung zu tariflicher Entlohnung entsprechend den Bedingungen des öffentlichen Dienstes. Und von der freien Wohlfahrtspflege ist zu erwarten, dass Binnenstruktur und inhaltlicher Anspruch wieder als Einheit gesehen werden« (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V. 2010).

Einfluss auf die Entwicklung von Projekten und Programmen, den Ergebnissen und das in der Wohnungslosenhilfe kaum diskutierte Kriterium »Erfolg« (Gosdschan, Keck, Liedholz, Nägele 2002) war und ist allerdings nicht allein der Politik zuzuschreiben. Zu den inzwischen skeptisch betrachteten Wucherungen in der Wohnungslosenhilfe haben auch die Angebotssteuerung und die Definitionsmacht über die Bedarfe durch die Träger selbst wesentlich beigetragen (vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin, Wortprotokoll 16/63 v. 30.9.2010: 21). »Wir denken uns neue Projekte aus und bearbeiten die Kostenträger so lange, bis die das finanzieren. Und wir sind preisbewusst«, erläuterte der Geschäftsführer der »Treberhilfe« das Verhältnis von Kostenträger und Leistungserbringer (Tagesspiegel v. 22.12.2008). Unternehmensberater, Wissenschaftler, Wohlfahrtsverbände und Sozialunternehmer kommen gleichermaßen zu dem Schluss: »Es entstehen Renditen, die zum Teil weit über den am Kapitalmarkt erzielbaren liegen« (Feldkamp, Pollmann, Däne, Eichhorn, Ehlert 2010: 3).

Begünstigt wurde diese Entwicklung nicht zuletzt durch eine Verquickung von Politik und Wohlfahrtswirtschaft. So wechseln regelmäßig politische Mandatsträger in Führungsebenen von Wohlfahrtsorganisationen oder üben entsprechende Funktionen in Personalunion aus (vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin, Wortprotokoll 16/63 v. 30.9.2010: 21). Dem im September 2011 neu gewählten Abgeordnetenhaus gehören allein 31 Mandatsträger mit ihrer Mitgliedschaft bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) nicht nur der stärksten Partei an, sondern bilden quasi selbst die drittstärkste Fraktion im Landtag (SPD-Fraktion-Berlin 2012).

Lebensmittelpunkt Straße im Kontext der Vernichtung von Öffentlichkeit durch Privatisierung

Umstritten sind bis heute nicht nur die Konzepte der Wohnungslosenhilfe. Auch hat die Stadt als Imagekulisse der Erfolgreichen ihren Umgang mit Wohnungslosen selbst verändert. Gehörten die 1980er Jahre zu den tendenziell liberaleren Zeiten in der Politik gegenüber Wohnungslosen, hat sich der Wind in den Folgejahren spürbar gedreht. Neben der sozialen Exklusion nimmt auch die räumliche Verdrängung an Bedeutung zu. Das formulierte Ziel, die Stadt nach der Vereinigung in eine internationale Dienstleistungsmetropole zu verwandeln, hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Rechte wohnungsloser Menschen. Die Beseitigung der sichtbaren Erscheinungsformen von städtischer Armut, die Verhinderung von Konzentration und Verfestigung so genannter Randgruppen und das Sauberhalten repräsentativer Räume reüssierten zu Stichworten der Stadtpolitik. In einer Rede vor dem Berliner Abgeordnetenhaus rief der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende Klaus-Rüdiger Landowsky aus: »Wo Müll ist, sind Ratten, und wo Verwahrlosung herrscht, ist Gesindel. Das muss in der Stadt beseitigt werden« (Abgeordnetenhaus von Berlin 1997, Plenarprotokoll 13/24: 1776 B.). Bereits zu diesem Zeitpunkt gehörte der »Verbringungsgewahrsam« zum Repertoire repressiver Maßnahmen. Vor allem Wohnungslose, Prostituierte und Punks berichteten von willkürlichen Verbringungen von zentralen Orten wie dem Alexanderplatz oder dem Bahnhof Zoo ins Umland, wo diese an Orten ohne Verkehrsverbindungen ausgesetzt wurden (vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin 1996, DS 13/767; Gispert 2002). Einen generellen Verzicht auf diese Praxis hat die Stadtregierung trotz erheblicher Kritik seinerzeit abgelehnt (vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin, DS 13/1378).

Neben der Ausweitung ordnungspolitischer Maßnahmen im öffentlichen Raum fällt dem semi-öffentlichen Raum im Zuge der Stadtumstrukturierung eine bedeutende Rolle bei dem Ausschluss unerwünschter Personengruppen zu (Neupert 2010: 31). Charakteristisch für diese Entwicklung sind die Shopping Malls und die Einkaufs- beziehungsweise Ladenpassagen in Zugängen zu öffentlichen Verkehrsmitteln (Schützler u. a. 1999). Dieser Bereich verliert zunehmend seine Bedeutung als Sozial- und Begegnungsraum und ordnet seine Funktionen dem Konsum unter (Katholische Arbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe; Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe im Deutschen Caritasverband 2002: 5). Die Einschränkung des Aufenthaltsrechtes und die Beschneidung der Mobilitätsfreiheit in Fußgängerzonen, Einkaufspassa-

gen, Kaufhäusern und Bahnhofsgegenden führte zu systematischen Platzverweisen und Strafanzeigen auch gegenüber Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit dem »Lebensmittelpunkt Straße« (Alleweldt, Leuschner 2000; S-Bahn Berlin GmbH 2008). Am deutlichsten wird der Verdrängungsvorsatz in der Umgebung von Gewerbetreibenden. Zuletzt wurde in Berlin in Kooperation mit den Bezirken Charlottenburg/Wilmersdorf und Tempelhof/Schöneberg 2009 eine gemeinsame Nutzungs- und Gestaltungssatzung ausgearbeitet, auf deren Grundlage Bettler, Bauchladenbesitzer, Straßenmusiker und Marktbetreiber an ausgesuchten Orten einen Platzverweis erhalten können (motz 20/09). Ohnehin schreibt die Innenverwaltung im Rahmen des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG) seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten »gefährliche Orte« fest, an denen Platzverweise mit »verdachtsunabhängigen« Personenkontrollen und Leibesvisitationen zulässig sind (Berliner Zeitung v. 28.7.1999).

Den Gesamtrahmen dieser Politik bilden von staatlichen Institutionen und privatwirtschaftlicher Seite entwickelte »Sicherheitsstrategien«. Den Grundstein für Straßensatzungen und Ordnungspartnerschaften, bei denen private Sicherheitsdienste, Geschäftsleute und Behörden zusammenarbeiten, setzte das Bundesinnenministerium mit seiner 1997 ins Leben gerufenen »Aktion Sicherheitsnetz«, nach der »die Verteidigung der öffentlichen Ordnung gegen Pennertum, Bettelei und Milieus der Unordnung« oberste Priorität habe (Cilip 1998). Ein Ableger der New Yorker Zero-Tolerance-Politik, der mit dem Beschluss der Innenministerkonferenz vom Februar 1998 über eine »Partnerschaft für mehr Sicherheit in unseren Städten und Gemeinden« in verschiedenen Städten Deutschlands Anwendung findet. Zu den ersten Modellstädten gehörte Berlin (Neupert 2010: 26). Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer resümiert: »Die fast einzige Ressource, nämlich der Öffentliche Raum, die Wohnungslosen aufgrund ihrer Lebenssituation noch bleibt, wird dadurch Schritt für Schritt verknappt. An dieser Entwicklung wird deutlich, wie der Markt zur Vernichtung sozialer Maßstäbe wie Gleichwertigkeit beiträgt und sich über Konzepte der öffentlichen Sicherheit auch noch mit Legitimation versorgt« (Heitmeyer 2002: 218).

Im Zuge der Aufwertung von Stadtvierteln formiert sich immer häufiger auch Protest aus der »Zivilgesellschaft« selbst. Nicht zuletzt auf dem Hintergrund von immobilienwirtschaftlichen Interessen wandten sich Grundstücks- und Wohneigentümer in den zurückliegenden Jahren immer wieder nicht nur gegen die Ansiedlung von Kindertagesstätten,

sondern auch von Wohnungslosenunterkünften (Giebel 2003; Berliner MieterEcho 300/03) oder Hilfeeinrichtungen für Drogenabhängige (Neues Deutschland v. 15.1.2010). »Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass eine zunehmende soziale Polarisierung und Segregation der Wohnviertel in den Kernstädten sichtbar wird. Die bisherige Vorstellung von Stadt als sozialer, politischer und ökonomischer Einheit schwindet [...]« (Katholische Arbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe; Katholischer Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe im Deutschen Caritasverband 2002: 6).

Versuche der Selbstorganisation zwischen Markt und Staat

Im Kampf um Territorien, Aufenthalts- und Anwesenheitsrechte marginalisierter Gruppen und gegen die Ausgrenzung vom Wohnungs- und Arbeitsmarkt verstanden sich Wohnungslose nicht nur als Opfer struktureller Verhältnisse. Trotz der professionalisierten und modernisierten Wohnungslosenhilfe haben sich seit Mitte der 1990er Jahre neben bundes- und europaweiten Protesten und Kampagnen auch immer wieder Formen der Selbstorganisation herausgebildet. Während die auf Grundrechte, Arbeits- und Wohnungsmarktintegration abzielende Lobbyarbeit auf der politischen Bühne vor allem unter Federführung der Sozialverbände stattfindet (Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe 1993; ebd. 2001; ebd. 2010), vollzogen sich konkrete Beteiligungsprozesse Wohnungsloser in lokalen Initiativen. In Berlin haben sich neben Projekten wie dem Obdachlosen-Theater »Die Ratten« oder »Unter Druck – Kultur von der Straße« vor allem Straßenzeitungen etabliert (Rosenke 1995). Nicht in der Trägerschaft von Kirchen und Wohlfahrtsverbände öffnen insbesondere diese Publikationen einen Zugang zur Öffentlichkeit, der Wohnungslosen als Artikulationsraum und Repräsentanz dient. Darüber hinaus bieten selbstfinanzierte Arbeitsprojekte soziale Schutzräume und Alternativen jenseits der zeitlich befristeten und Jobcenter-getragenen Beschäftigungsmaßnahmen (motz & Co e.V. 2012). Während die in Unterbringungseinrichtungen »befriedeten« Wohnungslosen dabei kaum in Erscheinung treten, speist sich der Kreis der Projektaktiven fast ausschließlich aus der Gruppe der von »Straßenobdachlosigkeit« betroffenen Menschen.

Anschluss an andere Armutsrisikogruppen oder die Vernetzung mit außerparlamentarischen Aktiven ist trotz existierender Interessenidentitäten bisher lediglich punktuell gelungen. Etwa in der Auseinandersetzung

zung mit der Deutschen Bahn AG um die Schließung der Bahnhofsmision mit dem Ziel der Vertreibung Wohnungsloser (Sozialarbeiterinnen des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg 2002), bei der vom Trägerkreis »Recht auf Mobilität« initiierten Aktion »Fahrt schwarz!« für ein kostengünstiges Sozialticket (Jungle World 4/2004) oder bei der Kampagne gegen das Verkaufsverbot von Straßenzeitungen im Bereich der Öffentlichen Verkehrsmittel (Berliner Zeitung v. 10.9.1999). Wie eine Repolitisierung der Sozialarbeit stehen solcherart Koalitionen mit stadtpolitischen Initiativen etwa in Hinblick auf ein Projekt »Recht auf Stadt« als Herausforderung weiterhin im Raum.

Literatur

- Alleweldt, Erika; Leuschner, Vincenz (2000): Junge Menschen auf der Straße. Eine exemplarische Studie aus Berlin-Mitte. Reihe: »Forschungsberichte«. ISIS Berlin e. V. (Hrg.). Berlin, Eigenverlag.
- Arbeitskreis Wohnungsnot (2007): Statements des Arbeitskreises Wohnungsnot. Erste Diskussion zu den Leitlinien. Berlin.
- Arbeitskreis Wohnungsnot (2012). Arbeitskreis Wohnungsnot 1988 - 2008: 20 Jahre Arbeitskreis Wohnungsnot. Ein Streifzug durch die Geschichte, im Internet: www.ak-wohnungsnot.de (Stand 2012).
- Brombach, Hartmut (2010): »...und alle machen mit« - Freie Träger im Dilemma zwischen neoliberalen Markt und bürokratischer Zuwendungspraxis. In: Hast Du mal ,nen Markt?« Wohlfahrtsverbände als Quasi-Marktakteure. Widersprüche (Hrsg.) Heft 116. Frankfurt am Main. Kleine Verlag, S. 53-62.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V., im Internet: www.bagfw.de/wir-ueber-uns/freie-wohlfahrtspflege-in-deutschland/
- Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (1993): Nacht der Wohnungslosen ›93«. Dokumentation. Bielefeld.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (2001): Pressemitteilung vom 15.10.2001.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (2010): »Der Sozialstaat gehört allen!« Kampagne der Wohnungslosenhilfe gegen Sparpolitik auf dem Rücken von Armen und Wohnungslosen. Pressemitteilung vom 23.9.2010. Bielefeld.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (2007): Wohnungspolitik gegen Wohnungslosigkeit und soziale Ausgrenzung am Wohnungsmarkt. Wohnungspolitisches Programm. Bielefeld, im Internet: www.bagw.de/aktuell/_pdf/Wohnungspolitisches_Programm.pdf
- Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (2011). Begriffsklärungen, im Internet: www.bagw.de/fakten/1.phtml (Stand 9.11.2011).

- Busch-Geertsema, Volker; Evers, Jürgen; Ruhstrat, Ekke-Ulf (2004): »Mehr als ein Begriff... Von Wanderarmen zu Nichtsesshaften und Obdachlosen über alleinstehende Wohnungslose zu Wohnungsnotfällen«. In: Wohnungslos, S. 45-49, Bielefeld.
- Caritas (2007): Die Tarifpolitischen Leitlinien des Deutschen Caritasverbandes, im Internet: www.caritas.de/cms/contents/caritasde/medien/dokumente/tarifpolitischeleitl/tarifpolitische_leitlinien_endfassung.pdf
- Cilip: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 59 (1/98) Sicherheit und Ordnung in den Städten. Zwischen »Sicherheitsnetz« und »Ordnungspartnerschaften«. Im Internet: <http://www.cilip.de/ausgabe/59/netz.htm>
- Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) e.V. (2010): Im Internet: www.dbsh.de/redsys/soztop/userpages/maserati-2010.html
- Deutscher Caritasverband (2002): Öffentlicher Raum. Integrieren statt ausgrenzen - wider die Verdrängung und Kriminalisierung von sozialen Randgruppen im öffentlichen Raum der Innenstädte, im Internet: www.kath-gefaengnisseelsorge.de/download/Oeffentl_Raum.pdf
- Diakonie Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz e.V. (2011). Die Diakonie und ihr Arbeitsrecht. DienstnehmerInnen und DienstgeberInnen gestalten Dienstgemeinschaft. Broschüre. Berlin.
- Feldkamp, Tom; Pollmann, Hans-Wilhelm.; Däne, Thomas; Eichhorn, Peter; Ehlert, Harald: Einladung zur Fachtung (Vorwort) in: Sozial Profit. Sozial & Wirtschaftlich. Wirksam. Effizienz öffentlicher Ausgaben. Berlin, 2010.
- Gispert, Helmut. (2002): Vertreibung und Demokratie. Obdachlosigkeit und öffentlicher Raum, in: Forum Recht online 01/2002 – aus: <http://www.forum-recht-online.de/2002/102/102gispert.htm> (25.02.2010)
- Heitmeyer, Wilhelm (2002): Anknüpfungspunkt: Heterophobie - Obdachlose In: Deutsche Zustände. Folge 1. Wilhelm Heitmeyer (Hrg). edition suhrkamp. Frankfurt am Main.
- Kraft, Andreas (2007): Ruinöser Wettbewerb. Der erbitterte Konkurrenzkampf der freien Träger. in: blz (Mitgliederzeitschrift der GEW Berlin) Nr. 3, Berlin.
- Landesamt für Gesundheit und Soziales (2012): »Kooperationsvertrag«, im Internet: www.berlin.de/lageso/soziales/marktsegment/.
- Landesamt für Gesundheit und Soziales (2012): Liga-Vertrag, im Internet: www.berlin.de/lageso/soziales/liga/index.html
- Landesarbeitsgemeinschaft Schuldner- und Insolvenzberatung Berlin e.V. (2010), im Internet: www.schuldnerberatung-berlin.de/index.php?id=105 (Stand: 25.06.2011).
- Landesarmutskonferenz Berlin (2011): Fachgruppe Wohnungslose Menschen. Positionspapier »Soziale Wohnraumversorgung für Berlin!«.
- Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin (1999): »Senat verlagert Haushaltsprobleme auf Freie Träger - Gescheiterte Entgeltverhandlungen zur Übernahme staatlicher Pflichtleistungen«. Presseinformation vom 29.09.1999.
- Linde, Christian (2004): »Obdachlose« als Opfer struktureller, direkter und vierter Gewalt. In: Berliner Forum Gewaltprävention (Hrg.). Dokumentation des 4. Berliner Präventionstages am 13. November 2003. Nr. 16. Berlin, S. 81-86.

- Linde, Christian (2012): Wohnungslosigkeit in der Berichterstattung der überregionalen Tagespresse in Berlin 1998 bis 2012 (Archiv des Autors).
- Mieterschutz- Ausgabe 6/1999.
- motz & Co e.V. (2012): Zehn Fragen an den motz & Co e.V., im Internet: www.motz-berlin.de/zehn-fragen.php.
- Mühlich-Klinger, Ilona (2005): Fallstudie »Geschütztes Marktsegment« in Berlin. Konzept, Umsetzung, Ergebnisse und Erfahrungen, Darmstadt.
- Neupert, Paul (2010): Geographie der Obdachlosigkeit. Verdrängung durch die Kommodifizierung des öffentlichen Raums. Berliner Geographische Blätter (BGB) 1. Berlin.
- Nothbaum, Norbert; Kämper, Andreas; Lübker, Susanne (2004): Problemlagen der Hilfesuchenden in der Wohnungslosenhilfe. Im Auftrag der Evangelischen Obdachlosenhilfe e.V.. Gesellschaft für Organisation und Entscheidung. Bielefeld.
- Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V. (2011). Geschäftsbericht 2010/2011. Berlin.
- Pfahler, Hermann (2011): Bewegte Zeiten. In: Draußen in Berlin. Geschichten von Mausepaul und anderen Wohnungslosen. Sabine Blumensath (Hrg.). Freiburg im Breisgau. Lambertus-Verlag, S. 44-59.
- Qualitätsgemeinschaft Soziale Dienste e.V. (2010): Kurzdarstellung der Wohnungslosenhilfe im Ligavertrag 2009, im Internet: www.qsd-online.de/aktuelles.htm.
- Rosenke, Werena (1995): »Bunte Blätter«: die bundesdeutschen Straßenzeitungen haben sich etabliert. In: *wohnungslos* 4/95, S. 154 - 169. Bielefeld.
- S-Bahn Berlin GmbH (2008): Verkauf von Straßenzeitungen. Schreiben vom 26.5.2008 (Archiv des Autors).
- Scheffler, Jürgen (o.J.), im Internet: www.diakonie-geschichte.de/531_579.html (Stand 12. Februar 2012).
- Schenk, Liane (1998): Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit Bedrohte in Berlin – Eine Planungsstudie zur Vorbereitung und Einschätzung von beruflichen (Re-) Integrationsmaßnahmen. Gesellschaft für interdisziplinäre Sozialforschung in Anwendung mbH. Berlin.
- Schützler, Stefan u. a. (1999): U.S.O. - Das Buch. Jugendliche Gruppen an un in innerstädtischen Einkaufszentren Berlins. Kietz für Kids e.V. (Hrg.). Berlin.
- Sell, Stefan (2009): Remagener Beiträge zur Sozialpolitik 9-2009, im Internet: www.stefan-sell.de/texte/Sozialpolitik_2009-06.pdf
- Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen (2000): Neue Maßnahmen zur Prävention von Wohnungslosigkeit in Berlin. Pressemitteilung vom 21. September 2000.
- Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales (2012): Im Internet: www.berlin.de/sen/soziales/zielgruppen/wohnungslose/
- Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz (2002): Armut und soziale Ungleichheit in Berlin.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (2002): Der Berliner Wohnungsmarkt. Entwicklung und Strukturen 1991–2000. Berlin: Regioverlag oder im Internet: www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/wohnungsmarktbericht/pdf/womarktbericht.pdf

- Sozialarbeiterinnen des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg (2002): Vertreibung von Obdachlosen. Offener Brief an den Chef der Deutschen Bahn in: berliner stadtszeitung schein Schlag 2/02, S.2.
- SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus (2012): Im Internet: www.spdfraktion-berlin.de/abgeordnete-17-wp/?tx_browser_pi1%5Bpointer%5D=4&cHash=b4cf099183de599b520399a531a3a597
- Specht-Kittler, Thomas (2004): »Nichtsesshaften- und Obdachlosenhilfe – Wohnunglosenhilfe – Wohnungsnotfallhilfe? Anmerkungen zu Leitbegriffen im Kontext der Debatte um soziale Ausgrenzung; in: wohnungslos. Bielefeld, S. 41-45.
- Treuberg, Eberhard von: (1990). Mythos Nichtseßhaftigkeit. Zur Geschichte des wissenschaftlichen, staatlichen und privatwohltätigen Umgangs mit einem diskriminierten Phänomen. Bielefeld. VSH-Verlag Soziale Hilfe GmbH.
- Ver.di Berlin (2012): Im Internet: www.berlin.verdi.de/berufe_und_branchen/fb_03_-_gesundheit_soziale_dienste_wohlfahrt_und_kirchen/lebenshilfe/#ruinoeserwettbewerb).
- Wohlfahrt, Norbert (2004): Der Sozialwirtschaftliche Transformationsprozess sozialer Dienste in der BRD – Der Anfang vom Ende freigemeinnütziger Wohlfahrtspflege? In: Die Freie Wohlfahrtspflege – Ihre Entwicklung zwischen Auftrag und Markt, Klaus D. Hildemann (Hg). Leipzig. Evangelische Verlagsanstalt GmbH, Seite 69 ff.

■ KONFLIKTE UND WIDERSPRÜCHE

Ein pazifiziertes Berlin?

Vom Lohn von *Law and Order*

Von Volker Eick

»Denn wie Ihr wisst, war Sicherheit
des Menschen Erbfeind jederzeit«
(Shakespeare, *Macbeth*, III, 5).

Berlin gilt mit von 2,38 Millionen Personen¹ im erwerbsfähigen Alter, von denen 211.000 als erwerbslos gemeldet sind,² als das »Armenhaus der Republik«. Zugleich ist es auch die Stadt mit der höchsten Polizeidichte in der Bundesrepublik: Statistisch ist eine Polizeikraft für 153 in Berlin Gemeldete³ zuständig (Statistik Berlin Brandenburg 2009: 20). Hinzu kommen die rund 900 Bediensteten des Hauptzollamts, von denen sich 200 der Bekämpfung der *Schwarzarbeit* widmen,⁴ die etwa 2.000 Beschäftigten der Bundespolizei und die 1.180 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Ordnungsämter, die »für mehr Lebensqualität in den Bezirken sorgen« (Ordnungsamt 2011). In 170 kommerziellen Wach- und Sicherheitsdiensten arbeiten weitere 14.000 Beschäftigte. Mehr als 1.000 Hartz IV-Erwerbslose sind über sogenannte Ein-Euro-Jobs zur Arbeitspflicht in SOS-Maßnahmen (Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit) eingesetzt. Polizei, Wachschutz und allerlei andere Akteure werden gegenwärtig

-
- 1 Die gendergerechte Schreibweise ist vom Herausgeber für diesen Sammelband vereinheitlicht worden.
 - 2 Darunter befinden sich 167.000 Langzeiterwerbslose (August 2013), vgl. Arbeitagentur Schnellübersichten: Bundesland Berlin, <http://tinyurl.com/pd56we5> [03.11.2013].
 - 3 Der entsprechende bundesweite Wert liegt bei 1:372 (Statistik Berlin Brandenburg 2009); insgesamt sind 3,46 Millionen Personen in Berlin gemeldet (2011), die von rund 22.600 Landespolizeibediensteten betreut werden. Berufspendelnde und touristische Gäste sind nicht berücksichtigt; die durchschnittliche Zahl der sich in der Stadt aufhaltenden Personen liegt also durchaus höher, dennoch bleibt es ein im Bundesvergleich höherer Wert.
 - 4 Bundesweit sind etwa 6.700 Zollbeschäftigte – von rund 34.000 – im Bereich Finanzkontrolle Schwarzarbeit tätig, die im Jahr 2011 rund 524.000 Beschäftigte und 68.000 Unternehmen kontrollierten (Schwenn 2012).

tig gern als Zeichen allumfassender und gegenseitiger Sozialkontrolle in einer »Sicherheitsgesellschaft« beschrieben (Singelstein & Stolle 2008). Doch hinter den inhaltlichen und organisatorischen Veränderungen von *Law and Order* seit den 1980er Jahren verbirgt sich die umfassendere Strategie (und ältere Logik) einer lohnarbeitszentrierten Befriedung (*Pacification*). Im Folgenden soll zunächst dieser Begriff erläutert werden, um sodann anhand einiger empirischer Beispiele diejenigen Akteure zu charakterisieren, die in Berlin maßgeblich mit *Pacification* unter neoliberalen Vorzeichen betraut sind.⁵

Neoliberale Nachbarschaft?

Mit dem Begriff *Befriedung* bzw. *Pacification* wird, mit Neocleous (2011), zunächst ein Vorschlag gemacht, sich zumindest für einen Moment von der ideologisch aufgeladenen und analytisch unbefriedigenden Dichotomie *Freiheit* versus *Sicherheit* zu lösen und zugleich dem Fetischcharakter von Sicherheit aus dem Weg zu gehen, den sie als Ware in den vergangenen Jahren angenommen hat (MEW 23: 85-98). *Sicherheit* ist dann nicht irgendein hohes oder rätselhaftes Gut, dem jede und jeder gern zustimmen mag, um das sich alle scharen und das es stets – und um jeden Preis – zu erreichen gilt, sondern kann als grundlegendes *Verfahren* zur Machtausübung gelesen werden, also als ein in weiterem Sinne Polizeimechanismus.

Was den Kapitalismus, die Bourgeoisepoche, wie es im Kommunistischen Manifest heißt, gegenüber allen anderen Epochen auszeichnet, ist die »fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung« (Marx & Engels 1848: 49).

Und insoweit sich die kapitalistische Ordnung *fortwährender* Umwälzung, *ununterbrochener* Erschütterung und *ewiger* Unsicherheit und Bewegung gegenübersteht – und ein Blick in den Wirtschaftsteil jeder halbwegs ernstzunehmenden Tageszeitung lässt daran wenig Zweifel –, ist es gerade diese Unsicherheit, aus der eine Politik erwächst, die *Sicherheit* zu dem fundamentalen Prinzip und Fetisch der bürgerlichen Gesellschaft machen muss.

Gerade daher sollten »wir Sicherheit nicht als irgendeinen universellen oder metaphysischen Wert verstehen, sondern eher als eine Methode

5 Ich danke Kendra Briken, Jens Sambale und Eric Töpfer für hilfreiche und produktive Diskussionen; Lücken, Uneinsichtigkeiten und Fehler bleiben selbstredend meine.

des Regierens oder eine politische Verfahrenstechnik zur liberalen Ordnungsherstellung« (Neocleous 2011: 26). *Befriedung* kann als ein Versuch verstanden werden, Sicherheit als einen *Prozess* und nicht als Produkt zu verstehen. Mit *Pacification* kann dann danach gefragt werden, in welchem konkreten sozioökonomischen Umfeld, zu welchem Zweck, zu wessen Nutzen, von wem und mit welchen Mitteln dieser Prozess der *Befriedung* jeweils in Gang gesetzt, wie er verwaltet, strukturiert und (re)produziert wird.

Todd Gordon (2005: 53) hat in diesem Sinne davon gesprochen, die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung habe »nur wenig, wenn überhaupt, mit Kriminalitätsbekämpfung zu tun, sondern vielmehr mit der Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse zu einer billigeren und flexibleren Arbeitskraft«. Die staatliche Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung ist dann streng genommen eine von mehreren Komponenten zur Durchsetzung einer (heute: neoliberalen) Strategie, die auf Lohnarbeit um jeden Preis und zu allen Bedingungen zielt: Agenda 2010, Hartz IV, Arbeitspflicht (Workfare), die quasi-militärische Bekämpfung der *Schwarzarbeit*, aber auch die Durchsetzung von Aufenthalts-, Betretungs- und Bettelverboten sowie die Verweigerung von Freizügigkeit gegenüber sich um Asyl Bewerbenden und jugendlichen Langzeiterwerbslosen gehören in engerem Sinne in diese Kategorie; die Produktion und Sicherstellung *störungsfreier* Konsumräume in den hochpreisigen Innenstädten ist in einem weiteren Sinne deren Gegenstück.

Da auch das Bemühen um *Recht und Ordnung*, also hier die Durchsetzung der Bereitschaft zu flexiblerer und billigerer Arbeitsleistung, als Lohnarbeit organisiert ist, sind die mit dieser Aufgabe betrauten Ordnungskräfte in vergleichbarer Weise von den schlechten Arbeitsbedingungen bedroht, die sie zugleich durchsetzen sollen (Briken 2011). Allerdings war und ist es, anders als etwa Gordon (2005: 74) meint, nicht allein die Polizei, die zur Durchsetzung einer solchen Strategie beitragen soll, sondern auch Beschäftigte in kommerziellen Wach- und Sicherheitsdiensten sowie bei gemeinnützigen Trägern (Nonprofits), um zwei gegenwärtig zentrale Akteure herauszugreifen, sollen sich um Recht und Ordnung zum vermeintlichen Wohle der Allgemeinheit kümmern. Insoweit wird *Sicherheit* als zunehmend warenförmige Dienstleistung nicht nur *konsumiert* (Rigakos 2007), sondern zur Durchsetzung von befriedeter Lohnarbeit von staatlichen, kommerziellen und »zivilgesellschaftlichen« Akteuren auch *produziert* (Briken & Eick 2011). Für Produktion und Konsum von Sicherheit muss *der Kriminelle* dabei nicht inhaftiert oder gar

eliminiert,⁶ sondern kann durch eine andere Form der Befriedung sogar soweit in Wert gesetzt werden, dass zumindest bis

zu einem gewissen Grade die durch problematische und deviante Bevölkerungsteile entstehenden Kosten dadurch aufgefangen werden können, dass man sie dazu anhält, sich direkt am Kontrollprozess zu beteiligen. Potentielle Störenfriede können als Polizisten, Sozialarbeiter und Begleitpersonal rekrutiert werden [...]. Mit anderen Worten, wenn es gelingt, eine große Zahl der Kontrollierten in eine erste Verteidigungslinie zu verwandeln, dann können Bedrohungen für das System der Klassenherrschaft in eine Ressource zu dessen Unterstützung verwandelt werden (Spitzer 1975: 649).

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich auch in Deutschland auf der lokalen Ebene eine Form von Ordnungsarbeit durchgesetzt, die ganz in diesem Sinne über die Produktion von Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit (SOS-Dienste) im öffentlichen Raum auf die Durchsetzung von formeller Lohnarbeit *und* die partielle Kooptierung eines *Lumpenproletariats* gegen informelle Existenzsicherung zielt. Das Bund-Länder-Programm *Soziale Stadt*, Ende der 1990er Jahre von der damaligen rot-grünen Bundesregierung beschlossen und in Berlin Quartiersmanagement genannt, darf dabei einerseits als Versuch gewertet werden, die sogenannten benachteiligten Stadtteile in Wert zu setzen und dem innerstädtischen Standortwettbewerb zuzuführen. Es stellt aber andererseits auch die institutionalisierte Bereitschaft dar, eine lokal ausgerichtete Sozial- und Beschäftigungspolitik bei Bedarf kriminalpolitisch zuzuspitzen.

Eine vergleichbare Logik lässt sich gesamtstädtisch im Berliner Koalitionsvertrag vom November 2011 erkennen, wenn zuvörderst »die Menschen, die bislang von Transfereinkommen abhängig sind« (Koalitionsvereinbarung 2011: 6), in den Blick genommen werden. Ziel ist es, »die Anzahl der Empfänger von Lohnersatzleistungen in den nächsten fünf Jahren deutlich [zu] reduzieren« (7); zudem ist ein »Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Schwarzarbeit« vereinbart worden (14), gegen Langzeiterwerbslose will man »systematische Anstrengungen unternehmen.

6 Das schließt den Einsatz von Schusswaffen nicht aus: Im Dezember 2008 hatte ein Berliner Polizeibeamter dergestalt für Recht und Ordnung gesorgt, dass er sein gesamtes Magazin – acht Schuss – aus maximal anderthalb Metern Entfernung auf den unbewaffneten 28jährigen Dennis abfeuerte; vgl. Urteil in Schönfließ, <http://tinyurl.com/paksslw> [03.11.2013].

Dafür wollen wir bei allen Beteiligten um Mitwirkung werben, insbesondere bei den Betroffenen und bei Berliner Unternehmen. Sie sollen erkennen, dass es in beiderseitigem Interesse ist« (18). Prävention soll durch »schnelles und vernetztes Eingreifen der Behörden« intensiviert (66), das Alkoholverbot im ÖPNV durchgesetzt werden (67). Die Polizei soll »deutlich sichtbarer« werden, »auch als Fußstreifen in festgelegten Kontaktbereichen« (67), und ebenso sollen die Ordnungsämter gestärkt werden, um »noch stärker auch die Einhaltung anderer Normen zu überwachen« (68). Weiter soll »besonders in Problemkiezen sowie Stadtteil- und Quartiersmanagementgebieten verstärkt mobile Polizeiberatung [...], etwa über temporär stationierte Polizeifahrzeuge«, angeboten werden (68).⁷ Ein solches Programm ist bezogen auf den vorherigen Senat aus den Parteien SPD und Die Linke, wie der nachfolgend skizzierte Ausschnitt staatlicher Polizeiarbeit verdeutlicht, im Kern mehr vom Gleichen.

Staat als Befriedung

Zunächst ist mit dem Zerfall der RGW-Staaten die antikommunistisch getragene Sicherheitspropaganda der Polizei durch die verstärkte Zuordnung von Straftaten zu den Tätergruppen *Ausländer* und *Asylbewerber* sowie durch die sogenannte Organisierte Kriminalität abgelöst worden. Beide Konstrukte sind Teil rassistischer Diskurse und Praktiken. Zum einen, weil ein Teil der aufgeführten Vergehen Straftaten nur im Sinne der spezifischen Ausländergesetzgebung (Sondergesetze) der Bundesrepublik sind. Zum anderen, weil die – nach wie vor – regierungsoffizielle Version *lateinamerikanische* Drogenkartelle mit ihren *schwarzafrikanischen* Händlerringen, den *polnischen* Frauenhandel und die *russischen* Autoschieberbanden als OK beschreibt, den Begriff aber nicht auf Börsen-, Finanz- oder sonstige Unternehmensdelikte anwenden und entsprechend aburteilen mag. Rassenjustiz bleibt in diesem Sinne auch Klassenjustiz, und das dazugehörige *Racial Profiling* – die polizeiliche (Ausweis)Kontrolle nach Hautfarbe (Deutsches Institut für Menschenrechte 2013) – hatte im März 2012 sogar verwaltungsgerichtliche Weihen erhalten, auch wenn das Urteil im Oktober 2012 wieder aufgehoben werden musste (Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz 2012). Zu danken ist das auch Organisationen wie der Berliner Kampagne für Opfer rassistisch motivierter Polizeigewalt (KOP), die sich um Schadensbegrenzung

7 Und, tatsächlich, seit einiger Zeit sind die ersten Fahrzeuge auf Dauer stationiert (Kopietz 2012).

und Unterstützung der Opfer mühen.⁸ Für das Verständnis der Polizeitaktivitäten der letzten Jahre ist dies von Bedeutung, weil es als Reaktion auf die neue Rolle Berlins verstanden werden muss. Die Fokussierung auf die internationale Standortkonkurrenz und damit einhergehende Polarisierungsprozesse innerhalb Berlins bilden ein zentrales Schmiermittel, (National)Staat und Kommunen zu engagierten Befriedungsarchitekten und -akteuren im Interesse partikularer Interessen zu machen. Es nimmt daher nicht Wunder, dass sich Berlins Eliten nach wie vor gegen jedwede Kritik abschotten und sämtliche Problemlagen sogenannten Randgruppen zuschreiben – und dies umso mehr, je mehr diese vermeintlich nicht arbeiten (wollen). Die »Ratten-Rede«⁹ des Berliner CDU-Landespolitikers Klaus Rüdiger Landowsky und deren Weiterverarbeitung Ende der 1990er Jahre (ARiC 2000), der seit Jahren schwärende »Unterschichten«-Diskurs des Neuköllner SPD-Bezirksbürgermeisters Buschkowsky (Loy 2011), etwa anlässlich der Verhöhnung der Angehörigen und Opfer der Nazi-Bande NSU (Eubel 2012), und der langanhaltende Hype um den selbsternannten Genetik-Experten und ehemaligen SPD-Finanzsenator Berlins, Thilo Sarrazin, mögen als Hinweise genügen (Steinert 2011). Mit einer Immunisierung gegen Kritik an staatlich organisierter sozialer Ungleichheit, die wahlweise von Hetze oder Bedenkenträgerei untermalt wird, ist es allerdings nicht getan, ein geschäftiges – »arm, aber sexy« – Berlin will auch befriedet sein.

Im Folgenden sollen zwei dieser befriedungspolitischen Instrumente hervorgehoben werden, weil an ihnen besonders deutlich wird, wie sich *Law and Order* – insbesondere und wieder verstärkt mit dem Aufbau eines neoliberalen Workfare-Staats und der Workfare-Stadt (Eick 2011) – vor allem gegen diejenigen Armen richtet, die nach einem Einkommen jenseits der Lohnarbeit suchen (müssen) oder sich der Ausbeutung zu entziehen trachten. Bezeichnend ist, dass das Vorgehen gerade gegen diese urbanen Armen faktisch keiner demokratischen Kontrolle unterliegt, während deren vermeintliche Gefährlichkeit gleichzeitig einem

8 Vgl. »Racial Profiling« im Rahmen des institutionalisierten Rassismus in Deutschland, <http://tinyurl.com/d6fcvtg> [03.11.2013]; Deutsches Institut für Menschenrechte (2013).

9 »Nach Öffnung der Grenzen kam auch viel Abschaum, Kriminalität in die Stadt – von China über Russland, Rumänien [...] Ich bin dankbar, dass der Senat jetzt intensiv gegen die Verslumung Berlins vorgeht [...] Es ist nun einmal so, dass dort wo Müll ist, Ratten sind und dass dort, wo Verwahrlosung herrscht, Gesindel ist. Das muss in der Stadt beseitigt werden«, zit.n. ARiC (2000: 3).

polizeilich-publizistischen Verstärkerkreislauf unterliegt (Scheerer 1978). Die Definitionsmacht über polizeiliche Sonderorganisationen und Sonderräume auf Zeit (und Dauer) hat allein die Polizei.

Organisationsformen auf Zeit: Sondereinheiten und Operative Gruppen

Die Berliner Landespolizei und die aus dem Bundesgrenzschutz hervorgegangene Bundespolizei¹⁰ haben im Zuge einer als Flexibilisierung und Spezialisierung zu kennzeichnenden Entwicklung spätestens in den 1990er Jahren begonnen, Sondereinheiten zu bilden, die gezielt gegen unerwünschte Personengruppen vorgehen.

Einige Bekanntheit erreichte etwa die seit 1998 existierende *Ermittlungsgruppe Hooligan (EGH)* oder die im August 2011 eingerichtete Besondere Aufbauorganisation *BAO Feuerschein*, die sogenannte linksradikale Auto-Brandstifter fassen sollte – tatsächlich aber nur einen als »Robin Hood des ruhenden Verkehrs« verunglimpften jungen Mann fassen konnte (Friederichs 2012).¹¹ Weniger bekannt sind Polizeisondereinheiten, wie die 1992 gegründete Operative Sonderermittlungsgruppe *Politisch Motivierte Straßengewalt (PMS)* oder die Einheiten *Fahndung, Aufklärung, Observation (FAO)* und *Aufklärung und Intervention (AuI)*, die zum Teil, wie die *AuI*, nicht ständig vorgehalten und nur zu besonderen Anlässen zusammengestellt werden.

Als *Organisationsformen auf Zeit* werden Arbeits-, Ermittlungs- und Operative Gruppen bezeichnet, die zu spezifischen Themen gebildet und nach deren *Bearbeitung* wieder aufgelöst oder in andere Einheiten über-

10 Was bis zum Anschluss der DDR und Westberlins an die Bundesrepublik lediglich in Ausnahmesituationen in Berlin zu beobachten war – die Unterstützung durch Bundesgrenzschutzkräfte bei besonderen Lagen –, ist inzwischen Alltag: Die Bundespolizei ist in Berlin stationiert, und knapp 6.000 von ihnen kontrollieren seit Oktober 1992, bis 2005 noch unter der Bezeichnung Bundesgrenzschutz, bundesweit S-Bahnen und Flughäfen und haben zusammen mit bahneigenen Sicherungsgruppen sowie kommerziellen Sicherheitsdiensten die Kontrolle der Fernbahnhöfe übernommen. In Berlin sind etwa 400 Beamte gegen Randgruppen auf den S- und Fernbahnhöfen im Einsatz; diese polizeiliche Aufgabenteilung ist auf Dauer angelegt.

11 Bei knapp 600 verbrannten Kraftfahrzeugen im Jahre 2011 (2010: 300) wurden allein im September 2011 über 13.700 Polizeikräfte eingesetzt – u. a. mit Unterstützung von bis zu 9.000 Bundespolizeikräften; allein die Kosten für die Bundespolizei, die an 75 Tagen mit 18.706 Kräften tätig war, beliefen sich auf über 3 Millionen Euro (Abgeordnetenhaus 2012b).

führt werden. Sie stellen die Mehrheit polizeilicher Sonderorganisationen dar und haben sich in den vergangenen Jahren schwerpunktmäßig auf Nicht-Deutsche und Arbeitsmarkt-Kontrolle konzentriert. Der Einsatz solcher Organisationen ist daher erstens, wie Pütter (2008: 114) richtig schreibt, keineswegs unpolitisch, sondern vielmehr eine politökonomisch hochgradig bedeutsame Veranstaltung. Solche Organisationen mögen, zweitens, vielleicht nicht (nur) rassistisch *motiviert* sein, aber sie sind genau so *organisiert* (Abgeordnetenhaus 1999; Brüning 2011), wie nachfolgende Beispiele belegen.

Noch in der Logik der Frontstadt Berlin wurde 1970 die AGA (*Arbeitsgebiet Gezielte Ausländerüberwachung*) gegen Nicht-Deutsche gegründet, 2008 wurde sie nach anhaltender Kritik umbenannt und arbeitet nun unter dem Namen AGIM (*Arbeitsgebiet Integration und Migration*) in allen Polizeidirektionen. Nach eigenen Angaben konzentriert sich deren Personal heute auf »Straftaten, wie illegale Einreise, illegaler Aufenthalt, illegale Prostitutionsausübung« und führt für die Ausländerbehörde »Festnahmeersuche, Hausermittlungen, Passsicherstellungen und Festnahmen zur Direktabschiebung« durch.¹² Tatsächlich aber machen die Polizeikräfte der AGIM wohl weit mehr, denn, so eine Oberkriminalkommissarin im September 2010,

»Wir haben Kontakt mit mehr als hundert Migrantenvereinen«, sagt sie. »Mit uns redet fast jeder, sogar die Kriminellen. Uns entgeht nur selten etwas Wichtiges. Das ist unsere Netzwerkarbeit.« Ein Netzwerk für Integration, zwischen der Polizei, den Vertretern der Einwanderer, den Moscheen, Schulen, Behörden. Die AGIM in Nordneukölln hat 16 Mitglieder, darunter fünf Frauen und zwei Beamte mit Migrationshintergrund: einen Araber, einen Serben (zit.n. Schicht 2013: 36).

Die im November 2000 eingerichtete *Gemeinsame Ermittlungsgruppe Identitätstäuschung (GE Ident)*, die vor allem gegen Personen aus dem Libanon mit einem Generalverdacht operierte, wurde, ebenfalls nach anhaltenden Protesten, im Januar 2009 in das Landeskriminalamt eingegliedert und unter dem Namen *Polizeiliche Aufenthaltsüberprüfung schwerer Straftäter (PASS)* weitergeführt (Abgeordnetenhaus 2011a). Innensenator Henkel (CDU) widersprach Medienberichten, er plane die Wiedereinrichtung der *GE Ident* und behauptete ungefragt, eine »[r]assis-

12 Zit.n. Polizeidirektion 6 – Arbeitsgebiet Integration und Migration (AGIM), <http://www.berlin.de/polizei/bezirk/dir6/aga.html> [03.11.2013].

tisch motivierte Polizeiarbeit habe es in der Vergangenheit nicht gegeben und werde es auch in Zukunft nicht geben« (Abgeordnetenhaus von Berlin 2012a: 31).

Für eine solche Einschätzung spricht angesichts der anhaltenden Ethnisierung Berliner Polizeiarbeit und der Praxis des *Racial Profiling* allerdings nichts: Bezeichnungen von Polizeieinheiten mit Namen wie »Vietnam« (gegründet 1992), »Jugo« (1992), »Araber« (1996), »Schwarzafrikaner« (1997), »Irak« (1998) oder gar – mit polizeieigenem Humor – *RumBa* (1997), für *Rumänische Banden* kriminalität, zeigen eher das Gegenteil.

Für die Berliner Polizei fällt – insbesondere mit der Einführung des auf intensivierte Strafverfolgung zielenden »Berliner Modells« (Pütter 2008; Brüning 2013) – unter sogenannte Organisierte Kriminalität auch Betrug (Hütchenspiel), Bettelei (Banden), Schmuggel (Schwarzmärkte) und illegale Beschäftigung (Schwarzarbeit). Insbesondere von Schwarzarbeit wird seit den 1990er Jahren behauptet, sie habe zugenommen, auch wenn Arbeits-, Finanz- und Polizeibehörden zugestehen müssen, dass ihre Daten das kaum belegen können (Lehmann 2012). Davon unberührt und die eigenen Statistiken noch aufblähend, wurde unter Federführung des Zolls¹³ die *Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS)* aufgebaut.¹⁴ Gegen Zigaretten Schmuggel und entsprechende Schwarzmärkte wurde 1992 zunächst die *Ermittlungsgruppe Vietnam*, 1999 die *Gemeinsame Ermittlungsgruppe Zigaretten (GE Zig)* geschaffen; beide Einheiten ordnen die genannten Phänomene vor allem Personen aus Vietnam und Osteuropa zu.

Da Nicht-Deutsche auf illegalisierte Arbeitsformen besonders angewiesen und von den überfallartig verlaufenden Kontrollen gegen Schwarzarbeit ebenso überproportional betroffen sind wie von der massenmedial zu Sicherheits- und Sozialneid-Spektakeln hochstilisierten Berichterstattung (Der Spiegel 2011), sind sie auch besonders mit Ausbeutung, Diskriminierung und Kriminalisierung konfrontiert; ihre Verfolgung ist letztlich ein Kampf gegen Nicht-Lohnarbeit.

13 Die FKS löste die 1989 vom Land Berlin geschaffene 100-köpfige Gemeinsame Ermittlungsgruppe Schwarzarbeit (GES) ab; die im Jahr 2004 aufgebaute FKS beschäftigt 200 Fahndungskräfte und soll erweitert werden.

14 Im Jahr 2010 wurden von der FKS allein 18.000 Personen an ihren Arbeitsstätten und 1.600 Unternehmen überprüft sowie knapp 7.000 Ermittlungs- und Bußgeldverfahren eingeleitet, vgl. Hauptzollamt Berlin – Zahlen, Daten, Fakten für 2010, <http://tinyurl.com/cduh35a> [03.11.2013].

Gegenstand polizeilicher Sonderorganisationen waren und sind immer auch Jugendliche – jung sein ist ein polizeilicher Tatbestand. Als im Berlin der 1980er Jahre Jugendliche begannen, sich in Gruppen zu organisieren, bauten die Polizeidirektionen mehrköpfige Teams auf, die seitdem unter dem Namen *Operative Gruppe Jugendgewalt (OGJ)* Treffpunkte von Jugendlichen aufsuchen, Informationen über Jugendliche sammeln und sogenannte Gefährderansprachen durchführen (Claus 2009). Mit Unterstützung der Bundespolizei wurde 1994 die stadtweit arbeitende *Gemeinsame Ermittlungsgruppe Graffiti in Berlin (GE GiB)*¹⁵ gegründet, die mit rund 30 Beamten allein im Jahr 2009 rund 2.700 Jugendliche polizeilich erfasste (Abgeordnetenhaus 2011b; Ambros 2013: 179). Als übergeordnete Instanz wurde 2006 beim Landeskriminalamt zudem eine *Zentralstelle für Prävention* geschaffen, die mit 190 der rund 760 Berliner Schulen Kooperationsabkommen unterhält und nach eigenen Angaben an allen Schulen präsent ist: Jedes Kind »sieht uns in seiner Schulzeit mindestens dreimal«, heißt es aus der Zentralstelle (Spangenberg 2011; vgl. Der Polizeipräsident in Berlin 2012).

Das ist natürlich Unsinn, denn die Zentralstelle macht solcherart Arbeit nicht; die wird von den in jedem Polizeiabschnitt installierten Präventionsbeauftragten erledigt:

Zu den anlassunabhängigen, in den Unterrichtsverlauf integrierten Einheiten, die von den Präventionsbeauftragten eigenständig gestaltet werden, kommen anlassbezogene Besuche, um die die Polizei seitens der Schule gebeten wird. [...] Der Präventionsbeauftragte verkörpert in Gesprächen mit den betreffenden Schülern das Recht als gesellschaftliche Institution, also das schulexterne Realitätsprinzip (Kohlstruck et al. 2012: 70).

Vielleicht gerade weil die Polizei ein Verständnis von Gesellschaft hat, das sich »in den Denkgebäuden des 19. Jahrhunderts« bewegt, so jedenfalls der an der Niedersächsischen Polizeiakademie lehrende Wissenschaftler Werner (2007: 28), oder weil sie der Vorstellung anhängt, »das da drau-

15 »Die zunächst nur aus Sachbearbeitern bestehende Ermittlungsgruppe wurde im Dezember 1994 um eine Operative Gruppe – die OG GiB – erweitert und ist inzwischen ein Kommissariat beim Landeskriminalamt geworden (LKA 713)«, <http://www.berlin.de/polizei/kriminalitaet/graffiti.html> [03.11.2013]; die Bundespolizei zog sich im September 2005 aus der GE GiB zurück (Abgeordnetenhaus 2011b).

ßen ist ein Zoo, und wir sind die Dompteure« (Schweer et al. 2008),¹⁶ orientieren sich ihre Schuleinsätze an einer »verallgemeinerten Normal-Existenzform der Lohnarbeit« und setzen »bereits vor der Unterbietung dieser normativen Prämisse an, um alternative Zukünfte bzw. Zukunftsentwürfe auszuschließen« (Reder & Ziegler 2010: 366). Die »jugendlichen Projektteilnehmer dienen als ›Türöffner« zu anderen Jugendlichen, wie in Spandauer Polizeiprojekten (Ambros 2013: 158), oder die schulischen Veranstaltungen selbst werden »als Türöffner« konzipiert, um »zunächst mit der Schule [...] und später mit kommunalen Trägern und Institutionen zusammenzuarbeiten« (ebd.: 53).

Glaubt man den öffentlich zugänglichen Quellen, dann sind die *PMS*, die *OGJ* und die *GE GiB* gegenwärtig die drei letzten verbliebenen, ständig vorgehaltenen Operativen Gruppen. Während die oben genannten Operativen Gruppen bezirks- bzw. stadtweit operieren, entstanden Mitte der 1990er Jahre auch operative Einheiten, die sich speziellen Stadträumen wie etwa dem Kurfürstendamm (*OG City-West*) oder der Potsdamer Straße (*OG Potse*) widmeten. Ihre Besonderheit bestand darin, dass sie die von ihnen ermittelten Fälle nicht selbst weiter bearbeiten mussten. Sie hatten zunächst aber keine »verdachtsunabhängigen«,¹⁷ Bürgerrechte untergrabenden Befugnisse. Das änderte sich für alle Polizeikräfte im Jahr 1996 mit der Einführung des *gefährlichen Orts*.

Sonderräume auf Zeit: Der »gefährliche« und der »kriminalitätsbelastete« Ort

Zunächst handelt es sich beim intensivierten Reden über Stadträume um einen Ausdruck der zunehmenden sozioökonomischen Spaltungen in einer Stadt. Denn dass es *kleinräumig* und *projektbezogen* zuzugehen hat, wenn den Auswüchsen von Nicht-Lohnarbeit, Erwerbslosigkeit, Armut und *Kriminalität* in den Quartieren auf den Leib gerückt und die Folgen neoliberaler Großstadtpolitik gelegentlich mit einer sozial verbrämten Firnis übertüncht werden sollen, gilt seit spätestens Mitte der 1980er Jahre als unumstritten (Walther 2001). Die Rede von »überforderten Nachbar-

16 Der Buchtitel zitiert einen deutschen Polizeibeamten. Nur eine Frage, Dompteure im Zoo?

17 Die 1999 eingeführten verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrollen (Schleierfahndung) wurden 2004 wieder gestrichen, an kriminalitätsbelasteten Orten blieb die Befugnis aber erhalten; auch die Bundespolizei behielt die Befugnis zur Schleierfahndung; ebenfalls 1999 wurde der 1992 eingeführte (vorübergehende) Platzverweis um das Aufenthaltsverbot ergänzt (Pütter 2008).

schaften«, »sozialen Brennpunkten« oder »Ghettoverdachtsgebieten« ging und geht mit der Installierung neuer gebietsbezogener Instrumente und Akteure einher (Belina 2006). Zu den eher klassisch zu nennenden Kontroll- und Ausgrenzungsinstrumenten in Berlin, weil damit nicht auf die Mobilisierung einer *guten Gemeinschaft* abgehoben wird, sondern offen repressiv gegen Verdächtige und illegalisierte Straßenaktivitäten vorgegangen wird, zählt seit der Novellierung des Polizeigesetzes im Oktober 1996 der »kriminalitätsbelastete« bzw. »gefährliche Ort« (Tölle 2004).

Nach Paragraph 21 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG) dürfen Ordnungsbehörden und Polizei ohne Anhaltspunkte für eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit Identitätsfeststellungen durchführen,

wenn die Person sich an einem Ort aufhält, a) von dem Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass aa) dort Personen Straftaten von erheblicher Bedeutung verabreden, vorbereiten oder verüben, bb) sich dort Personen treffen, die gegen aufenthaltsrechtliche Strafvorschriften verstoßen, cc) sich dort gesuchte Straftäter verbergen, b) an dem Personen der Prostitution nachgehen (ASOG Berlin 2007: 13).

Von *gefährlichen* Orten ist also direkt keine Rede und seit 2002 wird auch bei der Polizei nur noch von »kriminalitätsbelasteten« Orten gesprochen; überhaupt ist es einer wohl politisch motivierten Indiskretion gegenüber Berliner Boulevardmedien zu verdanken, dass überhaupt die betroffenen Orte und mit ihnen die dortige Aushebelung von Grundrechten zur Sprache kamen, denn diese Orte legt die Polizei jenseits aller Öffentlichkeit allein fest. Ein seinerzeit als »vertraulich« gehandeltes Polizeipapier umfasste zunächst 14, dann 20 Straßen, Plätze und Parks, die als »gefährliche Orte« zählten (Banse & Behrendt 2004): Dazu gehörten das Kottbusser Tor in Kreuzberg (Begründung: Drogen-Szene), der Stuttgarter und Breitscheid-Platz in Charlottenburg (Prostitution, Glücksspiel, Fixer, Dealer, Taschendiebe), der Nollendorfplatz in Schöneberg (Prostitution, Dealer, Fixer), der Alexanderplatz und die U-Bahnlinie 8. Sie durchquert, den Hermannplatz kreuzend, Teile Kreuzbergs und Neuköllns und gilt als Umschlagplatz für Drogen, seit die Operativen Gruppen oberirdisch mit regelmäßigen Razzien und Überfallkommandos die Drogenszene zunächst von einem Ort zum anderen und sodann in die U-Bahnschächte getrieben haben. Die U-Bahnlinie 8 war damit zunächst der einzige mobile *gefährliche Ort* – jedenfalls solange, bis die Polizei begann, ganze

Züge zu stoppen und 30 bis 50 Beamte vor allem jugendliche männliche Migranten aus den Waggons zu treiben. Mit erhobenen Armen und breit gespreizten Beinen müssen sie an den Wagenwänden stehen. Taschen- und Ausweiskontrollen folgen, wer keine Papiere bei sich hat oder sonst in Verdacht steht, muss auf die Wache, erhält einen Platzverweis oder wird direkt mit einer Hausdurchsuchung bedacht (dapd 2011; Schnedelbach 2011).

Anders als beim Quartiersmanagement – einer Variante des *Sonderraums auf Zeit* –, das mit den Defiziten und Potenzialen der von ihnen zu organisierenden Räume offensiv und in Hochglanz wirbt (vgl. dazu unten), sollen die *gefährlichen Orte* ausschließlich der Verfügungsgewalt der Polizei unterstellt bleiben. Dass Grundrechte ausgehebelt werden können und an welchem Ort dies geschieht, ergibt sich erst aus dem polizeilichen Zugriff. Und nur aus den sprichwörtlichen gut unterrichteten Kreisen erschließt sich die sozial-räumliche Suspendierung von Bürgerrechten, denn auch unter dem Senat aus SPD und Die Linke blieben die *gefährlichen Orte* erhalten, die Listen geheim und die Aushebelung von Bürgerrechten ein nicht diskutiertes Thema. So war es wieder einer Indiskretion zu danken, dass eine neue Liste kursierte: Im Sommer 2010 gab es danach 17 *gefährliche Orte*, zu denen die Hasenheide, der Görlitzer Park in Kreuzberg, die Oranienburger Straße und vor allem Orte in Tiergarten (darunter der Automarkt Beusselstraße, die U-Bahnstationen Hansaplatz, Westhafen, Genthiner und Amrumer Straße) gehören (Flakin 2010).

So bleibt weiter viel Arbeit mit Armen, Arbeitslosen und vermeintlichen Kleinkriminellen für die Polizei, und sicherlich wäre es eine Verkürzung, würde man eine solche Befriedungspolitik mit derjenigen gleichzusetzen, die im 19. Jahrhundert in westeuropäischen Metropolen betrieben wurde. Dennoch sind die Parallelen mit dieser *modernen* Polizeipolitik so schlagend, dass der zentrale Stellenwert der Lohnarbeit als sozioökonomische, sozialpolitische und sozialkulturelle Herausforderung außer Zweifel steht (Dronke 1846; Avé-Lallemant 1858; Rasch 1871).¹⁸

Dass in diesem Kontext auch auf kommerzielle Sicherheitsdienste zurückzugreifen sei, forderte eine vom Berliner Senat eingesetzte Expertenkommission bereits im Jahr 2001. Und der gegenwärtige Senat plant

18 Soweit in den zitierten Bänden aus dem 19. Jahrhundert auf die Bekämpfung vermeintlicher Kriminalität, Wohnungslosigkeit und urbaner Armer Bezug genommen wird, liest sich das in Teilen wie die Berichte aus heutigen Tageszeitungen über Razzien der Polizei in der Hasenheide oder im Tiergarten; den Görlitzer Park gibt es erst seit den 1990er Jahren.

die Aufgabenübertragungen von Objektschutz und Gefangenenbewachung an kommerzielle Dienste (Brüning 2012), während umgekehrt das kommerzielle Wachunternehmen SECURITAS im Herbst 2013 der Berliner Polizei einen mit 1.000 Euro dotierten Präventionspreis zuerkennt (Clearingstelle 2013).

Markt als Befriedung

Mit rund 3.800 Unternehmen (2003: 2.800), 183.000 Beschäftigten¹⁹ (161.000) und einem Umsatz von 5 Milliarden Euro (4,0 Mrd.) im Jahr 2012 stellt das kommerzielle Sicherheitsgewerbe einen relevanten Wirtschaftsfaktor in Deutschland dar (Eick & Briken 2014). In Berlin arbeiten mit 14.000 Beschäftigten rund doppelt so viele Wach- und Sicherheitskräfte pro Kopf der Bevölkerung wie im Bundesvergleich,²⁰ so dass Berlin nicht umsonst als »Hauptstadt der Putzkolonnen und Privat-Sheriffs« bezeichnet wurde (Krätke & Borst 2000: 44).

Die Gewerkschaften sprechen, auch das verweist auf den Konnex zwischen Lohnarbeit, Befriedung und Sicherheit, mit Blick auf gängige Arbeitsbedingungen von *moderner Sklavenarbeit*. Zunächst mit Bezug auf die Löhne, denn die Branche weist die typischen Kennzeichen einer Niedriglohnbranche auf; insbesondere in den gar nicht mehr so *neuen* Bundesländern werden oft unter fünf Euro pro Stunde gezahlt. Der Begriff zielt aber auch darauf, dass Wachleute monatlich teils über zweihundert Stunden an unterschiedlichen Orten, auch während der Nacht und an Feiertagen arbeiten müssen. Für viele Beschäftigte reicht es trotzdem nicht zur Sicherung ihres Lebensunterhalts, sie müssen zusätzliche Sozialleistungen in Anspruch nehmen und sind damit sogenannte *Aufstocker*; an anderer Stelle sind diese Bedingungen ausführlich, auch mit Blick auf die Vereinbarung zu einem Mindestlohn in der Branche, analysiert worden (Briken 2011).

Darüber hinaus beinhalten weite Teile des Geschäfts saisonabhängige Aufgabenbereiche (wie etwa bei Fußball-WM, Papst-Besuch, Stadionbewachung), die zeitlich hochflexible Belegschaften erfordern. Die 2003 im Rahmen der Agenda 2010 vom Gesetzgeber ermöglichten Minijobs führen auch den Bewachungsunternehmen einen lukrativen und flexiblen Arbeitskräftepool zu solch günstigen Konditionen zu, dass sie kaum zur Existenzsicherung der Beschäftigten ausreichen. So wird rund ein Drittel

19 Von diesen sind rund 118.000 sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

20 Das Verhältnis von privaten Sicherheitskräften zur Bevölkerung liegt im Bundesvergleich bei 1:489, in Berlin bei 1:247 (eigene Berechnungen mit Zahlen von 2011).

aller im Bewachungsgewerbe gemeldeten Beschäftigten (etwa 50.000 Personen) über Minijobs entlohnt, sodass sie ihr Einkommen über Hartz IV *aufstocken* müssen.

Das also sind die neuen Partner der Polizei, denn Berlin hat, wie andere Bundesländer, in den vergangenen Jahren Kooperationsvereinbarungen unter dem Motto »Erkennen – Beobachten – Melden« mit Sicherheitsfirmen abgeschlossen. Und im Jahre 2009 ist das kommerzielle Wach- und Sicherheitsgewerbe durch die Innenministerkonferenz auch offiziell in die staatliche »Sicherheitsarchitektur« integriert worden (Briken & Eick 2011). Die Beschäftigten werden zu Informanten, zu zusätzlichen *Augen und Ohren*. Der Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW), ein Lobbyverein der deutschen Wach- und Sicherheitsdienste, will aus seinem Hauptstadtbüro zum einen mehr Firmen aus den Bereichen Sicherheitstechnik und Sicherheitsberatung für den Verband gewinnen, zum anderen heißt es, es gebe »fast 4.000 Sicherheitsunternehmen auf dem deutschen Markt, das sind 3.000 zu viel« (Olschok 2011: 15).

Man möchte das *Geschäft mit der Angst* nicht teilen, das ja nicht zuletzt ein *Geschäft mit der Genervtheit* des Kleinbürgertums durch Armut und Elend ist und der Abwehr von *Lästlingen* dient. In diesem Sinne geht es nicht um ein *governing through crime and fear* (Simon 2007), sondern um *governing through annoyance*, wie es ein kommerzieller Sicherheitsdienst auf den Punkt bringt:

In Zeiten wirtschaftlicher Rezession geraten immer mehr Bürger ins soziale Abseits. Perspektivlosigkeit, Werteverfall und das Missachten der öffentlichen Ordnung sind die Folgen. [...] Der Imageverlust, den eine Stadt erleidet, ist kaum in Zahlen auszudrücken. Problem- und Randgruppen verdrängen immer mehr kaufkräftige Kunden aus den Innenstädten. Durch das Abwandern oder gar den wirtschaftlichen Niedergang der ortsansässigen Gewerbetreibenden potenzieren sich die Probleme schlagartig. Diesen Teufelskreislauf gilt es nachhaltig zu durchbrechen (PWD Wachdienst 2012).

Kommerzielle Sicherheitsdienste kooperieren nicht nur mit der Polizei, sondern bewachen auch staatliche Sicherheitseinrichtungen, darunter in Berlin zehn Polizeigebäude; insgesamt werden über 50 Gebäude und Liegenschaften im Auftrag der Berliner Immobilienmanagement GmbH von Privaten bewacht (Abgeordnetenhaus 2008). Aber auch jenseits dieser Vereinbarungen haben sich die profitorientierten Dienste tief in den

privaten und öffentlichen Stadtraum eingeschrieben. In den Berliner Großwohnsiedlungen rüsten sich private und öffentliche Wohnungsbau-gesellschaften mit Sicherheitsdiensten aus, die, unterstützt durch Video-überwachungssysteme und zum Teil bewaffnet, durch die Quartiere streifen (Stadt und Land 2007). Dabei ist der Ton bisweilen recht ruppig, das Vorgehen rabiat und nach rechtsstaatlichen Kriterien zumindest zweifelhaft. So wird ein Mitarbeiter eines unter dem Markennamen Flash Security firmierenden Sicherheitsunternehmens an einem Busbahnhof gegenüber Jugendlichen mit den Worten zitiert, »Wir können auch die Personalien aufnehmen [...]. Das ist auch 'ne Möglichkeit. Ich denke mal, ihr dreht euch um und geht nach Hause«²¹ – ein Recht auf Personalien-feststellung haben kommerzielle Sicherheitsdienste, zumal im öffentli-chen Raum, regelmäßig nicht.

Die Wohnungsbaugesellschaft Degewo schrieb im Oktober 2011 für ihre Wohn- und Geschäftshäuser an vier Standorten mit rund 26.000 Wohneinheiten Bewachungs- und Revierdienstleistungen aus; inklusive der technischen Sicherheitssysteme.²² Die Befriedung der Quartiere wird durch die Degewo als »Lärmpolizei« (Marzahn, Wedding) und »Wohnge-bietsstreife« (Neukölln-Gropiusstadt) vermarktet (Lindner 2005; Bielka 2007). Dass der Einsatz kommerzieller Sicherheitsdienste auch zu Tät-lichkeiten führen kann, war bspw. am Kunst- und Kulturzentrum Tache-les zu beobachten, als bei einer offenbar rechtswidrigen Räumung durch kommerzielle Sicherheitskräfte die Polizei schlicht wegsah;²³ zudem ist das Phänomen auch gewalttätiger Übergriffe durch private Sicherheits-dienste bei S- und U-Bahn-Kontrollen keineswegs verschwunden, auch wenn in den Medien gegenwärtig eher Wachleute Konjunktur haben, die es als Zeugen auf jährlich zehn Aussagen vor Gericht bringen (Beyerlein 2011).

Auch in Arbeitskämpfe greifen Sicherheitsdienste ein. In Berlin schüchtern nach Angaben der Gewerkschaft ver.di und des Deutschen Beamtenbunds (Krisch & Hohndorf 2011) ein Sicherheitsunternehmen streikende Beschäftigte am Universitätsklinikum Charité ein. Auch wenn in diesem Fall nicht von Streikbrechern gesprochen werden soll,

21 Zit.n. Hermsdorf – Sicherheitsdienst statt Polizei (27.11.2007), http://www.flash-security.de/files/hermsdorf_sicherheitsdienststatt_polizei_mdr.pdf [03.11.2013].

22 Bewachungs- und Revierdienstleistungen für Bestände der Degewo in Berlin, <http://tinyurl.com/c3c7g5j> [03.11.2013].

23 Das geht aus einem entsprechenden Video hervor, <http://www.youtube.com/watch?v=t5Pys5vw8r8> [03.11.2013].

verweist der Einsatz von Wachschutz doch auf das Verhältnis zwischen der Durchsetzung von *Recht und Ordnung* und Lohnarbeit. Es ist daher nur konsequent und wenig überraschend, dass auch Erwerbslose in den JobCentern von kommerziellen Sicherheitsdiensten kontrolliert und diszipliniert werden.

Zudem zeichnet sich ab, dass auf der lokalen Ebene die Bestreifungen öffentlichen Straßenlandes mit Polizei, Ordnungsamt und Bürgerstreifen zunehmen (Koalitionsvereinbarung 2011: 67-68), mithin auch das Management von vorstrafrechtlichen *Störungen* an Bedeutung gewinnen wird. Gerade in einer sozioökonomisch vielfach gespaltenen Stadt aber – das verdeutlicht etwa die durch einen kommerziellen Sicherheitsdienst seit 2007 organisierte Überwachung von knapp 20 Schulen im Bezirk Neukölln (Felber 2012; Flatau 2012) –, erfolgt der befriedungspolitische Zuschnitt der Quartiere von Fall zu Fall und von Ort zu Ort und mit unterschiedlichen Akteuren, zu denen auch beschäftigungspolitisch aktive Träger des Dritten Sektors, die sogenannten Nonprofits der *Beschäftigungsindustrie*, mit SOS-Aufgaben gehören.

›Aktivierte Bürgerschaft‹ als Befriedung

Es werden also nicht allein im Bereich staatlicher und kommerzieller Strategien SOS-Dienstleistungen erbracht und vermarktet (die Polizeiliche Kriminalstatistik als Leistungsbilanz der Polizei entspricht insoweit dem Jahresbericht eines privaten Sicherheitsunternehmens), sondern auch die freien Träger legen dem Senat und den JobCentern Tätigkeitsberichte und Eingliederungsbilanzen vor. Und weil die Zahl der Langzeiterwerbslosen in die Hunderttausende geht, mit denen sich Millionen von Euro bei der Simulation von Lohnarbeit (Hartz IV) umsetzen lassen, spricht man von einer »Beschäftigungsindustrie« (ver.di 2007).

Zunächst werden die Aktivitäten dieser Industrie für den SOS-Bereich nachgezeichnet und nachfolgend deren Wirken im Kontext des Quartiersmanagement analysiert.

Organisationsformen auf Dauer: Die Beschäftigungsindustrie

In der lokalen Ordnungspolitik entsteht derzeit durch den Einsatz der Nonprofit-Sicherheitsdienste ein neuer, ordnungspolitisch agierender Akteur im öffentlichen Raum. Die Beschäftigung von Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern durch Nonprofits in Projekten im Ordnungs- und Sicherheitsbereich leistet einen Beitrag zu einer neuen Kontroll- und Befriedungskultur. Unter Überschriften wie »Integration benachteilig-

ter Gruppen« oder »Stabilisierung benachteiligter Quartiere« entstehen Strukturen, die die Beschäftigungsindustrie zu einem selbsterhaltenden System machen: Nonprofits agieren als Quasi-Polizeiagenturen, betreiben eine Containment-Politik gegen Armutspopulationen, weisen diesen damit spezifische Räume zu, vertreiben sie aus anderen, um dann dort wieder ein neues Einsatzfeld übernehmen zu können. Unter ihrer Aufsicht werden Langzeiterwerbslose, titulierte als Kiezläufer, Gebietswacht oder Wohngebietsaufsicht, zum Einsatz gebracht.

Um das Ziel der Selbstregulation der Quartiersbevölkerung kostenminimierend zu erreichen, gilt es freilich, Agenturen zu schaffen oder bestehende Organisationen so einzubinden, dass sie den ökonomisch Abgehängten Verhaltensanweisungen geben. Zentrales Element zur Umsetzung der Hartz IV-Gesetzgebung, von Workfare oder des Leitbilds des »aktivierenden Staats« und vor allem der »aktivierenden Stadt«, sind dementsprechend die regionalen JobCenter, die den Zwangsrahmen gegenüber den Langzeiterwerbslosen setzen und gegebenenfalls nachjustieren. Eine solche Nachjustierung hat beispielsweise das JobCenter Charlottenburg-Wilmersdorf (2009: 27) vorgenommen und in Hinblick auf Jugendliche und junge Erwachsene formuliert, dass Arbeitsgelegenheiten garantiert sein müssen, »egal wie lange sich ein *Kandidat* auch dagegen wehrt« (Hervorh. im Orig.).

Öffentlich geförderte Beschäftigung ist »der zumutbare Beitrag des Hilfeempfängers zur Reduzierung seiner Hilfebedürftigkeit sowie die von ihm erbrachte Gegenleistung für die Unterstützung durch die Solidargemeinschaft«, weiß die in Hannover ansässige FAA Bildungsgesellschaft Nord mbH,²⁴ zu der auch die 1993 gegründete Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft in Tempelhof mbH (BEQUIT) gehört. BEQUIT gestaltet nach eigenen Angaben auf bezirklicher Ebene Arbeitsmarktstrukturen mit und ist maßgeblicher Oligopolist in Sachen SOS. Rund 20 Beschäftigte mobilisieren jährlich Hunderte von Erwerbslosen und generieren einen Jahresumsatz von rund sieben Millionen Euro (2012).²⁵ Unter der Überschrift »Aufsichtsprojekte der BEQUIT GmbH« sind Langzeiterwerbslose als Schul-, Schulhofaufsicht und Schulwegbegleitung, als Parkdienste sowie als Wohngebiets- und Spielplatzaufsicht unterwegs. Zu ihren Aufgaben gehören »die Kontrolle der Tiefgaragen, Keller und Flure« und die Verhinderung von »Vandalismus und Verschmutzung«; zudem

24 Vgl. <http://www.faa-nord.de/index.php?id=120> [03.11.2013].

25 Bürgel-Wirtschaftsinformationen vom 29. August 2013, <http://www.lexisnexis.com/de/business/> [03.11.2013].

gehen Zweier-Teams »durch die Parkanlagen, geben Hinweise zur Einhaltung der Grünflächenverordnung [...] und achten auf Sauberkeit.«²⁶

Ein ähnliches Projekt, bekannt unter dem Titel »Spielplatzkümmerer«, erregte im Jahre 2005 bundesweit Aufmerksamkeit, denn immerhin 350 Langzeiterwerbslose, ebenfalls eingesetzt als Ein-Euro-Kräfte, kontrollierten die rund 120 Spielplätze Neuköllns (ver.di Berlin-Brandenburg 2007: 17f). Um deren Einsatz zu rechtfertigen, charakterisierte eine Vertreterin des Trägers die »Kümmerer« so: »Am einfachsten lässt sich wohl beschreiben, was sie alles nicht sind – nämlich Polizisten, Müllmänner oder Schaukel-Reparateure« (zit.n. Leber 2005), ihre Aufgabe sei vielmehr, durch ihre Anwesenheit potenzielle »Spielplatz-Störer« davon abhalten, Alkohol zu trinken, Müll in den Sand zu werfen und zu randalieren.

Während BEQUIT gleichsam Neuköllner Experte für *Nonprofit Policing* im öffentlichen Raum ist, hat Jugendwohnen im Kiez e.V. sich auf den Betrieb von Concierge-Logen spezialisiert (Bielka 2007). Allein elf Concierge-Logen mit 38 ehemaligen Erwerbslosen betreute die an Jugendwohnen im Kiez angegliederte Neuraum Gesellschaft mbH. Dabei werde »an sozialen Brennpunkten« in Kooperation mit großen Wohnungsbaugesellschaften und finanziert vom JobCenter und dem Europäischen Sozialfond das Konzept *Concierge* realisiert.

Zu den Aufgaben gehören bereits seit dem Jahr 2000 »Rundgänge in den Gebäuden und Außenbereichen, [v]ermittelndes Eingreifen in Konfliktfällen« und die »Kooperation mit Hauswarten, Wohnungsbaugesellschaft, Polizei, Jugendamt« (zit.n. Eick 2011). Auch wenn nicht ganz klar ist, ob es sich um Frechheit oder Unbedarftheit handelt, werden von den Alternativ-Polizeien offenbar auch Sachbeschädigungen begangen. So rissen im Jahr 2012 *Kiezläufer* in Neukölln Plakate und Informationsmaterialien von privaten Flächen eines dortigen Nachbarschaftstreffs herunter – eine Praxis, die erst endete, als sich die Betroffenen bei BEQUIT beschwerten.

Zugleich ist festzuhalten, dass die SOS-Beschäftigten keinerlei Kompetenzen für ihren Einsatz als Augen und Ohren für Polizei und Nonprofits haben. Damit sind sie nicht nur in einer Situation, die ohnehin durch soziale Not gekennzeichnet ist, sondern zudem dem Missbrauch als Quasi-Polizei ausgesetzt. Sie sind zu Ein-Euro-Jobs gezwungen und bleiben zugleich so arm, dass sie regelmäßig bei den zahlreichen Suppenküchen und Tafeln zu sehen sind. Der Graubereich der Ein-Euro-Dienste

26 Die Aufsichtsprojekte der BEQUIT GmbH, <http://www.bequit.de/aufsicht.htm> [03.11.2013].

kennt viele Tönungen, auch im SOS-Bereich, und hat sich mit dem Quartiersmanagement einen eigenen Handlungsraum erschlossen ...

Sonderräume auf Zeit: Das Quartiersmanagement

Das Bund-Länder Programm ist zeitlich befristet, wird zu je einem Drittel von Bund, Ländern und Kommunen finanziert und begann (in Berlin unter dem Namen Quartiersmanagement) mit der Fokussierung auf bauliche Maßnahmen zur »Verbesserung« des Wohnumfelds (Walther 2002). Aufwertung geht dabei gern mit Ausgrenzung einher. Das bedeutete vor rund zehn Jahren etwa im Wedding, dass die Polizei auf Wunsch des Quartiersmanagements und des Bezirksamts Platzverweise gegen das Trinkermilieu aussprach und das Gebiet verstärkt kontrollierte. Das Bezirksamt wiederum beseitigte alle Stadtmöbel, sämtliche Hochbeete und Bepflanzungen vom Platz: »Es gibt keine Rückzugsräume mehr für die Alkoholiker, sie werden sich dort nicht mehr wohl fühlen«, so eine Quartiersmanagerin der Pankstraße (zit.n. Schuster 2003: 12). Zehn Jahre später fordert die Berliner Kriminalpolizei eine Änderung des Baugesetzbuchs, um an Stadtplanung und Architektur zwingend beteiligt werden zu können: Es sollen sich nicht mehr die »Trinkerszenen«, sondern »nun wieder die Menschen wohlfühlen«, findet die bei der Berliner Polizei angestellte Architektin (zit.n. Hasselmann & Jacobs 2012).

Versuche, das oben erwähnte Instrument *gefährlicher/kriminalitätsbelasteter Ort* mit dem Quartiersmanagement zu verbinden, wurden am Helmholtzplatz im Prenzlauer Berg unternommen. Dem staatlichen Credo folgend, alle hätten zusammenzuarbeiten und Netzwerke auszubilden, war der Helmholtzplatz nicht nur Quartiersmanagementgebiet, sondern zugleich ein *gefährlicher Ort*.

Die Polizei blieb zentraler Akteur bei der Herstellung *sozialen Zusammenhalts* wie ihn sich die dort organisierte Mittelklasse vorstellte. Diejenigen nicht arbeitenden *Störenfriede*, die im Quartier polizeilich nicht gemeldet waren, wurden im Rahmen einer als Platzverschönerung bezeichneten Aufwertung vertrieben; für die Verbliebenen wurden Nutzungsregeln und ein SOS-Dienst aus Erwerbslosen aufgestellt, um das *Funktionieren* des Stadtplatzes zu gewährleisten.

Im Norden Neuköllns wurde seit 2009 mit einem Strategiepapier an der Radikalisierung eines solchen Konzepts gefeilt, weil es seit 2005 »vermehrt Anwohnerbeschwerden über Trinker und von ihnen ausgehende Belästigungen auf der Schillerpromenade« gebe (Schmiedeknecht 2009: 2). In dem zitierten Papier der *Task Force Okerstraße* (TFO) wird dann

mit Polizei- und Ordnungskräften gedroht und eine Gebietsverordnung gefordert, um damit ein Alkoholverbot und die Vertreibung der »Trinker« zu legalisieren (ebd.: 17). Nach zahlreichen Protesten findet sich im neuen Handlungskonzept für die Jahre 2013-2015 dazu kein Wort mehr. In Hinblick auf die geplanten Repressionsmaßnahmen gegen das »Trinkermilieu« ist es dem Quartiersmanagement zwar gelungen – auch mit den oben erwähnten SOS-Diensten der BEQUIT – weiter zu polarisieren und, ganz wie im 19. Jahrhundert, das »Gespenst der Polizei« zu mobilisieren (Dronke 1846: 289). *Jenes* Gespenst jedoch trat gegen die Trinker nicht an. Neue »Anwohnerbeschwerden« resultieren heute aus den modernen Straßengangs Nord-Neuköllns, denn jetzt sorgen ERASMUS-Studierende und *Ryanair*-Kurzzeitgäste als Pioniere im Gentrifizierungsquartier für kaufkräftigere Ruhestörungen.

Als eine Variante gegenüber der »pöbelnden Ausgrenzung« nach dem Modell Schillerpromenade²⁷ und der »selektiven«, die das Quartiersmanagement am Helmholtzplatz (Prenzlauer Berg) betrieb, kann die Schaffung von *Trinkerräumen* gelten, soweit diese nicht mit Betretungsverboten für bisher genutzte Areale und Nutzergruppen einhergehen. »Berlins erste heilige Trinkhalle« (Gorny 2011), die im März 2011 auf dem Leopoldplatz von der Evangelischen Nazarethkirchengemeinde eingerichtet wurde, versteht sich als eine solche Variante. Das weder vom Land noch Bezirk finanziell unterstützte Projekt formuliert jedenfalls den Anspruch, eine »neue Art der Zusammenarbeit [...] mit Leben zu füllen« und zielt darauf, für (und mit) unterschiedliche(n) Drogenkonsumierende(n) *zusätzlich* eigene Räume zu schaffen (Nazarethkirchengemeinde 2011: 3, 8), die allerdings auch mit Verboten belegt sind (ebd.: 10). Angesichts der Tatsache, dass am »kriminalitätsbelasteten Ort« Leopoldplatz massenhafte Polizeikontrollen – fast 3.000 Strafverfahren wurden allein im Jahr 2009 eingeleitet (Abgeordnetenhaus 2010) – ebenso ins Leere liefen, wie der Einsatz kommerzieller Sicherheitsdienste und eine vom Quartiersmanagement Sparrplatz beauftragte Konfliktagentur, die »Trinker« mit einer »Ordnerfunktion« ausstattete,²⁸ ist das eine interessante Entwicklung, auch weil der Bezirk Mitte eine Ausweitung des Alkoholkonsumverbots, das bereits für die privaten kirchlichen Flächen gilt, auf dem öffentlichen Platz weiterhin nicht anstrebt (Jericho 2010; Ganz 2011).

27 Dieses Papier geht aus Platzgründen auf die vom QM Schillerpromenade ventilerten Rassismen gegen Roma und Sinti ebenso wenig ein, wie auf dessen Kritik an der EU-Erweiterungspolitik (Eick 2011).

28 Konfliktagentur im Sprengelkiez, <http://tinyurl.com/c480exs> [03.11.2013].

Seit Herbst 2013 allerdings geht die Angst um, die *Trinker* könnten – nachdem der im Rahmen der Aufwertungsstrategie *Aktives Zentrum Müllerstraße*²⁹ renovierte Platz keine Baustelle mehr ist – zurückkehren. Dass *Team Leo* genannte Projekt, das mit der *Ordnung* des Platzes beauftragt ist, will den »Platznutzern (z. B. Anwohnern und Passanten, Kindern, Jugendlichen und Familien)« die Möglichkeit geben, sich den Platz

mit seinen *neuen* Qualitäten anzueignen. Denn die verstärkte Nutzung und Frequentierung des Leopoldplatzes durch diese Gruppen ist eines der elementaren Sanierungsziele. Damit dies gelingt, soll eine Zurückorientierung der ansässigen drogen- und alkoholabhängigen Menschen von *ihrem* Aufenthaltsbereich und Trinkraum Knorke auf den vorderen Leopoldplatz – was in der Vergangenheit sehr konflik[t]trächtig war – vermieden werden (Hervorh. im Original),

heißt es in einer Stellungnahme des beauftragten Trägers *gangway e. V.* Es gelte, »das Hausrecht der Nazarethkirchengemeinde (u. a. Alkoholverbot) auf dem Privatgelände ohne Verdrängung von bestimmten Gruppen und mit einer Gleichbehandlung von allen Platznutzern durchzusetzen«, und dafür kam man auf die »Idee, einen temporären Platzdienst [...] zu beauftragen«. Die gemeinsame Zielstellung sei dabei, »eine Zurückorientierung der lokal ansässigen Szene auf den vorderen Leopoldplatz zu verhindern« (Team Leo 2013). Etwas weniger prosaisch formuliert es die *Berliner Woche*: »Damit die Trinker keinen mehr verschrecken, wurde für sie hinter der Kirche an der Schulstraße ein überdachter Pavillon inklusive Toilettenhaus gebaut. Ein Platzdienst sorgt jetzt dafür, dass sie da auch bleiben« (Jericho 2013).

Gemeinsam ist – unabhängig von der Diktion – allen Auseinandersetzungen um die *Trinkermilieus*, dass sie sich gegen Nicht-Lohnarbeitende richten, dabei staatliche, kommerzielle und zivilgesellschaftliche SOS-Dienste mobilisier(t)en und sich *ganz pragmatisch* um sozioökonomische Ursachen nicht scheren. Mit Blick auf Arbeit(slosigkeit), Armut und Ausgrenzung hatte der im Oktober 2011 verstorbene Hartmut Häußermann vor rund zehn Jahren in einer Studie zu Berlin festgehalten, die

Aufgabe des Quartiersmanagement ist nicht die Beseitigung von Armut und Arbeitslosigkeit, [denn damit] wäre die Aufgabe des Quartiers-

29 Vgl. <http://www.muellerstrasse-aktiv.de/downloads/#leopoldplatz> [03.11.2013].

management zu hoch angesetzt [...]. Die Hoffnung ist vielmehr, dass viele Probleme gelöst werden können ohne Parkwächter und mobile Schutztrupps in den Straßen (Häußermann & Kapphan 2000: 263).

Die Hoffnung trotzt doppelt, wenn nicht dreifach: Denn weder werden Armut und Arbeitslosigkeit beseitigt, noch wird der Einsatz von Parkwächtern und mobilen Schutztrupps verhindert, noch werden mit deren Einsatz »viele Probleme gelöst«. Eher wohl im Gegenteil, sieht man davon ab, dass mit dem Quartiersmanagement ein neuer profitträchtiger Befriedigungsmarkt entstanden ist, auf dem sich kundenspezifisch und zu Niedrigstlöhnen SOS-Dienstleistungen verkaufen lassen. Eine Konsultation der diversen Internetseiten der Berliner Quartiersmanagementgebiete etwa zeigt, dass dort rund 30 Nonprofits SOS-Dienstleistungen anbieten, fast jedes QM-Gebiet hält sich *Kiezläufer*. Ein freier Träger konkurrierte gar mit einem kommerziellen Sicherheitsunternehmen, das bis 2011 Neuköllner Schulen überwachte, dann (rechtswidrig) vom dortigen Bezirksamt durch Ein-Euro-Jobber ersetzt wurde. Seit Herbst 2012 ist nun wieder ein kommerzieller Sicherheitsdienst mit 24 Kräften vor zwölf Schulen tätig (Felber 2012).

Fünf Berliner Grundschulen, die in den Quartiersmanagementgebieten der Bezirke Kreuzberg, Friedrichshain und Schöneberg liegen, lassen ihre Pausenhöfe ebenfalls von Ein-Euro-Beschäftigten bewachen (Jacobs 2008), und selbst aus den bis 2002 bestehenden Quartiersfonds, wurden ganze Sicherheitsdienste zu Niedrigstlöhnen finanziert (Eick 2003). Für den Bereich der Nonprofit-Organisationen, für die (lokal)politischen Verantwortungsträger und für die *abgehängten* Stadtquartiere sieht es sehr danach aus, als habe man sich realpolitisch darauf verständigt, den Einsatz urbaner Armer gegen vermeintliche Normverstöße zu einem tragenden Konzept lokaler und befried(ig)ender Ordnungspolitik auszubauen. Die Bundesregierung mag das ähnlich sehen, nur zahlen mag sie dafür nicht mehr und hat daher Instrumente und Gelder für die Arbeitsmarkt(re)integration von Langzeiterwerbslosen gekürzt sowie das Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt« zusammengestrichen (Eick 2011).

Reclaim Pacification?

So viel- und einfältig die Berliner Befriedungsinitiativen als solche sind, so disparat stellen sie sich in ihren Konsequenzen dar: Mit Billigung und unter Anleitung der Polizei wurden etwa in der Gropiusstadt (Neukölln) jugendliche Langzeiterwerbslose als *GroPiloten* gegen Graffiti in den

öffentlichen Raum geschickt. Dort sind sie für manche ein rotes Tuch, wie einer der drei *GroPiloten* sagt, »die fühlen sich von uns provoziert« (Nikolow 2009: 34). Ein paar Meter weiter, in der Neuköllner Sonnensiedlung, wo Beschäftigte eines kommerziellen Sicherheitsdienstes als *Kiezstreife* und Jugendliche in einer Ein-Euro-Maßnahme als *Kiezhilfe* tätig sind, wurde Anfang März 2012 eine jugendliche *Kiezstreife* erstochen (Ehrentraut & Pletl 2012); hier wie andernorts, so das Quartiersmanagement, »fanden Schulungen mit der Polizei statt« (Weeber + Partner 2012: 26). Ein paar Monate vorher hatten führende CDU-Mitglieder, unter ihnen der heutige Berliner Innensenator Henkel, in ihrem Papier »Politik für die Stadt der Zukunft« genau das vorgeschlagen:

In Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf sollten sich *Kiezläufer* bzw. *Quartierläufer* ohne hoheitliche Befugnisse um den Erhalt von Ordnung und Sauberkeit im Straßenbild kümmern [, die zudem i]dealerweise selbst in ihrem Einsatzgebiet zuhause sind (Gröhe et al. 2011: 26, Hervorh. im Original).

Die Mechanismen, mit denen die Moralisierung von Armut, die Schaffung vermeintlich devianter Gruppen und die Transformation in eine *die Sicherheit* gefährdende *Kriminalität* pazifiziert werden sollen, hat etwa Rose (2000) nachgezeichnet. Danach sollen lokalstaatliche Programme

die Bewohner bestimmter innerstädtischer Bezirke im Engagement für »ihren« Kiez dadurch bestärken, dass man sie *als* »Community« konstituiert und »Community-Gruppen« auswählt, die im Namen der »Community« als Sprecher auftreten können und dann in den politischen Apparat eingebunden werden, um so Reformvorhaben durchzusetzen (Rose 2000: 88, Hervorh. im Original).

Zwar zeigt sich, dass dieser *Polizei*-Mechanismus ausgesprochen brüchig ist und die erhoffte Pazifizierung allenthalben misslingt, doch so disparat sich die Modulationen von Kooperation, Kooption und Konkurrenz im SOS-Bereich darstellen, so disparat wirken, zumindest derzeit, auch Initiativen, die sich kritisch mit einer *Wiedergewinnung* von Stadt auseinandersetzen.

Wege für eine Diskussion um die notwendige Entpolizeilichung gesellschaftlicher Verhältnisse werden kaum gewiesen, was auch an einer medial befeuerten Verkürzung von sozioökonomischen Problemlagen

zu vermeintlich notwendigen Polizeitaktiken liegen dürfte. Dem kommt entgegen, dass – im Lichte von anhaltenden Kürzungen in den Sozialhaushalten wenig überraschend – sozialpolitischen Verwerfungen nicht etwa mit mehr und besser ausgebildeten Lehrkräften begegnet wird, sondern sich allenthalben solche Problemkonstellationen in polizeiliche Aufgabengebiete verwandeln. Gerade in diesem Sinne sind die Träger des staatlichen Monopols legitimer physischer Gewaltsamkeit (Max Weber) mit ihren privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Artverwandten als Besorger der *Pazifizierung* zwar produktiv, aber eben auch nur ein *Ärgernis* unter vielen. Bisher ist nicht zu erkennen, wie die politisch Verantwortlichen in Berlin auf diese Probleme jenseits von weiteren Mittelkürzungen und der Absenkung von Standards reagieren wollen. Plausibel scheint, dass die Bemühungen um die Pazifizierung Berlins in ihrer Banalität des Blöden auf eine neue ermüdende Runde anschwellender Aggressivität hinauslaufen werden.

Literatur

- Abgeordnetenhaus von Berlin (1999): *Ermittlungsgruppen bei der Berliner Polizei* (Drs. 13/4902). Berlin
- Abgeordnetenhaus von Berlin (2008): *Privater Wachschutz im Auftrag des Senates?* (Drs. 16/11795). Berlin
- Abgeordnetenhaus von Berlin (2010): *›Sozialer Brennpunkt Leopoldplatz‹ – Ohnmacht des Staates?* (Drs. 16/14593). Berlin
- Abgeordnetenhaus von Berlin (2011a): *Kriminelle Sippen in Berlin II; GE Ident* (Drs. 16/14925). Berlin
- Abgeordnetenhaus von Berlin (2011b): *Graffiti in Berlin* (Drs. 16/15146). Berlin
- Abgeordnetenhaus von Berlin (2012a): *Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung* (Inhaltsprotokoll InnSichO 17/2). Berlin
- Abgeordnetenhaus von Berlin (2012b): *Zum entschlossenen Einsatz der Polizei gegen Auto-Brandstifter in Berlin* (Drs. 17/10091). Berlin
- Ambros, Michael (2013): *Prävention in Polizei und Gesellschaft*. Friedberg: Schloßer
- ASOG Berlin (2007): *Allgemeines Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin*. Berlin
- ARiC. Antirassistisches Interkulturelles Informationszentrum (2000): *Ein deutsches Alphabet*. Berlin: ARiC
- Avé-Lallemant, Friedrich (1858/o.J.): *Das deutsche Gaunertum*. Wiesbaden: Suchier
- Belina, Bernd (2006): *Raum, Überwachung, Kontrolle*. Münster: Westfälisches Dampfboot

- Beyerlein, Andrea (2011): BVG-Sicherheitsdienst: ›Es gibt keine Hemmschwellen mehr. In: *Berliner Zeitung*, 25. November
- Bielka, Frank (2007): Stadttrendite der öffentlichen Wohnungswirtschaft. In: Steinert, Jürgen (Hg.), *Kommunale Wohnungsunternehmen – Tafelsilber oder Saatkartoffeln?* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 63–76
- Briken, Kendra (2011): *Produktion von ›Sicherheit?* Düsseldorf: Hans Böckler Stiftung
- Briken, Kendra; Eick, Volker (2011): Recht und billig? In: *Kritische Justiz*, 44 (1), 34–42
- Brüning, Christina (2011): Das große Geschäft mit dem Zigarettenmuggel. In: *Berliner Morgenpost*, 1. August
- Brüning, Christina (2012): Senator prüft Privatisierungen bei der Polizei. *Berliner Morgenpost*, 24. März
- Brüning, Christina (2013): Die Berliner Polizei wird jetzt neu aufgestellt. *Berliner Morgenpost*, 16. Juli
- Claus, Till (2009): Beschreibung der Aufgaben und Tätigkeiten der Operativen Gruppe Jugendgewalt (OGJ). In: *Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei*, 12 (28), 1–7
- Clearingstelle (Hg.) (2013): Der Berliner Präventionspreis – Preisträger 2013. In: *Umsichten*, 7 (38), 3
- dapd (2011): Razzia in U-Bahn. In: *BZ*, 25. Januar
- Der Polizeipräsident in Berlin (2012): *Prävention: Polizei und Schule*, <http://tinyurl.com/7eobl54> [03.11.2013]
- Der Spiegel (2011): *Regierung will stärker nach Schwarzarbeitern fahnden* (1. Mai), <http://tinyurl.com/686wtfq> [03.11.2013]
- Deutsches Institut für Menschenrechte (2013): ›Racial Profiling‹. Menschenrechtswidrige Personenkontrollen nach § 22 Abs. 1 a Bundespolizeigesetz. Berlin
- Dronke, Ernst (1846/1974): *Berlin*. Neuwied: Luchterhand
- Ehrentraut; Dominik; Pletl, Steffen (2012): Tödliche Messerstecherei. In: *Berliner Morgenpost*, 6. März 2012
- Eick, Volker (2003): Kiez war Millionär. In: *Berliner MieterEcho*, 24 (305), 10–11
- Eick, Volker (2011): Policing ›Below the State‹ in Germany. In: *Contemporary Justice Review*, 14 (1), 21–41
- Eick, Volker; Briken, Kendra (2014): *Urban (In)Security*. Ottawa, ON: Red Quill Books
- Eubel, Cordula et al. (2012): Aufregung über die Aussagen Buschkowskys. In: *Der Tagesspiegel*, 24. Februar
- Felber, Franziska (2012): Die Aufpasser sind zurück. In: *Berliner Zeitung*, 14. Oktober
- Flakin, Wladek (2010): Are you Living in a Danger Zone? In: *Ex-Berliner*, 7 (18), 18
- Flatau, Sabine (2012): Der Wachschatz kehrt zurück. In: *Berliner Morgenpost*, 2. März
- Friederichs, Hauke (2012): Warum das alles, wofür das alles? In: *Die Zeit*, 4. April
- Ganz, Hans (2011): Trinkraum ›Knorke‹ eröffnet am Leopoldplatz. In: *Wir in Mitte. Magazin der CDU*, 1 (1), 11
- Gordon, Todd (2005): The Political Economy of Law-and-Order Policies. In: *Studies in Political Economy*, 75 (1), 53–77
- Gorny, Ronald (2011): Berlins erste heilige Trinkhalle. In: *Berliner Kurier*, 12. März
- Gröhe, Hermann et al. (2011): *Positionspapier: Politik für die Stadt der Zukunft*. Berlin: CDU

- Häußermann, Hartmut; Kapphan, Andreas (2002): *Berlin – von der geteilten zur gespaltenen Stadt?* Opladen: Leske + Budrich
- Hasselmann, Jörn; Jacobs, Stefan (2012): Architektur gegen die Angst. In: *Der Tagesspiegel*, 14. Januar
- Jacobs, Stefan (2008): Schulen im Problembezirk. In: *Der Tagesspiegel*, 2. Dezember
- Jericho, Dirk (2010): Kirche gegen Trinker. In: *Berliner Woche. Lokalausgabe Wedding*, 17 (18), 2
- Jericho, Dirk (2013): Bausenator Michael Müller weicht neu gestalteten Platz ein. In: *Berliner Woche. Lokalausgabe Wedding*, 20 (43), 5
- JobCenter Charlottenburg-Wilmersdorf (2009): *Arbeitsmarktprogramm 2009*. Berlin: ms
- Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und der CDU (2011): *Berliner Perspektiven für starke Wirtschaft, gute Arbeit und sozialen Zusammenhalt*. Berlin: ms
- Kohlstruck, Michael et al. (2012): *Die Praxis von Vorurteils- und Gewaltprävention in zwei Berliner Quartieren*. Berlin: Landeskommision Berlin gegen Gewalt
- Kopietz, Andreas (2012): Polizeipräsenz Eine mobile Wache am Alex. In: *Berliner Zeitung*, 30. November
- Krätke, Stefan; Borst, Renate (2000): *Berlin. Metropole zwischen Boom und Krise*. Opladen: Leske + Budrich
- Krisch, Sylvi; Hohndorf, Ulrich (2011): *Streikkurier 5: CBF – Wir kommen!* Berlin: ver. di/dbb
- Leber, Sebastian (2005): Im Einsatz auf den Spielplätzen. In: *Der Tagesspiegel*, 2. Juni
- Lehmann, Gerd (2012): Polizeiliche Kriminalstatistik in der Kritik. In: *Berliner BehördenSpiegel*, 28 (4), 38
- Lindner, Nicole (2005): Sicherheitsdienst gegen Lärmstörer. In: *Berliner MieterMagazin*, 5 (5), 23
- Loy, Thomas (2011): Diskussion über die Zukunft Nord-Neuköllns. In: *Der Tagesspiegel*, 10. Mai
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (1848/1989): *Manifest der Kommunistischen Partei*. Berlin: Dietz
- Nazarethkirchengemeinde (2011): *Konzeption zur Trinkraumarbeit im Knorke*. Berlin: ms
- Neocleous, Mark (2011): Security as Pacification. In: Neocleous, Mark; Rigakos, George (Hg.), *Anti-Security*. Ottawa: Red Quill Books, 23–56
- Nikolow, Rita (2009): Rote Jacken in zwei Schichten. In: Diakonisches Werk Brandenburg-Oberlausitz (Hg.), *Gut zu tun*. Berlin: Diakonie, 34–39
- Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz (2012): *Ausweiskontrolle wegen dunkler Hautfarbe* (Beschluss vom 29. Oktober 2012, 7 A 10532/12.OVG). Koblenz: OVG
- Olschok, Harald (2011): 7 Jahre BDWS. In: *Der Sicherheitsdienst*, 63 (3), 15–17
- Ordnungsamt (2011): *Imagekampagne der Berliner Ordnungsämter 2011*, <http://tinyurl.com/cvp3yek> [03.11.2013]
- Pütter, Norbert (2008): Berlin. In: Groß, Hermann et al. (Hg.), *Handbuch der Polizeien Deutschlands*. Wiesbaden: VS, 93–119
- PWD Wachdienst (2012): In Zeiten wirtschaftlicher Rezession. Unter: <http://www.pwd-wachdienst.de/index.php?id=16> [03.11.2013]

- Rasch, Gustav (1871/1986): *Berlin bei Nacht*. Berlin: Das neue Berlin
- Reder, Robin; Ziegler, Holger (2010): Kriminalprävention und Soziale Arbeit. In: Dollinger, Bernd; Schmidt-Semisch, Henning (Hg.), *Handbuch Jugendkriminalität*. Wiesbaden: VS, 365–377
- Rigakos, George (2007): Polizei konsumieren. In: Eick, Volker et al. (Hg.), *Kontrollierte Urbanität*. Bielefeld: transcript, 39–54
- Rose, Nikolas (2000): Tod des Sozialen? In: Bröckling, Ulrich et al. (Hg.), *Gouvernementalität der Gegenwart*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 72–109
- Scheerer, Sebastian (1978): Der politisch-publizistische Verstärkerkreislauf. In: *Kriminologisches Journal*, 10 (3), 223–227
- Schicht, Günter (2013): Racial Profiling bei der Polizei in Deutschland. In: *Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik*, 36 (2), 32–37
- Schmiedeknecht, Kerstin (2009): *Task Force Okerstraße. Strategiekonzept*. Berlin: ms
- Schnedelbach, Lutz (2011): Razzia in der U-Bahn. In: *Berliner Zeitung*, 19. August
- Schuster, Sabine (2003): Utrechter Platz. Aufwerten durch Abräumen. In: *Berliner MieterMagazin*, 6 (3), 12–13
- Schweer, Thomas; Strasser, Hermann; Zdun, Steffen (Hg.) (2008): »Das da draußen ist ein Zoo, und wir sind die Dompteure«. Wiesbaden: VS
- Schwenn, Kerstin (2012): Drogen, Geldwäsche, Schwarzarbeit. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. März
- Shakespeare, William (1623/1979): *Macbeth*. Bielefeld: Cornelsen-Velhagen
- Simon, Jonathan (2007): *Governing Through Crime*. Oxford: Oxford University Press
- Singelstein, Tobias; Stolle, Peer (2008): *Die Sicherheitsgesellschaft*. Wiesbaden: VS
- Spangenberg, Christoph (2011): Erfolg ist nur schwer messbar. In: *Der Tagesspiegel*, 20. Februar
- Spitzer, Steven (1975): Toward a Marxian Theory of Deviance. In: *Social Problems*, 22 (5), 638–651
- Stadt und Land (2007): Wachschutz mit Augenmaß und Videokamera. In: *Die Helledorfer*, 18 (332), 5
- Statistik Berlin Brandenburg (2009): *Personal im öffentlichen Dienst im Land Berlin. Statistischer Bericht (L III 2-j/2009)*. Berlin: SBB
- Steinert, Heinz (2011): Deutschland sarrazinisiert sich. *linksnetz*, 1. Februar, <http://tinyurl.com/cns3u9h> [03.11.2013]
- Team Leo (2013): Platzdienst auf dem Leo, <http://tinyurl.com/p3w95yp> [03.11.2013]
- Tölle, Oliver (2004): Kriminalitätsbelastete Orte im Sinne des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes. In: *Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei*, 7 (31), 1–7
- ver.di Berlin-Brandenburg (2007): *Ein-Euro-Jobs, Zusatzjobs, MAE*. Berlin: ver.di
- Walther, Uwe-Jens (2002): *Soziale Stadt – Zwischenbilanzen*. Opladen: Leske + Budrich
- Weeber + Partner (2012): *Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept Weiße Siedlung Dammweg 2012*. Berlin: ms
- Werner, Jochen-Thomas (2007): *Über die Grenzen der Erkenntnisfähigkeit gesellschaftlicher Ordnungsagenturen*. Hannover: Polizeiakademie Niedersachsen

Umkämpfte Räume des Sexgewerbes

Von Jenny Künkel

Heute liegt die Kurfürstenstraße nur gut einen Kilometer von den innerstädtischen Shopping Malls am Potsdamer Platz oder Breitscheidplatz entfernt. Damit ist sie geographisch zentral in Berlin verortet. Und dennoch bleibt sie – sozial – ein wenig am »Rande« der Stadt positioniert. Bereits Ende der 1980er Jahre erlangte die Kurfürstenstraße mit dem biographischen Roman »Wir Kinder vom Bahnhof Zoo« mythische Berühmtheit als Ort der Drogenprostitution. Ihre Umgebung wurde zuletzt Ende der 1990er Jahre »im Zusammenspiel medialer, politischer und wissenschaftlicher Diskurse als ›soziales Problemquartier‹ markiert« (Adam 2005: 122).

Läuft mensch durch das Gebiet, zeigt es sich meist recht unspektakulär: ein typisches Berliner Altbauquartier, geprägt durch eine Mischnutzung aus Wohnen und Gewerbe v. a. in der lokalen Einkaufsstraße, der Potsdamer Straße, mit einer heterogenen Besucher – und Bewohner_innenschaft.

Doch die Prostitution im Gebiet erregt regelmäßig nicht nur ihre Kund(inn)en, sondern auch die Gemüter von »soliden«¹ Anwohner_innen und Gewerbetreibenden. Zwar weist das Gebiet nicht mehr den Charakter eines klassischen Rotlichtviertels auf, denn in den 1980er Jahren verdrängte die städtebauliche Sanierung einen Großteil der Bordellprostitution aus dem Gebiet (vgl. Jäkl 1987). Doch die Kurfürstenstraße und die umliegenden Seitenstraßen beherbergen einen sehr heterogenen Straßentrich. Hier arbeiten als Frau aufgewachsene Personen und Transsexuelle verschiedener Altersgruppen (meist zwischen 18 und ca. 45 Jahren) und Herkunft (v. a. Deutsche und Osteuropäer_innen). Ein Teil der Sexarbeiterinnen finanziert mit der Prostitution ein Leben mit »harten« Drogen wie Heroin.

1 Als »solide« bezeichnen Sexarbeiter_innen in Deutschland oftmals die Welt jenseits des Sexgewerbes. Mit der Nutzung des Begriffs soll eine normalisierende Annahme verwirrt werden: Die in städtischen Diskursen gängigen Begriffe »Gewerbetreibende« oder »Anwohner« implizieren, dass Sexarbeiter_innen weder Anwohner_innen noch Gewerbetreibende (im Gebiet) sind. Doch dies entspricht nicht der Realität im Fallstudiengebiet.

Im Jahr 2007 kochte der Konflikt um die Prostitution anlässlich des Bekanntwerdens eines Bauantrags für ein Bordell wieder einmal besonders hoch. »Solide« Gewerbetreibende und Anwohner_innen sammelten Unterschriften und forderten vom Bezirksbürgermeister bis zu Polizei und Quartiersmanagement Reaktionen. Die Analyse linker Kritiker_innen war eindeutig. Die Vorkommnisse galten als typischer Fall von Verdrängung marginalisierter Gruppen in der neoliberalen Stadt und das Quartiersmanagement und die Polizei als klare Feinbilder. Ihren Homepage-Verlautbarungen widmete die linksalternative Presse ein paar kritische Worte:

Was sich das offenbar ungewöhnlich einfallsreiche Quartiersmanagement gegen das »störende Rotlicht« überlegt hat, mutet nicht sozial an. »Wachmänner in Uniform und Verkaufsstände, die den Platz einnehmen, auf dem jetzt die Frauen stehen«, das sei doch eine angemessene Lösung des Problems, heißt es auf seiner Homepage. »Prostitution kann nur innerhalb einer gesunden Mischung urbanen Lebens von Anwohnern und Geschäftsleuten ertragen werden und nicht in massiver Konzentration.« Dazu geben sie den Ratschlag der Polizei weiter, »auch kleinste Rechtswidrigkeiten anzuzeigen« (Jungle World, 8.11.2007, »Das Rotlicht blendet«).

Eine nähere Beschäftigung mit den Konflikten oder Versuche seitens sozialer Bewegungen jenseits der Hurenbewegung oder Gewerkschaften darauf einzuwirken, blieben aus.

Tatsächlich ist die Verdrängung von Prostitution, die im herrschenden Stadtentwicklungsdiskurs als unvereinbar mit Familie, Wohnen und ungestörtem Konsum gilt, typisch im Rahmen neoliberaler Stadtentwicklung (vgl. Hubbard 2004). Mit Verweis auf eine zunehmende Städtekonkurrenz versuchen städtische Eliten seit den 1980er Jahren in verstärktem Maße kommunale Steuereinnahmen zu erhöhen. Stadtentwicklungspolitiken zielen seither zunehmend auf die Attraktivitätssteigerung vor allem der Innenstädte für Unternehmen, Mittelklassewohnen und Tourismus. Solche »unternehmerischen« (Harvey 1989) oder »neoliberalen« (z. B. Künkel/Mayer 2012) Stadtentwicklungspolitiken gingen in zahlreichen Städten der Welt mit einer Verdrängung marginalisierter Gruppen im öffentlichen Raum einher (vgl. Smith 1996). Hinsichtlich der Prostitution verschärfte sich oftmals der polizeiliche Verfolgungsdruck – vor allem im Bereich der sichtbaren und häufig ohnehin besonders marginalisierten Segmente der Prostitution. Dies wurde spätestens seit den 1990er Jahren von sozialen Einrichtungen und kritischer Wissenschaft

als Ursache verschlechterter Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter_innen diskutiert: z. B. aufgrund zunehmender Geld- und Haftstrafen, der Erhöhung des Risikos von Gewalt durch Prostitutionskunden (aufgrund möglichst klandestiner Vertragsverhandlungen und der Ausführung der Dienstleistungen in abgelegenen Gebieten) oder der Vereinzelung von Sexarbeiter_innen und ihrer geringeren Erreichbarkeit für soziale Einrichtungen durch Abdrängung in die Wohnungsprostitution (Sander et al 2009).

Doch so einfach ist die Sache nicht. Verdrängungsprozesse und ihre Folgen bilden zwar einen wichtigen, jedoch nur einen Teil der Realität ab; und sie verlaufen oft alles andere als ungebrochen. Denn zum einen ist Prostitution ein Feld, in dem sich neoliberale Logiken nur unvollständig durchgesetzt haben. Neoliberale Versuche, Eigenverantwortung von Sexarbeiter_innen zu stärken, existieren in begrenztem Maße v. a. in der Gesundheitsvorsorge. Doch der fordistische Fürsorgegedanke, in einigen Bundesländern inklusive starker erzieherischer Ansprüche, ist in der Gesundheitsverwaltung noch stark verankert (vgl. Dölemeyer 2006). Und in Zeiten, in denen Erwerbsarbeit verstärkt dem Wettbewerb unterworfen wird, bleibt Sexarbeit das Feld, anhand dessen die Grenzen der Entgrenzung von Arbeit ausgehandelt werden: Der Hartz IV-Protest skandalisierte die Vermittlung in die Prostitution, die Arbeitsagentur ließ sich eher verklagen als auch nur freiwillig in Bordelle zu vermitteln (Bundessozialgericht Aktenzeichen B11AL11/08R) und Menschenhandel zum Zwecke sexueller Ausbeutung ist europaweit ein Bereich, in dem Arbeitsmigrant_innen am ehesten als Opfer (statt Täter_innen) angesehen werden und in (Deutschland in sehr) begrenztem Maße Aufenthaltsrechte zugestanden werden (Danna 2004). Zum anderen ist die neoliberale Verwertungslogik nicht per se prüde, sondern vor allem opportunistisch. Dementsprechend existieren auch ambivalente² Versuche, Prostitution nur teilweise statt vollständig zu verdrängen: Beispielsweise toleriert die Stadt Hamburg bestimmte Segmente des Sexgewerbes als Kulisse der »Urbanität« und bezieht sie partiell in das lokale Stadtmarketing ein (Künkel 2012); verschiedene Städte Nordrhein-Westfalens schufen im Laufe der 2000er Jahre räumlich stark begrenzte, am Innenstadtrand gelegene Toleranzzonen für Straßenprostitution. Zudem kämpfen Sexar-

2 Betrachtet von einem normativen Standpunkt aus, der die Möglichkeit zum Leben von Differenz, den Abbau einengender herrschender Sexual- und Geschlechternormen sowie bedingungsfreien Zugang zu den materiellen Grundlagen eines »guten« Lebens als Ziele emanzipatorischer Stadtpolitiken formuliert.

beiter_innen und andere Akteur_innen trotz und gegen Verdrängungstendenzen auf lokaler Ebene für den Erhalt oder eine Verbesserung von Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter_innen (Kempadoo/Doezma 1998). Über diese Kämpfe ist relativ wenig bekannt. Nationale Sexarbeitspolitiken und -bewegungen wurden hinsichtlich der Akteur_innen, Diskurse und Strategien vielfach untersucht (z. B. Outshoorn 2004). Auf der lokalen Ebene untersuchten wissenschaftliche Studien oftmals, wer, wie und warum *gegen* Prostitution Politik macht; und Aktivist_innen begnügen sich – wie oben angedeutet – zum Teil ebenfalls mit dieser Feststellung. Wer, wie und warum *für* Sexarbeit eintritt oder dies unterlässt, wurde seltener untersucht. Und Aktivist_innen tun sich bisweilen schwer mit dem Gewerbe, dessen Charakter als vorwiegend für männliche Kunden ausgeführte Arbeit im Kapitalismus und von Herrschaftskategorien wie »race«, Klasse, Gender durchzogene Strukturen nicht unbedingt zum begeisterten Ausruf »Schafft ein, zwei, viele Straßenstriche!« einladen.

Der Beitrag will mit einer solidarischen Kritik an den bisherigen Kämpfen für den Erhalt des Straßenstrichs im Gebiet um die Kurfürstenstraße Ansatzpunkte für Koalitionen und Strategien für den Erhalt von Räumen für Sexarbeit ausloten. Um die oft quer zu üblichen Denkmustern und politischen Koalitionen verlaufenden Konflikte um das Sexgewerbe zu verstehen, wird der Wandel von Akteurskonstellationen, Aushandlungsforen, Diskursen und Strategien hinsichtlich des Sexgewerbes auf der Quartiersebene genauer unter die Lupe genommen.³

Dies geschieht in drei Schritten. Erst gehe ich ein kleines Stück zurück in die Geschichte, um die Ausganglage zu erläutern. Dann betrachte ich nacheinander die zentralen Akteur_innen. Abschließend stelle ich einige Überlegungen an, warum linke Kritiken im Konflikt nur marginal vertreten waren und wie dies in zukünftigen sozialen Kämpfen um Sexarbeit in der neoliberalen Stadt zu verändern ist.

Was bisher geschah ...

In den letzten 20 Jahren kam es im Gebiet um die Berliner Kurfürstenstraße immer wieder zu Konflikten um Prostitution. Anlass waren meist Emissionen des Gewerbes (v. a. Lärm und Müll), aber auch moralische

3 Die Analyse stützt sich neben einer Auswertung der Tagespresse seit der »Wende« auf 26 Expert_inneninterviews mit Schlüsselakteur_innen der lokalen Regulierung von Sexarbeit aus Polizei, Stadtplanung, Sozialarbeit, Anwohner_innen- und Gewerbetreibendeninitiativen sowie Akteur_innen aus dem Sexgewerbe.

Anstoßnahme sowie die phasenweise Zunahme von migrantischen Sexarbeiter_innen auf dem Straßenstrich seit dem Fall des »eisernen Vorhangs« und der EU-Osterweiterung. Besonders hartnäckige Anwohner_innenproteste Anfang der 1990er Jahre führten verschiedentlich zur Einrichtung Runder Tische, in denen NGOs, Gesundheitsverwaltung, evangelische Kirche und ein Anwohner_innenverein vermittelten. Resultat war, ebenso wie bei einigen nur kurzzeitig auflodernden Konflikten, soweit diese vor den Bezirkswahlen aufkamen, typischerweise die Sperrung einzelner Straßen für den (nächtlichen) Durchgangsverkehr.

Ende der 2000er Jahre erhöhte sich das Konfliktniveau erneut. Denn erstens führte der lange warme Sommer 2006 zu einer entsprechend intensiven Nutzung des Strichs und dem Wunsch der Anwohner_innen nach Ruhe trotz geöffneter Fenster. Zweitens wurden 2007 Pläne für die Errichtung eines im Berliner Vergleich großen Bordells mit knapp 50 Zimmern als Erweiterung des bereits vorhandenen Sexshops »Love Sex Dreams« (LSD) bekannt.

Vorstellung von Akteur_innen: Strategien, geformte Bündnisse und Aushandlungsforen

Eine Gruppe von »soliden« Gewerbetreibenden und Anwohner_innen organisierte daraufhin einen Protest gegen das Bordell und eine Begrenzung der Straßenprostitution. Mit welchen Strategien, Argumenten sie dies taten und wie verschiedene Akteur_innen im Quartier – nicht zuletzt Quartiersmanagement, Polizei und soziale Arbeit – den Konflikt wieder einhetgen, wird im Folgenden beschrieben.

»Solide« Anwohner_innen und Gewerbetreibende: Das Quartier sind wir!

Vor allem eine Gewerbetreibendeninitiative für »Medienschaffende« forcierte eine Diskussion über das sogenannte »Großbordell« in den Quartiersforen und der Tagespresse. Über 3.000 Unterschriften von Anwohner_innen, mehrere öffentliche Diskussionsrunden und ein intensives Medienecho setzten das Bezirksamt Schöneberg schließlich soweit unter Druck, dass das Bauamt den Bauantrag ablehnte – trotz genereller Zulässigkeit von Bordellen im Kerngebiet. Am 31.5.2010 erklärte das Verwaltungsgericht Berlin in einem erstinstanzlichen Urteil diese außergewöhnliche Ablehnung als rechtskonform.

Bereits die (einzig mögliche) rechtliche Begründung für die Ablehnung des Bauantrages – nach § 15 Abs. I BauNVO sind Nutzungen »im

Einzelfall unzulässig [...], wenn von ihnen Belästigungen oder Störungen ausgehen können, die [...] unzumutbar sind« – führte zu einem *framing* der Debatte in Begrifflichkeiten der »Unzumutbarkeit« und des »Verstoßes gegen das Gebot der Rücksichtnahme«. Zudem griffen die Protestierenden ein zentrales Diskurselement aus der öffentlichen Diskussion um die Einrichtung von Quartiersmanagement (QM) nach dem Bund/Länder-Programm »Soziale Stadt« auf: das Bild des vom »Kippen« bedrohten Quartiers (vgl. Lanz 2000 zum »Soziale Stadt«-Diskurs). Denn das QM war nun Organisator der Quartiersforen, in denen um die Prostitution gerungen wurde. Mit der Formel eines Quartiers, das durch den Bau des Bordells zu »kippen« drohe, kreierte der Anti-Prostitutions-Protest unmittelbaren Handlungsbedarf. Er schuf das Bild einer lokalen Gemeinschaft (der die Prostituierten nicht angehören) als Opfer rücksichtsloser Prostitution.

Der Protest von »soliden« Gewerbetreibenden und Anwohner_innen sowie einigen Kinder- und Jugendeinrichtungen richtete sich allerdings nicht allein gegen das geplante Bordell, sondern auch gegen die Straßenprostitution, denn einige Akteur_innen, die bereits seit längerer Zeit mit geringem Erfolg gegen die Prostitution aufbekehrten, nutzten die Gunst der Stunde. Sie forderten ein Sperrgebiet für Prostitution, zumindest aber ein Verbot der Prostitution vor Kitas und Schulen. Erfolgreich setzten sie eine Interpretation durch, nach der die »schutzwürdigen Interessen der Anwohner gewahrt werden« müssten gegenüber einer »immer aggressiver werdenden Straßenprostitution« (SPD-Bezirksbürgermeister Tempelhof/Schöneberg, zitiert in: Pressemitteilung Nr. 519 vom 17.10.2007). Die Konstruktion der »Aggressivität« beruhte dabei auf pauschalen ethnischen Zuschreibungen, für die die Tagespresse auch unkommentiert stereotype Stimmen anderer Sexarbeiter_innen im Gebiet zitierte:

»Seit einem Jahr findet hier eine extreme Verdrängung statt. Vor allem durch Bulgarinnen und Rumäninnen. Die machen alles ohne Kondom und den Althuren damit die Preise kaputt. [...] Die jungen Frauen hacken sich gegenseitig die Augen aus. Die schubsen sich gegenseitig vor die Autos. Die bespucken die Anwohner. An jeder Ecke hängt ein rumänischer oder bulgarischer Aufpasser rum. Am Sexkaufhaus steht keine deutsche Frau mehr« (taz 9.10.2007, »Ohne Kondom für 5 Euro«).

Darüber hinaus stützte sich die These der »aggressiven« Prostitution auf eine diskursive Vermengung verschiedener Formen von Gewalt, bei der

Sexarbeiter_innen mal als Opfer und mal als Täter_innen galten: 1. physische Gewalt gegen Sexarbeiterinnen durch Zuhälter, 2. Verletzung minderjähriger Anwohner_innen durch deren Sichtbarkeit⁴ sowie 3. sexuelle Gewalt von Sexarbeiter_innen gegenüber männlichen Fußgängern.

»Anwohner und Geschäftsleute klagen über das aggressive Verhalten, mit dem Freier angeworben werden. Berichtet wird zudem von Szenen, in denen die Frauen von ihren männlichen Begleitern handgreiflich zur Ordnung gerufen wurden« (taz, 29.11.2007, »Razzia auf dem Straßenstrich«).

Presse: kaum Aufklärung

Das in der Presse transportierte Wissen über Prostitution und deren Auswirkungen, stützte sich vorrangig auf Situationsbeschreibungen durch einzelne lokale Akteur_innen und damit nicht zuletzt auf lokale »Mythen« über häufig nicht selbst erlebte Ereignisse (Howe 2011: 67). Auch linksalternative Tageszeitungen beteiligten sich an der unkommentierten Widergabe dieser lokalen Narrative (vgl. z. B. taz, 13.10.2007, »Massenprostitution unerwünscht«, taz, 06.11.2007, »Nicht in den Schritt fassen«). Alternative Deutungen des Streits um das »Großbordell« fanden sich nur in einer sehr kleinen Anzahl von Medienberichten – vor allem in einem Artikel in der Jungle World vom 8.11.2007 (»Das Rotlicht blendet«). Dieser kritisierte vorrangig die Politik des Quartiersmanagements und prägte damit wahrscheinlich die Lesart der linksautonomen Öffentlichkeit:

»Der Kiez würde ›kippen‹, heißt es. [...] Denn das ›soziale Gleichgewicht‹ im Kiez, so zerbrechlich wie karamellisierter Milchschaum, kommt nicht von ungefähr, sondern ist städteplanerisch hart erarbeitet und teuer bezahlt. ›Quartiersmanagement‹ heißt das Zauberwort.«

-
- 4 Ähnliche Argumentationsmuster, mit denen die Sichtbarkeit von männlicher Gewalt gegen Frauen problematisiert werden – die generell im Stadtentwicklungsdiskurs häufiger öffentlich debattiert wird, wenn sie in öffentlichen nicht privaten Räumen stattfindet (vgl. Becker 2008) – finden sich auch in anderen Rotlichtvierteln. So erläutert etwa ein Stadtplaner aus der Spandauer Vorstadt das Problem mit der Prostitution folgendermaßen: »Da geht es nicht darum, ob die Moralvorstellungen die gleichen sind, sondern [...darum,] dass dann da auch durchaus mal so eine Dame verprügelt wird, und dass Leute das nicht wollen, dass das bei ihnen im Hausflur stattfindet, weil ihre Kinder das mitkriegen« (Interview 11/2006).

Nach einer ersten Phase, in der die Diskussion in starkem Maße durch die Medien vermittelt war, verlor das Thema an Neuigkeits- und damit Nachrichtenwert. Dementsprechend gewann die lokale Akteursstruktur an Bedeutung für den weiteren Verlauf der Diskussionen.

Quartiersmanagement: Neue Aushandlungsforen durch den Wandel der Partizipation in der Stadtentwicklung

Zentralere Akteure in den Diskussionen um Prostitution waren die vom Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt« geförderten Quartiersmanagements, die Ende der 1990er Jahre südlich und nördlich der auf der Kurfürstenstraße verlaufenden Bezirksgrenze eingerichtet worden waren. Diese moderierten die lokalen Aushandlungsprozesse durch direkte Gespräche mit einzelnen Akteur_innen und durch öffentliche Quartiersdebatten im Präventionsrat Schöneberger Norden, der mit dem QM personell und organisatorisch eng verwobenen ist. Hinsichtlich der Prostitution ist die Haltung der Quartiersmanagements ambivalent. Zwar findet sich Prostitution bereits in der Problembeschreibung bei Einrichtung der Berliner QM-Gebiete: Dort herrsche ein »Klima der Bedrohung«, welches durch »zum Teil illegale Aktivitäten [...] z. B. Drogenhandel oder Prostitution, die auf den Straßen oder in den Wohnungen stattfinden« verstärkt werde (Häußermann/Kapphan 1998: 53). Doch aufgrund der hohen öffentlichen Aufmerksamkeit, die dem Programm in Berlin zukommt, sowie aufgrund der kurzzeitigen Verträge der ausführenden QM-Teams, haben diese zugleich ein strukturelles Desinteresse an Konflikten und am Aufweisen schneller Erfolge (Bernt/Fritsche 2004). Diskussionen über Prostitution gelten den beiden QM-Teams an der Kurfürstenstraße zudem als schädlich für das Image der beiden Gebiete. So schließt die Internetseite des QMs Schöneberger Norden zur Dokumentation der Konflikte um die Prostitution und des Pressespiegels seit 2007 nicht zufällig mit dem sachfremden Hinweis: »Ein positives Bild von der Potsdamer Straße als Medienstandort vermittelt ein Imagefilm [...]. Anschauen lohnt sich!!!!«⁵ Die QMs unterstützten zwar einerseits die Interessenartikulation und Vernetzung der Gewerbetreibenden, wie der genannten Medienschaffenden-Initiative. Andererseits steht das strukturelle Interesse der QMs an Konfliktarmut dem Wunsch der Gewerbetreibenden nach einem lautstarken Protest gegen die Straßenprostitution entgegen und die QM-Teams spre-

5 <http://schoeneberger-norden.de/Laufbordell-und-Prostitution-an-der-Potsdamer-und-Kurfuerstenstrasse-Chronologie-und-Pressespiegel.479.o.html>

chen sich in Interviews wie auch gegenüber den Protestierenden oftmals gegen große moralisierende Debatten über Prostitution aus.

Jenseits dieser Gemeinsamkeit variiert die Perspektive auf Prostitution zwischen den beiden QMs. Denn eines der beiden Quartiersmanagements, das QM Schöneberger Norden, ist auf der Bezirksebene (wenngleich mit Unterbrechung nach der Wahl 2006) an die Gesundheitsverwaltung angebunden. Das Gesundheitsamt betreibt seit 1988 eine Gesundheitseinrichtung für die Straßensozialarbeit, speziell für Prostituierte. Die Westberliner Gesundheitsämter gelten allgemein als liberal im Umgang mit Prostitution: Sie verhalfen nicht nur um 1980 als Mitinitiatoren der deutschen Hurenbewegung auf den Weg, sondern waren in den folgenden Jahren auch bundesweite Vorreiter freiwilliger präventiver statt zwangsweiser medizinischer Untersuchungen von Sexarbeiter_innen. Durch die Anbindung an die Gesundheitsverwaltung waren im QM Schöneberger Norden von Anfang an Perspektiven der Huren- und Frauenbewegung integriert. Dementsprechend konzeptualisiert das QM Straßenprostitution vorrangig als soziales Problem – die drogenkonsumierenden »kranken Frauen« und »minderjährigen Mädchen« gelten als fürsorgebedürftig (Interview 08/2006) – und als »legale Dienstleistung« (QM Schöneberger Norden 2009).

Demgegenüber versteht das von einem Stadtteilverein getragene QM Magdeburger Platz in Tiergarten Süd Prostitution vorrangig als Entwicklungsbarriere für das Quartier und als Störfaktor (als »Fehlnutzung« des öffentlichen Raums, so ein Quartiersmanager beim Runden Tisch »Prostitution« am 28.8.2006). Es hofft, die Straßenprostitution langfristig mit einer Neugestaltung öffentlicher Grünflächen und Maßnahmen zur Erhöhung der nicht prostitutiven Nutzungsfrequenz der Räume zu reduzieren (vgl. QM Magdeburger Platz 2005a), und strebt – ebenso wie das Schöneberger QM – als kurzfristige Strategie an, Belastungen für die Anwohner_innen durch Müll und Lärm und damit auch Konflikte möglichst gering zu halten.

Wenngleich aus abweichenden Motivationen – im Schöneberger Norden mit stärkerem Fokus auf das Wohlergehen der Sexarbeiter_innen – versuchen damit beide QMs, das Konfliktniveau gering zu halten. Sie unterstützen zudem soziale Einrichtungen für Prostituierte und Drogenkonsumierende im Gebiet in geringem Umfang finanziell (nicht zuletzt zur Durchführung eines von Drogenkonsumierenden und Sexarbeiter_innen ausgeführten Grünflächenreinigungsservice gemäß den Wünschen von Anwohner_innen). Zu den zentralen Zielen des Programms

»Soziale Stadt« zählen die Aktivierung lokaler Akteur_innen, die Förderung lokaler Ökonomien und die Vernetzung von Gewerbetreibenden. Eine Unterstützung von Sexarbeiter_innen als Gewerbetreibende erfolgt jedoch durch keines der beiden QM-Teams. Auch ein Eintreten für die eigenen Interessen z. B. durch eine Gewerbetreibendeninitiative wird nicht gefördert. Als Interessenvertretung dienen vorrangig die Vertreter_innen aus Sozial- und Gesundheitsprojekten für Drogenkonsumierende und Prostituierte im Gebiet.⁶

Polizei: Konfliktmoderation durch Präventionsbeauftragte

Welche Rolle spielt die Polizei in den lokalen Konflikten? Forschungen zur lokalen Regulierung von Prostitution decken bisweilen ein starkes Eigeninteresse der Polizei in den Konflikten um Prostitution auf. So beschreibt z. B. Larson (1996), wie kanadische Polizeien lokale Konflikte um Straßenprostitution bewusst eskalieren ließen, um damit ihrer Forderung nach erweiterten polizeilichen Eingriffsbefugnissen Nachdruck zu verleihen. Demgegenüber strebt die Polizeiarbeit an der Kurfürstenstraße eine Deeskalation des Konfliktes an. Um die Jahrtausendwende richteten die Polizeiabschnitte beiderseits der Kurfürstenstraße Präventionsbeauftragte zur Konfliktmoderation u. a. im Bereich Prostitution ein. Beide Abschnitte betonen gegenüber den Forderungen von »soliden« Anwohner_innen und Gewerbetreibenden nach mehr polizeilichen Kontrollen der Prostituierten einen begrenzten polizeilichen Handlungsspielraum, denn Prostitution sei legal und die personelle Kapazität der Polizei begrenzt. Strafanzeigen aus der Bevölkerung, so die typische Argumentation bis heute (z. B. Wosnitza 2010), auch im Konflikt um das »Großbordell«, könnten den Druck für eine bessere personelle Ausstattung und Strafverfolgung jedoch erhöhen.

Dabei bestehen durchaus Unterschiede zwischen den Ansätzen der beiden Polizeiabschnitte. Der Polizeiabschnitt im Bezirk Mitte – ausgelastet mit Aufgaben im neuen Zentrum der Hauptstadt – unterstützt den

6 Selektiv brachten auch die im Quartiersrat des QMs organisierten Anwohner_innen zur Unterstützung ihrer eigenen Forderungen die Interessen aus dem Sexgewerbe im Bordellstreit in den öffentlichen Diskurs ein. So heißt es zum Argument der Investor_innen, das geplante Bordell könne zu einer Verringerung der Straßenprostitution führen: »Die Behauptung, das Laufhaus wird den Straßenstrich zu großen Teilen absorbieren, halten wir für unhaltbar. Eine Umfrage unter den Prostituierten bestätigte, dass ein Großteil von ihnen nicht im Laufhaus arbeiten will.« (Petition des Quartiersrates Magdeburger Platz zum Laufhaus, 19.5.2010).

Versuch des QM Magdeburger Platz, die Straßenprostitution mittels städtebaulicher Veränderungen zu beeinflussen:

»Es ist auch die bauliche Struktur«, sagt Röske, »es ist die verkehrliche Situation, es ist ein passendes Umfeld da, das diese Dinge begünstigt. [...] Die Qualität des Sozialraums färbt ab auf das Sozialverhalten der Menschen. Die Kurfürstenstraße ist eine bevorzugte Örtlichkeit für Leute, die dunkle Geschäfte machen oder Straftaten begehen wollen« (QM Magdeburger Platz 2005b).

Zudem drängt der Präventionsbeauftragte aus Mitte im Dialog mit Vertreter_innen sozialer Einrichtungen auf die Disziplinierung von Sexarbeiter_innen durch soziale Einrichtungen (Runder Tisch Prostitution am 28.8.2006).

Demgegenüber versteht das Präventionsteam im kleinsten Polizeiabschnitt der Hauptstadt im Bezirk Tempelhof-Schöneberg den Austausch mit den sozialen Einrichtungen als gegenseitigen Informationsfluss und Unterstützung. Sexarbeiter_innen gelten dem Schöneberger Präventionsteam nicht per se als Ordnungsproblem. Vielmehr sieht das Präventionsteam Prostituierte nicht nur (wie andere Bürger_innen auch) als potentielle Straftäter_innen an, sondern auch als Gewerbetreibende, die berufsbedingt leicht Opfer von Straftaten werden. Der Präventionsansatz schließt daher auch das Angebot von Selbstverteidigungskursen für Sexarbeiterinnen sowie Erläuterungen des rechtlichen Rahmens für gegen Prostitution protestierende Anwohner_innen ein. Ende der 1990er Jahre initiierte der Präventionsbeauftragte des Schöneberger Polizeiabschnitts zudem die »AG Kurfürstenstraße«. Das Gremium aus Akteur_innen von Polizei, Sozialarbeit, Gesundheitsverwaltung und bezirklicher Koordination des QMs diente der intersektoralen Verständigung über Prostitution. Ziel war zunächst eine sozialarbeiterische statt allein polizeiliche Lösung des Problems minderjähriger Prostituierte. Als Reaktion auf die Konflikte um das Großbordell rekonstituierte sich das Gremium. Zur frühzeitigen Erkennung und Moderation von Konflikten schuf es das Angebot regelmäßiger Anwohner_innensprechstunden, durchgeführt von QM und Polizei.

Hurenbewegung: NGOisierung

Der Einfluss der deutschen Hurenbewegung auf politische Entscheidungen ist bisher nur auf der nationalen Ebene systematisch untersucht. Hier gilt die deutsche Hurenbewegung im internationalen Vergleich als

»besonders stark“ (Kilvington et al 2001: 87), denn mit dem Prostitutionsgesetz von 2002 setzte sie ein im internationalen Vergleich liberales Prostitutionsregime durch – auch wenn die Hurenbewegung selbst die Reformen als nicht weitgehend genug kritisiert (z. B. Pressemitteilung von Hydra e. V. vom 1.12.2011, »10 Jahre Prostitutionsgesetz«). Doch welche Rolle spielt diese »starke“ Hurenbewegung in den lokalen Aushandlungsprozessen?

An der ersten bezirksübergreifenden öffentlichen Diskussion über das »Großbordell« am 11.10.2007 nahmen auch Vertreterinnen der in Berlin ansässigen nationalen Lobbyorganisationen für das Sexgewerbe teil: 1. die Hurenorganisation und soziale Einrichtung Hydra e. V., sowie 2. der Berufsverband »Bundesverband Sexuelle Dienstleistungen e. V.« (BSD). Sie waren zu kurzen Statements für die TV-Dokumentation im Berliner Lokalfernsehen aufgefordert. Die Vertreterin von Hydra betonte, die Einrichtung des Bordells würde zu einem Anstieg von Prostitution im Gebiet führen, da Straßenprostituierte typischerweise nicht in ein Bordell wechselten. Sie nutzte ihr Statement also ausschließlich für eine Bestätigung der Sorgen der »soliden« Anwohner_innen und Gewerbetreibenden. Der BSD vertritt grundsätzlich auch Arbeitgeber_inneninteressen im Sexgewerbe und damit auch Bordellbetreiber_innen. Dennoch forderte die Vertreterin des BSD im Verlauf der Diskussion Razzien im Sexshop LSD, dessen Betreiber_innen das neue Bordell im gleichen Haus planten. Auch sie stärkte mit der Aufklärung über Kontrollmöglichkeiten mit ihrem Beitrag die Interessen der »soliden« Anwohner_innen und Gewerbetreibenden.

»Wir haben uns seit Monaten für kleine Bordelle und deren Rechtsicherheit im Gewerbe- und Baurecht eingesetzt [...]. Diesen kleinen Bordellen wird vorgeworfen, was Sie jetzt bei dem Kaufhaus [LSD] oder neuem Großbordell sehen: dass es milieubedingte Begleiterscheinungen und, und, und gibt. Die gibt es aber bei den kleinen Bordellen nicht. Dennoch werden die kleinen Bordelle mit Razzien überzogen, wo dann wirklich mit allen Mitteln sowohl das Bauamt als auch das Gewerbeamt in Eintracht mit der Polizei sich einen Einblick verschaffen, und sehr wohl feststellen können, was da passiert. Und ich denke, das könnte man hier bei dem Kaufhaus ebenfalls machen« (Stephanie Klee, BSD, 11.10.2007).

Wie erklärt sich diese anfänglich fehlende Parteinahme der Hurenorganisationen für das lokale Sexgewerbe in der größten Debatte über Prostitution in Berlin seit Anfang der 1990er Jahre? Der BSD ist ein ehrenamtlich von Akteur_innen aus dem Sexgewerbe betriebener Verein. Seine Agenda-Setting-Ambitionen richteten sich zum Zeitpunkt des beginnen-

den Streits um das »Großbordell« an der Kurfürstenstraße/Potsdamer Straße auf den Erhalt von kleinen Wohnungsbordellen. Denn parallel sahen sie sich konfrontiert von einer Welle von Schließungen kleinerer Bordelle in Berliner Wohn- und Mischgebieten. Auch die Vertreterinnen von Hydra befürchteten schlechtere Arbeitsbedingungen⁷ im Großbordell sowie, dass durch dessen »sehr finanzkräftige Betreiber« die »kleineren Bordelle kaputt gemacht werden« (Gruppeninterview 01/2009).

-
- 7 Hydra befürchtet Arbeitsbedingungen wie in einem anderen Berliner Großbordell: dem ersten großen Bordell mit Wellness-Bereich in Berlin. Dieses Wellness-Bordell verwehre Hydra-Mitarbeiterinnen den Zutritt. Doch sie bekämen Hinweise auf zumindest punktuell ausbeuterische Zuhälter und Anweisungen des Betreibers zum Oralverkehr (»Anblasen«) ohne Kondom (Gruppeninterview 01/2009). Eine Mitarbeiterin der Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel, Ban Ying, die im Wellness-Bordell Zutritt hat, verweist demgegenüber auf die relationale Bewertung der Arbeitsbedingungen durch die Sexarbeiter_innen im Vergleich zu anderen oft noch schlechteren Arbeitsplätzen. Sie berichtet, dass die Frauen selbst in den sogenannten »flatrate«-Bordellen relativ gerne arbeiteten, da Kunden in Bordellen mit Wellness-Bereich gewaschen seien und angesichts ihres längeren Aufenthalts im Spa sexuelle Dienstleistungen typischerweise schnell durchgeführt werden könnten (Gruppengespräch 06/2010). Eine pauschale Beurteilung von Arbeitsbedingungen anhand der Größe der Bordelle ist zudem schwierig, da die Veränderungen im Sexgewerbe lokal sehr unterschiedlich verlaufen und nicht dem allgemeinen Wandel eines zunehmenden Flexibilisierungstendenzen unterworfenen fordistischen Lohnarbeitsverhältnisses folgen. In dem Gewerbe, in dem angesichts der staatlichen Zurückhaltung bei der zivil- und arbeitsrechtlichen Ausgestaltung des Gewerbes Privatpersonen traditionell Verträge gegenüber Kund_innen durchsetz(t)en und eine gewerkschaftliche Organisation bis heute nahezu vollständig fehlt, ergänzen mittlerweile neoliberale Elemente die einstigen, in Teilbereichen des Gewerbes nahezu feudalen Strukturen. Wellness-Center, wie das genannte in Berlin, lagern das unternehmerische Risiko an die Sexarbeiter_innen, die Eintritt zahlen und selbstständig arbeiten, aus. In Berlin, wo kleine Bordellbetreiber_innen typischerweise einen Prozentsatz der Einnahmen (laut Hydra meist 30-40 Prozent) der Sexarbeiter_innen bekommen, ist dies eine Neuheit. In Städten mit Sperrgebietsverordnung und dementsprechend stärkerer Organisation durch Zuhälter sind hohe, täglich sogar bei Nicht-Nutzung zu entrichtende Tagespreise für Zimmer in Bordellen hingegen ohnehin Tradition. In St. Pauli heben Mitarbeiter_innen verschiedener sozialer Einrichtungen gerade den Betreiber eines großen Bordells als besonders Sexarbeiter_innenfreundlich hervor (Interview 12/2006) und weisen damit auf die mögliche Entstehung eines neuen Unternehmer_innentyps im Sexgewerbe mit geringerem Milieukontakt, der anderen Unternehmer_innen im Freizeitgewerbe ähnelt.

Zudem ist die Hurenbewegung mittlerweile eine etwas »gealterte« neue soziale Bewegung. Zwar gründete sich der BSD erst in der Folge des Prostitutionsgesetzes als Interessenvertretung und erhält bis heute keine staatliche Finanzierung, doch die soziale Einrichtung und Lobbyorganisation für Prostituierte, Hydra, – Startpunkt der Hurenbewegung in der BRD – durchlief seit Mitte der 1980er Jahre den Prozess einer »NGOisierung« (Lang 1997). Das heißt, sie erfuhr eine Professionalisierung, im Rahmen derer sich die einstige Selbsthilfebewegung zur einem staatlich geförderten Anbieter Sozialer Arbeit wandelte. Die Hurenselfhilfeorganisation, die sich 1980 gegründet und ein Jahr später mit einer Hausbesetzung in der Potsdamer Str. 139 (also keine 200 Meter vom heute debattierten Bordellstandort entfernt) etabliert hatte, wies zunächst eine relativ große Nähe zur Hausbesetzer_innenszene auf. Die Fassade des Hauses zierten Transparente mit den Parolen: »Hier hauen Frauen auf den Putz!«, »Hier entsteht ein Freiraum ohne Freier!«, »Freiheit für alle Fixerinnen und Prostituierte im Knast!«, »Hier entsteht eine Kindertagesstätte für die Kinder der Prostituierten!« (zitiert nach: Jäkl 1987: 77). Doch bereits in den ersten beiden Jahren nach der Besetzung kam es zum politischen Konflikt zwischen (vermeintlich nicht feministischen) Sexarbeiterinnen und Feministinnen mit dem Ergebnis, dass erstere ausziehen mussten (ebd.) – und bis heute sind die Berührungspunkte nicht nur zwischen konservativen Feministinnen, die Sexgewerbe als patriarchal bekämpfen (vgl. Koppe 2008), sondern, wie weiter unten noch ausgeführt wird, auch seitens der autonomen linken Szene groß.

Seit Mitte der 1980er Jahre wuchs der Grad der Institutionalisierung des ursprünglichen Hurenselfhilfeprojektes. Im Rahmen der Installation eines staatlichen AIDS-Hilfe-Systems in der BRD erhielt das zunächst ehrenamtliche Projekt ab 1985 staatliche Fördergelder für Gesundheitsaufklärung und Gewaltprävention. Im Laufe der 2000er Jahre bekam die soziale Einrichtung auch den Druck drohender Sozialkürzungen u. a. in der Folge des Berliner Bankenskandals zu spüren: Im Zuge der Institutionalisierung der Betreuung von Opfern von Menschenhandel durch Kooperationsverträge zwischen Fachberatungsstellen und Polizei drängte der Berliner Senat bei gleichbleibender Stellenausstattung auf eine verstärkte Bearbeitung des Themas Menschenhandel (Gruppeninterview 02/2004). Zudem wechselte die soziale Einrichtung, die bis dato an einer nicht-hierarchischen Organisationsstruktur festgehalten hatte, u. a. angesichts des zunehmenden Effizienzdrucks im Bereich Sozialer Arbeit, zu einer weisungsgebundenen Arbeitsweise (persönliches Gespräch 05/2006).

Darüber hinaus lag angesichts des sehr langwierigen Prozesses bis zur Verabschiedung des Prostitutionsgesetzes 2001 – Hydra forderte bereits seit den 1980er Jahren eine Gesetzesreform – der Fokus der deutschen Hurenbewegung lange Zeit auf Versuchen der Beeinflussung nationaler Politik. Bündnispartner_innen fand der Verein dabei zuletzt vor allem in der Partei der GRÜNEN. Doch auf lokaler Ebene, wo eine Erweiterung von Rechten für Sexarbeiter_innen mit Anwohner_inneninteressen kollidiert, also politische Kosten verursacht, unterstützten einige Bezirksverordnete (BV) die »soliden« Anwohner_innen⁸. Das »Großbordell« lehnten sie aus Sorge um mögliche schlechte Arbeitsbedingungen ab: »Wir setzten uns für Prostitution unter anständigen Arbeitsbedingungen ein, und das hier sind keine« (BV der GRÜNEN, Präventionsratssitzung 11.10.2009).

Durch die NGOisierung und geringe lokale Fokussierung hinsichtlich der politischen Arbeit hat Hydra nur begrenzte Nähe zu Protest wie zu Prostitution auf der Straße, obwohl sich Hydra als Lobbyorganisation versteht. Zusätzlich zur sozialen Arbeit, in der auch Mitarbeiterinnen mit Prostitutionserfahrung tätig sind, existiert ein Trägerverein, in dem ausschließlich Frauen als Mitglieder für soziale Unterstützung und kulturelle Anerkennung von Prostituierten eintreten. Doch die darin organisierten Frauen waren Ende der 2000er Jahre politisch weniger aktiv und die Kapazitäten der Sozialarbeiterinnen für politische Interventionen und Öffentlichkeitsarbeit sind begrenzt. Zweitens sind die Berliner Straßenstriche nicht das vorrangige Interventionsfeld der Straßensozialarbeit des Vereins. Aufgrund der Präsenz von Drogenkonsument_innen entstanden im Umfeld der Kurfürstenstraße verschiedene spezialisierte Einrichtungen der Drogenhilfe. Das Gebiet sei »ausgereizt und belagert von Sozialarbeiterinnen« (Hydra-Vertreterin im Gruppeninterview 01/2009) und hatte daher für die Organisation, die zudem dem Selbstverständnis nach zunächst vorrangig die freiwillige Prostitution vertrat, lange Zeit nachgeordnete Priorität.

8 So beschreibt beispielsweise eine Sozialarbeiterin die Haltung eines Grünen-Politikers im Konflikt um einen Strich transsexueller Prostituiertes als »knallhart«: »Ich fand die Polizei [...] erstaunlich fair, (z. B. als) die ganz klar dieser Bürgerwehr, wie ich sie jetzt mal nenne, die Grenzen aufgezeigt haben. Ich war eher ein bisschen von dem GRÜNEN-Politiker überrascht, der da sehr (lacht) schräge Ansichten hat [...]: ›Der Strich muss hier weg! Wie sieht es hier aus? Die armen Anwohner! So geht es ja nicht! Und gucken Sie mal hier, dieser Saustall, überall Kondome!« (Interview 10/2006).

Zu guter Letzt ist die deutsche Hurenbewegung bereits seit ihrer Entstehung durch eine geringe Partizipation von Migrant_innen geprägt (Interview Amnesty for Women e. V. 01/2007). Obgleich eine Studie des Gesundheitsprojektes tampep (2009: 16) die Zahl migrantischer Sexarbeiter_innen in Deutschland auf 60 bis 75 Prozent schätzt, existieren in Deutschland – neben den am Rande mit dem Thema betrauten Fachberatungsstellen für Opfer von Menschenhandel – nur wenige Vereine, die ihre Arbeit von Beginn an vorrangig auf die Belange von Migrant_innen in der Sexarbeit ausrichteten. Dies sind insbesondere Doña Carmen e. V. in Frankfurt a.M. und Amnesty for Women Städtegruppe Hamburg e. V. (sowie das unter seiner Trägerschaft entstandene Projekt tampep). Bereits Anfang der 2000er Jahre beschäftigte sich eine Unterabteilung der bundesweiten AG Recht Prostitution des Hurentages mit den rechtlichen Konsequenzen des Prostitutionsgesetzes für Migrant_innen und forderte die Legalisierung migrierter Prostituerter (AG Migrantinnen in der Sexarbeit). Doch erst Ende der 2000er Jahre befasst sich die ngo-isierte Hurenbewegung eingehender mit der Lebens- und Arbeitssituation migrantischer Sexarbeiter_innen. Die jährliche »Fachtagung Prostitution« (ehemals »Hurenkongress« von und für Sexarbeiter_innen; heute sind mit Prostitution befasste Fachberatungsstellen die zentralen Akteur_innen) behandelte 2008 in Hamburg das Thema Migration. Sie verabschiedete mit dem »St. Pauli Protokoll«⁹ ein Plädoyer gegen Rassismus und Diskriminierung von Migrant_innen im Sexgewerbe. Innerhalb der etablierten Hurenbewegung sind die Rechte migrantischer Sexarbeiter_innen also noch ein junges Thema. Eine spezifische Selbsthilfeorganisation zur Vertretung osteuropäischer Sexarbeiter_innen existiert in Berlin nicht.

Lokale Gesundheits- und Sozialprojekte: Ambivalenz der Einbindung in die Quartiersforen

In ähnlicher Weise wie die berlinweit operierende soziale Einrichtung Hydra nicht vorrangig migrantische Straßenprostituierte vertritt, sahen auch die lokalen sozialen Einrichtungen lange Zeit ihre primäre Klientel in den Drogenkonsument_innen – und diese gehören typischerweise nicht zur ersten Generation von Migrantinnen und sind meist deutsche Staatsangehörige. Anfang der 2000er Jahre öffnete der Frauentreff Olga sein Angebot durch den Einsatz von Dolmetscherinnen für Migrantin-

9 http://www.diakonischeswerk-frankfurt.de/zefra/download/080602_st_pauli_protokoll.pdf, Zugriff: 30.10.2010.

nen. Auch das Gesundheitsamt spricht die Sexarbeiter_innen in mehreren Sprachen an. Doch die Sozial- und Gesundheitsprojekte, die bereits die Konflikte in den frühen 1990er Jahren im Gebiet begleiteten, begegneten den Konflikten um das Großbordell in vergleichsweise defensiver Weise: In einem ähnlich gelagerten Konflikt vertrat der Verein subway, der seit 2005 Straßenarbeit für transsexuelle Sexarbeiter_innen im Gebiet anbietet und sich selbst als »parteiisch« für diese als »Lobby« eintretend definiert, die Interessen seiner Klientel offensiv: »Ich ziehe auch nicht in ein Haus, wo eine Kneipe seit 30 Jahren drin ist und rege mich auf, dass die Kneipe raus muss.« (Interview 10/2006). Demgegenüber sind die bereits länger in lokale Aushandlungsstrukturen eingebundenen Projekte deutlich zurückhaltender. Das hat vielfältige Gründe. Das Anfang der 1990er Jahre in der Diskussion vermittelnde kirchliche Gesundheitsprojekt »Mittwochsinitiative« ist neben den Sexarbeiter_innen auch der kirchlichen Gemeinschaft verpflichtet. Zudem fehlen dem z. T. durch ehrenamtliche Kräfte unterstützten Projekt mittlerweile die personellen Kapazitäten für die Beteiligung an Diskussionsforen. Die Mitarbeiter_innen des Gesundheitsamtes unterliegen bei der Äußerung ihrer Meinung – »[Da] sammelt ein Arschloch Unterschriften, und jetzt noch ein anderer, weil Wahlen sind, und die Politik reagiert dann, weil sie Angst haben, nicht gewählt zu werden.« (Interview 08/2006) – dem politischen Einfluss der politischen Leitung der Behörde: »Wenn ich was sage, [...] dann sagt mir noch die Stadträtin: Na, so können sie das aber nicht sagen« (ebd.). Der Frauentreffpunkt Olga für Drogenkonsumentinnen und Prostituierte bewegt sich zwischen Resignation hinsichtlich der Durchsetzbarkeit der Interessen der Sexarbeiter_innen und Wertschätzung der kooperativen – weniger konfrontativen – informellen Austauschforen, die mit den partizipativen Ansätzen in Polizei und Stadtplanung im Quartier Einzug erhielten.

»[Dass dem Sexgewerbe Räume entzogen werden], das kann man auch nicht aufhalten. Da sehe ich mich jetzt auch nicht als Robin Hood, der jetzt dafür kämpft. Denn ich finde, dann müssen die Frauen auch ein bisschen selber darauf achten, wie sie ihren Scheiß dann entsorgen, also man muss dann auch selber ein bisschen gucken, wenn man nicht will, dass so was passiert, dass man vielleicht auch den Verkehr unauffällig vollzieht (Interview 08/2006).

Also mit der Polizei, dass es da einen Präventionsbeamten gibt, das finde ich schon vorteilhaft. So einen intensiven Austausch hat man sicherlich nicht gehabt [...]. Und das Quartiersmanagement, [...] dadurch, dass ich

in den Gremien zum großen Teil vertreten bin, habe ich natürlich auch eine Menge Kontakte zu Anwohnern und auch anderen Menschen mit Funktionen, Schulen z. B., knüpfen können, und insofern ist natürlich der Austausch ein anderer (ebd.)«

Die Eingebundenheit sozialer Einrichtungen in die sehr vielfältigen lokalen Kommunikationsforen senkt das Konfliktniveau. Einerseits ermöglicht der informelle Austausch, dass Konflikte frühzeitig zur Sprache kommen und eine frühzeitige Problembearbeitung mäßigend auf alle Konfliktparteien wirkt. Andererseits übernehmen die sozialen Einrichtungen im lokalen Arrangement auch die Rolle von Vermittlerinnen der Interessen der »soliden« Anwohner_innen und Gewerbetreibenden gegenüber den Sexarbeiter_innen und verstehen sich nicht einseitig als eine Interessenvertretung für Sexarbeiter_innen. In der konkreten Diskussion, die sich anhand des Bauantrags für das »Großbordell« entzündet hatte, spielten die sozialen Einrichtungen (inklusive der ngo-isierten Hurenorganisation Hydra) in diesem Sinne eine das Konfliktniveau senkende Rolle. Die lokalen Verhandlungen wurden zwar nach dem ersten großen Protest 2007 zunächst in der Tagespresse fortgeführt, sukzessive jedoch in kleinere Diskussionsforen des QMs überführt (zunächst in Runde Tische und später in eine regelmäßige Sprechstunde und kleinere Workshops unter wissenschaftlicher Begleitung). Im Rahmen der ersten Runden Tische entwickelten Vertreter_innen der sozialen Einrichtungen ein Streetwork-Projekt mit Sprachmittler_innen, dessen Durchführung in der Initialphase im November 2007 Hydra oblag. Das Projekt markiert den Beginn eines Umschwenkens der nun in kleineren Zirkeln geführten Debatte. Anstelle der Forderung nach einer Sperrgebietsverordnung, der auch der zuständige Senat ablehnend gegenübersteht, steht wieder verstärkt das »Zusammenleben« von Prostitution, anderem Gewerbe und Anwohner_innen auf der Agenda.

»Ziel des Projektes [...] ist es nicht, die Prostitution zu vertreiben, sondern bei den Frauen auf der Straße und den Anwohnern für mehr Verständnis füreinander zu werben (QM Magdeburger Platz 2007).«

»Knigge für den Straßenstrich« (Tagesspiegel, 27.12.2008) titelte die Tagespresse und unterschlug damit zwar die sozialarbeiterischen Angebote des Projektes, machte aber zugleich auf den einseitigen Charakter des Werbens für Verständnis auf dem Straßenstrich deutlich. Lediglich

in einem Beitrag brachte die Hurenorganisation Hydra eine alternative Interpretation ein und thematisierte auch das Verhalten von (eierwerfenden) Anwohner_innen.

»Cetin beklagt eine wachsende Aggressivität. Sie bezeichnet das Klima für das Prostitutionsgewerbe in Berlin als ›eisig‹ (Berliner Zeitung, 6.12.2007, ›Eierwürfe gegen Prostituierte).«

Im Übrigen stützen die Darstellungen der sozialen Einrichtungen und Hurenorganisationen weitgehend das Bild einer unkontrollierten Straßenprostitution. Der Verweis sozialer Einrichtungen auf die Notwendigkeit einer Anschlussfinanzierung für das Projekt trug zur Dramatisierung des Prostitutionsgeschehens bei.

Dass sich die Lage beruhigt haben soll, sieht Michaela Klose vom Frauentreff »Olga« in der Kurfürstenstraße anders. [...] Erst Anfang Dezember sei wieder ein »neuer Schwung Bulgarinnen« hergekommen. Sie breiteten sich immer mehr aus im Kiez. [...] Zwar habe man das Problem im vergangenen Jahr gut in den Griff bekommen, doch Michaela Klose sieht die Gefahr, dass die Stimmung bald wieder kippen könnte. Denn bis vor kurzem noch waren zwei Sozialarbeiterinnen, die dolmetschen konnten, ständig im Einsatz: Sie hätten mit den neu eingetroffenen Prostituierten aus Osteuropa regelrechte »Benimmkurse« gemacht: Nicht nur Sexual- und Hygieneaufklärung, sondern auch Regeln, wie sie sich hier im Kiez zu verhalten haben. »Mithilfe der Dolmetscherinnen ist es gelungen, den Frauen klarzumachen, dass sie sich hier nicht so aggressiv verhalten können wie beispielsweise in Hamburg im Sperrbezirk.« Doch die Finanzierung für die beiden Stellen läuft Ende dieses Jahres aus (Tagesspiegel, 27.12.2008, »Knigge für den Straßenstrich«).

In ihrer Pressearbeit wirkten die Sozialarbeiter_innen zudem der Ethnisierung bzw. dem »immensen Rassismus« (Gruppeninterview Hydra 06/2009) nicht konsequent entgegen. Im Gegenteil erklärte auch eine Vertreterin von Hydra, das »nicht böse gemeinte« Verhalten der Sexarbeiterinnen nicht mit ökonomischem Druck, sondern ihrer Kultur: »Die Osteuropäerinnen seien wesentlich temperamentvoller als die deutschen Huren (taz, 6.11.2007, »Nicht in den Schritt fassen«).«

Im Effekt trugen die Bemühungen um eine Disziplinierung der Straßenprostituierten neben der Ablehnung des Bauantrags für das »Groß-

bordell« und der Überführung der Debatten in kleinere, weniger auf Artikulation von Protest und stärker auf konsensuale Lösungsfindung orientierte Diskussionsforen zu einer Verringerung des Konfliktniveaus bei. Zwar sorgte im Sommerloch 2010 der von SPD- und CDU-Fraktion in der Tempelhof-Schöneberger Bezirksverordnetenversammlung angenommene Antrag, die Möglichkeit der Veröffentlichung von Autokennzeichen und Videos von Prostitutionskunden sowie einer Ausweitung polizeilicher Verkehrskontrollen zu prüfen (Drucksache 1450/XVIII), für ein Auflodern des Medieninteresses. Doch die datenschutzrechtliche Unzulässigkeit und klare Zurückweisungen seitens der Polizei¹⁰ sorgten für ein baldiges Ende der Diskussion. Stattdessen untersuchte 2011 ein Forschungsprojekt im Auftrag des Tempelhof-Schöneberger Bürgermeisters die »Straßenprostitution rund um die Kurfürstenstraße«. Eine Soziologin vom Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin eruierte die Wünsche verschiedener Interessengruppen (Anwohner_innen, Gewerbetreibende, Sexarbeiter_innen etc.) und erarbeitete verschiedene Lösungsvorschläge. Unter Beteiligung zentraler Akteursgruppen wie der Gewerbetreibendeninitiativen, die den Protest gegen das Großbordell vorangetrieben hatten, plädierten die Befragten insgesamt für eine Fortführung des inkrementellen Vorgehens aus einer Kombination von sozialarbeiterischer Fürsorge und »Erziehung« sowie stadträumlicher Maßnahmen zur Begrenzung der Prostitution, erweiterten letztere Forderung jedoch um die der gezielten Bereitstellung von Orten für die Prostitution:

10 »Der Polizeipräsident in Berlin – Direktion 4 – teilte hierzu mit: Verkehrsrechtliche Maßnahmen dienen der Erhöhung und dem Erhalt der Straßenverkehrssicherheit im öffentlichen Raum. Über Art, Größe und Umfang von Verkehrskontrollen entscheidet die Berliner Polizei nach eigenem Ermessen und dem Vorliegen eines entsprechenden örtlichen Verkehrslagebildes. Hierbei bilden insbesondere die Analysen des Verkehrsunfallgeschehens und die Vorgaben für stadtwerte aktuelle Verkehrsüberwachungen den Schwerpunkt. Der angeführte Zusammenhang zwischen alkoholisierten Fahrzeugführern und der Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen kann aus polizeilicher Sicht nicht bestätigt werden und ist lediglich als gewünschte Behauptung anzusehen. Zwar mag es hier durchaus umgangssprachliche Synonyme geben, dennoch können verkehrsrechtliche Maßnahmen aus ihrer rechtlichen Zweckbestimmung heraus nicht zur Beseitigung anders gearteter Problembereiche bemüht werden. Mit den gewünschten polizeilichen Überwachungsmaßnahmen lassen sich die Begleiterscheinungen der Prostitution nicht beseitigen.« (<http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/bvv-online/voo20.asp?VOLFDNR=3314&options=4>, Zugriff: 20.11.2011)

Ausgehend davon, dass Prostitution ein legales Gewerbe ist und Sperrgebiete sowie Sperrzeiten in Berlin nicht gewollt sind oder perspektivisch nicht durchgesetzt werden können und die Prostitution seit Jahrzehnten ein Bestandteil des Viertels ist, [...] bleiben die beiden Formen des aktiven Verhinderns von Orten und eines aktiven „Hin-Leitens“ an Orte, d.h. guter Angebote im Rahmen der stadträumlichen Gegebenheiten. Diese sollten so ansprechend gestaltet sein, dass sie gerne freiwillig von der Mehrheit der Prostituierten und Freier wahr- und angenommen werden. (Howe 2011: 68)

Fazit

Insgesamt verhinderten damit vor allem Akteur_innen aus Gesundheitsverwaltung, Polizei, Sozialer Arbeit und kritischer Wissenschaft eine Verdrängung der Straßenprostitution – zuletzt mit Zustimmung relevanter Teile von »soliden« Gewerbetreibenden und Anwohner_innen.

Politik-Ergebnis: Erhalt des Strichs / Diskursive Spaltung entlang ethnischer Grenzlinien

Welche materiellen und symbolischen Effekte hatte diese Politik für die Sexarbeiter_innen? Insgesamt konnten für das Sexgewerbe eintretende Akteur_innen zwar erfolgreich den Straßenstrich erhalten und damit eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch Verdrängung in kleinere Randzonen im Gebiet verhindern (wenn auch unter Inkaufnahme der Ablehnung des Bordells). Eine positive Veränderung auf materieller Ebene war zudem, dass die Zugänglichkeit des Angebots sozialer Einrichtungen im Gebiet für osteuropäische Sexarbeiterinnen durch die zusätzlichen Sprachmittlerinnen verbessert wurde. Das Streetworkprojekt zur Aufklärung der Sexarbeiter_innen über Anwohner_innenbeschwerden stellt eine – verglichen mit der geforderten Sperrgebietsverordnung – relativ »sanfte«, da nicht kriminalisierende Kontrollform dar. Es nimmt jedoch die NGOs für eine Disziplinierung ihrer Klientel zur Absicherung einer städtischen Aufwertungsstrategie in Dienst.

Auf diskursiver Ebene setzten auch jene Akteur_innen, die für das Sexgewerbe im Gebiet eintraten, der rassistischen Spaltung in »gute« deutsche Prostituierte und »aggressive« Osteuropäerinnen von Anti-Prostitutionsprotest und Mediendiskurs wenig entgegen. Die Verhandlungen um den Erhalt des Sexgewerbes verliefen vielmehr zunehmend in einem von der z. T. recht reißerisch berichtenden Medienöffentlichkeit

zurückgezogenen Rahmen, so dass auf symbolischer Ebene die »soliden« Anwohner_innen und Gewerbetreibenden, deren erfolgreiche Forderung nach der Ablehnung des Großbordells die Tagespresse noch weiter beschäftigte, als Gewinner_innen aus dem Konflikt hervorgingen. Zudem tragen bis heute die Sozialarbeiter_innen mit der »Erziehung« der Sexarbeiter_innen zu einem weniger »aggressiven« (bzw. selbstbewussten) Verhalten, zu einer Verunsichtbarung von normabweichendem Verhalten im Stadtzentrum bei. Dem partiellen Erfolg der Pro-Sexarbeit-Koalition auf materieller Ebene steht damit ein Verlust auf symbolischer Ebene entgegen. Denn insgesamt konnte ein kleines einflussreiches Bündnis aus Verwaltung und NGOs zwar die Präsenz von Differenz im Zentrum erhalten – nicht aber deren öffentliche Akzeptanz.

Einordnung des Konflikts

Insgesamt lässt sich das Fallbeispiel damit rückblickend nicht eindeutig in das Schema ungebrochenen »unternehmerischer« Stadtpolitik einordnen, die oftmals auf die mittelschichts- und unternehmensorientierte Verdrängung normabweichender Verhaltensweisen aus innerstädtischen öffentlichen Räumen zielt. Vielmehr rieben sich in den Aushandlungen die – uneinheitlichen und im Quartier mit einem erheblichen Anteil sozial marginalisierter Bewohner_innen nicht durchweg artikulationsstarken – Interessen von »soliden« Gewerbetreibenden und Anwohner_innen mit einer Mischung konkurrierender Logiken: 1. fordistischer Fürsorge-Gedanke in der Gesundheitsverwaltung, 2. einer auf die Vermeidung von Stigma-Diskursen gerichteten (neoliberalen) Imagepolitik der Quartiersmanagements, 3. dem Spagat der Sozialen Arbeit zwischen Klientelpolitik und Kooperation mit anderen lokalen Akteur_innen, und nicht zuletzt 4. den widersprüchlichen Zielen zweier (neoliberal restrukturierter) Polizeiparadigmen zwischen Personalressourcenschonung sowie (im Schöneberger Norden) »Bürgernähe« auch mit Sexarbeiter_innen und (in Tiergarten Süd) verstärktem Fokus auf kleine Ordnungsstörungen und Instrumentalisierung sozialer Einrichtung für das Polizieren ihrer Klientel.

Dies bedeutet nicht, dass Tendenzen der Neoliberalisierung der Stadtentwicklungspolitik keinen Einfluss gehabt hätten. Doch zeigt sich diese als in sich widersprüchliche, widersprochene und damit lokal heterogene und in fortwährendem Modernisierungsprozess befindliche Entwicklung. So wurde zwar der Diskurs über »kippende« Quartiere – Legitimationsdiskurs für das begründetermaßen oft als »neoliberal« charakterisierte Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt«, das das QM finanziert (vgl.

Lanz 2000) – zur Ressource für den Anti-Prostitutions-Protest. Zudem unterstützten die Quartiersmanagements zentrale Protagonist_innen des Protests, wie die Gewerbetreibendeninitiative finanziell. Doch zumindest südlich der Bezirksgrenze ergriffen Polizei wie QM auch konfliktlenkende Maßnahmen zur Erhaltung des Straßenstrichs – und zwar als eine der wenigen Akteur_innen.

In relevanter Form traten weder autonome linke Szene, Gewerkschaften, oppositionelle Parteien oder liberalere Teile der »soliden« Anwohner_innen und Gewerbetreibenden noch die vor Ort tätigen Sexarbeiter_innen selbst für ihr Anliegen ein. Damit blieb die Verteidigung des Straßenstrichs an der Kurfürstenstraße eine weitgehend »staatliche Veranstaltung« – vorangetrieben von Akteur_innen aus der Gesundheitsverwaltung und Polizei, zusammen mit der (in Deutschland fast ausschließlich staatlich finanzierten) Sozialen Arbeit sowie zuletzt (vom Bezirksamt finanzierter) kritischer Wissenschaft.

Ausblick:

Was heißt das für die außerparlamentarische Linke?

Die Abwesenheit linksradikaler Aktivist_innen im Konflikt mag nicht verwundern. Denn die ngo-isierte Hurenbewegung und soziale Einrichtungen, die am Runden Tisch mit Polizei und Quartiersmanagement verhandelten, boten wenig Anknüpfungspunkte für eine Linke, die den repressiven Staatsapparaten skeptisch gegenübersteht. Doch nicht nur im vorliegenden Fall, sondern allgemein fällt in der existierenden Literatur zu lokalen Aushandlungsprozessen um Sexarbeit auf, dass bestimmte Akteur_innen in diesen lokalen Aushandlungen wenig präsent sind: soziale Bewegungen, Gewerkschaften oder linke oppositionelle Parteien. Zwar existieren einzelne bemerkenswerte Ausnahmen in Deutschland: So formiert sich in Hamburg seit einiger Zeit ein Bündnis »Recht auf Straße« zur Verteidigung der Straßenprostitution in St. Georg (vgl. <http://rechtaufstrasse.blogspot.de>). Doch häufig fehlen in den Kämpfen die Akteur_innen, die typischerweise für bessere Arbeitsbedingungen prekär Beschäftigter oder bessere Lebensbedingungen marginalisierter Gruppen im öffentlichen Raum eintreten.

Der Beitrag endet daher mit zwei Denkanstößen für neue Koalitionen im Feld der Sexarbeit – in Berlin und anderen Städten mit ähnlich gelagerten Konflikten um Prostitution unter den Bedingungen städtischer Neoliberalisierung.

Graustufen sehen statt Feinbilder aufbauen

Das Fallbeispiel verweist auf eine grundlegende Besonderheit des Feldes. Bündnisse verlaufen im moralischen Politikfeld Prostitution oft konträr zu üblichen politischen Grenzlinien. So plädierten etwa in den Diskussionen um Frauenhandel zur WM 2006 einige Nicht-Regierungsorganisationen gemeinsam mit Teilen der Polizei für eine Ausweitung der Aufenthaltsrechte für Opfer von Menschenhandel, während Teile der etablierten Frauenbewegung gemeinsam mit den konservativen Parteien verschärfte Kontrollmöglichkeiten und Razzien im Prostitutionsbereich einforderten (vgl. Künkel 2007). Auch auf lokaler Ebene zeigten sich, lax gesprochen, die klaren Feindbilder der linken Szene, QM und Polizei, als z. T. deutlich sexarbeitsfreundlicher als dies in den Kommunikationsmedien der Szene wahrgenommen wird. Gemeinsame Kämpfe für ein Recht auf Straße für Sexarbeiter_innen könnten demnach von einer genaueren Analyse der Akteursstrukturen und eine Offenheit auch für ungewöhnliche Bündnisse profitieren. Dabei wären – wie das Beispiel der Instrumentalisierung der NGOs für das Polizieren des Sexgewerbes und ihr geringes Eingreifen in den Mediendiskurs zeigt – allerdings sowohl die Grenzen gemeinsamer Interessen im Blick zu halten als auch die Ziele auf materieller und symbolisch-diskursiver Ebene miteinander abzustimmen.

Rethinking Sex Work

Ein zweiter Aspekt, auf den das Fallbeispiel verweist, ist die Notwendigkeit eines Nachdenkens über schlechte Arbeitsbedingungen in Segmenten der Prostitution. Verschiedene Akteur_innen verwiesen im Konflikt auf die Arbeitsbedingungen – z. T. als Legitimation, um in den lokalen Konflikten keine Stellung für Sexarbeiter_innen beziehen zu müssen. Wenngleich dies noch systematischer Untersuchung bedarf, scheint auch unter Aktivist_innen, die in deutschen Städten gegen die Neoliberalisierung der Stadtentwicklungspolitik eintreten, ein Unbehagen über das von verschiedenen Herrschaftsmechanismen durchkreuzte Sexgewerbe zu existieren. Denn Kämpfe um Prostitution in der neoliberalen Stadt verteidigen häufig nur den Status Quo.

»Gentrifizierungsprozesse sind meist Prozesse, die genau das [Sexgewerbe] vertreiben. Wie kann man sich darauf beziehen, und gleichzeitig aber auch Ambivalenzen darin sehen, dass vielleicht im Sexgewerbe auch nicht alles so toll ist, und man sich auch nicht auf alles so positiv beziehen will? (Interview mit einem Hamburger Aktivistin 08/2009)«.

Die Beschäftigung der linken Szene mit Prostitution scheint darüber hinaus wegen des *Framings* von Prostitution als in besonderem Maße durch patriarchale Geschlechterverhältnisse geprägtes Gewerbe eher distanziert und insgesamt wenig umfangreich. Auffallend häufig und positiv Bezug nehmend nannten Akteur_innen der autonomen Linken in Deutschland das Sexgewerbe nur im Zuge der »Mayday-Paraden«. Zum »Mayday« finden seit der Erfindung 2001 in Mailand am 1. Mai in verschiedenen europäischen Städten Demonstrationen gegen die Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse statt. Die deutschen Mayday-Organisator_innen griffen die Diskurse italienischer, spanischer und französischer Aktivist_innen auf. Diese beziehen sich im Rahmen der Prekarisierungsdebatte oft auf weibliche Sexarbeiterinnen: z. B. seit 2002 durch die investigativen städtischen Streifzüge nicht zuletzt in die Welt der Sexarbeiter_innen der feministischen Madrider Gruppe »Precarias a la Deriva« (vgl. Precarias a la deriva 2007) oder die 2005 in Mailand entwickelten und für die EuroMayDay-Parade als Comicfigur visualisierten »Imbattibili« (Superheld_innen), zu denen auch »Wonderbra« – tagsüber Telefonistin, nachts Sexarbeiterin, zwischendurch Masseurin – gehörte (Hamm/Sutter 2010). Die »Comicfiguren« stürmten 2006 in Hamburg einen Delikatessenladen und riefen damit zur dortigen Euromayday-Parade auf (Aldolphs/Hamm 2008). Doch innerhalb der deutschen autonomen Szene stieß der Versuch einer Bündnisbildung unter dem Stichwort »Prekarisierung« auf starke Kritik – gerade auch aus feministischer Perspektive. Anhand des Aufrufs zur ersten Mayday-Parade in Hamburg 2005 kritisieren J.D. Tussle und Lieselotte Hubbub (2005) die Ausblendung von Unterschieden entlang von Ethnie, Aufenthaltsstatus, Klasse, Geschlecht etc. in der Prekariatsdebatte:

»Im Aufruf heißt es: »[...] Ungewissheit dominiert den flexiblen Alltag von LagerarbeiterInnen, Servicekräften, IT-ExpertInnen, Alleinerziehenden, SexarbeiterInnen, Ich-AGs und StudentInnen.« Wischmop (7,- €) und Laptop (1299,- €), deutscher Pass ja oder nein – alles eine Soße? Der Aufruf betont vermeintliche Gemeinsamkeiten in den Erfahrungen, um darüber eine Basis der politischen Organisation zu schaffen [...] Wir denken, dass es nicht die Lösung sein kann [...]. Zu stark fühlen wir uns an die Fehler der Frauenbewegung erinnert. Der scheinbare Vorteil eines erweiterten Prekarisierungsbegriffs, Politik aus der ersten Person zu machen, [...] birgt die Gefahr, dass Unterschiede verwischen.«

Die Diskussion über Sexarbeit innerhalb der deutschen linken Szene – die für diesen Artikel nur cursorisch betrachtet werden konnte – betont Machtstrukturen im Sexgewerbe. Die Debatte ist dabei auffällig stark *ge-gender-t*: D.h. die Kategorie Gender wird, insbesondere in der Form der Thematisierung des Ungleichgewichts von nahezu ausschließlich männlichen Kunden und überwiegend weiblichen Dienstleister_innen im Gewerbe, gegenüber anderen Herrschaftskategorien in den Vordergrund gestellt.¹¹ 2004 zeigten Outshoorn et al., dass durch Thematisierung von Geschlechterverhältnissen (*gendering*) der Einfluss der institutionalisierten Frauenbewegung auf die Politikformulierung steigt. Doch die Frage ist nicht nur ob, sondern wie die Debatte gegendert wird. Die deutsche Diskussion um Sexarbeit bleibt bis heute in starkem Maße gespalten (vgl. Koppe 2008). Auf der einen Seite steht ein am prominentesten von der Zeitschrift Emma um Alice Schwarzer vertretener konservativer Feminismus, der Prostitution unabhängig von den Bedingungen, unter denen sie stattfindet, als patriarchal ablehnt. Auf der anderen Seite stehen Pro-Sex-Work-Aktivist_innen, die Sexarbeit als Arbeit verstehen und – im Sinne der »Autonomie der Migration« (vgl. Benz/Schwenken 2005) – »Handlungsfähigkeit« (*agency*) betonen (vgl. Zimowska 2004). Letztere sehen zwar auch die Prekarität vieler Sexarbeiter_innen, doch sie erklären diese mit der historisch spezifischen gesellschaftlichen Konstruktion von Prostitution – nicht zuletzt ihrer prekären rechtlichen Stellung und Ausgrenzung, die oft der Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Normen (z. B. Geschlechternormen) dient – sowie mit der marginalisierten sozialen Position und damit Erpressbarkeit vieler Sexarbeiter_innen (z. B. aufgrund von Papierlosigkeit, Drogenkonsum). In der linken Szene begegnen mir immer wieder Fragen junger Feministinnen, deren Argumentation implizit auf ersteres Verständnis rekurriert. Das dabei zum Ausdruck gebrachte Unbehagen über Machtverhältnisse im Sexgewerbe ist zwar verständlich (ebenso wie eine darauf reagierende Idealisierung

11 Um nur ein (recht willkürlich gewähltes) Beispiel zu nennen: Auf dem jährlichen bundesweiten Vernetzungstreffen autonomer linker Aktivist_innen in Deutschland, der Bundeskoordination Internationalismus, im Jahr 2007 stellte die Ankündigung eines Workshops gegen die Instrumentalisierung des Zwangsprostitutionsdiskurses für Migrationskontrolle nicht Nationalität oder die Bedeutung der Kriminalisierung von Migration im Rahmen der Schaffung eines Niedriglohnarbeitsmarktes (vgl. Pieper 2004) in den Vordergrund, sondern Sexualität und Gender: »Wie können wir der Diskriminierung von Sexarbeit etwas entgegensetzen, ohne die sexualisierte Gewalt zu leugnen oder herunterzuspielen? Welche Handlungsmöglichkeiten gegen die Instrumentalisierung von Gewalt gegen Frauen gibt es?«

desselben in Teilbereichen des Pro-Sex-Work-Diskurses). Doch die abolitionistische Position geht davon aus, dass Prostitution nicht durch Abschaffung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse – Kapitalismus, heteronormativen Geschlechterverhältnissen, Rassismus etc. – von den derzeit im Sexgewerbe vorhandenen Macht- und Gewaltverhältnissen befreit werden kann (O'Connell-Davidson 2002). Macht wird damit unter Abstraktion von den gesellschaftlichen Bedingungen in der Prostitution selbst verortet und Prostitution ebenso wie Weiblichkeit und Männlichkeit als überhistorische unveränderbare Institutionen konstruiert.¹² Dies hat in der Vergangenheit nicht nur in Deutschland dazu geführt, dass Feministinnen über Prostituierte als Opfer redeten und Bündnisse mit Sexarbeiter_innen für ein Aufbrechen von Herrschaftsverhältnissen erschwert wurden (vgl. Doezema 2001). Ob auch im konkreten Fallbeispiel das Unbehagen über Prostitution zur Abwesenheit der Linken beitrug, lässt sich auf der Basis einer Analyse, die Strategien, Diskurse und Praktiken der involvierten Akteur_innen nicht aber der Abwesenden untersuchte, nicht abschließend beantworten.¹³ Doch auffallend ist, dass aktuelle gemeinsame Kämpfe von Anti-Gentrifizierung-Aktivist_innen und von Sexarbeiter_innen oder deren Lobby für ein Recht auf Straße stattdessen auf anti-essentialistische Konzeptionen von Prostitution

-
- 12 Daher plädieren Abolitionst_innen für die Abschaffung der Institution Prostitution – während sie hinsichtlich anderer Arbeitsverhältnisse spezifische – patriarchale, kapitalistische – Formen der Organisation dieser Arbeit abschaffen wollen: »Der Kampf mit den Prostituierten muss [...] für eine Radikalfeministin immer gleichzeitig der Kampf gegen die Prostitution sein. So wie der Kampf mit den Hausfrauen der gegen die Gratarbeit von Frauen ist, oder der mit den Fließbandarbeiterinnen der gegen das Fließband« (Schwarzer, 1981; Hervorh. im Orig.).
- 13 Auffällig ist, dass das Thema physische Gewalt, um das leicht ein Konsens zu bilden ist, durchaus zu einer Mobilisierung in der linken queeren Szene führte – auch da aufgrund räumlicher Nähe einer Beratungsstelle Kontakte zu Sexarbeiter_innen bestanden. Zwei Jahre nach dem Aufkommen des Streits um das »Großbordell« trat die politisch heterogene Trans*-Szene, die mit der Beratungsstelle von Gays & Lesbians aus der Türkei (GLADT e. V.) direkt im Quartier ansässig ist, für Sexarbeiter_innen ein. Repräsentiert durch die Berliner Vereine GLADT und TransInterQueer lud sie gemeinsamen mit aktivistischen Sexarbeiter_innen von Hydra und den sozialen Einrichtungen Subway und Treberhilfe am 4.9.2009 im Anschluss an Überfälle auf transsexuelle Prostituierte zu einer Demonstration auf. Zur Demonstration erschien zwar letztlich keine der betroffenen Sexarbeiter_innen, doch der Aufruf dazu entstand auf Wunsch von und in Kooperation mit den Betroffenen (vgl. GLADT e. V. 2009).

rekurrieren: ein dekonstruktivistisches Verständnis von Sexualität und Geschlechterverhältnissen – wie es z. B. auch die Hamburger Recht-auf-Straße-Aktivist_innen bemühen – und ein Verständnis von Prostitution als (prekäre) Arbeit (Künkel 2011). Für gemeinsame Kämpfe für ein Recht auf Stadt scheint daher eine weitere Auseinandersetzung mit dem »schwierigen« Thema Prostitution, deren gesellschaftliche Marginalisierung in der Vergangenheit immer wieder der Konstituierung und Aufrechterhaltung von Herrschaftsverhältnissen diene, und die dementsprechend derzeit eine von Machtverhältnissen entlang von race, class, gender etc. durchgezogene, aber veränderbare Institution ist, nötig.

Literatur

- Adam, Jens (2005): »Kaum noch normale Berliner.« Stadtethnologische Erkundungen in einem »sozialen Problemquartier«, Münster
- Adolphs, Stephan/ Hamm, Marion (2008): Prekäre Superhelden: Zur Entwicklung politischer Handlungsmöglichkeiten in postfordistischen Verhältnissen, in http://www.protestmedia.net/cms/upload/Publikationen/superhelden_adolphs_hamm_prek-C3A4r_vs1_o.pdf, Zugriff: 30.10.2010
- Ruth Becker (2008): Angsträume oder Frauenräume? Gedanken über den Zugang von Frauen zum öffentlichen Raum. In: Feministisches Kollektiv (Hg.): Street Harrassment. Machtprozesse und Raumproduktion. Buchreihe der ÖH Uni Wien, Band 3, Wien: Mandelbaum Verlag, S. 56-74
- Benz, Martina/ Schwenken, Helen (2005): Jenseits von Autonomie und Kontrolle: Migration als eigensinnige Praxis, in: Prokla 140, 363-378
- Bernt, Matthias/ Fritsche, Miriam (2004): Von Programmen zu Projekten. Die ambivalenten Innovationen des Quartiersmanagements, in: Neller, Katja/ Greiffenhagen, Sylvia (Hg.): Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt, Opladen
- Danna, Daniela (2004): Italy: the never-ending debate. In: Outshoorn, Joyce (Hg.): The politics of prostitution. Women's movements, democratic states, and the globalisation of sex commerce. Cambridge, UK u.a: Cambridge University Press
- Dölemeyer, Anne (2006): Red Light Districts: Narratives of Spatial Governance in Two German Cities. Vortrag auf der 8. International Conference on Urban History, Stockholm
- Doezema, Joe (2001): Ouch! Western Feminists ›Wounded Attachment‹ to the ›Third World Prostitute‹, in: Feminist Review, 67(1), 16-38
- GLADT e.V./ Gays & Lesbians aus der Türkei (2009): Stoppt die Gewalt gegen Sex – Arbeiterinnen in der Frobenstraße, unveröffentlichtes Flugblatt, in: <http://www.gladt.de/archiv/frobenstr/2009-09-04-kundgebung-frobenstrasse-aufruf.pdf>, Zugriff: 30.10.2010

- Hamm, Marion/ Ove Sutter (2010): »ICHSTRESS ICHPAUSE ICHSTREIK.« Widerständige Subjektivierungen auf den EuroMayDay-Paraden der Prekären. In: Wolfgang Maderthaler / Michaela Maier (Hg.): Der 1. Mai. Demonstration, Tradition, Repräsentation. Verlag Rot: Wien, S. 234-41; Online-Version: http://eipcp.net/policies/hamm-sutter_de [Zugriff: 3.2.2012]
- Harvey, David (1989): From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism. In: *Geografiska Annaler B.* 71: 3-17
- Häußermann, Hartmut/ Kapphan, Andreas (1998): Sozialorientierte Stadtentwicklung, Berlin
- Howe, Christiane (2011): Nachbarschaften und Straßen-Prostitution. Konfliktlinien und Lösungsansätze im Raum rund um die Kurfürstenstraße in Berlin. Studie im Auftrag des Bezirksbürgermeisters von Tempelhof-Schöneberg/Berlin Ekkehard Band. http://www.tu-berlin.de/fileadmin/f27/PDFs/Forschung/Nachbarschaften_und_Strassen-Prostitution_Bericht.pdf
- Hubbard, Phil (2004): Revenge and Injustice in the Neoliberal City: Uncovering Masculinist Agendas. In: *Antipode* 36 (4), S. 665–686
- Jäkl, Reingard (1987): Vergnügungsgewerbe rund um den Bülowbogen, Streifzug durch die Geschichte der Großstadt-Prostitution, hg. vom Bezirksamt Schöneberg, Berlin
- Kempadoo, Kamala; Doezema, Jo (1998): Global sex workers: rights, resistance, and redefinition: Routledge. Online verfügbar unter <http://books.google.de/books?id=fjztJAgUTMC>
- Kilvington, Judith/ Sophie Day/ Helen Ward (2001): Prostitution Policy in Europe: A Time of Change?, in: *Feminist Review* Nr. 67, 78-93
- Koppe, Susanne (2008): Sexarbeit zwischen patriarchaler Ausbeutung und emanzipatorischer Subversion, in: Nina Degele (Hg.): *Gender/Queer Studies: eine Einführung*, Paderborn, 193-206
- Künkel, Jenny (2007): Sex, Crime und »richtige Männer«: Frauenhandelsmythen zur WM 2006. In: Eick, Volker, Sambale, Jens & Töpfer, Eric (Hg.): *Kontrollierte Urbanität: zur Neoliberalisierung städtischer Sicherheitspolitik*: Transcript, S. 261-284
- Künkel, Jenny (2012): These Dolls are an Attraction – Othering and Normalizing Sex Work in a Neoliberal City. In: dies. & Mayer Margit (Hrsg.): *Neoliberal Urbanism and its Contestations. Crossing Theoretical Boundaries*. London: Palgrave Macmillan
- Künkel, Jenny & Mayer, Margit (2012): *Neoliberal urbanism and its contestations. Crossing theoretical boundaries*. Basingstoke: Palgrave Macmillan
- Lang, Sabine (1997): The NGO-ization of Feminism, in: Scott, Joan W/ Kaplan, Caren/ Keates, Debra (Hg.): *Transitions, Environment, Translations: Feminisms in International Politics*, New York
- Lanz, Stephan (2000): Der Staat verordnet die Zivilgesellschaft, in: *Widersprüche*, 78, 39-52
- Larsen, Nick (1996): The Effect of Different Police Enforcement Policies on the Control of Prostitution, in: *Canadian Public Policy*, 22(1), 40-55
- O'Connell-Davidson (2002): The rights and wrongs of prostitution. In: *Hypatia*. 17(2), 84-98

- Outshoorn, Joyce (2004): *The politics of prostitution: women's movements, democratic states, and the globalisation of sex commerce*. Cambridge University Press.
- Pieper, Tobias (2004): Das dezentrale Lagersystem für Flüchtlinge. Scharnier zwischen regulären und irregulären Arbeitsmarktsegmenten, in: *Prokla*, 136, 435-453
- Precarias a la deriva (2007): Projekt und Methode einer »militanten Untersuchung« Das Reflektieren der Multitude in actu, in: Pieper, Marianne/ Atzert, Thomas/ Karakayali, Serhat/ Tsianos, Vassilis (Hg.): *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*, Frankfurt und New York, 85-108
- QM Magdeburger Platz (2005a): Städtebauliches Forum Kurfürstenstraße Quartiersmanagement Magdeburger Platz TFH-Berlin, in: http://www.magdeburgerplatz-quartier.de/uploads/media/3078_download.pdf, Zugriff: 7.5.2010
- QM Magdeburger Platz (2005b): Ideenwettbewerb zur Kurfürstenstraße, in: <http://www.tiergarten-sued.de/Ideenwettbewerb-zur-Kurfuerstenstrasse.1528.o.html>, Zugriff: 30.10.2010
- QM Magdeburger Platz (2007) Sprachmittlerinnen für den Straßenstrich, in: [http://www.magdeburgerplatz-quartier.de/Sprachmittlerinnen-fuer-den-Strassenstrich.3983.o.html?&no_cache=1&sword_list\[0\]=strich](http://www.magdeburgerplatz-quartier.de/Sprachmittlerinnen-fuer-den-Strassenstrich.3983.o.html?&no_cache=1&sword_list[0]=strich), Zugriff: 30.10.2010
- QM Schöneberger Norden (2007): Laufbordell an der Potsdamer Straße stößt auf großen Widerspruch; in: <http://www.quartiersmanagement-berlin.de/Laufbordell-an-der-Potsdamer-Strasse-stoesst-auf-grossen-Widerspruch.1768.o.html>, Zugriff: 3.6.2010
- QM Schöneberger Norden (2009): Prostitution ist eine legale Dienstleistung, in: *Schöneberger Morgen* Nr. 39, 2-3
- Sanders, Tela, O'Neill, Maggie & Pitcher, Jane (2009): *Prostitution: sex work, policy and politics*. London: SAGE
- Smith, Neil (1996): *The new urban frontier. Gentrification and the revanchist city*. London u. a.: Routledge
- tampep (2009): A mapping of the prostitution scene in 25 European countries, in: <http://tampep.eu/documents/TAMPEP%202009%20European%20Mapping%20Report.pdf>, Zugriff: 30.10.2010
- Tussle, J.D./ Hubhub, Lieselotte (2005): *_prekäre zeiten in der linken_*, in: *trend*, 4/2006, <http://www.trend.infopartisan.net/trdo406/t330406.html>, Zugriff: 30.10.2010
- Wosnitza, Regine (2010): Zehlendorf oder Neukölln – Egal – Hauptsache weg!, in: <http://potseblog.de/2010/05/16/nach-zehlendorf-nach-neukolln-egal-hauptsache-weg>, Zugriff: 30.10.2010
- Zimowska, Agnieszka (2004): Der internationale Frauenhandel als Migrationschance? Neue Perspektiven auf Handlungsstrategien migrantischer Sexarbeiterinnen in der deutsch-polnischen Grenzprostitution, in: Roß, Bettina (Hg.), *Migration, Geschlecht und Staatsbürgerschaft. Weiterdenken für antirassistische, feministische Politik/-wissenschaft*, Wiesbaden, 49-65

»Sexarbeit ist kein polizeiliches Problem ...«

Interview mit Christiane Howe (Soziologin, Berlin-Schöneberg)

Andrej Holm: Ich würde gern mit einer Art Kurzportrait anfangen: Was machst du und seit wann arbeitest du mit Sexarbeiter_innen und im Feld der Prostitution?

Christiane Howe: Ich habe in Frankfurt am Main Soziologie studiert und bin sozusagen eine Frankfurter Soziologin, geprägt von der Frankfurter Schule und deren Ansätzen. Das meint qualitative Ansätze, eine hermeneutische und eher verstehenspraktische Herangehensweise: Ich will erst einmal anschauen und verstehen, was ich vorfinde. Ich habe nach dem Studium bei einer NGO gearbeitet, einer politischen Organisation mit einer Beratungsstelle von und für Migrant_innen. Es ging also um Migration, Integration und Interkulturalität, aber auch um Arbeitsmigration und den illegalisierten Aufenthalt von Frauen in Deutschland, damals noch Westdeutschland, dann Gesamtdeutschland. Es ging um Frauen, die immigriert sind, um hier Arbeit zu finden. Und zwar in den verschiedensten Bereichen wie der Pflegearbeit, der Kinderbetreuung, der Haushaltsarbeit und eben auch der Prostitution. Darüber bin ich mit Prostitution in Kontakt gekommen.

In Frankfurt habe ich bei der Organisation AGISRA als Fachreferentin, und wenn man so will, als politische Lobbyistin und als Öffentlichkeitsfrau gearbeitet, vor allem im Bereich Migrant_innen in der Prostitution – von professioneller Prostitution bis hin zu Menschenhandel. Da habe ich fast zehn Jahre gearbeitet und bin dann wieder zur Forschung gewechselt, weil es immer wieder Fragen gab: Warum ist das so? Warum gehen Männer zu Prostituierten? Was ist überhaupt Prostitution? Warum gibt es diese Nachfrage nach Frauen aus anderen Ländern? Auch durch den Umbruch in Ost- und Mitteleuropa, der dann noch dazu kam. Ich bin jetzt seit zehn Jahren in der Forschung. Ich habe viele Freier-Interviews geführt, habe in verschiedenen Zusammenhängen recherchiert und mache jetzt eine Akteursanalyse zum Straßenstrich in Schöneberg.

Andrej Holm: Wie kam es dazu und was machst du genau in Schöneberg?

Christiane Howe: Ich war in Schöneberg mit den Künstlern unterwegs und wir haben eine Veranstaltung zu Sexualität, Geschlechterverhältnissen und Prostitution im Christentum und im Islam organisiert. Wir hatten eine Islamwissenschaftlerin und eine christliche Theologin auf dem Podium. Später kam die Idee auf, etwas zu unternehmen, denn es hatte im Sommer heftige Auseinandersetzungen und Bürgerveranstaltungen gegeben, auf denen es heiß herging und der Bürgermeister recht hilflos wirkte. Für mich war klar, dass man nachfragen müsste, was eigentlich die Probleme der Leute vor Ort sind. Ich habe dann ein Konzept entworfen und es an die Bürgermeister, die Bezirksverwaltungen und die politischen Vertreter_innen geschickt. Die Bezirksgrenze teilt dort die Kurfürstenstraße: im Süden Schöneberg-Mitte, im Norden Tempelhof-Schöneberg.

Andrej Holm: Hat dein Konzept etwas bewirkt?

Christiane Howe: Eine Rückmeldung kam nur von den Grünen in Schöneberg. Die haben in einem netten Gespräch gesagt, dass sie uns inhaltlich unterstützen würden, jedoch kein Geld hätten. Dann kam eines Tages der damalige Bürgermeister von Schöneberg. Er lud mich zu einem Vier-Augen-Gespräch ein und sagte: »Was wollen Sie mir denn erzählen, was ich nicht schon längst weiß, und was soll das bringen?« Ich habe erwidert: »Ich erzähle Ihnen gar nichts. Meine Idee ist es, wirklich in den Kiez zu gehen und die Leute zu fragen, was ganz konkret und dezidiert ihre Probleme sind und das zusammenzutragen. Und auch zu fragen, welche Ideen die Leute selbst haben, was man verbessern könnte.« Denn wir stehen alle außen, wohnen nicht unmittelbar dort und hören das immer nur über fünf Ecken. Es gab dann noch ein Treffen und irgendwann hat er dann gesagt: »Wissen Sie was, machen Sie das mal, ich bin eh mit meinem Latein am Ende.« Das fand ich cool. Es war recht eigenmächtig und es gab auch sehr viel Aufregung im Schöneberger politischen Gefüge, weil er das allein als Bürgermeister entschieden hat. Ich glaube, wenn er in den Verwaltungen gefragt hätte, dann wäre das auch nichts geworden.

Andrej Holm: Wenn ich dich richtig verstanden habe, hast du ein einmischendes Verständnis von deiner Forschungsarbeit. Wie sieht das in der Praxis aus?

Christiane Howe: Ich habe mit allen Beteiligten über ihre Sicht der Dinge gesprochen – mit den Frauen auf der Straße, mit verschiedenen Leuten

aus der Verwaltung und mit den Anwohner_innen. Ich habe gefragt, wo sie die Probleme sehen, aber auch welche Lösungsmöglichkeiten. Das waren zum Teil richtige Streitgespräche. Ich habe auch bei diesen aufgeregten Bürgerveranstaltungen gerade die Leute angesprochen, die sich so heftig aufgeregt habe. Denn ich finde, diese Leute haben viel Energie. Sie beschäftigen sich mit etwas, sie fühlen sich gestört und wollen etwas anders haben, wollen etwas verändern. Man sollte versuchen, diese Energie konstruktiv zu nutzen. Ich habe schließlich so etwas wie eine Art Mediation übernommen und zusammengeführt. Das heißt, ich bin keine am Konflikt unmittelbar beteiligte Akteurin, habe jedoch ein Anliegen, das grundsätzlich erst einmal von der Stärkung, dem Empowerment der Frauen ausgeht. Und ich habe eine politische Haltung die besagt: Sexarbeit ist Arbeit, das ist ein Gewerbe und das hat dort seinen Raum.

Andrej Holm: Und Reden hilft da wirklich weiter?

Manche wollten gar nicht reden. Das waren die Leute, die nur auf solche Veranstaltungen gehen, um sich, auf gut Deutsch, einfach auszukotzen wollen. Mit denen kannst du nicht arbeiten, aber mit den anderen schon. Ich habe dann bis zu zwei Stunden mit manchen Leuten gesprochen. Die wollen zwar erst einmal ihren Ärger loswerden, beschreiben dann aber auch sehr differenziert die Situation, wie sie sie erleben oder wahrnehmen. Und im zweiten Gang fangen diese Leute an nachzudenken. Ich habe bei meinen Interviews die Ideen von anderen mitgenommen und gesagt: »Eine andere Anwohnerin hatte diese und jene Idee, was halten Sie davon?« Und die Leute sind ins Nachdenken gekommen. Und darum geht es ja auch, dass Leute sich nach einem Gespräch bedanken oder sagen: »Es ist ja auch ganz schön schwierig«, oder: »Ich wüsste auch nicht, was ich als Politiker machen würde«. Da verändern sich Perspektiven. Oder dass Leute auch anfangen, über die Sexarbeiter_innen etwas Positives zu erzählen. Ihr Unmut bezieht sich häufig auf Lärm und Schmutz, eigentlich geht es gar nicht so sehr um die Prostitution als solche.

Andrej Holm: Also stand eine moralische Empörung über die Prostitution gar nicht im Vordergrund der Emotionen?

Christiane Howe: Nein, gar nicht. Die Anwohner_innen störte vielmehr, dass sie nachts nicht schlafen können, weil gekreischt oder gestritten wird, in dem Sinne: »Können die das nicht woanders machen?« Es geht

gar nicht darum, dass sie nicht arbeiten sollen, sondern um die Frage: Warum um drei Uhr nachts vor meiner Haustür? Und es geht um den Schmutz, die gebrauchten Kondome und so etwas. Wir sind auch durch die Läden gegangen und haben nicht nur Anwohner_innen befragt. Da sind ja auch Rossmann und Rewe und mal eine Würstchen- oder Dönerbude. Erst mal wurde die Problematik aus allen Perspektiven sehr ähnlich beschrieben.

Andrej Holm: Braucht es dafür eine externe Studie? Herauszufinden, was die Leute stört und zwischen verschiedenen Gruppen zu moderieren, ist doch Aufgabe der Quartiersmanagements?

Christiane Howe: Ja, würde man annehmen. Aber ich denke, das Quartiersmanagement ist dort eher ein zwiespältiger Akteur. Die haben nicht gut darüber nachgedacht und eher zu dem Problem beitragen, indem sie bisher zumindest sagen: »Das muss irgendwie weg oder zumindest eingedämmt werden«. Sie haben eine ganz bestimmte, relativ bürgerliche Vorstellung von der Verbesserung des Quartiers. Es ist nicht gut, dass sie sich die Situation nicht vor Ort angeguckt haben und nicht sagen: »Okay, das ist ein Teil dieses Quartiers, dieses Kiezes und das müssen wir mitdenken. Die Sexarbeiter_innen haben hier genauso eine Berechtigung zu sein, zu arbeiten und zu leben wie alle anderen, und wenn wir das Quartier entwickeln wollen, dann müssen wir sie mitnehmen«. Aber das haben sie nicht. Wir sind später trotzdem ein bisschen schweren Herzens an das Quartiersmanagement herangetreten und haben den Vorschlag unterbreitet bis zum Sommer eine Bürgerausstellung zu machen. Das heißt, dass Bürger_innen, Gewerbetreibende und Interessierte in kleinen Gruppen diskutieren und zusammentragen und auf Plakaten sichtbar machen, was sie bewegt. Das Ganze wird dann in einer Ausstellung veröffentlicht und vorgestellt, um mit anderen Anwohner_innen darüber zu diskutieren und vor allem auch die Politik damit zu konfrontieren. Wir wollen auch die Gruppe der Sexarbeiter_innen mit reinnehmen, damit auch sie formulieren können, was sie gerne hätten, was gut für sie wäre, was sie bräuchten, was sie denken und was sich verbessern könnte. Die Ergebnisse der Studie habe ich in den Ausschüssen vorgestellt und auch mit der Stadträtin darüber gesprochen, die wiederum gesagt hat: »Das ist eigentlich in sich logisch, dass wir stärker darüber nachdenken müssten, wo wir eigentlich was hintun und wo was wie stattfinden soll, damit wir Orte haben, wo die Leute sagen: Ich möchte gern hier auf der Bank

sitzen, und wenn da der ›Lustgarten‹ ist, dann kann da die Prostitution stattfinden, aber zusammen auf der Bank ist es irgendwie schlecht.« Eine klare räumliche Trennung, die alle miteinbezieht, könnte weiterhelfen. Darüber hinaus geht es aber auch darum Begegnungen zu ermöglichen. Man geht sich sonst aus dem Weg. Das ist eigentlich schade. Es wäre gut, wenn man sagen würde: »Hier arbeiten die Frauen und hier wohnen die Anderen, und dann gibt es vielleicht auch einen Raum, wo man sich auch mal miteinander anders befassen könnte.«

Andrej Holm: Das klingt alles sehr vernünftig, aber in der Praxis ist es sicher ganz schön kompliziert. Sind denn konkrete Lösungen vorgeschlagen worden?

Christiane Howe: Ja, es gab zum Beispiel die Idee mit dem LSD, also dort ein Laufhaus einzurichten. Das kam aber bei ungefähr der Hälfte der Bevölkerung vor Ort, gar nicht gut an. Da knallten die Emotionen durch, ohne dass einer nochmal drei Takte nachdachte. Da ging es nicht mehr sachlich zu. In Zürich gab es eine sehr ähnliche Diskussion rund um den Straßenstrich im »Sihlquai«. Dort wurden auf einem »Strichplatz« sog. Autoboxen aufgestellt, im Amtsdeutsch Verrichtungsboxen, in denen die sexuelle Dienstleistung verrichtet wird. Die Anwohner_innen hier haben sie »Poppboxen« genannt und wir nennen sie »Sexboxen«. Was ich so gut fand, war, dass es die Überlegung gab und dann der Stadtrat dazu interviewt wurde. Es gab eine Diskussion und das Modell wurde vorgestellt, zwar immer mit einem leichten Grinsen im Gesicht, aber schon sehr ernsthaft. Natürlich wurde gefragt, ob man denn glaube, dass das funktionieren würde. Und die Antwort war, dass man das nicht so ganz genau wisse, aber solange man es nicht ausprobieren werde man es nie wissen. Obwohl sie dort im Gegensatz zu Berlin ja eine Sperrgebietsverordnung haben. Und da ist der Unterschied. Hier in Deutschland sagt man nicht: Es könnte klappen und wir probieren das mal, und wenn es nicht klappt, können wir immer noch etwas anderes überlegen. In Deutschland macht man Planungskonzepte und hier würden diese Dinge höchstwahrscheinlich erst gebaut werden, wenn man sich hundertprozentig sicher wäre, dass sie etwas bringen, weil es sonst jemanden den Kopf kosten könnte und man einen Fehler gemacht haben könnte. Der Punkt ist aber, dass viele der Anwohner_innen, die sich jetzt näher mit dem Thema beschäftigen haben, sagen: »Unter dem Bülowbogen, da wo die Commerzbank ist, da sind Parkplätze und oben fährt die U-Bahn. Was spricht denn dage-

gen, da unten zehn Sexboxen als ein Angebot an die Frauen hinzustellen?« Dann müssten sie nicht mehr in die ruhigen, abgelegenen Seitenstraßen gehen. Und es wäre für die Frauen ein guter, weil nicht für alle einsehbarer Ort, und man könnte mit ihnen zusammenarbeiten, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. Was spricht denn dagegen? In Berlin geht das so oder so nur als Angebot, da es hier keine Sperrgebiets- und Sperrzeitenverordnungen gibt, d.h. es ist ordnungsrechtlich nicht steuerbar. Von daher müsste es gemeinsam ausgehandelt werden. Das ist eine Riesen-Chance, und es wäre ein echter Schritt nach vorne. Aber wenn die Stadträtin sich jetzt hinstellen und sagen würde: Wir stellen da jetzt »Poppboxen« hin, was würde passieren? Die Frage ist, wie kriegst du in so einer emotional aufgeladenen Geschichte einen vernünftigen Diskurs durchgesetzt? Das ist total schwer.

Andrej Holm: Du hast jetzt viel davon gesprochen, wie die Politik und die Anwohner_innen an diesen Veranstaltungen teilgenommen haben und mitgestalten wollten. Hast du auch ein Feedback von den Frauen bekommen? Wie finden sie es, dass ihr Arbeitsumfeld so breit diskutiert wird?

Christiane Howe: Zum einen kriegen sie das wenig mit, weil sie ja nicht direkt dran beteiligt sind. Wenn dann nur über Olga, ein Frauentreff und Kontaktladen für drogenabhängige und sich prostituierende Frauen an der Kurfürstenstraße. Ich habe über Olga, im Vorfeld zur Akteursanalyse, mit ca. zehn Frauen gesprochen. Darunter waren auch Frauen aus der Ukraine und Polen, also mit Migrationshintergrund. Die Mitarbeiterinnen von Olga haben sie ausgewählt, weil die Frauen aus sehr verschiedenen Kontexten kommen. Es gibt zum Beispiel auch Drogen konsumierende Frauen, bei denen ein Interview eher schwierig wäre. Deutlich geworden ist aber bei den meisten Gesprächen: Die Frauen finden es auch nicht toll, in irgendwelche Seitenstraßen gehen zu müssen, und haben auch keine Lust ständig zum Ärgernis der Anwohner_innen zu werden. Die können das auch nachvollziehen und ärgern sich oft über ihre eigenen Kolleg_innen. Eine sagte: »Wir sind ja selber schuld, wir verdrecken hier alles und achten nicht drauf und kriegen das manchmal auch nicht geba-cken«. Im Großen und Ganzen unterscheidet sich das nicht von den Einschätzungen der Anwohner_innen und den Inhaber_innen der kleinen Läden. Was ich herzerreißend fand, waren jedoch die Reaktionen auf die Frage, was sie als positiv ansehen würden oder was man positiv verändern könnte. Die haben mich mit einem Gesichtsausdruck angeguckt, der

besagte: Das bin ich ja im Leben noch nicht gefragt worden. Dann kam gar nichts. Und dann habe ich gesagt: »Zum Beispiel steht ihr den ganzen Tag herum. Wäre nicht vielleicht eine Bank mal nett, dann könntet ihr euch mal hinsetzen und ausruhen? Oder vielleicht etwas Überdachtes.« Da schaute eine mich an und sagte: »Das wäre toll.« Sie machen immer nur die Erfahrung verdrängt werden zu sollen, sind Anfeindungen ausgesetzt und kennen nur nicht akzeptiert und nicht gewollt zu werden. Manche sagten: »Ich weiß nicht, ob das helfen würde, vielleicht würden das einige wahrnehmen und andere würden einfach so weitermachen wie bisher. Aber warum nicht?« Wieder andere fanden die Idee vorbehaltlos klasse. Ich denke, man müsste das ausprobieren. Es bleibt ein Experiment.

Andrej Holm: Mediationsverfahren und gemeinsame Workshops zielen ja oft auch Lösungen, die von möglichst vielen getragen und zumindest akzeptiert werden. Gibt es irgendetwas in diesen Konflikten zwischen Nachbarschaft und Sexarbeiter_innen, was so grundlegend ist, dass es sich eigentlich nicht lösen lässt?

Christiane Howe: Was du nicht wegstriegst, ist, dass du in diesem Feld keine Ruhe hast, wie zum Beispiel in einer Seitenstraße in Zehlendorf. An bestimmten urbanen Plätzen in der Stadt gibt es einen gewissen Lärmteppich oder eine bestimmte Art von Lärm. Ich glaube auch, dass bestimmte Störungen nicht komplett auflösbar sind. Die Frage ist nur, welche Haltung du dazu hast. Wenn ich abends schon aggressiv ins Bett gehe und weiß, heute Nacht kreischen wieder die Frauen, und ich wache drei Mal auf, dann schmeiße ich irgendwann wassergefüllte Tüten auf die Frauen, weil ich mir nicht anders zu helfen weiß. Dann ist das negativ behaftet. Klar, wenn ich von »nine to five« arbeite und nachts meinen Schlaf brauche und die Frauen aber vorrangig nachts arbeiten, oder man möchte die Fenster offen haben, was aber nicht geht, weil es Freier und Autos gibt, dann verträgt sich das nicht wirklich, da kann man nicht sagen, dass es kompatibel ist. Man muss versuchen, beiden Seiten gerecht zu werden. So, dass man einigermaßen damit leben kann

Andrej Holm: Und, können alle damit leben?

Christiane Howe: Nein, es gibt ja immer auch die, die sagen: Wenn wir das für die Prostituierten verbessern, dann kommen noch mehr, dann wird es noch viel schlimmer. Richtig deutlich geworden ist das bei der Dis-

kussion über dieses »Laufhaus«. Wenn das eröffnet wird, dann kommen noch viel mehr Prostituierte und Freier. Dann wird alles ganz schlimm hier, das war die größte Befürchtung. Ich frage mich immer, was für eine Angst das eigentlich ist. Das Laufhaus war vorher ein großes Kaufhaus, dahinter ein Parkplatz, davor direkt ein U-Bahneingang. Da gibt es ja ebenfalls Laufpublikum. Die Sexarbeit fände im Haus statt, also gäbe es draußen nicht mehr Prostituierte, sondern tendenziell eher weniger. Sehr wahrscheinlich hätte das nicht viele Auswirkungen. Was also war das Problem? Aus meiner Sicht vor allem die fest verankerte, meist komplett irrierte, aber nicht aus den Köpfen zu bekommende Vorstellung von einer Begleitkriminalität, die damit einherginge. Also die Angst vor sogenannten Menschenhändlern, Zuhältern, vor Drogen und keine Ahnung was. Es ist ein Mix aus modernen Großstadtmythen, Legenden und dem Boulevard-Mist, der sich in die Köpfe gefräst hat. Damit geht die Vorstellung einher, es gäbe einen unermesslichen Zustrom von Kunden, als würden Hunderttausende von Männern kommen. Aber es ist nicht so, dass gleich 300 Freier mehr kommen, nur weil etwa zehn Frauen mehr stehen. Die Grundanzahl von Prostituierten steigt im Sommer geringfügig an und nimmt im Winter ein wenig ab, aber sie pendelt sich ein. Auch die Frauen sagen das: Wenn wir hier zu viele sind, verdiene ich nicht gut, oder im Moment läuft das Geschäft nicht gut und ich überlege, woanders hin zu gehen. Ich weiß gar nicht, was die für eine komische Vorstellung haben. Aber bei solchen Vorstellungen kannst Du argumentativ und kognitiv gar nichts erreichen. Das sind dann die Leute, die komplett dagegen sind. Die wollen das weg haben, egal wohin – an den Stadtrand oder irgendwo in den Wald.

Andrej Holm: Woher kommen solche Stimmungen? Was sind das für Leute?

Christiane Howe: Oft sind es Leute, die das Thema vor allem aus der Presse kennen. Je weiter die Leute wegwohnen, desto größer ist das Problem. Ich habe zum Beispiel auch bei einem Seniorenfrühstück Senioren befragt. Einige haben sich höllisch aufgeregt und beschwert. Das hat teilweise obsessiven Charakter, mit einem Geifer, der gleichzeitig Abwehr, Eckel und Faszination beinhaltet. Da ist schwer ranzukommen. Später erfuhr ich von zwei anderen Senioren, dass die gar nicht aus dem Kiez kamen, sondern auf der andern Seite hinter der Winterfeldstraße wohnen.

Andrej Holm: Heißt das, in der unmittelbaren Nachbarschaft sieht es anders aus?

Christiane Howe: Ja. Zum einen ist der unmittelbare und konkrete Problemdruck mit Lärm und Müll viel größer. Die sagen: Es nervt mich ohne Ende. Die rufen auch regelmäßig beim Ordnungsamt oder der Polizei an. Doch das bringt nichts. Das Problem kann man ordnungsrechtlich nicht in den Griff kriegen. Es ist kein polizeiliches Problem. Zum anderen haben viele Anwohner_innen jede Menge Probleme, die gar nichts mit dem Straßenstrich zu tun haben. Die Mietpreisbindung ist in dem Viertel ja gerade gefallen und viele haben Angst vor Mieterhöhungen. Einige haben wiederum gesagt: Wir sind heilfroh, dass es den Straßenstrich hier gibt. Ich meine, ihr wisst ja, wie sich das dort gerade entwickelt. Der Gleisdreieck-Park wird hergerichtet, in der anliegenden Straße wird alles super edel neu gebaut, und dann hast du im Norden den Potsdamer Platz und das Botschaftsviertel und südwestlich davon den Nollendorfplatz plus hübsche Schulen. Das Straßenprostitutionsviertel liegt wie eine kleine Insel dazwischen. Das wird immer enger. Ohne den Straßenstrich und vielleicht noch die drei lauten Durchgangsstraßen, gäbe ich dem Viertel so wie es jetzt ist keine zehn Jahre mehr.

Andrej Holm: Was müsste denn in Bezug auf die Sexarbeit in Berlin geschehen? Wie würde das Berlin Deiner Wünsche aussehen?

Christiane Howe: Die Vision oder das Berlin meiner Wünsche wäre ein Berlin, in dem Prostitution wirklich als (Klein-)Gewerbe je nach Größe und Betrieb und selbstständige Tätigkeit mitgedacht und eine klare Haltung dazu entwickelt wird. Es geht um Akzeptanz und darum, mit den Menschen, die in dem Bereich arbeiten, ins Gespräch zu kommen und gemeinsam Berührungsängste abzubauen. Ich persönlich fände es toll, wenn Prostitution nicht nur als Gewerbe anerkannt würde, sondern als freier Beruf. Das Problem in Berlin ist, dass es ganz viele sog. Wohnungsbordelle gab und gibt. Die werden dann gerne als (Klein-)Gewerbe eingestuft, was Anbetracht ihrer Größe und Ausstattung Unsinn ist. Das hat mitunter üble Konsequenzen. Denn eigentlich dürfen in den von der Stadt festgelegten Wohn- oder Mischgebieten kein Gewerbe geführt werden. Aber Anwälte, Ärzte, Architekten usw., also die freien Berufe, die dürfen in Wohngebieten natürlich ihre Büros und Praxen haben. Die haben selbstverständlich auch eine gewisse Laufkundschaft, die aber nicht als

störend eingestuft wird. Ähnlich könnte man es mit den Wohnungen handhaben, in denen Prostitution stattfindet. Die Auseinandersetzungen darüber gab es ja schon. Doch man verwahrt sich strikt dagegen. Denn würde Prostitution ähnlich eingestuft, so die Argumentation, dann könnten die sich (wie die Ärzte und Anwälte) ja auch eine Kammer einrichten. Deshalb werden solche Vorschläge abgelehnt. Der städtische Umgang mit dem Thema ist wirr und bräuchte eine klare, akzeptierende Linie. Und ich würde mir wünschen, dass man Sexarbeit viel offener diskutiert. In Zürich zum Beispiel saßen alle zusammen: eine Prostituierte, eine Gegnerin, ein Stadtrat, eine Fürsprecherin, eine Anwohnerin. Sie haben stundenlang debattiert und jetzt gibt es einen Volksentscheid.

Andrej Holm: Davon sind wir in Berlin meilenweit entfernt. Gerade auf der Verwaltungsseite und bei anderen offiziellen Stellen bewegt sich relativ wenig. Siehst du denn Ansätze, die Schwung in solche Debatten bringen könnten?

Christiane Howe: Ich war kürzlich in dem Film der russischen »Wojna« – einer Anarcho-Aktivisten-Truppe. Das waren acht Leute, die nachts Polizeiautos umgeschmissen haben, Milizangehörige in der Metro geküsst und sich bei allen möglichen anderen witzigen Provokationen gefilmt, und die Filme ins Netz gestellt. Das größte Spektakel war ihre Brücken-Aktion. In Petersburg werden nachts bestimmte Brücken hochgezogen. Kurz vor dem Öffnen der Brücke haben sie mit ihren Farbtöpfen die Absperrung überwunden. Dann ging die Brücke hoch und ein riesiger erigierter Penis prangte über der Stadt – direkt gegenüber der örtlichen Geheimdienstzentrale. Die Brücke stand die ganze Nacht offen, niemand kam heran, aber die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer und halb Russland lachte sich schlapp. Sie haben das aktivistisch-politisch gestaltet. In dem Sinne: Ich werfe mal irgendwo etwas hin und alles tanzt. Das war intelligent gemacht. Solche gut durchdachten Aktionen, die die Leute zum Nachdenken oder auch zum Lachen bringen, ihnen einen Spiegel vorhalten, die bräuchten wir im Bereich der Prostitution – auch gerne mit den Frauen zusammen. Nach meiner Einschätzung wird es immer wichtiger, diesen herrschenden medialen Diskurs zu stören, ihn zu irritieren. Ich finde den öffentlich medialen Diskurs über dieses Thema, so wie er läuft, wirklich zum kotzen. Gerade die Boulevardpresse und Regionalzeitungen tragen dafür eine große Verantwortung. Das müsste man stören, und zwar richtig intelligent stören.

Andrej Holm: Siehst Du in Berlin Ansätze für solche Proteste?

Christiane Howe: Im Bereich Sexarbeit nicht wirklich, nein. Mit diesen Sexboxen ist es schwierig. Die kann man nicht aufstellen und mal eine Nacht laufen lassen, weil da nichts in Gang käme. Wenigstens gab es Ideen für eine andere Verkehrsführung. Das müsste man mit den Prostituierten nochmal richtig gut durchsprechen und dann einfach Schilder aufstellen. So was in der Art fände ich gut. Erstens macht das Spaß und zweitens muss man richtig gut nachdenken und brüten. Man braucht keine große Bewegung im Sinne einer Demonstration, um so etwas zu organisieren, aber es könnte trotzdem eine nachhaltige Wirkung auf den Diskurs haben.

Andrej Holm: Hast du eine Erklärung dafür, warum in Berlin, wo es zu fast allen Themen irgendwelche Bewegungen und ein großes Mobilisierungspotenzial gibt, das Thema Sexarbeit nicht ankommt?

Christiane Howe: Das Thema Sexarbeit müsste an einen bestimmten Diskurs angedockt werden oder an etwas, wo schon etwas passiert. In Hamburg geht das zusammen mit dem »Recht auf Straße«, dem »Recht auf Stadt«. Dort scheinen sie es geschafft zu haben, das Thema mit dem feministisch-queeren Diskurs zusammenzubringen. Das Problem ist, dass sich auch Leute, die in feministisch-queeren Kreisen arbeiten, schwer damit tun. Weil man nicht wegdiskutieren kann, dass es darin einen hierarchisierenden Anteil und Gewalt gibt. Das macht es schwer, sich zu einfach so zu solidarisieren. Hinzu kommt, dass manche Prostituierte eben auch ganz bieder sind. Man muss nicht denken, nur weil Frauen oder Männer in der Sexarbeit arbeiten, seien sie total reflektierte Leute. Das sind zum Teil auch ganz biedere, spießige Hausfrauen, deren Vision sich in einem Haus im Grünen am Stadtrand erschöpft.

Andrej Holm: Die Leute lassen sich also nicht so leicht mobilisieren, weil es nicht das eigene Milieu ist?

Christiane Howe: Ja das eigene Milieu. Oft begrenzt es uns – nicht nur in der Mobilisierungskraft, sondern auch in den Gedanken, die man sich macht. Schön wäre es, wenn möglichst oft, möglichst viele und möglichst unterschiedliche Leute zusammenfinden würden. Ich glaube, da kommen die besten Ideen heraus. Weil nur »spontiphile« Aktionen reichen

nicht. Weil man dann in bestimmten Ecken, Gruppen und Kreisen verbleibt. Das zu öffnen, auch im eigenen Kopf, finde ich sehr wichtig. Aber das verlangt viel von jeder und jedem von uns. Und oft genug ist es auch super anstrengend. Aber darin liegen für mich die nachhaltigsten Veränderungspotentiale.

Community Organizing – Zwischen Bürgerplattform und revolutionärer Perspektive¹

Von Robert Maruschke

Die aktuelle Berliner Stadtentwicklung besteht hauptsächlich aus ökonomischen Aufwertungsprozessen, die einen massiven Umverteilungseffekt zur Folge haben. Der Großteil der Bevölkerung sichert über steigende Mieten und Preise der kollektiven Güter den Profit einiger Weniger. Neoliberale Stadtpolitik bedeutet in Berlin: Profit sowie Immobilien in »Top-Lagen« für die Einen, Verdrängung und Repression für die Anderen. Auf diese extreme Schiefelage machen stadtpolitische Initiativen aufmerksam.

Der Protest folgt dabei unterschiedlichen Organisationsformen. So organisieren sich bspw. Mieter_innen aus Alt-Treptow in der Initiative »Karla Pappel« und konfrontieren regelmäßig die Entscheidungsträger_innen und Profiteur_innen der Aufwertung mit ihren Machenschaften. Auch andere Initiativen und Hausgemeinschaften trotzen auf vielfältige Weise den Prozessen der Verdrängung. Sie sabotieren Wohnungsbegehungen, protestieren und klagen gemeinsam, schaffen Öffentlichkeit und verteidigen so ihren Platz in ihrem Kiez. Stadtteilgruppen stören offizielle Veranstaltungen der Regierungsparteien und verweisen auf deren ideologische sowie konkrete Verbindungen zum profitorientierten Wohnungsmarkt. Sie fordern Berlins Mieter_innen auf, sich »selbst zu organisieren, um [ihre] Forderung nach Wohnraum für alle und überall in der Stadt« Wirklichkeit werden zu lassen (Organisierte Mieter_innen und Stadtteilgruppen 2011). Bei den Basisorganisationen der Bevölkerung scheint demnach die Unabhängigkeit von Parteien zumindest theoretisch einen Minimalkonsens darzustellen.

Die diversen Akteur_innen außerparlamentarischer Politik geraten dabei nicht selten in Konflikt mit den Mitbestimmungsgremien der Bezirke. Dass diese in erster Linie eingerichtet wurden, um die Proteste in Form und Inhalt kontrollierbar zu machen, mussten Mieterinitiativen, autonome Hausprojekte, Künstlerkollektive und Stadtteilläden in schmerzhaften Prozessen erfahren. Die Inszenierung demokratischer Partizipation dient letztlich der Legitimation schon getroffener Entschei-

1 Der Text wurde 2012 geschrieben, nachfolgende Entwicklungen wurden nicht berücksichtigt.

dungen. So war es für die anstehende Räumung der Liebigstraße 14 unerheblich, ob der Bezirksbürgermeister am Runden Tisch sagte, er wolle das Hausprojekt unterstützen. Auch macht es für die Ausgestaltung der Stadtpolitik keinen Unterschied, ob 87 % der Wähler_innen die Kommerzialisierung des Spreeufers in einem Bürgerentscheid ablehnen oder ob in Beteiligungsverfahren zur Sanierung des Kiezes die Wut der Mieter_innen angehört wird. Durch diese und andere Enttäuschungen ist an vielen Stellen die Einsicht eingekehrt, dass emanzipatorische Veränderungen der Stadtpolitik nur durch politischen Druck erzwungen und nicht an Runden Tischen verhandelt werden können.

Community Organizing – als Sammelbegriff für ein breites Spektrum stadtteilbezogener Organisationsansätze – ist in diesem Zusammenhang ein interessantes Untersuchungsfeld, weil es verspricht, politischen Druck für gesellschaftliche Veränderungen durch Basisorganisation aufbauen zu können. Ein Angestellter des Deutschen Instituts für Community Organizing (DICO) formuliert dies mit den Worten »Unsere Agenda ist Power« (Jancke 2011). Gleichzeitig wird Community Organizing kritisiert, da es Konzepte der neoliberalen Stadtpolitik übernimmt und abseits staatlicher Institutionen umsetzt. Community Organizing befindet sich also im Spannungsfeld zwischen systemaffirmativer Partizipation und revolutionärer Organisation der lokalen Bevölkerung.

Diese verschiedenen politischen Bewertungen finden sich auch in innerlinken stadtpolitischen Diskussionen wieder. Geht es um die Grundlagen des Community Organizings, kommen die beiden linksradikalen bundesdeutschen Veröffentlichungen zu dem Schluss, dass Community Organizing ein sinnvoller Ansatz sei, der die Gesellschaft dadurch verändere,

»... dass unterschiedliche Menschen miteinander kommunizieren, ein gemeinsames Programm entwickeln und es gemeinsam durchsetzen« (FelS 2011: 16).

»das Organizing-Konzept tatsächliche Verbesserungen für größere Teile der ›SlumbewohnerInnen‹ in den USA [mit sich brachte]« (Rand-Notizen 2012: 19).

Die aktuellen Community-Organizing-Projekte des DICO (Deutsches Institut für Community Organizing), also die Berliner Bürgerplattformen in Schöneweide, Wedding/Moabit und Neukölln, werden von einigen lin-

ken Akteur_innen durchaus positiv bewertet. So seien die Bürgerplattformen sozialen Bewegungen z. B. in der Einbindung marginalisierter Bevölkerungsteile weit voraus (vgl. Grell 2011). Die Berliner Mietergemeinschaft stellt für die Neuköllner Bürgerplattform hingegen fest, dass in einem »so harmonisch komponierten wirtschaftlich-religiösen Komplex«, grundsätzliche politische Fragen, wie die der »betrieblichen Mitbestimmung« oder des »Mindestlohns« nicht gestellt würden (vgl. Oellerich 2012: 14). Auch die Stadtteilzeitung RandNotizen aus dem Neuköllner Schillerkiez sieht die Bürgerplattformen als:

»Teil der Verwaltungsstrukturen, die die Zerschlagung der bestehenden sozialen Sicherungssysteme unterstützen soll. [...] Angesichts der sich verschärfenden Krise mit hoher Arbeitslosigkeit, Verarmung und Verdrängung stellen Bürgerplattformen keine Form der Organisation des Widerstandes gegen die sozialen Angriffe dar« (Randnotizen 2012: 20).

Diese unterschiedlichen Bewertungen der Berliner Bürgerplattformen in linken Debatten und die ansonsten unkritische Bezugnahme auf das Konzept des Community Organizings sollen in diesem Artikel untersucht werden. Dazu habe ich im Jahr 2012 mehrere Interviews mit Beteiligten der Bürgerplattform Wedding/Moabit geführt und die Veröffentlichungen der Bürgerplattform systematisch ausgewertet. Die entscheidende Frage lautet, ob die Bürgerplattform Wedding/Moabit den städtischen Neoliberalismus mit all seinen sozialen Verwerfungen unterstützt oder ob sie das Potenzial hat, eine emanzipatorische Transformation der Gesellschaft zu erkämpfen. Nach der Darstellung der Untersuchungsergebnisse werden diese mit einem Blick auf die theoretische Debatte in den USA und der BRD eingeordnet. Abschließend werden mögliche strategische Konsequenzen für die emanzipatorische politische Praxis formuliert und dabei auf die Potenziale eines revolutionären bzw. transformativen Community Organizings hingewiesen.

Die Bürgerplattform Wedding/Moabit – Eine Analyse

Wenn in Berlin von Community Organizing gesprochen wird, ist fast immer eine Bürgerplattform des DICO gemeint. Das Institut ist an die Katholische Hochschule für Sozialwesen angeschlossen und wird vom amerikanischen Professor Leo Penta geführt, der seine Community-Organizing-Erfahrungen in New York sammelte. In einer Selbstdarstellung des DICO heißt es bezüglich der drei Bürgerplattformen in Schöneweide,

Wedding/Moabit und Neukölln werde »Demokratie erlebbar gemacht« (Bürgerplattform Wedding/Moabit 2012). Bürger_innen schlossen sich über ethnische, religiöse und soziale Grenzen hinweg zusammen und verhandeln als

»[...] organisierte Zivilgesellschaft hartnäckig mit den Machthabern. [...] So werden aus ›normalen BürgerInnen‹ kompetente Mitgestalter, die auf Augenhöhe mit Entscheidungsträgern die Lebensbedingungen in unseren Stadtteilen verbessern« (ebd.).

Ob mit der Transformation der Bürgerin zur Mitgestalterin auch eine Transformation der neoliberalen zur solidarischen Stadtpolitik angestoßen wird, soll nachfolgend untersucht werden.

Die Bürgerplattform Wedding/Moabit wurde im Herbst 2008 gegründet und setzt sich aus ca. 33 Organisationen zusammen. Vertreter_innen von Kirchengemeinden, Moscheegemeinden, Kulturvereinen, Obdachloseneinrichtungen, Jugendclubs, Kindergärten etc. werden durch ein bis zwei festangestellte Organizer_innen angeleitet, sich im politischen Geschehen des Bezirks einzumischen. Erklärtes Ziel ist es, einen Austausch zwischen den beteiligten Gruppen herzustellen und so dauerhafte soziale Beziehungen aufzubauen. Gleichzeitig sollen die Lebensbedingungen im Stadtteil verbessert werden. Bei der Zusammensetzung der Bürgerplattform wurde darauf geachtet, dass die Einzelorganisationen unterschiedlicher ethnischer, sozialer oder ökonomischer Herkunft sind. Daher ist die zu organisierende Vielfalt ein Schlüsselbegriff der Selbstdarstellung. Einmal jährlich kommen Vertreter_innen der Bürgerplattform zu Vollversammlungen zusammen. Alle sechs bis acht Wochen treffen sich die Arbeitsgruppen zu den einzelnen Themen. Im gleichen Zeitrahmen trifft sich der Kernkreis, um strategische und langfristige Absprachen zu vereinbaren. Die Vertreter_innen der Einzelorganisationen beteiligen sich auf freiwilliger Basis, nur die Organizer_innen werden bezahlt. Das Jahresbudget beträgt dennoch 100.000 Euro, wovon 75 % von Unternehmen (BMW, Bayer, Degewo u. a.) gespendet und der Rest über Mitgliedsbeiträge von bis zu 500 Euro pro Organisation eingeholt wird.

Die Bürgerplattform arbeitet zu drei politischen Themen, die mit »Jobcenter«, »Bildung« und »Öffentlicher Raum« überschrieben sind. Sie wurden auf Themenfindungsworkshops herausgefiltert. Dort und in anderen Diskussionen wurde die Entscheidungsfindung von vornherein sehr stark eingeschränkt. Grundsätzliche politische Positionierungen

der Bürgerplattform z. B. zu neoliberaler Stadtpolitik soll es nicht geben. Dieser *verordnete Pragmatismus* (Interview 1) wurde in allen Interviews bestätigt und verweist auf die im Selbstverständnis angelegten Ausschlussprozesse:

»Aber es wird ganz klar alles wegzensiert, weggedrückt, was über die Möglichkeiten geht« (Interview 1).

Neben der inhaltlichen gibt es auch eine strategische Beschränkung. Es wird auf überregionale Bündnisse oder andere Kooperationen mit politischen Organisationen verzichtet:

»Das ist typisch, das ist mir schon aufgefallen. Man macht eigentlich keine Bündnisse mit anderen Organisationen oder gar mit sozialen Bewegungen. Das heißt dann auch immer eher, das ist unser Konzept. Das wird gar nicht weiter begründet. Man legt sehr viel Wert drauf, dass man sozusagen sein eigenes Ding macht« (Interview 1).

Es liegt hier der Schluss nahe, dass die Weigerung Bündnisse einzugehen, umfassendere und grundsätzliche politische Ziele unerreichbar macht.

Der öffentliche Diskurs – wenn auch stark vom DICO gesteuert – betont hingegen die emanzipatorische Kraft der organisierten Vielfalt der Bürgerplattform. Diese Behauptung sollte kritisch hinterfragt werden, denn die Situation ist für viele Beteiligte äußerst prekär. Gesamtgesellschaftlich sind sie marginalisiert und werden kapitalistisch und/oder rassistisch diskriminiert (vgl. Interview 2 und 3). Die Möglichkeiten sich zu beteiligen, gehört zu werden und mitzubestimmen, sind sehr begrenzt. An dieser Stelle bricht die Bürgerplattform mit der institutionalisierten Stadtpolitik und integriert Menschen, die vorher zwar an politische Entscheidungsprozesse angeschlossen waren, aber nicht an ihnen teilgenommen haben:

»Politische Integration ist kein Konzept das die Politik umsetzen kann. Es gibt ein Integrationskonzept. Aber wie setzt man dieses um? Ich habe sehr guten Kontakt zu Herr Piening, dem Integrationsbeauftragten (des Landes Berlin, RM). Wir haben auch mehrere Projekte gemacht. [...] Aber konkret, wie wird Integrationspolitik gemacht? Das ist nicht klar. Die Bürgerplattform als Idee hat uns deshalb indirekt in eine deutsche Gesellschaft gebracht« (Interview 3).

Eine andere Person argumentiert mit Blick auf die Angehörigen der Opfer des Terrors des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) ähnlich:

»Und eine aus Nürnberg hat gesagt, sie fühlt sich in Deutschland nicht mehr wohl, weil sie nicht weiß, ob sie angenommen wird. Und ich würde ihr raten, mal bei der Bürgerplattform vorbeizukommen, weil da findet das statt, Integration. Da findet das statt. [...] Das ist ganz was Wichtiges, dass man also miteinander was macht und nicht gegeneinander« (Interview 2).

Die Einbindung marginalisierter Bevölkerungsgruppen ist eine wichtige Leistung, die hier nicht geschmälert werden soll. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der gesellschaftlich verankerten rassistischen Vorurteile gegenüber den an den Bürgerplattformen beteiligten Gruppen. Es stellt sich aber die Frage, in welche Prozesse und mit welchen politischen Zielen die Menschen integriert werden.

Am Beispiel der Aktivitäten zum Jobcenter Mitte und der Beteiligung an der Umstrukturierung des Leopoldplatzes in Wedding, wird die ambivalente Funktion der Bürgerplattform deutlich. Es können dabei vier Prinzipien der Bürgerplattform herausgestellt werden:

1. Die Orientierung an der Optimierung des Verwaltungshandelns statt struktureller Gesellschaftskritik.
2. Die kleinteilige Projektarbeit mit dem Effekt der Entpolitisierung von Stadtentwicklungsfragen.
3. Die Entwicklung und Durchsetzung neoliberaler Kontroll- und Ausgrenzungsstrategien im Namen der Allgemeinheit.
4. Eine Legitimation neoliberaler Programme durch neue Beteiligungsformen.

**»Da werden ein paar Brocken hingeworfen« –
Stadtpolitik hat keine Struktur**

Am Beispiel ihrer Position zur sogenannten AV Wohnen² zeigt sich, dass die von der Bürgerplattform organisierte Vielfalt in jeglicher Hinsicht in

2 Die AV Wohnen sind die Ausführungsvorschriften zur Gewährung von Leistungen gemäß § 22 SGB II und §§ 29 und 34 SGB XII, die u. a. die Höhe der zulässigen Gesamtkosten der Wohnung und Heizung des ALG II regeln. Die AV Wohnen ist im Wortlaut zu finden unter: http://www.berlin.de/sen/soziales/berliner-sozialrecht/land/av/av_wohnen.html.

neoliberale stadtpolitische Argumentationen eingebunden wird. Beim Thema »Jobcenter« bearbeitet die Bürgerplattform mit der AV Wohnen ein zentrales sozial- und stadtpolitisches Thema. Strukturelle Forderungen wurden dennoch nicht erhoben. Ein Beteiligter erinnert sich:

»Also, wir sind ja alle gut dressierte Schafe in dieser Gesellschaft. Und von daher war die Autorität der Organizer natürlich sehr mächtig. Und es war immer ganz klar, dass wir jetzt über die Höhe vom ALG II nicht diskutieren. Das ist außerhalb von unserem Möglickeitsbereich. Das war immer klar. Worüber dann wieder diskutiert wird, ist die AV Wohnen« (Interview 1).

Der Vorschlag der Bürgerplattform zur AV Wohnen sieht vor, dass steigende Mieten vom Jobcenter übernommen werden. Diese kurzfristig wichtige Forderung wird jedoch dadurch getrübt, dass die Bürgerplattform nicht die sie finanzierenden Wohnungsbaugesellschaften auffordert, niedrigere Mieten zu verlangen. Dies würde der Mietsteigerungsdynamik entgegenwirken und das Bedürfnis nach Wohnraum über das des Profits stellen. Solche an strukturellen Fragen orientierten Forderungen sind durch den unpolitischen Charakter der Bürgerplattform jedoch nicht möglich (vgl. Interview 2). Die fehlende Thematisierung grundsätzlicher Probleme wird von verschiedenen Beteiligten kritisiert, auch von jemandem, der sich nur kurz an der Bürgerplattform beteiligte:

»Da werden ein paar Brocken hingeworfen, ja wir haben Erfolg und schon sind die Bürger happy. Die wirklich wahren Probleme sehen die doch gar nicht« (Interview 5).

Es geht vorrangig darum, Verwaltungshandeln zu optimieren. So hat sich die Bürgerplattform zwar dem Thema Jobcenter angenommen, doch setzte es sich nicht mit dem repressiven Alltag im Jobcenter, mit der Höhe der Regelsätze oder der gesellschaftlichen Funktion von Hartz IV auseinander. Stattdessen forderte die Bürgerplattform eine kostenlose Hotline und mehr Angestellte für das zuständige Jobcenter. In diesem Zusammenhang schätzt ein Aktiver die politische Reichweite der Bürgerplattform durchaus realistisch ein:

»Es ist das Spiel, das wir eigentlich auch ohne die Bürgerplattform schon im Quartiersmanagementprozess seit 2000 spielen. [...] Das

heißt, Bürger beraten die Verwaltung. Und die Verwaltung ist zurzeit nicht völlig beratungsresistent. [...] Man muss die nur irgendwie in die Kanäle kriegen. [...] Ja, dafür ist die Bürgerplattform ein ganz gutes Instrument« (Interview 1).

Grundsätzliche Fragen, wie die der gesellschaftlichen Ausgrenzung werden daher nicht gestellt. Auf eine Einordnung der AV Wohnen in den Kontext der neoliberalen Berliner Stadtpolitik wird explizit verzichtet:

»Darauf [auf neoliberale Stadtpolitik] wird sich nicht bezogen. Also es ist sozusagen so ein Ansatz: Wir wollen hier leben. Und wir wollen etwas für unseren Kiez tun« (Interview 2).

Ein anderer Interviewpartner sieht die Gefahr, dass durch die Arbeit der Bürgerplattform die angestaute Wut über die Verhältnisse aufgefangen werden soll:

»Ist es wirklich Partizipation oder ist es Beschäftigung von Aktivisten, deren Energie man abzuleiten versucht? [...] Wenn sich einer aufregt, muss man vor allem dafür sorgen, dass er sich wieder abregt. Und das kann man am besten, indem man seinen emotionalen Impuls in irgendeinen Kanal schickt, in dem er dann versickert« (Interview 1).

In diesem Zitat ist die Stoßrichtung der hier formulierten Kritik angedeutet: Das Handeln der Bürgerplattform ist auf die Nicht-Thematisierung der Grundsätze neoliberaler Politik ausgerichtet. Dies bewirkt bei den Beteiligten in erster Linie eine Akzeptanz der neoliberalen Stadt- und Sozialpolitik. Ferner werden kritisch eingestellte Personen in kleinteiligen Analysen und Auseinandersetzungen eingebunden. An grundsätzlichen Fragen orientiertes politisches Handeln wird somit auch für die Personen unmöglich, die dieses eigentlich anstreben. Die Bürgerplattform schließt damit emanzipatorische Positionen aus der Diskussion aus. Gleichzeitig integriert sie kritische Inhalte in einen technischen Diskurs zum Verwaltungshandeln.

Das Aufwertungsprojekt Leopoldplatz – »Gentrifizierung wird hier nicht durchschlagen«

Ein weiteres Beispiel dieser Kritik ist die Aufwertung des Leopoldplatzes in Wedding. Der Platz wird seit Jahren als problematischer Ort bezeich-

net. Lokale Medien, die Bezirkspolitik und die Verwaltung überbieten sich mit Horrormeldungen. Trinker-Horden, Drogen-Junkies, Spritzen und Gewalt dominierten zeitweise das öffentliche Bild des Platzes. Die BZ fordert im üblichen Jargon, dass »wir der Verwahrlosung auf dem Leopoldplatz nicht länger zusehen dürfen« (Schupelius 2009). Polizeirazzien sind an der Tagesordnung, während sich gleichzeitig diverse Partizipationsgremien des Bezirks mit diesem Thema befassen. Der Runde Tisch »Leopoldplatz«, die Stadtteilvertretung und die Bürgerplattform sind ein integraler Teil des Aufwertungsprojekts Leopoldplatz.

Die Aufwertung wird seit dem Jahr 2008 durch das Stadtentwicklungsprogramm »Aktive Stadtzentren« strukturiert. Als Partnerprogramm zum Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt« soll es die ökonomische Aufwertung der Städte vorantreiben. Die Konzentration auf wirtschaftliche Entwicklungsfaktoren ist ein zentrales Merkmal neoliberaler Stadtpolitik und befördert Gentrifizierungsprozesse, also die großflächige Verdrängung einkommensschwacher Bevölkerungsteile aus ihrem Kiez.

Wie von dem kritischen Geographen David Harvey (2008) für unternehmerische Stadtpolitik im Allgemeinen festgestellt, ist auch bei der Aufwertung der Müllerstraße und des Leopoldplatzes das Recht auf Profit sozialen Rechten übergeordnet. Diese ökonomischen Imperative werden durch das zuständige Bezirksamt Berlin-Mitte in diversen Publikationen aufgenommen und verstärkt:

»Ziel ist die Müllerstraße als attraktives, wirtschaftliches Zentrum zu stärken, neue Potentiale durch Mitwirkung und Partnerschaften vor Ort zu erschließen und sie gleichzeitig als Ort des Wohnens, der Bildung, Kultur und der Freizeit für die Bewohnerinnen und Bewohner zu erhalten und weiterzuentwickeln« (Bezirksamt Berlin-Mitte 2010: 1).

Trotz dieser unverhohlenen Aufwertungsorientierung hat sich die Bürgerplattform auf die Einladung zur »Mitwirkung« eingelassen und sich als »Partnerschaft vor Ort« einbeziehen lassen. Ein zentrales Anliegen dieses Engagements war die letztendlich erfolgreiche Einsetzung eines Platzmanagements für den Leopoldplatz, um die zu erwartenden Nutzungs- und Interessenkonflikte zu moderieren. Darüber hinaus wurden die Trinker_innen am Leopoldplatz in einen halbummauerten und weniger zentral gelegenen Aufenthaltsort verdrängt.

Sich an diesem Prozess der ökonomischen Aufwertung unkritisch zu beteiligen, bedeutet nichts anderes, als selbst neoliberale Stadtpolitik

zu betreiben. Die Gefahr der Verdrängung einkommensschwacher Menschen durch Aufwertungsprozesse wird in der Bürgerplattform nicht diskutiert, obwohl einzelne Personen darauf hinweisen. Ein Gesprächspartner bringt seine Befürchtungen auf den Punkt:

»[...] dass die Leute, die sich für einen lebenswerten Wedding einsetzen, sich dann für ein lebenswertes Spandau oder Marzahn einsetzen müssen« (Interview 2).

»Ich hab Gentrifizierung angesprochen, aber das wurde immer so, na ja das wird hier nicht so durchschlagen [abgetan]« (Interview 2).

Es wird deutlich, dass eine konsequent an Einzelthemen ausgerichtete Analyse, emanzipatorische Positionierungen verhindert und neoliberale politische Forderungen stärkt. Die Bürgerplattform verweigert aktiv eine strukturelle Analyse der Probleme, wie hier der Gentrifizierung. Sie reproduziert so die Perspektive von »Wohnraum als Ware«, mit der Profit erwirtschaftet werden soll. Von der Bürgerplattform wird ignoriert, dass ökonomische Aufwertung vor allem Mietsteigerungen und Verdrängung zur Folge hat und dass dies viele Menschen betrifft, die auch in den Mitgliedsorganisationen der Bürgerplattform organisiert sind.

Wie schon bei der Forderung zur AV Wohnen, bewirkt diese politische Praxis der Bürgerplattform im besten Fall eine kleinteilige Verschiebung innerhalb der verwertungsfreundlichen Stadtpolitik.

Für die Umstrukturierung am Leopoldplatz waren diese kleinen Erfolge aus Sicht der Betroffenen jedoch essentiell. Innerhalb der Bürgerplattform und in anderen Gremien des Bezirks waren viele der Beteiligten für eine Vertreibung der Wohnungslosen und Drogenkonsument_innen. Die energische Intervention einer Person hat dann zu einem Kompromiss innerhalb der Bürgerplattform geführt:

»Dann hab ich mich einfach zu Wort gemeldet, dann zum Schluss. Ich hab die erzählen lassen. [...] Ich hab dann gesagt: ›Na sagt mal, meint ihr, wenn die weg sind, sind die Probleme weg? Meint ihr wenn die weg sind, sind das plötzlich andere Leute?‹ Dann hab ich so ein kleines Pamphlet verfasst über wohnungslose Menschen. Dass also wenn jemand suchtkrank ist, das nichts mit wohnungslos zu tun hat, sondern mit anderen Sachen. Und wenn jemand suchtkrank ist, ist er suchtkrank. Egal ob er eine Wohnung hat oder nicht. Man sieht es nur eher.

[...] Und das hat dann den kleinen Kick gebracht, dass man eben versucht, die nicht zu vertreiben« (Interview 2).

Für die Betroffenen selbst stellt sich die Situation dann wie folgt dar:

»Dann heißt es also, gut, ihr sollt vertrieben werden. Aber wenn ihr bestimmte Sachen macht, dann könnt ihr bleiben. [...] Man hat sie einfach immer weggeschucht, und dann immer wieder woanders. Und natürlich haben Menschen die da wohnen auch ein Anrecht auf Ruhe. Und natürlich ist man, auch wenn man ein normaler bürgerlicher Mensch ist, irgendwann laut und fröhlich, oder wenn es einem sehr schlecht geht. Aber wenn es in bestimmten Grenzen ist, und nicht jeden Tag ist. Und wenn man merkt, man hat selber was davon. Nämlich, dass das Wohnzimmer einem erhalten bleibt. Dann haben sie etwas für sich gewonnen. Und dann kann man auch sozusagen kleine Anforderungen stellen: Ok, ihr seid hier für diesen Platz und die Sauberkeit und so verantwortlich. Und das hat jetzt auch so ein Straßensozialarbeiter gemacht« (Interview 2).

Die Verdrängung der Drogenkonsument_innen wurde am Leopoldplatz durch die Intervention Einzelner und im weiteren politischen Prozess durch die Arbeit der Bürgerplattform gesteuert. Die Betroffenen mussten auf die andere Seite des Leopoldplatzes in ein eingemauertes Gebiet umziehen. Die Einschätzung dieser Lösung durch die Interviewpartner geht hier auseinander. Einer findet die aktuelle Lösung, vor allem aus der Perspektive der von ihm betreuten Jugendlichen sehr gut:

»Aber im Sommer sitzen die alle da und das ist viel besser für den Leopoldplatz« (Interview 4).

Ein anderer betrachtet die Lösung als alternativlos, da sonst nur die Verreibung der Suchtkranken bliebe (vgl. Interview 2). Aus Sicht der Person, die sich gegen die Mitarbeit in der Bürgerplattform entschieden hat, wird die Problematik von der Bürgerplattform aus Profilierungsgründen stark dramatisiert (vgl. Interview 5). Ferner habe die jetzige Lösung nur zum Ziel, die Drogenkonsument_innen besser kontrollieren zu können. Es bestehe auch die Gefahr, dass durch die permanenten Aufwertungsmaßnahmen, der jetzige Kompromiss aufgekündigt wird und die Menschen doch vertrieben werden (vgl. Interview 2).

Hier wird deutlich, dass der Handlungsrahmen sehr eng ist, wenn neoliberale Entwicklungsziele grundsätzlich akzeptiert werden. Mit der Prämisse ökonomischer Aufwertung lässt die Wahl zwischen kleinräumiger Verdrängung und stärkerer Kontrolle auf der einen und Vertreibung auf der anderen Seite keine emanzipatorische Entscheidung zu. Die Aufwertung des Gebietes um den Leopoldplatz hat mit massiven Mietsteigerungen auch für die Menschen negative Folgen, die die Verdrängung der Suchtkranken eigentlich befürworten. Mit deren Verdrängung aus dem öffentlichen Raum geht dann eine großflächige Verdrängung aus den Wohnungen einher. Die Bürgerplattform hat aber nicht nur neue Strategien der Verdrängung, sondern auch neue Formen der Kontrolle des öffentlichen Raums mitinitiiert.

Neue Kontroll- und Aufwertungsstrategien

»gegen Hundekot, Junkies, Roma und soziales Elend«

Neben der Ent-Thematisierung von Verdrängungsgefahren und strukturellen Fragen der Stadtentwicklung, zeigt sich in der Diskussion zur Umgestaltung des Leopoldplatzes und insbesondere im Zusammenhang mit dem dort durchgesetzten Kontrollregime auch eine repressive Seite der Bürgerplattform. Die neuen Kontrollstrategien am Leopoldplatz verstärken insbesondere für People of Color und Wohnungslose die Gefahr, durch die verstärkten Polizeiaktivitäten in den Fokus der präventiven und repressiven Strafverfolgung zu geraten. Die Steigerung der Einsatzzeiten der Polizei am Leopoldplatz auf bis zu 800 Stunden im Monat verbucht die Bürgerplattform als ihren Erfolg. Diese Lösung wird in Interviews wie folgt dargestellt:

»Dann gab es eine Diskussion und dann gab es einen Kompromiss zwischen den beiden Geschichten. Die Menschen da lassen, aber eben den Drogenhandel unterbinden. Also Sucht als Krankheit betrachten, aber den Handel möglichst unterbinden« (Interview 2).

Die gefundene Lösung für den Leopoldplatz vereint eine stärkere Polizeipräsenz mit einer beabsichtigten Toleranz für Drogenkonsument_innen. Das Aufwertungskonzept für die Müllerstraße und den Leopoldplatz scheint diese Toleranz mittelfristig wieder entziehen zu wollen. Dies ist in den Konzepten neoliberaler Aufwertung bereits angelegt, da sie auf eine bestimmte Zielgruppe ausgerichtet sind. Eine stärkere Ausgrenzung und Kontrolle im öffentlichen Raum im Zuge ökonomischer Aufwertung ist

keine Besonderheit des Leopoldplatzes. Der britische Stadtsoziologe Rowland Atkinson, fasst den rassistischen Klassencharakter von neoliberalen Planungs- und Sicherheitsstrategien plastisch zusammen:

»Entsprechend der Vorstellungen der Architekten ist die Öffentlichkeit oft weiß, männlich und trägt einen Anzug. Sicherheit basiert daher auf Werten der explizit weißen und wohlhabenden Mittelschicht« (Atkinson 2003: 1841, *eigene Übersetzung*).

Die Lösung wahrgenommener Probleme besteht dann oft darin, sie zu verschieben oder kontrollierbar zu machen, anstatt die Ursachen politisch zu bearbeiten (vgl. ebd.: 1831). Ähnlich argumentiert auch der Interviewpartner, der sich gegen die Mitarbeit in der Bürgerplattform entschieden hat (vgl. Interview 5). Aber auch eine Person die als Vertreter von Obdachlosen in der Bürgerplattform mitwirkt, steht der formulierten Logik skeptisch gegenüber:

»Ich hätte mir gewünscht, dass hier eine größere Offenheit im Bezirk wäre. Aber eben Leute die sich profilieren wollen, sind sehr konservativ und die wollten die alle weghaben. Das fängt ja an mit: »Das ist ja unzumutbar!« Na klar ist das unzumutbar, aber die Leute sind ja jahrelang vernachlässigt worden. Dann ist die Situation natürlich »unzumutbar« (Interview 2).

Die hier beschriebene Unzumutbarkeit liegt nicht in der Art und Weise der Nutzung des Leopoldplatzes, sondern in der Funktionslogik des wirtschaftlichen und politischen Systems die diese produzieren. Alle Nutzungsweisen, die der kommerziellen Nutzung des öffentlichen Raumes im Wege stehen, sind für eine neoliberale Stadtpolitik prinzipiell problematisch. Daher sollen mit Hilfe der Verdrängungsstrategien, die Nutzungsweisen kontrollierbar gemacht werden, sodass sie den Profit und den Lebensstil der Aufwertungsgewinner_innen nicht behindern.

Diese Vermutung deutet sich auch in einem Diskussionspapier des vom Bezirksamt eingesetzten Runden Tisches zum Thema Leopoldplatz an. Dort werden »Roma, Junkies, Alkoholiker, Hundekot, Vermüllung, soziales Elend, Hygiene usw.« in einer unkommentierten Ansammlung von »störenden« Elementen am Leopoldplatz aneinandergereiht und mit den Lösungsvorschlägen »Kiezläufer, Verbesserung der Sicherheit, kostenlose Toiletten, kulturelle Belebung des Platzes, Angebote für den »Nor-

malbürger«, etc.« konfrontiert (vgl. Runder Tisch Leopoldplatz 2010: 1ff.). Das hier konstruierte »Andere« wird dem ebenfalls konstruierten »Normalen« gegenübergestellt, in welches es sich einzugliedern hat. Im Gegenzug werden die »Anderen« als Teil des »Normalen« anerkannt. Die Integration ist der Logik der unternehmerischen Stadt unterworfen und kann jederzeit entzogen werden. Sie bleibt also zwangsläufig prekär und sollte als Herrschaftsinstrument kritisiert werden, das marginalisierte Gruppen auf die neoliberale politische Linie zwingt. Die aktuelle Stadtpolitik hat eine repressive und ausgrenzende Seite. Sie legitimiert mit Hilfe diverser Beteiligungsverfahren nicht nur ökonomische Aufwertung, sondern auch soziale Kontrolle. In dem Prozess, die »neoliberalen Verwüstungen« (Eick 2005: 10) abzufedern, liegen hegemonialen Vereinnahmung und Ausgrenzung sehr dicht beieinander.

Legitimation durch Beteiligung

Diese Legitimationsfunktion der Beteiligungsformen ist äußerst problematisch. Obwohl direkte Entscheidungskompetenzen der lokalen Bevölkerung an Planungsprozessen wünschenswert sind, stellt sich die Frage, welches emanzipatorische Potenzial die angebotene Beteiligung im festgelegten Kontext unternehmerischer Stadtpolitik besitzt. Hier ist die Formulierung des Bezirksamtes Berlin-Mitte zur Aufwertung der Müllerstraße interessant, das die Beteiligung als weichen Standortfaktor betrachtet, der der eigentlichen Entscheidung, das Gebiet um die Müllerstraße aufzuwerten, nachgelagert ist, aber diese leichter durchsetzbar werden lässt. Ziel ist, »[...] die Müllerstraße als attraktives, wirtschaftliches Zentrum zu stärken« (Bezirksamt Berlin-Mitte 2010: 1). Daher fordert das Bezirksamt Berlin-Mitte eine »frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungsprozessen und eine Verbesserung der Nachbarschaften und des sozialen Zusammenhalts« (ebd.).

Dazu wird neben der baulichen Aufwertung auch auf andere Mittel zurückgegriffen:

»Neben den baulichen Maßnahmen sollen verschiedene nicht bauliche Maßnahmen parallel erfolgen, die dem gesamten Gebiet zu Gute kommen. Die Gewerbetreibenden sollen durch ein Geschäftsstraßenmanagement in ihren Aktivitäten für den Standort unterstützt werden. Es sollen Maßnahmen zur Verbesserung des Images entwickelt oder Maßnahmen zur Verbesserung des sozialen und nachbarschaftlichen Miteinanders auf den Weg gebracht werden« (ebd.).

Auch der Berliner Senat hat eine funktionale Perspektive auf lokale Beteiligungsformen, wenn er plant, für die Entwicklung innerstädtischer Wirtschaftszentren »neue Potenziale durch Mitwirkung und Partnerschaften vor Ort zu erschließen« (Senat von Berlin 2008: 2). An dieser Stelle ist die Bürgerplattform dafür zu kritisieren, ein privat finanziertes Beteiligungsgremium zur Legitimation unternehmerischer Stadtpolitik bereitzustellen.

Wie von den DICO-Funktionären Penta und Sander treffend formuliert, geht es darüber hinaus auch um die Produktion von »Sozialkapital« (vgl. Penta/Sander 2007). Dieses in den Dienst der ökonomischen Aufwertung zu stellen, ist das Ziel des Aufwertungsprojekts Müllerstraße. Die von der Bürgerplattform organisierte Vielfalt wird dabei endgültig von allen erhofften emanzipatorischen Potenzialen befreit:

»Sprachliche und kulturelle Vielfalt zeichnet die Alltagswelt in und um die Müllerstraße aus. [...] Das kulturelle Kapital der Müllerstraße ist eine ihrer größten Qualitäten und ein authentisches Alleinstellungsmerkmal. Die Förderung eines neuen ›Miteinander‹ sowie die selbstbewusste Betonung der kulturellen Vielfalt muss ein Aspekt des Kommunikationskonzepts [zur Aufwertung im Rahmen des Programms Aktive Stadtzentren] sein« (Bezirksamt Berlin-Mitte 2012: 12).

Dieser Prozess der Vereinnahmung kann auch als Enteignungsprozess bezeichnet werden. Die Beteiligten der Bürgerplattform wollen sich austauschen und den Begriff der Vielfalt für sich positiv besetzen. Schließlich sind sie es, die die Vielfalt ausmachen. Das Bedürfnis der Menschen nach Anerkennung und Selbstbestimmung der eigenen Lebensverhältnisse wird am Beispiel des Leopoldplatzes mit entsprechenden Kontrollstrategien instrumentalisiert. Im Anschluss an Eick (2005) kann hier von *poor governing the poor* gesprochen werden. Dadurch betreibt die Bürgerplattform neoliberale Stadtpolitik, die durch die hegemoniale Integration ursprünglich progressiver Forderungen nach Toleranz und Vielfalt gekennzeichnet ist. Gleichzeitig werden kritische Analysen und Forderungen zu Themen wie Gentrifizierung ausgegrenzt.

Dieser verordnete Pragmatismus wird innerhalb interner Diskussionen von den Organizer_innen durchgesetzt:

»Die [politischen Forderungen] werden in den Arbeitskreisen diskutiert. Wie gesagt, sie werden da sehr stark strukturiert und vorgegeben

von den Organizern. Das ist auf jeden Fall richtig. Und die sind auf jeden Fall im Banne von Leo Penta« (Interview 1).

Die enge Grenzziehung der Diskussion wird von den mit einer machtvollen Position ausgestatteten Organizer_innen durchgesetzt. Innerhalb dieses Rahmens können die Beteiligten die möglichen Lösungen diskutieren. Inhaltliche Differenzen werden durch die gesetzten Grenzen unwahrscheinlich. Sollten sie dennoch auftreten, werden sie von der Organizerin geglättet (vgl. Interview 1). Emanzipatorische Positionen werden dann entweder direkt ausgegrenzt oder, wie am Beispiel der gesteuerten Verdrängung am Leopoldplatz gezeigt, in ein neoliberales Gesamtkonzept integriert.

Zur Durchsetzung der eigenen Inhalte führt die Bürgerplattform ausschließlich Gespräche mit lokalen Entscheidungsträger_innen. Im Auswahlprozess der Gesprächspartner_innen gibt es keine kritische Distanz zu deren Funktion im Stadtteil. Diese Distanz, z. B. zur lokalen Polizeidirektion, den Verantwortlichen im Jobcenter oder der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, ist angesichts der beschränkten Forderungen und der fehlenden strukturellen Analyse der Bürgerplattform auch nicht notwendig. Mit der Akzeptanz neoliberaler Stadtpolitik wird auch die Rolle der Entscheidungsträger_innen und Strafverfolgungsbehörden in der unternehmerischen Stadt akzeptiert.

Zusammenfassung: Die Bürgerplattform Wedding/Moabit »regiert durch Community«

Die Ergebnisse meiner empirischen Untersuchung der Bürgerplattform Wedding/Moabit mit den vorgestellten Beispielen fallen eindeutig aus und bestätigen die kritischen Stimmen innerhalb linker Debatten. Als »trojanisches Pferd des Neoliberalismus« (Harvey) organisiert das DICO im Berliner Stadtteil Wedding lokale Organisationen und beschränkt die gemeinsamen politischen Inhalte auf den stadtpolitischen Status Quo. Sowohl aus dem Selbstverständnis, als auch aus der alltäglichen politischen Praxis ergibt sich ein *verordneter Pragmatismus*, der vorhandenes emanzipatorisches Potenzial entweder ausgrenzt oder in ein neoliberales Gesamtprogramm integriert. Die teils progressiven Vorstellungen gesellschaftlicher Vielfalt der verschiedenen Mitgliedsorganisationen werden unter dem Vorwand des Machbaren auf das ökonomisch Verwertbare reduziert. Durch die aktive Ausgestaltung der Gentrifizierung und neoliberaler Kontrollstrategien betreibt und legitimiert die Bürgerplattform

den urbanen Klassenkampf gegen die einkommensschwache Bevölkerung Weddings. Dabei vereinnahmt sie vormals emanzipatorische Positionen in den neoliberalen Stadtentwicklungskontext und stärkt so dessen gesellschaftliche Basis. Dieser Prozess wird – wie die Beispiele des Jobcenters und des Leopoldplatzes zeigen – zu jeder Zeit von den Organiser_innen des DICO abgesichert.

Die Organisationsform der Bürgerplattform ist für die emanzipatorische Rückeroberung Berlins somit keine Option. Die selbst von Beteiligten vorgetragene Skepsis ist mehr als berechtigt und es stellt sich vor allem für Mitgliedsorganisationen, die ihre Vorstellung von Gesellschaft nicht auf Markt und Profit richten wollen, die Frage, ob die Bürgerplattform der richtige Ort für ihre Anliegen ist. Dies ist nicht als moralischer Appell, sondern als strategischer Hinweis zu verstehen. Denn letztlich müssen einkommensschwache und anderweitig diskriminierte Bevölkerungsgruppen sich politisch in einer Art und Weise einbringen, die den strukturellen Ursachen der alltäglichen Verwüstungen entgegenwirken. Wer bezahlbare Mieten will, darf Stadtentwicklungsprogramme, die das Gegenteil beabsichtigen, nicht passgenau umsetzen. Wer rassistisches Handeln der Polizei verurteilt, darf den Verantwortlichen dieser Behörde nicht unkritisch auf die Schulter klopfen, wenn sie täglich, mit fast 30 Stunden Einsatzzeit, einen zentralen öffentlichen Platz belagert. Wer soziale Gerechtigkeit anstrebt, sollte mit dem Jobcenter nicht die Telefonhotline, sondern die Grundlagen des repressiven Sozialstaats diskutieren.

Der politische Kontext der aktuellen sozialen Kämpfe in der Stadt ist ausführlich diskutiert worden. Neoliberalisierung ist auf Entdemokratisierung und Ökonomisierung ausgerichtet, was sich bspw. in der Bezeichnung »Terror der Ökonomie« (Herkommer 2004) ausdrückt. Weiche Strategien der Partizipation und des Empowerments zielen verstärkt auf Communities ab, was der britische Soziologe Nikolas Rose (2000) als *Regieren durch Community* bezeichnet hat. Die lokale Bevölkerung soll die unternehmerische Stadtpolitik demnach nicht nur akzeptieren, sie soll sie im Detail mitgestalten. Rose beschreibt genau die Prozesse von Vereinnahmung und Ausgrenzung, mit denen die Akteure des stadtpolitischen Protests so schmerzhaft Erfahrungen in den Beteiligungsgremien der Berliner Bezirke gemacht haben. In Quartiersmanagements, Bürgerforen, Diskussionsrunden, Runden Tischen und Bürgerhaushalten werden Meinungen eingeholt, mit dessen Hilfe die feststehende Politik feinjustiert und deren gesellschaftliche Akzeptanz verstärkt werden soll.

Diese Strategien sind geeignet,

»[...] die verschiedenen Dimensionen solidarischer Einbindung von Individuen in Gemeinschaften sowohl zu erfinden als auch zu instrumentalisieren, um sie zu regeln, verändern oder mobilisieren zu können« (Rose 2000: 85).

Während private Unternehmen und Investor_innen die neuen Partizipationsmöglichkeiten auf Entscheidungsebene nutzen können, werden die von der Stadtpolitik betroffenen Bewohner_innen in »Mitmach-Gremien« mit Detailfragen beschäftigt und ruhig gestellt. Die Bürgerplattform Wedding/Moabit ist an dieser Stelle nichts weiter als ein von Unternehmen finanziertes Beteiligungsgremium, das unter dem Deckmantel staatlicher und ideologischer Unabhängigkeit versucht, die Vielfalt der Bewohnerschaft als ökonomische Ressource zur Aufwertung des Stadtteils zu mobilisieren.

Der britische Wissenschaftler John Clarke (2007) bezeichnet die Bezugnahme auf Vielfalt und Toleranz als *hegemonialen Kunstgriff*, durch den die Auseinandersetzung um die Städte kalkulierbar wird (vgl. Clarke 2007: 64f.). Die in die Gremien eingebundenen Gruppen müssen das übergeordnete neoliberale Entwicklungsziel – den ständigen Profit – akzeptieren. So dürfen anti-rassistische Initiativen oder queer-feministische Hausbesetzer_innen in Runden Tischen, Stadtteilvertretungen oder dem Quartiersbeirat ihre Meinung kundtun. Sie dürfen am politischen Prozess teilhaben, solange sie den Deutungsrahmen nicht in Frage stellen. Ist die Vereinnahmung nicht möglich, werden die Akteure und deren Inhalte ausgeschlossen.

Diesen *hegemonialen Kunstgriff* vollzieht die Bürgerplattform durch ihren *verordneten Pragmatismus*. Sie bezieht verschiedene Gruppen ein, solange diese die unternehmerischen Entwicklungsziele für den Stadtbezirk nicht in Frage stellen.

Diese, auch als »Roll-out«-Neoliberalismus (Peck/Tickell 2002) bezeichnete Form der gesellschaftlichen Zurichtung auf Profit, Wettbewerb und Ausgrenzung, normalisiert sich zunehmend. Der in Toronto lehrende Stadtforscher Roger Keil (2009) vermutet daher in den aktuellen stadtpolitischen Entwicklungen eine weitere Verschiebung zum »Roll-with-it«-Neoliberalismus, in dem jegliche politische Alternative aus dem Blick gerät. Die jeweilige spezifische Form neoliberaler Politik entscheidet sich je nach historischem und geografischem Kontext.

Die Arbeit der Bürgerplattform Wedding/Moabit ist für Keils These ein anschaulicher Beleg. Ohne alternative Lösungen zu diskutieren, wird den Beteiligten nur die Wahl zwischen den spezifischen Formen der Neoliberalisierung – hier Vertreibung oder Kontrolle – gelassen. Der Bürgerplattform als Institution der neoliberalen Stadt sollten daher keine emanzipatorischen Erwartungen entgegengebracht werden.

Was ist Community Organizing? Kritische Anmerkungen

Das DICO selbst teilt diese Einschätzung ihrer Arbeit erwartungsgemäß nicht. Im Einklang mit dem Mainstream der bundesdeutschen Sozialwissenschaft behauptet es stattdessen, Bürgerplattformen und Community Organizing würden die Gesellschaft demokratisieren. Zentraler Bezugspunkt dieser Einschätzung sind die Thesen des US-amerikanischen Community Organizers Saul Alinsky. Dieser hat in den 1940er Jahren einflussreiche Thesen für erfolgreiches Community Organizing entwickelt. Sie besagen im Kern, dass grundsätzliche politische Positionierungen für erfolgreiche politische Arbeit hinderlich seien. Im Laufe der Zeit hat sich diese explizit anti-ideologische Ausrichtung als zentraler Bezugspunkt für Community Organizing etabliert. Diese Tradition des Organizing wird in der US-amerikanischen Sozialwissenschaft heftig kritisiert, in der Bundesrepublik jedoch widerspruchslos angenommen. Aber auch die beiden in der Einleitung zitierten linksradikalen Veröffentlichungen wagen es nicht, die heilige Kuh des Community Organizing zu opfern.

Es drängt sich die Vermutung auf, dass die katastrophale Performance der Bürgerplattform etwas mit ihrem theoretischen Bezugsrahmen zu tun haben könnte. Ein Blick in die internationale Debatte über Community Organizing zeigt, dass in der Bundesrepublik kritische Ansätze nicht aufgegriffen werden. Dabei erweist sich gerade der in den USA diskutierte Ansatz des »Transformativen Organizing« als eine vielversprechende Alternative zu Bürgerplattformen und dem liberalen Ansatz von Saul Alinsky.

Mit Alinsky zum neoliberalen Klassenkompromiss – Die bundesdeutsche Debatte

Es muss den eingangs zitierten RandNotizen – und mit stärkeren Einschränkungen auch Fels – zu Gute gehalten werden, dass sie Alinsky und sein Organisationsmodell in einem historischen Kontext verorten und diesen kritisch betrachten. Das DICO und andere Sozialwissenschaftler_innen beschäftigen sich stattdessen ausschließlich mit der Frage, ob

Community Organizing ein sinnvolles Instrument zur Demokratisierung der Gesellschaft ist (vgl. Huber 2010; vgl. Penta/Sander 2007; vgl. Szyuka 2011). Alinskys Thesen sind dabei oft ihr einziger Bezugspunkt.

Ein zentrales Anliegen Alinskys war die Zusammenführung bestehender lokaler Organisationen in eine übergeordnete Struktur. Dort werden gemeinsame politische Forderungen erarbeitet und dann durch Verhandlungen und konfrontative Aktionen umgesetzt. Alinsky verbleibt aber bewusst innerhalb des abgesteckten staatlichen und kapitalistischen Rahmens (vgl. Alinsky 1971: xvii-xxiv), was die emanzipatorische Leuchtkraft der Veränderungsmöglichkeiten stark reduziert. Schließlich ist der aktuell abgesteckte Rahmen die neoliberale Stadtpolitik.

Konsequenterweise lehnen Community-Organisationen nach Alinsky eine politische und ideologische Positionierung ab und rechtfertigen dies strategisch und philosophisch. Strategisch sei es Alinsky zufolge sinnvoller, Menschen ohne Rückgriffe auf politische Vorstellungen zu organisieren (vgl. Freyth 1985: 56). Philosophisch geht Alinsky davon aus, dass Transformationen der Gesellschaft nicht mehr nötig seien und daher ein Kampf um Einzelkonflikte vorzuziehen sei (vgl. Szyuka 2005: 128f.).

Leo Penta und Susanne Sander, eine Organizerin des DICO, werden nicht müde zu betonen, dass durch die Bürgerplattformen Bürger_innen mit Staat und Wirtschaft auf Augenhöhe Kompromisse aushandeln würden. Dabei sollen sie – ganz im Sinne Alinskys – die gesetzten Rahmenbedingungen akzeptieren (vgl. Penta/Sander 2007: 161). Diese mit der Annahme zu akzeptieren, es ließen sich in der unternehmerischen Stadt »der Wirtschaft« und »dem Staat« Kompromisse abtrotzen (vgl. Huber 2010: 42; vgl. Penta/Sander 2007: 162), wirkt wie der Versuch, einen neoliberalen Klassenkompromiss und somit neoliberale Hegemonie herzustellen. Diese Hegemonie aufzubauen und gleichzeitig vor Konfrontationen zu schützen, scheint Pentas und Sanders Ziel zu sein. Marcus Vossel, beteiligt an der Bürgerplattform Schönevide, geht in seiner Argumentation noch weiter, wenn er das ausschließlich auf die Wirtschaftsansiedlung reduzierte Vorgehen dieser Bürgerplattform als neuen Schritt des Community Organizings in Deutschland lobt (vgl. Vossel 2007: 144f.).

Darüber hinaus wird die Bevölkerung zur Akzeptanz der den Alltagsproblemen zugrunde liegenden Unterdrückungssysteme bewegt:

»[...] und sie [die Community-Organisation] kann auch nicht die Wurzeln dieser Probleme aufnehmen, und sie kann auch nicht die Wurzeln dieser Probleme unmittelbar angehen; die Menschen erkennen, dass

sie nicht gegen ein abstraktes ›System‹ kämpfen können« (Jamoul 2007: 226).

Dies gleicht einem organisationsinternen Verbot, die Ursachen sozialer Verwerfungen zu thematisieren. Politische Forderungen müssen sich in diesem Umfeld affirmativ auf die herrschende gesellschaftliche Logik beziehen.

Alinsky under fire – die US-amerikanische Debatte

Beim Blick in die US-amerikanische Debatte fällt auf, dass trotz heftiger Kritik an Alinskys Thesen, dennoch für transformatives Community Organizing geworben wird. Um eine differenzierte Diskussion über die emanzipatorischen Potenziale von Community Organizing zu ermöglichen, ist es sinnvoll die Unterscheidung zwischen einem an Alinsky orientierten liberalen und einem transformativen Ansatz einzuführen. Alinskys theoretische Grundlagen basieren hauptsächlich auf Theoretiker_innen, die der Marktgesellschaft positiv gegenüberstehen und die Konflikte um Unterdrückungsverhältnisse entweder ausblenden oder in den Diskurs eines gemeinsamen Interesses der Community integrieren wollen. Obwohl Alinsky sich als Basisdemokrat in Szene setzt, neigt er zu neoliberalen Argumentationen, die Marktprozesse als die eigentlichen demokratischen Prozesse verklären und soziale und ökonomische Verwerfungen ignorieren:

„Gerade weil Alinsky die ökonomischen Grundlagen der aktuellen Verhältnisse nicht infrage stellt und gerade weil er nicht versucht das politische System zu ersetzen, welches diese Verhältnisse aufrechterhält, übersieht sein Ansatz [des Community Organizing, RM] die Möglichkeit, dass der Kapitalismus nicht dazu geschaffen ist, um den Armen und der Arbeiterklasse zu dienen und dass er letztendlich undemokratisch ist“ (Fischer 1994: 64, *eigene Übersetzung*).

Es überrascht daher wenig, dass die Popularität des liberalen Community Organizing zeitgleich mit dem Erstarken des Neoliberalismus seit den 1970er Jahren steigt. Die schrittweise Abkehr der Sozialdemokratie von strukturellen Analysen und Politikstrategien ist mit der vorgeblich anti-ideologischen Grundausrichtung liberaler Community-Organisationen völlig kompatibel. Spätestens seit den 1990er Jahren unterstützen und verteidigen die sich dem aktivierenden Sozialstaat verschriebene Sozi-

aldemokratie und das liberale Community Organizing neoliberale Deutungsmuster (vgl. Mann 2010: 7; vgl. Liss 2012: 254f.).

Die Hauptkritik zielt damit auf die explizit anti-ideologische Ausrichtung liberaler Community-Organisationen ab. Der seit den 1960er Jahren aktive Community Organizer Eric Mann macht deutlich, dass es anti-ideologisches Community Organizing nicht geben kann. Die Aussage, Community Organizing müsse anti-ideologisch oder unpolitisch sein, sei ein alter rhetorischer Trick. Dahinter stehe die politische Entscheidung, wichtige Fragen zu den gesellschaftlichen Unterdrückungssystemen nicht zu stellen (vgl. Mann 2011). Die Bürgerplattform Neukölln bewertet er folgerichtig:

»Ich denke sie haben eine sehr eindeutige Agenda. Eine Agenda nicht über den Krieg zu sprechen, eine Agenda nicht über Rassismus zu sprechen, eine Agenda nicht über Kapitalismus zu sprechen. [...] Diese Strategie ist sehr kohärent und ich widerspreche ihr« (Mann 2011, *eigene Übersetzung*).

Dies führt dazu, dass die eigenen Ziele unnötigerweise zu eng gesteckt, emanzipatorische politische Projekte diffamiert und die wichtigen emanzipatorischen Kämpfe in vielen Communities nicht geführt werden. So werden Unterdrückungssysteme letztendlich gestärkt (vgl. Mann 2010: 7f.). Daher sind liberale Community-Organisationen oft Teil des *Regierens durch Community*. Sie werden in die neoliberale Stadtpolitik integriert und setzen dessen Perspektive auf die Gesellschaft durch. Diverse Identitäten wie religiöse Gemeinschaften, Kleinunternehmer_innen, politische Initiativen, lokale Gewerkschaften, Nachbarschaftsinitiativen, Kulturvereine etc. werden als Interessengruppen zusammengeführt, um den kleinsten gemeinsamen Nenner politischer Forderungen zu finden. Emanzipatorische Inhalte gehen dabei verloren und der übergeordnete Deutungsrahmen wird nicht in Frage gestellt. Die zuvor stattgefunden Integration wird wieder zurückgenommen, wenn die Grundsätze neoliberaler Stadtpolitik in Frage gestellt werden. Gleichzeitig werden emanzipatorische politische Gruppen und deren Inhalte ausgeschlossen, da deren Thematisierung nicht gewünscht ist. Ziel des liberalen Community Organizings ist von vornherein nicht die Überwindung des neoliberalen Kapitalismus, sondern das Finden von Kompromissen (vgl. Liss 2012: 254). Alinsky selbst hat festgestellt, dass seine Organisationen sich nach fünf Jahren entweder auflösen oder Teil des lokalen Staates werden

(vgl. Miller 2010: 44). In diesem Kontext überrascht es nicht, dass ihre Finanzierung stark von wohlhabenden Einzelpersonen, Stiftungen oder Unternehmen abhängt (vgl. Betten/Austin 1990: 161; vgl. Fisher/Shragge 2000: 8f.). Darüber hinaus werden in liberalen Community-Organisationen hauptsächlich Organisationen der Mittelschicht zusammengeführt und/oder die Bessergestellten der Community organisiert, die von sich aus wenig Interesse an einer progressiven Veränderung der Gesellschaft haben (vgl. Betten/Austin 1990: 160f.; vgl. Mann 2010: 31). Es geht ihnen vielmehr um die Durchsetzung der eigenen Mittelschichtsinteressen. Das häufig sozialwissenschaftlich vorgetragene Argument, liberale Community-Organisationen würden die Stadtpolitik demokratisieren, muss daher angezweifelt werden. Denn die Organisationen organisieren die Personen und Gruppen, die schon organisiert, gesellschaftlich besser gestellt und deren Inhalte und Forderungen schon Teil der hegemonialen Politik sind. Dies führt dazu, dass liberales Community Organizing den aktuell vorherrschenden Trend neoliberaler Stadtpolitik stabilisiert.

Ähnlich argumentieren auch Fisher und Shragge (2000), die die vorgebliche Ideologiefreiheit als Selbstbezogenheit verstehen. Wenn Community-Organisationen sich nicht mit Themen befassen, die außerhalb der eigenen Community liegen, gehen elementare Bestandteile des Community Organizings verloren. Dazu gehört eine strukturelle Analyse gesellschaftlicher Probleme und überregionale Bündnisse zur Durchsetzung progressiver Politikinhalt (vgl. Fisher/Shragge 2000: 4). Beides ist im liberalen Community Organizing nicht möglich:

»Wenn Community Organizing nicht an eine soziale Bewegung oder an eine Werteorientierung/Ideologie angeschlossen ist, die die Grenzen des Lokalen überwindet und die Menschen in einen umfangreicheren und länger angelegten Kampf bringt, dann [...] kommt Community Organizing nicht weit und gewinnt nicht viel« (ebd., *eigene Übersetzung*).

Die rezipierte Kritik hat sich auch für die Bürgerplattform Wedding/Moabit bestätigt. Die Schlussfolgerung der kritischen US-amerikanischen Sozialwissenschaft gilt somit auch für die Berliner Bürgerplattformen: Liberales Community Organizing ist für emanzipatorische politische Anliegen unbrauchbar (vgl. Fischer/Shragge 2000; vgl. Liss 2012; vgl. Mann 2010).

Dies sollten sich auch linke Akteur_innen der außerparlamentarischen Berliner Stadtpolitik bewusst machen. Analog zu der Feststellung,

dass die neoliberale Stadt kein Ponyhof ist, sollte auch in Alinsky kein Retter in der Not gesehen werden, der allen eine bessere Basisorganisation im Kampf um die Stadt beschert. Sein Organisationsansatz will verhindern, dass politische Organisationen die Ursachen der Verhältnisse thematisieren und bekämpfen. Für Berlin bedeutet dies, dass eine linke liberale Community Organisation im besten Fall so emanzipatorisch wirken kann wie ein linkes Quartiersmanagement. Diesen kategorischen Fehler zu benennen und endlich der Forderung des US-amerikanischen Community Organizers Jon Liss nachzukommen, wäre ein sinnvoller Schritt hin zu einer emanzipatorischen Organisationsdebatte:

»Jahrzehntelang hat der old-school Alinsky-Ansatz des Community Organizing das Organizing in der Community und am Arbeitsplatz in den USA dominiert; es ist an der Zeit formal sein Scheitern zu verkünden« (Liss 2012: 254, *eigene Übersetzung*).

Transformatives Community Organizing – Die revolutionäre Perspektive

Eine Alternative bietet transformatives Community Organizing, das die offensichtlichen Schwächen der liberalen Variante beheben kann. Es bezieht sich auf die Ursprünge des Community Organizing in den 1920er Jahren und wurde aus der aktuellen politischen Praxis linksradikaler Organizing-Projekte in den USA formuliert. Es existiert zwar keine einheitliche Theorie, aus der kritischen Literatur können aber vier Hauptelemente herausgefiltert werden: Eine transformative Community-Organisation hat idealtypisch ein emanzipatorisches und basisdemokratisches Selbstverständnis, betreibt eine mit dezidiert politischen Zielen verknüpfte Basisarbeit, vertritt konfliktorientierte Politikformen und pflegt eine solidarische Beziehung zu anderen emanzipatorischen sozialen Bewegungen. Durch transformatives Community Organizing soll eine gegenhegemoniale politische Kraft entstehen, die eine emanzipatorische Perspektive durch konkrete Erfolge in alltäglichen politischen Auseinandersetzungen umsetzt. Diese Aspekte sind an verschiedenen Stellen in der stadtpolitischen Protestbewegung in Berlin schon verankert. Sie in einer organisatorischen Form zusammenzuführen, könnte in der Auseinandersetzung um die Frage, in welcher Stadt wir leben wollen, wichtige strategische Vorteile bringen. Transformatives Community Organizing hat das Potenzial, der Fragmentierung emanzipatorischer gesellschaft-

licher Kräfte entgegenzuwirken und kann im Gegensatz zu liberalem Community Organizing ein organisatorisches Umfeld bieten, in dem an der Umsetzung einer konkreten Perspektive gearbeitet wird, die zur Überwindung von Unterdrückung, Ungleichheit und Ausbeutung führt.

Literatur

- Alinsky, Saul D. (1971): *Rules for Radicals – A Practical Primer for Realistic Radical*. New York, Random House
- Atkinson, Rowland (2003): *Domestication by Cappuccino or a Revenge on Urban Space? Control and Empowerment in the Management of Public Spaces*. In: *Urban Studies*, 40, 9. S. 1829-1843
- Betten, Neil/Austin, Michael J. (1990): *The Conflict Approach to Community Organizing: Saul Alinsky and the CIO*. In: Austin, Michael J./Betten, Neil (Hrsg.). *The Roots of Community Organizing – 1917-1939*. Philadelphia. Temple University Press. S. 152-161
- Bezirksamt Berlin-Mitte (2010): *Aktives Zentrum Müllerstraße – Ziele & Handlungsfelder*. Informationsplakat. Website: http://www.muellerstrasse-aktiv.de/wp-content/uploads/2009/09/Informationsplakat_AZ_M%3%BCllerstra%C3%9Fe_Ziele1.pdf. Stand: 20.02.2012
- Birke, Peter (2011): *Zurück zur Sozialkritik – Von der »urbanen sozialen Bewegung« zum »Recht auf Stadt«*. In: Holm, Andrej/Lederer, Klaus/Naumann, Matthias (Hrsg.). *Linke Metropolenpolitik – Erfahrungen und Perspektiven am Beispiel Berlin*. Münster. Westfälisches Dampfboot. S. 34-49
- Bürgerplattform Wedding/Moabit (2012): *Wir sind da!* Website: <http://www.wirsindda.com/>. Stand: 13.02.2012
- Clarke, John (2007): *Die Neuerfindung der Community? Regieren in umkämpften Räumen*. In: Kessel, Fabian/Otto, Hans-Uwe (Hrsg.). *Territorialisierung des Sozialen – Regieren über soziale Nahräume*. Opladen. Verlag Barbara Budrich. S. 57-80
- Eick, Volker (2005): *Neue Sicherheitskonzepte im sich wandelnden Wohlfahrtsstaat – Kommunale Kriminalpolitik zwischen Kommerzialisierung und Community*. Vortrag im Colloquium der FU Berlin. John F. Kennedy Institut. Abteilung Politik
- FELS (2011): *Macht mit, macht's nach, macht's besser – Eine Militante Untersuchung am Jobcenter Neukölln*. Berlin
- Fisher, Robert (1994): *Let the People Decide: Neighborhood Organizing in America*. New York. Twayne Publishers
- Fisher, Robert/Shrage, Eric (2000): *Challenging Community Organizing: Facing the 21st Century*. In: *Journal of Community Practice*, 8, 3. S. 1-19
- Freyth, Marianne (1985): *Saul Alinsky: Eine Amerikanische Theorie der Praxis – Konfliktstrategien im Kampf gegen die Armut*. Münster. Lit Verlag
- Grell, Britta (2011): *Beitrag auf der Konferenz »Revolutionäre Realpolitik in Zeiten von Kürzungspolitik und Krise« der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 23.09.2011*. Panel

- USA und Deutschland im Vergleich: Staat und Zivilgesellschaft. Lassen sich Strategien übertragen? Kann Alinsky für linke Strategien genutzt werden? Timestamp des Beitrags: 01:17:30. Website: http://www.youtube.com/watch?v=ZlpMjEIbdpU&feature=player_embedded. Stand: 20.02.2012
- Harvey, David (2008): The Right to the City. In: *New Left Review*, 53, 5. S. 23-40
- Herkommer, Sebastian (2004): *Metamorphosen der Ideologie – Zur Analyse des Neoliberalismus durch Pierre Bourdieu und aus marxistischer Perspektive*. Hamburg. VSA Verlag
- Holm, Andrej (2006): *Die Restrukturierung des Raumes: Stadterneuerung der 90er Jahre in Ostberlin – Interessen und Machtverhältnisse*. Bielefeld. Transcript-Verlag
- Huber, Stefan (2010): *Community Organizing in Deutschland – Eine »neue« Möglichkeit zur Vitalisierung Lokaler Demokratie?* Potsdam. KWI-Arbeitshefte, 17. Universitätsverlag Potsdam
- Interview: 1-5: Geführt vom 23.02.2012-05.03.2012 mit Beteiligten der Bürgerplattform. Gesamtlänge der Interviews: ca. 05h:45m:00s
- Jamoul, Lina (2007): *Handwerkszeug für Community Organizer*. In: Penta, Leo (Hrsg.). *Community Organizing – Menschen verändern ihre Stadt*. Hamburg. edition Körber-Stiftung. S. 224-230
- Jancke, Gunter (2011): Beitrag auf der Konferenz »Revolutionäre Realpolitik in Zeiten von Kürzungspolitik und Krise« der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 23.09.2011. Panel: USA und Deutschland im Vergleich: Staat und Zivilgesellschaft. Lassen sich Strategien übertragen? Kann Alinsky für linke Strategien genutzt werden? Timestamp des Beitrags: 01:20:20. Website: http://www.youtube.com/watch?v=ZlpMjEIbdpU&feature=player_embedded. Stand: 20.02.2012
- Keil, Roger (2009): The urban politics of roll-with-it neoliberalization. In: *City*, 13, 2. S. 230-245
- Liss, Jon (2012): *The Right to the City – From Theory to Grassroots Alliance*. In: Brenner, Neil/Marcuse, Peter/Mayer, Margit (Hrsg.). *Cities for People, not for Profit: Critical Urban Theory and the Right to the City*. New York. Routledge. S. 1-10
- Mann, Eric (2010): *The 7 Components of Transformative Organizing Theory*. Los Angeles. Frontline Press
- Mann, Eric (2011): Beitrag auf der Konferenz »Revolutionäre Realpolitik in Zeiten von Kürzungspolitik und Krise« der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 23.09.2011. Panel: USA und Deutschland im Vergleich: Staat und Zivilgesellschaft. Lassen sich Strategien übertragen? Kann Alinsky für linke Strategien genutzt werden? Timestamp des Beitrags: 01:14:30. Website: http://www.youtube.com/watch?v=ZlpMjEIbdpU&feature=player_embedded. Stand: 20.02.2012
- Miller, Mike (2010): *Alinsky for the Left – The Politics of Community Organizing*. In: *Dissent*, 57, 1. S. 43-49
- Oellerich, Joachim (2012): »Die Verbesserung Neuköllns« – Bürgerplattform Neukölln als religiös motivierte Interessenvertretung. In: *MieterEcho*, 353. S. 14
- Organisierte Mieter_innen und Stadtteilgruppen (2011): *Mietspiegel ist Mieterhöhungs-spiegel!* Website: <http://de.indymedia.org/2011/05/308794.shtml>. Stand: 20.5.2012

- Peck, Jamie/Tickel, Adam (2002): Neoliberalizing Space. In: *Antipode*, 34, 3. S. 380-404
- Penta, Leo/Sander, Susanne (2007): Community Organizing und Bürgergesellschaft. Website: http://www.b-b-e.de/uploads/media/nl0703_penta_01.pdf. Stand: 20.02.2012
- RandNotizen (2012): Wehret den Anfängen – Bürgerplattformen als »Gegenentwurf zum Wutbürger und zur Gegen-Gesellschaft« (Leo Penta). In: *RandNotizen – Stadtteilzeitung aus dem Schillerkiez*, 7
- Rose, Nikolas (2000): Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg.). *Gouvernementalität der Gegenwart – Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt (Main). Suhrkamp. S. 72-109
- Runder Tisch Leopoldplatz (2010): Situationsanalyse. Website: http://www.muellers-trasse-aktiv.de/wp-content/uploads/2009/09/PA100111_Projektbeschreibung-Leopoldplatz_Anlagen.pdf. Stand: 20.02.2012
- Senat von Berlin (2008): Programm »Aktive Stadtzentren«. Drucksache Nr. 16/1051. Website: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/aktive_stadtzentren/download/aktive_zentren_vorlage_abgeordnetenhaus.pdf. Stand: 20.02.2012
- Schupelius, Gunnar (2009): Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit. BZ vom 05. Oktober 2009. Website: <http://www.bz-berlin.de/aktuell/berlin/alkoholkonsum-in-der-oefentlichkeit-article604679.html>. Stand: 20.02.2012.
- Shragge, Eric (2003): *Activism and social change – Lessons for community and local organizing*. Peterborough. Broadview Press
- Szynka, Peter (2005): *Theoretische und Empirische Grundlagen des Community Organizings bei Saul D. Alinsky*. Bremen. Universität Bremen
- Szynka, Peter (2011): *Community Organizing – Ein Weg zu mehr Beteiligung*. Friedrich-Ebert-Stiftung. Forum Berlin. Projekt Gesellschaftspolitische Integration. Arbeitspapier Nr. 8. Website: <http://library.fes.de/pdf-files/do/08065.pdf>. Stand: 20.02.2012
- Vossel, Marcus (2007): »Organizing Schöneweide« in Berlin. In: Penta, Leo (Hrsg.). *Community Organizing – Menschen verändern ihre Stadt*. Hamburg. Edition Körber-Stiftung. S. 133-145

»Berlin does not love you« – Über die Tourismuskontroverse in der von Besuchern »eroberten Stadt«

Von Johannes Novy

Einleitung

Das Wort »Berlin«, ein durchgestrichenes Herz, ein großes »U« und eine unmissverständliche Botschaft – als die inzwischen berühmt-berüchtigten »Berlin does not love you«-Aufkleber im Sommer 2011 erstmals im Stadtbild auftauchten, war die Aufregung groß. Berlin und seine Touristen – für die damalige Landesregierung und die Tourismuswirtschaft handelte es sich hierbei um eine Liebesgeschichte allererster Güte. Unermüdlich haben sie über Jahre hinweg Berlins Gastfreundschaft und Weltoffenheit beworben und mit aufwändigen Kampagnen versucht, die »Willkommenskultur« der Stadt gegenüber TouristInnen zu stärken. Aus ihrer Sicht war es also mehr als ärgerlich, dass nun die Behauptung im Raum stand, Berlin habe kein Herz für TouristInnen. Wirklich überrascht haben dürften sie die Aufkleber hingegen nicht, denn diese waren keinesfalls urplötzlich aus dem Nichts aufgetaucht, sondern spiegelten einen bereits seit geraumer Zeit deutlich zutage tretenden Konflikt wieder, von dem längst auch die Medien Notiz genommen hatten. Denn während sich Berlins Wirtschaft und Politik seit den späten 1990er Jahren anständig neuen Besucherrekorden berauschten und das boomende Tourismusgeschäft mit eifriger Unterstützung der Berliner Medien zu einer Art Heilsbringer für die wirtschaftlich gebeutelte Stadt hochstilisierten, reagierten viele BewohnerInnen insbesondere in den Innenstadtbezirken weitaus weniger enthusiastisch auf die kontinuierlich wachsenden Touristenströme in ihren Kiezen.

Berlin Tourismus – eine erste Annäherung

Den nackten Zahlen folgend, liest sich die Entwicklung des Tourismus in Berlin seit der Wiedervereinigung wie eine einzige Erfolgsgeschichte. Während sich die euphorischen Prognosen der unmittelbaren Nachwendzeit, Berlin werde sich innerhalb weniger Jahre zu einer prosperierenden Dienstleistungsmetropole oder gar einer »Global City« entwickeln,

bekanntlich nicht bewahrheiteten, übertraf die Entwicklung des Tourismus selbst die kühnsten Erwartungen. Gab es 1993 etwas mehr als 7 Millionen Übernachtungen, waren es 2011 bereits über 22 Millionen. Allerdings dürfte die Zahl der tatsächlichen Übernachtungen mehr »als das Doppelte der gewerblich registrierten« (Krajewski 2006: 207) betragen, und zählt man die ca. 132 Millionen Tagesreisen hinzu, kommt man in den drei quantifizierbaren Segmenten des Städtetourismus – Tagestourismus, Übernachtungstourismus in bezahlten Quartieren, Besucherverkehr bei Einheimischen – auf jährlich insgesamt 176 Millionen Aufenthaltstage.« Auf die täglichen Besucherzahlen heruntergerechnet, tummeln sich an einem »Durchschnittstag« also etwa 480.000 Touristen in Berlin. »Damit kommt auf sieben Einwohner ein Tourist« (BTM 2010a: 11).

Im Vergleich der europäischen Metropolen steht Berlin als touristische Destination an dritter Stelle nach London und Paris, und das, obwohl die Stadt nicht zuletzt aufgrund ihrer teilungsbedingten Strukturschwäche nach wie vor nur eine schwache Wirtschaftskraft aufweist und sich im europäischen Metropolenvergleich als Wirtschaftsstandort in der Regel nur im Mittelfeld platziert ist. Durch die schwache industrielle Basis Berlins wird dem Tourismus eine hohe wirtschaftliche Bedeutung zuteil: Nach Angaben des Senats generierte das Geschäft mit dem Tourismus im Jahr 2008 einen Beschäftigungseffekt von über 230.000 Personen – inklusive nicht erwerbstätigen, aber mit zu versorgenden Haushaltsmitgliedern (SenWTF 2011: 10).

Darüber hinaus trägt der Tourismus mit einem Bruttoumsatz in Höhe von knapp neun Milliarden Euro mit ca. 6,8 % wesentlich zum städtischen Gesamteinkommen und mit 1,07 Mrd. Euro zum Steueraufkommen des Landes Berlin bei (Stand 2009), und gilt heute als eine der wichtigsten Wachstumsbranchen der Stadt (vgl. Krätke 2004).

Die sich verändernde Hotellandschaft der Stadt veranschaulicht die rasante Entwicklung des Berlin-Tourismus: Im Zeitraum von 2001 bis 2011 wuchs das Beherbergungsangebot von 543 auf 769 Betriebe. Die Bettenanzahl erhöhte sich im selben Zeitraum von 62.024 auf 123.945 und Branchenexperten rechnen damit, dass der Berliner Beherbergungsmarkt auch in den kommenden Jahren dynamisch wachsen wird. Allein bis 2015 sollen ca. 20.000 weitere Betten hinzukommen (Falkner 2012, vgl. auch Deloitte 2011). Auch der »graue Beherbergungsmarkt« ist in der Vergangenheit beträchtlich gewachsen. Nach einer Studie der Berliner Mieter-Gemeinschaft gab es in Berlin 2011 bereits rund 12.000 Ferienwohnungen mit 50.000 Betten – bei steigender Tendenz (Berner und Wickert 2012).

	Ankünfte	+/- in %	Übernachtungen	+/- in %
1993	2.985.093	- 3,9	7.292.337	- 4,9
1994	3.074.836	+ 3,0	7.343.791	+ 0,7
1995	3.166.230	+ 3,0	7.529.639	+ 2,5
1996	3.225.005	+ 1,8	7.397.623	- 1,8
1997	3.448.996	+ 6,9	7.988.748	+ 8,5
1998	3.602.173	+ 4,4	8.268.011	+ 3,5
1999	4.170.726	+ 15,8	9.477.402	+ 14,6
2000	5.006.235	+ 20,0	11.412.925	+ 20,4
2001	4.929.578	- 1,5	11.345.295	- 0,6
2002	4.750.107	- 3,6	11.015.564	- 2,9
2003	4.952.798	+ 4,3	11.329.459	+ 2,8
2004	5.923.793	+ 18,8	13.260.393	+ 16,1
2005	6.464.522	+ 9,1	14.620.315	+ 10,3
2006	7.077.275	+ 9,5	15.910.372	+ 8,8
2007	7.585.027	+ 7,2	17.285.837	+ 8,6
2008	7.906.637	+ 4,2	17.771.419	+ 2,8
2009	8.263.171	+ 4,5	18.871.974	+ 6,2
1-8 2010	5.861.602	+ 9,9	13.742.479	+ 11,5

**Entwicklung der Tourismuszahlen seit 1993 (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg/
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen)**

Der besonders seit der Übertragung der politischen Hauptstadtfunktionen an Berlin boomende Geschäftsreiseverkehr sowie der Tagungs-Kongress- und Messetourismus stellen mittlerweile wichtige Säulen des Tourismusgeschäfts dar. Doch es ist insbesondere der Privatreiseverkehr, der Berlin in der Rangfolge der beliebtesten Städtereiseziele ganz oben mitspielen lässt. Ohne eine Reihe »harter« Standortfaktoren, wie etwa die hervorragende Verkehrsinfrastruktur, sowie das bis heute unverändert günstige Preis-Leistungsverhältnis der Stadt wäre Berlins Entwicklung innerhalb der letzten 20 Jahre nicht vorstellbar. Gleichwohl betonen viele ForscherInnen, dass Berlin als Reiseziel nicht zuletzt aufgrund »weicher« Faktoren innerhalb der harten Standortkonkurrenz europäischer Großstädte punkten kann (Colomb 2011; Vivant 2007). Der Stadt eilt das Image einer jungen und doch traditionsreichen Metropole mit internationaler Ausstrahlung voraus, die nach wie vor in einem verlockenden

Wandel begriffen ist und besonders durch ihre wechselvolle Geschichte, ihre Einzigartigkeit als ehemals geteilte Stadt sowie ihr breit gefächertes Kultur- und Freizeitangebot Besucher anzieht. Sie gilt als Kunst-, Mode- und Einkaufsmekka ersten Ranges und steht zudem in dem Ruf, eine der angesagtesten Szene- und Partymetropolen Europas zu sein.

Spätestens seitdem das amerikanische *Time Magazine* Berlin 2009 als »Europe's Capital of Cool« (Gumbel 2009) bezeichnete, hat es sich weltweit herumgesprochen, dass Berlin »hip« und »aufregend« ist, und so überrascht es nicht, dass die Stadt besonders bei jüngeren BesucherInnen beliebt ist. Das Durchschnittsalter der Berlin-BesucherInnen aus dem In- und Ausland liegt einer Gästebefragung aus dem Jahr 2008 zufolge mit 37 Jahren deutlich unter dem landesweiten Durchschnitt (45 Jahre), wobei rund 40 Prozent sogar jünger als 30 Jahre sind (BTM 2010b).

Es ist nicht zuletzt auf die Anziehungskraft Berlins als vermeintliche Trend- und Nightlife-Destination zurückzuführen, dass der Tourismus in der Stadt mittlerweile auch abseits der touristischen Kerngebiete Mittes und der City West sowie der klassischen Ausflugsziele in den Außenbezirken spürbar in Erscheinung tritt (Krajewski 2006; Novy und Huning 2009; Huning und Novy 2008). Zu beobachten ist dies in den innenstadtnahen Gentrifizierungshochburgen Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Kreuzberg, aber bei weitem nicht nur dort. Stattdessen sind TouristInnen auch in vielen anderen Stadtteilen zu einem festen Bestandteil des täglichen Lebens geworden und werden von Reiseführern und anderen touristischen Informationsmedien dazu ermutigt, die Stadt in ihrer ganzen Vielfalt zu entdecken. In der Berlin-Ausgabe des *Lonely Planet* heißt es beispielsweise:

»To truly understand what makes Berlin tick, you must venture into its neighbourhoods. Watch Schöneberg yuppies stock up flowers and fresh veggies on Saturday's Winterfeldtplatz market. Listen to Turkish workers debate the latest soccer scores at a Kreuzberg café [...] Join students and counter-culturalists pondering their navels in bohemian Friedrichshain [...] test your stamina while clubbing with scenesters in trendy Mitte. Heck, go just about anywhere – with open eyes and heart- and you're pretty much guaranteed a fun time (Lonely Planet Berlin (Schulte-Peevers 2002).

Gänzlich neu ist der Tourismus vielerorts nicht, denn auch in vergangenen Jahrzehnten wurden viele Orte abseits des Berliner Stadtzentrums

– bzw. der Berliner Stadtzentren – von Besuchern frequentiert. Neu erscheint allerdings, wie auch die Berliner Presse berichtet, das Ausmaß touristischer Aktivität und ihrer Folgen: »Touristen entdecken und verändern zunehmend Berliner Kieze«, schrieb *Die Welt* im Sommer 2010 unter dem Titel »Touristen erobern Berlin abseits der Trampelpfade« (Bock 2010) und der *Tagespiegel* bezeichnete Berlin wenig später gar als eine vom Tourismus »eroberte Stadt« (Bartels 2010). Tatsächlich scheint Tourismus heute, sicherlich auch begünstigt durch Berlins Polyzentralität, in vielen noch vor wenigen Jahren kaum touristisch erschlossenen Kiezen innerhalb des S-Bahn rings zu einem stadtentwicklungsprägenden Faktor geworden zu sein. Etliche dieser Kieze haben dabei gemein, dass sie nur über eine recht überschaubare Anzahl von Sehenswürdigkeiten im herkömmlichen Sinne verfügen und stattdessen ihre Attraktivität aus einer Kombination von materiellen und immateriellen bzw. wenig greifbaren Charakteristika beziehen. Charakteristika, die sie häufig auch zu heißen Gentrifizierungskandidaten machen oder auch auf bereits von-statten gegangene Aufwertungsprozesse zurückzuführen sind. Das ist für sich genommen nicht überraschend, denn dass touristisches Wachstum und Aufwertungs- bzw. Gentrifizierungsprozesse häufig parallel erfolgen bzw. sich gegenseitig ergänzen und/oder verstärken, wurde bereits häufig beobachtet (vgl. u. a. Gotham 2005). Bemerkenswert ist allerdings die Bedeutung, die Berliner Aufwertungsquartieren touristisch zuteil wird. Während vergleichbare Stadtquartiere andernorts, wie beispielsweise Belleville und die Gegend entlang des Canal St. Martin in Paris oder Shoreditch und Hoxton im Londoner Osten, als Stadtteildestinationen gesamtstädtisch betrachtet von eher nachrangiger Bedeutung sind, spielen Berlins vermeintliche »In-Stadtteile« und die ihnen innewohnenden Angebote und Prägungen eine bedeutende Rolle für die Tourismusmetropole Berlin. Nicht als Ergänzung zu großen, klassischen Sehenswürdigkeiten und Angeboten, sondern als konstitutiver Faktor für die derzeitige touristische Attraktivität der Stadt (Vivant 2007; Novy und Huning 2009; Novy 2010).

Es ist wohl u. a. dieser Tatsache geschuldet, dass zunehmend auch Standorte abseits der traditionellen Schwerpunkte des Beherbergungsmarktes in der City West sowie dem Altbezirk Mitte (Krajewski 2006: 206) in den Fokus der boomenden Hotelindustrie geraten sind. Vor allem in den östlichen Alt-Bezirken Friedrichshain und Prenzlauer Berg sowie in Kreuzberg wurden und werden beachtliche Übernachtungskapazitäten geschaffen, wobei insbesondere die Anzahl von Budget Hotels und

Hostels erheblich zugenommen hat (SenWTF 2011: 6). Gleichzeitig ist die vielerorts zu beobachtende Hostel- und Hotelschwemme nur ein Aspekt eines weitreichenden, dem Tourismus zuzuschreibenden Wandels städtischer Räume, der häufig tiefe Spuren im Leben und Alltag der dort lebenden und arbeitenden Menschen hinterlässt: Gewerbetreibende passen ihre Angebote den wachsenden Touristenaufkommen an bzw. werden durch auf BesucherInnen ausgerichtete Betriebe ersetzt; einst ruhige Wohnstraßen verwandeln sich in Shopping- und Partymeilen und Hauseingänge und Hinterhöfe werden zu beliebten Foto- und Postkartenmotiven. Diese mitunter als »Touristifizierung« beschriebene prozesshafte Veränderung städtischer Orte hat – gemeinsam mit der bislang nur unzureichend untersuchten Rolle wachsender touristischer Nachfrage als Gentrifizierungsbeschleuniger – entscheidend dazu beigetragen, dass Tourismus in den vergangenen Jahren zunehmend kontrovers diskutiert wurde und TouristInnen, im Zuge von Auseinandersetzungen über städtische Umstrukturierungsprozesse, zu einem populären Feindbild geworden sind. Aus der Perspektive derer, die in unmittelbarer Nähe touristischer Anziehungspunkte wohnen oder arbeiten, mag die in letzter Zeit um sich greifende Touristenschelte nachvollziehbar sein. Wer zum Beispiel in der Kreuzberger Falckensteinstraße wohnt, die jüngst als Reaktion auf den allabendlich stattfindenden Partytourismus im Kiez durch ein überklebtes Straßenschild in »Ballermannstraße« umgetauft wurde, hat guten Grund, vom Tourismus genervt zu sein. Wirklich hilfreich ist das Touristenbashing jedoch nicht. Es lenkt davon ab, dass für viele der mit Tourismus in Verbindung gebrachten Probleme keineswegs nur TouristInnen verantwortlich sind und fußt darüber hinaus auf undifferenzierten und nicht selten reichlich elitären Klischees, die mit den sich ändernden und zunehmend komplexeren Realitäten des Tourismus der Gegenwart wenig gemein haben oder sie allenfalls verzerrt widerspiegeln.

Don't blame it all on tourism!

Wer Berlins Kieze »besucht« und »verändert«

»So sind sie, die Touristen, die über die Hauptstadt herfallen wie eine biblische Plage: laut, raumgreifend und unfassbar dämlich« – Klagen über Touristen wie diese nicht ganz ernstgemeinte Touristenbeschimpfung aus der *taz* (Meinholt 2010) sind so alt wie der Tourismus selbst. Doch es war vor allen Dingen die Entstehung des Massentourismus im 20. Jahrhundert, die der Tourismuskritik Auftrieb verlieh und das weitverbreitete Image des Touristen als »Idiot des Reisens« (Urbain 1997) etablierte. Bis

heute sind es – neben einer ordentlichen Portion Snobismus und moralischem Überlegenheitsgefühl – nicht zuletzt aus der Hochzeit des Massentourismus entsprungene Vorstellungen, die antitouristische Reflexe begründen: Man selber reist und macht seine Sache gut, der »typische Tourist« dagegen ist eine »unglückselige Kreuzung von Trottel und Barbar« (Hennig 1997: 15). Allfällige Veränderungen touristischer Interessen und Praktiken werden demgegenüber kaum diskutiert, wengleich in der Forschung Einigkeit besteht, dass insbesondere der Städtetourismus in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur rasant gewachsen ist, sondern auch sein Profil entscheidend verändert, oder sagen wir besser: substantiell erweitert hat (Novy 2012). So wird als Folge postfordistischer Restrukturierungsprozesse bereits seit vielen Jahren eine fortschreitende Diversifizierung der touristischen Nachfrage und Angebotsstrukturen diagnostiziert. Der Charakter des Tourismus wird zwar nach wie vor durch die Prinzipien des fordistischen Massentourismus geprägt, ist aber gleichzeitig durch eine verstärkte Diversifizierung und Spezialisierung gekennzeichnet, die sich unter anderem in der Herausbildung ständig neuer Nischen und Trends niederschlägt und verschiedene AutorInnen dazu bewogen hat, die Entstehung eines *new tourism* – eines Tourismus neuen Typs – zu postulieren (vgl. u. a. Poon 1989, Voase 2007). Zusehends »unübersichtlicher« wird der Tourismus darüber hinaus, weil klare Abgrenzungen zwischen Freizeit und Arbeit und damit auch zwischen Orten der Freizeit und Orten der Arbeit bzw. Arbeitszeit und »freier« Zeit zunehmend verschwinden (Maitland und Newman 2009: 3). Währenddessen beeinflusst die immense Zunahme der Mobilität als Folge besserer und günstigerer Verkehrsinfrastrukturen sowie neuer Telekommunikationsmittel ihrerseits touristische Aktivitätsmuster. ForscherInnen sprechen deshalb einerseits von einer stetigen Ausdifferenzierung bzw. Segmentierung des Tourismus und andererseits von einer parallel erfolgenden De- bzw. Entdifferenzierung (vgl. u. a. Urry 2001; Hall, Williams und Lew 2004; Hall und Page 2006; Novy 2011). Der Tourismus der Gegenwart ist nicht nur vielfältiger denn je, sondern auch von einer zunehmenden »Veralltäglichung« (vgl. Wöhler 2011) gekennzeichnet. Einerseits, weil das Reisen für bestimmte soziale Gruppen immer mehr zum Alltag gehört und andererseits, weil die Grenzen zwischen touristischer und nicht-touristischer Aktivität, insbesondere in Städten, zunehmend verschwimmen. So zeigen verschiedene Studien, dass bestimmte, zumeist privilegierte städtische Milieus vermehrt als »as if tourists« (vgl. (Lloyd und Clark 2001) auftreten, d. h. städtische Räume und Ressourcen

ähnlich nutzen wie TouristInnen (Maitland und Newman 2004: 341; vgl. Novy 2010). Hinzu kommt, dass auch die Grenzen zwischen Tourismus und anderen Formen (temporärer) Migration zusehends verschwimmen. GastwissenschaftlerInnen, Austauschstudierende sowie eine ganze Reihe anderer – insbesondere in Berlin in großer Anzahl anzutreffender – temporärer »Stadtnutzer« (vgl. Martinotti 1999; Costa und Martinotti 2003) sind weder eindeutig als TouristIn noch als BewohnerIn einzuordnen und stellen somit die sowohl in wissenschaftlichen als auch populären Diskursen nach wie vor verbreitete Gegenüberstellung von BewohnerIn und TouristIn, bzw. von »einheimisch« und »fremd« in Frage.

Maitland und Newman (2009; siehe auch Maitland 2007; Maitland 2008; Fainstein, Hoffman und Judd 2003: 243) sprechen in diesem Zusammenhang sowie vor dem Hintergrund stetig wachsender Mobilität und internationaler Verflechtungen von einer neuen, in einigen Großstädten wie Berlin und London zur kritischen Größe herangewachsenen hypermobilen »Klasse«, deren Auswirkungen auf Städte und ihre Teilräume bislang weder in der Stadtpolitik noch in der Stadtforschung genügend Aufmerksamkeit erfahren. Und sie sprechen in Anspielung auf den bereits erwähnten »new tourism« Begriff von der Herausbildung von »new tourism areas«, neuen Tourismusgebieten, in denen »herkömmlicher« Tourismus im Zusammenspiel mit anderen Formen der »*Place Consumption*« (Selby 2004) raumpprägend bzw. -verändernd in Erscheinung tritt (Maitland und Newman 2004, 2009). Neue Internationalität entsteht, die Dichte von Cafés, Kneipen und anderen Angeboten für ausgehfreudige und erlebnishungrige Gruppen nimmt zu, Umwandlungs- und Aufwertungsprozesse werden begünstigt. Es spricht einiges dafür, dass wir es auch in vielen Teilen Berlins mit den von Maitland und Newman (2004, 2009) zuerst im Osten Londons beobachteten Dynamiken zu tun haben.

Die Besuchermassen, die Tourismus in Kreuzberg und anderen Ortsteilen zu einem kontroversen Thema haben werden lassen, bestehen beim genaueren Hinsehen mitnichten ausschließlich aus TouristInnen. Auch in vielen Berliner Kiezen sind Austauschstudierende, Berufstätige, die sich nur temporär in Berlin aufhalten, und andere nicht als TouristInnen einzuordnende vorübergehende »Stadtnutzer« zu einer starken Gruppe herangewachsen. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang sicherlich die scheinbar ungebrochene Attraktivität Berlins für KünstlerInnen und Kreative, die, angezogen vom Mythos bezahlbarer Mieten und attraktiver Freiräume, einen großen Anteil der »temporären Bevölkerung« Berlins ausmachen bzw. in vielen Kiezen zumindest besonders sichtbar

in Erscheinung treten. Über die exakte Rolle, die sie in Prozessen städtischen Wandels spielen, wissen wir bislang recht wenig. Doch auch in Berlin ist es offenkundig, dass die Trennlinien zwischen Tourismus und anderen Migrations- und Freizeitformen unscharf geworden sind und es schwieriger geworden ist, zwischen ihnen zu unterscheiden. Zudem verschwimmen auch innerhalb der Stadtpolitik die Grenzen zwischen Tourismuspolitik und anderen Bereichen, da die Stadtentwicklungs- und Standortpolitik der Gegenwart kultur-, freizeit- und konsumorientierter denn je geworden ist.

Städtetourismus und lokalstaatliche Politik

Tourismus spielt in der Berliner Politik zweifelsohne eine wichtige Rolle. Und das nicht erst seit der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit 2004 in einem Interview öffentlich erklärte, Tourismus »zur Chefsache« machen zu wollen (Sontheimer 2004a). Bereits vor dem Mauerfall widmete die Politik dem Fremdenverkehr überdurchschnittliche Aufmerksamkeit, galt doch der Tourismus nicht zuletzt als wichtiges Instrument innerhalb des propagandistischen Wettbewerbs der beiden Stadthälften (und Systeme). Nach der Wende rückte der Tourismus als wirtschaftliches Standbein verstärkt in den Mittelpunkt des Interesses. Die Bildmächtigkeit des Mauerfalls und der Wiedervereinigung bescherten dem Berlin-Tourismus Rekordumsätze und führten gemeinsam mit dem natürlichen Abebben des Besucheraufkommens in den frühen 1990er Jahren zu einer verstärkten politischen Auseinandersetzung über seine wirtschaftliche Bedeutung, die Organisation und Ausrichtung der Berliner Tourismuspolitik sowie die Entwicklung und Umsetzung geeigneter Marketingaktivitäten (Nerger 1998; Colomb 2011). 1992/1993 wurde der Entschluss gefasst, private Akteure in die Vermarktung des Standorts Berlin stärker einzubeziehen. Zunächst wurde das (West-)Berliner Fremdenverkehrsamt durch die privatwirtschaftlich organisierte und durch das Land Berlin und die Tourismuswirtschaft anteilig finanzierte Tourismus Marketing GmbH (BTM) ersetzt, die seit 2010 unter dem Namen »Visit Berlin« firmiert. 1994 folgte die Gründung von »Partner für Berlin – Gesellschaft für Hauptstadt-Marketing mbH« (PfB, heute »Berlin Partner«), einem zweiten, der Vermarktung Berlins gewidmeten Public Private Partnership. Vor dem Hintergrund weitreichender wirtschaftlicher und politischer Umstrukturierungen sowie insbesondere der (Berlin verspätet erreichenden) neoliberalen Neubestimmung staatlicher Planungs- und Steuerungslogiken entstanden so zwei gewichtige Akteure, die die Aus-

richtung des politischen und administrativen Handelns bezüglich Tourismus in den Folgejahren maßgeblich beeinflussen sollten. Darüber hinaus veranschaulichen sie den oftmals als einen Übergang von »Government« zu »Governance« beschriebenen Wandel lokaler Politik sowie den Bedeutungszuwachs strategischer Allianzen und öffentlich-privater Akteursnetzwerke (Harvey 1989; Mayer 1990; John 2006). Besonders im Bereich Standort- und Tourismusförderung trat dieser im Zuge der 1990er Jahre in Berlin deutlich zutage. Häußermann und Colomb (2003: 202) sprechen unter Rückgriff auf den anglo-amerikanischen Regime-Ansatz gar von der Herausbildung einer »öffentlich-privaten Tourismus Koalition« – »a coalition cooperating in marketing the city, organizing spectacular events, and reorganizing the urban space for the benefit of tourists.«

In jedem Fall erfolgte eine Professionalisierung und Intensivierung der (touristischen) Vermarktung Berlins. Großereignisse wie die Reichstagsverhüllung 1995 oder die Love Parade wurden organisiert bzw. unterstützt, um TouristInnen in die Stadt zu locken; eine großangelegte, unter Federführung von PfB entwickelte Marketingkampagne lanciert, um das »Neue Berlin« als prosperierende europäischen Metropole zu bewerben und der radikale Stadtumbau des Berliner Zentrums als »größte Baustelle Europas« publikumswirksam in Szene gesetzt (vgl. Krajewski 2006; Colomb 2011; Novy und Huning 2009). Viele dieser Aktivitäten waren dabei mitnichten ausschließlich auf ein touristisches Publikum ausgerichtet, sondern auch dem übergeordneten politischen Ziel einer Attraktivitätssteigerung des Standorts Berlin verpflichtet.

Unter der rot-roten Landesregierung, die 2002 nach einem kurzen Intermezzo einer rot-grünen Minderheitskoalition die Nachfolge der in den 1990er Jahren regierenden und an dem Berliner Bankenskandal (siehe Benedict Ugarte Chaçon in diesem Band) zerbrochenen Großen Koalition antrat, blieb es bei dieser Ausrichtung, wobei der Stellenwert des Tourismus eher noch zunahm. Die Politik musste zur Kenntnis nehmen, dass die euphorische Erwartung der Nachwendezeit, Berlin würde sich innerhalb weniger Jahre zu einer prosperierenden Dienstleistungsmetropole und international wahrgenommenen »Ost-West-Drehscheibe« entwickeln, nicht in Erfüllung gehen würde, und sah sich darüber hinaus nicht zuletzt aufgrund des Bankenskandals mit einer fortschreitend dramatischeren Wirtschafts- und Finanzsituation konfrontiert. Während Berlin wirtschaftlich am Boden lag, verzeichnete der Tourismus eine geradezu stürmische Entwicklung und rückte deshalb – gemeinsam mit einigen anderen Bereichen des tertiären Sektors – immer stärker in den

Fokus der Politik. Ein in der Senatskanzlei angesiedelter »Runder Tisch für Tourismus« wurde ins Leben gerufen, ein Tourismuskonzept zur Steigerung der Gästezahlen erstellt und trotz der akuten Haushaltsnotlage des Landes eine deutliche Intensivierung des Tourismusmarketings unter Bereitstellung zusätzlicher öffentlicher Mittel beschlossen. Die Berliner Tourismuswirtschaft zeigte sich angenehm überrascht. Die von Wowereit geführte Landesregierung täte »viel mehr für den Tourismus als alle ihre Vorgängerinnen«, ließ der damalige Chef der BTM, Hanns Peter Nerger, 2004 verlautbaren und das, obwohl man dem rot-roten Senat anfangs durchaus skeptisch gegenüber gestanden hatte (in Sontheimer 2004b). Dieser fühlte sich vom anhaltenden Wachstum des Tourismussektors bestätigt und setzte auch in seiner zweiten Amtszeit auf diese »Wachstumsbranche«. Korrigieren musste man allerdings die eigens formulierten Wachstumsziele, denn das ursprünglich vorgegebene Ziel, bis 2010 die Übernachtungszahlen in Berlin auf 15 Millionen zu erhöhen, wurde bereits 2006, dem Jahr der Fußball Weltmeisterschaft, erreicht. Als neues Ziel gab man vor, 2010 die 20 Millionen Marke knacken zu wollen.

Merkliche Veränderungen ergaben sich ferner im Hinblick auf die inhaltliche und räumliche Ausrichtung vieler tourismusbezogener Maßnahmen. Berlins Kieze hatten in den Jahren zuvor innerhalb des Berliner Tourismusmarketings sowie in den Debatten über die Entwicklung des Tourismus in der Stadt eine eher untergeordnete Rolle gespielt. Insbesondere der Fokus der BTM lag, obwohl Reiseführer und andere touristische Medien das touristische Potential vieler Kieze zu diesem Zeitpunkt längst erkannt hatten, auf der Bewerbung des Stadtzentrums und einzelner andernorts gelegener Sehenswürdigkeiten. Dies begann sich im Laufe der 2000er Jahre zu ändern. Nun rückten zunehmend auch Motive abseits der herkömmlichen Ziele ins Visier der Tourismuswerber – Orte, mit denen sich das Image der Stadt als Kreativ- und Szenemetropole unterstreichen ließ, wie das Badeschiff in Treptow, aber auch Bilder von Straßencafés, Hinterhofsituationen und ähnlichen, vermeintlich »kieztypischen« Motiven (vgl. Colomb 2011; Kalandides und Colomb 2010). Dieser Orts- bzw. Motivwechsel erfolgte etwa zeitgleich mit einer Reihe weiterer Maßnahmen, die dem Tourismus abseits des Zentrums Rechnung trugen und, so ist jedenfalls zu vermuten, diesen zusätzlich begünstigten. Unter anderem wurde das zunächst auf das Zentrum Mitte beschränkte touristische Wegeleitsystem auf andere Teile der Stadt ausgeweitet, während sich Berlins Bezirke – in unterschiedlichem Maß und Umfang – ebenfalls verstärkt dem Tourismusgeschäft zuwendeten. Nach und nach wurden

immer mehr Orte und Aspekte der Stadt in die touristische Angebotspalette einbezogen und – themenspezifisch und zielgruppengerecht aufbereitet – einer touristischen Verwertung zugeführt.

Gleichzeitig nahmen und nehmen die Landesregierung und die Bezirke nicht nur durch Tourismuspolitik im engeren Sinne – also Maßnahmen, die sich hauptsächlich oder ausschließlich auf Tourismus beziehen (Mundt 2004: 12) – Einfluss auf die touristische Entwicklung. Tourismus ist von vielen Politikbereichen abhängig, und im wiedervereinigten Berlin wurde ihm von Beginn an in vielen dieser Bereiche eine besondere Bedeutung zuteil – so als neuer, Einnahmen und Jobs versprechender wirtschaftlicher Schwerpunkt im tertiären Sektor oder als Imageträger und Marketinginstrument im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen und qualifizierte Arbeitskräfte. Die dem Tourismus zugeschriebene Bedeutung war seit den frühen 1990er Jahren unter anderem in der Stadtpolitik mit ihrer, für das Zeitalter unternehmerischer Stadtpolitik typischen wirtschafts- und wachstumsorientierten Ausrichtung, stets gegenwärtig, wenn auch nicht immer explizit erkennbar. Die Fokussierung städtischer Politik auf imageträchtige Großprojekte, die gezielte »Aufwertung« bzw. »Belebung« einkommensschwächerer Quartiere durch neu geschaffene Kultur-, Konsum- und Freizeitangebote oder die viel beschriebene Tendenz zur Inszenierung und Festivalisierung städtischer Räume – all diese, nicht nur das Berliner Stadtentwicklungsgeschehen bestimmenden Trends, stehen exemplarisch für ein politisches Handeln, das zwar nicht in erster Linie mit Tourismus befasst, aber dennoch touristisch relevant ist, und also nicht unwesentlich zu der Entwicklung des Tourismus in den vergangenen Jahren beigetragen haben dürfte. Dies betrifft auch seine räumliche Expansion im Stadtgebiet. Sie ist ebenso wenig allein durch nachfragebasierte Ansätze zu erklären, wie dies bei Prozessen der Gentrifizierung möglich ist. Obwohl die, mit immer deutlicher zutage tretenden Konflikten konfrontierte Politik versucht, diesen Eindruck entstehen zu lassen, zum Beispiel in dem sie BewohnerInnen, die über ausufernde Touristenmassen klagen, mantrahaft entgegenhält, Touristenströme ließen sich nicht steuern.

Friedrichshain-Kreuzberg – Die Welt zu Gast bei Tourihassern?

Dass sich Tourismus nicht ohne weiteres »steuern« lässt, ist eine Binsenweisheit; eine Binsenweisheit, die viele BerlinerInnen nicht davon abhält, gegen die negativen Auswirkungen des Tourismus in ihrem Lebensumfeld vorzugehen und die Politik in die Verantwortung zu neh-

men. Es gärt in vielen Berliner Kiezen und in einigen von ihnen ist die Entwicklung des Tourismus zu einem bestimmenden Thema geworden. Eine besondere Rolle nimmt in diesem Zusammenhang Friedrichshain-Kreuzberg ein. In der Presse gilt der Bezirk, spätestens seit die Grünen von Friedrichshain-Kreuzberg im Februar 2011 mit einer Veranstaltung unter dem Titel »Hilfe, die Touris kommen« über die Stadtgrenzen hinaus für Aufsehen sorgten, als Zentrum der »Touristen-Hasser« (vgl. u. a. Haas, Drachsel und Bauer 2011). Tatsächlich wird wohl in keinem anderen Bezirk kontroverser über Tourismus diskutiert als hier. Während der Senat unverändert auf touristisches Wachstum setzt und in seinem neuen Tourismuskonzept 2011+ kundtat, bis 2020 30 Millionen jährliche Übernachtungen anzustreben, sind es in Friedrichshain-Kreuzberg längst nicht nur die im Bezirk regierenden Grünen, die den gegenwärtigen Kurs der Landespolitik in Frage stellen. Vielmehr ist es auf das Engagement lokaler Initiativen zurückzuführen, dass sich die Bezirkspolitik überhaupt dem Thema annahm. Wie in vielen anderen Bezirken auch, war Tourismus in der Bezirkspolitik lange Zeit ein Randthema. Obwohl insbesondere Kreuzberg auf eine lange Geschichte als Touristenziel zurückblicken kann und seit Jahrzehnten Besucher aus der ganzen Welt anzieht, beschäftigte man sich auf Bezirksebene lange Zeit allenfalls sporadisch mit Wohl und Wehe des Tourismus (Novy und Huning 2009; Novy 2010). Erst nach der Jahrtausendwende, nachdem Kreuzberg mit dem benachbarten Friedrichshain zum neugeschaffenen Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zusammengeschlossen worden war, gewann das Thema bezirkspolitisch an Bedeutung. Zunächst stand das Bestreben im Mittelpunkt, den lokalen Tourismus zu fördern bzw. am boomenden Tourismus auf stadtweiter Ebene stärker zu partizipieren. Unter anderem wurde das bezirkseigene Marketing durch ein von der Europäischen Union mitfinanziertes Projekt der Wirtschaftsförderung ausgebaut und ein runder Tisch ins Leben gerufen, um tourismusrelevante Akteure im Bezirk besser miteinander zu vernetzen. Mit einer Vielzahl sozialer Probleme und kontinuierlich rückläufigen Ressourcen konfrontiert, setzte der Bezirk noch vor wenigen Jahren – im Rahmen seiner begrenzten Möglichkeiten – offensiv auf die Wachstumsbranche Tourismus sowie die Vermarktung des Friedrichshain-Kreuzberg inwohnenden touristischen Potenzials, um Arbeitsplätze zu schaffen und wirtschaftliche Impulse zu generieren. Dazu gehörte unter anderem die Vermarktung lokaler Sehenswürdigkeiten und Dienstleistungen durch PR-Materialien und eine Webseite, sowie die Organisation verschiedener touristischer Events. Der Erfolg

bzw. Misserfolg dieser, die Durchdringung bezirklicher Politik durch die Prinzipien und Prämissen unternehmerischer Stadtpolitik veranschaulichenden Maßnahmen, ist nur schwer einzuschätzen (vgl. Hall und Hubbard 1998; Harvey 1989; Mayer 1990). Jedenfalls sah sich der Bezirk in den Folgejahren mit einem veritablen Tourismusboom konfrontiert, der bald ein solches Ausmaß annahm, dass nicht mehr der (vermeintliche) Nutzen des Tourismus, sondern vielmehr seine negativen Begleiterscheinungen die bezirkspolitischen Debatten bestimmten.

Gleich eine ganze Reihe unterschiedlicher Konflikte taten sich auf: die Admiralbrücke in SO36 wurde zum Schauplatz eines erbitterten Streits über den dort stattfindenden Partytourismus; in vielen Gründerzeitvierteln häuften sich die Beschwerden über legale oder illegale Umwandlungen von Miet- in Ferienwohnungen; und auch die ursprünglich von den meisten BezirkspolitikerInnen noch begrüßte Ansiedlung ständig neuer Beherbergungsbetriebe – ihre Zahl hatte sich seit 1993 mehr als vervierfacht – wurde zunehmend kritisch gesehen. Darüber hinaus wurden auch jene Stimmen lauter, die die negativen Einflüsse des Tourismus auf die existierenden Lebensräume und Kiezstrukturen thematisierten – wie etwa in der Gegend rund um die Schlesische Straße, einem Kiez, der seit geraumer Zeit von Besuchern aus aller Welt besonders nachgefragt und in den Augen vieler Bewohner, wie dem Blogger »Sebastian Kraus«, von Tourismus besonders in Mitleidenschaft gezogen wird. Kraus (2010) geht in seinem »Blogroman« ausführlich auf die »zunehmende Überlagerung von Alltags- und Lebenswelt der hier wohnenden Menschen durch das touristische Leben, dessen Präsenz und Infrastruktur« sowie die fortschreitende »Verwandlung von Straßen und Plätzen in Foto- und Postkartenmotive, Bilder und Kulissen« ein, die inzwischen auch über den Kiez hinaus für Aufsehen sorgen. Er beschreibt wie durch den Verlust »städtischer und gesellschaftlicher Freiräume und Nischen« sowie das »Verschwinden authentischer Orte« genau jener Mythos zerstört wird, der Berlins derzeitige Attraktivität als Tourismusziel (mit-)begründet. Und er zeigt die Zusammenhänge auf, die Tourismus zu einem kontroversen Thema haben werden lassen: die »sukzessive Verdrängung der »Locals«, die Kraus auch auf die ungebrochene Attraktivität des Kiezes für »Studenten oder Medien- und Kulturschaffende aus dem westlichen Ausland« zurückführt sowie die Verantwortung der Politik, die »durch gezielte Ansiedlungen und durch groß angelegte Investorenvorhaben wie das Mediaspree-Projekt« sowie die durch die Landesregierung geförderte »Aufwertung« und »Belebung« des Kiezes« seinen jetzigen Wandel gera-

dezu forciert habe. Ähnlich argumentierten auch viele BewohnerInnen, die an der bereits erwähnten »Hilfe, die Touris kommen« Veranstaltung der Grünen und einer kurz darauf vom Bezirksamt einberufenen Diskussionsrunde zum selben Thema teilnahmen. Auf der besagten Veranstaltung des Bezirksamtes beteuerten anwesende Bezirkspolitiker, die Belange der Betroffenen ernst zu nehmen und alles daran zu setzen, das Nebeneinander von Einwohnern und Besuchern »verträglich« zu gestalten. Wie das gelingen soll, blieb derweil unklar. Der Bezirk, der inzwischen ähnlich viele gewerbliche Übernachtungen zählt wie Stuttgart oder manch andere deutsche Großstadt (SenWTF 2011: 6), verfügt selbst über nur wenige Mittel, um gegen die negativen Folgen des Tourismus vorgehen zu können, und der Senat lässt bislang nicht erkennen, seine bisherige Politik ändern zu wollen. Abgesehen von punktuellen, eher kosmetischen Korrekturen wie der Ankündigung, die Ferienwohnungsschwemme in besonders gefragten Kiezen eindämmen zu wollen, scheint man gemeinsam mit der Tourismuslobby auch in Zukunft auf eine nahezu ausschließlich auf Wachstum ausgerichtete Politik zu setzen. Zwar wird in der von der Landesregierung in Auftrag gegebenen und in Kooperation mit »Visit Berlin« entstandenen Neuauflage des städtischen Tourismuskonzepts erstmals etwas ausführlicher auf »Überlastungserscheinungen« und Konflikte, die »die Aufenthalts- und Lebensqualität beeinträchtigen«, eingegangen (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen 2011: 23), konkrete Vorschläge, wie man diesen Problemen beizukommen gedenkt, werden jedoch nicht genannt. Sowohl Landesregierung als auch die Tourismuswirtschaft schienen nach dem Ausbrechen der Tourismusdebatte in Kreuzberg eher darauf bedacht, diese zu kritisieren (»wirtschaftsfeindlich«, »provinziell«, »fremdenfeindlich« usw.) als sich ernsthaft mir ihr auseinanderzusetzen.

Fazit

Der wachsende Städtetourismus ist seit dem Fall der Mauer und der Vereinigung der beiden Stadthälften zu einem prägenden Bestandteil des tiefgreifenden Wandels Berlins geworden. Er prägt die Stadt in ihrem Erscheinungsbild, in ihrer Räumlichkeit und nicht zuletzt in ihrem Selbstverständnis, und wird als einer der entscheidenden ökonomischen Hoffnungsträger der nächsten Jahrzehnte angesehen. Als Einnahmequelle, Jobmotor und Imagefaktor, der Berlin in einem positiven Licht erscheinen lässt, wird Tourismus hofiert, gefeiert und gefördert. Manch einer sieht die Zukunft Berlins bereits in einer Art Las Vegas an der Spree,

einer durch die Konsum- und Erlebnisgesellschaft geprägten und von ihr getragenen Stadt (vgl. Büscher 2006). Ein besonderes Charakteristikum des Tourismusbooms in Berlin ist seine räumliche Expansion, denn in vielen Teilen der Stadt ist zu beobachten, dass Orte, die bis vor kurzem kaum mit Tourismus in Verbindung gebracht wurden, zunehmend touristische Nachfrage erfahren.

Diese Entwicklung ist untrennbar mit einem umfassenden Wandel touristischer Interessen und Praktiken verbunden, aber sie ist nicht zuletzt auch Resultat der politischen und politökonomischen Verhältnisse der vergangenen Jahrzehnte. Ähnlich wie in anderen Städten, sind auch in Berlin die Prämissen und Prinzipien unternehmerischer neoliberaler Stadtpolitik zu Wesensmerkmalen des politischen Geschehens geworden. Sie artikulieren sich unter anderem in einer zunehmend markt-, wettbewerbs- und aufwertungsorientierten Stadtentwicklungs- und Standortpolitik, in der Tourismus – gemeinsam mit den Bereichen Kultur, Konsum und Freizeit – eine besondere Bedeutung zuteil wird. Diese Ausrichtung der Berliner Politik hat nicht unwesentlich zu der fortschreitenden touristischen »Eroberung« Berlins beigetragen, deren negative Folgen jetzt besonders in innenstadtnahen Kiezen von Bewohnerinnen und Stadtteilinitiativen problematisiert werden. Ihren Protesten ist es zu verdanken, dass die Entwicklung des Tourismus in Berlin sowie die bis heute nahezu ausschließlich auf Wachstum ausgerichtete tourismuspolitische Praxis der Berliner Landespolitik in jüngerer Zeit zu einem kontrovers diskutierten Thema geworden sind, und nun öffentlich über die Kosten und Nutzen des Tourismus, deren Verteilung sowie Fragen der Verträglichkeit diskutiert wird. Angesichts des hier am Beispiel Kreuzbergs skizzierten, aber auch in vielen anderen Gegenden Berlins zu beobachtenden Ausmaßes tourismusinduzierten Wandels, war dies auch höchste Zeit. Inwieweit die jetzt stattfindende Debatte zu einer Korrektur der bisherigen politischen Praxis führen wird, bleibt abzuwarten. Hinter vorgehaltener Hand geben auch Vertreter der Tourismuslobby zu, dass dessen ungebremstes Wachstum die Stadt vor Probleme stellt; Probleme, die irgendwann auch dem Tourismus schaden könnten, denn schließlich unterminieren die von BewohnerInnen beklagten Folgen des Tourismus auch vieler jener Attribute, die Berlins Attraktivität als Reiseziel mitbegründen. Gleichzeitig gilt aber auch, dass viele der jetzt unter Schlagwörtern wie »Touristifizierung« diskutierten Tendenzen nicht ausschließlich auf Tourismus zurückzuführen sind, und viele der mit ihnen verbundenen Konflikte beim genaueren Hinsehen nicht zwischen Touristen und

Bewohnern, sondern vielmehr entlang anderer Differenzierungs- und Ungleichheitslinien verlaufen. Der Tourismus spaltet – anders formuliert – auch deshalb die Gemüter, weil das ehemals politisch geteilte Berlin sich seit der Wiedervereinigung mehr und mehr in eine sozial gesplante Stadt entwickelt hat, in der die Lebensrealitäten privilegierter (und häufig besonders konsum- und freizeitorientierter) Individuen und Gruppen und derer, die nichts oder nicht viel haben, immer heftiger aufeinanderprallen (vgl. Mayer 2006; Häußermann und Kappan 2000). Weil diese Entwicklung nicht zuletzt der Politik vergangener Jahre geschuldet ist und klare Abgrenzungen zwischen Bewohnern und Touristen darüber hinaus zusehends schwieriger werden, macht es keinen Sinn, sich in der stadtpolitischen Auseinandersetzung auf Touristen einzuschließen und sie zum Feindbild zu erklären. Als Feindbild taugt, wenn man denn eines braucht, allenfalls die gegenwärtige Ausrichtung der (Berliner) Politik.

Literatur

- Bartels, Gunda (2010): Berlin – die eroberte Stadt. *Der Tagesspiegel*. 15.08.2010. Online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/berlin/berlin-die-eroberte-stadt/1903598.html>, zuletzt geprüft am 17.09.2010
- Berlin Tourismus Marketing GmbH (2010a): *Wirtschaftsfaktor Tourismus Berlin*. Online verfügbar unter http://www.berlin.de/imperia/md/content/senatsverwaltung/gen/senwaf/publikationen/wf_aktor_tourismus.pdf, zuletzt geprüft am 17.09.2010.
- Berlin Tourismus Marketing GmbH (2010b): Erfolgsgeschichte des Berlin-Tourismus fortschreiben. Pressemeldung. Online verfügbar unter <http://partner.visitberlin.de/de/pressemeldung/erfolgsgeschichte-des-berlin-tourismus-fortschreiben>
- Berner, Laura und Julian Wickert (2012): Keine Gespensterdebatte. *MieterEcho Online* – 21.10.2011. Online verfügbar unter <http://www.bmgev.de/mieterecho/mieterecho-online/ferienwohnungen-studie.html>, zuletzt geprüft am 18.03.2012
- Bock, Caroline (2010): Touristen erobern Berlin abseits der Trampelpfade. *Die Welt*. 01.09.2010. Online verfügbar unter <http://www.welt.de/reise/staedtereisen/artic1e9307373/Touristen-erobern-Berlin-abseits-der-Trampelpfade.html>, zuletzt geprüft am 17.09.2010
- Büscher, Wolfgang (2006): Stadt der Spieler. *Die Zeit*. 06.07.2006. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/2006/28/Berlin>, zuletzt geprüft am 17.09.2010
- Clark, Terry N.(2003): *The City as an Entertainment Machine*. San Diego: Elsevier
- Colomb, Claire und Ares Kalandides (2010): The ›be Berlin‹ campaign: Old wine in new bottles or innovative form of participatory place branding?. In: Ashworth, Gregory J. und Mihalis Kavaratzis (Hrsg.), *Towards effective place brand management. branding European cities and regions*. Cheltenham: Elgar, S. 173-191

- Colomb, Claire und Ares Kalandides, A. (2010): The ›be Berlin‹ campaign: Old wine in new bottles or innovative form of participatory place branding? In: Ashworth, G.J. and Kavaratzis, M. (Hrsg.), *Towards effective place brand management: branding European cities and regions*. Cheltenham(UK) and Northampton (US): Edward Elgar.
- Colomb, Claire (2011): *Staging the new Berlin. Place marketing and the politics of urban reinvention post-1989*. New York/London: Routledge.
- Costa, Nicolò. und Guido Martinotti (2003): Sociological Theories of Tourism and Regulation Theory. In: Cities and Visitors: Regulating People, Markets, and City Space. In: Hoffman, Lily M.; Fainstein, Susan S.; Judd, Dennis R. (Hrsg.), *Cities and visitors. Regulating people, markets, and city space*. Malden, Mass.: Blackwell, S. 53-74
- Deloitte (2011): Newsletter 2. Quartal 2011: *Hotelmarkt Berlin: Hostel Tür an Tür mit Luxusherberge*.
- Fainstein, Susan S., Hoffman, Lily M. und Dennis R. Judd (2003): Making Sense of Tourism. In: Hoffman, Lily M.; Fainstein, Susan S.; Judd, Dennis R. (Hrsg.), *Cities and visitors. Regulating people, markets, and city space*. Malden, Mass.: Blackwell, S. 239-253.
- Falkner, Markus (2012): Jedes dritte Berliner Hotelbett steht in Mitte. *Berliner Morgenpost*, 14.03.2012. Online verfügbar unter <http://www.morgenpost.de/berlin/article1926859/Jedes-dritte-Berliner-Hotelbett-steht-in-Mitte.html>, zuletzt geprüft am 18.03.2012
- Gotham, Kevin F. (2005): Tourism gentrification: The case of new Orleans' vieux carre (French Quarter). *Urban Studies.*, 42 (7), S.1099-1121
- Gumbel, Peter (2009): Hip Berlin: Europe's Capital of Cool. *Time Magazine*. Vol. 174, No. 19 (Online Ausgabe). Online verfügbar unter <http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,1934459,00.html>, zuletzt geprüft am 28.12.2010
- Haas, Birgit; Drachsel, Christina und Tina Bauer (2011). Kreuzberger werden zu Touristen-Hassern. *Berliner Morgenpost*, 11.05.2011. Online verfügbar unter <http://www.morgenpost.de/berlin/article1635617/Kreuzberger-werden-zu-Touristen-Hassern.html>, zuletzt geprüft am 18.03.2012
- Hall, Colin Michael, Allan M. Williams und Alan A. Lew (2004): Tourism: conceptualizations, institutions, and issues, in: Lew, Alan A, Colin Michael Hall, and Allan M. Williams (Hrsg.), *A Companion to Tourism*. Malden, MA: Blackwell Publishing, S. 3-21
- Hall, Colin Michael und Page, Stephen (2006): *The Geography of Tourism and Recreation: Environment, Place and Space*. New York/London: Routledge
- Hall, Tim und Phil Hubbard (1998): *The Entrepreneurial City: Geographies of Politics, Regime, and Representation*. Chichester: John Wiley and Sons
- Haas, Birgit, Christina Drachsel und Tina Bauer (2011): Kreuzberger werden zu Touristen-Hassern. *Morgenpost Online*. 11. Mai 2011, Online verfügbar unter <http://www.morgenpost.de/berlin/article1635617/Kreuzberger-werden-zu-Touristen-Hassern.html>, zuletzt geprüft 11.03.2012
- Häußermann, Hartmut und Andreas Kapphann (2000): Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt?: sozialräumlicher Wandel seit 1990. Opladen: Leske + Budrich

- Häußermann, Hartmut und Claire Colomb (2003): The New Berlin: Marketing the City of Dreams, in: Hoffman, Lily M./Fainstein, Susan S./Judd, Dennis R. (Hrsg.), *Cities and Visitors. Regulating People, Markets, and City Space*. Malden, MA: Blackwell, S. 200-218
- Harvey, David (1989): From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism, *Geografiska Annaler Series B*, 71(1), S. 3-17
- Harvey, David (2001): *Spaces of Capital*. New York/London: Routledge
- Heeg, Susanne (1998): Vom Ende der Stadt als staatlicher Veranstaltung. Reformulierung städtischer Politikformen am Beispiel Berlins. In: *Prokla*, 110 (1), S. 5-25
- Hennig, Christoph (1997): *Reiselust. Touristen, Tourismus und Urlaubskultur*. Frankfurt: Insel
- Hoffman, Lily M.; Fainstein, Susan S.; Judd, Dennis R. (2003): *Cities and visitors. Regulating people, markets, and city space*. Malden, Mass.: Blackwell
- John, Peter (2006): *Local Governance in Western Europe*. London: Sage
- Huning, Sandra und Johannes Novy (2008): Stadtteiltourismus zwischen Kultur und Kommerz. Die Beispiele Berlin-Kreuzberg und Harlem, New York. In: Freytag, Tim (Hrsg.), *Städtetourismus zwischen Kultur und Kommerz*. München: Profil, S. 177-192.
- Krätke, Stefan. (2004): City of talents? Berlin's regional economy, socio-spatial fabric and ›worst practice‹ urban governance. *International Journal of Urban and Regional Research*, 28 (3), S. 511-529
- Krajewski, Christian (2006): Städtetourismus im ›Neuen Berlin‹ zwischen Authentizität und Inszenierung. In: Reuber, Paul; Albers, Aline; Reuber-Schnell (Hrsg.), *Postmoderne Freizeitstile und Freizeiträume. Neue Angebote im Tourismus*. Berlin: Schmidt, S. 203-216
- Kraus, Sebastian (2010): *Wrangelstraße. Blogroman aus Berlin Kreuzberg*. Online verfügbar unter <http://wrangelstrasse-blog.de/>, zuletzt geprüft am 28.12.2010
- Lang, Barbara (1998): *Mythos Kreuzberg. Ethnographie eines Stadtteils 1961-1995*. Frankfurt, New York: Campus
- Lloyd, Richard und Terry N. Clark (2001): The City as an Entertainment Machine, in Gotham Kevin F. (Hrsg.) *Critical Perspectives on Urban Redevelopment*. Amsterdam, Elsevier Science, S. 357-378.
- Maitland, Robert and Peter Newman. 2004. Developing Metropolitan Tourism on the Fringe of Central London. *International Journal of Tourism Research*, 6 (5), S. 339-348.
- Maitland, Robert (2007): Tourists, the creative class, and distinctive areas in major cities. In: Richards, G. and Wilson, J. (Hrsg.) *Tourism, Creativity and Development*. New York/London: Routledge, S. 73-86
- Maitland, Robert (2008): Conviviality and everyday life: the appeal of new areas of London for visitors. *International Journal of Tourism Research*, 10(1), S. 15-25
- Maitland, Robert und Peter Newman (2009): *World Tourism Cities: Developing Tourism Off the Beaten Track*. New York/London: Routledge
- Martinotti, Guido (1999): A city for whom? Transients and public life in the second-generation metropolis. In Beauregard, Robert and Sophie Body-Gendrot (Hrsg.), *The Urban Moment*. Thousand Oaks, CA: Sage, S. 155-84

- Mayer, Margit (1990): Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt. In: Borst, Renate; Krätke, Stefan; Mayer, Margit; Roth, Roland und Schmoll, Fritz (Hrsg.), *Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte*. Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser Verlag, S.190-208,
- Mayer, M., New Lines of Division in the New Berlin. In: Ulfers, Friedrich, Günter Lenz, Antje Dallmann (Hrsg.), *Towards a New Metropolitanism: Reconstituting Public Culture, Urban Citizenship, and the Multicultural Imaginary in New York City and Berlin*, Heidelberg: Universitätsverlag Winter., S. 171-183
- Meinholt, Philip (2010): Die Rache der Spanier. *Die Tageszeitung*. 25.08.2010. Online verfügbar unter <http://www.taz.de/!57470/>, zuletzt geprüft am 15.06.2012
- Mundt, Jörn W. (2004): *Tourismspolitik*. München: Oldenbourg
- Myrrhe, A. (2010).Trendbezirke lehnen weitere Billighotels ab. *Der Tagesspiegel*. 18.09.2010 (Online Ausgabe). Online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/berlin/trendbezirke-lehnen-weitere-billighotels-ab/1936408.html>, zuletzt geprüft am 17.09.2010
- Nerger, Hanns Peter (1998): Städtetourismus am Beispiel der Berlin Tourismus Marketing GmbH. In: Haedrich, G.; Kaspar, C.; Klemm, K.; Kreilkamp, E. (Hrsg.), *Tourismus-Management: Tourismus-Marketing und Fremdenverkehrsplanung*. Berlin/ New York: De Gruyter, S. 813- 828
- Novy, Johannes und Sandra Huning (2009): New Tourism Areas in the New Berlin. In: Maitland, R.; Newman, P. (Hrsg.), *World tourism cities. Developing tourism off the beaten track*. New York/London: Routledge, S. 87-108
- Novy, Johannes (2010): What's new about new tourism? And what do recent changes in travel imply for the ›tourist city‹ Berlin? In: Richter, J. (Hrsg.), *The tourist City Berlin. Tourism and architecture*. Salenstein: Braun, S. 191-200
- Novy, Johannes (2012): Städtetourismus, Stadtteiltourismus und der Mythos Städtischer Steuerung. Das Beispiel Berlin. In: Wöhler, Karlheinz (Hrsg.), *Destination Governance*. Berlin: ESV-Verlag, S. 193-214
- Poon, Auliana (1989): Competitive strategies for a ›new tourism‹, in: Cooper, C.P. (Hrsg.), *Progress in Tourism, Recreation and Hospitality Management*. London: Belhaven Press, S. 91-102
- Schulte-Peevers Andrea (2002): *Lonely Planet Berlin*, 3. Aufl. Melbourne und London: Lonely Planet
- Selby, Martin (2004): *Understanding urban tourism. Image, culture and experience*. London: Tauris.
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Fragen (SenWTF) (2011): *Tourismuskonzept 2011+* Berlin
- Sontheimer, Michael (2004a): Tourismus ist Chefsache. *Spiegel Online*. 05. Juli 2004. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/reise/staedte/0,1518,307258,00.html>, zuletzt geprüft am 17.09.2010
- Sontheimer, Michael (2004b): Diese Stadt macht süchtig. *Spiegel Online*. 24. August 2004. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/reise/metropolen/0,1518,314549,00.html>, zuletzt geprüft am 17.09.2010
- Urbain, Jean-Didier (1997): Der Tourist – Idiot des Reisens? *Kunstforum International*, 136, S. 85

- Urry, John (2001), *The Tourist Gaze: Leisure and Travel in Contemporary Societies*, London: Sage
- Vivant, Elsa (2007): Les événements off: de la résistance à la mise en scène de la ville créative *Géocarrefour*, 82 (3), S.131-140
- Voase, Richard (2007): Individualism and the ›new tourism‹: a perspective on emulation, personal control and choice. *International Journal of Consumer Studies*. 31 (5), S. 541-547
- Wöhler, Karlheinz. 2011. *Touristifizierung von Räumen Kulturwissenschaftliche und soziologische Studien zur Konstruktion von Räumen*. Wiesbaden: Springer
- Zukin, Sharon (1995): *The cultures of cities*. Oxford: Blackwell

■ PROTEST UND WIDERSTAND

Besetzen im 21. Jahrhundert

»Die Häuser denen, die drin wohnen«

Von azozomox

Die großen Besetzungswellen 1980/81 in Westberlin und 1989/90 in Gesamtberlin, insbesondere im Ostteil der Stadt mit jeweils mehr als 120 besetzten Häusern, führten neben vielen Räumungen zu einer Legalisierung eines großen Teils jener Häuser.¹ Die letzte große Räumungswelle von Häusern und Wagenplätzen erfolgte dann Mitte der 90er Jahre, verantwortet vom damaligen CDU-Innensenator und Ex-Bundeswehrgeneral Jörg Schönbohm. Ganz wesentlich für das Verhindern von Besetzungen trug – neben dem Fehlen einer größeren und breiteren politischen Bewegung, die die Fähigkeit zu massiven Mobilisierungen gehabt hätte – die staatliche Repression in Form der konsequenten Anwendung der sogenannten »Berliner Linie« bei. Diese beinhaltete u. a. die Vorgabe, nach Stellung eines Strafantrags auch ohne Gerichtsbeschluss, sofort räumen zu lassen – meist binnen 24 Stunden bzw. weniger Tage nach einer Besetzung. Ursprünglich besagte diese vom SPD/FDP-Senat 1981 eingeführte »Berliner Linie der Vernunft« oder nur »Linie der Vernunft«, wie sie anfänglich genannt wurde, dass neu besetzte Häuser nur dann geräumt werden können, wenn die HausbesitzerIn zusätzlich zum gestellten Strafantrag auch ein prüfbares Bauvorhaben wie z. B. eine Sanierung vorweisen konnte.

Trotz alledem kam und kommt es immer wieder vereinzelt zu Besetzungen von Gebäuden, Freiflächen und Häusern, und einmal gewonnene Freiräume werden keineswegs freiwillig aufgegeben. Diese Auseinandersetzungen sind als gesellschaftliche Kämpfe um eigene Gestaltungsmöglichkeiten sowie für mehr Autonomie und Selbstbestimmung innerhalb einer ständig unter Gentrifizierungseinflüssen stehenden Stadt zu begreifen, als Kämpfe um Räume und Orte jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik.

Besetzt – Legalisiert – Gekündigt – Geräumt

Dass Legalisierungen zuweilen nur einen vorübergehenden Schutz bieten, illustrieren exemplarisch die folgenden Beispiele der Häuser Rosentha-

1 Schätzungen gehen von über 200 legalisierten Häusern aus.

ler Straße 68, Brunnenstraße 183, Liebigstraße 14 und des Linienhofes in der Kleinen Rosenthaler Straße 9 sowie des Kunsthauses Tacheles, die zuerst besetzt, dann im Zuge von Verhandlungen und Runden Tischen legalisiert und schließlich nach Weiterverkauf an neue EigentümerInnen gekündigt und geräumt wurden.

2001 wurde der 1990 besetzte »Eimer«² in der Rosenthaler Straße 68 in Mitte geräumt, nachdem per Gerichtsverfahren schon zwei Jahre zuvor die Räumung verfügt worden war. Der Eimer war ein bedeutender Underground-Club, mitgegründet von den Bands Freygang, Ichfunktion und Die Firma, der eine nicht-kommerzielle Gegenkultur für MusikerInnen und KünstlerInnen zur Mainstream-Kultur Berlins präsentierte. Das Haus gehörte der BEWOG (ehemals WBM), die nach einer Razzia des Gewerbeamtes Ende Juni 2001 wegen angeblich maroder Stromleitungen und akuter Brandgefahr das Haus baupolizeilich sperren ließ, alle Stromleitungen zerstörte und alle sich vor Ort befindlichen Personen des Hauses verwies. Anfang Juli tauschte sie alle Schlösser aus, und die letzte sich im Haus aufhaltende Person wurde endgültig geräumt. Auch die Gründung des Vereins »Rettet den Eimer« und Verhandlungen mit der Wohnungsbaugesellschaft konnten den Eimer nicht zurückgewinnen. Damit war ein weiterer wichtiger Ort alternativer Kultur verloren gegangen.

Die Brunnenstraße 183 in Mitte mit dem über die Stadtgrenzen hinaus bekannten *Umsonstladen* wurde 1992 erstmals besetzt, geräumt und 1993 erneut besetzt. Die BewohnerInnen erhielten »mündliche Mietverträge«. Das Haus wurde 2003 an die Immobilienfirma »team 2« verkauft, ging nach deren Insolvenz an die Bank »Eurohypo AG« über und sollte alsbald versteigert werden. Obwohl die BewohnerInnen das Haus selbst kaufen wollten, wurde es einen Tag vor der angesetzten Versteigerung 2006 an Manfred Kronawitter veräußert. Der neue Eigentümer überzog die BewohnerInnen mit Räumungsklagen und Anzeigen wegen allerlei Nichtigkeiten und erzwang im August 2007 eine polizeiliche »Personalfeststellung«, bei der 600 PolizistInnen in das Haus eindringen, alles abfilmen, teilweise durchsuchten und die Personalien der 31 anwesenden Personen aufnehmen. Die BesetzerInnen reagierten auf den steigenden Räumungsdruck mit der Mobilisierung einer politischen Öffentlichkeit und suchten die Unterstützung von LokalpolitikerInnen. Nach Verhandlungen mit Unterstützung des Bezirkes an einem Runden Tisch wurde ein tragbarer Kompromiss erarbeitet: Kronawitter kauft ein gleichwer-

2 Die Namensgebung erfolgte aufgrund der vielen Eimer Bauschutt, die nach der Besetzung zur Instandhaltung hinausgeschafft werden mussten.

tiges Grundstück im Bezirk und verkauft den BewohnerInnen das Haus zum Selbstkostenpreis.

Nach langem Suchen fand sich ein geeignetes Grundstück in der Ackerstraße 29, das jedoch nicht dem Bezirk gehörte, sondern dem SPD/Linkspartei-Senat, der sich an einer politischen Lösung des Problems nicht interessiert zeigte.³

Das Grundstück der Ackerstraße 29 wurde schließlich nicht an Kronawitter getauscht und verkauft, während die Brunnenstraße 183 am 24.11.2009 durch ein Großaufgebot von 600 PolizistInnen geräumt wurde. Von den ursprünglichen Plänen des Herrn Kronawitter, dort ein Mehrgenerationenhaus zu bauen, blieb am Ende nichts übrig. Das Haus wurde im Sommer 2011 über die Luxus-Immobilienfirma »Engel und Völkers« an die Angehörigen der (ehemaligen) Nudelfabrik-Familie Birkel weiterverkauft. Während der Eigentümer Kronawitter durch den Weiterverkauf eine Summe von 1,3 Millionen Euro erzielte und somit einen Gesamtgewinn von über einer Million einstrich, da er es 2006 für 280.000 Euro gekauft hatte, forderte er weiterhin Geld von ehemaligen BewohnerInnen.⁴

Die Anfang 1990 besetzte Liebigstraße 14 in Friedrichshain erhielt 1992 Verträge durch die Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain (WBF) und wurde 1999 von zwei Gesellschaftern der Lila GbR, Suitbert Beulker und Edwin Thöne (Vorsitzender des Kinderschutzbundes in Unna) erworben. Begonnene Verhandlungen um einen Gesamtmietvertrag wurden 2001 von den neuen Eigentümern abgebrochen, Untermietverträge nicht akzeptiert und notwendige Reparaturen nicht oder erst nach Monaten durchgeführt. Im Winter 2004/2005 ließen die Besitzer im gemeinsamen Hof der Rigaerstraße 95/96 und der Liebigstraße 14 für mehrere Monate ein Blockheizkraftwerk einbauen, da sie vergessen hatten, fristgemäß die Gas-Rechnung zu bezahlen. Da der Schornstein des Kraftwerkes aber nur bis zum 3. Stockwerk reichte, wurden die oberen Etagen der Häuser dauerhaft verqualmt. Im März 2007 folgte die fristlose Kündigung der Mietverträge, im Oktober 2007 bot der Eigentümer Beulker den BewohnerInnen des Hauses Rigaer Straße 94, dessen Eigentümer er ebenfalls ist, in einem Schreiben an, ihr Haus unter folgenden Bedingungen zu kaufen: »Der Herausgabe und Räumung aller Wohnungen der Liebigstraße 14« sowie »[dem] Entfernen aller Daten und Informationen zur Person Dr. Suitbert Beulker und der Hausverwaltung Oliver Rohr GmbH von allen

3 brunnen183.blogspot.de

4 de.indymedia.org/2011/08/314894.shtml?c=on#c731981

einschlägigen Internetseiten (vorab zu leisten)«.⁵ Mehrmals drang Beulker, mit Bauarbeitern und einmal mit PMS-BeamtInnen, unangekündigt und gewaltsam in das Haus ein, um Veranstaltungsräume im Erdgeschoss zu räumen oder die Zwischentür zwischen Eingang und Wohnbereich zu entfernen.

Nach erneuter Kündigung aller Wohnungen am 19.12.2007 mit einer absurden Räumungsfrist von drei Tagen und nachdem Versuche, Anfang 2009 das Haus mit Hilfe der Stiftung Edith-Maryon selbst zu kaufen, scheiterten, wurden im November 2009 letztendlich jene Kündigungen aufgrund von »unzulässigen« Mietminderungen und unerlaubten baulichen Veränderungen für rechters erklärt. Auch der letzte Prozess ging vor Gericht verloren. Der vorgeschobene Grund war eine Zwischentür, zu der die Eigentümer keinen Schlüssel hatten. Einladungen des Bezirkes zu Gesprächen, Verhandlungen und Runden Tischen blieben die Eigentümer fern. Am 02.02.2011 räumte ein Großaufgebot von 2.500 PolizeibeamtInnen die Liebigstraße 14. Nach Räumung und Sanierung ist die Miete im Haus um das Vier- bis Fünffache gestiegen, die Hausnummer Liebigstraße 14 wurde von den Eigentümern ausgelöscht und der ehemalige Zugang verschlossen, so dass das Gebäude nur über einen Nebenzugang in der Rigaerstraße 96 zu betreten ist.

Im September 2012 wurde nach 22 Jahren Existenz, letztendlich nach langjährigen juristischen Auseinandersetzungen, internen Streitigkeiten und Abfindungen in Millionenhöhe für Projekte, Gruppen und KünstlerInnen das Kunsthaus Tacheles »freiwillig« geräumt. Das über Jahre mit Fördergeldern ausgestattete, von der Abrissruine zum Touristenmagnet avancierte Tacheles hatte 1990 die Sprengung des ehemaligen Kaufhauses durch die Besetzung gerade noch verhindern können. Nachdem die HSH Nordbank das Tacheles-Areal vor ein paar Jahren unter Zwangsverwaltung gestellt und die Entmietung durchgesetzt hatte, folgte nun das traurige Ende. Die sehr unterschiedlichen Gruppen und KünstlerInnen des Tacheles, die sich im Laufe der Jahre durch Fluktuation noch vergrößerte, hatten es nicht geschafft, gemeinsam eine breite Front gegen die Räumung zu mobilisieren. Zu sehr war man untereinander zerstritten, zerrieben zwischen Kommerzialisierung, juristischen Klagen über zu zahlende Mieten und Rechnungen gegeneinander, bis hin zu Kompensationszahlungen und Rauskäufen für das freiwillige Verlassen des Gebäudes, das nicht wenige als Verrat empfanden. Über die Jahre hatte sich das Tacheles selbst massiv geschwächt – eine wirksame Solidarität von außen war am

5 liebig14.blogspot.de/medien/dokumente/

Ende kaum vorhanden. Der Tag der letzten Räumung verlief dementsprechend auch ganz ohne Widerstand.

Zuweilen kam und kommt es auch, zumeist nach längeren juristischen Auseinandersetzungen, die für die Hausbewohner_innen sehr zermürbend sind, zu sogenannten Teilräumungen von Häusern wegen angeblicher Verstöße gegen die Mietverträge. So ließen die Eigentümer Lin und Robert Prenka der Platinum Consult s.r.o. am 16.3.2010 das Erdgeschoss der Bödikerstraße 9 in Friedrichshain räumen, weil die Räume nicht als Versammlungsraum genutzt werden durften.⁶ Von Schikanen gegen die BewohnerInnen ist auch hier zu berichten. So wurde der Garten planiert, eine Videoüberwachung am Eingang installiert sowie allen MieterInnen rechtswidrige Kündigungen (8.4.2008) ausgesprochen.⁷ Am 03.03.2011 folgte durch den Eigentümer Gijora Padovicz die Räumung zweier Erdgeschoßwohnungen des Hausprojektes in der Scharnweber Straße 29 in Friedrichshain, in denen der Schenkkladen Systemfehler und das subkulturelle Wohnzimmer Chaekpoint untergebracht waren, da eine »gewerbliche Nutzung« im Mietvertrag nicht vorgesehen war. Dies war bereits die zweite Teilräumung, denn als im Februar 2007 nach der Rückkehr in das zwangssanierte aber immer noch mit Mängeln behaftete Haus die Miete zwei Tage zu spät überwiesen worden war, wurden am 5.2.2007 alle Wohnungen wegen »Mietrückständen« gekündigt – was jedoch von Gerichten in zwei Instanzen außer in einem Fall, der auch zur Räumung des 1.Stockes am 7.10.2010 führte, als gegenstandslos eingestuft worden war. Inzwischen wurde das Urteil des Landgerichtes, das Grundlage für die Räumung vom 7.10.2010 war, im Januar 2011 vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe (BGH) aufgehoben und an das Landgericht mit dem Auftrag, erneut zu entscheiden, zurückgewiesen.⁸

Der vorläufig letzte Verlust einer seit 20 Jahren existierenden, nicht-kommerziellen Gemeinschaftsidee erfolgte am 3.12.2011 mit der Beschlagnahme des Werkstattprojektes Linienhof (u. a. Metall- und andere Werkstätten, Schmiede, Autoselbsthilfe) in der Kleinen Rosenthaler Str. 9 in Berlin Mitte durch die Eigentümerin Karin Schopp (KLES-GmbH). Nach erfolgloser Ausschöpfung aller juristischen Mittel konnte der Verlust nicht verhindert werden, da der das Werkstattprojekt betreibende Verein aufgrund der hohen Gerichtskosten und der drohenden Inhaftungnahme der Vereinsvorstandsmitglieder Insolvenz anmelden und sich aus dem

6 Taz, 16.3.2010.

7 de.indymedia.org/2010/03/275756.shtml

8 scharni29.blogspot.de

Hof zurückziehen musste. Die Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) verkaufte das Grundstück 2001, und mit den neuen EigentümerInnen wurde mündlich eine unentgeltliche Weiternutzung des Geländes ausgehandelt. 2007 folgte der Weiterverkauf an Mathias Greffrath (taz, le monde diplomatique) und Hortensia Völckers (künstlerische Direktorin Bundeskulturstiftung), die »bei vollem Bewusstsein die Zerstörung des Projekts zugunsten ihres Eigenheims« durchzuführen gedachten.⁹ Nachdem der Abriss und Baubeginn im Sommer 2010 durch massive Proteste erfolgreich verhindert werden konnte, verkauften die EigentümerInnen im Juni 2011 das Gelände erneut, nun an eine frisch aus dem »Bekanntenkreis« gegründete GmbH. Trotz weiterer Proteste konnte sich der Linienhof letztendlich nicht retten und die KLES GmbH zerstörte einen weiteren Ort alternativer Lebensweisen und selbstbestimmter Räume.¹⁰

Alle diese Beispiele verdeutlichen, dass einmal abgeschlossene Verträge und Legalisierungen von NeueigentümerInnen, die mit unglaublichen Schikanen und oft rechtswidrigen Machenschaften die BewohnerInnen terrorisieren, angefochten werden können. In diesen Fällen setzte sich letztendlich das Profitinteresse mit dem Weiterverkauf, der Sanierung und höheren Neuvermietung sowie der Spekulation von Leerstand und Wohnraum am Ende gegen die Lebensentwürfe der zwischenzeitlich vollkommen legalisierten BewohnerInnen und NutzerInnen durch.

Von der geräumten Yorckstraße 59 bis zur legalisierten New Yorck im Bethanien

Das folgende Beispiel demonstriert hingegen, wie eine Räumung in eine letztlich erfolgreiche Neubesetzung und Legalisierung, also den Erhalt des Projektes, überführt werden konnte. Das Hausprojekt Yorckstraße 59 in Kreuzberg, in dem 60 Personen kollektiv und selbstbestimmt lebten und in dem eine Reihe politischer Projekte existierten,¹¹ war von Beginn an ein vertraglich abgesichertes Projekt und somit kein besetztes Haus, wurde aber ebenfalls nach 17-jähriger Existenz am 6. Juni 2005 geräumt. Der neue Eigentümer, der Immobilienmakler Marc Walter, hatte das Haus 2003 erworben, im Sommer 2004 eine von der Hausgemeinschaft zurückgewiesene Mieterhöhung um 100 Prozent gefordert und letztendlich allen

9 linienhof.blogspot.de

10 linienhof.blogspot.de

11 Radio ONDA, PATEX, Sri Lanka Gruppe, Afrikanische Frauen-Initiative, Antimilitaristische angolische Menschenrechtsinitiative, Anti-Hartz-Bündnis, Antirassistische Initiative Berlin.

Mietparteien gekündigt. Es folgte eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit mit ständigen Presseerklärungen, einer 4-seitigen Zeitungsbeilage in der taz, der Jungen Welt und der Jungle World, sowie zahlreiche Aktivitäten und größere Mobilisierungen einschließlich Demonstrationen mit mehreren Tausend Personen. Unermüdlich und vielfältig, mit begleitenden Parolen wie »Kollektive Räume statt Investorenträume!« oder »Paß auf Yuppie, hier brennt die Luft!«, reihte sich eine Aktion an die nächste: Besetzungen des Rathauses in Kreuzberg, der Landesverbände der SPD und der PDS, der Aussichtsplattform der Siegessäule mit der Entrollung eines gigantischen 30 Meter Transparentes; Hausbesuche beim Eigentümer, bei dem u. a. stinkender Fisch und Parolen wie der »Fisch-Front-Berlin« hinterlassen wurden, Sprayaktionen, Plakate, bis hin zu Soli-Kundgebungen vor Deutschen Botschaften in Wien, Warschau, Sliema, Gdansk und Montevideo. Polizeischutz bekam der Eigentümer, nachdem Autonome Gruppen ein paar LKWs der an der 1996 erfolgten Räumung des besetzten Hauses Palisadenstraße beteiligten Transportfirma entflammt und in ihrer Erklärung auch ausdrücklich eine Warnung gegen den Hausbesitzer M.Walter und den Hausverwalter G.Marweld formuliert hatten.

Die Solidarität war breit und keineswegs gering. Die BVV Kreuzberg hatte 2004 ihre Unterstützung für das Hausprojekt verkündet und einzelne PolitikerInnen der SPD/PDS Regierung äußerten sich ebenfalls in positiver Weise. Doch am Ende nutze alles nichts – der Eigentümer ließ räumen und errichtete dort Luxus-Lofts (»13 Lofteinheiten, bis zu 280 Quadratmeter groß, hochwertige Ausstattung«). In einer der neuen Eigentumswohnungen wohnt jetzt der Schauspieler, Regisseur und Filmproduzent Till Schweiger, der zynischerweise in dem Film »Was tun wenn's brennt?« (2001) den Hausbesetzer Tim verkörpert.

Das Beispiel Yorckstraße 59 offenbart erneut die schikanösen Vorgehensweisen von Eigentümern und zugleich das Scheitern der Politik. Bei der Zwangsversteigerung wurde das Haus direkt an Marc Walter veräußert und ein Kaufangebot des Hausprojektes übergangen. Der neue Besitzer und dessen Verwalter begannen sofort mit allem Mitteln, einschließlich rechtswidriger Methoden, die Hausgemeinschaft zu drangsaliieren und einzuschüchtern. Das Wasser wurde abgestellt, Eingänge zu Veranstaltungsetagen zugemauert, Telefonleitungen abgetrennt, die Post geklaut, Überwachungskameras installiert, Fahrradreifen zerstoßen, BewohnerInnen beschimpft und in einem Fall wurde einer Person vom Hausverwalter ins Gesicht geschlagen. Brauchbare Ersatzobjekte wur-

den nicht zur Verfügung gestellt, alle Verhandlungen und Runde Tische zum Erhalt des Projektes scheiterten, und schließlich – drei Jahre später, am 15. Dezember 2008 – entschied das Berliner Kammergericht, dass die Räumung rechtswidrig gewesen sei. Da zum Räumungszeitpunkt keine Räumungstitel gegen die BewohnerInnen vorgelegen hätten, wurden alle 145 erlassenen Strafbefehle für ungültig erklärt.

Doch die Ex-BewohnerInnen ließen sich nicht abschrecken und besetzten¹² am 11. Juni 2005 mit UnterstützerInnen leerstehende Räume des ehemaligen Sozialamtes im Südflügel des Bethanien-Gebäudes am Mariannenplatz 2 in Kreuzberg. Die BezirkspolitikerInnen ließen erst einmal nicht räumen und setzten auf Verhandlungen mit dem Ziel zeitlich befristeter Verträge. Parallel entstand die Initiative »Zukunft Bethanien«, der es schließlich gelang, über ein Bürger_innenbegehren mit 14.000 gesammelten Unterschriften die vom Bezirk geplante Privatisierung des gesamten Bethanien-Komplexes zu verhindern. Die Verhandlungen stockten, wurden schließlich vom Bezirk abgebrochen und die Linkspartei Bürgermeisterin Reinauer wollte räumen lassen, doch nach einer mehr als dreimonatigen Duldung war selbst die Polizei nicht mehr bereit, ohne einen rechtlich abgesicherten Räumungstitel, den besetzten Südflügel zu leeren. Nach der Abwahl der Bürgermeisterin bei den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung im Herbst 2006 und der Neuaufnahme der Verhandlungen mitsamt eines eingerichteten Runden Tisches wurde vier Jahre nach der Besetzung, diese durch einen Vertragsabschluss über die Treuhänder GSE mit zunächst einer Dauer von 15 Jahre legalisiert. Das diese Besetzung letztendlich zum »Erfolg« im Sinne einer Legalisierung führte, hatte auch mit anderen äußeren Bedingungen zu tun. Neben der erfolgreich verhinderten Privatisierung und der Neukonstituierung der politischen Machtverhältnisse im Bezirk wurde vor allem von Seiten der Medien immer wieder auf die geschichtliche Tradition des Bethanien-Gebäudes hingewiesen. Bereits im Dezember 1971 erfolgte dort einer der ersten Besetzungen in Berlin überhaupt, die Besetzung des ehemaligen Maria Marta Schwesternwohnheimes, das kurz danach von den BewohnerInnen in Georg von Rauch Haus umbenannt wurde. Als Gebäude der öffentlichen Hand und im Zusammenhang mit ständig veränderbaren Machtverhältnissen sind somit die politischen Parteien vielmehr auf die öffentliche Meinung und ihrem WählerInnenklientel angewiesen als etwa eine Privatperson oder eine große Wohnungsbaugesellschaft. Dies macht

12 Zuvor scheiterte am Abend der Räumung eine Besetzung der Oranienstraße 40 durch UnterstützerInnen

es auch für die BesetzerInnen unter Umständen einfacher, auf diese staatlichen EntscheidungsträgerInnen politischen Druck auszuüben. Im Fall der »New Yorck im Bethanien«, wie sich die BesetzerInnen fortan in Bezug auf die geräumte Yorckstraße 59 nannten, führte dies nicht nur zum Vertragsabschluss, sondern am Ende auch zu einer Erweiterung und Selbstverwaltung des Gesamt-Projektes im Südflügel des Bethanien-Gebäudes, dem sich neben der bereits seit Jahren existierenden Kindertagesstätte die Heilpraktikschule und das Theaterpädagogische Zentrum anschlossen.

Allerdings muss hier einschränkend erwähnt werden, dass die Verhandlungsbereitschaft mit dem Bezirk nach einer weiteren Besetzung im Bethanien seine Grenzen erreicht hatte. Die Besetzung des Nordflügels des Bethanien-Gebäudes (ehemaliges Künstlerhaus) vom 12.06.2010, um dort »ein selbstverwaltetes Stadtteilzentrum – mit verschiedensten Projekten und Raum für die Verwirklichung ihrer Ideen – zu schaffen«,¹³ wurde nach kurzer Zeit durch einen Polizeieinsatz beendet. Stolz schreibt sich Jan Stöß (SPD), Bezirksstadtrat für Finanzen, Kultur, Bildung und Sport in Friedrichshain-Kreuzberg, die Räumung auf seine Fahne: »Den Besetzungsversuch des Nordflügels habe ich mit der Polizei entschieden beendet.«¹⁴ Wenig hilfreich war allerdings auch ein Interview einer Sprecherin des Theaterfestivals »Berlin Lacht« mit der Berliner Zeitung, die dort als »Sprecherin des Vereins Südflügel e. V.« betitelt worden war, und sich angeblich in deutlichen Worten von der Besetzung des Nordflügels distanzierte: »Was da geschah, sei ›totaler Schwachsinn‹.«¹⁵ Auch das sOfa, das selbstverwaltete interkulturelle AnwohnerInnenforum, dass ab Juli 2007 einen kleinen Raum direkt am Bethanien-Haupteingang mietete, musste entgegen den von der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) gefassten Beschlüssen vom Februar 2008 und September 2006 nach einer Kündigung ihre Räumlichkeit im Eingangsbereich des Hauptgebäudes im September 2008 verlassen – und das, obwohl es einen Leerstand von rund 500 qm im EG des Bethanien gab. Dabei war das interkulturelle AnwohnerInnenforum im Bethanien ein Ergebnis des BürgerInnenbegehrens »Bethanien für Alle« mit mehr als 14.000 Unterschriften, dessen Forderungen die BVV Friedrichshain-Kreuzberg im September 2006 im

13 Erklärung der Besetzer_innen in: <http://de.indymedia.org/2010/06/283755.shtml>

14 www.bz-berlin.de/bezirk/friedrichshain/sind-touristen-fluch-oder-segen-article1261017.html

15 Berliner Zeitung vom 15.6.2010, K. Schmidl und A. Kopietz: »Ermittlungen wegen Hausfriedensbruchs«.

Wesentlichen zustimmte. Das sOfa scheiterte am Unwillen der Verantwortlichen in der Politik, zuletzt mit der Begründung, das Künstlerhaus Bethanien drohe mit Auszug, wenn die »Kiezdödel« nicht verschwänden.¹⁶ Das Künstlerhaus hingegen zog 2010 aus freien Stücken aus dem Bethanien aus.

Vom SeniorInnenclub zum Häuserkampf – das Beispiel Stille Straße

111 Tage war die Seniorenfreizeitstätte Stille Straße 10 in Berlin-Pankow von 40 NutzerInnen der insgesamt 29 AGs mit an die 340 SeniorInnen zwischen 63 bis 96 Jahren besetzt, bis schließlich nach zahlreichen Protesten und sehr breiter Solidarität mit den BesetzerInnen am 18.10.2012 der Finanzausschuss der Bezirksverordnetenversammlung einstimmig beschloss, dass die Verhandlungen um einen Erbbaurechtsvertrag zwischen der Volkssolidarität e. V. und dem Bezirksamt beginnen könnten. Für die Verhandlungszeit wurde ein einjähriger Zwischennutzungsvertrag abgeschlossen. Der Bezirk Pankow mit einer SPD/Grünen-Mehrheit hatte ursprünglich das Geld für die laufenden Kosten der Einrichtung (ca. 52.000 Euro jährlich) nicht mehr aufbringen wollen und die Kündigung zum 30.6.2012 ausgesprochen. Mit dem Widerstand der SeniorInnen hatten sie dabei allerdings nicht gerechnet. Erst die Besetzung und die stetig wachsende Unterstützung führte zu einem Einlenken der PolitikerInnen. Schon im Frühjahr 2012 hatte die Linkspartei einen Antrag zur Suche nach einem freien Träger eingebracht, der aber von der BVV-Mehrheit abgelehnt wurde. Richtete sich die Besetzung anfänglich gegen die Schließung ihrer Begegnungsstätte, so entwickelte sich mit der Zeit ein erweitertes politisches Bewusstsein für die Probleme einer durchkapitalisierten Gesellschaft. So wollten sie auch ein Zeichen gegen die Schließung vieler sozialer, kultureller, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen für Ältere und Jüngere setzen: »Wir wollen ihnen kein Land hinterlassen, in dem eine Musikstunde für Kinder, ein Besuch in der Bibliothek oder eine Gymnastikstunde für Ältere zu Produkten geraten, alles nur noch in Geld bewertet wird und der Mensch, der noch nicht oder nicht mehr leisten kann, zum Kostenfaktor verkommt. [...] Wir wollen ihnen kein Land hinterlassen, in dem es milliardenschwere Rettungsschirme für marode Banken und fehlkalkulierte Großprojekte gibt, nicht aber für die Menschen mit ihren sozialen und kulturellen Bedürfnissen.«¹⁷ Die Besetzung der Stillen

16 sofa-im-bethanien.blogspot.com

17 <http://stillestrasseibleibt.blogspot.eu/2012/08/01/aufruf-zum-miteinander/>

Straße zeigt, dass Widerstand nicht nur möglich ist, sondern auch zum Erfolg führen kann. Dabei bedienten sich die gar nicht so »klassischen« BesetzerInnen durchaus sehr klassischer Symbolik und Ausdrucksformen mit heraus gehängten Transparenten und Plakaten (»Dieses Haus ist besetzt« und »Wir bleiben alle«) und bezogen sich somit sehr bewusst auf vorangegangene Hausbesetzungsbewegungen, Stadtteil- und MieterInnenproteste.

Für ein Soziales Zentrum in Berlin

Weniger erfolgreich, wenn auch über Jahre recht hartnäckig, waren Bestrebungen eines breiteren Bündnisses, durch Besetzungen ein Soziales Zentrum für Berlin zu schaffen. Der Versuch, ein Soziales Zentrum zu etablieren, lehnte sich an die Idee der italienischen Centri Sociali und entstand nach den Protesten gegen den Weltwirtschaftsgipfel im Sommer 2001 in Genova in der »AG Zukunftswerkstatt« des Bündnisses »Ratschlag« (einer Initiative aus vielen Gruppen). Es sollte als »offener Ort für die Organisation des gemeinsamen politischen Alltags« fungieren und nicht zum Wohnen dienen. Doch am Ende scheiterten alle Besetzungsversuche.

Die erste Besetzung erfolgte »anlässlich des EU-Gipfels in Brüssel und des Widerstandes und Protestes dagegen« am 15.12.2001 mit der Inbeschlagnahme des seit 1998 leerstehenden ehemaligen ÖTV-Gebäudes der Gewerkschaft ver.di am Michaelkirchplatz 4. Doch die Gewerkschaft ver.di, die auch schon durch ihren Neubau in der Köpenicker Straße den Wagenplatz »Schwarzer Kanal« von der Schillingbrücke vertrieben hatte, ließ sofort räumen. Das Gebäude stand auch danach Jahre lang leer und wurde während der WBA-Actions Days in den Jahren 2008 und 2009 zweimal erneut besetzt. Inzwischen ist es an die Primus Immobilien AG weiterverkauft worden, die dort am Michaelkirchplatz 4-6 bis 2014 insgesamt »69 lichtdurchflutete 2-, 3-, 4- und 5-Zimmer-Eigentumswohnungen sowie acht traumhafte Penthouses – mit Sonnenterrassen, sonnigen Loggien, Balkonen und Privatgärten« errichten lässt.¹⁸

Knapp zwei Jahre später, am 09.10.2003, folgte durch das Sozialforum Berlin (SFB) die Besetzung der Glogauer Straße 16, einer seit 2002 leerstehenden ehemaligen Kita. Nach Verhandlungen angesichts der Anwesenheit mehrerer Polizei-Hundertschaften wurde das Haus »freiwillig« geräumt. Und obwohl die Fraktionen von SPD, Grüne und PDS in einem

18 <http://www.primusimmobilien.de/startseite/immobilien/berlin-mitte/michaelkirchplatz-4-6.html>

gemeinsamen Antrag in der BVV Kreuzberg-Friedrichshain beschlossen hatten, das Projekt für ein Soziales Zentrum in der Glogauer Straße unterstützten zu wollen, konnte man sich nicht einigen. Der Bezirk wollte für das Gebäude einen Quadratmeterpreis von drei bis fünf Euro netto kalt. Demgegenüber forderte das Sozialforum Berlin, das Haus mietfrei zu erhalten. »Die politische Entscheidung, Gebäude für die Betriebskosten zu überlassen, wurde bereits häufiger beschlossen, so z. B. für die neue Eliteuniversität Unter den Linden und dem nationalen Olympiakomitee in der Wilhelmstraße«, argumentierte das SFB.¹⁹ Zur Besetzung erklärte es: »[...] das Berliner Sozialforum als Teil des globalen Netzwerkes gegen den Neoliberalismus will in diesem Zentrum politische und soziale Projekte bündeln und unterstützen«.²⁰

Doch am Ende versackten alle Verhandlungen ohne konkrete Ergebnisse im Nichts. So kam es zum vorläufig letzten ebenfalls gescheiterten Versuch am 03.04.2004 mit der allerdings durch unmittelbar anrückende Polizeieinheiten schnell wieder beendeten Besetzung eines leer stehenden Gebäudes der Humboldt-Universität zu Berlin in der Oranienburger Straße 19 im Rahmen einer Großdemo von mindestens 250.000 Menschen gegen die Agenda 2010 unter dem Motto: »Aufstehn, damit es endlich besser wird!«.

Im Frühjahr 2005 führte eine Bustour, organisiert von der Initiative für ein Soziales Zentrum, an einer Reihe leerstehender öffentlicher Gebäude vorbei. Insgesamt sind allein beim Liegenschaftsfonds Berlin an die 8.000 Objekte ungenutzt. Räume für ein Soziales Zentrum gebe es also genug, nur der politische Wille sei nicht erkennbar. Auch der Eintritt der PDS/Linkspartei in die Regierungskoalition mit der SPD im Jahr 2002 änderte daran nichts. Die Bustour war dennoch nicht ganz unergiebig. »Über 1.000 qm des ehemaligen Sozialamts Kreuzbergs seien in dem ehemaligen Diakonissenkrankenhaus Bethanien am Mariannenplatz zu haben« – wurde informiert. Eine Mitstreiterin von der »AG Zukunft Bethanien« schwärmte von dem »riesigen Potenzial, das in diesem Gebäude liegt«.²¹ Wer hätte da geahnt, dass schon zwei Monate später dieser Gedanke wieder aufgegriffen wurde und zumindest in einem Teil des besetzten Südflügels so etwas wie eine Variante eines Sozialen Zentrums entstehen würde.

19 de.indymedia.org/2003/10/63139.shtml

20 de.indymedia.org/2003/10/63139.shtml

21 Mieterecho Nr. 309, Das Objekt der Begierde, April 2005.

Von Wagenplätzen, Gärten und anderen Freiflächen

Immer wieder waren und sind auch einzelne Wagenplätze zu unterschiedlichen Zeiten der Räumungsbedrohung ausgesetzt. Der Wagenplatz »Laster und Hängerburg«, der im November 2000 seinen Standort am Filmtheater am Friedrichshain gemäß der vorher getroffenen Vereinbarung und mit einer Entschädigung von 100.000 DM »freiwillig« geräumt wurde und seit 2001 an der Ecke Modersohn-/Revalerstraße steht, musste 2009 um sein Ende fürchten, nachdem zunächst die Linksparteifraktion im Stadtplanungsausschuss des Bezirkes Friedrichshain-Kreuzberg auf ihren Antrag hin mit den Stimmen der SPD/CDU/FDP eine Beschlussempfehlung ausgesprochen hatte, dass der Platz für eine Sport- und Freizeitanlage weichen solle. Erst nach Protesten lenkte die Linksfraktion schließlich ein und der Wagenplatz konnte bis auf Weiteres bleiben.

Gleich zweimal musste der queere Wagenplatz »Schwarzer Kanal« in den letzten Jahren umziehen. Zuerst wich er dem ver.di-Neubau an der Schillingbrücke, dann folgte der Umzug nach Auslauf der Zwischennutzungsvereinbarung mit der Hochtief AG von der Michaelkirchstraße (Mitte) in die Kieffholzstraße 74 (Treptow). Doch den Durchbruch auf der Suche nach einem geeigneten Ersatzgrundstück brachte erst die Besetzung einer leerstehenden Schule, im Besitz des Liegenschaftsfonds, in der Adalbertstraße während der Queer and Rebel/Globale Wagentage²² im Oktober 2009. Zeitgleich zur Besetzung tagte ein Runder Tisch mit PolitikerInnen des Bezirkes im Bestreben, den Schwarzen Kanal als Projekt zu erhalten. Nach Bekanntwerden der Besetzung wurde kurzentschlossen entschieden, die Verhandlungen vor Ort weiterzuführen, zu denen sich durch einen Anruf des Baustadtrates Gothe der Geschäftsführer Lippmann vom Liegenschaftsfonds gesellte. Dort konnte zunächst ein Bleiben auf dem Gelände bis zu einem ersten Verhandlungstermin mit dem Liegenschaftsfonds durchgesetzt werden, auf dem schließlich dem Schwarzen Kanal der neue Platz angeboten wurde.²³ Aber auch hier ist die Zukunft ungewiss. Nur einen dreijährigen Nutzungsvertrag haben die Bewohner_innen 2010 erhalten, zudem liegt das Gelände neben der zukünftigen Baurasse der heftig umstrittenen Stadtautobahn A 100.²⁴

Die Wagengruppe »Rummelplatz« hat nach einjähriger Nutzung und Kündigung des Pachtvertrages für das Gelände in der Nöldnerstraße 13 in Lichtenberg durch die Zwangsverwaltung Wutzke und Förster im Okto-

22 queersandwagen.blogspot.de/presse/

23 de.indymedia.org/2009/10/264026.shtml

24 www.schwarzerkanal.squat.net/news.html

ber 2011, mit dem Liegenschaftsfonds und mit Unterstützung des ehemaligen Bezirksbürgermeisters Schulz, im Dezember 2011 einen bis zum 30.6.2012 befristeten Vertrag zur Zwischennutzung eines 2.200 m² großen Geländes in der Friedenstraße in Friedrichshain, abgeschlossen. Aktuell sind sie aber räumungsbedroht, da ihr Vertrag nicht verlängert wurde und sie bisher auch noch keinen neuen Platz gefunden haben. Und bis zum 29.11.2013 hätte das derzeit bewohnte Gelände in der Friedenstraße auch geräumt werden sollen. Die zwischenzeitliche Besetzung eines Platzes in der Hauptstraße 3 in Rummelsburg wurde jedoch nach zahlreichen und letztlich ergebnislosen Gesprächen mit Lichtenberger BezirkspolitikerInnen und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung am 8.12.2011 aufgrund einer bevorstehenden Räumung abgebrochen.²⁵

Als erfolgreich dagegen erwies sich im dritten Anlauf die Besetzung einer Freifläche des Liegenschaftsfonds in der Rigaer Straße 6/7 in Friedrichshain durch den »Wagenplatz Convoi« am 19.12.2002, die mit Unterstützung von BürgervertreterInnen und LokalpolitikerInnen zuerst Zwischennutzungsverträge erhielten und seit 2008 nach dem Erwerb jener Freifläche durch die Wohnungsbaugenossenschaft »Bremer Höhe« eG langfristig vertraglich abgesichert sind.

»Kiezzgärten für alle, statt Badeteiche für Reiche!« forderten 2009 die BewohnerInnen des Hausprojektes Kinzigstraße 9 als Antwort auf die Pläne des Investors Wolfgang Haffner, den fünf Jahren existierenden Nachbarschaftsgarten Rosa Rose zu zerstören, um dort zwei Häuser mit insgesamt 17 Eigentumswohnungen entstehen zu lassen. »Der einzigartig gestaltete Gemeinschaftsgarten bestehend aus naturnahem Bade- und Schwimmteich, Holzsteg und großzügigem Terrassenbereich aus unbehandeltem Lärchenholz sowie Saunabereich, lädt zum Schwimmen, Entspannen und zum Wohlfühlen ein. Eine Oase der Ruhe und ein Treffpunkt für alle Eigentümer«, ist auf der Webseite des Investors zu lesen. Richtig schmackhaft wird dort die »Marke Friedrichshain« präsentiert: »Multikulturell geprägte Kieze, Traditionen und Veränderungen treffen hier aufeinander und erzeugen ein einzigartiges Flair, welches ein wenig an das berühmte Studenten-Viertel Quartier Latin in Paris erinnert«.²⁶ Diejenigen dagegen, die den seit 2004 existierenden Nachbarschaftsgarten Rosa Rose jahrelang bewirtschaftet hatten, werden nicht erwähnt. Ins Leben gerufen durch einige BewohnerInnen der Kinzigstraße auf einer Fläche von 2000 m², hatte er sich zu einem Ort unterschiedlichster

25 rummelplatz.blogspot.de

26 wohnenambadeteich.org/de/lage.htm

NutzerInnen entwickelt: Arbeitslose, Kinder, RentnerInnen, HundebesitzerInnen, StudentInnen, ArchitektInnen, KünstlerInnen. Schließlich wurde der Garten in zwei Phasen geräumt, der sich nun vertraglich abgesichert durch das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg in der Jessener Straße auf einer neuen Fläche befindet. Allerdings hat sich mit dem Ort auch die Zusammensetzung der Gartengemeinschaft, zwar vergrößert, doch auch verändert. Die neuen Eigentumswohnungen im Luxussegment auf der geräumten Gartenfläche in der Kinzigstraße haben ihren Preis – zwischen 2.700 bis 3.000 € pro m² wurden dort schon 2009 verlangt.²⁷ Einerseits also ein klassisches Beispiel von Verdrängung durch Schaffung neuer Eigentumswohnungen, andererseits zumindest Erhalt des Gartens wenn auch an anderer Stelle.

Etwas mehr Glück hatte der »Ton Steine Gärten« Nachbarschaftsgarten am Mariannenplatz.²⁸ Auf der Suche nach einer Gartenfläche – nach gescheiterten Gesprächen im Rahmen des Bürgerbeteiligungsverfahrens mit dem Bezirksamt Kreuzberg – gelang einer Gruppe²⁹ die Besetzung eben jener Fläche des Gartenbauamtes, die sie zuvor eingefordert hatte. In Verhandlungen mit dem Bezirk erhielt die Gruppe am 1.7.2009 nach Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages die 2.000 qm große Fläche zwischen dem Georg von Rauch Haus und dem Bethanien Hauptgebäude. Insofern hat die Besetzung des besagten Gartenbauamtgrundstückes, die nach wenigen Tagen durch eine Räumung am 17.6.2008 beendet worden war, zu Verhandlungen und schließlich zur Legalisierung einer direkt danebenliegenden Freifläche geführt, und erwies sich somit als geschickte politische Strategie, um den Forderungen Gehör zu verschaffen.

Im Falle der Berliner Umsonstläden war diese Strategie allerdings weniger fruchtbar. Nach der Räumung der Brunnenstraße 183 im November 2009, mit dem Verlust des bekanntesten Umsonstladen Berlins, blieben mehrere Versuche einer Neubesetzung erfolglos. 2010 wurde im April nach nur einem Tag ein seit Monaten leerstehender Laden am Heinrichplatz in Kreuzberg 36, als Umsonstladen »Diesseits«, im August der Umsonstladen in der Kastanienallee 85 nach einigen Monaten Existenz und im Oktober der Umsonstladen in der Falckensteinstraße 5 nach zwei Tagen geräumt. Am Heinrichplatz wurde ein leerstehender Laden besetzt, nachdem dort das bekannte Café »Jenseits« Ende des Jahres 2009

27 Berliner Zeitung vom 30.11.2009.

28 gaerten-am-mariannenplatz.blogspot.com

29 Presseerklärung der »BesetzerInnen des Geländes hinter dem Bethanien-Nordflügel, 16.6.2008« in de.indymedia.org/2008/06/220081.shtml

aufgrund einer Verdoppelung der Miete durch die Eigentümerin des Hauses, die »Mähren-Gruppe«,³⁰ schließen musste. Inzwischen läuft das Café mit gleichem Namen und neuem Besitzer, aber verteuert Miete weiter. In der Kastanienallee und in der Falckensteinstraße waren die vorherigen Mieter ebenfalls vom Eigentümer durch eine Erhöhung der Miete um mehr als 100 % vertrieben worden. Die neu eingerichteten Umsonstläden wurden von den NachbarInnen wohlwollend aufgenommen, wie aus Fenstern hängende Transparente bewiesen.

Besetzungen wurden auch an den Universitäten zur Praxis. So wurde die Oubs von Studierenden der Humboldtuniversität zu Berlin als »Offene Uni Berlin« während des Studistreiks 2003/2004 besetzt und nach Jahren der Nutzung am 6.10.2010 geräumt. Auch andere politische Gruppen fanden die Zustimmung großer Bevölkerungskreise: So die »Initiative Squat Tempelhof/Reclaim Tempelhof – Nehmen wir uns die Stadt zurück«, die durch die Besetzung des 2009 geschlossenen Flughafens Tempelhof (der größten Freifläche Berlins) am 20.6.2009 und weiterer Aktionen und Demonstrationen – wie dem Aktionstag am 8.5.2010, der offiziellen Eröffnung des Geländes durch den Senat – die öffentliche Nutzung für alle einforderten und der kommerziellen Nutzung und neoliberalen Stadtpolitik unter Verwertungs- und Profitinteressen eine Absage erteilten, oder die Occupy-Bewegung, die mit Hilfe von Besetzungen öffentlicher Plätze die kapitalistische Wirtschaftsordnung in Frage stellt. Sie alle greifen auf ähnliche Formen des Protests als politisches Vehikel für die Aneignung von unten zurück. Dazu zählen auch die Camps und Platzbesetzungen der Mietergemeinschaft Kotti & Co, die seit Mai 2012 im Protest-Gecekondu gegen steigende Mieten am Kottbusser Tor demonstrieren, sowie die circa 100 Refugees, die im Anschluss eines Protestmarsches von Würzburg nach Berlin gegen rassistische Asylgesetzgebung und Politik seit Oktober 2012 in Zelten am Oranienplatz campen, um ihre Forderungen (wie die Abschaffung der Residenzpflicht) durchzusetzen.

Organisierung, Kampagnen, Strategien und Visibilität bedrohter Projekte

Die bedrohten Hausprojekte und Wagenplätze haben auf den Räumungsdruck und die Räumungen in den vergangenen Jahren reagiert und auf verschiedenen Ebenen und mit vielfältigsten Mitteln versucht, Unterstützung zu organisieren, räumungswillige EigentümerInnen unter Druck zu setzen, ihre mediale Präsenz zu erweitern, den politischen Preis für Räu-

30 Mähren-Immobilien, Mähren-Grundbesitz und Mähren-Invest GmbH.

mungen in die Höhe zu treiben und sich wieder stärker zu vernetzen. Die ursprünglich für den Erhalt des Hausprojektes »Köpi« geplanten Aktionstage wurden nach der legalen Absicherung und unter Einfluss der Kämpfe um das am 1. März 2007 geräumte autonome Zentrum »Ungdomshuset« in Kopenhagen und der »One Struggle One Fight – Demonstration für Autonome Freiräume und Selbstorganisation«³¹ vom Dezember 2007 auf alle bedrohten Hausprojekte und Freiräume in der Stadt ausgeweitet. Es entstand die WBA-(Wir bleiben alle)Kampagne, die jeweils 2008 und 2009 mit »Action- Days and Weeks« durch eine Vielzahl von Aktionen gegen Gentrifizierungsprojekte wie Mediaspree, gegen Immobilienfirmen, Wohnungsbaugesellschaften, HauseigentümerInnen, sowie mit abgefaekelten Luxusautos und Hausbesetzungen von sich Reden machte. Gleich zweimal wurde dabei erneut das seit Jahren leerstehende Haus am Michaelkirchplatz 4 besetzt und gleich wieder geräumt. Im Wesentlichen basiert die »Wir bleiben alle!«-Kampagne auf dem Prinzip des »Do It Yourself« (D.I.Y.), »eine Distanzierung von einzelnen Aktionsformen findet nicht statt«.³² Zum Abschluss der WBA-Action-Weeks 2009 wurde versucht, den Flughafen Tempelhof zu besetzen. Die United We Stay-Kampagne war ein Zusammenschluss von mehreren bedrohten Hausprojekten, die im März 2009 eine Demo mit 4.000 Personen organisierte. Weitere Vernetzungsversuche erfolgten auf dem Intersquat-Festival 2010 sowie regelmäßig stattfindenden WBA- und Autonomen-Vollversammlungen. Eine gemeinsame starke Organisierung wie in den BesetzerInnen-Räten der 80er oder 90er Jahre existiert zweifelsohne nicht. Zudem ist eine gemeinsame Vorgehensweise bei jeweils unterschiedlichen Interessen der privaten EigentümerInnen schwieriger. Und selten sind die Häuser, wie im Fall Bethanien, im Besitz des Bezirkes. Angesichts dessen ist die Mobilisierungsfähigkeit einzelner Projekte/Bündnisse bemerkenswert.

Um Räumungen zu verhindern, entwickeln die BewohnerInnen ganz unterschiedliche Strategien und Taktiken, zumeist in einer Kombination vielfältigster Protest- und Widerstandsformen. So erwies sich in einigen Fällen die Strategie, die Eigentümer aus ihrer Anonymität zu zerren, ihr (privates) Umfeld politisch mit einzubeziehen oder in ihren Vorgärten zu demonstrieren, als durchaus wirkungsvoll. Und die sehr präsenente Öffentlichkeitsarbeit der Yorckstraße 59 konnte die Räumung zwar nicht verhindern, schuf jedoch ein mediales Echo, das sich nach der Besetzung des Südflügels im Bethanien von Vorteil erwies.

31 onestruggle.blogspot.de

32 www.wba.blogspot.de

Die BewohnerInnen der Liebigstraße 14 zogen viele Register und ließen nichts unversucht: Sie wehrten sich juristisch vor Gericht, zeigten NachbarInnen ihr Haus, setzten sich mit PolitikerInnen aus dem Bezirk zu Gesprächsrunden zusammen – sechs Runde-Tische-Sitzungen gab es – und versuchten am Ende das Haus selbst zu kaufen. Mit allem scheiterten sie. Schließlich fuhren sie ins 600 Kilometer entfernte Unna, um einen der Eigentümer, Edwin Thöne, den Geschäftsführer des Kinderschutzbunds, zu treffen. Doch er war für niemanden zu sprechen. Auch ein Offener Brief einiger PolitikerInnen von Januar 2010, direkt an die Hauseigentümer gerichtet, mit der Aufforderung, sich endlich an einer politischen Lösung zu beteiligen, blieb unbeantwortet.³³ Am 24.01.2011 wurde auf Antrag der Grünen in der Innenausschusssitzung des Abgeordnetenhauses über die bevorstehende Räumung diskutiert. Dabei hatte der Grünen-Abgeordnete Canan Bayram das Flugblatt »Der Wut das Unverständliche nehmen« der Liebig 14 verteilt, während der damalige Bezirksbürgermeister Franz Schulz (Grüne) seine verbale, aber am Ende wirkungslose Sympathie zum Ausdruck brachte: »Die Liebigstraße 14 ist eines der Projekte, die für die kulturelle Vielfalt in unserem Bezirk wichtig sind und ihn attraktiv machen.«³⁴ Auch Gesine Löttsch, Linkspartei-Chefin, ließ sich zu einer Äußerung hinreißen, so sehr hatte die Räumung auch das Tagesgeschehen der Berliner Politik erreicht: »Die Verantwortung für diese Entwicklung liegt bei den politisch Verantwortlichen, dem Senat. Ich habe mir eine politische und friedliche Lösung gewünscht.«³⁵ Drei Tage vor der Räumung am 29.01.2011 solidarisierten sich 3.000 Menschen auf einer Demo mit den BewohnerInnen. Schließlich blieb den BewohnerInnen und UnterstützerInnen nichts anderes übrig, als wenigstens den politischen Preis einer Räumung so in die Höhe zu treiben, dass in Zukunft Erwägungen wegen zu erwartender heftiger Proteste, von Räumungen abzusehen, nicht auszuschließen seien – hieß es auch in dem im Innenausschuss verteilten Flugblatt:

»Die neoliberale Umorganisation ist ein Trend, der seit 30 Jahren anhält und der die Gestaltbarkeit der Stadt durch mehr oder weniger demokratische Prozesse immer mehr beschränkt. Ohne massiven Druck aus der Bevölkerung wird sich der Berliner Senat nicht bemüht fühlen, gegenzusteuern. Das Land Berlin, die eingesetzten Toch-

33 liebig14.blogspot.de

34 Taz, 28.01.2011

35 Taz, 02.02.2011

tergesellschaften von Liegenschaftsfonds bis zu den »Quartiersaufhübschern« werden dadurch zum legitimen Angriffsziel direkter Aktionen, die sich gegen Privatisierung, Gentrification und zum Zwecke der Solidarität mit der Liebig¹⁴ richten. [...] Solange sich der Berliner Senat in Sachen Stadtpolitik für die jeweils günstigste und gewinnbringendste Option entscheidet, führen wir das Kostenargument ad absurdum: Die Räumung wird teuer! Verhindern wir die Räumung der Liebig¹⁴ – Auf allen Ebenen mit allen Mitteln. Wir rufen dazu auf, im Vorfeld der Räumung aktiv zu sein, um diese einerseits zu verhindern, aber auch langfristig eine Atmosphäre zu schaffen, in der (Neu-)Besetzungen machbar und durchsetzbar sind. Denn der Senat ist nicht der einzige Player, der in dieser Stadt Fakten schaffen kann.«³⁶

Und die Räumung wurde teuer, sehr teuer – die Proteste als Reaktion auf die Räumung erreichten eine bis dahin nicht erwartete Wucht. Ein martialisches Aufgebot von 2.500 Einsatzkräften der Polizei musste das Haus räumen. Am Abend demonstrierten 3.500 Leute gegen die Räumung. Die Demonstration wurde nach massiven Polizeiangriffen aufgelöst. Daraufhin explodierte die Lage. Im Friedrichshainer Kiez wurden an verschiedenen Stellen Barrikaden errichtet. Die O2-Arena, Banken, der Liegenschaftsfonds wurden entglast und mehrere Einsatzfahrzeuge der Polizei mit Steinen beworfen. In der ganzen Stadt schien sich das dezentrale Aktionskonzept, nach Auflösung der Demo mit vielfältigen Aktionen vorzugehen, zu bewähren. Denn die Angriffe richteten sich gegen mehrere Bankfilialen, Supermärkte, ein Autohaus, zwei Kaufhäuser, verschiedene Modegeschäfte, Bürogebäude, eine Polizeiwache und das renommierte KaDeWe. »Schon ein einfaches Schaufenster kostet rund 2.300 €. Da haben wir bei einem Großkunden, bei dem wir 18 Scheiben ersetzen müssen, eine Rechnung von bis zu 50.000 €, und bei Banken wird die Reparatur noch teurer, weil hier Spezialglas benötigt wird«, so eine Glaserei.³⁷ Laut Medien belief sich der gesamte Sachschaden auf über eine Million Euro, und laut Klaus Eisenreich, dem Berliner Landesgeschäftsführer der Gewerkschaft der Polizei, kostete der Einsatz der Polizei ebenfalls bis zu einer Million Euro.³⁸ Somit schienen sich die auch auf Plakaten, Häuserwänden und Flugblätter verbreiteten Slogans »Ihr räumt – wir bestimmen den Preis« und »1 Million Sachschaden pro Räumung«

36 daneben.blogsport.de

37 Taz, 5.2.2011.

38 Berliner Morgenpost, 3.2.2011.

bewahrheitet zu haben. Bereits 1981 während der Hochphase der Hausbesetzungsbewegung in West-Berlin fand diese Kosten-Nutzen-Logik Zuspruch. So hieß es Ende Januar 1981 in einem Flugblatt des Vorläufigen Rates der Autonomen Republiken Neukölln Kreuzberg: »Macht es teuer für Sie! Die einzige Ebene, auf der sie was kapieren können, ist Geld! Jeder Tag, den unsere Genossen sitzen, soll 1 Million Sachschaden kosten. [...] Jedes geräumte Haus 1 Million extra! Jede Verurteilung 1 Million extra«. Und nur 8 Monate später wurde erneut öffentlich postuliert: »1 Million Sachschaden pro Räumung«, auch als Antwort auf die Ankündigung des damaligen Bausenators Rastemborski (CDU) vom 31.7.1981, demnächst neun Häuser in Schöneberg räumen zu lassen.³⁹

Eine Woche nach der Räumung wurde auf Antrag der CDU im Bundestag über die Räumung des besetzten Hauses in der Liebigstraße 14 und die anschließenden Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und Polizei in einer Aktuellen Stunde im Bundestag diskutiert.⁴⁰ Zum Jahrestag der Räumung, dem 4. Februar, mobilisierten sowohl 2012 als auch 2013 die vom Liebig14-Hauskollektiv mitorganisierten Zombi-Demos (»Never Rest in Peace« 2012, The Return of the Living Death 2013) tausende Menschen, um gegen steigende Mieten und Verdrängung zu protestieren.⁴¹

Die »Köpi«, ein 1990 besetztes und ein Jahr später legalisiertes Hausprojekt in der Köpenicker Straße 137, stand schon mehrmals bei anberaumten Zwangsversteigerungen vor dem Verkauf an neue EigentümerInnen. Der im Rahmen eines Rückübertragungsverfahrens 1995 zum neuen Eigentümer aufgestiegene Volquard Petersen kündigte 1996 die Mietverträge und reichte eine Räumungsklage ein. Diese wurde jedoch abgewiesen und die Kündigungen für nichtig erklärt. Aufgrund hoher Schulden wurde das Haus 1998 gepfändet und unter Zwangsverwaltung der Commerzbank gestellt. Seit 1999 wurde mehrmals versucht das Haus zu versteigern – bei den ersten beiden Versteigerungen fand sich kein einziger Interessent; der Antrag für eine dritte Versteigerung wurde im Mai 2000 zurückgezogen. »Mehr als 50 Interessenten und Anfragen habe es über die Jahre für das Grundstück in Mitte gegeben«, heißt es beim Berliner Senat; doch dann nahmen sie alle wieder Abstand davon. Mit ihrer schonungslos offenen Begrüßungskampagne »Köpi bleibt Risikokapital«, und mehreren Mobilisierungsdemos mit jeweils mehreren tausenden TeilnehmerInnen

39 amantine, *Gender und Häuserkampf*, Unrast 2011, S.26.

40 Tagesspiegel, 09.02.2011

41 liebig14.blogspot.de/

gelang es, viele potentielle InvestorInnen abzuschrecken. Das von der Köpi geschaffene Image »Wer diese Haus kauft – wird die Risiken nicht kalkulieren können«, hat sich als überaus effektive Strategie erwiesen. Erst 2007 wurde das Haus an Besnik Fichtner, als Geschäftsführer einer Gesellschaft mit dem Namen »Plutonium 114«, in der er als Treuhänder für den wahren Eigentümer Siegfried Nehls, einem Berliner Immobilienmakler fungierte, für die Hälfte des Verkehrswert (835.000 €) veräußert, mit dem Ziel, auf dem Gelände Luxuslofts mit Yachtliegeplätzen zu errichten. Schließlich kam es zu Verhandlungen mit Fichtner, bei denen die Mietverträge um 29 Jahre verlängert wurden. Doch nach finanziellen Schwierigkeiten ist inzwischen die Commerzbank wieder zum Gläubiger geworden. Gemeinsam mit dem Finanzamt Tiergarten wollte sie Ende Februar 2013 durch eine Zwangsversteigerung zweier Teilstücke der Köpenickerstraße 133-138, auf der auch der Wagenplatz Köpi liegt, Schulden des Grundstücksbesitzers von rund einer Million Euro eintreiben. Ein Teilgrundstück, die Köpenickerstraße 133, wurde von einer Tochterfirma des bisherigen Eigentümers für 405.000 Euro gekauft. An den Besitzverhältnissen hat sich somit wenig geändert und es ist zumindest bislang weiter nichts passiert. Die Abschreckungsphilosophie (»Wer die Köpi kauft, kauft schlaflose Nächte« – die BewohnerInnen haben daran nie Zweifel aufkommen lassen) und der breite Widerstand scheinen zu wirken: »Wir wollen nicht der letzte Pickel auf der Maske einer sauberen Hochglanzstadt sein. Es geht nicht nur um die Köpi, sondern um die Verteidigung unkommerziellen und unkontrollierbaren Lebens und Handelns. Kapitalismus ist angreifbar! Commerzbank in die Insolvenz treiben!«⁴²

Nur das kämpferische Postkartenmotiv »Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten«, das groß auf der Außenwand der Köpi prankt, ist durch einen inzwischen auch wieder gestoppten Neubau neben dem Haus verdeckt worden.

Zu ständigen und unglaublichen Angriffen durch den Hausbesitzer Beulker kam es auch in dem 1990 besetzten und 1992 legalisierten Haus Rigaer Straße 94, das er 2000 gekauft hat. Der Eigentümer versuchte, alle BewohnerInnen einzeln aus dem Haus zu klagen. Er konnte Ende 2002 in fünf Fällen vor dem Landgericht Berlin die Kündigung durchsetzen, während in fünfzehn Fällen die MieterInnen gewannen. Nachdem Beulker im Herbst 2002 die Gemeinschaftsräume und das Kneipenprojekt »Kadterschmiede« räumen ließ, folgten im Mai 2003 die Räumungen der fünf Wohnungen. In den Tagen danach zerstörte er, unter den Augen der

42 koepi137.net

Polizei und gemeinsam mit Bauarbeitern, Kachelöfen und Kücheneinrichtungen der geräumten Wohnungen und riss Zwischenwände zwischen Vorderhaus und Seitenflügel heraus. Weiterhin wurden eine Tischtennisplatte im Garten, Fahrräder im Treppenhaus oder Waschmaschinen zerstört, über gewaschene Wäsche Farbe gekippt und die Kneipe zertrümmert. Während ein Bewohner von Beulker persönlich angegriffen wurde, wurden UnterstützerInnen von Bauarbeitern mit Knüppeln bedroht und vom Wachschatz mit Teleskopstangen und Schlagringen angegriffen. Der Wachschatz erteilte wahllos BewohnerInnen und BesucherInnen Hausverbote oder wollte sogar Personalausweise einsehen, während andere MieterInnen trotz einstweiliger Verfügung nicht ins Haus gelassen wurden. Im Erdgeschoss des Vorderhauses wurde eine Wohnung zu einer Art »Pfortnerloge« inklusive Türsummer umgebaut, mit Fenster in die Hofdurchfahrt, in der eine Eisengittertür eingebaut war, die beim Betreten grell erleuchtet wurde.⁴³

Die Vorgehensweise des Hausbesitzers erscheint wie ein Horrorszenario, um MieterInnen mit allen Mitteln loswerden. Aber trotzdem haben die BewohnerInnen mit erstaunlicher Konstanz und mit vielfältigsten Methoden Widerstand geleistet. Sie wehrten die Kündigungen in 15 Fällen ab, haben (fast) alle geräumten Orte wieder besetzt, mobilisierten zu Aktionstagen (»Rigaer Straße Fights Back-Kampagne«) und haben immer wieder verdeutlicht, dass eine Räumung ebenfalls sehr teuer werden würde. Die Mischung aus juristischer Verteidigung, Öffentlichkeitsarbeit und Setzen eines militanten Ausrufezeichens⁴⁴ hat sich bisher auch hier als sinnvoll erwiesen. Sie erhielten sogar Unterstützung von F. Hochbrecht, einer Ex-Sekretärin des Hausbesitzers Beulker. Diese machte öffentlich, dass sie monatelang keinen Lohn erhalten hatte. Auch 17 andere Angestellte der Firma seien entlassen worden, nachdem sie monatelang kein Geld bekommen hatten. Beulker steckte offenbar in größeren ökonomischen Schwierigkeiten. So seien schon mal Werkzeuge von den betroffenen Firmen als Pfand einbehalten worden oder häufiger auf Initiative von Gläubigern Beulkers Konten gesperrt worden. Sie bezeugte auch, dass Beulker wiederholt erklärt hatte, »das Haus schon leer zu bekommen«. Des Weiteren habe er einem Elektriker den »unkonventionellen Vorschlag« gemacht, die Stromversorgung des Hinterhauses

43 rigaer94.squat.net

44 Ein militantes Ausrufezeichen war z. B. die Aktion der Gruppe »das Sonnenschein-Komitee«, die am 2.2.2009 den Luxuswagen des Hausverwalters Oliver Rohr anzündete. In: Interim Nr. 688, S.7.

an den Baustellen-Starkstrom anzuschließen.⁴⁵ Doch die BewohnerInnen haben es bisher geschafft, ihren selbstbestimmten Freiraum zu verteidigen und feierten im August 2013 ihren 23. Geburtstag.

Aussichten

Auch aktuell sind diverse Hausprojekte in ihrer Existenz bedroht und wehren sich gegen Räumung oder Mieterhöhungen.⁴⁶ Dazu zählen u. a. die Reichenbergerstraße 63 A, die 1990 besetzte und inzwischen legalisierte Linienstraße 206⁴⁷ (»Ob Nuriye, ob Linie, Kalle – wir bleiben alle«), die Kirche von Unten (KvU) oder der Wagenplatz Rummelplatz.

Die in den 80er Jahren entstandene Kirche von Unten (KvU),⁴⁸ ein bedeutender Posten innerhalb der DDR-Opposition, sollte ursprünglich bis zum 1.1.2013 ihre Räume in der Kremmener Str. 9-11 in Prenzlauer Berg, in denen sie seit 1992 verweilt, verlassen. Die Eigentümerin, der Immowert Arkonahöfe Berlin GmbH, die den Komplex »Arkonahöfe« in schicke Eigentumswohnungen umwandeln will, hatte die Räume gekündigt und sämtliche Gesprächsangebote seitens der KvU abgelehnt. Obwohl die Bezirksverordnetenversammlungen (BVVs) Pankow und Mitte durch entsprechende Beschlüsse sich für den Erhalt der KvU (allerdings nur am derzeitigen Standort) einsetzen, ist die Zukunft völlig ungewiss – auch ein geeigneter Ersatzort konnte bisher nicht gefunden werden.⁴⁹

Aber auch Häuser, die schon Anfang der 80er Jahre besetzt worden sind, stehen vor dem Aus. So wurde die Willibald-Alexis Straße 34 in Kreuzberg 1981 im Zuge der großen Besetzungswelle besetzt, dann legalisiert und bis 2004 von der GEWOBAG verwaltet. Zusammen mit anderen GEWOBAG-Häusern wurde es dann privatisiert und für 600.000 € an CITEC/SIAG veräußert und weitere sechs Jahre später für 1,25 Mio. an die jetzigen Eigentümer⁵⁰ profitabel weiterverkauft. Seitdem werden nach

45 Alle diese Angaben bekräftigte Hobrecht gegenüber der Justiz in einer eidesstattlichen Erklärung. In: www.friedrichshain-magazin.de/archiv/

46 Die aufgeführten Beispiele sind exemplarisch, es wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben.

47 Die Eigentümer, Frank Wadler und Bernd-Ullrich Lippert versuchen, die Bewohner_innen rauszuklagen.

48 Zur Geschichte siehe: Wunder gibt es immer wieder, Fragmente zur Geschichte der Offenen Arbeit Berlin und der Kirche von Unten. Kirche von Unten (KvU) Berlin (Hg.), Eigenverlag Berlin 1997.

49 <http://kvu.blogspot.de/> und <http://kvu-berlin.de/>

50 Willibald-Alexis-Str. 34 Grundbesitz GmbH, persönlich haftender Gesellschafter: Ebersstr. 62 Verwaltungs GmbH, deren Geschäftsführer: Y.Miller und Y.Shaked.

und nach die Wohnungen verkauft und in Einzeleigentum umgewandelt. Nachdem bisher acht Wohnungen an EinzeleigentümerInnen für etwa 1,5 Mio. € verkauft worden waren, wurden die restlichen Mietwohnungen für 1,8 Mio. € als Paket zum Verkauf angeboten.⁵¹ Bei Verkauf aller Wohnungen würde der dann erzielte Wert bei mindestens 3,3 Mio. € liegen und eine Wertsteigerung von 2 Mio. € wäre erzielt. Doch seit geraumer Zeit wehren sich die BewohnerInnen: »Wir wollen ›unser Haus‹ dem Spekulationsmarkt entziehen und gemeinschaftliches Wohnen organisieren. Doch die Eigentümer ignorieren uns, ziehen weiter ihr Geschäft durch. Aber trotzdem sind wir guter Dinge. Nicht weil wir trotz Verdrängungsspielereien in der Wax 34 als Hausgemeinschaft wohnen bleiben wollen und werden, sondern weil wir sehen, dass immer mehr Menschen hier im Kiez, in anderen Stadtteilen in Berlin, nicht mehr hinnehmen, wie sie aus ihren Lebensumfeldern verdrängt werden. Sie stehen auf, bewegen sich, organisieren sich gegen Verdrängung durch steigende Mieten, Modernisierungen, Umwandlungen in Eigentum, Ferienwohnungen. Es entstehen immer mehr Hausgemeinschaften, Projekte, Initiativen und fangen an sich zu vernetzen und die spekulative Verdrängungskultur in Frage zu stellen: selbst organisiert, mit tiefen Misstrauen gegenüber den politischen Parteien jeglicher Couleur.«⁵²

Nachdem die Räumungsklage gegen eine Bewohnerin u. a. wegen »Rädelsführerschaft« vor Gericht gescheitert ist, schickten die Eigentümer einem Teil der BewohnerInnen Abmahnungen, in denen diese beschuldigt werden »... Mitglied einer Gruppe zu sein, die das Treppenhaus mit Flugzetteln übersät ...«. Darüber hinaus wurden Briefkästen abgerissen und diverse Türschlösser zerstört. Zum Jahresende 2011 übernahm die neue Hausverwaltung Oliver Rohr GmbH, bekannt aus der Liebigstraße 14 und der Rigaerstraße 94, das Haus.

Der Schokoladen⁵³ in der Ackerstraße 169/170, ein selbstverwaltetes nicht-kommerzielles Wohn-Kunst- und Kulturprojekt in Berlin-Mitte, 1990 besetzt und 1991 legalisiert, rettete sich erst in letzter Minute durch Selbstkauf und kämpfte jahrelang seit den Kündigungen der Gewerbemietverträge aller Projekte (vom 31.12.2005 und seit dem 31.7.2010 für alle Wohnungen »wegen wirtschaftlicher Nichtverwertbarkeit«) durch den

51 <http://willibald-alexis-strasse34.blogspot.de/>

52 willibald-alexis-strasse34.blogspot.com

53 Der Name rührt von der ehemaligen Schokoladenfabrikation von Julius Stullgy von 1911-1971.

Eigentümer Marcus Friedrich⁵⁴ gegen die drohende Räumung. Nach zwei verlorenen Räumungsklagen wurde die für den 22.02.2012 terminierte Räumung der Gewerberäume am 17.02.2012 ausgesetzt. Schließlich wurde nach zähen Verhandlungen am 29.03.2012 der Kauf besiegelt: Unter Einbeziehung eines Kompensationsgeschäftes bzw. einer Direktvergabe eines Grundstücks durch das Land Berlin an den Eigentümer erklärte sich dieser bereit, das Haus in der Ackerstraße 169 an die Schweizer Stiftung Edith Maryon, die es wiederum an den Trägerverein des Hausprojektes in Erbbaupachtvertrag über 99 Jahre weitergab, für circa 1,5 Millionen Euro zu verkaufen. Wesentlich dazu beigetragen hatte die breite Schokoladen-Unterstützungskampagne mit einem offenen Brief, einer Plakatoftensive (»Berlin ohne Schokoladen wird für mich wie Stuttgart«, »Wer einer Kuh die Stirn bietet, muss ein Ochse sein«), einer Demo vor dem Privathaus des Eigentümers in Potsdam-Babelsberg, Besuche seines Fliesenentrums in Großbeeren, des Fliesenmarktes sowie des Altstadthotels und des Hotels Römischer Kaiser der Familie Friedrich in seiner Heimatstadt Trier, einer Protestaktion beim Liegenschaftsfonds und vielen anderen kreativen Aktionen.⁵⁵ Auch wenn der Schokoladen gerettet werden konnte, mit der Anhebung der bisher sehr niedrigen Mieten für Gewerbe und Wohnungen für die Rückzahlung der Kredite eines über Wert gekauften Hauses, bei dem der Eigentümer gut abkassierte, wurde ein hoher Preis bezahlt.

Jeweils nach kurzer Zeit wurde die zweimalige Besetzung der Schlesischen Straße 25 geräumt. So am 30. Mai und am 4. September 2011. Am 30. Mai, dem Tag der Veröffentlichung des Berliner Mietspiegels, wurde zusätzlich das Büro des Grünen Bezirksbürgermeisters Schulz von Friedrichshain-Kreuzberg besetzt. Der Mietspiegel offenbarte in den Jahren 2009 bis 2011 eine Steigerung der Mieten von 8,3 %, von über 10 % im Altbau und von 17,5 % im unsanierten Altbau, während der damalige Bezirksbürgermeister durch die Unterstützung des Megaprojektes Mediapree Gentrifizierungsprozesse förderte, stand er der Besetzung scheinbar positiv gegenüber und erschien vor Ort. Das fast komplett entmietete Haus gehörte der damals öffentlichen Wohnungsbaugesellschaft GSW, die es 1993 mit 22 weiteren Häusern vom Bezirk Kreuzberg, dessen Grundstücksämter die landeseigenen Wohngrundstücke verwaltete, geschenkt bekommen hatte, und nach deren Verkauf 2004 an die Whitehall Funds sowie die Investoren Gruppe Cerberus, unmittelbar vor

54 Markus Friedrich, Beteiligungsgesellschaft Friedrich Trier GmbH c/o Fliesenzentrum Deutschland, Großbeeren.

55 schokoladenverteidigen.blogspot.eu

der Besetzung an Mathias Bahr und seine »Schlesische Straße 25 Projekt GmbH« weiterverkaufte.^{56 57} Der grüne Bürgermeister Schulz gab sich bei einer AnwohnerInnenversammlung im Wrangelkiez erst ahnungslos und später so, als ob er nichts damit zu tun gehabt habe, obwohl er als ehemaliger Baustadtrat von Kreuzberg für die Hausverschenkerei mitverantwortlich gewesen war. In der Manteuffelstraße 7, einem anderen Haus der GSW, war bereits 2008 ein jahrelang leerstehender Seitenflügel über einen Zeitraum von 18 Monaten still besetzt worden, bis er Ende 2009 ohne vorherige Ankündigung (Räumungsverfügung) im Auftrag der GSW durch die Polizei geräumt wurde.⁵⁸

Teilweise erfolgreich waren auch die Besetzer*innen der leerstehenden Musikschule in der Falkenberger Straße 183 im Mai 2011, die eine nachbarschaftliche Nutzung des in der Hand des Liegenschaftsfonds befindlichen Hauses verlangten, die Besetzer*innen der Oranienstraße/ Adalbertstraße 91 im September 2011, als sie gegen die Umwandlung der Wohnungen in ein Hostel durch den Eigentümer T. Akar Hausverwaltung⁵⁹ protestierten und »günstige Wohnungen statt Investorenprofite« forderten, sowie jene, die sich im April 2012 die Weisestraße 47 für mehrere Stunden aneigneten, um u. a. dafür einzutreten, »leerstehende Wohnungen an Hartz IV-BezieherInnen sowie andere Menschen mit geringem Einkommen zu vergeben«.⁶⁰ Doch alle Häuser wurden noch am gleichen Tag geräumt. Gleich zweimal besetzt und wieder schnell geräumt wurde ein Teil des Seitenflügels, der noch von wenigen Mietparteien bewohnten Bevernstraße 2 (Kreuzberg) am 25.3.2013 und zwei Monate später am 13.5.2013. Interessant ist auch hier die Geschichte des Hauses, denn es gehörte ebenfalls zu den 23 GSW-Häusern,⁶¹ die privatisiert wurden. Der jetzige Eigentümer, die Entwicklungsgesellschaft Bevern GmbH, will den Seitenflügel luxusmodernisieren und ein neues Vorderhaus hochziehen. Allerdings wohnen noch zwei Mietparteien, die bleiben wollen, im Seitenflügel. Täglich finden dort Führungen durch das Haus statt – hin

56 Flugblätter zur Besetzung, 30.5. und 4.9.2011 in: Archiv Kollektivbibliothek New Yorck im Bethanien.

57 www.bmgev.de/mieterecho/archiv/2011/me-single/article/23-verschenkte-haeuser-in-kreuzberg.html

58 gsw23.blogspot.eu/gsw23/manteuffelstr-7/

59 T. Akar ist auch Besitzer der 1980 besetzten und später legalisierten Adalbertstraße 6 und kündigte dort dem A6 Laden, wo politische und kulturelle Veranstaltungen ihren Platz hatten.

60 <http://de.indymedia.org/2012/04/329084.shtml>

61 gsw23.blogspot.eu

zu einer präparierten Vorzeigewohnung, um KäuferInnen für die luxusmodernisierten Wohnungen zu finden, bei einem Quadratmeterpreis zwischen 3.200 und 4.600 €, obwohl laut Einbringungsvertrag dort weder luxusmodernisiert noch die Wohnungen ohne Einverständnis der MieterInnen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden dürfen. Da die InvestorInnen weder für den Vorderhausneubau noch für die Luxusmodernisierung des Seitenflügels über eine Baugenehmigung verfügen, erteilte das Bezirksamt eine Baugenehmigung für den Vorderhausneubau, der allerdings ohne eine Luxusmodernisierung des Seitenflügels gar nicht machbar ist, da einige der geplanten Vorderhauswohnungen in den Seitenflügel hineinreichen sollen.

Ebenfalls schnell geräumt wurde am 19.10.2013 die Besetzung einer ehemaligen Polizeiwache in der Rathausstraße 12 in Lichtenberg, an der sich insgesamt an die 200 Personen (rumänische obdachlose Familien, andere Wohnungssuchende und UnterstützerInnen) beteiligten, mit dem Ziel ein »selbstorganisiertes gemeinschaftliches Wohnen« zu verwirklichen.⁶²

Besetzungen gehen weiter!

Doch die Besetzungen gehen weiter. Das Refugee Strike House und das Soziale Zentrum Irving Zola-Haus wurden am 8.12.2012 in der Ohlauer Straße 12 (Kreuzberg) in einer Doppelbesetzung durchgesetzt. Dass es nicht sofort zu einer Räumung kam, lag auch diesmal an mehreren günstigen Faktoren. Zum einen gehören die besetzten Gebäude, eine ehemalige Schule und ein kleiner räumlich getrennter Vorbau dem Bezirk Kreuzberg-Friedrichshain, der dort ohnehin in naher Zukunft ein Projekte-Haus entstehen lassen will. Dieses Vorhaben ist allerdings das Ergebnis jahrelanger Basiskämpfe von Stadtteilgruppen und politischen Initiativen, und somit nur durch Druck, zustande gekommen. Und zum anderen sind die BesetzerInnen des Refugee Strike House eben jene Refugees (und deren UnterstützerInnen), die mit bezirklicher Duldung seit Oktober 2012 am Oranienplatz campen, um ihren politischen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Das besetzte Irving Zola Haus fordert ein barrierefreies Zentrum – dafür spricht als ein zentrales Argument die komplette Barrierefreiheit des Gebäudes. Denn an: »barrierefreien, selbstverwalteten, unkompliziert und günstig zugänglichen Veranstaltungsräumen herrsche nicht nur in Kreuzberg, sondern weit darüber hinaus (nicht nur) in Berlin ein enormer Mangel«. ⁶³ Mit der Namensgebung

62 <http://de.indymedia.org/2013/10/349493.shtml>

63 http://irvingzolahaus.blogspot.de/images/offener_brief_soziales_zentrum.pdf

des US-Amerikaners Irving Zola bezieht sich ein besetztes Haus übrigens erstmalig in der BRD auf einen Aktivist der Behindertenbewegung (Disability Rights Movement), der u. a. Mitglied der Society of Disability Studies und Herausgeber des Disability Studies Quarterly war. Ob die BesetzerInnen oder ein Teil von ihnen drin bleiben werden und können, bzw. in welcher Form sie sich an neu entstehenden Projekte-Haus beteiligen werden, ist ungewiss. Doch die durch die Besetzung geschaffene Öffentlichkeit wurde nicht nur die Bewerbungsfrist verschoben und erweitert (die ursprüngliche Eröffnung war für den 1. April 2013 terminiert), sondern auch das bisherige intransparente Bewerbungsverfahren steht auf dem Prüfstein.

Mindestens zwei Jahre wohnten in der ehemaligen abbruchreifen Eisfabrik in der Köpenicker Straße in improvisierten Unterkünften ca. 20-30 aus Bulgarien kommende Menschen, ehe das Bezirksamt Mitte im Herbst 2013 auf gerichtlichem Wege den Eigentümer Thomas Durchlaub (Telamon GmbH) zwang, eine Räumung zu veranlassen.⁶⁴ Der für den 27.12.2013 vorgesehenen Räumung entgegneten die BewohnerInnen und UnterstützerInnen mit einer Demonstration vor dem Bezirksamt Mitte und einer kurzfristigen Besetzung der St. Michael Gemeinde in der Waldemarstraße in Kreuzberg, was schließlich zu einer vorübergehenden Übernahme der Kosten für die Unterbringung in einem Hostel bis zum 9.1.2014 führte. Während weitere Verhandlungen mit dem Bezirk Mitte für eine dauerhafte Unterbringung in Wohnungen scheiterten und die darauffolgenden Begehungen bzw. symbolischen Besetzungen der Bundeszentrale ver.di am 9.1.2014, des Karl-Liebknecht-Hauses der Partei Die Linke am 10.1.2014 und der SPD-Landeszentrale am 13.1.2014 ebenfalls erfolglos verliefen, wird die leere Eisfabrik von privaten Wachschildern bewacht.⁶⁵

Noch nicht geräumt wurden dagegen die in Zelten wohnenden BesetzerInnen und die Kultur-Kneipe »Reüberläb« auf der Cuvry-Brache. Eine seit über 15 Jahren als Gemeinschaftsgut benutzte Freifläche in der Schlesischen Straße (»Brache bleibt Brache«) in Kreuzberg. Der Immobilienunternehmer Artur Süsskind, der seit 2011 Eigentümer des Areals ist, will dort Wohnblöcke, die »Cuvry-Höfe«, errichten.

Als im Sommer 2013 im Zirkus Cabuwazi unter Polizeischutz die Investoren ihre Bebauungspläne für das Cuvry-Grundstück vorstellten, bekamen sie reichlich Gegenwind und nach nur einer Stunde endete die Veranstaltung nach deutlichen Protestverlautbarungen (»Schieß-Cuvry-

64 Siehe auch Beschluss des Verwaltungsgerichts Berlin vom 20.12.2013.

65 <http://wirbleibenalle.org/>

Höfe« und »Haut ab«) von AnwohnerInnen. Artur Süsskind saß fassungslos auf dem Podium.⁶⁶

Bereits 2012 scheiterte die temporäre Ausstellung »BMW-Guggenheim Lab« auf Gelände am Spreeufer. Nach deutlichen Unmutsäußerungen und angebrachten Transparenten (»Steigende Mieten stoppen«, »BMW enteignen – ZwangsarbeiterInnen entschädigen«) bei einer Werbeveranstaltung im März 2013 für das Lab, sowie der Ankündigung weiterer Proteste, hatte BMW das Vorhaben in Kreuzberg kurzfristig abgesagt und zog um in den Pfefferberg im Prenzlauer Berg. Das BMW-Lab ist eine reine Image-Veranstaltung für den BMW-Konzern. Der BMW-Marketing-Chef äußerte sich im Manager Magazin: »Mit der Experiential-branding-Strategie, und ganz konkret mit dem BMW Guggenheim Lab, möchten wir jene ansprechen, die heute vielleicht noch keine besondere Affinität zur Marke BMW haben.« Diese Strategie ging an der Cuvrybrache nicht besonders gut auf; der damalige Kreuzberger Bürgermeister Schulz brachte sein Missfallen über die Absage des Weltkonzern zum Ausdruck: »Ich bedauere, dass diese Chance vertan ist« (so in einem Interview in der Berliner Morgenpost am 20.03.2012).⁶⁷

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich an der »Berliner Linie« grundsätzlich nichts verändert hat. Auch wenn einige Beispiele zeigen, dass Besetzungen unter bestimmten Bedingungen zu Legalisierungen (Wagenplatz Convoi, New Yorck, Stille Straße), vorübergehenden Duldungen mit Perspektive auf mehr (Irving Zola und Refugee Strike House, Ohlauerstraße) oder über Verhandlungen zu Ersatzgrundstücken (Schwarzer Kanal, Nachbarschaftsgarten »Ton, Steine, Gärten«) führen können. In einigen Fällen bemühen sich einzelne Bezirke um Runde Tische, Gespräche und Ersatzgrundstücke, oder betonten die Bedeutung jener bedrohten Projekte für die Stadt. Doch in der Gesamtchoreographie waren bis auf wenige Ausnahmen weder die Bezirke noch der Senat willens oder in der Lage, politische Lösungen zu finden oder Räumungen zu verhindern. Bei den letzten Räumungen von langjährigen Hausprojekten (Brunnenstraße 183, Liebigstraße 14) scheiterten auch die Vorschläge sogenannter Ringtausche von Häusern nicht nur an der Sturheit der Eigentümer, sondern auch am fehlenden politischen Willen der Parteien. Dabei ist der senatseigene Liegenschaftsfonds im Besitz von zahlreichen leerstehender Immobilien. Und in der Vergangenheit hat es, neben dem aktuellen Beispiel der Ackerstraße169/170, auch Ringtausche

66 <http://www.taz.de/!118567/>

67 <http://bmwlabverhindern.blogspot.de/>

gegeben: So stand das ehemals besetzte Haus in der Prinzenallee 58 1988 nach Erteilung des Räumungstitel kurz vor der Räumung. Die Eigentümer Hauert&Noack wollten eine Verdreifachung der Miete oder einen Kaufpreis von fünf Millionen DM, bei einem Verkehrswert von 3,4 Millionen DM. Schließlich verzichteten Hauert&Noack nach Verhandlungen mit dem Senat 1992 auf die Räumung und erhielten im Austausch drei Ersatzobjekte, während mit den BewohnerInnen 1996 ein Erbbaurechtsvertrag abgeschlossen wurde. Auch die Regenbogenfabrik in der Luisenstraße 22a/23 wurde von der Stadt in den 80er Jahren gekauft und mit eigentümerähnlichen Verträgen ausgestattet. Das es letztendlich eine Frage der Prioritäten ist, zeigt auch das Beispiel der Elite-Uni »European School of Management and Technology« (ESMT) im ehemaligen Staatsratsgebäude, die das Gebäude vom Senat geschenkt bekam.

Dennoch verstecken sich die PolitikerInnen allzu oft hinter Gesetzen und Floskeln ihnen »seien die Hände gebunden«. Doch letztendlich ist es der Staat selbst, der die grundsätzliche Ordnung kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten und Prinzipien aufrecht erhält und schützt. Das Privateigentum als Kern dieser Ordnung, als Wesenselement kapitalistischer Gesellschaften wird auch von diesem Staat verteidigt und an vielen Beispielen lässt sich aufzeigen, dass der Berliner Senat den zu erzielenden Profit beim Verkauf einer Immobilie höher bewertet, als den Erhalt eines alternativen Hausprojektes. Insofern kann auch nur die generelle Infragestellung und Aneignung von Privateigentum zu kollektiven und gemeinschaftlichen Eigentumsverhältnissen führen.

Die verschiedensten Häuserbewegungen hatten dies in dem Postulat »Die Häuser denen, die drin wohnen« zum Ausdruck gebracht und in den Hochphasen ihrer Mobilisierungsstärke auch phasenweise politisch durchsetzen können. Doch eine Häuserbewegung existiert zur Zeit nicht, auch wenn vereinzelt größere Mobilisierungen gelingen, eine mediale Wahrnehmung erreicht und der Widerstand deutlich spürbar wird (Yorck 59, Köpi 137, Liebig 14, Rigaer 94, Refugee Strike House/Irving Zola).

Die entscheidende Frage wird sein, inwieweit es in Zukunft gelingen wird, über die eigenen (autonomen) Häuserstrukturen und Freiräume hinaus, und angesichts zunehmender Verdrängungsprozesse, Mieterhöhungen und sozialer Exklusionen prekärer Bevölkerungsgruppen, städtische Bündnisse zu formen, um auf einer breiteren gesellschaftlichen Basis neoliberaler kapitalistischer Stadtpolitik im Allgemeinen und Häuser- und Wohnungsraumungen im Besonderen wirkungsvoller entgegenzutreten. Die Mietenstopp-Demonstration vom 3. September 2011 mit 6.000

TeilnehmerInnen, an der sich auch etliche Projekte beteiligten, zahlreiche und zunehmende sich untereinander vernetzende MieterInnen- und Kiezinitiativen (z. B. Stadtvernetz),⁶⁸ mehrere verhinderte Zwangsräumungen und die breite Mobilisierung durch das Bündnis »Zwangsräumung Verhindern«⁶⁹ gegen die Zwangsräumung der Familie Gülbol in der Lautitzer Straße 8 mit einer Beteiligung von fast 1.000 Personen im Februar 2013, sowie die Kontinuität und Beharrlichkeit der MieterInnenproteste von Kotti und Co.⁷⁰ mit ihren Lärmdemos und dem Camp am Kottbusser Tor seit Mai 2012, sind Wege in diese Richtung. Auch die Initiative »Leerstand Belegen«, die zum massenhaften Besetzen aufruft und dies als »einen Ansatz sieht, den Widerstand gegen die Wohnungspolitik des Senates und den Widerstand gegen steigende Mieten und Verdrängung zu bündeln«,⁷¹ klingt verheißungsvoll.

Ebenso ruft das Aktionsbündnis »Recht auf Wohnen« unmissverständlich zum Ungehorsam auf: »Allen, die in Berlin keine Wohnung finden, auch denen die neu dazu ziehen – refugees, you are welcome – , bleibt also keine andere Wahl: Sie müssen sich ihr Recht selbst nehmen, denn keiner gibt es ihnen. Deshalb Besetzungen jetzt! Von Studierenden bis Rentnern, von Arbeitslosen bis prekär beschäftigten WissenschaftlerInnen, von obdachlosen Familien bis zu alleinerziehenden Müttern und Vätern – gemeinsam nehmen wir uns unser Recht auf eine aktive Wohnungssuche.«⁷² Ob es aber zu einer neuen Besetzungswelle, zu Aneignungen oder Mietstreiks kommen wird, ist schwer vorauszusehen – Bewegungen lassen sich nicht planen. Doch manchmal verändern sich Dinge, die wir lange für unmöglich gehalten haben. Es liegt auch an uns – Selbstorganisation ist der erste Schritt.

Literatur

amantine (2011): Gender und Häuserkampf. Münster: Unrast

GSW 23 (2011): Manteuffelstr. 7. gsw23.blogspot.eu/gsw23/manteuffelstr-7/ [19.01.2014]

Hausverwaltung Oliver Rohr (2007): Kaufangebot. liebig14.blogspot.de/medien/dokumente/ [19.01.2014]

68 <http://mietenstopp.blogspot.de/stadtvernetz/>

69 <http://zwangsräumungsverhindern.blogspot.de/>

70 kottiundco.net

71 leerstandbelegen.blogspot.de

72 <http://wirbleibenalle.org/?p=996>

- Idymedia (2008): Garten bleibt besetzt - Freiraum für alle: de.indymedia.org/2008/06/220081.shtml [19.01.2014]
- Indymedia (2003): Besetzung für ein Soziales Zentrum Berlin: de.indymedia.org/2003/10/63139.shtml [19.01.2014]
- Indymedia (2009): Wagenplatz Besetzung für Schwarzer Kanal: de.indymedia.org/2009/10/264026.shtml [19.01.2014]
- Indymedia (2010): [BlN] Update Räumung in der Bödikerstr. 9: de.indymedia.org/2010/03/275756.shtml [19.01.2014]
- Indymedia (2010b): Nordflügel des Bethaniens in Berlin besetzt: http://de.indymedia.org/2010/06/283755.shtml
- Indymedia (2011): BLN: Birkel-Familie kauft Brunnenstrasse 183: http://de.indymedia.org/2011/08/314894.shtml?c=on#c731981 [19.01.2014]
- Indymedia (2012b): Polizeigewalt bei Hausbesetzung Weisestr: http://de.indymedia.org/2012/04/329084.shtml [19.01.2014]
- Indymedia (2013): Zur Besetzung in Berlin-Lichtenberg: http://de.indymedia.org/2013/10/349493.shtml [19.01.2014]
- Initativkreis für das neue barrierefreie soziale und politische Kirche von Unten (1997): Wunder gibt es immer wieder, Fragmente zur Geschichte der Offenen Arbeit Berlin und der Kirche von Unten. Berlin: Eigenverlag
- Litschko, Konrad (2013): Bambule gegen Baupläne. In taz, 21.06.2013 (<http://www.taz.de/!118567/>) [19.01.2014]
- New Yorck im Bethanien (2011): Flugblätter zur Besetzung, 30.5. und 4.9.2011. In: Archiv Kollektivbibliothek New Yorck im Bethanien.
- Schmidl, Karin; Kopietz, Andreas (2010): Ermittlungen wegen Hausfriedensbruchs. In: Berliner Zeitung, 15.6.2010,
- Stille Straße (2012): Aufruf zum Miteinander, <http://stillestrasse10bleibt.blogspot.eu/2012/08/01/aufruf-zum-miteinander/> [19.01.2014]
- Villinger, Christoph (2005): Das Objekt der Begierde. In: Mietercho Nr. 309, <http://www.bmgev.de/mietercho/309/19-soziales-zentrum.html> [19.01.2014]
- Villinger, Christoph (2011): 23 verschenkte Häuser in Kreuzberg. In: Mietercho Nr. 351, <http://www.bmgev.de/mietercho/archiv/2011/me-single/article/23-verschenkte-haeuser-in-kreuzberg.html> [19.01.2014]
- Zentrum in Kreuzberg 36 (2012): Offener Brief an das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, http://irvingzolahaus.blogspot.de/images/offener_brief_soziales_zentrum.pdf [19.01.2014]

Sonstige Internetquellen

- daneben.blogspot.de
<http://mietenstopp.blogspot.de/stadtvernetzt/>
<http://wirbleibenalle.org/>
<http://zwangsraeumungsverhindern.blogspot.de/>
 kottiundco.net
 leerstandbelegen.blogspot.de
 schokoladenverteidigen.blogspot.eu
 willibald-alexis-strasse34.blogspot.com

»Wenn wir nicht laut schreien, werden wir auch nicht gehört«

Interview mit Anja Gerlich (Schokoladen e. V., Berlin-Mitte)

Andrej Holm: Was ist der Schokoladen für ein Ort und wer seid ihr?

Anja Gerlich: Wir sind der Schokoladen e. V. Der Verein ist 1990 aus der Besetzung des Hauses hervorgegangen. Es gab damals relativ schnell Verhandlungen und einen Runden Tisch, wo wir von der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft WBM mit Verträgen ausgestattet wurden. Wir sind ein integriertes Wohn- und Kulturprojekt, das ist uns ganz wichtig. Ein Drittel unserer Flächen ist Kulturfläche, hier wohnen 22 Leute. Insgesamt arbeiten und leben hier aber über 60 Leute und wir versuchen die Verschränkung verschiedener Sparten von Kunst und Kultur und auch von alternativen Wohnformen zu leben. Wir haben ein Musikcafe, in dem Lesungen, Musik, Theater und Performances stattfinden und ein Theater, in dem internationale Theatergruppen zusammenarbeiten. Dann gibt es den Club der polnischen Versager, der sich mit deutsch-polnischem Kulturaustausch beschäftigt. Früher war die Stadtteilzeitung Scheinschlag in dem Raum und davor die Comibibliothek Renate. Daneben gibt es noch einige Ateliers. Der Schokoladen ist der Versuch, die verschiedenen Formen von Leben und Kunst zu verschränken.

Andrej Holm: Wie viel davon ist öffentlich für Publikum zugänglich und was spielt sich sonst in euren Räumen ab?

Anja Gerlich: Ich würde sagen, dass wir über 80 Prozent von dem, was wir produzieren, der Öffentlichkeit zugänglich machen. Unsere drei großen Räume sind durchgehend mit Veranstaltungen ausgebucht, zum Teil täglich oder drei bis vier Mal in der Woche sind die Räume offen. Für den internen Austausch hat sich der Hof zum Dreh- und Angelpunkt entwickelt. Die Atelieregemeinschaften treffen sich dort, die Metallwerkstatt, die Tonkünstler, die Tonstudioleute und die Bands.

Andrej Holm: Das klingt nach einem klassischen Künstlerhaus, in dem sich Künstler/innen zusammentun, um ihre knappen Ressourcen gemein-

sam zu nutzen? Ist der Schokoladen ein Selbstzweck für die Künstler/innen, die ihn organisieren?

Anja Gerlich: Nein, das ist überhaupt nicht unsere Idee. Wir verstehen uns vielmehr als Impulsgeber für alle möglichen Projekte – oder eher noch als Raumgeber für andere Impulse. Wir laden immer gerne ein und wollen den größtmöglichen Austausch. Der Schokoladen ist kein feststehendes Projekt, sondern ein Ort der Ermöglichung. Wir wollen eine kreative Szene, die international ist – und das war von Anfang an so. Wir sehen uns einerseits in ein großes globales Netzwerk eingebunden, aber andererseits auch in ein Kieznetzwerk, in dem das Projekt ein Treffpunkt für alle Leute aus dem Kiez sein kann.

Andrej Holm: Drei Dinge auf einmal: internationaler Austausch, unkommerzielle und selbstorganisierte Kulturangebote und ein guter Draht zu den Nachbar/innen. Ganz schön ambitioniert, das alles unter einen Hut zu bringen. Gibt es so etwas wie eine Veranstaltungsreihe oder ein Projekt, das genau so ist, wie ihr euch eine Schokoladen-Kulturveranstaltung vorstellt?

Anja Gerlich: Eine spezielle Vorstellung gibt es nicht, es sind immer wieder viele und immer wieder kleine Teilaspekte. Weil wir die Veranstaltungen nicht aus einer Hand planen, sondern alles in Kombinationen stattfindet, gibt es immer wieder Jahre, in denen es nicht ganz so rund läuft und immer wieder Jahre, in denen es sehr gut läuft. Wir organisieren jedes Jahr das große Hoffest und an diesen drei Tagen arbeiten alle zusammen. Ohne Eintritt wird das ganze Projekt mit großer Außenwirkung dargestellt, und wenn das Hoffest gut läuft, war es ein gutes Jahr. Das haben wir für uns festgestellt.

Andrej Holm: Du hast es gerade mit dem Hinweis auf den freien Eintritt beim Hoffest angesprochen. Kunst und Kultur kostet normalerweise viel Geld, wie organisiert ihr das oder wie geht ihr damit um?

Anja Gerlich: Wir versuchen nicht gewinnorientiert, also kommerziell, zu arbeiten. Bier und Getränke verkaufen wir zwar über dem Einkaufspreis, aber reich werden wir damit nicht, denn wir nutzen die Überschüsse aus der Bar zum Beispiel zu 100 Prozent, um Kunst und Kultur zu refinanzieren. Alle Mieter/innen und auch die Projekte zahlen darüber

hinaus einen recht hohen Soli-Zuschlag auf die Miete, der dann wieder dem Projekt zugeführt wird.

Andrej Holm: Den Schokoladen gibt es jetzt seit über 20 Jahren. Wie ist es euch gelungen, den Charakter des unkommerziellen, selbstorganisierten und kollektiven Projektes zu erhalten und dem Kommerzialisierungsdruck zu trotzen?

Anja Gerlich: Zuerst einmal ist wichtig, dass wir seit der Besetzung 1990 im Haus geblieben sind. Ich glaube, wir hatten ganz am Anfang einen großen Erfolg. Das Haus wurde 1993 verkauft, bzw. an eine Erbengemeinschaft zurückübertragen, die es dann an den jetzigen Eigentümer verkaufte. Damals hatte sich der Verein zwar schon gegründet, wir hatten aber noch keine funktionierende Struktur und mussten uns gleich mit den neuen Eigentümern herumschlagen. Alle Mietverträge, die wir mit der WBM abgeschlossen hatten, wurden angezweifelt. Der Eigentümer ist damit vor Gericht gezogen und wir haben als Mieter/innen und Verein mit einer Gegenklage reagiert und zu 100 Prozent Recht bekommen. Das war ein Erfolg und dann hatten wir erst einmal die Ruhe und die Basis, um anzufangen, hier richtig zu arbeiten. Aber letztendlich begleitete uns die Eigentumsfrage und die Auseinandersetzung mit den Hauseigentümern bis heute.

Andrej Holm: Die Frage des Eigentums steht ja für einen gesellschaftlichen Grundkonflikt. Gelingt es euch, grundsätzliche Themen in den Kampagnen für den Erhalt des Projektes zu betonen?

Anja Gerlich: Auf jeden Fall. Wir sehen unser Projekt als Teil eines viel größeren und spannenderen Konfliktes. In Berlin hat es Anfang der 1990er Jahre unglaublich viele Möglichkeiten und Freiheiten gegeben. Es haben sich ganz viele Dinge entwickelt, die sich so in anderen Orten und Städten nicht entwickeln konnten, und wir sind ein Teil davon. Mittlerweile bröckelt der Boden, der den Charakter von Berlin lange Zeit ausmachte. Dass die Verwertungslogik als letzte Instanz die Richtung der Stadtentwicklung definiert, war vorher nicht so. Es sind heute rein finanzielle Interessen, die die Stadtpolitik bestimmen. Wir sind eines der letzten nicht-saniereten Häuser, weil der Vermieter damals keine Sanierungsgebiets-Förderung beantragt hat. Aber als das Sanierungsgebiet aufgehoben wurde, wehte plötzlich ein ganz anderer Wind. Wir sehen uns vielleicht

nicht unbedingt als Symbol, aber auf jedem Fall als Teil eines größeren Problems.

Andrej Holm: Wie wichtig sind solche Fragen im Kampagnenalltag, wo es üblicherweise um viele praktische Fragen geht: Wann machen wir eine Demo? Wer entwickelt die Öffentlichkeitsstrategie? Wo sollen noch Plakate geklebt werden?

Anja Gerlich: Sie spielen auf jeden Fall eine Rolle. Dazu muss man sagen, dass wir ein sehr heterogenes Projekt sind und ein relativ großes Spektrum abdecken. Von klassischen Familien, die hier im Haus wohnen, es gibt auch einen Unternehmensberater hier, bis hin zu eher linken Strukturen, und dann sieht sich der Großteil von uns auch als Künstler. Das ist nicht unbedingt politisch gemeint. Was in Berlin passiert, hat uns aber schon sehr politisiert und in den letzten Jahren nehmen wir verstärkt wieder politische Positionen mit auf. Davor schien es nicht nötig zu sein.

Andrej Holm: Unter dem Druck der Räumungsdrohung fand eine Art Repolitisierung des Projektes statt und du ordnest eure Erfahrungen in einen allgemeinen Trend ein. Wie würde aus deiner Sicht denn ein Wunschberlin aussehen?

Anja Gerlich: Ein Wunschberlin würde auf jeden Fall so aussehen, dass es auch in den Innenstadtbereichen und Kiezen, den ganzen gewachsenen Strukturen, noch ein bisschen Flexibilität und Freiräume gibt. Sie sollen nicht unbedingt geschützt oder zwangsläufig so erhalten bleiben, wie sie sind, sondern es geht darum, dass es auch finanzielle Mittel für benachteiligte Strukturen geben sollte und dass die Vielfalt bestehen bleibt, die ich ganz wichtig für Berlin finde. Berlin soll nicht unbedingt nach Schema F aussehen, so wie alle anderen Großstädte, so ein Disneyland, wo hinter den Kulissen die Sklaven sitzen und das Disneyland betreiben. Ich hätte gern ein Berlin, das flexibel, offen und lebendig bleibt. Wo es Raum für Entwicklungen gibt und auch einen Schutz. Da sehe ich die Politik ganz deutlich in der Pflicht. Sie muss Instrumentarien einsetzen für Benachteiligte, für Migrant/innen, für Arme und Kinder, so dass alle Raum haben und nicht nur ein Raum existiert, wo man sie nicht sieht und wo sie an den Stadtrand gedrängt werden. Das finde ich ganz wichtig.

Andrej Holm: Habt ihr in diese Richtung so etwas wie konkrete For-

derungen? Jetzt nicht nur auf den Schokoladen selber bezogen, auch im weiteren Sinne, was ist nötig? Fordert ihr bestimmte Instrumente von der Politik ein?

Anja Gerlich: Eigentlich hatten wir in den 1990er Jahren eine Reihe von sinnvollen Instrumenten – nur leider wurden diese freiwillig aus der Hand gegeben. Man muss eine allgemeine Linie in die Stadtpolitik bringen, das ist auch eine Forderung des Schokoladens. Es gibt auch die Forderung, die Instrumente, die es einmal gab, wieder zu aktivieren. Das geht zwar nicht weit genug, aber in die richtige Richtung. Ein Sanierungsgebiet ist besser als gar keine Regularien zu haben. Aber vor allem lernen wir gerade, dass man es nicht der Politik überlassen darf. Unsere zentrale Erfahrung in der Zeit der Räumungsdrohung war: Es lohnt sich, sich mit anderen auszutauschen und sich gegenseitig zu unterstützen. Wir müssen Netzwerke bilden, um auch einen bestimmten Druck von unten – das ist immer so ein Klischee – oder besser von der Seite herzustellen, ich würde es gerne so ausdrücken.

Andrej Holm: Und auf diesen Druck soll dann die Politik reagieren?

Anja Gerlich: Nein, eine gute Mobilisierung mobilisiert vor allem uns. Ich kann es jetzt nur aus unserer kleinen Projektsicht sagen. Es wirkt regelrecht ansteckend, wenn wir uns erst einmal entschieden haben, nicht einfach alles hinzunehmen, sondern uns selbst zu aktivieren.

Andrej Holm: Das scheint ja eine ganz erfolgversprechende Einstellung zu sein. Die angekündigte Räumung wurde ausgesetzt und ihr habt eine langfristige Perspektive durchgesetzt. Wenn andere Projekte etwas von euch lernen wollen, was ist das Erfolgsrezept des Schokoladens?

Anja Gerlich: Ich würde sagen, dazu gehört, dass wir sehr breit aufgestellt gearbeitet haben. Wir haben versucht, auf ganz vielen Ebenen zu kommunizieren. Die Kampagne hat den Druck der Öffentlichkeit auf ganz vielen Ebenen gezeigt. Einerseits durch eine klassische Pressekampagne, aber andererseits haben wir auch andere Kommunikationskanäle genutzt. Wir sind zum Beispiel auf sehr viele verschiedene Künstler/innen zugegangen, die hier mal ganz klein angefangen haben und mittlerweile ganz woanders und berühmt sind, und haben einfach darum gebeten, dass sie ihre neuen Möglichkeiten für uns nutzen. Ich glaube dadurch, dass unsere

Kampagne so vielfältig war, konnte sie sehr viel Druck erzeugen. Und dann haben wir gleichzeitig immer im Kleinen und im Hintergrund verhandelt, sind immer drangeblieben und haben uns immer wieder auch an den Politikern festgebissen.

Andrej Holm: Du betonst die wirkungsvolle Unterstützung von Künstler/innen. Von der aktuellen Stadtpolitik betroffen sind aber auch viele andere, Leute mit mies bezahlten Jobs, Arme, Arbeitslose, die sich im Behördenkrieg aufreiben, oder Alleinerziehende, die sich irgendwie durchschlagen müssen. Siehst du da Gemeinsamkeiten oder Anknüpfungspunkte?

Anja Gerlich: Ich glaube in Berlin gibt es noch keinen Schulterschluss der verschiedenen Gruppen. Ich habe das Gefühl, dass das noch in den Kinderschuhen steckt. Es war bisher noch nicht so nötig, aber jetzt kommt langsam der Druck und die Leute kapieren: Ok, wir haben alle unterschiedliche Probleme, aber die Verursacher der Probleme sind dieselben. Das fängt bei uns jetzt an Fahrt aufzunehmen. Wir haben beispielsweise überlegt, um etwas von dem reinen Kunst- und Kultur- und vielleicht sogar auch nur Entertainment-Ding wegzukommen, dass wir mit Benachteiligten, Behinderten und Kindern arbeiten und auch eine Hartz 4-Anlaufstelle eröffnen wollen, um andere Kommunikationen zu ermöglichen.

Andrej Holm: Was ist denn die Voraussetzung, damit so etwas tatsächlich gut gelingen kann? Ich denke, da kommen sehr unterschiedliche Welten zusammen?

Anja Gerlich: Ich glaube, vor allem musst du dich aus deiner eigenen Welt lösen und eine ganz große Sensibilität für Kommunikation entwickeln. Du kannst nicht voraussetzen, dass alle denselben Kommunikationsweg benutzen oder dieselben Standards an den Ablauf eines Treffens anlegen. Es geht darum, die Leute dort abzuholen, wo sie stehen und Orte zu kreieren, an denen wir anfangen können, zu kommunizieren. Es geht auch darum, die eigene Sprache anzupassen, wenn es möglich ist. Ohne Kommunikation kann man überhaupt keine Netzwerke bilden.

Andrej Holm: Eigentlich müsstet ihr doch einen riesigen Vorteil haben, weil ihr als Projekt mit so vielen Einzelinteressen und Verschiedenhei-

ten unglaublich viel Erfahrung habt, wie man mit Verschiedenheiten umgeht?

Anja Gerlich: Ich glaube schon. Das ist schon ein Schatz, der sich gar nicht so bewusst angehäuft und angesammelt hat. Ich weiß nicht, wie man den eins zu eins übertragen kann. Wir haben gute Kommunikation mit internationalem Publikum, aber auch mit Künstler/innen, die aus der Sicht eines »normaleren« Menschen extrem wahnsinnig wirken und entsprechend schwierig zu behandeln sind. Deswegen weiß ich gar nicht, ob sich diese Erfahrungen direkt übertragen lassen – aber es wäre auf jeden Fall einen Versuch wert.

Andrej Holm: Wenn wir gerade über Kommunikation reden. Wo kommt eigentlich die Kuh her, die fast alle eure Plakate ziert?

Anja Gerlich: Irgendwann in den 1990er Jahren ist die Kuh zum ersten Mal aufgetaucht, sie war eine Art Logo. Damals war es noch chaotischer als heute. Wir sind zwar immer noch ein Chaoshaufen, aber damals hatten wir wirklich die Idee, dass hier früher Schokolade hergestellt wurde. Wir haben im Keller Rezepte für eine Art Brotaufstrich gefunden, in denen wirklich nichts von Kakao, dafür ganz viel von Milchpulver stand. Und dann dachten wir: Milch, Kühe geben Milch, warum dann nicht die Kuh nehmen? Die Kuh haben wir auch wegen der Symbolkraft genommen, weil Kühe genauso wie wir eigentlich ganz harmlose nette Tiere sind, die, wenn man sie in Ruhe lässt, herumstehen und grasen und Milch produzieren, aus der man viele schöne Sachen machen kann. Gleichzeitig hat eine Kuh auch Hörner und ist ein Herdentier, und das passt als Symbol gut zu uns. Ohne damit eine stumpfe Herde zu meinen, sondern eher die angreifende Herde. Eine Kuh macht muh, viele Kühe machen Mühe. Sie hat sich als Symbol in unsere Herzen geschlichen und wir wollen sie auch nicht mehr loswerden.

Andrej Holm: Apropos Angriffslust: Wie wichtig sind denn Demonstrationen und Aktionen in so einer Kampagne für ein Haus?

Anja Gerlich: Du meinst den klassischen Druck der Straße? Er ist extrem wichtig oder zur Not, wenn man ihn nicht selbst organisiert, auf ihn zurückgreifen zu können oder auf solche Netzwerke. Das ist ein ganz großer und wichtiger Teilaspekt, und das meinte ich mit dem Bild der Kuh,

die durchaus mal ihre Hörner zeigt. Das haben wir in den räumungsbedrohten Monaten auch immer mehr eingesetzt. Am Anfang haben wir uns immer sehr brav als Verhandlungspartner verhalten, um dann mit der Zeit festzustellen: Wenn man nicht laut schreit, dann wird man auch nicht gehört.

Andrej Holm: Gab es die Angst, dass die Entwicklung sich verselbstständigen oder ein Verhandlungsergebnis torpedieren könnte?

Anja Gerlich: Natürlich gab es die Angst, aber ich glaube, dieses Risiko muss man eingehen.

Amantide: Du hast gesagt, dass Bündnispolitik für euch sehr wichtig war. Wie habt ihr konkrete Bündnispolitik gemacht und kannst du das an einem Beispiel veranschaulichen?

Anja Gerlich: Sie ist wichtig und wird immer wichtiger. Wir sind noch am Anfang, ich habe das Gefühl, genau wie alle Bündnisse. Wir haben im Zusammenhang um den Erhalt des Hauses viel mit »WBA – Wir bleiben Alle« zusammengearbeitet, mit PIMP – Projekte in Mitte und Prenzlauer Berg. Dann haben wir versucht, regelmäßig Delegierte auf Mieter/innen-Initiativtreffen zu schicken. Wir haben Kontakte in Hamburg zu den dortigen Recht-auf-Stadt-Netzwerken und versuchen, von ihnen zu lernen, weil sie einen anderen Ansatz haben. Dann arbeiten wir im Kleinen mit Einzelprojekten, die doch eher widerständische oder ungewöhnlichere Aktionen machen wollen, also Bambule auf dem Platz. Wir haben aber auch versucht, mit Institutionen in Kontakt zu kommen, auch Kontakt zum Wedding und zu den dortigen Stadtteilinitiativen aufzubauen, weil wir so nah an der Grenze zum Wedding sind. Wir sind zwar ein schöner Mitte-Zentrum-Hauptstadtbezirk, sind aber gerade mal 300 Meter von einer ganz anderen Welt entfernt.

Amanatide: Woher habt ihr eigentlich Unterstützung erhalten? Gab es da auch Highlights, wo ihr sagt: Das hätten wir gar nicht erwartet?

Anja Gerlich: Es gab viele kleine Highlights, auch wenn sie für Andere nicht spektakulär erscheinen mögen. Das fing damit an, dass das SO 36 sich mit einem Flyerladen aus Kreuzberg zusammengeschlossen hatte, ohne das wir darum gebeten oder danach gefragt hatten. Wir hatten einen

allgemeinen »Hallo-Hilfe-Ruf« gestartet und bekamen dann eine Email: Wir haben jetzt zusammengelegt, wir haben Geld gesammelt, wir haben hier jetzt 2.500 DinA1-Plakate gedruckt und wir hoffen, euch gefällt das Motiv. Den Südteil der Stadt haben wir in der Verteilung schon übernommen und den Rest könnt ihr euch gerne bei uns abholen, danke, tschüss.

Andrej Holm: Hat euch das Motiv gefallen?

Anja Gerlich: Das Motiv war super und die ganze Sache einfach so richtig wow! Super war auch ein Presseaufruf, den unsere Schreibkünstler/innen, die Lesebühnenschriftsteller/innen geschrieben haben, bis hin zu Herrn Kaminer, der ihn unterzeichnet hat. Das hat uns sehr gerührt. Aber es waren auch kleine Sachen: Zum Beispiel Mitarbeiter/innen in einem Cafe aus der Nachbarschaft, die tagsüber Kaffee und Kuchen verkaufen und viel mit Mutter-Kind-Sachen machen und die dann hier anriefen: Wir haben das gehört und sind so wütend. Was können wir für euch tun? Ihr dürft nicht weggehen. Ihr seid die Letzten, die hier noch Alternativen in diesem Kiez anbieten. Sagt einfach Bescheid, wir tun alles. Und es gab auch viel Unterstützung in der Nachbarschaft, wie bei dieser Fahnenverteilungs-Aktion. Wir haben sie einfach nur angerufen und gesagt: Wenn ihr wollt, wir haben Fahnen designt, einmal mit dem allgemeinen Slogan ›Gentrifizierung nicht Mitte uns‹ und dann auch speziell eine Schokoladen-Fahne. Und wir haben den Leuten angeboten, die Fahnen aus ihren Fenstern zu hängen. Das war eine klassische Transpi-Links-Haus-Aktion, und es waren ganz normale Leute, die plötzlich Transparente aus ihren Fenstern gehängt haben.

Andrej Holm: Das sah lustig aus hier bei euch in der Straße. Überall die super hochgezüchteten, modernisierten Häuser, wo dann die Anti-Gentrifizierungsfahnen heraushingen.

Anja Gerlich: Das hatte auch einen gewissen ironischen Aspekt. Wir fanden es auch ganz lustig.

Amanatide: Diese Nachbarschaftsunterstützung ist ja anscheinend auch ganz wichtig für euch.

Anja Gerlich: Auf jeden Fall.

Andrej Holm: Warum ist euch diese Verankerung in der Nachbarschaft so wichtig?

Anja Gerlich: Das ist aus mehreren Gründen wichtig. Wir waren die ersten, die in einen relativ »leeren« Kiez kamen, nicht unbedingt leeren Kiez, denn es gibt heute noch Menschen hier, die seit 1960 in diesem Haus wohnen. Inzwischen hat sich die Situation aber gewandelt. Inzwischen ist der Kiez so voll und hat sich dermaßen umstrukturiert, dass wir denken, dass wir die Letzten sind, die kulturelle und finanzielle Alternativen bieten können, und dass es auch für ärmere Leute eine Möglichkeit geben muss, sich ohne Schicki-Miki-Mitte-Scheiß und ohne Verzehrzwang zu treffen und einen kulturell-experimentellen Freiraum zu haben.

Andrej Holm: Ist dieses Zielpublikum noch da?

Anja Gerlich: Das Zielpublikum ist auf jeden Fall noch da, doch es ist nicht mehr so sehr sichtbar. Die Menschen sind »unsichtbar« geworden und aus der Wahrnehmung verschwunden und zum Teil auch aus dem Straßenbild. Das heißt aber nicht, dass sie nicht mehr da sind. Sie sind nur aus dem Fokus gerückt.

Amanatide: Ihr habt einen Wettbewerb, in kürzester Zeit die meisten Plakate zu produzieren, locker gewonnen. Es gab aber auch in der Vergangenheit schon Verhandlungen mit dem Hausbesitzer, die abgebrochen wurden. Was hat deiner Einschätzung nach dazu beigetragen, dass ihr es jetzt doch geschafft habt, dass wieder Gespräche stattfinden?

Anja Gerlich: Tatsächlich war der Kumulationspunkt die Räumungsdrohung. Das war der Druckpunkt. Vorher war alles doch ein bisschen schwammig, alle hatten zwar guten Willen und haben teilgenommen. Es gab auch schon Verhandlungen, aber die plätscherten vor sich hin, weil es keinen solchen Druck gab. Und diese Räumung, einfach die Verkündung, dass es jetzt diesen einen Tag geben sollte, an dem sich alles konzentriert, hat bei uns selbst viel Energie losgetreten, aber auch in der Politik. Da haben die Verhandlungen noch einmal richtig Fahrt aufgenommen.

Amanatide: Es gibt ja auch andere Fälle, wo sich die Hausbesitzer am Ende gar nicht mehr bewegten und wo es dann auch zur Räumung kam. Woran liegt es, dass es in eurem Fall doch eine positive Wendung gab?

Haben dazu vielleicht auch solche Aktivitäten beigetragen wie beispielsweise die Demonstrationen in Potsdam?

Anja Gerlich: Definitiv. Wir hatten Angst vor der Räumung, weil wir einen konkreten Grund hatten. Aber auch die Stadt und der Eigentümer hatten Angst vor den Konsequenzen der Räumung. Dem Eigentümer war klar, dass das hier ein jahrelanger, fast schon ein jahrzehntelanger Prozess war und dass der für ihn mit der Räumung nicht vorbei gewesen wäre. Er hatte selber gesagt: Ich habe diese Räumung angesetzt, damit hier endlich etwas passiert. Und er meinte nicht die Räumung selbst, weil ihm durchaus klar war, dass es nur eine Teilräumung gewesen wäre und wir unseren Kampf im Sinne eines Häuserkampfes ausgetragen hätten. Es hätte immer noch Mieter/innen gegeben, die hier weiter gewohnt und diesen Kampf weitergeführt hätten.

Amanatide: Wie ist euer Eindruck bezüglich der Arbeit mit den Medien und eure Darstellung durch die Medien? Allgemein war der Eindruck ja positiv: Hausbesetzer wart ihr eigentlich nicht, eher ein Hausprojekt. Schokoladen, das waren die guten Besetzer/innen und dann gab es noch die Bösen, die in der Liebig-Straße. Wurde damit gespielt?

Anja Gerlich: Ja, damit wurde schon auch gespielt. Wir waren natürlich die Guten oder die Bunten, die Harmlosen und Friedlichen, mit denen man sich schön schmücken kann. Ich hoffe aber, dass wir im letzten Jahr auch ein bisschen daran gearbeitet haben, die Hörner ein bisschen spitzer zu feilen und den Leuten auch zu sagen: Klar sind wir bunt und solange ihr uns in Ruhe lasst, könnt ihr euch uns ans Revers heften. Gleichzeitig wollten wir auch sagen: Wir kommen zwar nicht aus der klassischen Hausbesetzer-Ecke, sind aber durchaus ein Projekt, das auch mit anderen Projekten in Kontakt steht und zwar mit sehr vielen und unterschiedlichen Projekten. Wir sind nicht die Einzigen und wir haben auch ganz viele Bündnispartner/innen. Wenn ihr uns verärgert oder Andere kaputt macht, dann steht hier nicht nur Einer, der wütend ist, sondern dann stehen wir alle da und sind wütend. Ich sehe das nicht als Nachteil, dass wir als die Bunten und Harmlosen gesehen wurden. Dann kann man sich schön lange in der Guerillataktik einmischen und weit nach vorne drängeln und auch in der Presse durchaus positiv dargestellt werden. Es müssen jedoch alle begreifen, dass es so leicht dann doch nicht ist.

Spreeufer für Alle! Was bleibt von »Mediaspree versenken?«

Von Jan Dohnke

Einleitung

Wie bei kaum einem anderen Großprojekt haben die Proteste gegen Mediaspree die öffentliche Debatte in Berlin in den letzten Jahren geprägt. Nach über einem Jahrzehnt wurde die neoliberale Stadtentwicklung, die sich in Berlin nach der Wende durchsetzen konnte, das erste Mal ernsthaft vor einem gesamtstädtischen Publikum in Frage gestellt. Denn die Planungen an der Spree, an denen sich der öffentliche Protest entzündete, beinhalten vieles, das sich nahtlos in die neoliberale Umstrukturierung und Weiterentwicklung Berlins einfügt: das Setzen auf investorenfreundliche Großprojekte und das Ignorieren lokaler gewachsener Strukturen, um der Stadt im internationalen Wettbewerb Standortvorteile zu verschaffen; die fortschreitende Privatisierung und Kommerzialisierung zu Lasten einer breiten öffentlichen Nutzung; und in der Summe die fast einseitige Ausrichtung von Planung und späterer Nutzung auf ökonomische Aspekte. Aus diesem Grund wurden erstmals wieder die grundsätzlichen Fragen nach Sinn und Zweck, nach Gewinnern und Verlierern der aktuellen Stadtentwicklung zurück auf die Agenda gebracht: »Wem gehört die Stadt?« und »Was für eine Stadt wollen wir?«.

Diese Art des Protests, der sich am Projekt Mediaspree entzündet hat, ist nicht auf Berlin beschränkt. Auch in Hamburg werden seit den Protesten um das Gängeviertel die Schattenseiten neoliberaler Stadtentwicklung wieder öffentlich thematisiert und diskutiert (vgl. Colomb/Novy 2011). Sie sind emblematisch für den Versuch, Entscheidungsrechte wieder über die eigene Lebensumgebung einzufordern, um eine stärker an den Interessen der lokalen Bevölkerung orientierte Entwicklung zu ermöglichen.

Seit dem Höhepunkt der Proteste gegen Mediaspree, vom erfolgreichen Bürgerentscheid im Sommer 2008 bis zum Ende des anschließenden Sonderausschusses im Winter 2009 sind bereits einige Jahre vergangen. Planungen und Privatisierungen an der Spree schreiten voran, die Subkultur ist weitgehend verschwunden und die durch die Proteste erreichten Änderungen erscheinen in diesem Kontext eher marginal. Waren die

Proteste, trotz aller Öffentlichkeit und medialen Rezeption, am Ende also ein Misserfolg? Welche Fallstricke sind zu beachten, wenn eine unternehmerische Stadtpolitik geändert werden soll? Und was lässt sich daraus für zukünftige Protestbewegungen lernen, welche Erfahrungen und Elemente des Protests der Mediaspree-Gegner lassen sich in Zukunft nutzen und welche Schritte sollten besser vermieden werden?

Um diese Fragen zu beantworten, soll im Folgenden zuerst ein Überblick über das Mediaspree-Projekt als Musterbeispiel unternehmerischer Stadtpolitik gegeben werden. Im Anschluss erfolgt eine Beschreibung der Proteste gegen das Großprojekt, seine Hintergründe, der Verlauf der Kampagne sowie der abschließende Austritt aus dem Sonderausschuss, welcher bereits von internen Zerwürfnissen überschattet war.

Nach dieser Einführung zu den Hintergründen und dem Verlauf von Planungen und Protest werden gezielt zwei Aspekte beleuchtet, die maßgeblichen Einfluss auf den Verlauf und das Ergebnis der Kampagne hatten. Das ist zum einen die Funktionsweise unternehmerischer Stadtpolitik, bei welcher die Grenzen zwischen privat und öffentlich, lokal und gesamtstädtisch zunehmend verschwimmen. So sind die letztlich Verantwortlichen als solche kaum erkennbar, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Zielsetzungen, Ansprechpartner und politischen Gegner der Protestbewegung. Insbesondere für die Phase des Sonderausschusses, aber auch für die grundsätzliche Strategie des Protests war dieser Punkt entscheidend. Zum anderen sind es die Diskurse, mit welchen eine unternehmerische Stadtpolitik wie »Mediaspree« gegenüber der Öffentlichkeit legitimiert bzw. die Forderung nach einer alternativen Entwicklung delegitimiert wird. Dementsprechend besitzen der Umgang mit den Medien und die resultierende öffentliche Wahrnehmung des Protests eine maßgebliche Rolle. Inwiefern die öffentlichen Diskurse besondere Bedeutung hatten, die Proteste als eine rein »lokale« Bewegung, die gegen »gesamtstädtische« Interessen gerichtet war, zu diskreditieren, soll hier beleuchtet werden.

In einem letzten Schritt wird zusammenfassend erörtert, warum die Proteste gegen Mediaspree letzten Endes nur einen sehr begrenzten Erfolg hatten und was zukünftige städtische Protestbewegungen daraus lernen können.

Mediaspree – Ein Ankerplatz für die Zukunft?

Das Gebiet der Oberen Stadtspreee¹ umfasst einen Bereich von 180ha zwischen Jannowitzbrücke und Elsenbrücke und liegt mehrheitlich in den Altbezirken Friedrichshain und Kreuzberg. Vor allem im direkten Uferbereich war es durch Mauerbau und großflächige Bahn- und Industrieanlagen in den Nachwendejahren schwer zugänglich und durch diese Barrieren fragmentiert. Auf Grund seiner zentralen Lage gilt es aber als Entwicklungsraum von großer Bedeutung. Erste Planungen entstanden bereits Mitte der 1990er Jahre und gingen in das »Planwerk Innenstadt« ein. Für den Bereich um den Ostbahnhof wurde die Herausbildung eines »Cityergänzungsgebiets« vorgesehen, mit einer entsprechenden baulichen Dichte und einem Schwerpunkt auf Büronutzungen und Einzelhandel. Neue Stadtquartiere sollten den Raum zur Spree hin erschließen und, nach Freiwerden der sukzessiv stillgelegten Industrieflächen, diese füllen und das Gebiet mit den umliegenden Quartieren verknüpfen. Die Planung für dieses neue Zentrum von Friedrichshain- Kreuzberg mit überbezirklicher Bedeutung konkretisierte sich weiter mit dem »Leitbild Spreeraum« (SenStadt 2001) und dem Konzept »Mediaspree«, welches an den Spreeufern ein neues Zentrum der Berliner Medien- und Kreativindustrie vorsah. Insgesamt sollten mehrere hunderttausend Quadratmeter Fläche, für Büros, Hotels und andere Event-Locations entstehen.

Planung und Umsetzung stellen ein typisches Beispiel für neoliberale Stadtentwicklung in der »unternehmerischen Stadt« dar: Über offensives Standortmarketing mit Großprojekten (Mediaspree) und das Werben um die »kreative Klasse« sollen Vorteile im internationalen Städtewettbewerb verschafft werden. Angesichts der finanziellen Misere von Städten wie Berlin und im Glauben an die Kräfte des Marktes soll die Entwicklung maßgeblich von privaten Akteuren vorangetrieben werden, die auf diese Weise Investitionen und Arbeitsplätze schaffen sollen. Da gleichzeitig Städte als wirtschaftliche Standorte durch die stark angestiegene räumliche Mobilität und Flexibilität ökonomischer Akteure als zunehmend austauschbar gelten, werden verschiedene Instrumente der Standortpolitik eingesetzt, um der Privatwirtschaft ihr Engagement zu erleichtern. Im Bereich von Mediaspree beinhaltet das den Verkauf und die Privatisierung der vormals mehrheitlich öffentlichen Grundstücke, die Bereitstellung der Infrastruktur durch das Land, Subventionen, Sonderregelungen in städtebaulichen Verträgen und eine großflächige, dichte, und damit Großinvestoren bevorzugende Planung.

1 Im Folgenden Mediaspree-Gebiet genannt.

Diese Neuausrichtung städtischer Politik wird begleitet und gefördert von neuen institutionelle Arrangements mit nicht-staatlichen Akteuren, welche die Formulierung und Durchführung städtischer Politiken zunehmend dominieren. Das geschieht unter der Prämisse, dass die Herausforderungen wie z. B. eine erfolgreichen Standortpolitik, immer größer und komplexer werden, so dass diese nur in Kooperation mit den relevanten Akteuren aus Wirtschaft und Gesellschaft effektiv bearbeitet und gelöst werden können (vgl. Jann 2002, Mayntz 2003).

Im Falle des Mediaspree-Gebiets werden dementsprechend Planung und Realisierung des Großprojekts durch Public-Private-Partnerships begleitet, wie dem 2001 gegründeten Entwicklungsmanagement welches später als Mediaspree e. V. bekannt wurde. Dieser Zusammenschluss von Grundstücksbesitzern, Investoren sowie Vertretern des Senats und des Bezirks befasste sich mit der Vermarktung des Gebiets nach außen und erhielt auf Grund seiner »Gemeinnützigkeit« in späteren Jahren öffentliche Förderung, obwohl die Mehrheit seiner Mitglieder private Akteure waren, die vor allem eigene Profitinteressen verfolgten.

Es sind nicht nur diese offensichtlichen Eigeninteressen, welche Fragen nach den Widersprüchen und Defiziten dieses Regierens mittels Urban Governance aufwerfen, sowohl im Hinblick auf bereits etablierte Normen der repräsentativen Demokratie als auch der Verantwortung für städtische Politiken (Edwards 2002). Das Recht auf Beteiligung an stadtentwicklungspolitischen Prozessen wird vor allem ökonomischen Akteuren eingeräumt, da deren Interessen sich mit den ökonomisierten Leitlinien aktueller städtischer Politik am besten vereinbaren lassen, (Blomley 2008, Swyngedouw 2005). Die Folge dieses oft einseitigen Fokus auf die »starken« Akteure, die wirtschaftliches Wachstum generieren sollen, ist im Gegenzug die Abkehr vom Ziel eines sozialen Ausgleichs (Häussermann 2008).

Viele institutionelle Arrangements finden außerdem in einem »institutionellen Vakuum« statt, »ohne eindeutige Regeln und Normen, nach welchen Politik durchgeführt werden sollte und nach welchen politische Maßnahmen vereinbart werden sollten« (Hajer 2003, S. 50, Übers. d. Autors). So lassen sich privatwirtschaftliche Interessen leichter durchsetzen. Vereinbarungen werden getroffen und Sonderkonditionen eingeräumt, deren Details der lokalen Bevölkerung oft verborgen bleiben, obwohl offiziell im öffentlichen Interesse gehandelt wird. Beispielsweise wurde mit der Erarbeitung des detaillierten Leitbilds »Spreeraum« gewartet, um die Interessen und Vorstellungen der Anschutz Enter-

tainment Group (AEG) berücksichtigen zu können, welche als größter Grundstücksbesitzer im Gebiet maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung im Quartier ausüben kann. Diese «Verlagerung von formalen hin zu informalen Methoden des Regierens» (Lemke 2002, S.50, Übers. d. Autors) gestattet demnach das effektive Realisieren einer neoliberalen und marktgesteuerten Stadtentwicklung.

Im Rahmen der bisherigen Planungen gibt es aber auch einige direkte Zugeständnisse an die Öffentlichkeit. Die Zugänglichkeit des Spreeufers soll durch einen Uferweg hergestellt werden, »Pocketparks« weitere grüne Durchbrüche zur Spree schaffen. Diese potenzielle Unterordnung wirtschaftlicher Interessen unter diejenigen der Öffentlichkeit relativiert sich jedoch dadurch, dass vor allem der Uferweg zwar öffentlich zugänglich, aber zu Teilen in Privatbesitz sein soll.

Auf diese Weise fallen die besten Uferlagen an der Spree mehr oder weniger komplett unter private Kontrolle, störende Nutzungen können auf diese Weise vermieden, störenden Besuchern der Zutritt verwehrt werden. Diese Einordnung von Öffentlichkeit in das wesentlich an den Wünschen und Vorstellungen von Investoren orientiertem Gesamtkonzept ist keine Besonderheit. Viele institutionelle Arrangements und Konzepte, die einen Einbezug der Öffentlichkeit vorsehen, bieten zwar Raum zur öffentlichen Nutzung und Mitbestimmung, aber nur bei kleineren Details oder im vorab definierten Rahmen. Die Diskussion über das »Wie«, aber nicht des »Ob« ist gestattet. Öffentlichkeit ist erwünscht, sofern sie die neoliberalen Rationalitäten und Normen der »unternehmerischen Stadt« nicht in Frage stellt.

Entgegen den Planungsvorstellungen erwies sich die Nachfrage nach Büro- und Einzelhandelsflächen allerdings als zu gering, so dass nur einzelne Projekte im Gebiet realisiert werden konnten. Es gelang zwar, entsprechend dem Leitbild, vereinzelt noch Grundstücksverkäufe zu realisieren und einige führende Unternehmen der Medien- und Kreativbranche wie MTV und Universal unter massivem Einsatz von Fördergeldern anzusiedeln, aber viele der vorgesehenen Entwicklungen kamen nicht über das Planungsstadium hinaus.

Im Gegenzug begannen Zwischennutzer verschiedenster Art die vorhandenen Industriebrachen zu entdecken und siedelten sich am Ufer an. Es entwickelte sich eine subkulturelle Szene aus Strandbars, Wagenburgen, Clubs und soziokulturellen Projekten deren Anziehungskraft bald weit über den Bezirk hinaus reichte und die sich kontinuierlich, oft in regem Kontakt mit den umliegenden Quartieren, weiterentwickelte. Auf

diese Weise erlangte das Gebiet eine überbezirkliche Bedeutung »anderer« Natur, geprägt durch eine alternative und für viele Nutzergruppen »offenere« Entwicklung, die nicht von Master- und Investorenplänen charakterisiert war, und dadurch in scharfem Kontrast zu den offiziellen Planungen stand. Das betrifft beispielsweise den Zugang zum Wasser, der von einigen der »offiziellen« Nutzer gesperrt oder behindert wurde, während viele Zwischennutzer eine Öffnung ermöglichten. Die Ausstrahlung und Bedeutung dieser Zwischennutzungen wurde auch vom Berliner Senat und Teilen der Investoren um Mediaspree erkannt, die damit begannen, die subkulturelle Szene am Spreeufer als positiven Standortfaktor zu vermarkten. Tatsächlich sollte diese subkulturelle, kreative Szene eine maßgebliche Rolle bei den Protesten spielen, die sich ab 2006 gegen das Projekt Mediaspree entwickelten.

Mediaspree versenken!

In Kreuzberg gründete sich 2006, überwiegend aus Mitgliedern des linksalternativen Spektrums, die Initiative »Mediaspree versenken!«. Die Entwicklungen im Rahmen von Mediaspree waren nur langsam vorangeschritten, aber nach Jahren der eher langsamen Entwicklung hatten deutlich sichtbare Aufwertungsprozesse an Fahrt aufgenommen. Der ökonomische Verwertungsdruck in der Innenstadt war spürbar gestiegen, Gentrifizierung und das Verschwinden von Freiräumen für alternative Lebensentwürfe und Projekte waren die Folge. Mit dem Ziel »den unsozialen und nichtökologischen stadtplanerischen Missständen ein Gegengewicht entgegenzustellen«, um eine »von und für Großinvestoren geschaffene Boomtown am Spreeufer, welche sich weder an den Bedürfnissen im Bezirk noch an dem, was das Spreeufer für seine Anwohner und Nutzer attraktiv macht« (MS Versenken 2010, S.4/5) zu verhindern, startete die Initiative verschiedene Aktionen im Gebiet, wie Kiezspaziergänge und andere Informationsveranstaltungen.

Im Sommer 2007 erfolgte nach längeren internen Diskussionen die Entscheidung, ein Bürgerbegehren zu starten. Die vorhergehenden Debatten drehten sich vor allem um die zentrale Frage, ob mit einem von den politischen Institutionen bereitgestellten Instrument tatsächlich Entwicklung im Mediaspree-Gebiet aufgehalten oder zumindest verändert werden kann. Denn einerseits schien das neue Instrument des Bürgerbegehrens tatsächlich neue Wege der direkten Partizipation zu eröffnen. Andererseits bestand der Verdacht, dass ein Bürgerbegehren zwar geeignet ist, kleinere Widersprüche und Problemlagen zu diskutieren, jedoch

nicht die Möglichkeit bietet, alternative Entwicklungspfade einzuschlagen. Dieser Vorwurf wird vielen Instrumenten der Partizipation entgegengebracht, da sich auf diese Weise ein neuer Konsens zur Legitimation neoliberaler Stadtentwicklungen erzeugen ließe, während Stimmen, die grundsätzliche Veränderungen einfordern, als unrealistisch oder sogar gefährlich dargestellt werden können, da sie den neuen »demokratischen« Konsens gefährden (Beaumont/ Nicholls 2008). Am Ende setzten sich die Befürworter des Bürgerbegehrens durch, nicht zuletzt weil man davon ausging, dass man bei Erfolg mit einem demokratischen Votum im Rücken besser Veränderungen herbeiführen könnte als mit der bisher verfolgten Strategie.

Exkurs: Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

Das Instrument des Bürgerbegehrens war im Jahr 2006 zusammen mit dem des Volksbegehrens² auf Landesebene in Berlin geschaffen worden, um größere Partizipation auf Bezirksebene zu ermöglichen. In einem Bürgerbegehren werden für ein vorab von der Bezirksverwaltung bestätigtes Anliegen Unterschriften gesammelt. Damit ein Bürgerbegehren erfolgreich ist, müssen innerhalb von sechs Monaten drei Prozent aller Wahlberechtigten unterschrieben haben. Das Bezirksamt muss mit den Initiatoren eines erfolgreichen Bürgerbegehrens über eine mögliche Realisierung der Inhalte verhandeln. Sollten diese Verhandlungen zu keiner Einigung führen, muss innerhalb von 3 Monaten ein Bürgerentscheid durchgeführt werden, bei welchem auf Bezirksebene über die Inhalte des Bürgerbegehrens abgestimmt wird. Damit ein Bürgerentscheid erfolgreich ist, müssen mindestens 15 Prozent aller Wahlberechtigten an der Wahl teilnehmen und eine absolute Mehrheit für den Inhalt des Bürgerbegehrens stimmen. Als Wahl- bzw. stimmberechtigt gelten alle für die Wahlen zur lokalen Bezirksverordnetenversammlung zugelassenen Personen, das sind alle EU-Bürger ab 16 Jahren, die ihren festen Wohnsitz seit mehr als drei Monaten im Bezirk haben.

Das Bürgerbegehren, das an die Adresse des für Planungen im Gebiet zuständigen Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg gerichtet war, startete offiziell im Oktober 2007 mit der ersten Unterschriftensammlung auf der Oberbaumbrücke und bestand aus drei zentralen Forderungen:

2 Das Prozedere von Volksbegehren und Volksentscheid ist mit dem des Bürgerbegehrens vergleichbar, sie sind allerdings für die Landesebene vorgesehen. Dementsprechend sind die Beteiligungshürden größer.

- Mindestabstand für Neubauten zu den Spreeufern von 50 Metern
- Begrenzung der Neubauten auf eine Traufhöhe von 22 Metern
- Neubau der im Krieg zerstörten Brommybrücke als Steg statt als Autobrücke

Alle drei Forderungen lassen sich in die allgemeine Kritik an einer neoliberalen, an privaten Profitinteressen orientierten Stadtentwicklung einfügen und versuchen demnach durch einige zentrale Forderungen diese maßgeblich einzuschränken. Sie müssen daher auch auf diese Weise interpretiert werden:

Das Freihalten eines Uferstreifens von 50 Metern Tiefe auf beiden Seiten der Spree von Neubauten und der daraus resultierende Freiraum ermöglicht eine breite öffentliche und vielseitige Nutzung der Spreeufer, temporäre Nutzungen mit eingeschlossen, die weit über die Möglichkeiten des in den Planungen vorgesehenen Uferwegs hinausgehen. Gleichzeitig werden so die auf vielfältigste Weise »wertvollsten« Bereiche im Gebiet der ökonomischen Verwertungslogik entzogen. Die Forderung nach einer Begrenzung der Bauhöhen auf die »Berliner Traufhöhe« von 22 Metern ermöglicht nicht nur eine Anpassung an die Baustrukturen der umliegenden, überwiegend durch Altbauten geprägten Stadtviertel, sondern begrenzt auch die bauliche Dichte. So wird das Prinzip von Quantität statt Qualität, nach welchem ungeachtet des tatsächlichen Bedarfs ein Maximum an Geschossfläche entstehen soll und das potenziellen Gewinnen höchste Priorität einräumt, deutlich eingegrenzt, und ermöglicht so das Nachdenken über alternative Planungen. Ein »Zweiter Potsdamer Platz« und die damit verbundene austauschbare Investorenarchitektur im Herzen von Friedrichshain-Kreuzberg wäre auf diese Weise nicht mehr zu realisieren. Als letzter Punkt wurde ein Neubau der im Krieg gesprengten Brommybrücke als Autobrücke abgelehnt. Als neue Zufahrtsmöglichkeit zur geplanten City-Bebauung würde in den angrenzenden Wohnvierteln in Kreuzberg eine deutliche Zunahme des Verkehrs drohen. Eine neue Verbindung über die Spree wurde nicht abgelehnt, diese sollte aber ökologisch nachhaltig nur für Fußgänger und Radfahrer als Steg errichtet werden.

Die in den anschließenden Monaten erfolgte Unterschriftensammlung an verschiedenen zentralen Orten im Bezirk förderte die Bekanntheit der Initiative und brachte das Thema in die Öffentlichkeit. Bereits zwei Wochen vor Fristende konnten 16.500 Unterschriften eingereicht werden, mehrere Tausend mehr als erforderlich. Gleichzeitig gelang es

durch intensives Netzwerken und eine entsprechende Offenheit andere Aktivisten und Sympathisanten für die Kampagne zu gewinnen. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Umgang mit den Zwischennutzern am Spreeufer. Denn die Nutzungskonflikte, nicht nur am Ufer, sondern auch an anderen Orten im Bezirk, hatten spürbar zugenommen. Meistens drehten sich diese nicht um die aktuelle Art der Zwischennutzung, sondern vielmehr um das grundsätzliche Recht zu bleiben. Denn viele Grundstückseigner, die der öffentlichen Hand mit eingeschlossen, sahen eine Vermarktung ihre Grundstücke ohne Zwischennutzer als erfolgversprechender an.

Dieser Umgang mit den Zwischennutzungen verdeutlichte aber genau den Widerspruch, der schließlich mit zum Protest gegen Mediaspree führte. Während einerseits erkannt wurde, dass es vielen Zwischennutzern darum geht »einer Welt der Verwertungszwänge Räume [...] abzutrotzen« und darum »etwas schaffen zu wollen«, wird andererseits vor allem der temporäre Charakter unterstrichen, nach welcher Zwischennutzungen die Rolle eines »Platzhalters« einnehmen sollten, auf Flächen, die kurzfristig nicht »zur Verwertung aktiviert« werden können, bis »eine klassische Nutzung möglich ist« (SenStadt 2007). Temporäre Nutzungen werden auf diese Weise der ökonomischen Verwertungslogik untergeordnet, ihre Daseinsberechtigung wird an die Verwertbarkeit ihres Standorts gekoppelt. Selbstbestimmung, Verbundenheit mit dem selbst Geschaffenen und »soziales Wohlbefinden« (SenStadt 2007) sind in diesem Kontext Faktoren, die sich nicht in das rein ökonomische Kalkül einpassen lassen. Aus diesem Grund möchten viele Zwischennutzer nicht kommentarlos auf das selbst Geschaffene verzichten, sobald die der Verwertungslogik abgetrotzten Räume von dieser wieder eingeholt werden. Aus der gemeinsamen Ablehnung der ökonomisierten Stadtentwicklung im Mediaspree-Gebiet heraus und dem gemeinsamen Ziel, den jenseits des rein ökonomischen liegenden »Wert« der Zwischennutzungen und anderer soziokultureller Freiräume im Bezirk zu verteidigen, entstand ein Bündnis zwischen den kreativen und linken Milieus im Bezirk, welches die bisherigen Grenzen und starren Kategorien von Stadtteilinitiativen deutlich überschritt. (vgl. Colomb/Novy 2011).

Diese außergewöhnliche Mischung von Kreativen, Mitgliedern der linksautonomen Szene und zahlreichen Sympathisanten sorgte für eine Vielfalt kreativer Protestaktionen, welche die Verhandlungsrunden mit dem Bezirk nach dem Bürgerbegehren und den Vorlauf zum Bürgerentscheid begleiteten, nachdem keine Einigung über die Forderungen des

Bürgerbegehrens erzielt werden konnte. Dazu gehören insbesondere die als »Investorenbejubeln« genannte Blockade eines Ausflugsdampfers mit von der Berliner Wirtschaft eingeladenen Vertretern des Immobilien- und Wirtschaftssektors sowie am Vorabend des Bürgerentscheids eine »Spreeparade«, eine vor allem durch die lokalen Clubs geprägte Demonstration mit über 3.000 Teilnehmern. In lokalen Programmkinos wurden Wahl-Werbespots für die Initiative geschaltet, während Plakate und Banner mit dem Slogan »Spreeufer für Alle« (dem offiziellen Titel des Bürgerbegehrens) das Bild in den Wohnvierteln zunehmend prägten.

Die politisch Verantwortlichen, sowohl auf Seiten des Bezirks und des Senats, als auch auf Seiten der Wirtschaft, wurden von der Dynamik der Kampagne förmlich überrollt. Die dominierenden Parteien im Bezirk, die Grünen und die Linke sahen sich auf einmal gezwungen, ein Investorenprojekt gegen die eigene Wählerklientel zu verteidigen. Man bemühte sich daher, auf die Vorzüge der bestehenden Planung und die negativen Konsequenzen eines erfolgreichen Bürgerentscheids hinzuweisen. So wurde wiederholt auf die durch die Investitionen zu erwartenden Arbeitsplätze verwiesen und unterstrichen, dass eine Öffnung der Spreeufer durch die bestehenden Planungen bereits vorgesehen sei. Ungeachtet der Realitäten vor Ort sei eine Verbreiterung des Uferstreifens auf 50 Meter also nicht erforderlich. Stattdessen wurde in der offiziellen Argumentation des Bezirks auf zu erwartende Entschädigungszahlungen verwiesen, die eine Umsetzung des Bürgerentscheids erfordern würde und die sich der Bezirk nicht leisten könne. Die offiziell formulierte Zahl von ca. 150 Mio. Euro galt allerdings als deutlich zu hoch angesetzt und wurde von Seiten der Initiative mehrfach angezweifelt und widerlegt. Mit einem bewusst komplizierten Abstimmungsverfahren wurde zudem versucht, das Ergebnis des Bürgerentscheids zu beeinflussen. Gleichzeitig wurde versucht, die übergeordneten Inhalte des Bürgerentscheids zu ignorieren.

Tatsächlich wirkte die Kampagne für viele Anwohner wie ein Ventil, durch das sie ihrem Unbehagen mit der aktuellen Stadtentwicklung Ausdruck verleihen konnten. Der Bürgerentscheid am 13. Juli 2008 brachte einen eindeutigen Erfolg für die Initiative Mediaspree versenken! und ihre Unterstützer. Bei einer Wahlbeteiligung von fast 20 % stimmten 87 %, also etwa 30.000 Menschen für den Vorschlag der Initiative. Der Bürgerentscheid »Spreeufer für Alle!« war damit der bis dato erfolgreichste in Berlin.

Als sich abzeichnete, dass der Bürgerentscheid voraussichtlich zu Gunsten der Initiative verlaufen würde, entspann sich eine Debatte dar-

über, wie mit dem Ergebnis umzugehen sei. Einerseits war offensichtlich, dass man ein erfolgreiches Plebiszit nicht ignorieren können würde, andererseits galten die Forderungen, trotz positiven Votums als nicht verbindlich. Eine vollständige und rasche Umsetzung der Forderungen durch den Bezirk schien, einerseits aus Kostengründen, andererseits auf Grund des politischen Drucks, der von Senatsebene ausgeübt wurde, kaum möglich. Aus dieser unübersichtlichen Situation heraus erfolgte die Überlegung, einen Sonderausschuss zu gründen, um Möglichkeiten der Umsetzung des Bürgerentscheids zu suchen. Bereits am 16. Juli erfolgte der offizielle Beschluss, den Sonderausschuss »Spreerraum« ins Leben zu rufen, ein Gremium, in dem neben neun Vertretern der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) auch vier Mitglieder der Initiative als Bürgerdeputierte saßen. Per Mehrheitsbeschluss sollten Beschlüsse des Ausschusses als Empfehlungen an die BVV weitergeleitet werden, wo diese dann formell beschlossen werden könnten.³

Beginnend im September 2008 wurden über 15 Monate für alle vom Bürgerentscheid betroffenen Grundstücke zusammen mit Nutzern und Eigentümern die Möglichkeiten von Planungsänderungen erörtert und diskutiert. Während dieses Zeitraums verlor die Kampagne deutlich an Dynamik und mit ihr verebbte der öffentliche Druck auf den Bezirk, im Sinne des Bürgerentscheids zu handeln. Die Gründe dafür sind vielfältig: So gelang es nicht, die Diskussion im Sonderausschuss auf die dem Bürgerentscheid übergeordneten Inhalte zu lenken, die maßgebliche Motivation für viele Unterstützer gewesen waren. Stattdessen wurde die Vereinbarung getroffen, Grundstück für Grundstück mögliche Lösungen zu erörtern. Daraus erfolgte eine Professionalisierung der Debatte, was wenig gemein mit dem kreativen Protest war, durch welchen der Bürgerentscheid erfolgreich geworden war. Die Mitglieder der Initiative sahen sich gezwungen, ihre Arbeit und Energie von der Straße in den Ausschuss zu verlagern. Auch so wurden die politischen Spielregeln und das Tempo jetzt durch den Bezirk maßgeblich bestimmt, was sich immer wieder in einem sichtbaren Ungleichgewicht an Erfahrung und Fachwissen zeigte.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass sich die Initiative zwar über die Ziele des Bürgerentscheids einig gewesen war, aber keine Konzepte für die spätere Umsetzung entwickelt hatte. Das wirkte sich besonders nach-

3 Es ist unklar, ob der Entschluss um Sonderausschuss erst nach dem Bürgerentscheid gefallen ist. Auf Grund des kurzfristigen Beschlusses bereits 3 Tage später liegt es aber nahe, dass es bereits vor dem Bürgerentscheid entsprechende Überlegungen gegeben hat.

teilig auf die grundstücksbezogenen Debatten aus, da es hier sehr schnell erforderlich schien, Kompromisse zu schließen. Zu diesem Schritt waren viele Mitglieder und Unterstützer der Initiative, insbesondere aus dem linksalternativen Spektrum, nicht bereit. Der Umgang mit den politischen Institutionen und dem Bürgerbegehren als von den Institutionen bereitgestelltem Instrument hatte schon früh zu internen Spannungen geführt, die bereits im Dezember 2008 in der Teilung von Mediaspree versenken! resultierte. Auf der einen Seite die »Spreepiraten« als linksautonom geprägtem Flügel, die den Bürgerentscheid eher als öffentliche, symbolische Willensbekundung verstanden und auf der anderen Seite die »AG Spreeufer«, welche das Bürgerbegehren als Instrument und den Verhandlungsweg befürwortete. Daher setzten sich beide Gruppen bis zum Bürgerentscheid gemeinsam für einen Erfolg ein, aber während des Sonderausschusses nahmen die Spannungen zwischen beiden Gruppen deutlich zu. Fatal wirkte sich in diesem Zusammenhang das Fehlen fester interner Strukturen innerhalb der AG Spreeufer aus, das den Personen mit dem größten Zeitbudget und politischem Geschick erlaubte, Verhandlungsstrategie und Vorgehen einseitig und eigeninitiativ nach innen wie außen zu dominieren. Die resultierenden Spannungen innerhalb der AG Spreeufer führten zum Verschleiß und zum Austritt einiger Mitglieder, die eine andere, durchdachtere Strategie befürworteten. Der Rücktritt des Bürgerdeputierten Henrik Haffki ist hier das prägnanteste Beispiel (taz 2009a), aber die internen Differenzen in der Initiative Mediaspree versenken!, die inzwischen mehr zu einem Etikett geworden ist, dauern bis heute an.

Im Dezember 2009 verließen die Vertreter der Initiative den Sonderausschuss, da sie die gefassten Beschlüsse durch ihre Anwesenheit nicht weiter legitimieren wollten. Die Meinungen über eine erfolgreiche Umsetzung gingen weit auseinander: Während von Bezirksseite »mehr Spreeufer für alle« gefeiert wurde (bz 2009b), verwies die Initiative auf das »klägliche Ergebnis« (taz 2009b). Tatsächlich war nur ein im Leitbild vorgesehenes Hochhaus aus der Planung verschwunden, am Ufer selbst konnte nur auf zwei Grundstücken eine Verbreiterung des öffentlichen Uferstreifens auf 20 Meter erreicht werden. Um beurteilen zu können, inwiefern diese Veränderungen tatsächlich einen Erfolg darstellen, ist es erforderlich, die Punkte zu analysieren, die den maßgeblichen Rahmen für Erfolg und Misserfolg des Bürgerbegehren Spreeufer für Alle! gesetzt haben: die Funktionsweise unternehmerischer Stadtpolitik am Spreeufer und die Diskurse, mit welchen diese gerechtfertigt wird.

Außer Spesen nichts gewesen? – Zu Hindernissen von Partizipation in Zeiten investorenfreundlicher Stadtentwicklung

Stadtplanung in Berlin wird maßgeblich durch die Bezirke betrieben und umgesetzt, während die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung für übergeordnete Rahmenplanungen gesamtstädtischer Bedeutung verantwortlich ist. Dementsprechend war der Masterplan für das Mediaspree-Gebiet auf Senatsebene entstanden. Mit der Umsetzung und Detailplanung war hingegen der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg betraut. Aus diesem Grund erschien es naheliegend, ein Bürgerbegehren auf Bezirksebene zu starten, um lokale Planungen beeinflussen zu können. Wie sich allerdings während der Verhandlungen im Sonderausschuss herausstellte, waren im Zuge der Planungen den privaten Akteuren vor Ort dermaßen große Handlungsspielräume eingeräumt worden, dass ihre Position sich als kaum beeinflussbar erwies. Zum anderen war es der Senat, der als entscheidender politischer Verantwortlicher die geplante Entwicklung passiv als Garant und aktiv über die landeseigenen Betriebe unterstützte, ohne dabei verantwortlich in Erscheinung zu treten. So lief das Bemühen um grundsätzliche Veränderungen ins Leere.

Durch die Privatisierung auf beiden Seiten der Spree und die in Plänen und durch Baurecht gesicherte Planung waren hohe Entschädigungszahlungen an die privaten Eigentümer zu erwarten. Denn durch die Umsetzung der Forderung, keine Neubauten in 50 Meter Abstand zum Ufer zu erlauben, hätten die direkt davon betroffenen Grundstücke einen massiven Wertverlust erfahren. Gleiches gilt auch für die Herabsenkung der Geschosshöhe, die eine geringere Flächenausnutzung erlauben würde. Im Vorfeld des Bürgerentscheids wurde von Seiten des Bezirks die an Entschädigungen für den freiwerdenden Uferstreifen zu erwartende Gesamtsumme mit 165 Mio. Euro angegeben. Die Initiative ging hingegen von der wesentlich geringeren Summe von 40 Mio. Euro aus, mit der Begründung, dass auch Grundstücke in die Kalkulation einbezogen wurden, die entweder in Landesbesitz oder bereits bebaut waren. Dennoch spiegeln beide Summen die über geltendes Planungsrecht gegebenen Gewinngarantien wieder, auf deren Basis zwar nicht gebaut, aber munter Grundstücksspekulation betrieben wurde. Um ihre auf Spekulation basierenden Werte zu erhalten, drohten bereits kurz nach dem Bürgerentscheid erste Investoren mit Klagen in Millionenhöhe, sollten ihre Grundstücke durch Planungsänderungen einen Wertverlust erfahren. Manche Überlegungen von Seiten privater Investoren gingen sogar darüber hinaus, man wolle

auch für den »Vertrauensschaden« kompensiert werden, da Änderungen auf anderen Grundstücken das Gesamtkonzept des Leitbilds, und damit die eigene Investition, beeinträchtigen würden (TS 2008g). Aus Investorensicht war daher jegliche Änderung, die die eigenen kommerziellen Interessen beeinträchtigen könnte, ausgeschlossen.

Angesichts der chronischen Finanzknappheit Berlins im Allgemeinen und des Bezirks im Besonderen wurde die Forderung nach Entschädigung daher zum maßgeblichen Argument, um Änderungen auf bereits privatisierten Flächen zu verhindern. Ohne den politischen Willen zur Umsetzung des Bürgerentscheids, Grundstücke zu Spekulationswerten zurückzukaufen, lag damit die Kontrolle bei diesen Flächen vollständig in der Hand privater Akteure. Der Glaube, es sei möglich auf dem Verhandlungswege Änderungen und damit eingeschlossen einen Verzicht auf mögliche Gewinne zu erreichen, erwies sich als vollkommen illusionär (TS 2008c).

Als Folge konzentrierte sich die Diskussion umso stärker auf die Grundstücke, die sich noch in öffentlichem Besitz befanden, also dem Liegenschaftsfonds des Landes Berlin und den landeseigenen Betrieben BEHALA und BSR gehörten. Grundlage der Überlegungen war, dass Planungsänderungen auf diesen Grundstücken ohne die Forderung nach Kompensation möglich sein müssten, um den durch die Öffentlichkeit per Bürgerentscheid artikulierten Bürgerwillen umzusetzen.

Es stellte sich aber heraus, dass das Denken in rein ökonomischen Kategorien schon so weit in die Praxis der öffentlichen Betriebe eingegangen war, dass kaum Fortschritte erzielt werden konnten. Sowohl der Liegenschaftsfonds als auch die landeseigenen Betriebe, sahen keinen Grund, auf Einnahmen zu verzichten, die »ihnen zustehen« (BZ 2008a). Durch Planungsänderungen ausbleibende Einnahmen wurden zu Verlusten deklariert, gleichzeitig wurde regelmäßig suggeriert, dass weitere Grundstücksverkäufe und Investitionen kurz bevorstünden (TS 2007). Auf diese Weise wurde von öffentlichen Unternehmen die Handlungsrationale der Investoren übernommen und sich selbst zu eigen gemacht, mit der gegen die Option einer entschädigungsfreien Lösung argumentiert wurde. Das sinnvolle Handeln öffentlicher Unternehmen bestand demnach in der Maximierung von Profit. Für die am Spreeufer agierenden Unternehmen bedeutet dies, dass der Öffentlichkeit materielle Verluste entstehen, wenn öffentliche Liegenschaften nicht veräußert werden.

Begründet wurde diese Vorgehensweise mit Verweis auf die Direktiven des Senats als Eigentümer, nach denen mit den Grundstücken nach

rein ökonomischen Kriterien zu verfahren sei, also diese an den höchsten Bieter zu verkaufen. Ein freiwilliger Verzicht stand so nicht zur Debatte und lag auch außerhalb der eigenen Kompetenzen.

»Ich habe den Auftrag, Grundstücke mit maximalem Gewinn zu verkaufen. Wenn das Land als Gesellschafter jetzt etwas anderes will, muss es das klar sagen« (Behala-Chef Peter Stäblein, Berliner Zeitung 2008a).

Von Seiten des Senats wurde stattdessen auf die wirtschaftliche Eigenständigkeit der landeseigenen Betriebe hingewiesen, so dass die paradoxe Situation entstand, dass kein Verantwortlicher innerhalb dieser landeseigenen Immobilienverwertungscoalition ermittelt werden konnte, der den vorgeschriebenen Kurs der Vermarktung und des Verkaufs öffentlichen Eigentums an den Meistbietenden hätte ändern können.

Auf Seiten der Initiative bestand für einen viel zu großen Zeitraum Unklarheit über die tatsächlich Verantwortlichen innerhalb dieser Immobilienverwertungscoalition. Galten die privaten Investoren zwar als Hauptgegner, schienen sie auf Grund der formulierten Entschädigungszahlungen als kaum zu beeinflussen. Im Gegensatz dazu wurde das Verhalten der landeseigenen Betriebe und die korrespondierenden Direktiven des Senats, die den Grundstein für Privatisierungen und Entschädigungsforderungen legten, erst relativ spät thematisiert, da man es sich mit den vermeintlich öffentlichen »Partnern« nicht verscherzen wollte.

In noch viel größerem Maße wurde die Rolle des Senats bei den Versuchen des Bezirks deutlich, durch Gebrauch des eigenen Planungsrechts bestehende Planungen im Gebiet zu verändern. Grundsätzlich sind in Berlin die Bezirke für die Planung, also das Erstellen von Bebauungsplänen, das Umwidmen von Flächen oder die Vergabe von Baurecht, verantwortlich. Die Senatsebene besitzt allerdings die Möglichkeit, den Bezirken die Zuständigkeit für die Planung zu entziehen, wenn sie ein »dringendes gesamtstädtisches Interesse« (§7 AB BauGB) im Gebiet verortet und durch die Planung des Bezirks gefährdet sieht.⁴ Mit Hilfe dieses Entzugsrechtes gelang es der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, während des Bürgerbegehrens und vor allem den Verhandlungen im Sonderausschuss eine Drohkulisse aufzubauen, so dass es von Seiten des Bezirks starke

4 Im Mediaspree-Gebiet war das bereits Anfang der 2000er mit dem Grundstück der »Spreehöfe« an der Cuvrystraße in Kreuzberg geschehen, das seitdem als Brache und Spekulationsobjekt vor sich hindämmert.

Hemmungen gab, von den eigenen Planungsinstrumenten Gebrauch zu machen, um keine entsprechende Reaktion auf Senatsebene zu provozieren. Dennoch kam es im Februar 2009 zur Eskalation: Während man von einseitigen Planungsänderungen bei bereits privatisierten Grundstücken wegen der drohenden Entschädigungsklagen absah, wurde der ufernahe Streifen eines Grundstücks des landeseigenen Liegenschaftsfonds zur Grünfläche umgewidmet. Trotz vormals anders lautender Aussagen, nach denen nur bestehende Verträge mit privaten Investoren zu schützen seien, ließ der Senat die Muskeln spielen und drohte mit dem Entzug der Zuständigkeit (DS 1509). Auf Bezirksseite gab man der Androhung nach. Es war deutlich geworden, dass die Vertreter der Bürgerinitiative mit dem Bürgerbegehren den falschen Adressaten gewählt hatten. Die Senatsebene als maßgeblicher Befürworter und übergeordnete Instanz saß nicht mit am Verhandlungstisch und war über die gewählte Verhandlungstaktik im Sonderausschuss auch nicht zu erreichen. Dazu wäre, möglicherweise durch einen Volksentscheid und insbesondere über eine breitere Diskussion zu den Leitlinien der städtischen Entwicklungspolitik, ein stärkerer öffentlicher Druck auf die politisch Verantwortlichen auf Senatsebene notwendig gewesen. Diesen gelang es aber, die eigene Vorgehensweise über den öffentlichen Diskurs zwar widersprüchlich, in der Sache aber sehr effektiv zu verteidigen.

»Das ist einer Metropole nicht würdig« – Der Diskurs

Schon im Vorfeld zum Bürgerentscheid wurde von Seiten des Senats unterstrichen, dass man ein »zuverlässiger Partner« (TS 2008a) für Investoren sein müsse, um die Attraktivität Berlins als Investitionsstandort zu erhalten. Sollten Verträge mit Investoren gefährdet oder durch Planungsänderungen gar gebrochen werden, wäre ein Grund geschaffen, um dem Bezirk die Zuständigkeit zur Planung zu entziehen. Gleichzeitig wurde aber unterstrichen, dass die Umsetzung des Bürgerentscheids eine Sache des Bezirks sei, dem man nicht den »Gefallen tun« werde, sich »aus der Verantwortung zu entlassen« (BZ 2008a). Einerseits sah man also gesamtstädtische Interessen im Gebiet gefährdet, die Verantwortung für die Wahrung derselben wurde aber nicht nur auf die Bezirksebene abgeschoben, sondern auch als bezirkseigene Aufgabe umdefiniert, über deren Umsetzung man aus gesamtstädtischer Rason zu wachen habe:

»Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg wird deshalb von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sehr genau beobachtet, wie er in den

kommenden Monaten mit den bestehenden Bebauungsplänen und rechtsgültigen städtebaulichen Verträgen umgeht. Um Investitionen dieser Größenordnung zu verwirklichen, bedarf es selbstverständlich Rechts- und Planungssicherheit. Dafür werden wir sorgen, denn es handelt sich um eine grundsätzliche Standortfrage für Berlin« (Senatorin für Stadtentwicklung Junge-Reyer im Tagespiegel, 2008m).

Diese Argumentation wurde vor allem von Seiten der Wirtschaft, insbesondere der IHK und einem Zusammenschluss der im Mediaspree-Gebiet vertretenen Investoren unterstützt, die sich regelmäßig bemühten zu unterstreichen, dass Berlins internationale Reputation als Investitionsstandort auf dem Spiel stehe. So seien laut dem Sprecher der Investoren »die ausländischen Gesellschafter mancher Investoren [...] ›entsetzt‹ darüber, dass nach dem Bürgervotum rechtsgültige Verträge infrage gestellt werden könnten.« (TS 2008k).

Dieses Begründungsschema fügt sich ein in den neoliberalen Diskurs, mit dem die Neuorientierung städtischer Politik legitimiert und kontinuierlich beeinflusst wird, in diesem Fall begründet mit der Notwendigkeit der Unterordnung städtischer Politiken unter die Prämissen des internationalen Wettbewerbs. Dieser Diskurs und sein Inhalt, nach dem in einer von den Regeln des Marktes bestimmten Welt ohne größtmögliche Standortattraktivität keine Investitionen und somit auch keine Arbeitsplätze zu bekommen sind, haben mittlerweile den Status von »gesundem Menschenverstand« erlangt. Dementsprechend könne man »nicht begreifen [...], was in Berlin [als Folge des Bürgerentscheids (Anmerk. des Autors)] passiert« (TS 2008l).

Die Legitimation für die geplante Entwicklung wird dementsprechend auf die Formel von »Arbeitsplätzen, Investitionen & globaler Wettbewerb« reduziert. Mit der Angabe, dass im Mediaspree-Gebiet 40.000 Arbeitsplätze entstehen würden, wurde eine Marke gesetzt, welche zum Hauptargument der Mediaspree-Befürworter wurde. Denn Berlin brauche auf Grund seiner schwachen wirtschaftlichen Entwicklung »nichts dringender als Investitionen und Arbeitsplätze« (TS 2008g), die vor allem von ausländischen Investoren in die Stadt gebracht werden müssten. Mediaspree wäre in diesem Kontext des internationalen Standortwettbewerbs eine Entwicklung, die es Berlin erlaubt, auf »Augenhöhe mit anderen europäischen Metropolen [zu] konkurrieren« (TS 2008b). Die vorgesehene Planung wird in diesem Kontext zur »verantwortungsvollen, nachhaltigen Stadt- und Bauplanung«, die »Zukunftsperspektiven«

eröffnet (TS 2008m) und von der »die Berliner gleich doppelt profitieren – durch freien Zugang zur Spree und durch Investitionen und Jobs für die ganze Stadt« (TS 2008g). Das es an den Spreeufern bereits eine Entwicklung gab, die auch Arbeitsplätze geschaffen hatte, wurde ignoriert, mögliche negative Konsequenzen, die bei der Organisation des Protests eine maßgebliche Rolle spielten, selektiv ausgeblendet oder einfach bestritten.

»Wenn an der Köpenicker Straße Arbeitsplätze in der Dienstleistungsbranche entstehen, wo es bisher nur leere Lagerhallen gibt, ist das positiv für die Entwicklung eines Kiezes. Dadurch werden keine Menschen aus der Wrangelstraße verdrängt.«

»Der Verkauf von städtischem Eigentum hat nicht dazu beigetragen, dass damit spekuliert wird« (Senatorin für Stadtentwicklung Junge-Reyer im Tagesspiegel, TS2008a, TS 2009a).

Die Planungen erhielten auf diese Weise eine stadtweite Bedeutung, einerseits aus wirtschaftlicher Notwendigkeit, andererseits auf Grund ihres positiven Effekts für Stadt und Bezirk. Gleichzeitig erlaubte es die Verlagerung des Diskurses auf die gesamtstädtische Ebene, Kritik an Mediaspree als lokalen, den gesamtstädtischen Interessen entgegenstehenden Protest einer kleinen Minderheit darzustellen. Das verdeutlicht die Funktion des Diskurses als Instrument der Macht. Denn sie erlauben zu definieren, was sein oder nicht sein soll, durch sie werden soziale Praktiken, räumliche Aneignungen und Kritik etikettiert und als legitim oder illegitim eingeordnet. (vgl. Peck/Tickell 2002, Brenner/Theodore 2005, Harvey 2005).

Die Delegitimierung des Protests erfolgte auf mehreren Ebenen. Durch die Verknüpfung lokalen Protests mit gesamtstädtischen Interessen hatten »nicht einmal 0,9 Prozent der Berliner Bevölkerung« (TS 2008k), bzw. »einige tausend Bürger über Milliardeninvestitionen und rund 40.000 neue Arbeitsplätze den Stab gebrochen« (TS 2008f). Tatsächlich legte der Bürgerentscheid bei einigen Mediaspree-Befürwortern eine außergewöhnliche Einstellung gegenüber demokratischen Verfahrensweisen frei. So hatten in Friedrichshain-Kreuzberg »knapp 17 Prozent der Wahlberechtigten [...] das Projekt Mediaspree versenkt. Diese angebliche Mehrheit ist in Wahrheit eine Minderheit – eben 17 Prozent« (TS 2008j).⁵

5 Das diese Kalkulation fast jede gewählte Mehrheit vor einige Legitimationsprobleme stellen würde, blieb außen vor. Beispielsweise hatte die zu diesem Zeitpunkt in Berlin regierende Koalition die Stimmen von »nur« 25,6 % aller Wahlberechtigten erhalten (Statistisches Landesamt 2006).

In der Summe wurde das Ergebnis als »fragwürdig« bewertet (TS 2008d), andere sahen das »Instrument im Zwielficht« und befürchteten, Demokratie könnte durch den Gebrauch direktdemokratischer Instrumente wie den Bürgerentscheid in Zeiten organisierter Parteien zum Feld von »aktiven, engagierten Minderheiten« werden, die diese »Kampagnen und Stimmungen ausliefern« (TS 2008i). Beachtet man aber die Modalitäten des Instruments bleibt unklar, wie ein erfolgreicher Bürgerentscheid nach Meinung der Kritiker aussehen müsste, um dem Anspruch einer gesamtstädtischen Repräsentativität zu genügen.

Als Hauptmotiv für das Wahlverhalten der Friedrichshain-Kreuzberger wurde nicht die bestehende Planung ausgemacht, sondern vielmehr der Egoismus einer Minderheit, die es sich in den prekären Friedrichshain-Kreuzberger Lebensumständen gemütlich gemacht habe. Personen, die »nicht gern mit der Forderung nach Gegenleistungen für die Gesellschaft konfrontiert werden« und deren Kritik als »Hohn gegenüber den arbeitssuchenden Menschen in Berlin« erscheinen müsse (TS 2008l).

»Wenn aber – wie bei Mediaspree – eine Brache, die nach einer Entwicklung geradezu schreit, mit der auch Arbeitsplätze verbunden sind, als Biotop erhalten bleiben soll und das einige Leute schick finden, die sich dort ganz gut eingerichtet haben, ist das nicht akzeptabel. Davon muss man sich distanzieren« (Regierender Bürgermeister Wowereit, Tagesspiegel, TS 2009b).

Den Bewohnern des Bezirks, speziell denen, die gegen das Projekt Mediaspree waren, wurde darüber hinaus ein »typisches« Schmarotzertum und eine allgemein antiautoritäre Einstellung beschieden. Die Senatorin für Stadtentwicklung ging in diesem Kontext noch einen Schritt weiter, indem sie den Vorwurf einer lokalen Protestkultur mit dem des Missbrauchs partizipativer Instrumente verknüpfte.

»Das emotional initiierte Bürgerbegehren im Bezirk war erwartungsgemäß erfolgreich: In Friedrichshain-Kreuzberg gut 30.000 Menschen zu mobilisieren, die *gegen* etwas sind, was angeblich von »oben« vorgeben sei, ist relativ einfach und stellt dadurch das Instrument Bürgerbegehren insgesamt infrage« (Senatorin für Stadtentwicklung Junge-Reier, Tagesspiegel, TS 2009m).

Mit dem Begriff der »Emotionalisierung« wird den Gegnern der Planungen ein gewisses Maß an Rationalität abgesprochen. Das legt der »erwartungsgemäße« Ausgang des Bürgerentscheids nahe, da es in Friedrichshain-Kreuzberg »relativ einfach« sei, gegen etwas, in diesem Fall Mediaspree, zu mobilisieren. Der Rückgriff auf ein Instrument der Partizipation wird damit zu einem taktischen Kunstgriff, der dieses »insgesamt in Frage stelle«. Auf diese Weise wird der Bevölkerung des Bezirks bei Gegnerschaft zum Projekt Mediaspree nicht nur die Legitimität des eigenen Protests abgesprochen, sondern auch der Missbrauch des Instruments »Bürgerbegehren« nahegelegt. Mit dieser Entmündigung wird nicht nur die Kritik als solche ausgeblendet, sondern auch die Tatsache, dass sich mit dem Protest die legitimen Interessen der Bevölkerung um Artikulation bemühen. Es bleibt im Umkehrschluss die Aussage: Kritik an Mediaspree in Friedrichshain-Kreuzberg ist ein quasi-natürlicher Prozess, sie ist daher nicht ernst zu nehmen, und wenn sie sich durch einen erfolgreichen Bürgerentscheid artikuliert, stellt das daher einen Missbrauch demokratisch-partizipativer Instrumente dar. Diese widersprüchliche und selektive Interpretation und vor allem die Motivation dahinter blieb zumindest nicht allen verborgen:

»Man kann doch einen Entscheid nicht infrage stellen, bloß weil einem das Ergebnis nicht passt« (der damalige Bezirksbürgermeister Schulz in der tageszeitung, taz 2008).

Ein letzter, entscheidender Punkt, um die vorgesehenen Planungen angesichts steigenden Protests und zunehmender Nutzungskonflikte zu legitimieren, war die Neubewertung der Zwischennutzungen, welche das Mediaspree-Gebiet erst zu einem berlinweit bekanntem Standort gemacht hatten. Stand ursprünglich ihre positive Rolle als Katalysator einer gewünschten Entwicklung im Vordergrund, wurde inzwischen betont, dass weite Teile des Gebiets brach lägen und »nach Entwicklung schreien« würden (TS 2009b).

Die Zwischennutzer, die sich gegen ihre Verdrängung wehrten, sowie ihre Rolle, die sie bei der Entwicklung des Gebiets spielten (oder gar ihre Existenz), wurden so im öffentlichen Diskurs verschwiegen. So wurde z. B. vom Regierenden Bürgermeister festgestellt, dass »vor dem Bau der Mehrzweckhalle [O2-World] [...] das Areal lediglich eine Brache gewesen [sei]« (TS 2008l). Tatsächlich hatte sich aber auf dem Gelände des ehemaligen Ostgüterbahnhofs vor seiner Einebnung eine lebendige sub-

kulturelle Szene entwickelt, aus der unter anderem der zeitweilig »weltbeste« Club Berghain hervorgegangen war. An anderer Stelle wurde die Kritik der Mediaspree-Gegner sogar ins Gegenteil verkehrt, indem den Zwischennutzern privates Profitinteresse vorgeworfen wurde, das einer Entwicklung im öffentlichen Interesse im Wege stünde.

»Auf der anderen Seite gibt es Einrichtungen wie eine Bar am Ufer der Spree, private Gaststätten, die das Ufer besetzen. Sie schaffen in der Mauer einen Zugang zur Straße, bauen anschließend eine Holzbarrikade mit Stacheldraht obendrauf und machen dann ihr Strandbar-Geschäft. Dabei ist es ein privates Interesse, das da verfolgt wird, hier wird in Kauf genommen, dass kein öffentlicher Zugang möglich ist« (Senatorin für Stadtentwicklung Junge-Reyer, Tagesspiegel, TS 2009a).

Man kann es als das große Versäumnis der Initiative ansehen, diesen öffentlichen Diskurs auf Dauer nicht in all seinen Widersprüchlichkeiten kritisiert und ad absurdum geführt zu haben. Tatsächlich war es ursprünglich gelungen, den öffentlichen Diskurs positiv zu beeinflussen. Wurden die Initiative und ihre Unterstützer zu Beginn des Bürgerbegehrens noch häufig in einem Atemzug mit brennenden Autos und anderen Formen des gewaltsamen Protests genannt, ließ sich diese Argumentation später nicht mehr aufrechterhalten. Grund hierfür war der gewaltfreie, kreative Protest und die Präsenz im Bezirk, zu dem das fast bezirksweite Bündnis mit Zwischennutzern und der kreativen Szene maßgeblich beigetragen hatte.

Während der Hochzeit des Protests war es auch gelungen, die Themen, die den Hintergrund für den Protest gegen Mediaspree bildeten, auf die gesamtstädtische Agenda zu setzen, und in der öffentlichen Medienlandschaft wurde auch den Stimmen Platz eingeräumt, die beispielsweise die Argumentation der Mediaspree-Befürworter hinterfragten, sei es zur Legitimität des Bürgerentscheids, der Rolle der Zwischennutzungen für die Entwicklung des Gebiets oder zur Eröffnung der O2-Arena. Mit dem Beginn des Sonderausschusses, der schwindenden Präsenz im öffentlichen Raum und der Entscheidung, übergeordnete Themen im Sonderausschuss vorerst nicht zu diskutieren, schwand auch die Möglichkeit, eigene Themen im öffentlichen Diskurs zu setzen. Ganz im Gegensatz zur Senatsebene und anderen Mediaspree-Befürwortern, die auf Grund ihrer eigenen Machtposition dazu immer wieder in der Lage waren. In der Summe wurde das von einer lokalen Initiative gesetzte, stadtweite Thema

»Welche Stadt wollen wir?«, nur noch auf lokaler Ebene diskutiert, so dass die auf gesamtstädtischer Ebene politisch Verantwortlichen nicht mehr erreicht werden konnten.

Fazit und Ausblick – Was bleibt von »Mediaspree versenken!«?

Die Proteste gegen das Projekt Mediaspree haben gezeigt, dass es möglich ist, eine Kritik an neoliberaler Stadtpolitik erfolgreich auf die gesamtstädtische Bühne zu bringen und auf dieser Ebene Veränderungen einzufordern. Dennoch ist es der Initiative Mediaspree versenken! und dem breiten Bündnis an Unterstützern trotz eines sehr erfolgreichen Bürgerentscheids nicht gelungen, spürbare Veränderungen in der Planung am Spreeraum zu erzielen, geschweige denn eine Neuorientierung der Entwicklung vor Ort zu erreichen. In der Summe hat eine sehr erfolgreiche Kampagne von mehreren Jahren nur zu geringen Veränderungen geführt. Auf zwei öffentlichen Grundstücken konnte eine Verbreiterung des sogenannten »Uferwegs« auf 20 Meter erreicht werden, teilweise mit weiteren zehn Metern privatem Puffer zur geplanten Neubebauung. Außerdem konnte ein Hochhaus aus der bestehenden Planung gestrichen werden. Von den ursprünglich geforderten 50 Metern Uferstreifen und einer Reduzierung aller Neubauten auf 22 Meter Traufhöhe sind diese Erfolge allerdings weit entfernt. Es ist allerdings fraglich, ob bessere Ergebnisse möglich gewesen wären. Für substanziellere Erfolge wäre eine andere Strategie notwendig gewesen, die sich mehr mit der Rolle der öffentlichen Akteure auseinandersetzt, ihre Verantwortung erkennt und im öffentlichen Diskurs thematisiert.

Von Seiten der Initiative war erst relativ spät erkannt worden, wer die Verantwortlichen für die Entwicklung im Mediaspree-Gebiet waren. Zum Zeitpunkt des Bürgerbegehrens war die Initiative davon ausgegangen, dass der Bezirk die entscheidende Instanz war, über welche Planungsänderungen im Gebiet gegen die Interessen privater Investoren erzielt werden können. De facto lag die Verantwortung für die aktuelle Planung im Spreeraum aber beim Senat, der diese auf unterschiedliche Art bis heute vorantreibt. So garantiert er mit dem Argument der Investitionssicherheit die Unantastbarkeit privatwirtschaftlicher Interessen. Planungsänderungen auf privaten Grundstücken im Gebiet wird so dogmatisch eine klare Absage erteilt. Dass es sich bei der Umsetzung von Forderungen, die vermeintlich entgegen die Interessen der Privatwirtschaft stehen, aber vielmehr um eine Frage des politischen Willens denn der Machbarkeit handelt, zeigen jüngere Entwicklungen in der Berliner Innenstadt (taz

2012b). Der Privatisierungsprozess wurde durch die landeseigenen Unternehmen befördert, deren formelle Unabhängigkeit auf den ersten Blick den Einfluss des Senats zu limitieren scheint. Allerdings handeln diese bis heute nach dem Prinzip der Profitmaximierung als Senatsdirektive, so dass auch hier die endgültige Verantwortung auf der Senatsebene verortet ist. De facto handelt es sich dabei um eine Verschränkung öffentlicher und privater Interessen, nach welcher das Handeln und die Motivation öffentlicher Akteure von denen privater Investoren kaum noch zu unterscheiden ist.

Zuletzt wird diese Art der Stadtentwicklung durch den Senat garantiert, indem dieser die für die Planung zuständigen Bezirke mittels der Möglichkeit, die Planungszuständigkeit zu entziehen, dazu zwingt, konform zu handeln. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg war der falsche Ansprechpartner, da dieser mangels planerischer Kompetenzen und finanzieller Möglichkeiten nicht in der Lage war, die Interessen der Initiative alleine oder gegenüber dem Senat durchzusetzen. Mit Hilfe des Bürgerentscheids Spreeufer für Alle! war der Senat als entscheidender und letztlich verantwortlicher Akteur auf institutionellem Weg aber nicht zu erreichen, so dass Änderungen im Gebiet vor allem vom politischen Willen und Wohlwollen der jeweiligen Senatsverwaltungen abhingen. Es ist daher bezeichnend, dass die größten Änderungen zwar auf landeseigenen Grundstücken erreicht werden konnten, aber die meisten davon in interner Absprache zwischen Vertretern des Bezirks, des Senats und der landeseigenen Betriebe, nicht auf dem Weg der öffentlichen Debatte im Sonderausschuss. Neuere stadtpolitische Bündnisse wie die Initiative »Stadt neu denken«, die eine Änderung der Liegenschaftspolitik anstrebt, haben das erkannt und bemühen sich, mit dem Senat direkt ins Gespräch zu kommen.

In diesem Kontext stellt sich allerdings die Frage, wie es Mediaspree versenken! hätte gelingen können, die eigenen Forderungen auf Senatsebene, also der gesamtstädtischen Ebene anzusiedeln, und die Verschränkung öffentlicher und privater Interessen zu thematisieren.

Die inhaltliche Öffnung über die linke Szene hinaus, hatte, verbunden mit einer Abkehr von den üblichen aktivistischen Ritualen und Aktionen, die Initiative für eine größere Zahl von Sympathisanten attraktiv gemacht, die sich mit den weiter gefassten Inhalten und den kreativeren Formen des Protests identifizieren konnten. Gleichzeitig ließ sich die Initiative nicht in die üblichen Schemata einordnen, so dass durch eine rege und intensive Öffentlichkeitsarbeit die Inhalte in die Öffentlichkeit

gebracht werden konnten. In Verbindung mit den klar definierten Inhalten und Fristen des Bürgerbegehrens gab es zudem Eckdaten und Ziele, auf die es sich hinarbeiten ließ. Diese Faktoren trugen maßgeblich zum Erfolg des Bürgerbegehrens bei.

Aber nachdem direkt nach dem Bürgerentscheid und zu Beginn des Sonderausschusses die Gelegenheit bestand, die übergeordneten Themen auf gesamtstädtischer Bühne zu diskutieren, reduzierte sich die Initiative selbst zu einer lokalen Bewegung und konzentrierte sich auf die einzelnen Grundstücke im Mediaspree- Gebiet – also dezidiert lokale Inhalte, im Sonderausschuss. Durch das Vernachlässigen der übergeordneten Themen vererbte der öffentliche Druck auf die politisch Verantwortlichen, der vielleicht auch zu einer Einbindung der Senatsebene hätte führen können. Um diese Inhalte aber weiter in der gesamtstädtischen Diskussion zu halten, hätte es eines stadtweiten Netzwerks, einer inhaltlichen Weiterentwicklung und eigener Konzepte bedurft, um den Argumenten der Mediaspree-Befürworter im öffentlichen Diskurs begegnen zu können, sowie der entsprechenden inhaltlichen und organisatorischen Flexibilität.

Fatal wirkte sich in diesem Kontext nicht nur das Fehlen organisatorischer Strukturen aus, die es einzelnen Initiativmitgliedern gestattete, die inhaltliche Ausrichtung der gesamten Initiative zu dominieren und eine thematische Weiterentwicklung und weitere Öffnung verhinderte. Auch die singuläre Orientierung auf das Geschehen im Sonderausschuss und die fälschliche Wahrnehmung, als Laien mit Investoren und der Bezirksverwaltung auf Augenhöhe diskutieren zu können, erwiesen sich im Hinblick auf Fachwissen, zeitliche Kapazitäten und die Realitäten des politischen Betriebs als illusionär. Die Befürchtungen einer »Partizipation im Laufstall« haben sich so einerseits bewahrheitet, diente die Teilnahme der Initiative im Sonderausschuss doch auch der Legitimation einer Stadtpolitik, die durch die eigene Teilnahme kaum zu beeinflussen war. Andererseits hätte es nicht zwingend zu dieser sehr begrenzten Form der Partizipation kommen müssen, wäre die Strategie der Initiative den eigentlichen Inhalten und Zielen des Bürgerbegehrens angepasst worden. Mit dem falschen partizipativen Instrument war erfolgreich der falsche Ansprechpartner zu Verhandlungen gezwungen worden.

Auf diesem Verhandlungsweg waren keine wirklichen Veränderungen zu erreichen. Der selbstgewählte Austritt im Dezember 2009 war, nach zahlreichen strategischen Fehleinschätzungen, daher weniger ein »Versagen«, als vielmehr ein konsequenter Schritt, der dieser Realität Rechnung zollte.

Trotz der vergleichsweise mageren Ergebnisse waren die Proteste gegen Mediaspree aber kein Misserfolg. Im Rahmen dessen, was auf Bezirksebene erreicht werden konnte, gab es tatsächlich einigen Veränderungen am Spreeufer. Zum anderen hat eine Sensibilisierung für die grundlegenden Themen der Stadtentwicklung in Berlin wieder stattgefunden, das zukünftig ein schlichtes Festhalten an den Leitlinien neoliberaler Stadtpolitik erschwert. Am Spreeufer ermöglicht diese Sensibilisierung ein langsames Umdenken bei einigen Planungen und auch auf gesamtstädtischer Ebene wird der Umgang mit städtischen Liegenschaften neu diskutiert. Bei der Entwicklung des Flughafens Tempelhof ist das zum ersten Mal deutlich geworden: Eine Privatisierung öffentlicher Flächen hat noch nicht stattgefunden, stattdessen wurden Zwischennutzungen in einigen Teilen des Areals zugelassen. Diese ersten Ansätze eines Umdenkens lassen sich im Zweifel durch Verkauf und Räumung leicht revidieren. Es ist daher zu hoffen, dass die Lehren aus dem Protest gegen Mediaspree auch für andere Proteste in Berlin nutzbar gemacht werden können: Das Aufstellen eines breiten Bündnisses abseits der üblichen Schemata; das Identifizieren der politisch verantwortlichen Akteure und ein Anpassen der eigenen Strategie; sowie Argumente und Gegenkonzepte, mit welchen nicht nur die Widersprüche neoliberaler Stadtpolitik delegitimiert, sondern auch Alternativen aufgezeigt werden können.

Literatur

- Beaumont J. / Nicholls W. (2008): Plural Governance, Participation and Democracy in Cities; in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 31/1, S. 87-94
- Blomley, N. (2005): Remember property?; in: *Progress in Human Geography*, 29(2), S. 125-127
- Blomley, N. (2008): Enclosure, Common Right and the Property of the Poor; in: *Social & Legal Studies* 17(3), 311-331
- Brenner, N. / Theodore, N. (2005): Neoliberalism and the urban condition; in: *City* 9:1, S. 101-107
- Edwards, M. (2002): Herding cats? Civil society and global governance
- Hajer, M. (2003): policy without polity? Policy analysis and the institutional void; in: *Policy Sciences* 36, S. 175-195
- Hall, T./ Hubbard, P. (1996): The entrepreneurial city. New urban politics? New urban geographies?; in: *Progress in Human Geography* Vol. 20/2, S. 153-174
- Harvey, D. (2005): Räume der Neoliberalisierung. Zur Theorie der ungleichen Entwicklung; Hamburg: VSA-Verlag

- Häussermann, H./ Läßle, D./ Siebel, W. (2008): Stadtpolitik; Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Heeg, S./ Rosol, M. (2007): Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick; Prokla, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 149/ 37, S. 491-509
- Jann, W. (2002): Der Wandel verwaltungspolitischer Leitbilder: Von Management zu Governance?; In: König, K. (Hrsg.): Deutsche Verwaltung an der Wende zum 21. Jahrhundert; Baden-Baden, S. 279-303
- Landeswahlleiter (Hrsg.) (2006): Wahlen in Berlin. Abgeordnetenhaus. Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin am 17. September 2006; Berlin: Statistisches Landesamt Berlin
- Lemke, T. (2002): Foucault, governmentality and critique, in: Rethinking Marxism, 14(3), S. 49-64
- Mayntz, R. (2003): Governance im modernen Staat; in: Benz, Arthur (Hrsg.): Governance – Eine Einführung; Kurs 3203 der FernUniversität Hagen, Hagen S. 71-83
- [MSV 2010] Initiativkreis Mediaspree versenken! AG Spreeufer: Bilanz der Verhandlungen im Sonderausschuss Spreeraum vom Oktober 2008 bis Dezember 2009. Hintergründe – Vorschläge – Ergebnisse; Berlin
- Novy, J. / Colomb, C. (2011): Struggling for the right to the (creative) city in Berlin and Hamburg. New urban social movements, new ›spaces of hope?; in: International Journal of Urban and Regional Research (in press)
- Peck, J. / Tickell, A. (2002): Neoliberalizing Space; in: Antipode, Vol. 34(3), S. 380-404
- Roy, A. (2003): Paradigms of Propertied Citizenship. Transnational Techniques of Analysis; In: Urban Affairs Review. Vol. 38.4, S. 463-491
- Roy, A. (2005): Urban Informality. Towards an Epistemology of Planning; in: Journal of the American Planning Association, Vol. 71/2, S. 147-158
- Scharenberg, A. / Bader, I. (2009): Berlin's waterfront site struggle; in: City, Vol. 13: 2, S. 325-335
- [SenStadt 2001]: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): Spreeraum Friedrichshain- Kreuzberg. Leitbilder und Konzepte; Berlin: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
- [SenStadt 2007]: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): Urban Pioneers; Berlin: jovis Verlag
- Swyngedouw, E. (2005): Governance Innovation and the Citizen: The Janus Face of Governance-beyond-the-state; in: *Urban Studies*, Vol. 42:11, S. 1991-2006
- Wendland, A. (2002): Mitbestimmung oder Beteiligung im Laufstall? Zur Diskussion um Partizipation in der sozialen Stadtentwicklung; Bielefeld: Kleine

Tagespresse

- [BZ 2008a]: Versenken und Versinken; Berliner Zeitung vom 16.7.2008
- [BZ 2008b]: Bezirk: Mehr Spreeufer für Alle wurde erreicht; Berliner Zeitung vom 18.11.2008
- [taz 2009a]: Differenzen unter Mediaspree-Gegnern: Müde in den Mühen der Ebene; taz vom 19.1.2009
- [taz 2009b]: Initiative Mediaspree versenken geht aus Sonderausschuss: Aktivisten gehen von der Fahne; taz vom 3.12.2009

- [taz 2012a]: Mediaspree-Kritiker: Mitstreiter versenkt; taz vom 9.3.2012
- [taz 2012b]: Kulturprojekt in Mitte gerettet: Süße Nachricht für den Schokoladen; taz vom 29.3.2012
- [TS 2007a]: Berlin im Wandel: An der Spree ist alles im Fluss; Tagesspiegel vom 30.9.2007
- [TS 2008a]: Projekt Mediaspree: Junge-Reyer: Es wird keine Verdrängung geben; Tagesspiegel vom 11.7.2008
- [TS 2008b]: Friedrichshain-Kreuzberg: Politiker streiten um Bürgerentscheid zu Mediaspree; Tagesspiegel vom 14.7.2008
- [TS 2008c]: Der Bürgerwille geschehe; Tagesspiegel vom 15.7.2008
- [TS 2008d]: »Ein fragwürdiges Ergebnis«. Jurist Uwe Wesel will Plebiszite einschränken; Tagesspiegel vom 15.7.2008
- [TS 2008e]: Von Tag zu Tag : Seliges Nehmen; Tagesspiegel vom 15.7.2008
- [TS 2008f]: Investoren wollen Schadensersatz; Tagesspiegel vom 15.7.2008
- [TS 2008g]: Mediaspree: Die »dicke Rechnung« für Berlin kommt noch; Tagesspiegel vom 15.7.2008
- [TS 2008h]: Friedrichshain-Kreuzberg: Wowereit überlässt Mediaspree-Ärger dem Bezirksamt; Tagesspiegel vom 16.7.2008
- [TS 2008i]: Bürger vs. Mediaspree : Instrument im Zwielficht; Tagesspiegel vom 16.7.2008
- [TS 2008j]: PRO & Contra: Soll der Senat in Kreuzberg eingreifen?; Tagesspiegel vom 20.7.2008
- [TS 2008k]: Friedrichshain-Kreuzberg : Mediaspree: »Der Bau wird beginnen«; Tagesspiegel vom 21.7.2008
- [TS 2008l]: Mediaspree: Investoren wollen bauen statt reden; Tagesspiegel vom 22.7.2008
- [TS 2008m]: Positionen : Der große Entwurf; Tagesspiegel vom 4.8.2008
- [TS 2008]: Neue Großhalle: Wowereit versteht Proteste gegen O2-World nicht; Tagesspiegel vom 11.9.2008
- [TS 2009a]: Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer: »Niemand wird ins Randgebiet verdrängt«; Tagesspiegel vom 13.7.2009
- [TS 2009b]: Klaus Wowereit: »Es ist pervers, dass Autos abgefackelt werden«; Tagesspiegel vom 14.12.2009
- [TS 2012]: Vorwurf der Veruntreuung: Mediaspree-Gegner versenken sich selbst; Tagesspiegel vom 9.3.2012

Internetquellen

- [AGBauGB 2005] Berliner Ausführungsgesetz zum Baugesetzbuch;
<http://gesetze.berlin.de/?typ=reference&y=100&g=BlnAGBauGB>, aufgerufen am 8.10.2011
- [BA 2008] Bezirkswahlamt Friedrichshain- Kreuzberg: Bürgerentscheid in Friedrichshain-Kreuzberg am 13. Juli 2008. Amtliches Endergebnis des Bürgerentscheides »Spreeufer für alle!«;
http://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/verwaltung/org/wahlamt/be_spree2.html, aufgerufen am 5.10.2011

Kotti & Co und das Recht auf Stadt

Von Kotti & Co

Wie alles begann

Angefangen hat alles mit einer beinahe alltäglichen Situation: Die Bewohner_innen eines Hauses erhielten Mieterhöhungen. Daraufhin beschloss ein paar Nachbar_innen, mit einer Unterschriftensammlung die Hausverwaltung zur Rücknahme der Mieterhöhung zu bewegen. Sie klingelten an allen Türen und man fing an, sich auszutauschen. Einige gingen zu Anwält_innen und Mietervereinen, andere hingen Zettel in die Fahrstühle und luden zur Versammlung in das freundliche queere Café um die Ecke mit Kaffee, Tee und Kuchen ein. Etwa zwanzig Leute kamen.

Ein Jahr später gingen diese Nachbar_innen als lautstarke Mieter_inneninitiative auf die Straße, blieben dort bis heute und riefen einen breit wahrgenommenen Protest ins Leben. Woran liegt das? Wie haben wir das geschafft?

Bei dem Haus, von dem die Rede ist, handelt es sich um einen Wohnblock mit einhundertzwanzig Mietparteien, der am Kottbusser Tor liegt und bisher als relativ preiswerter sozialer Wohnungsbau resistent gegenüber den Gentrifizierungsprozessen schien, die seit einigen Jahren über Berlin-Kreuzberg ziehen. Die Studierenden und andere Zuziehende konnten mit den Wohnblöcken aus den 1970ern meist nichts anfangen. Für die deutsche Alternativszene standen die Gebäude noch immer als Beton gewordenes Symbol der Politik der Kahlschlagsanierung, die durch die Hausbesetzungsbewegung gestoppt wurde. »Schade dass Beton nicht brennt« war schließlich die Parole. In den Häusern wohnen daher bis heute vor allem Familien, viele mit Wurzeln in der Türkei, geborene Kreuzberger_innen, deren soziale Netzwerke sich zwischen Kotti, Scholischem Tor und der Türkei aufspannen. Viele kennen sich aus der Schule, sind zusammen aufgewachsen. Eine Minderheit sind deutsche Rentner_innen, die meist zu den Erstbezieher_innen aus den 1970er Jahren gehören, als die Besitzer noch Deutsche bevorzugten. Dazu kommen ein paar später Dazugezogene aus der sonstigen Kreuzberger Mischung – arabische und kurdische Familien, Kultur- und Wissenschaftsprekariat. Doch mit den steigenden Mieten, zogen Familien aus und immer mehr Studierenden-WGs ein. Die Mischung besteht nun von der verrenteten Fabrikarbeit-

rin über den Versicherungsmakler bis hin zu Bewohner_innen aus allen Berufen mit geringen Lohnaussichten. Viele müssen, trotz guter Ausbildung und oftmals doppeltem Einkommen, mit Hartz IV aufstocken, nur wenige haben gutbezahlte Jobs.

Die Mieten stiegen jährlich um dreizehn Cent pro Quadratmeter. Als die Mieterhöhung 2011 schlagartig auf einundsiebzig Cent stieg (eine sogenannte Instandhaltungspauschale kam hinzu), war das der Tropfen, der das Fass zum überlaufen brachte. Viele mussten ohnehin schon »sparen«, um die Miete bezahlen zu können, jetzt schickte auch noch das Jobcenter vielen der Mieter_innen die Aufforderungen, die »Kosten der Unterkunft« zu senken oder sich gleich ein neues Zuhause zu suchen.

Auf der Suche nach Vertretung und Bündnissen

Eine Zeitlang suchten wir nach Interessensvertretungen, die unser Problem kennen, verstehen und mit uns nach Lösungen suchen oder gar welche haben. Wir suchten Wohnungspolitik-Expert_innen, die Ideen hatten, was wir unternehmen müssten, um in unseren Wohnungen bleiben zu können, d.h. die Mieterhöhungen dauerhaft zu stoppen.

Wir gingen zu Anwält_innen, Mietervereinen, mietenpolitischen Veranstaltungen und auf eine große Mietendemo im September 2011. Wir mussten aber feststellen – kaum jemand interessierte sich oder kannte sich mit dem speziellen Problem des sozialen Wohnungsbaus aus, der nicht aufgrund der üblichen Mechanismen des Wohnungsmarktes teurer wurde, sondern weil das System in den 1970er Jahren so angelegt worden war, dass die Mieten jährlich stiegen und Sondergesetze in Kraft traten, die den restlichen Wohnungsmarkt nicht betrafen.

Das System sozialer Wohnungsbau, so lernten wir, war tief verstrickt in den Berliner Bankenskandal und die Westberliner Baumafia¹. Auch Thilo Sarrazin (SPD), ohnehin berüchtigt für seine rassistischen Aussagen, hatte als Berliner Finanzsenator 2003 die Förderung für den sozialen Wohnungsbau abgeschafft und die größte kommunale Wohnungsbaugesellschaft GSW an den privaten Investor Cerberus verkauft. Inzwischen ist die GSW ein börsennotiertes Unternehmen und wirbt mit dem Slogan »Wohnungen zur Eigennutzung und zur Kapitalanlage«. Diese 60.000

1 Wer dazu mehr lesen möchte, findet eine gute Zusammenfassung bei: Matthew D. Rose: Warten auf die Sintflut. Über Cliquenwirtschaft, Selbstbedienung und die wuchernden Schulden der Öffentlichen Hand: Transit Verlag 2004, Berlin; oder auch bei Micha Ulsen und Susanne Claassen: Das Abschreibungs-Dschungelbuch. Geschäfte mit dem Wohnungsbau, Berlin 1982: LitPol Verlag.

Wohnungen sind aus öffentlichen Geldern gebaut worden, wofür die investorenfreundliche Stadt Berlin den Käufern lediglich ein »Schmerzensgeld« von 405 Millionen Euro² abnahm. Insgesamt gibt es in Berlin 150.000 Sozialwohnungen, in denen jährlich die Mieten steigen, und die von dem bundesweit mit Abstand absurdesten System eines sozialen Wohnungsbaus betroffen sind. Die beiden professionellen Interessensvertretungen für Mieter_innen, der Mieterverein (BMV) und die Mietergemeinschaft (BMG), sahen sich nicht in der Lage, uns zu unterstützen. Der soziale Wohnungsbau sei wie ein schwerkranker Krebspatient – man könne eigentlich nur noch die Hand halten, so sagte man uns dort. Man gab uns außerdem den Rat, andere Wohnungen zu suchen. Beide rieten uns jedoch, politisch Druck zu machen, da man juristisch nichts für uns tun könne. Bis heute kommen von beiden Verbänden kaum Ideen oder Vorschläge, wie der Bestand des sozialen Wohnungsbaus für die Mieter_innen gerettet werden könnte. Die Logiken etablierter Verbandspolitik scheinen mit der Sachlage und den realen Kämpfen der Mieter_innen nur schwer zusammenzugehen.

Stadtpolitische Aktivist_innen, die, aus der Tradition der autonomen Hausbesetzungsbewegung kommend, auch die Probleme ärmerer Stadtbewohner_innen mit in den Blick nehmen, waren eine weitere Anlaufstelle für uns. Doch auch hier ergaben und ergeben sich aus mehreren Gründen Reibungsverluste. So nehmen viele die Unzufriedenheit mit der Stadtentwicklung oftmals nur als Stichwort auf, um auf das »eigentliche« Problem (Kapitalismus) zu sprechen zu kommen – was von unserem Interesse, in unseren Wohnungen zu bleiben, etwas entfernter liegt. Die spezifische und als existentiell bedrohlich erlebte Situation der Mieter_innen findet in diesen Kämpfen nicht immer einen angemessenen konkreten Ausdruck. Auch die soziale Zusammensetzung, die in der Szene tradierten Protest- und Diskussionsformen, die z. T. spezielle soziale Praxis und teilweise auch unterschiedliche Ziele, erschweren die Zusammenarbeit.

Aber Berlin ist groß und so trafen wir auf unseren Wegen auch sehr viele wunderbare Menschen. Mieter und Mieterinnen zum Beispiel, die sich ebenfalls selbst in ihren Häusern organisierten. Alle konkreten selbstorganisierten Zusammenschlüsse von Mieter_innen, die uns in unserem Kampf begegnet sind, haben oftmals eine ausgeprägte und differenzierte Expertise entwickelt, was die genaue Ursache für ihr Problem ist. Sie kämpfen auf sehr verschiedenen Ebenen zwischen Gerichten, Parla-

2 Das ist das Elfache der erwarteten Mieteinnahmen, ein Schnäppchen-Preis am unteren Ende solcher Verkäufe, für die das Fünfzehnfache eher der Durchschnitt ist.

menten und Straßen, auf Veranstaltungen, Nachbarschaftstreffen und im Treppenhaus. Aber auch viele andere, teilweise seit Jahrzehnten in Stadtkämpfen Aktive, sprangen über ihren Schatten und beteiligten sich an unserem Protest. Nach wie vor werden diese multiplen Protestformen, die sich in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Sphären organisieren, von einigen Akteuren aus der aktivistischen Szene auf Reformismus reduziert und diskreditiert. Die mühsame, engagierte und phantasievolle Suche nach Lösungen für die konkreten und existenziellen Fragen, die in den Mieter_innenkämpfen zum Ausdruck kommt, stößt hier auf eine sehr schematische Perspektive, die wichtige Bereiche der gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ignoriert. Dieses kann auf eine paternalistische Haltung hinauslaufen, die unserem Versuch, einschließlich und offen verschiedene soziale und politische Praxen, Konfliktfelder, Erfahrungen und Biographien zusammenzubringen, entgegensteht.

Protest ist für uns weder Selbstzweck noch essenzielles Selbstverständnis. Uns geht es zunächst um die Senkung der Mieten, die ein Leben in den aufgebauten Netzwerken trotz dieser teilweise diskriminierenden Gesellschaft möglich macht, ein würdevolles Leben, in dem es einen Zugang und Teilhabe an Stadt und Gesellschaft gibt, der nicht von Sprachkenntnissen, Bildung und Geldbeutel abhängt, also um einen Kampf um ein Recht auf Rechte. Mit Politikansätzen, die eher vertreten als unterstützen wollen, gibt es daher nur gelegentlich Berührungspunkte. Unser Schwerpunkt liegt in der Selbstermächtigung, auf allen zur Verfügung stehenden Ebenen unsere Probleme und unsere Perspektiven sichtbar zu machen und durchzusetzen.

Vertretungsdilemma in der Einwanderungsgesellschaft

Erfahrungsgemäß gibt es in der deutschen Parteienlandschaft keine Partei, die sich für die Interessen der türkischen Minderheit einsetzt. Im Gegenteil gibt es auf Seiten dieser Minderheit sehr viel Erfahrung damit, dass man zum Objekt von populistischen Kampagnen, staatlichen Sondermaßnahmen und rassistischen Verdächtigungen wird. Daher erwarteten die wenigsten, dass irgendwelche deutsche Politiker_innen wahrnehmen, was die Verdrängung aus Kreuzberg bedeutet.

Der Verlust der aufgebauten Netzwerke und ihr spezifischer Wert in einer strukturell einwanderungsfeindlichen Gesellschaft, die Gefahr rechtsextremer Straßengewalt in manchen Stadtvierteln und die Erfahrung von subtilem und alltäglichem Rassismus, diese Probleme können vor allem Politiker_innen wahrnehmen, die Ähnliches erlebt haben.

Viel wurde daher von den aus der Türkei stammenden Politiker_innen erwartet, egal welcher Partei und egal welchen Ressorts sie angehören. Und viele Enttäuschungen wurden von ebendiesen produziert, wenn sie sich nicht für die Anliegen der Mieter_innen einsetzen.

Aber auch die außerparlamentarischen großen Migrant_innenverbände schienen in ihrer Organisationsstruktur nicht auf die Geschwindigkeit des Protests eingehen zu können. Scheinbar gelähmt vom Integrationsdiskurs und ihren Organisationsstrukturen waren sie nicht darauf erpicht, Leute zu vertreten, die kaum Aussichten auf einen Aufstieg in die Mittelschicht haben.

Wo man die Probleme am ehesten wahrnahm, war in den Sozialberatungsstellen und im von den Grünen regierten Bezirksparlament. Der grüne Bürgermeister Kreuzbergs erklärte, dass er sich als Bürgermeister aller Kreuzberger_innen verstehe und versuchte mit seinen Möglichkeiten für die Anliegen der Mieter_innen am Kottbusser Tor einzutreten. Allerdings lässt sich die Problematik des sozialen Wohnungsbaus nur auf der Ebene des Landes, nicht auf der des Bezirkes lösen. Und wie bei anderen Parteien mussten wir hier die Erfahrung machen, dass uns auf allen Ebenen einige sehr engagierte Menschen begegneten, denen die Mechanismen des parlamentarischen Apparats und ihrer Kolleg_innen ein radikales Umdenken in der Wohnungspolitik im Sinne einer kommunalen Wohnraumversorgung bis jetzt versperren.

Wie bereits erwähnt, konnten andere selbstorganisierte Mieter_innengruppen am besten wahrnehmen, wie vielschichtig unsere Probleme waren und wie komplex unsere Organisation funktionierte, da sie wussten, was es heißt, sich in einem Haus zu organisieren, in dem viele verschiedene Lebensentwürfe und Weltanschauungen aufeinandertreffen. Die Grundlage dafür, aus der Anonymität herauszutreten und sich auf die anderen Menschen einzulassen, ist Zeit, Neugier, Herzlichkeit und Respekt füreinander.

Politische Gemeinsamkeiten konnten sich erst ergeben, als wir uns gemeinsam organisierten. Das unterscheidet uns von klassischer (politischer) Organisation entlang der Grenzen artikulierter differenzierter Meinungen. Doch eine Präambel, gegen welche Ismen man zu sein hat, wenn man Teil des Protests werden wollte, konnten und wollten wir uns nicht leisten. Wir mussten uns mit allen gemeinsam organisieren und selbst vertreten, um das Problem des mangelnden sozialen Wohnraums auf die politische Tagesordnung der Stadt zu heben.

Ermächtigen, Gehörtwerden und der Kampf um Rechte

Worum geht es also im Protest am Kotti? Es ging und geht auch darum, die Interessen und Rechte derjenigen zu artikulieren, für die kein Platz mehr in den Plänen der Stadtentwicklung ist, die weder jung, noch kreativ noch reich, noch weit vernetzt sind. Es geht um das Recht, in den Vierteln bleiben zu können, in denen (noch) eine migrantisch geprägte Infrastruktur besteht, und in denen ein Großteil der Familien schon seit Jahrzehnten wohnen.

Für Kotti & Co ging es somit von Anfang an darum, einen Kampf um Rechte (auf das Bleiben im Kiez, auf die Stadt, auf ein Gehört-Werden, gegen strukturellen Rassismus) zu führen. Nicht die Frage, wo und wie man den Widerstand im Widerspruch zur Staatsgewalt am reinsten durchführt, bewegt die Menschen am Kotti, sondern die Frage danach, wie es überhaupt möglich ist, sein Recht einzufordern, wenn es keinerlei politische Interessensvertretung gibt. Wenn man in einer subalternen Position lebt, hat man keine »Privilegien«, auf die man verzichten könnte. Dieser Unterschied zur eher akademisch geprägten und im Durchschnitt sozial etwas besser gestellten linken Szene schlägt sich auch in den Perspektiven, Strategien und Taktiken nieder.

Das Ringen um politische Vertretung ist für uns somit kein Delegieren von politischen Entscheidungen, um die eigene Unmündigkeit zu organisieren. Es ist der Versuch, Rechte zu artikulieren und die Politik zunächst dazu zu bringen, sich der Probleme der Armen anzunehmen. Das Reden mit Politiker_innen, der Gang ins Abgeordnetenhaus ist eine Ermächtigung derer, die sonst nie nach ihrer Meinung gefragt werden und in den Planspielen der Politik nur als Problemfaktoren vorkommen.

Über Nacht gebaut – Diversität in Bewegung

Ein Recht auf Stadt braucht keine Vertretung, es artikuliert sich täglich in den vielfältigsten Sphären, auch in dem täglichen Kampf mit dem wenigen Geld, das den meisten Familien zur Verfügung steht, den Alltag zu organisieren. Aus einem solchen Alltag und der fehlenden politischen Vertretung heraus haben wir beschlossen, uns Sichtbarkeit und Gehör zu verschaffen. Am 26. Mai 2012 organisierten wir ein Nachbarschaftsfest, in dessen Schatten wir ein Gecekondu bauen konnten. Gecekondu heißt übersetzt »Über Nacht gebautes Haus«. In den großen Städten der Türkei sind ganze Stadtviertel aus Gecekondus entstanden, Nachbarschaften mit eigener Infrastruktur als Antwort auf die Frage nach bezahlbarem Wohnraum.

Das »Gecekondu« am Kottbusser Tor bestand zunächst aus zwei mit Paletten gebauten Wänden und einigen Sonnenschirmen als Dach. Dort stellten wir einen Samowar auf, brachten Lichterketten an und blieben von da an Tag und Nacht. Die Nachricht sprach sich schnell in der Stadt herum und es kamen viele Menschen vorbei, sich zu informieren, zu plaudern und uns zu unterstützen. Innerhalb der nächsten Tage, Wochen und Monate bildete sich eine Struktur, die den Gecekondu-Betrieb am Leben erhielt. So haben es völlig unterschiedliche Menschen, die noch nie zusammen einen Haushalt teilten, geschafft, ein Protesthaus gemeinsam zu betreiben, das eine offene Atmosphäre für alle bietet. Da es sich am Kottbusser Tor befindet, sind die Menschen, die dort vorbei kommen ebenso heterogen wie jene, die dort wohnen. Es ist mitunter ein tägliches Ringen mit u. a. verzweifelterm, bedürftigen, aggressivem oder autoritärem Verhalten umzugehen. Dass es trotzdem ein offener Ort bleibt, an dem sich alle willkommen fühlen sollen, solange sie sich anderen gegenüber respektvoll verhalten, ist erklärtes Anliegen aller. Die dabei entstandene Möglichkeit der Begegnung zwischen Alten und Jungen, Konservativen und Queeren, Religiösen und Kommunistinnen, türkischen Hausfrauen und schwedischen Studentinnen ist es, was das Besondere dieses Ortes ausmacht, auf das viele stolz sind. Es gab so viel Unterstützung von überall her: Künstler_innen und Musiker_innen traten auf, Künstler_innen aus Argentinien malten den Protest auf ein Wandbild hinter dem queeren Café, Kindertage wurden organisiert, Bäckereien brachten Brötchen und Kuchen, Solipartys wurden organisiert, Interviews geführt. Dass durch diese Selbstorganisation Menschen nun auch in den Medien zu sehen sind, die meist nur als Objekte vorkommen, dass die, die nie um ihre Meinung gefragt wurden, heute Subjekte ihrer Repräsentation sind, macht viele von uns stolz und glücklich.

Indem wir das südliche Kottbusser Tor besetzten, trugen wir unseren Protest aus den Wohnungen, Cafés und Hausfluren auf die Straße – und schufen einen Ort zur (Selbst-) Verständigung von uns Nachbar_innen, für stadtpolitische und auch völlig andere Veranstaltungen, als kontinuierliche Anlaufstelle für Fragen und Sorgen rund um die Miete oder Zwangsräumungen. Das Gecekondu wurde zu einem Ort, an dem sich ganz unterschiedliche Menschen bei einem Tee oder einem Konzert kennenlernen können, die sonst wahrscheinlich nie länger miteinander sprechen würden. Dadurch können sich die (politischen) Perspektiven dieser Menschen verändern. Aus der Platzbesetzung ist mittlerweile ein winterfestes, selbstgebautes Haus entstanden. Der Raum wird von ver-

schiedenen Menschen genutzt, die hier leben, auf Durchreise sind, politische Unterstützung leisten wollen oder explizit das Gespräch mit Leuten im Protest suchen. Die Gruppe von Kotti & Co, die kontinuierlich Verantwortung für den Protest übernimmt, trifft sich wöchentlich. Es gibt verschiedene Arbeitsgruppen und auch eine Kotti & Co Jugendgruppe gründete sich. Sie sehen die Probleme ihrer Eltern, wie bspw. die Miete bezahlen zu können, auch als ihre an, und wollen das mit ihren Worten in die Schulen und auf die Straße tragen. Viele Nachbar_innen verabreden sich hier täglich zum Tee oder Kaffee. Auch viele Aktivist_innen aus anderen Ländern sind zu uns gekommen. So konnten wir uns mit stadtpolitischen Gruppen aus der Türkei, Brasilien, Spanien oder Israel/Palästina austauschen und politische Filmeabende (wie zu Gentrifizierung und Zwangsumsiedlung in Istanbul) und Informationsveranstaltungen (wie bspw. über die städtische Umstrukturierung und ihre Folgen hinsichtlich der Fußball-WM 2014 in Brasilien oder selbstverwaltete Strukturen in Venezuela) organisieren.

Aber das Gecekondu ist nicht die einzige Ausdrucksform des Protests. Sie ist allerdings die alltägliche Form, die mit vielen schlaflosen Nächten und unendlich vielen Stunden der Anwesenheit diesen Protest aufrechterhält. Eine weitere wichtige Form der Sicht- und Hörbarkeit sind die Lärmdemos. Das Gecekondu und die Lärmdemos sind organisch gewachsene Formen des Politischen und der Repräsentation.

Lärm für Re-Kommunalisierung

Seit Ende Mai 2012 haben wir ca. 20 so genannte Lärmdemos organisiert, an denen meist sehr verschiedene Menschen teilnahmen, um gemeinsam mit Kochtöpfen und Trillerpfeifen gegen steigende Mieten, Verdrängung aus der Innenstadt, Zwangsräumungen und die verfehlte Wohnungspolitik zu protestieren. Bei einigen kamen über 1.000 Demonstrant_innen, oft Menschen, die sich nie zuvor an einer Demonstrationen beteiligt hatten. Über die selbstorganisierten Lärmdemos hinaus sind auch Bündnisse mit verschiedenen anderen Initiativen, Gruppen und Verbänden entstanden, wie jenes für die Demonstration zum Sozialsenat im März 2013 oder der »Lärmdemo XXL« im Dezember 2012, die (zufälligerweise) zeitgleich mit Aktionen in drei anderen Städten stattfand. Die Lärmdemos sind der Ort, an dem sich die Wut über die täglichen Zustände (wie knappe Mittel und Ressourcen) Gehör verschaffen können. Sie sind auch ein Ausdruck unserer Entschlossenheit, unseres Kampfesmutes und der Lebensfreude. Sie sind so angelegt, dass alle mitgehen können. Das bedeutet unter anderem,

dass die Strecke nicht länger ist, als kleine Kinder laufen können, dass wir immer gemeinsam auch zum Ausgangsort zurückkehren, dass die Frauen, die den Protest maßgeblich aufrecht erhalten, vorne laufen, dass mit der Polizei vereinbart wird, den Verkehr zu regeln und die Demo nicht zu bedrohen. Die Berichterstattung in über 200 Zeitungsartikeln und Fernsehbeiträgen über die Demos und den Protest macht, wie erwähnt, viele stolz, die zuvor nie in den Medien präsent waren. Sie machten uns in der öffentlichen Wahrnehmung zu einem mietenpolitischen Akteur in Berlin. Trotzdem bewegte sich die parlamentarische Politik nicht und versuchte weiterhin, das Problem »sozialer Wohnungsbau« auszuzitzen. Dass trotz großer Medienaufmerksamkeit und breiter Unterstützung eines legitimen Protests kaum Bewegung in die klassische Politik kommt, ist unserer Ansicht nach Ausdruck einer postpolitischen Situation in der neoliberalen Stadt. Der parlamentarische Betrieb funktioniert in einer Art Parallelwelt – die Probleme die wir auf die Straße tragen, sind der politischen Klasse so lange egal, bis wir sie direkt zu ihnen tragen. Die Straße ist wichtig. Aber sie ist nicht der einzige Ort unserer gesellschaftspolitischen Ermächtigung. Die Forderungen, die wir seit Beginn unseres Protestes artikulieren, werfen ein Licht auf das Problem, das hinter dem Protest steckt – der Berliner soziale Wohnungsbau. In den 150.000 Berliner Sozialwohnungen steigen die Mieten jährlich u. a. auch deshalb, weil die Tilgungsrate, die die Vermieter an das Land Berlin für Darlehen zurückzahlen haben, jährlich steigt. Wir fordern zuallererst den Stopp dieser Mieterhöhungen. Am Kottbusser Tor liegen die Mieten durch diese jährlichen Erhöhungen bereits weit über dem vom Jobcenter genehmigten Satz: Viele Bewohner_innen sparen am Essen, an Bildung, Urlaub und Kultur, um die Mieten bezahlen zu können. Wir fordern deshalb darüber hinaus eine Mietsenkung. Von den öffentlich geförderten Sozialwohnungen sind 110.000 in privater Hand, also ein Stück weit außerhalb der unmittelbaren Reichweite politischer Entscheidungen. So werde im Laufe der Jahre diese öffentlich geförderten Wohnungen für diejenigen zu teuer, für die sie gebaut wurden. Angesichts der Wohnungsknappheit in Berlin werden somit absurderweise jährlich noch weitere bezahlbare Wohnungen aufgegeben. Wir fordern daher eine nachhaltige Lösung in Form der Re-Kommunalisierung dieser Wohnungsbestände.

Eine Konferenz macht noch keinen Sommer

Der Berliner Senat aus SPD und CDU hingegen will von diesem Thema nichts hören. Man versuchte uns zu beschwichtigen, und wir stellten fest,

dass die meisten Politiker_innen nicht einmal wussten, worum es eigentlich geht, welches Problem der soziale Wohnungsbau, nicht nur für die Mieter_innen darstellt, sondern auch für das Land Berlin selbst.

Wir wollten und konnten jedoch nicht warten, bis sich die Politiker_innen endlich mit der komplexen Sachlage des sozialen Wohnungsbaus auseinandersetzen. Daher veranstalteten wir eine Konferenz im Berliner Abgeordnetenhaus, bei der wir von uns ausgewählte Expert_innen einluden, um auf von uns moderierten Podien mit Vertreter_innen aller Parteien aktuelle Probleme und langfristige Perspektiven zu diskutieren. In gewisser Weise empfangen wir die Politiker_innen somit in ihrem eigenen Haus und setzten sie als vermeintlich Handelnde in die zweite Reihe.

Auf repräsentationspolitischer und diskursiver Ebene war die Konferenz ein Erfolg: Wir hören unsere Einschätzungen des Problems mittlerweile oft aus den Mündern derjenigen, die vor zwei Jahren nicht einmal mit uns reden wollten. Wir etablierten uns als eine Art Kompetenzzentrum zum Thema sozialer Wohnungsbau in Berlin und blamierten Politik und Verwaltung gleichermaßen mit unserem organisierten Fachwissen.

Weitere Akteure kontaktierten uns nach der Konferenz, einige Abgeordnete engagieren sich nun etwas mehr – aber konkrete politische Schritte lassen auf sich warten. Der mühsame Prozess Mehrheiten für unsere Modelle einer sozialen Transformation des sozialen Wohnungsbaus zu finden dauert an.

Subalternität, die Geschichte der Migration und das Recht auf Stadt

Viele Weisen, sich in der Gesellschaft zurechtzufinden, die es hier am Kotti gibt, können mit dem Begriff der Subalternität beschrieben werden. Der italienische Kommunist Antonio Gramsci hat ihn benutzt, um soziale Gruppen zu beschreiben, die keinen Zugang zu dem hegemonialen Teil der Gesellschaft haben. Als Subalterne werden dabei all jene definiert, die auf Grund ihres sozialen und politischen Status am Rande der Gesellschaft agieren und meist keine Rolle in den politischen Auseinandersetzungen spielen. Ohne ein »Klassenbewusstsein«, galten die spontanen Aufstände der Subalternen in der klassischen marxistischen Analyse oft als unkontrollierte Gewalt, der es an politischen Inhalten und Organisation fehle.³ Ganz ähnlich ließen sich die gängigen Vorstellungen über große Teile unserer Kreuzberger Nachbarschaft beschreiben: Sie werden

3 María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan: Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. Bielefeld 2005; transcript, S. 70.

als Schüler_innen »nicht deutscher Herkunft« (offizielle Bezeichnung der Berliner Schulverwaltung) im Bildungssystem abgestempelt, als Hartz-IV-Empfänger_innen sozial aufs Existenzminimum herabgedrückt, als »Kopftuchmädchen« vom Feuilleton und Teilen der Politik verspottet und als »gefährliche Jugendgewalt« gefürchtet. Nur eines wurden sie nicht: als politische Subjekte mit einer legitimen Stimme in den stadtpolitischen Debatten wahrgenommen.

Mit unseren Protesten am Kotti konnte diese Subalternität partiell überwunden oder erweitert, an andere Räume angeschlossen werden.

Die kollektive Erfahrung des Protestes, der gemeinsam geschaffene, gestaltete und unterhaltene Ort unsers Protest-Gecekondu hat eine neue Art von Raum geschaffen, in dem sich die artikulieren, über die sonst nur gesprochen wird, in denen sich jene selbst ermächtigen, die sonst keine politische Vertretung haben. Plötzlich gibt es etwas Gemeinsames mit Menschen, mit denen man sonst nie zusammengekommen wäre. Plötzlich gibt es einen Ort, zu dem mensch gehen kann, wenn mensch das Schreiben der Hausverwaltung nicht versteht. Es handelt sich hier oftmals um Nachbar_innen, an denen sämtliche Beratungsangebote der Sozialindustrie, auch der alternativen, vorbei gehen, die niemandem trauen, außer der eigenen Familie, die die Verkehrssprache dieses Landes nur wenig sprechen, weil damals Arbeiter_innen angeworben wurden, deren Sprachkenntnisse höchstens für die Arbeitsschutzmaßnahmen ausreichen sollten⁴. Es geht um diejenigen, die keine Aufstiegschance mehr haben und durch die enormen sprachlichen Hürden und die Ignoranz ihre eigenen Kinder nicht adäquat fördern können, damit diese es in Zukunft leichter haben. Es geht um die, die dieses Land mit aufgebaut haben und die jetzt, aus Sicht der Politik, überflüssig für den Standort Deutschland geworden sind. Es geht um ihre/unsere Rechte in der Einwanderungsgesellschaft.

Differenz, Diversität und Protest

Die Aktiven des Protestes sind so verschieden wie das Viertel selbst. Einige Mitglieder der Gruppe hatten das Privileg einer akademischen Bildung und konnten damit verknüpfte Netzwerke, Wissen und Fähigkeiten dem Protest zur Verfügung stellen. Andere sind eng in andere Netzwerke eingebunden, wie die (Moschee-)Gemeinden, die Schul- und Elternstruk-

4 Birgit zur Nieden: »... und deutsch ist wichtig für die Sicherheit!« Eine kleine Genealogie des Spracherwerbs Deutsch in der BRD«, in: Sabine Hess, Jana Binder, Johannes Moser (ed.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa, Bielefeld 2009: transcript, S. 123-136.

turen, den Kunst- und Kulturbetrieb oder andere politische Gruppen, Organisationen, Gewerkschaften und bilden entscheidende Schnittstellen zu ihnen. Verschiedene Mitglieder kennen verschiedene Realitäten in der Nachbarschaft sehr genau und genießen jeweils das Vertrauen der Nachbar_innen. Viele bei Kotti & Co leben als Minderheit in einer rassistisch strukturierten Mehrheitsgesellschaft und verfügen über schmerzhaft erworbenes Wissen im Umgang mit struktureller Gewalt und über unschätzbare Feingefühl im Navigieren von Differenzen. Alle gemeinsam bringen wir eine riesige Bandbreite verschiedener Biographien, Erfahrungen, Eigenheiten, (Sprach-)kenntnisse, Kochkünste, Organisationstalente, Gestaltungswillen und Formen von Herzlichkeit in den Protest. Auf diese Mischung sind wir stolz. Es geht dabei nicht um eine Art von Klassenidentität, sondern um eine Gemeinsamkeit, die aus gemeinsamem politischen Handeln entsteht, die bedeutet, sich ernsthaft auseinanderzusetzen, sich produktiv (miss-) zu verstehen, für ein gemeinsames Recht zu kämpfen und gleichzeitig unsere Unterschiedlichkeit ernst zu nehmen und anzuerkennen. Es geht auch um das Begehren, verschiedenste Menschen zusammenzubringen. Wenn es zu homogen wird, dann wird das beklagt von denen, die sich in dem Moment in der Mehrheit sehen. Durch die Mischung haben wir es geschafft, jenseits von Szene-Identitäten und eindeutigen Zuschreibungen in Bewegung zu kommen. Das Thema der sozialen Wohnraumversorgung für diejenigen, die mit ihren Löhnen die Marktpreise nicht mehr bezahlen können, ist trotz langjähriger Ignoranz im öffentlichen Diskurs angekommen.

Ein Recht auf Stadt ist für uns das Recht in der Innenstadt zu bleiben, auch wenn wir nicht reich, jung oder kreativ sind. Es ist das Recht, anders zu sein, als die neue kreative Elite: Rentnerin, Aufstockerin, religiös, Eltern ohne gut bezahlten Job, Kinder ohne Förderung. Es geht um ein Recht auf Stadt. Es geht darum, mitentscheiden zu können, was mit der Stadt passiert, in der wir leben. Das Recht auf Stadt wird weder in den Parlamenten, noch auf der Straße, noch in den Gerichtssälen *allein* durchgesetzt. Aber es wird von selbstorganisierten und heterogenen Erfahrungen wie der vom Kotti lernen, zehren und immer wieder aufs Neue erstritten werden.

»Eine Genossenschaft für ganz Moabit und alle 80.000 kommen zur Versammlung ...«

Interview mit Susanne Torka, Jürgen Schwenzel, Stefanie Schulz und Mignon Graesle (Initiative »Wem gehört Moabit?«, Berlin-Moabit)

Andrej Holm: Ihr habt euch als Initiative den programmatischen Namen »Wem gehört Moabit?« gegeben. Seit wann gibt es euch und was hat es mit dem Namen auf sich?

Susanne Torka: Es fing damit an, dass wir schon 2005 feststellten, dass Häuser im Süden der Lehrter-Straße von luxemburgischen Investoren gekauft wurden. 2009 übernahmen Fonds aus Luxemburg dann weitere Häuser. Aus allen Ecken in der Gegend, aus der Stephanstraße und der Rathenower Straße, hörten wir: Unser Haus wurde verkauft, hier gibt es einen Besitzer aus England, da einen aus Irland oder dort einen aus Russland usw. Da wollten wir wissen, was los ist, und beschlossen herauszufinden, wem die Häuser gehören. Wir haben uns auf Moabit-Ost beschränkt. Es gab ein neues Quartiersmanagement-Gebiet und wir konnten für die Arbeit ein paar Sachmittel beantragen. Wir haben dann einen Fragebogen erarbeitet, eine Website eingerichtet und etwa 10.000 Fragebögen im Gebiet Moabit-Ost in die Briefkästen geworfen. Parallel dazu haben wir angefangen zu recherchieren, um die Eigentümerwechsel aufzuspüren. Viele Fragebögen kamen nach und nach zurück. Es dauerte dann einige Zeit, bis wir die Ergebnisse ausgewertet und die Karte, die es jetzt gibt, fertiggestellt hatten. Begonnen haben wir Anfang 2010, im Herbst haben wir die Fragebögen verteilt, bis Weihnachten die Ergebnisse ausgewertet und bis Anfang 2011 immer wieder nachrecherchiert. Im Frühjahr 2011 konnten wir die Ergebnisse dann auf einer öffentlichen Versammlung vorstellen.

Andrej Holm: Das klingt sehr spontan: Ihr hört dies und das und macht dann eine Umfrage. Wart ihr zu dem Zeitpunkt schon eine feste Gruppe? Oder habt ihr euch durch die Idee, Informationen zu sammeln, zusammengefunden? Ihr habt relativ früh auch über eure Webseite von dem Vorhaben berichtet. Sind darüber noch neue Leute dazugekommen?

Stefanie Schulz: Einige kannten sich schon vor der Umfrage. Nicht alle sind aus dem Gebiet hier, einige kommen aus der Levetzowstraße im südlichen Tiergarten und haben sich 2008 bei einem Seminar zu Moabit an der TU kennengelernt. Ich habe selbst auch ein Seminar über den Stadtteil und die Veränderungen hier angeboten. Wir sind dann der Initiative beigetreten.

Susanne Torka: In der Lehrter Straße waren wir schon vorher eine Gruppe, der Mieterbeirat aus den Hochhäusern und wir vom B-Laden. Im Laufe des Jahres sind immer wieder Einzelne dazu gekommen. Es ist schon eine kleine Gruppe, ein harter Kern, aber zu den öffentlichen Veranstaltungen, wie der im September 2010, waren wir 80 Leute und danach kamen auch noch ein paar dazu.

Andrej Holm: Wenn Leute aus anderen Stadtteilen von euch lernen wollen, würdet ihr sagen, dass vier bis fünf Leute ausreichen, um so etwas wie eure Umfrage zu organisieren?

Stefanie Schulz: Jein. Wenn wir mehr werden, wird es wegen der aufwändigeren Koordinationsarbeit nicht notwendigerweise einfacher. Trotzdem hätten wir nichts gegen weitere Mitstreiter/innen. Wir haben die Idee mit der Umfrage von Beginn an öffentlich diskutiert. Das Vorhaben war also jeder und jedem bekannt, viele sind dadurch aber nicht dazu gekommen. Letztendlich sind wir eine kleine Gruppe geblieben und so ist es uns dann auch ein bisschen über den Kopf gewachsen, denn der Arbeitseinsatz war schon immens – das Verteilen, das Recherchieren, das Auswerten, die Kartenerstellung und so weiter. Das ist eine Aufgabe, die sonst professionell gemacht wird, und wir haben das ehrenamtlich gemacht. Es ist immer ein Balanceakt zwischen zu Vielen und zu Wenigen.

Jürgen Schwenzel: Vor allem müsste sich die Arbeit besser verteilen. An der Erhebung und der Auswertung haben im Wesentlichen zwei Leute gearbeitet, andere haben beigetragen, was sie leisten konnten. Ich selbst war in den technischen Bereich eingebunden und habe über mehrere Monate bestimmt 20 Stunden pro Woche reingesteckt. Diese Zeit musst du erst einmal aufbringen können. Mit der Auswertung der Fragebögen ist es ja nicht getan. Es ist viel Nachrecherche nötig. Deshalb beschränkten wir uns auf das Gebiet Moabit-Ost, weil klar war, dass die Fragebogen-Aktion – rund 10.000 Exemplare – sonst nicht zu schaffen gewesen wäre. Ein bisschen Besessenheit gehört schon dazu.

Andrej Holm: Wenn ihr rückblickend Stadtteilinitiativen etwas raten solltet – was sind die positiven Effekte einer Stadtteil-Kartographie?

Susanne Torka: Damit wollen wir ins Gespräch bringen, was mit den Häusern passiert, und die Leute darauf aufmerksam machen.

Jürgen Schwenzel: Schon als wir mit den Fragebögen unterwegs waren, waren die Bedingungen vor Ort sehr unterschiedlich. Manche Häuser haben die Briefkästen draußen, da steckt man die Bögen rein und hat keinen Anlass zu klingeln. Bei anderen musste man klingeln und kam mit Leuten ins Gespräch. Mein längstes Einzelgespräch dauerte 50 Minuten. Da kamen schon ganz interessante Sachen heraus wie: »Mein Vermieter ist total gut und kümmert sich«, oder: »Bei uns ist es gut, aber im Nachbarhaus die totale Katastrophe.« Diese Informationen haben wir als Hinweise mit aufgenommen. Da gab es schon interessantes Feedback.

Stefanie Schulz: Ein paar kamen noch dazu, nachdem die Leute uns kennengelernt hatten. Viele kannten die Initiative gar nicht und haben sie erst bei den Veranstaltungen kennengelernt. Da bin ich vereinzelt angesprochen worden. »Mein Haus ist da nicht drauf«. Das lag auch daran, dass die Leute sich dann erst getraut haben.

Jürgen Schwenzel: Ich glaube, es hat im Bezirk wie auch bei der Presse eine gewisse Aufmerksamkeit bewirkt, weil endlich Zahlen öffentlich wurden, während es vorher nur Spekulationen gab. Damit konnten wir sozusagen ein Signal setzen. Wir haben auch diskutiert, ob es sinnig wäre, jährliche Erhebungen durchzuführen, aber das kann so eine kleine Initiative nicht leisten. Wir haben in einer Spanne von etwa einem halben Jahr erhoben. Das auch noch dynamisch zu erstellen, würde unsere Möglichkeiten übersteigen. Das kann nicht unsere Aufgabe sein, denn die Bezirksämter haben eigentlich die Daten. Aber wir können einfordern, dass über die Eigentumsentwicklung und -verteilung transparenter informiert wird.

Stefanie Schulz: Ich würde schon empfehlen, so etwas zu wiederholen, denn damit kann man das der Allgemeinheit ins Bewusstsein stoßen. Natürlich wissen viele, dass verkauft und gekauft wird, aber die Prozesse dahinter treten nicht offen zu Tage. Es ging uns nicht darum, irgendjemanden anzuschwärzen. Es ging uns darum, zu zeigen, dass es sich nicht nur um einen Verkauf von »Emil« an »Otto« handelt, sondern um Verkäufe an bestimmte Gruppen. Und das ist vielen doch nicht ganz klar, solange sie nicht direkt davon betroffen sind.

Andrej Holm: Die Ergebnisse Eurer Untersuchung habt ihr sowohl auf eurer Webseite veröffentlicht, als auch auf Veranstaltungen vorgestellt. Wie war dazu das Feedback?

Jürgen Schwenzel: Zu den Veranstaltungen kamen jeweils 80 bis 100 Leute aus der Nachbarschaft. Insbesondere der für uns alle überraschend hohe Anteil von Finanzinvestoren, den ja mit 46 Prozent fast die Hälfte der von uns ausgewerteten Häuser gehören, hat vielen deutlich gemacht, dass es mit der Ruhe irgendwo im »Schatten« der Gentrifizierung vorbei ist. Wir waren auf dieses große Interesse gar nicht vorbereitet und haben es verpasst, Vorschläge für die nächsten Schritte zu unterbreiten. Dadurch ist das riesige Interesse erstmal ein wenig verpufft.

Susanne Torka: Nach der zweiten Veranstaltung hat sich das Ganze in verschiedene Arbeitsgruppen aufgesplittert – und ist uns fast ein bisschen über den Kopf gewachsen. Da gab es auch die Idee Mieterbeiträge zu organisieren. Wenn so viele Häuser in der Hand eines Investors sind, wie es bspw. bei »Tower-Group« in der Lübecker- und Putlitzstraße der Fall ist, ist es sinnvoll die Mieter zusammenzukriegen, damit sie sich selbst organisieren. Damit sind wir allerdings noch nicht richtig weitergekommen, weil es so viele spezielle Probleme gibt, die einen Großteil unserer Arbeitskraft absorbieren. Die zweite Gruppe verfolgte die Genossenschaftsidee. Wir hatten auf der Veranstaltung gefragt: Ist die Genossenschaft nicht eine gute Idee? Und haben dafür den größten Zuspruch bekommen. Zu den Genossenschaftstreffen kamen die meisten Leute. Zum Thema selbstnutzende Eigentümer haben wir auch zwei Treffen gehabt. Aber das ist dann im Sande verlaufen.

Andrej Holm: Wie erklärt ihr euch denn das große Interesse an den Genossenschaften?

Jürgen Schwenzel: Häuser zu übernehmen und damit eine Alternative zu den Investmentfonds zu entwickeln steht bei uns im Vordergrund – immer unter dem Aspekt, Tragbares für die Mieter/innen zu erreichen. Neubauten sind auch ein Thema, aber wir wissen natürlich, dass es bei den derzeitigen Baupreisen im Endeffekt keine genossenschaftlichen Wohnungen gibt, die den normalen Moabiter/innen etwas bringen. Der Schwerpunkt liegt bei uns derzeit noch auf dem Altbestand. Es wäre für die, die seit 50 Jahren hier wohnen, ein stabilisierendes Element. Trotzdem verteufeln wir Neubauten nicht von vorneherein.

Andrej Holm: Euer Arbeitstitel »Wem gehört Moabit?« besagt ja schon, dass Ihr wissen wolltet, wem die Häuser hier gehören. Warum ist die Frage für euch so wichtig?

Susanne Torka: Es geht dabei nicht um die Individuen, sondern um die Eigentümer und deren Ziele. Stecken also große Fonds dahinter oder Einzeleigentümer, gehören sie einer kleinen Firma oder einer Genossenschaft? Wir gehen davon aus, dass diese unterschiedlichen Eigentümer in der Regel unterschiedliche Interessen und ebenso unterschiedliche Geschäftspolitiken haben, und also unterschiedlich mit den Mietern umgehen. Allerdings gibt es auch Genossenschaften, die sich darin nicht von Wohnungsbaugesellschaften unterscheiden.

Jürgen Schwenzel: Und wir wollten einen prägnanten Namen haben. Ich glaube, ein plakativer Name ist sehr wichtig.

Stefanie Schulz: Der ist an den Slogan »Wem gehört die Stadt?« angelehnt. Es geht schließlich auch um Partizipation und darum, wer hier eigentlich das Sagen hat.

Susanne Torka: Und wir wollten mit dieser Frage provozieren. Es geht letztlich doch darum, dass Moabit den Bewohner/innen und Mieter/innen, die hier leben, gehören sollte, und nicht den Grundbesitzer/innen.

Jürgen Schwenzel: Das Wort »gehören« kann man verschieden interpretieren. Es ist nicht nur der materielle Besitz, sondern auch der soziale Besitz, in einem bestimmten Bezirk leben oder arbeiten zu können.

Andrej Holm: Wie würdet ihr in diesem Sinne aktuell auf eure Frage antworten: Wem gehört Moabit?

Stefanie Schulz: Die Frage ist grundsätzlich schwierig zu beantworten. Es ist eine Frage der Teilhabe. Was kann ich mitgestalten? Wo kann ich mitreden? Das sind unterschiedliche Ebenen. Nehmen wir zum Beispiel unser Haus. Wir haben unseren Garten selbst gestaltet, organisieren seit 20 Jahren ein Haus-Fest. Ohne dass der Hausbesitzer irgendwie involviert wäre. Das verstehe ich auch als eine Form der Teilhabe. Wir haben uns den Raum angeeignet und selbst bestimmt. Wir haben den Garten selbst gepflegt, das auch selbst bezahlt. Es war also unser Ding. Das ändert sich jetzt völlig, denn der Eigentümer hat gewechselt und entscheidet nun, was und wie er es macht: Wie Kies in den Hof schütten, so dass Kinder dort nicht mehr gut spielen können. Plötzlich werden wir also entmachtet und sind nicht mehr mitbeteiligt.

Andrej Holm: Seht ihr einen Trend in diese Richtung oder habt ihr auch Positives zu berichten?

Susanne Torka: Es gibt ein paar Punkte, denen das Quartiersmanagement entgegensteuert. Nicht, dass ich ein Fan des Quartiersmanagements wäre, aber an der Stelle scheint sich ein klein wenig zu bewegen.

Mignon Graesle: Von »unsern« Häusern der »Towergroup« gibt es allerdings nichts Gutes zu berichten. Die haben zum Beispiel jemanden engagiert, der über den Hof geht, alles abräumt, absäbelt – und das war's. Es wird nicht gegossen, nichts gepflanzt. Und so habe ich überlegt, ob ich das nicht mal selber mache. Und das Gleiche bei der Pritzwalker Straße. Dort gibt es ein großes Gelände zwischen der Pritzwalker- und der Wilsnacker Straße, das leergeräumt wurde. Es gibt dort sehr viel Grün und ein Teil davon gehört auch der »Towergroup«. Die sind zuerst regelrecht darüber hergefallen und danach kam nichts mehr. Und wenn man mit ihnen reden will, ist in deren großen Büro entweder niemand erreichbar, hat keine Lust sich darum zu kümmern oder ist eigentlich gar nicht zuständig.

Andrej Holm: Ihr habt ja mit fast 50 Prozent viele institutionellen Eigentümer hier in Moabit. Stellen die aus eurer Sicht aktuell das größte Problem dar?

Susanne Torka: Nein. Bei denen ist die Vernachlässigung eine Strategie, um Ausgaben zu sparen. Das ist ärgerlich für die Mieter/innen, vor allem für die vielen Alten und Armen, die ja auch gar nicht umziehen können. In der Regel werden die entweder ziemlich aufwändig modernisiert und dann als Eigentumswohnung verkauft. Oder sie werden ohne Modernisierung gleich weiter verkauft. Auf unserer Karte haben wir zum Beispiel zwei Häuser in der Birkenstraße. Das eine Haus wurde richtig umgestaltet und wird für die Mieter relativ teuer werden. Das andere war vollvermietet, aber am nächsten Tag standen schon Eigentumswohnungen im Netz zum Verkauf. Da wurde den Mieter/innen nicht einmal vorab angekündigt, dass in Eigentum umgewandelt werden soll.

Stefanie Schulz: Ob es um Altbau oder die Hochhäuser der Towergroup geht – es brennt gerade überall. Bevor wir mit »Wem gehört Moabit?« anfangen, war mir nicht so klar, dass selbst die Häuser aus den 60er Jahren schon zum Verkauf anstehen. Ich meine, das ist völlig irre. Da Wohnen Leute z. T. seit 30 Jahren in ihren Wohnungen – und jetzt sollen sie raus?!

Dass die schönen Gründerzeithäuser gekauft und umgewandelt werden, dass ist unschön, war aber irgendwie zu erwarten. Doch nun stehen auch die Bauten aus den 1960er Jahren zum Verkauf an. Denn sie sind viel billiger, und wenn man es richtig anstellt, lässt sich sehr viel schneller Geld herausholen.

Susanne Torka: Wir haben am Anfang, als wir die Fragebögen verteilt haben, noch gesagt, dass hier nicht gentrifiziert werden kann, weil hier viele 1950er Jahre-Bauten stehen. Aber es stimmt offensichtlich nicht, das Gegenteil passiert. Wie in der Calvinstraße, da wurden die Blöcke entkernt und die Häuser aufgestockt, komplett umgewandelt, energietechnisch hochwertig saniert, größere Aufzüge eingebaut, Grundrissänderungen vorgenommen und alles komplett neu gestaltet.

Andrej Holm: Was passierte mit den Bewohnern/innen des Hauses?

Stefanie Schulz: Ein paar sind geblieben und versuchen sich zu wehren. Einige sind ausgezogen und haben zum Teil auch Geld dafür bekommen.

Susanne Torka: 2006 fing es mit den Häusern in der Melanchton-Straße an. Ein Freund schrieb mir damals, dass er jetzt seine Ersparnisse zur Gerichtskasse tragen müsse, damit sie nicht gepfändet werden. Die Mieter/innen dort haben konsequent die Miete gemindert und dann begann der Stress und ihnen wurde fristlos gekündigt. Der neue Vermieter sah die Minderung als Mietschuld an. Mit einem ungeschickten Anwalt haben schon etliche Leute ihre Prozesse verloren, so auch eine Frau, die dort 40 Jahre gewohnt hat. Das kommt auch auf Mieter/innen der Hochhäuser zu, wenn die Bindung 2015 ausläuft. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es so bleibt, wie es jetzt ist.

Andrej Holm: Verdrängungsdruck, Aufwertung und Mietsteigerung. Selbst eine Mietminderung wird zum Risiko, wenn sie nach einem Eigentümerwechsel als Mietschuld bewertet werden. Was ratet ihr den Mieter/innen, was können sie tun?

Susanne Torka: Es ist wichtig, sich in den Häusern zusammenzuschließen, und es ist wichtig, sich Unterstützung durch Mietervereine oder Mietergemeinschaften zu holen. Manche sagen, 60 oder 80 Euro Beitrag im Jahr seien zu viel, aber dafür, dass man dann einen Rechtsschutz hat, ist es das nicht. Doch das allein reicht nicht aus, man muss den Anwalt/innen natürlich auch sagen, in welche Richtung sie sich orientieren sollen.

Andrej Holm: Seht ihr im Austragungsfeld der Konflikte vor allem die Gerichte oder wünscht ihr euch auch etwas anderes von der Bezirks- oder Landespolitik?

Stefanie Schulz: Von der Landespolitik auf jeden Fall. Mir scheint es recht gefällig zu sagen: Das ist Verdrängung von Hartz 4-Empfänger/innen. Das ist eine Verdrängung von deutlich breiteren Bevölkerungsschichten, und zwar in der Gesamtheit. Immer wieder heißt es, dass Hartz 4-Empfänger/innen umziehen müssen. Auch die Politik argumentiert jetzt mit Hartz 4-Empfänger/innen, weil das natürlich das einfacher ist. Aber hier müssen ganz viele Familien umziehen, die noch nicht mal so schlecht verdienen.

Susanne Torka: Wir sind hauptsächlich lokal organisiert und unterstützen die Hausgemeinschaften direkt. Wenn wir politische Forderungen stellen, dann meist auf der Bezirksebene. Wenn wir die Mieter/innen vor Ort wirklich unterstützen wollen, dann müssen wir mit Ihnen zusammenarbeiten und können nicht ständig auf irgendwelchen berlinweiten Treffen und Ausschüssen im Abgeordnetenhaus herumspringen. Zum Glück gibt es ja auch Zusammenschlüsse, die so etwas machen. Ich verfolge das mit dieser neuen »Dossier-Gruppe« von weitem. Und wenn es gemeinsame Aktionen gibt, wie etwa die Demo im letzten Jahr, finde ich das super. Aber regelmäßig sind wir dort mangels Masse nicht so richtig vertreten.

Andrej Holm: Stichwort Mietenpolitisches Dossier: Da werden ja zu verschiedenen Bereichen immer ganz konkrete Forderungen gestellt. Was sind denn Eure Forderungen?

Stefanie Schulz: Forderungen haben wir eine ganze Reihe. Bei und nach der Veranstaltung haben wir viel über Genossenschaften diskutiert. Die Unterstützung von Genossenschaften ist also auf jeden Fall ein Thema für uns. Diesbezüglich sieht es in Berlin ja grundsätzlich eher mau aus. Bis zum Jahr 2000 wurden Genossenschaften ein wenig unterstützt, aber danach ist das völlig gekippt worden, und bis heute gibt es keine klare politische Aussage und Förderung von Genossenschaften. Da würde ich mir vom Senat allerdings eine bessere Unterstützung wünschen.

Susanne Torka: Wir fordern bspw. auch kostenlose Baugrundstücke für Genossenschaften. Denn es gibt eine ganze Menge Grundstücke hier, bei denen man damit rechnen muss, dass sie zugebaut werden. Wie die beiden

bald leer stehenden ehemaligen Justizgebäude in der Kruppstraße oder die Neubaugrundstücke an der Rathenower Straße. Es gibt eine ganze Menge Grundstücke hier, bei denen man schon damit rechnen kann, dass sie zugebaut werden.

Stefanie Schulz: Ja, es gibt sehr viele Grundstücke, die Nähe zu Grünflächen bieten und trotzdem in Innenstadtnähe liegen. Das sind ja eigentlich optimale Bedingungen.

Susanne Torka: Neben der Förderung von Genossenschaften gibt es natürlich weitere Forderungen. Sie beziehen sich bspw. auf den Sozialen Wohnungsbau, bei dem ja die Anschlussförderung gestrichen wurde usw. Da gibt es sehr viel, das gesetzlich geändert werden könnte. Bei den 1990er-Jahre-Neubauten, die im sozialen Wohnungsbau errichtet wurden, liegt die Kostenmiete mittlerweile bei 15 oder gar 19 Euro. Das ist völlig absurd. Diesen Mietzins bekommen sie nicht, aber er ist trotzdem eine Bedrohung. Zwar haben sie jetzt ein Gesetz verabschiedet, dass die Miete an die ortsübliche Vergleichsmiete angepasst sein muss, aber die liegt ja auch im Mietspiegel enorm hoch. Der Mittelwert liegt bereits über 6 Euro Kaltmiete.

Jürgen Schwenzel: Ein weiteres Thema ist die Zweckentfremdungsverordnung. Es gibt viele Instrumente, die zur Verfügung stehen würden, wo eigentlich nur eine klare Positionierung notwendig wäre. Aber Gesetze dürfen eben nicht nur beschlossen, sondern müssen auch durch- und umgesetzt werden.

Stefanie Schulz: In diesem Zusammenhang würde ich gerne wissen, wie hoch der Leerstand tatsächlich ist. Sind es 85.000 bis 100.000 Wohnungen, die hauptsächlich in der Platte liegen? Ich habe z. B. lange in Hohenschönhausen gearbeitet. Dort handelt es sich um kommunale Gebäude mit hohem Leerstand, und solange diese Wohnungen nicht belegt sind, wird es nicht viele Neubauten geben. Die Frage ist: Wie viele sind es wirklich? Sind diese 85.000 Wohnungen die BWS-berechtigten oder von welchen 85.000 Wohnungen reden wir hier eigentlich? Wie viel Leerstand gibt es wirklich?

Jürgen Schwenzel: Das weiß man tatsächlich nicht. Beim Genossenschaftsforum geisterte kürzlich eine Zahl von 1,85 Prozent herum. Der Erbbauverein Moabit hat als Zahl seiner Genossenschaft nicht mehr als 0,4 Prozent genannt. Eine andere Genossenschaft bezifferte ihren Leerstand auf null Prozent. Es kommt sicherlich auf die Unternehmen an und darauf, was nach außen hin gesagt wird.

Susanne Torka: Die Leute, die in den Häusern wohnen, müssten viel mehr Möglichkeiten haben, mitzuentcheiden und mitzugestalten. Aber das scheint in diesem System ja nicht machbar zu sein.

Andrej Holm: Habt ihr trotzdem auch eine Vision, wie es sein könnte, wenn Moabit den Bewohner/innen gehören würde?

Susanne Torka: Da wäre sicherlich auch mit viel Stress verbunden, aber es wäre der eigene Stress, den man miteinander hat und bei dem man gezwungen ist, sich zu einigen.

Jürgen Schwenzel: Meine Vision wäre schon die »Friede-Freude-Eierkuchen-Perspektive«. Auch wenn das jetzt etwas lebensfremd klingen mag. Ich stelle mir das so vor: Eine Genossenschaft für ganz Moabit und dann kommen alle 80.000 zur Versammlung – ganz basisdemokratisch.

Autorinnen und Autoren

azozomox, bewegt sich in autonom-anarchistischen Zusammenhängen,
Berlin

Jutta Blume, Landschaftsplanerin, freie Journalistin und Autorin, Berlin

Kerima Bouali, Stadtplanerin und Gesundheitswissenschaftlerin, Berlin

Jan Dohnke, Geograph, Berlin

Volker Eick, Politikwissenschaftler, Berlin

Anja Gerlich, Gastronomin und Sprecherin des Schokoladen e.V., Berlin

Sigmar Gude, Sozialwissenschaftler und Stadtforscher, Berlin

Andrej Holm, Sozialwissenschaftler und stadtpolitischer Aktivist,
Berlin

Carola Handweg, Rechtsanwältin für Mietrecht, Berlin

Christiane Howe, Soziologin, Berlin

Kotti & Co, Mietergemeinschaft und ein bisschen mehr, Berlin

Jenny Künkel, Stadtforscherin und Aktivistin, Frankfurt am Main

Christian Linde, Journalist, Berlin

Robert Maruschke, Sozial- und stadtpolitischer Aktivist und
Wissenschaftler, Berlin

Johannes Novy, Stadtforscher, Berlin

Benedict Ugarte Chacón, Politikwissenschaftler, Berlin

Sabina Uffer, Stadtplanerin und Sozialwissenschaftlerin, New York

Wem gehört Moabit?, Nachbarschaftsinitiative, Berlin